

Thomas Rauschenbach, Stefan Borrmann, Wiebken Dux,
Reinhard Liebig, Jens Pothmann, Ivo Züchner

Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg

Eine Expertise

Dortmund, Frankfurt, Landshut, München, im März 2010

Inhaltsübersicht

Zusammenfassung I-XVII

Inhaltsverzeichnis	1
1 Einleitung.....	7

Teil A: Grundlagen..... 17

2 Kinder- und Jugendarbeit im Spiegel von Forschung und Statistik	21
3 Aktuelle Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit.....	37
4 Die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im politischen Koordinatensystem	43
5 Sozialstruktur Baden-Württembergs	57

Teil B: Befunde 79

6 Die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg – eine empirische Strukturanalyse	83
7 Verbandliche und Offene Kinder- und Jugendarbeit.....	129
8 Akteure und Felder der Kinder- und Jugendarbeit	165
9 Jugendarbeit und Schule	213

Teil C: Potenziale..... 233

10 Die Bildungspotenziale.....	237
11 Die Verantwortungspotenziale	251
12 Die Gemeinschaftspotenziale	257
13 Die Integrationspotenziale	261

Teil D: Perspektiven 265

14 Kinder und Jugendliche 2020 – demografische Veränderungen	271
15 Kinder- und Jugendarbeit 2020 – konzeptionelle Herausforderungen	291

16 Kinder- und Jugendarbeit 2020 – empirische Perspektiven	327
Teil E: Empfehlungen	347
Literatur	357
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	377
Abkürzungsverzeichnis.....	383
Autorinnen und Autoren	385

Zusammenfassung

Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Eine Expertise

Nachdem im *ersten Kapitel* die Ausgangslage, die Rahmenbedingungen, die Möglichkeiten und Grenzen für die Erstellung der Expertise skizziert werden, gliedern sich die nachfolgenden Teile zur Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in fünf inhaltliche Teile: Grundlagen, Befunde, Potenziale, Perspektiven und Empfehlungen. Im Folgenden werden die wichtigsten Befunde zu diesen Teilen präsentiert.

Teil A: Grundlagen

Im *zweiten Kapitel* dieser Expertise werden die vorliegenden empirischen Quellen eingehend vorgestellt und auf ihre Datenqualität hin befragt. Zunächst wird die amtliche Statistik zur Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen der gesetzlich geregelten Kinder- und Jugendhilfestatistik vorgestellt. Danach wird die Frage geklärt, was die allgemeinen Jugendstudien und altersspezifischen Surveys, z.B. die Shell-Jugendstudie oder der DJI-Jugend-survey zur Beschreibung der Lage der Kinder- und Jugendarbeit beitragen können. Und schließlich wird der Stand der Forschung innerhalb der Jugendarbeitsforschung im engeren Sinne diskutiert. Insgesamt zeigt sich, dass die Datenlage zur Kinder- und Jugendarbeit und damit auch die empirische Grundlage dieser Expertise unbefriedigend ist. So fehlt es nicht nur an ausreichend großen landes- und regionalspezifischen Stichproben bei den Surveys, die es ermöglichen, empirisch gesicherte Erkenntnisse auch auf Landesebene abzuleiten, sondern auch die Studien zur Jugendarbeitsforschung tragen durch ihre unterschiedlichen Ansätze wenig dazu bei, ein Gesamtbild der Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland und erst recht in Baden-Württemberg entstehen zu lassen.

Im *dritten Kapitel* werden aktuelle Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit benannt, denen sich diese in den kommenden Jahren stellen muss. Deutlich wird, dass diese Herausforderungen nicht alleine um den demografischen Wandel kreisen, sondern weitere – auch konzeptionelle – Fragen zu beantworten sind. Eine Schlüsselfrage der Zukunft wird sein, wie sich die Kinder- und Jugendarbeit zu dem Ausbau ganztägiger Bildungsangebote verhält und ob, insbesondere in ländlichen Regionen, sie zur Entstehung lokaler und regionaler Bildungslandschaften beitragen kann. Zusätzlich muss sich die Kinder- und Jugendarbeit mit Fragen der Verdichtung der Jugendphase sowie der bildungs- und sozialpolitischen Indienstnahme auseinandersetzen. In Zukunft werden aber auch strukturelle Herausforderungen eine Rolle spielen. Zu nennen ist hier etwa die finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch die Frage nach der Ausgestaltung von Arbeitsverhältnissen sowie das Verhältnis von Professionellen und Ehrenamtlichen.

Im *vierten Kapitel* werden die Grundlagen der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg vorgestellt. Die Ziele der Kinder- und Jugendarbeit sowie die Fragen zur Umsetzung dieser Ziele sind in Baden-Württemberg auf der Landesebene gesetzlich geregelt. Die außerschulische Jugendbildung ist auf dieser landesgesetzlichen Grundlage als öffentliche Aufgabe und als eigenständiger und gleichberechtigter Teil des Bildungswesens definiert. Die öffentlichen Ausgaben für das Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendarbeit werden zum größten Teil auf der Gemeindeebene erbracht. Werden die Ausgaben des Landes – über den Landesjugendplan (LJP) – und der Gemeinden in Baden-Württemberg ins Verhältnis gesetzt, dann ergibt sich eine Relation von fast 1 zu 6. Aktuell und für die kommenden Jahre ist die jährliche Fördersumme des Landes im LJP für die Kinder- und Jugendarbeit durch das „Bündnis für die Jugend“, eine Vereinbarung mit zentralen Zusammenschlüssen der freien Träger, festgeschrieben und beläuft sich auf etwas über 12 Mio. Euro. In dem LJP werden Mittel von insgesamt fünf Landesministerien ausgewiesen. Allein dieser Umstand deutet darauf hin, dass die Zuständigkeiten für die Kinder- und Jugendarbeit auf der Ebene der Landesministerien eher historisch bedingt als konzeptionell gestaltet ist.

Die Zusammenstellung von Daten zur Demografie und Sozialstruktur Baden-Württembergs im *fünften Kapitel* veranschaulicht bei allen positiven Veränderungen in den vergangenen Jahrzehnten und bei allen günstigen Voraussetzungen für den Südwesten Deutschlands, dass sich Baden-Württemberg gegenwärtig an einem Wendepunkt befindet. Das zur Selbstverständlichkeit gewordene Bevölkerungswachstum wird sich in Zukunft vorerst genauso wenig fortsetzen wie auch die Zuwanderung nach Baden-Württemberg in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist. Vor diesem Hintergrund wird sich erstmalig in der Geschichte des Landes die Kinder- und Jugendarbeit unter Vorzeichen einer sinkenden Einwohnerzahl sowie einer älter werdenden Bevölkerung weiterentwickeln müssen. Insbesondere in ländlichen Regionen, die von deutlichen Bevölkerungsrückgängen betroffen sein werden, stellt sich die Herausforderung bei einer sinkenden Zahl von Kindern und Jugendlichen dennoch eine zukunftsfähige Infrastruktur zur Kinder- und Jugendarbeit auszugestalten. Nicht verändern wird sich hingegen in der Sozialstruktur Baden-Württembergs der hohe Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Dies stellt nicht zuletzt eine besondere Herausforderung für die Kinder- und Jugendarbeit dar, einen Beitrag zu den damit verbundenen gesellschaftlichen Integrationsaufgaben zu leisten.

Die Analyse der sozialstrukturellen Daten bestätigt einmal mehr, dass Baden-Württemberg ökonomisch nicht nur in Deutschland, sondern darüber hinaus im europäischen Vergleich nach wie vor gut dasteht. Dennoch sind Armutslagen auch hier nicht nur verbreitet, sondern treffen zu einem hohen Anteil auch Familien (insbesondere Alleinerziehende) mit Kindern und Jugendlichen. Hieraus formulieren sich kritische Anfragen an die Gestaltung von gerechten Bedingungen des Aufwachsens für junge Menschen, da die fehlenden ökonomischen Ressourcen oftmals Teilhabe- und Verwirklichungschancen für junge Men-

schen verringern. Nur angedeutet werden kann in diesem Zusammenhang die Frage nach der Herausforderung für die Kinder- und Jugendarbeit, einen Beitrag zur Schließung dieser Gerechtigkeitslücke zu schließen. Die Analysen zur Demografie und Sozialstruktur Baden-Württembergs arbeiten abschließend die erheblichen regionalen Unterschiede im Land hierzu heraus. Deutlich wird somit, dass die kommunalen Jugendämter bei der Ausgestaltung einer Infrastruktur zur Kinder- und Jugendarbeit von offensichtlich ganz unterschiedlichen Rahmenbedingungen ausgehen müssen. Illustriert wird hierüber, dass zur Ausgestaltung einer Infrastruktur zur Kinder- und Jugendarbeit nicht zuletzt auch eine regelmäßige Beobachtung der örtlichen sozialstrukturellen Gegebenheiten gehört.

Teil B: Befunde

Die Analysen im *sechsten Kapitel* zur Infrastruktur und zur Personalsituation der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg basieren auf der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik. Sie zeigen, dass zumindest rein quantitativ die Ressourcenausstattung im Vergleich zu anderen westlichen Flächenländern noch ausbaufähig ist. Diese Feststellung stützt sich auf Auswertungen zu den Einrichtungen, den Beschäftigten, aber auch zu den finanziellen Aufwendungen. Dies ist vor allem auf die zumeist randständige Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit in den kommunalen Etats für die Kinder- und Jugendhilfe zurückzuführen. Nicht einmal sechs Prozent der Kinder- und Jugendhilmittel werden in die Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit investiert.

Mit Blick auf die Beschäftigungssituation innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit ist für Baden-Württemberg zu vermerken, dass der Anteil der diplomierten Fachkräfte in den einzelnen Handlungsfeldern in den letzten Jahren gestiegen ist. Im Ländervergleich steht Baden-Württemberg diesbezüglich gut dar. Die Kinder- und Jugendarbeit setzt somit ihren Weg einer fachlich basierten Professionalisierung weiter fort. Hiermit einher geht auch die Zunahme des Durchschnittsalters der Beschäftigten.

Zugenommen hat in Baden-Württemberg in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre aber auch der Anteil von Teilzeitbeschäftigten in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit; diese Entwicklung ist auch in anderen Bundesländern zu beobachten. Alles in allem ist mit Blick auf die Beschäftigungsbedingungen der tätigen Personen festzuhalten, dass der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in Baden-Württemberg der Verteilung in den westlichen Bundesländern insgesamt entspricht. Bemerkenswert ist der hohe Anteil von tätigen Personen mit einem wöchentlichen Beschäftigungsumfang von 11 bis 20 Stunden. Das sind vor allem Halbtagsbeschäftigte.

Bei einer Ausdifferenzierung der Landesergebnisse nach den Jugendämtern werden erhebliche regionale Unterschiede bezogen auf die Ressourcenausstattung, aber auch die Beschäftigungsbedingungen für die Kinder- und Jugendarbeit deutlich. So schwanken allein

die zur Verfügung stehenden Finanzmittel pro 12- bis 21-Jährigem und Jahr zwischen etwas mehr als 30 EUR in einigen Landkreisen und 250 EUR und mehr in Stadtkreisen. Zudem gibt es erhebliche Disparitäten bezogen auf die in der Kinder- und Jugendarbeit handelnden Fachkräfte. Deren Durchschnittsalter schwankt zwischen rund 30 Jahren auf der einen und 42 Jahren auf der anderen Seite. Und nicht zuletzt der durchschnittliche wöchentliche Beschäftigungsumfang variiert in den Kreisen zwischen knapp 19 Stunden und rund 36 Stunden pro Woche.

Im *siebten Kapitel* stehen die beiden großen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, die verbandliche und die offene Kinder- und Jugendarbeit im Mittelpunkt. Die Jugendverbandsarbeit bildet neben der offenen Jugendarbeit eines der beiden zentralen Settings im Gesamtfeld der Kinder- und Jugendarbeit. Anders als die offene Jugendarbeit ist die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit ein überwiegend ehrenamtlich geprägtes Arbeitsfeld. Die Jugendverbände in Baden-Württemberg bieten flächendeckend eine inhaltlich und methodisch große Vielfalt an Jugendarbeits-Aktivitäten für unterschiedliche Zielgruppen auf lokaler und überregionaler Ebene bis hin zur Landesebene. Der größte Teil der öffentlich geförderten Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg wird von den Jugendverbänden erbracht. Diese hohe Zahl an Angeboten für Kinder und Jugendliche ist nur durch die große Zahl an überwiegend jungen Ehrenamtlichen möglich, die im Rahmen der Jugendverbandsarbeit Verantwortung übernehmen. Insbesondere in Baden-Württemberg ist die Zahl engagierter Jugendlicher besonders hoch.

Die Jugendverbände in Baden-Württemberg umfassen ein breites Spektrum an Organisationen mit unterschiedlichen Zielen und weltanschaulichen Ausrichtungen, die vielfältige Angebote für Kinder und Jugendliche auf der Basis von Freiwilligkeit, Selbstorganisation, Mitbestimmung und spezifischen Wertorientierungen durchführen. Für Heranwachsende erfüllen sie insgesamt Funktionen als Orte der Bildung, der Begegnung sowie der Freizeit und Erholung. Die Bildungspotenziale und selbstbestimmten Aneignungsformen der Jugendverbandsarbeit stellen im Sinne eines ganzheitlichen Bildungskonzepts wichtige Ergänzungen zur formalen (schulischen) Bildung dar. Insbesondere für die zahlreichen ehrenamtlich Engagierten bieten Baden-Württembergs Jugendverbände vielfältige Möglichkeiten sozialen Engagements, der gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme sowie der Einübung demokratischer Kompetenzen.

Bezogen auf ihre Zielgruppen scheinen sich einige Verbände schwerpunktmäßig eher zu einer kinderbezogenen Jugendverbandsarbeit hin entwickeln, während zugleich die Teilnahme Jugendlicher ab dem 16. Lebensjahr deutlich zurückgeht. Diese Verschiebung von Jugendlichen hin zu Kindern in der Jugendverbandsarbeit wird nicht nur in der verstärkten kinderbezogenen Arbeit sichtbar, sondern auch daran, dass die Förderung und Ausbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen teilweise schon ab 13 Jahren beginnt.

Teilnehmende sowie Ehrenamtliche in den Jugendverbänden sind in der Regel sozial gut integriert und haben eine gute schulische Bildung. Hauptschüler/innen, aber auch Jugendliche mit Migrationshintergrund, sind dagegen in den Verbänden unterrepräsentiert.

Da die Jugendverbandsarbeit in Baden-Württemberg in den zahlreichen Vereinen und Gruppen vor Ort überwiegend ehrenamtlich geprägt ist, ist die Zukunft der Jugendverbandsarbeit in zentraler Weise vom Grad des ehrenamtlichen Engagements in den örtlichen Gruppierungen abhängig. Hierin liegt ihre Stärke und Schwäche zugleich. Wenn die Kontinuität dieses Engagements einmal unterbrochen ist, können sich insbesondere für kleinere Vereine und Verbände ohne finanziell und personell starke Erwachsenenorganisationen Schwierigkeiten der Weiterführung auf ehrenamtlicher Basis ergeben bis hin zum völligen Wegbrechen der Jugendverbandsarbeit vor Ort.

Das Leistungsspektrum der Jugendverbände wird bisher nur unvollständig erfasst, da mit der Jugendhilfestatistik weder die ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen noch die öffentlich nicht-geförderten Angebote in Form der Kinder- und Jugendgruppen der Verbände einbezogen werden. Vor allem die ehrenamtliche Mitarbeit und die Gruppenarbeit machen aber einen zentralen Bestandteil jugendverbandlicher Arbeit aus. Da nur geförderte Maßnahmen, aber nicht die gewöhnliche Gruppenarbeit in der amtlichen Statistik erfasst werden, wird ein Großteil der Leistungen, die Jugendverbände für Kinder und Jugendliche erbringen, dort nicht sichtbar. Die Erfassung und Sichtbarmachung der Akteure und Leistungen der Jugendverbände stellt sich somit als eine weitere Herausforderung.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) ist eine vor allem beruflich organisierte Arbeit mit jungen Menschen. Sie erfüllt eine wichtige Funktion im Spektrum der außerschulischen, selbst zu wählenden und nicht-kommerziellen Angebote, insbesondere hinsichtlich der mit dieser Arbeitsform erreichten Zielgruppen. Für dieses Arbeitsfeld werden in Baden-Württemberg zurzeit fast 1.800 (Vollzeit)Stellen bereitgestellt, wovon rund zwei Drittel unter dem Dach der freien Träger angesiedelt sind.

In den letzten Jahren hat das Arbeitsfeld vielfältige Entwicklungen durchgemacht – von den neuen Kooperationsformen mit Schulen über eine verstärkte Projektorientierung bis hin zu Verschiebungen der Besucherstrukturen. Insgesamt lässt sich ein Trend beschreiben, nach dem sich das Arbeitsfeld in mehrerer Hinsicht öffnet und sich die beruflich tätigen Mitarbeiter/innen in der OKJA neue Handlungskonzepte und -formen aneignen. Die Mehrheit der Jugendzentren, Jugendfreizeitheime und Häuser der offenen Tür sind jedoch eher kleine Einrichtungen, in denen bis zu zwei Personen beruflich tätig sind. Insofern stellt sich die Frage, ob diese kleinen Einrichtungen flexibel genug agieren können, um die notwendigen Innovationen/Veränderungen erbringen können, die dem Arbeitsfeld heute abverlangt werden. Diese Frage stellt sich auch vor einem anderen Hintergrund: Hinsichtlich des Personals der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg lässt sich

nämlich der eindeutige Trend aufzeigen, dass die hauptberuflichen Mitarbeiter/innen immer älter werden. Mittlerweile haben mehr als ein Drittel der beruflich tätigen Kräfte ein Alter zwischen 40 und 60 Jahren erreicht. Es wäre zu untersuchen, welche Ursachen dieser Entwicklung zu Grunde liegen und welche (fachlichen) Konsequenzen mit dieser Veränderung verbunden sind.

Das *achte Kapitel* stellt verschiedene Akteure und Felder der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg in den Mittelpunkt. Dabei geht es um die Kinder- und Jugendarbeit im Sport, um die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit, die Arbeit der Landjugendverbände, die kulturelle Kinder- und Jugendarbeit sowie um den Ring politischer Jugend.

Die Sportvereine sind eine tragende Säule außerschulischer Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Mehr als drei Viertel aller Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg sind im Laufe des Heranwachsens in Sportvereinen aktiv, was auch im Vergleich aller Bundesländer einen Spitzenwert darstellt. Über 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche sind derzeit in Baden-Württemberg in Sportvereinen organisiert und können so – über das jeweilige Training hinaus – auch mit den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit in Kontakt kommen. Die Baden-Württembergische Sportjugend (BWSJ) vertritt und berät die Kinder- und Jugendarbeit im Sport auf Landesebene. Organisiert wird sie über die drei Sportjugenden der Sportbünde. Betrachtet man die Sportjugend als Einheit, so ist sie in der Summe ihrer Mitglieder landesweit die größte Organisation der Kinder- und Jugendarbeit. Sie erreicht je nach Altersstufe zwischen 50 und 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen.

Die Sportjugend und die Sportvereine nehmen in der Kinder- und Jugendarbeit eine Sonderstellung ein, was schon daran deutlich wird, dass die BWSJ nicht Mitglied im Landesjugendring ist. Im Unterschied zu anderen Jugendverbänden findet sich auf der lokalen Ebene ein vielfältiges Spektrum an Einzelvereinen, die sich jeweils durch ihre unterschiedliche Sportarten und die zusätzliche Ausrichtung an den übergeordneten Fachverbänden des Sports auszeichnen. So tritt neben stärker jugendarbeitsspezifische Aktivitäten auf lokaler und überregionaler Ebene (wie z.B. Freizeit- und Ferienfahrten, Projektarbeiten, Jugendbildungsarbeit, Qualifizierung von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Mitwirkung bei jugendpolitischen Fragen oder dem Freiwilligen Sozialen Jahr im Sport) zunächst die grundsätzliche Ausrichtung auf die sportliche Dimension, die vor allem Training, Spiel und Wettkampf beinhaltet, in den Vordergrund. Dies führt dazu, dass junge Menschen sich in Sportvereinen bisweilen nicht als an der Kinder- und Jugendarbeit Teilnehmende wahrnehmen.

Unter der Perspektive von Bedeutung und Wirkungen der Jugendarbeit – die hohe Bedeutung des Vereinssportes für die körperliche, gesundheitliche und psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat zuletzt der 13. Kinder- und Jugendbericht herausge-

stellt – unterscheidet auch die Sportjugend zwischen geplanten und informellen Bildungs- und Lernprozessen. So existieren über die stärker jugendarbeitsspezifischen Angebote hinaus auch im regelmäßigen Training Zielsetzungen, die neben körperbezogenen Kompetenzen auf Kompetenzerwerb im sozialen, kognitiven und personalen Bereich zielen. Darüber hinaus finden sich wie in anderen Jugendverbänden informelle Lernprozesse im Sinne sozialen und personalen Lernens, die „alltägliche“ Bestandteile jugendlicher Gesellung sind. Zudem kann das auch in den Sportvereinen konstitutive ehrenamtliche Engagement der jungen Menschen als bedeutsamer Ort der Persönlichkeitsentwicklung und des Kompetenzerwerbs beschrieben werden. Allerdings bleibt es eine Aufgabe vor allem auch der lokalen Vereinsarbeit, deutlich und transparent zu machen, wie und welche Bildungsprozesse im Sinne persönlicher und sozialer Kompetenzen im Sportverein bewusst gefördert werden, sich also auch als Kinder- und Jugendarbeit zu positionieren.

Ein großes Potenzial – bei allen auch sich bei den Sportvereinen abzeichnenden Schwierigkeiten der demographischen Entwicklung, der möglichen Konkurrenz von Ganztagschulen und der Finanzierung – ist die hohe Zahl der Kinder und Jugendlichen, die die Sportvereine bis heute erreichen, und das mit gewissen Einschränkungen quer über die Bevölkerungsschichten und Altersgruppen. Auch wenn die Kinder- und Jugendarbeit im Sport sich vermehrt mit der Frage auseinandersetzt, wie sie Heranwachsende aus sozioökonomisch schlechter gestellten Familien und aus benachteiligten Milieus besser integrieren können, ist zu konstatieren, dass die Sportvereine diejenigen Organisationen sind, die als außerschulische Organisationen Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch prekären Lebenslagen sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund noch am ehesten erreichen und einbeziehen. Dieses Potenzial der Sportverbände und Sportvereine sollte systematisch gefördert und inhaltlich ausgestaltet werden.

Die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg besitzt für Kinder und Jugendliche nach wie vor einen hohen Stellenwert. Damit erweist sich kirchliche Jugendarbeit auch in Zukunft als ein wichtiger Akteur im Feld der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit. Der Untersuchung der katholischen Jugendarbeit zufolge ist ein Rückgang der erreichten Kinder und Jugendlichen nicht festzustellen. Auch im Vergleich mit der demografischen Entwicklung ist demnach die Nachfrage stabil. Allerdings zeigen sich eine altersgemäße Verlagerung der Teilnehmer/innen hin zu den jüngeren Altersgruppen der Kinder ab dem Schulalter sowie ein latenter Ausstieg der Heranwachsenden im Alter ab etwa 16 Jahren.

Zugleich lassen sich in den letzten Jahren ein Mitgliederschwund sowie ein kontinuierlicher Rückgang der Taufen in den beiden großen Volkskirchen beobachten. Diese Tendenzen werden sich aller Voraussicht nach auch auf die zukünftige zahlenmäßige Entwicklung der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit auswirken, da hier überwiegend jeweils evangelische bzw. katholische Heranwachsende teilnehmen.

VIII

Die beiden Kirchen bieten in Baden-Württemberg flächendeckend eine große Vielfalt an Jugendarbeits-Aktivitäten, wobei die meisten Angebote und Aktivitäten in den Kirchengemeinden stattfinden. Dabei bildet die Gruppenarbeit nach wie vor den zentralen Bereich kirchlicher Kinder- und Jugendarbeit. Insbesondere in ländlichen Gebieten nutzen viele Kinder und Jugendliche die Angebote. Vor allem die Altersgruppe der 9- bis 16-Jährigen nimmt auf dem Land in sehr viel höherem Maß als in städtischen Gebieten an Gruppen und Aktivitäten der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit teil. Das große vielfältige Angebot sowie die kostengünstige, personalintensive Betreuung bei Freizeiten sind nur aufgrund des großen Pools an Ehrenamtlichen möglich. Diese erhalten bei ihrer Arbeit professionelle Unterstützung und Qualifizierung durch berufliche Fachkräfte, die jedoch in vielen Bereichen noch verstärkt und ausgebaut werden müsste.

Die Kooperation von kirchlicher Jugendarbeit und Schule steckt einschlägigen Studien zufolge noch in den Anfängen. Auf Gemeindeebene werden Kooperationsangebote von Jugendarbeit und Schule nur von wenigen Kirchengemeinden in Württemberg genannt. Allerdings wird seit einiger Zeit durch Schülermentorenprogramme ein wichtiger Beitrag zum sozialen Lernen an Schulen geleistet. Aktuelle Studien geben Hinweise, dass die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit als Ermöglichungsraum für Gemeinschaft und für vielfältige Bildungsprozesse fungiert. Hierbei ermöglicht sie Aneignungs- und Gestaltungsprozesse durch die Jugendlichen selbst.

Allerdings sind die Zugangsmöglichkeiten zur kirchlichen Jugendarbeit nicht für alle Kinder und Jugendlichen gleich offen. Die meisten Heranwachsenden kommen über ihre Familie oder Freunde zur kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit. Es zeigt sich, dass überwiegend Kinder und Jugendliche der jeweiligen Konfession mit mittlerer und höherer Schulbildung teilnehmen. Hauptschüler/innen, junge Menschen mit Migrationshintergrund sowie Heranwachsende aus kirchenfernen Milieus sind deutlich unterrepräsentiert. Hier stellt sich die Frage, ob die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg jenseits der traditionellen Zugangswege auch für diese jungen Menschen Zugangsmöglichkeiten schaffen will und kann.

Die Landjugendverbände in Baden-Württemberg erbringen Angebote speziell für Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum. Sie dienen der Integration junger Menschen in das ländliche Gemeinwesen und eröffnen Heranwachsenden gleichzeitig einen Freiraum für Gleichaltrigengesellschaft und Gemeinschaft. Insbesondere Kinder und Jugendliche auf dem Land nehmen in weit größerem Ausmaß als Heranwachsende in den Städten an Angeboten der verbandlichen Jugendarbeit teil. So sind auch die Mitgliederzahlen der Landjugendverbände in Baden-Württemberg in den letzten Jahren stabil geblieben und das schon immer stark ausgeprägte ehrenamtliche Engagement in ländlichen Gebieten ist noch weiter gewachsen.

Die Gruppen der Landjugendverbände, die demokratisch und auf freiwilliger Basis organisiert sind, kommen dem Bedürfnis Heranwachsender nach Gemeinschaft mit Gleichaltrigen und sozialer Zugehörigkeit entgegen. Damit können sie auch Schutz vor dem Einfluss extremistischer und gewaltbereiter Vereinigungen bieten, die verstärkt in ländlichen Gebieten versuchen, Jugendliche anzusprechen und zu gewinnen. Landjugendgruppen bieten neben Freizeitgestaltung und Gemeinschaft in der Gleichaltrigengruppe ein soziales Netzwerk für Heranwachsende, das diese für ihre Lebensbewältigung nutzen können. Sie leisten Beiträge zur Aneignung des ländlichen Sozialraums, zu sozialem Lernen und zur Persönlichkeitsentwicklung.

Gleichwohl haben gesellschaftliche Modernisierungsprozesse wie Individualisierung der Lebensläufe, Pluralisierung der Lebenslagen, wachsende Mobilität sowie Zu- und Abwanderungsbewegungen längst die ländlichen Regionen erfasst und führen zu neuen Strukturen des Aufwachsens. Die neuen Medien erweitern die Erfahrungs-, Beziehungs- und Kommunikationsmöglichkeiten der Heranwachsenden auch auf dem Land und verbinden sie mit der globalen Welt, verändern aber auch in erhöhtem Maße deren Freizeitverhalten.

Der Strukturwandel der Landwirtschaft führt dazu, dass die Zahl der Landwirte dramatisch zurückgeht. Dies wird auch an der Mitgliederstruktur der Landjugendverbände sichtbar. Die bäuerliche Herkunft der Mitglieder hat in den letzten Jahrzehnten stetig abgenommen, so dass im Jahr 2000 nur noch 26 Prozent von ihnen einen landwirtschaftlichen Hintergrund angeben. Auch auf dem Land leben in zunehmendem Maße Menschen, die nicht schon seit Generationen hier ansässig, sondern in den vergangenen Jahren zugezogen sind. Insbesondere in Baden-Württemberg haben sich bis in die jüngste Vergangenheit hinein starke Wanderungsbewegungen vollzogen.

Zudem könnte die sich verändernde Schullandschaft in der nahen Zukunft weitreichende Folgen für den Alltag von Kindern und Jugendlichen sowie für das soziale Leben in den Dörfern und Kleinstädten mit sich bringen. Die Anforderungen an Mobilität – die viele Heranwachsende auf dem Land auch früher schon für den Schulbesuch, insbesondere weiterführender Schulen, oder für die Ausbildung aufbringen mussten – sind noch weiter angestiegen. Mit der Zusammenführung von Schulen, die zu verlängerten Fahrwegen für die Schüler/innen führt, sowie der zeitlichen Ausweitung von Schule bis weit in den Nachmittag hinein, wird es für die Landjugendverbände zunehmend schwieriger, Kinder und Jugendliche in ihre Aktivitäten einzubinden. Gleichzeitig wird der demografische Wandel insbesondere auf dem Land zu einem deutlichen Rückgang von Kindern und Jugendlichen bis zum Jahr 2020 führen. Das alles sind Entwicklungen, die für die Zukunft der Landjugendverbände, aber auch für die anderen Jugendverbände im ländlichen Raum von erheblicher Bedeutung sein dürften und zu einer erneuten Diskussion über deren Profil und Unterstützung führen müssen.

Wenn junge Menschen in Dörfern und Kleinstädten persönliche Zukunftsperspektiven entwickeln können, gewinnt dieser Raum für sie an Lebensqualität. Die Kinder- und Jugendarbeit der Landjugendverbände kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, da sie einen bedeutenden Teil sozialer Infrastruktur bildet, insbesondere, wenn sie sich mit den anderen Akteuren im Sozialraum im Rahmen der kommunalen Jugendhilfeplanung vernetzt.

Im *neunten Kapitel* steht das Verhältnis von Schule und Jugendarbeit im Mittelpunkt. Die Schule ist als große und umfassende Bildungs- und Sozialisationsinstanz ein zentrales Element im Heranwachsen von Kinder und Jugendlichen. Schule und Jugendarbeit stehen – mit unterschiedlichen Konzepten, Zielen und Zugangsmodalitäten – dabei zum Teil in einem Spannungsverhältnis, aber auch in Kooperation miteinander. In Baden-Württemberg haben sich, vom Land und von den Kommunen gefördert, in dieser Hinsicht vielfältige Formen der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit entwickelt und etabliert. Im Sinne umfassender Lern- und Bildungserfahrungen und der Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher konnten und können vor allem die Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit ihre besonderen Zugänge, Inhalte und Arbeitsformen einbringen.

Insbesondere der Ausbau der Ganztagschulen stellt die Kinder- und Jugendarbeit vor neue Herausforderungen, da in diesem Prozess sich sowohl Konkurrenzprobleme als auch neue Kooperationen ergeben. Der Ausbau der Ganztagschulen, der nach dem Beschluss der Landesregierung in Baden-Württemberg bis 2015 40 Prozent der Schulen umfassen soll, wird für einen bedeutsamen Teil der Schülerinnen und Schüler die alltäglichen Zeitstrukturen und damit möglicherweise auch ihr außerschulisches Freizeitverhalten verändern. Damit wird auch das „Zeitfenster“ der Kinder und Jugendlichen für die Teilnahme an außerschulischen organisierten Freizeitangeboten kleiner, während zugleich über die Erweiterung schulischer außerunterrichtlichen Angebote den Anbietern der außerschulischen Jugendarbeit möglicherweise inhaltliche Konkurrenz entsteht.

Zudem kann – wie am Beispiel der Sportvereine und der von ihnen genutzten Sportstätten ersichtlich – ein Konkurrenzproblem in der Nutzung von Infrastruktur entstehen. Entsprechend muss sich die Jugendarbeit über die existierenden Kooperationen mit Halbtagschulen hinaus mit ihrem Verhältnis zur Ganztagschule beschäftigen. Das zentrale Förderinstrument des Landes Baden-Württemberg für den Ausbau von außerunterrichtlichen Angeboten an Ganztagschulen stellt derzeit das Jugendbegleiter-Programm dar. Es erweitert den Schultag um vielfältige Angebote, die in Verantwortung der Schulleitungen stehen und von Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleitern als Einzelpersonen erbracht werden. Dabei handelt es sich vor allem um Eltern und ältere Mitschüler und -schülerinnen, während die etablierten Anbieter und Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit eher gering eingebunden sind – und wenn, dann nur über Einzelpersonen aus den Verbänden und nicht in ihrer organisatorischen Einheit.

Zu überlegen ist, ob ein Ganztagsschulausbau, der über die verlässliche Betreuung hinaus systematisch nachhaltigen Bildungsprozesse anregen und unterstützen will, nicht ein gewisses Maß an fachlichen und professionellen Standards und hierfür dann auch systematische Kooperationsbezüge mit Organisationen wie der Kinder- und Jugendarbeit benötigt. Dadurch könnte das bisherige Jugendbegleiter-Programm verstärkt die Erfahrungen, Kompetenzen und Ressourcen von Jugendorganisation nutzen und so nicht nur auf die weitaus fragilere Zusammenarbeit mit Einzelpersonen auf der Basis von Einzelverträgen setzen. Demzufolge wäre dann die Kinder- und Jugendarbeit gefordert, ihren möglichen Gestaltungsbeitrag für das ganztägige Lernen aktiv zu formulieren.

Teil C: Potenziale

Fragt man nach den Potenzialen, die in der Kinder- und Jugendarbeit stecken, so lassen sich vier verschiedene Dimensionen unterscheiden: Die Bildungs-, die Verantwortungs-, die Gemeinschafts- sowie die Integrationspotenziale der Kinder- und Jugendarbeit.

Im *zehnten Kapitel* der Expertise werden die bildungsbezogenen Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit ins Blickfeld gerückt. Diese können als personale, praktische und soziale Bildung ebenso skizziert werden wie als erfahrungsbasierte, lebensweltlich geprägte Alltagsbildung. Alltagsbildung umschreibt dabei das, was vor, neben und nach der Schule an Bildung geschieht, was jenseits der Schulfächer an elementaren Bildungsinhalten relevant ist, was über die längste Zeit der Menschheitsgeschichte die wesentliche Quelle der Weltaneignung, der Überlieferung und der Weitergabe des kulturellen Erbes war. Diese schon immer vorhandenen, unregulierten Formen des Lernens, des Kompetenzzuwachses und der Weltaneignung, die im Zuge der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung von eigenständigen Bildungsinstanzen aus dem Blick zu geraten drohen, müssen in Anbetracht erodierender Gewissheiten und lebensweltlicher Stabilitäten neu entdeckt und auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Dabei steht im Vergleich zur Schule weniger das „Beibringen“ und „Belehren“ der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund, als vielmehr das selbstentdeckende Lernen, die partizipative und eigenständige Entwicklung von Meinungen, Haltungen und Werten, das nicht-intendierte Erlernen von Alltagskompetenzen unter Realbedingungen sowie das konkrete, aktivierende Tun, beispielsweise durch konkrete Übernahme von sozialer Verantwortung.

Bis vor wenigen Jahren hat sich die Diskussion über Kinder- und Jugendarbeit als Bildungsarbeit eher in einem Stadium der guten Hoffnung, der ungeprüft unterstellten Wirkungen und der beeindruckenden Einzelfälle bewegt. Meist erschöpfte sich die Antwort auf die Frage der Nachweisbarkeit der durch Kinder- und Jugendarbeit erworbenen Kompetenzen in einem pauschalen Verweis auf ihre unterstellte Bedeutung. Mittlerweile hat sich die Lage etwas verbessert: Das Wissen über die erworbenen Fähigkeiten und Fertig-

keiten sowie über die generellen Bildungsleistungen der Kinder- und Jugendarbeit hat aufgenommen.

Im *elften Kapitel* werden unter der Überschrift Verantwortungspotenziale der Kinder- und Jugendarbeit zwei Seiten dieser Potenziale thematisiert. Eine, die sich auf das Gemeinwesen, den sozialen Kontext und die Gesellschaft bezieht und eine, die zuallererst auf die Person selbst und ihre Befähigung zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gerichtet ist. Wie entwicklungspsychologische Studien aus den USA wiederholt gezeigt haben, kann die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung sowie gesellschaftlicher Integration und Solidarität fördern.

Im Unterschied zur schulischen Bildung spielen Verantwortungsbereitschaft und Verantwortungsübernahme, Beteiligung und Mitwirkung eine wichtige Rolle in der Kinder- und Jugendarbeit. Hier können Heranwachsende durch die Übernahme von Verantwortung für sich und andere die wichtige Erfahrung konkreter Nützlichkeit sowie gesellschaftlicher Relevanz ihres Tuns machen. Formen der Beteiligung, der Selbstorganisation und der Verantwortungsübernahme waren seit jeher wesentliche und selbstverständliche Bestandteile von Konzepten der Kinder- und Jugendarbeit. Diese bietet den jungen Menschen unterschiedliche Möglichkeiten der aktiven und aktivierenden Teilnahme, der Mitgestaltung, der Teilhabe und Verwirklichung sowie der Verantwortungsübernahme.

Im *zwölften Kapitel* werden die Gemeinschaftspotenziale der Kinder- und Jugendarbeit betrachtet. Wie sich in neueren Studien zur Kinder- und Jugendarbeit zeigt, ist das Hauptmotiv der Teilnehmer/innen, aber auch der Ehrenamtlichen, der Wunsch nach sozialer Zugehörigkeit, nach Geselligkeit und Gemeinschaft mit anderen. Demnach verbindet die Gruppe als Ort von Gemeinschaft mit anderen, von Spaß und Engagement, von Sinn und Orientierung, von Aktivitäten und sozialer Anerkennung durch andere. Diese Orientierung an Gleichaltrigen ist ein zentraler Prozess der biografischen Neuorientierung, der die Ablösung vom Elternhaus und die Suche nach neuen personalen und sozialen Orientierungen unterstützt. Kinder- und Jugendarbeit bietet somit Gelegenheitsstrukturen, die Heranwachsenden dabei helfen, spezifische Entwicklungsaufgaben ihres Lebensalters zu bewältigen. Die Gemeinschaft in Jugendgruppen ermöglicht demnach sozialen Anschluss, sozialemotionalen Halt, gemeinsames Erlebnis sowie den Aufbau und die Stabilisierung der eigenen Identität. Zugleich unterstützt sie erste Ablösungsprozesse vom Elternhaus und bietet Gelegenheiten zu Austausch, Kommunikation und Kooperation.

Im *dreizehnten Kapitel* schließlich wird der Blick auf die Integrationspotenziale der Kinder- und Jugendarbeit gerichtet. Es ist davon auszugehen, dass diese weitaus mehr Integrationspotenziale für junge Menschen in den Sozialraum besitzt, als dies bislang wahrgenommen und der Kinder- und Jugendarbeit zugerechnet worden ist. Aus einer analytischen Perspektive heraus können in diesem Zusammenhang mindestens drei Dimensionen der

Integration unterschieden werden: Erstens führen die Gemeinschaftspotenziale zu einer Integration in soziale Netzwerke, mit der die Herstellung von gemeinsamen Interessen, Gewohnheiten oder Einstellungen verbunden ist. Diese „Herstellung von Zugehörigkeit“ ist eng mit der Bildung von Sozialkapital verbunden. Zweitens trägt Kinder- und Jugendarbeit ebenfalls zu der gesellschaftlichen Integration der jungen Menschen bei, da die Teilnehmer/innen sich mit verbindlichen sozialen Normen und Werten auseinander setzen und diese kennen lernen. Zudem kann die Nutzung der Angebote auch als ein Ausdruck verstanden werden, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Kinder- und Jugendarbeit dient so gewissermaßen der Justierung der eigenen Werte, Standpunkte und Alltagspraktiken und stellt zugleich für einen großen Teil der jungen Menschen einen kind- bzw. jugendgemäßen Teil ihres gesellschaftlichen Lebens dar.

Und wenn man drittens die Kinder- und Jugendarbeit schließlich als Institution betrachtet, dann kann festgestellt werden, dass sie mit ihren spezifischen Angeboten, Kooperationen und Aktivitäten auf der Ebene des Gemeinwesens, des Sozialraums bzw. des sozialräumlichen Umfelds bestimmte Infrastrukturleistungen erbringt. Insofern ist Kinder- und Jugendarbeit als ein integraler und spezialisierter Bestandteil einer kleinräumigen Inklusionspolitik zu sehen, der aus der Perspektive der Teilnehmer/innen vielfältige Aneignungsprozesse des jeweiligen sozialräumlichen Umfelds befördert und zugleich aus der Perspektive des Gemeinwesens sozialräumliche kind- und jugendgemäße Ausdrucksformen in urbane Strukturen bzw. Lebensräume integriert.

Teil D: Perspektiven

Im *vierzehnten Kapitel* werden die zu erwartenden demografischen Veränderungen für die nächsten zehn Jahre in den Blick genommen. Auf der Grundlage der Ergebnisse der jüngsten Bevölkerungsvorausberechnungen wird herausgearbeitet, dass Baden-Württemberg in den nächsten Jahren nicht nur Einwohner/innen verlieren wird, sondern sich zugleich auch deutliche Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung abzeichnen. Dies wird die entsprechenden Altersgruppen der Kinder- und Jugendarbeit in besonderer Weise treffen. So wird sich die Zahl der 6- bis unter 27-Jährigen bis zum Jahre 2020 um 13 Prozent, die der 12- bis 21-Jährigen sogar um 17 Prozent reduzieren. Dieses Ergebnis bestätigt sich auch mit Blick auf die Vorausberechnung zu den Schüler/innenzahlen. Auch diese werden in den nächsten Jahren in erheblichem Maße zurückgehen. Möglicherweise muss mit Veröffentlichung der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes dieses Ergebnis sogar noch einmal nach unten korrigiert werden, zumal in Baden-Württemberg – wie in anderen Bundesländern auch – die Zuwanderungszahlen erheblich zurückgegangen sind.

Diese Entwicklungen für das Land insgesamt unterliegen jedoch zugleich beachtlichen regional ungleichen Veränderungen. Bleibt man bei der zu erwartenden Entwicklung der 6-

bis unter 27-Jährigen, so wird sich zwar in keinem Kreis des Landes deren Anzahl bis 2020 erhöhen, dennoch variieren die Rückgänge zwischen 4 und 18 Prozent. Es deutet sich hierüber an, dass insbesondere in den Landkreisen die Abnahme der genannten Altersgruppe deutlicher ausfallen wird als in den städtischen Ballungsräumen. Mitunter wird man in einigen Städten zumindest in den nächsten Jahren nahezu verschont bleiben von den Auswirkungen des demografischen Wandels, nicht aber in den Landkreisen. Somit stellt sich einmal mehr die Frage nach der zukünftigen Gestaltung einer Infrastruktur zur Kinder- und Jugendarbeit in den ländlichen Räumen.

Im *fünfzehnten Kapitel* werden die konzeptionellen Perspektiven der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg in das Zentrum der Betrachtungen gerückt. Die Kinder- und Jugendarbeit bildet immer noch ein wichtiges Sozialisationsfeld und eine wichtige Lernwelt neben Familie und Schule. Dabei ist insbesondere die Jugendverbandsarbeit geprägt von Freiwilligkeit, Ehrenamtlichkeit, Partizipation und Selbstorganisation. Sie bietet in gewisser Weise einen Gegenentwurf zum formalen Bildungssystem, aber auch zu den familiären Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen. Mit den traditionellen Gewinnungsstrategien und Konzepten sowie den derzeitigen Personal- und Finanzressourcen lassen sich in Zukunft jedoch weder die Angebote, Aufgaben und Arbeitsfelder im erforderlichen Umfang erweitern, noch neue Zielgruppen erschließen, aber auch nicht die Kooperation und Vernetzung mit anderen Akteuren im Sozialraum entscheidend vorantreiben.

Wenn die ehrenamtlich organisierten Felder der Kinder- und Jugendarbeit ihre Eigenständigkeit bewahren wollen und sich nicht am gesellschaftlichen Großprojekt Bildung in verbindlicher Form, etwa in der Kooperation mit Schule im Rahmen der *Ganztagsschule* beteiligen, droht ihnen auf Dauer ein gesellschaftlicher Bedeutungsverlust und eine Abdrängung in eine Nischenexistenz, verbunden mit der Gefahr, auf kleinräumiger Ebene sich selbst aufzulösen. Um die Kinder- und Jugendarbeit auf die zukünftigen gesellschaftlichen Anforderungen vorzubereiten, sie also im Gefüge der anderen gesellschaftlichen Akteure, Sozialisationsfelder und Bildungsinstitutionen neu zu positionieren, erscheint eine konzeptionelle Neuausrichtung und eine veränderte Strategie der Kooperation, insbesondere beim Ausbau der Ganztagsschule, notwendig.

Für die sukzessive Etablierung der Ganztagsschule in Baden-Württemberg stellt sich die Frage, ob es im „Projekt Ganztagsschule“ über den Unterricht hinaus vor allem um die Organisation von Betreuung und Freizeit gehen soll, oder ob auch in den nicht-unterrichtlichen Teilen der Ganztagsschule eine erweiterte und neue Form von Bildung, Befähigung und Erziehung und damit eine insgesamt verbesserte Förderung von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt stehen soll. Dabei eröffnen die Bildungspotenziale der Kinder- und Jugendarbeit für das Projekt Ganztagsschule erheblich erweiterte Möglichkeiten, sofern diese systematisch in die künftige Gestaltung des Ganztagesangebots einbezogen werden,

wenn also der außerunterrichtliche Teil der Ganztagschule nicht nur als ein schulergänzendes Freizeitangebot ohne ein dahinter liegendes integratives Konzept gestaltet wird.

In diesem erweiterten Konzept läge die zentrale Zuständigkeit der Kinder- und Jugendarbeit in den Bildungsaufgaben im außerunterrichtlichen Bereich, also schwerpunktmäßig vor allem in der Ermöglichung und Förderung einer lebensweltorientierten *Alltagsbildung*. Mit dieser Verortung könnte die Kinder- und Jugendarbeit ihren Beitrag zur Verwirklichung von mehr Chancengerechtigkeit leisten. Diese zukunftsfähigen Erweiterungen und Veränderungen des Arbeitsfeldes, der Aufgaben und Angebote, der Inhalte und Konzepte, der Zielgruppen und Kooperationspartner der Kinder- und Jugendarbeit werden allerdings zum Nulltarif nicht umzusetzen sein.

Um die Zukunftsfähigkeit zu sichern, muss die Kinder- und Jugendarbeit daher Antworten auf die Fragen finden, welchen Einfluss die demografische Entwicklung auf die künftige Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit hat, welche Herausforderungen für die Kinder- und Jugendarbeit im Lande aus den ungleichen Entwicklungs- und Teilhabechancen für junge Menschen resultieren, und welche Konsequenzen insbesondere für milieugebundene Formen der Kinder- und Jugendarbeit aus der Erosion traditioneller und der Entstehung neuer Milieus, aus den sich verändernden religiösen Orientierungen, aus der Verkürzung und Verdichtung der Jugendphase sowie aus einer weiter wachsenden Konkurrenz alternativer Angebote zu ziehen sind.

Ausgehend von den Auswirkungen des demografischen Wandels werden diese Fragen und die Entwicklung des Bildungssystems sowie der Kinder- und Jugendarbeit insbesondere für die ländlichen Sozialräume in den Blick genommen. In einem zweiten Schritt wird versucht, mit dem *Konzept der lokalen und regionalen Bildungslandschaften* eine mögliche Antwort auf die genannten Veränderungsprozesse für die Zukunft zu formulieren und dabei auch eine neue veränderte Rolle und Aufgabenstellung für die Kinder- und Jugendarbeit zu beschreiben.

Einfache, mechanische Hochrechnungen der aktuellen Ressourcen der Kinder- und Jugendarbeit im Lichte einer abnehmenden Zahl von Kindern und Jugendlichen legen nahe, dass eine bloße Fortschreibung der derzeit zur Verfügung stehenden Mittel auf die dann verringerte Anzahl von Jugendlichen zu erheblichen Kürzungen führen würde. Vor allem in ländlichen Regionen würde eine solche Vorgehensweise die Kinder- und Jugendarbeit in eine prekäre Lage bringen, insbesondere wenn man dann auch noch die ungünstiger werdenden Entfernungen zu den bestehenden Einrichtungen einbezieht. Diese Situation verschärft sich in dem Augenblick zusätzlich, in dem die öffentliche Verkehrsinfrastruktur im regionalen Raum mit den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit abgestimmt werden muss. In der Summe betrachtet spricht mithin vieles dafür, dass eine zusätzliche Stabilisierung regionaler Jugendarbeitsangebote im ländlichen Raum erforderlich sein wird, will

man nicht mit Blick auf eine attraktive Kinder- und Jugendarbeit die Verödung ganzer Landstriche riskieren. Ziel muss es sein, dass auch bei einer sinkenden Anzahl von Kindern und jüngeren Jugendlichen, also den unter 16-Jährigen, die selbst keine individuellen Mobilitätschancen haben, für diese gut erreichbare, nicht-kommerzielle Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in der Nähe ihres Wohnorts zur Verfügung stehen.

Betrachtet man die zuvor beschriebenen Entwicklungen im ländlichen Raum, so stellt sich angesichts des demografischen Wandels die Frage, wie zukünftig für Heranwachsende eine flächendeckende Infrastruktur an verlässlichen Bildungs- und Freizeitangeboten erhalten bzw. geschaffen werden kann. Will man ein umfassendes ganzheitliches vielfältiges Bildungsangebot auch für eine abnehmende Anzahl von Kindern und Jugendlichen ermöglichen, so scheinen hierfür innovative Konzepte, nicht zuletzt auch für ländliche Regionen, erforderlich. In dieser Hinsicht eröffnet das *Konzept der lokalen oder regionalen Bildungslandschaften* eine Möglichkeit und Chance, die Stärken der Schule mit den Stärken der anderen außerschulischen Bildungsakteure zu verbinden. Ziel ist es dabei, die unterschiedlichen Akteure und Anbieter von Bildungsangeboten vor Ort so zusammenzubringen und die Bildungslandschaft so zu organisieren, dass zum einen ein breiteres, vernetztes und plurales Bildungsnetzwerk aus einer Hand, aus einem Guss, aber nicht unbedingt an einem Ort entstehen kann, und dass zum anderen möglichst alle Kinder und Jugendlichen dadurch individuell besser gefördert werden

Baden-Württemberg besitzt bei den unter 25-Jährigen mit 33 Prozent die bundesweit höchste Quote von jungen Menschen mit Migrationshintergrund. In Anbetracht dieser Ausgangslage und der sich in dieser Frage abzeichnenden Entwicklungslinien bieten sich zwei Wege an, um die Kinder- und Jugendarbeit gegenüber jugendarbeitsfernen Kindern und Jugendlichen einerseits sowie jungen Menschen mit Migrationshintergrund andererseits konzeptionell zu öffnen und diese Gruppen somit besser zu erreichen. Zum einen bietet sich die Möglichkeit an, die Potenziale der Selbstorganisation, sei es bei den Migrantinnen und Migranten oder auch den anderen Milieus, deutlicher zu nutzen und infolgedessen das Engagement in eigenen Organisationen nicht zu fördern, sondern diese zugleich auch in die gesamte Verbandsstruktur bzw. in die Stadt- und Kreisjugendringe zu integrieren. Zum anderen muss trotz aller Schwierigkeiten künftig noch stärker versucht werden, jene Kinder und Jugendlichen anzusprechen und zu gewinnen, die sich bislang von den Angeboten nicht ausreichend genug angezogen fühlten. Gelingt dies, so lassen sich auch in Zukunft neue Zielgruppen für die Kinder- und Jugendarbeit erschließen.

Nachdem in den Kapiteln zuvor die für Baden-Württemberg und die Regionen zu erwartenden demografischen Entwicklungen beschrieben sowie die konzeptionellen Herausforderungen und Perspektiven benannt worden sind, werden im *sechzehnten Kapitel* schließlich quantitative Zukunftsentwürfe für die Kinder- und Jugendarbeit 2020 entwickelt. Herausgearbeitet werden dabei insgesamt drei sich nicht unbedingt gegenseitig ausschließen-

de Varianten einer möglichen Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit: eine Fortschreibungsvariante, eine Dynamisierungsvariante sowie eine Entwicklungsvariante. Schon hierüber deutet sich an, dass allein die Tatsache, dass die Anzahl junger Menschen in der Bevölkerung zurückgeht, noch keine unmittelbaren Rückschlüsse auf einen zukünftigen Bedarf an Strukturen und Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit zulässt. Zugespitzt formuliert: Die Frage nach der Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit kann für Baden-Württemberg nicht allein demografisch beantwortet werden, sondern muss angesichts der noch ungenutzten Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit für die Mitgestaltung des Aufwachsens in öffentlicher Verantwortung vor allem eine fachliche und politische Antwort finden.

Beantwortet man die Frage nach der Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit mit einem schlichten „Weiter so!“, dann wäre laut der berechneten „Fortschreibungsvariante“ und der Projektion des Status Quo ins Jahr 2020 in den kommenden Jahren mit einem Rückgang der finanziellen Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit um etwa 17 Prozent zu rechnen. Diese Reduzierungen würden aller Voraussicht nach vor allem in den kommunalen Jugendhilfeeinsparungen zum Ausdruck kommen. Fällt die Antwort hingegen so aus, dass – wie in der entwickelten „Dynamisierungsvariante“ zugrunde gelegt – bei einer rückläufigen Anzahl junger Menschen die finanziellen Ressourcen im System der Kinder- und Jugendarbeit bleiben, um so der Kinder- und Jugendarbeit neue Perspektiven zu eröffnen, so würden sich die finanziellen Spielräume für die anstehenden Zukunftsaufgaben und -projekte der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg eindeutig erhöhen. Zu viel versprechen darf man sich hiervor allerdings nicht. Gelingt es nämlich vor allem auf der kommunalen Ebene, die vorhandenen finanziellen Mittel im System zu halten, so wäre im Jahre 2020 gerade einmal der Durchschnitt des Ausgabenniveaus der westdeutschen Bundesländer im Jahre 2007 erreicht.

Wenn von Zukunftsprojekten für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg die Rede ist, so werden im Rahmen der „Entwicklungsvariante“ mit der Gestaltung von lokalen und regionalen Bildungslandschaften im ländlichen Raum sowie einer Beteiligung am Ausbau der von der Landesregierung geplanten ganztägigen Bildungsangebote in Form von Ganztagschulen zwei konkrete Vorhaben benannt und mit Blick auf den möglicherweise zu erwartenden Investitionsbedarf berechnet. Bei allen Vorbehalten und Ungenauigkeiten mit Blick auf die getroffenen Annahmen könnte für den Aufbau der lokalen Bildungslandschaften zusätzliche Mittel in Höhe von 4 Mio. EUR bis 2020 für vor allem den ländlichen Raum notwendig werden. Der Ausbau der ganztägigen Bildungsangebote für die Gestaltung einer ambitionierten erweiterten Bildungsinfrastruktur an den Ganztagschulen jenseits des Unterrichts könnte in den nächsten Jahren einen zusätzlichen Finanzbedarf von 22 Mio. EUR pro Jahr nach sich ziehen. Damit würde die Kinder- und Jugendarbeit der Zukunft jedoch eine deutlich veränderte Rolle im Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen mit Blick auf die Bildungs-, Verantwortungs-, Gemeinschafts- und Integrationspotenziale einnehmen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	7
1.1	Auftrag und Charakter der Expertise	7
1.2	Zum Aufbau der Expertise.....	10
1.3	Kinder- und Jugendarbeit – auf dem Weg in die Zukunft	12
Teil A: Grundlagen.....		17
2	Kinder- und Jugendarbeit im Spiegel von Forschung und Statistik	21
2.1	Kinder- und Jugendarbeit in der amtlichen Statistik.....	22
2.2	Kinder- und Jugendarbeit in allgemeinen Jugendstudien	26
2.3	Empirische Forschung zur Kinder- und Jugendarbeit	28
2.3.1	Offene Kinder- und Jugendarbeit.....	28
2.3.2	Sport	29
2.3.3	Landjugendarbeit	30
2.3.4	Verbandliche Kinder- und Jugendarbeit	30
2.4	Empirische Studien zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg.....	32
2.4.1	Kirchliche Kinder- und Jugendarbeit.....	32
2.4.2	Verbandliche Kinder- und Jugendarbeit	33
2.4.3	Offene Kinder- und Jugendarbeit.....	34
2.4.4	Kooperation der Jugendarbeit mit Schule	35
3	Aktuelle Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit.....	37
3.1	Externe Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit	37
3.2	Interne Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit	40
4	Die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im politischen Koordinatensystem	43
4.1	Rechtliche Kontexte.....	43
4.2	Organisationen und Akteursgruppen	46
4.3	Finanzierungsgrundlagen.....	51
4.4	Der Landesjugendplan als Förderinstrument.....	53
5	Sozialstruktur Baden-Württembergs	57
5.1	Demografische Entwicklungen.....	57
5.1.1	Bevölkerungswachstum	57

5.1.2	Wanderungsbewegungen	58
5.1.3	Migration	59
5.1.4	Geburtenrückgang.....	63
5.1.5	Altersaufbau.....	64
5.2	Wirtschaftskraft, Wohlstand und Armut.....	66
5.2.1	Hinweise zur Wirtschaftskraft und zum Wohlstand	66
5.2.2	Armutslagen.....	67
5.2.3	Regionale Unterschiede	69
5.3	Religionszugehörigkeiten	72
5.4	Sozialstrukturelle Herausforderungen für die Kinder- und Jugendarbeit – ein Zwischenfazit	76

Teil B: Befunde 79

6	Die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg – eine empirische Strukturanalyse	83
6.1	Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit – eine Standortbestimmung	83
6.2	Einrichtungen und Personal im Bundesländervergleich.....	86
6.3	Öffentlich geförderte Maßnahmen im Bundesländervergleich	90
6.4	Finanzielle Aufwendungen im Bundesländervergleich.....	92
6.5	Entwicklungslinien und Trends	98
6.6	Personalstruktur und Beschäftigungsbedingungen.....	104
6.6.1	Verteilung von männlichen und weiblichen Fachkräften	104
6.6.2	Die Altersstruktur der Beschäftigten	105
6.6.3	Das Qualifikationsprofil des Personals.....	108
6.6.4	Beschäftigungsumfang.....	110
6.7	Regionale Differenzierungen.....	112
6.7.1	Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit	113
6.7.2	Personal- und Beschäftigungssituation	120
6.8	Zusammenfassung ausgewählter Befunde.....	126
7	Verbandliche und Offene Kinder- und Jugendarbeit.....	129
7.1	Verbandliche Kinder- und Jugendarbeit.....	129
7.1.1	Struktur der Jugendverbände	130
7.1.2	Die Datenlage zur verbandlichen Jugendarbeit	133
7.1.3	Angebote der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit	135
7.1.4	Teilnehmerinnen und Teilnehmer.....	136
7.1.5	Ehrenamtliche Engagierte.....	141

7.1.6	Hauptberufliches Personal	147
7.1.7	Ausblick	148
7.2	Offene Kinder- und Jugendarbeit.....	151
7.2.1	Die Entwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Zahlen	154
7.2.2	Eckdaten zur aktuellen Situation der Offenen Jugendarbeit.....	158
7.2.3	Offene Kinder- und Jugendarbeit auf kommunaler Ebene	161
8	Akteure und Felder der Kinder- und Jugendarbeit	165
8.1	Kinder- und Jugendarbeit im Sport.....	165
8.1.1	Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit im Sport.....	166
8.1.2	Mitgliedschaften und Aktivitäten junger Menschen im Sportverein.....	168
8.1.3	Ehrenamtliches Engagement im Sport.....	172
8.1.4	Ausblick	173
8.2	Kirchliche Kinder- und Jugendarbeit.....	176
8.2.1	Strukturen der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit.....	176
8.2.2	Die Träger der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit.....	179
8.2.3	Die Träger der katholischen Kinder- und Jugendarbeit	180
8.2.4	Innenansichten: Teilnahme, Personal und Angebote	182
8.3	Landjugendverbände.....	194
8.3.1	Angebote der Landjugendverbände	196
8.3.2	Das berufliche und ehrenamtliche Personal	198
8.3.3	Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer	199
8.4	Kulturelle Kinder- und Jugendarbeit	205
8.5	Ring politischer Jugend.....	210
9	Jugendarbeit und Schule	213
9.1	Entwicklung der Schulen	214
9.2	Kooperation von Jugendarbeit und Schule	215
9.3	Planungen und Konzepte der Ganztagschulentwicklung	217
9.3.1	Zum Ausbau der Ganztagschulen.....	219
9.4	Das Jugendbegleiter-Programm.....	224
9.5	Bildungsdefizite als Herausforderung für die Kooperation von Jugendarbeit und Schule	231

Teil C: Potenziale..... 233

10	Die Bildungspotenziale	237
10.1	Bildungsbezogene Ansprüche	237
10.2	Bildungsleistungen	238
10.3	Alltagsbildung.....	241
11	Die Verantwortungspotenziale	251
12	Die Gemeinschaftspotenziale	257
13	Die Integrationspotenziale.....	261

Teil D: Perspektiven..... 265

14	Kinder und Jugendliche 2020 – demografische Veränderungen.....	271
14.1	Junge Menschen in Baden-Württemberg 2020 – Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung.....	271
14.2	Der regionalisierte Blick – Unterschiede im Rückgang junger Menschen in Baden-Württemberg	280
14.3	Vorausberechnung der Schüler/innenzahlen	285
15	Kinder- und Jugendarbeit 2020 – konzeptionelle Herausforderungen.....	291
15.1	Die Fortschreibung der heutigen Kinder- und Jugendarbeit.....	291
15.2	Leitlinien einer Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit	297
15.3	Zukunftsoptionen der Kinder- und Jugendarbeit 2020.....	299
15.3.1	Kinder- und Jugendarbeit zwischen Demografie und veränderten Bildungswelten.....	300
15.3.2	Kinder- und Jugendarbeit zwischen Bildung und Chancengerechtigkeit.....	307
15.3.3	Kinder- und Jugendarbeit zwischen modernisierter Ehrenamtlichkeit und Professionalität	315
15.4	Zukünftige Herausforderungen der Jugendverbände in Baden-Württemberg	317
15.4.1	Die Nachwuchsfrage.....	317
15.4.2	Die Medienfrage	320
15.4.3	Die Konzeptionsfrage	321
16	Kinder- und Jugendarbeit 2020 – empirische Perspektiven	327
16.1	Die Fortschreibungsvariante	329

16.2 Die Dynamisierungsvariante.....	331
16.3 Die Entwicklungsvariante.....	336
16.3.1 Aufbau regionaler Bildungslandschaften im ländlichen Raum	337
16.3.2 Ausbau ganztägiger Bildungsangebote	340
16.4 Bilanzierung der Entwicklungsszenarien.....	344
 Teil E: Empfehlungen	347
 Literatur	357
 Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen.....	377
 Abkürzungsverzeichnis.....	383
 Autorinnen und Autoren	385

1 Einleitung

1.1 Auftrag und Charakter der Expertise

Die vorliegende Expertise wurde im Herbst 2008 durch die Staatsrätin für Demografischen Wandel und für Senioren im Staatsministerium Baden-Württemberg, Frau Dr. C. Hübner, in Auftrag gegeben. Das Anliegen dieses Auftrags geht zurück auf ein Gespräch zwischen dem damaligen Ministerpräsidenten Oettinger und Vertreterinnen und Vertretern der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Rahmen des „Runden Tisches“ zur Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Januar 2008.

Ein solcher „Runder Tisch“ ist Teil des seit Juli 2007 bestehenden „Bündnis für die Jugend“ zwischen dem Land Baden-Württemberg und Vertreterinnen und Vertretern der Kinder- und Jugendarbeit aus fünf Zusammenschlüssen von Jugendorganisationen. Dieses Bündnis hat zum Ziel, gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass Kinder und Jugendliche gute Bedingungen für das Aufwachsen in Baden-Württemberg vorfinden (vgl. Vereinbarung für ein Bündnis für die Jugend vom 26.07.07).

Der daraus hervorgehende Auftrag zur Erstellung einer Expertise war es, auf der Basis verfügbaren Datenmaterials, landesspezifisch zugänglicher Unterlagen sowie allgemein beschreibbarer Entwicklungen die aktuelle Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg zu beschreiben. Die wesentlichen Herausforderungen, Weichenstellungen und politischen Optionen sollten dabei benannt werden.

Insbesondere sollten, soweit möglich, folgende Themen einbezogen werden:

- Die demografische Entwicklung und die Konsequenzen auf die Familiensituation sowie daraus resultierend auf die Angebots- und Nachfrageentwicklung von Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit.
- Die aktuellen und zu prognostizierenden Entwicklungen des Sozial- und Bildungswesens, insbesondere der Ganztagschule, mit Blick auf die Kinder- und Jugendarbeit.
- Die Personalentwicklungen im beruflichen und – soweit möglich – im ehrenamtlichen Bereich.
- Die aktuelle und zukünftige Funktion von Kinder- und Jugendarbeit (Freizeit, Bildung, Kultur, Sport).
- Die Bedeutung der Bildungskonzeption und der Leistungspotenziale der Kinder- und Jugendarbeit für die Bildungsbiografie von Kindern und Jugendlichen. Die Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit für die Kompetenzentwicklung von Jugendlichen.

- Die Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Integration von marginalisierten Kindern und Jugendlichen in und durch die Kinder- und Jugendarbeit.
- Die getrennten Entwicklungen in den unterschiedlichen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit.
- Die zielgruppenspezifischen Herausforderungen, etwa nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund und sozialen Benachteiligungen.
- Die Anforderungen an eine künftige Leistungs- und Berichterstattung über die Kinder- und Jugendarbeit.
- Die regionalen Entwicklungen der Kinder- und Jugendarbeit innerhalb Baden-Württembergs, soweit sie durch verfügbares Datenmaterial erschlossen werden können.

Vor diesem Hintergrund wurde im Bündnis für die Jugend vereinbart, für die Erstellung der Expertise Prof. Dr. Thomas Rauschenbach anzufragen. Nach einem Vorgespräch zwischen dem Staatsministerium, den beteiligten Jugendorganisationen und Prof. Rauschenbach hat sich dieser bereit erklärt, die Erstellung einer Expertise zu übernehmen. Um eine möglichst differenzierte Sichtweise zu den einzelnen Themenbereichen einbringen zu können, hat dieser weitere Autorinnen und Autoren gebeten, an der Erstellung der Expertise mitzuwirken. Dieses Team verantwortet den vorgelegten Text gemeinsam.

Deutlich geworden ist bereits in den Vorgesprächen im Herbst 2008, dass die Erwartungen an die Expertise zu vielschichtig, zu hoch und so gegenwärtig nicht umzusetzen sind. Zum einen sind die Hoffnungen von Seiten der Beteiligten an den Inhalt und die Ausrichtung der Expertise zu heterogen, wenn nicht gar widersprüchlich. Dies gilt etwa mit Blick auf den Charakter der Expertise zwischen einer eher empirischen Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg auf der einen und einer eher konzeptionell-bewertenden Ausrichtung auf der anderen Seite. Das gilt aber auch mit Blick auf den ursprünglich avisierten Arbeitstitel „Jugendarbeit 2020“, mit dem direkt die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg in den Mittelpunkt gerückt werden sollte. Auch dieses Anliegen ist, so klar und verständlich es auch sein mag, beim derzeitigen Stand von Wissenschaft und Forschung zur Kinder- und Jugendarbeit weder bundesweit noch für ein spezielles Bundesland zu erfüllen.

Zum anderen ist aber, ganz generell, die Quantität und Qualität der vorhandenen Berichterstattung zur Lage der Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland insgesamt so unzulänglich und rudimentär – und dies gilt in gleichem Maße für die einzelnen Bundesländer –, dass in vielen Bereichen auf nahezu kein vorhandenes und gemeinsam geteiltes sowie öffentlich zugängliches Datenmaterial und forschungsbasiertes Wissen zurückgegriffen werden kann. Das ist nicht zuletzt auch ein Versäumnis der Politik, die bislang kaum Anstrengungen unternommen hat, so etwas wie eine Berichterstattung der Kinder- und Jugendarbeit als eine eigenständige Leistungsbilanz im engeren Sinne auf den Weg zu bringen.

Die Autoren- und Autorinnengruppe ist vor diesem Hintergrund zu der Auffassung gelangt, dass es keinen ernsthaften Blick in die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg geben kann, ohne zunächst die Gegenwart gründlicher in den Blick zu nehmen. Aber auch hier zeigt sich, dass diese weitaus unübersichtlicher als oft angenommen ist. Entsprechend gab es für die Expertise keine wissenschaftlich angemessene Alternative als der Versuch eines eigenständigen datenbasierten Zugangs.

Ziel der Expertise muss es daher vor allem sein, möglichst fundierte Erkenntnisse zur Lage der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg zusammenzutragen, um auf dieser Basis in einen Dialog über deren Zukunft einzutreten. Damit soll für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg eine Plattform geschaffen werden, mit der es möglich wird, die sich abzeichnenden Perspektiven auf einer empirischen Basis zu erörtern und nicht nur im Graubereich des Wünschbaren und Gehofften zu bleiben. Dieses Verharren im Ungefähren hilft weder der Politik noch der Kinder- und Jugendarbeit weiter.

Für die Erstellung der Expertise war an der einen oder anderen Stelle der direkte Austausch mit den Beteiligten vor Ort unabdingbar; auch das ist Ausdruck einer defizitären Befundlage. Infolgedessen wurden in den letzten Wochen und Monaten zahlreiche Gespräche geführt und um Bereitstellung entsprechender Informationen und empirischen Materials zu den jeweiligen Bereichen und Orten der Kinder- und Jugendarbeit gebeten. Für die dabei erfahrene Unterstützung wollen wir uns pauschal herzlich bedanken.

Neben der allgemeinen Unterstützung durch verschiedene Ministerien der Landes Baden-Württemberg waren uns bei der Recherche aber auch verschiedene Personen ganz direkt behilflich, bei denen wir uns für Informationen, Diskussionen und Bereitstellung von Literatur und Daten ganz gezielt bedanken wollen. Dies sind (in alphabetischer Reihenfolge):

- Herr Martin Bachhofer und die Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V.,
- Herr Reiner Baur, BUNDjugend Baden-Württemberg,
- Herr Martin Burger, Evangelisches Jugendwerk in Württemberg,
- Herr Dr. Ulrich Bürger, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg,
- Herr Mike Cares, Evangelische Jugend Baden,
- Frau Brigitte Gonser, Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.,
- Herr Thomas Häfele, Jugendfeuerwehr Baden-Württemberg,
- Herr Johannes Heinrich, Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.,
- Frau Isabel Hoever, BDKJ, Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.,
- Herr Wolfgang Ilg, Eberhard-Karls-Universität Tübingen,
- Frau Brigitte Jahn, Jugendfeuerwehr Baden-Württemberg,
- Frau Eva Lang, Landesjugendring Baden-Württemberg,

- Herr Werner Miehe-Fregin, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg,
- Herr Matthias Moser, Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg,
- Herr Alexander Pfeiffer, Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg e.V.,
- Herr Bernd Röber, Baden-Württembergische Sportjugend,
- Frau Evi Rottmair, Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg e.V.,
- Frau Anne Schäfer, Jugendrotkreuz, Landesverband Baden-Württemberg,
- Herr Dr. Matthias Schilling, Forschungsverbund DJI/TU Dortmund,
- Frau Christine Schulz-Derschka, Katholische Junge Gemeinde Rottenburg-Stuttgart,
- Frau Kerstin Sommer, Evangelische Jugend Baden,
- Herr Nico Teerenstra, Naturschutzjugend Baden-Württemberg,
- Herr Udo Wenzl, Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.,
- Frau Annika Wörsdörfer, DGB-Jugend, Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Baden-Württemberg,
-

1.2 Zum Aufbau der Expertise

Aufgabe und Anspruch dieser Expertise ist es, die Lage der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg sowie die sich ihr stellenden gesellschaftlichen Herausforderungen zu beschreiben; dabei ist in Teilen eine Erörterung der allgemeinen, also nicht landesspezifischen Lage unumgänglich. Auf dieser Basis soll dann ein Blick in die Zukunft gewagt und gefragt werden, welche Perspektiven sich für die Kinder- und Jugendarbeit mit Blick auf die Zukunft abzeichnen, was sie tun muss, um den sich abzeichnenden Herausforderungen zu begegnen. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein solcher Blick in die Zukunft mit Ungewissheiten und Offenheiten konfrontiert ist, die sich – je konkreter und genauer man zu werden versucht – bei einem Thema wie diesem kaum vermeiden lassen.

Bei einem Themengebiet wie der Kinder- und Jugendarbeit wird allzu rasch deutlich, dass es bereits schwierig genug ist, zumindest die gegenwärtige Lage auf einer einigermaßen gesicherten Datenbasis zu beschreiben. Dies gilt umso mehr, wenn sich die Zustandsbeschreibung auf eine ausgewählte Region bezieht, wie in dem hier anstehenden Fall auf Baden-Württemberg. Zu unterschiedlich sind die vorliegenden Materialien zu den einzelnen Bereichen und Arbeitsfeldern, zu lückenhaft die regional gegliederten Daten und Befunde zu den Themenbereichen.

Deshalb sollen in einem ersten Teil (Teil A: Grundlagen) die der Expertise zu Grunde liegenden Basisdaten und Ausgangspunkte erläutert werden. Neben allgemeinen Ausführun-

gen zur Kinder- und Jugendarbeit finden sich hier auch Anmerkungen zur Datenlage und zu den verwendeten Statistiken. Zudem werden die sich der Kinder- und Jugendarbeit stellenden gesellschaftlichen und systemimmanenten Herausforderungen angesprochen sowie in einem weiteren Kapitel ein erster Überblick über die (politischen) Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg gegeben. Ein ausführliches Kapitel im Sinne einer Bestandsaufnahme zu den Bedingungen in Baden-Württemberg, die für die Kinder- und Jugendarbeit relevant sind, schließt diesen ersten inhaltlichen Teil ab.

Der zweite Teil (Teil B: Befunde) stellt auf der Basis empirisch verfügbarer Daten den Status Quo der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg vor. Neben Ausführungen zu Einrichtungen, Maßnahmen, Personal(struktur), Finanzen und einer räumlichen Differenzierung auf der Basis amtlicher Daten, wird in diesem Teil auch die verbandliche und Offene Jugendarbeit vorgestellt sowie auf die verschiedenen Akteure und Felder der Kinder- und Jugendarbeit eingegangen.

Mit dem dritten Teil (Teil C: Potenziale) verlassen wir das „empirisch gesicherte Gelände“, indem wir uns den Potenzialen der Kinder- und Jugendarbeit zuwenden. Hierbei geht es weniger um eindeutig belegbare Fakten, sondern auch um das Denkbare, das Wünschbare und das, was möglich wäre, wenn die Rahmenbedingungen entsprechende Möglichkeiten eröffnen. Differenziert werden die unterschätzten Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit Bildungs-, Verantwortungs-, Gemeinschafts- und Integrationspotenziale.

In einem vierten Teil (Teil D: Perspektiven) soll schließlich ein Blick in die Zukunft geworfen werden. Auf der Basis einer quantitativen Prognose zur demografischen Entwicklung der Bevölkerung in Baden-Württemberg werden sowohl konzeptionelle Perspektiven benannt wie auch mit drei Varianten eine empirische Perspektive für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg benannt.

Ein fünfter inhaltlicher Teil (Teil E: Empfehlungen) schließt diese Expertise ab. Vor dem Hintergrund der aufgeführten Ergebnisse sollen hier Vorschläge unterbreitet werden, was zu tun wäre, damit die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg zukunftsfähig gemacht werden kann.

Insbesondere die landesspezifische oder regionale Differenzierung der empirischen Daten hat uns bei der Erstellung der Expertise immer wieder vielfältige Schwierigkeiten bereitet (vgl. Kap. 2). Vielfach sind Daten nur bundesweit verfügbar, da keine etablierte empirische Berichterstattung zur Lage der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg existiert. Und es gibt in Baden-Württemberg auch keine analoge Form zu den nordrhein-westfälischen Strukturdatenerhebungen im Rahmen des dortigen „Wirksamkeitsdialogs“. Infolgedessen muss die nachfolgende Expertise mit Kompromissen in mehrfacher Hinsicht leben, muss mit dem auskommen, was da ist, muss aus Mangel an Alternativen vielfach

allgemein bleiben bzw. eine eher bundesweite Perspektive einnehmen, wo Erkenntnisse über die Besonderheiten von Baden-Württemberg fehlen, muss dort notgedrungen spekulativ bleiben, wo belastbare Informationen fehlen. Aber dies kann und sollte für die verantwortliche Seite der Politik auch ein Anlass sein, Schritte zu veranlassen, die zu einer nachhaltigen Verbesserung dieser Situation beitragen.

1.3 Kinder- und Jugendarbeit – auf dem Weg in die Zukunft

Vermutlich gibt es in Deutschland unter den Älteren nur wenige, die nicht irgendwann einmal in ihrer Kinder- und Jugendzeit wenigstens zeitweilig, mehr oder weniger begeistert, in ein Haus der offenen Tür, eine Jugendfreizeitstätte, einen Jugendverband, einen Sportverein, eine kirchliche Jugendgruppe, die Jugendfeuerwehr, die Pfadfinder oder welchen Bereich der Kinder- und Jugendarbeit auch immer besucht haben. Kinder- und Jugendarbeit hat bei vielen in der Kindheit und Jugend eine gewisse Rolle gespielt, war bei dem einen oder anderen vielleicht sogar eine wichtige Station auf dem Weg des Erwachsenwerdens.

In biografischen Interviews ließ sich unschwer eine große Bandbreite unterschiedlicher Wirkungen der Kinder- und Jugendarbeit aufzeigen: von einer eher randständigen über eine episodenhafte bis hin zu einer lebenslaufprägenden Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit. Und vermutlich können sich aufgrund der damit verbundenen Intensität viele noch lebhaft an so manche der dort gemachten Ersterfahrungen, an bleibende Eindrücke und Schlüsselerlebnisse erinnern. Allein diese biografische Relevanz sollte hellhörig machen beim Nachdenken über die aktuelle und künftige Bedeutung und die prägende Kraft der Kinder- und Jugendarbeit für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und den damit verbundenen Bildungsprozessen.

Auch wenn es dazu kein systematisiertes Wissen, keine verfügbares empirisches Datenmaterial gibt, so dürfte dennoch so mancher Politiker, mancher Unternehmer und Manager, mancher Profisportler, Musiker oder Künstler und auch mancher Wissenschaftler – jeweils beiderlei Geschlechts – wesentliche, wenn nicht sogar entscheidende Impulse und Anregungen für seine spätere Berufstätigkeit fernab der Schule, in Gleichaltrigengruppen oder in der Kinder- und Jugendarbeit erhalten haben.

Allein durch Schule, allein durch Unterricht, allein durch das schulische Fächerangebot, allein durch den fachlichen Kompetenzhorizont, wie er etwa durch die PISA-Studien der letzten Jahre gesteckt worden ist – Literalität, Naturwissenschaft, Mathematik, Sprachen –, würde diese Vielfalt an menschlicher Kreativität und Schaffenskraft sicherlich nicht hervorgebracht. Ohne diese anderen Lernwelten, ohne die nicht oder nur schwach geplante Alltagsbildung des täglichen Lebens würden viele individuelle, lebenswichtige Fähigkei-

ten und berufsrelevante Kompetenzen sich nicht entfalten können. Ohne die anderen Orte der Bildung wie die Kindertageseinrichtungen oder die Kinder- und Jugendarbeit, die keine unmittelbare Affinität zur Schule aufweisen bzw. bei der die schulischen Möglichkeiten der Förderung rasch an ihre Grenzen stoßen würden, würde vieles nicht entstehen.

Zu diesen anderen Orten der Bildung hat in den letzten 100 Jahren unbestreitbar auch die Kinder- und Jugendarbeit gehört. Allerdings mag man einwenden, dass dies zwar für die Vergangenheit gegolten haben mag, dass die Kinder- und Jugendarbeit aber ihre beste Zeit möglicherweise schon hinter sich hat. Für viele war sie in großen Teilen des 20. Jahrhunderts, noch vor der Phase der vollmobilen und flexiblen Konsumgesellschaft, buchstäblich so etwas wie das „Tor zur Welt“.

Noch ohne große private Möglichkeiten des Reisens, der Mobilität und des Konsums, konnten junge Menschen in der Kinder- und Jugendarbeit, in einem definierten Schonraum, erste Erfahrungen außerhalb des Elternhauses machen, das erste Mal ohne Eltern auf Reisen gehen, spannende Erlebnisse und Erfahrungen in der Gemeinschaft und im Kreise von Gleichaltrigen und Gleichgesinnten machen – heute nennt man das „Erlebnispädagogik“ –, nächtelange Debatten führen über Musik, Filme, Politik, über Gott und die Welt und vieles andere.

Diese Perspektiven und Horizonte verkörperte Kinder- und Jugendarbeit wie kein anderer. Als ein anderer Bildungsort, als ein Ort zur Entfaltung einer sozialen Kompetenz, zur eigenen Persönlichkeitsentwicklung, zur Herausbildung einer eigenen Identität und zur Entstehung habitueller Orientierungen eröffnete er Möglichkeitsräume zur eigenen Lebensgestaltung, zum Erwachsenwerden in Eigenregie. Ungeachtet dieser unbestritten wichtigen biografischen Bedeutung ist aber nichtsdestotrotz die Frage einigermaßen ungeklärt, welche Rolle die Kinder- und Jugendarbeit in der Gegenwart und Zukunft zu spielen in der Lage ist.

Aktuell wird die Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland im Kontext der neuen Bildungsdebatte und dem Ausbau der Ganztagschulen zunehmend mit den Ansprüchen eines formalisierten Bildungsverständnisses konfrontiert und stößt dabei auf unterschiedlichen Ebenen an ihre Grenzen.

- Die offenkundigste Hürde ist dabei ihre im Vergleich zur Schule finanziell und personell völlig andere Ausstattung, aber auch ihre nicht einmal ansatzweise vergleichbare rechtliche Stellung im Gefüge der diversen Bildungsakteure. Nur als grobe Anhaltspunkte: Während wir in Deutschland zuletzt mehr als 900.000 haupt- und nebenamtliche Lehrkräfte an Schulen zählen, kommt die Kinder- und Jugendarbeit bundesweit – ohne die Ehrenamtlichen – gerade mal auf eine Personalstärke von knapp 45.000 Personen. Das sind so erhebliche Unterschiede, dass eine einfache Form der Kooperation sich schon aus diesen Gründen verbietet. Zudem sind

auch der Pflichtcharakter der Schule und das freiwillige Angebot der Kinder- und Jugendarbeit ein weiterer Unterschied, der eine komplikationslose Zusammenarbeit nicht sehr wahrscheinlich macht.

- Deutlich schwieriger sind unterdessen in der Kinder- und Jugendarbeit aber auch die damit verbundenen Prozesse des Kompetenzerwerbs empirisch zu erfassen, sprich: die Wirkungen derartiger Bildungsgelegenheiten nachzuweisen, als dies etwa anhand der etablierten PISA-Tests der Fall ist. Infolgedessen ist es auch ohne Tests und Prüfungen wesentlich mühseliger, eine Antwort auf die Frage zu formulieren, was Kinder- und Jugendarbeit am Ende denn den Jugendlichen wirklich bringt. Während man bei den formalisierten Inhalten Kompetenzen bereits recht gut direkt abfragen und überprüfen kann – und dieses in Tests auch völlig selbstverständlich gemacht wird –, ist man bei den in informellen Prozessen erworbenen Kompetenzen bislang weitestgehend auf Selbstauskünfte der Befragten angewiesen. Zudem werden manche positiven Folgen der Kinder- und Jugendarbeit auch oft erst sehr viel später im Lebensverlauf in Episoden und Erinnerungen offenkundig.

Das fachliche Dilemma, dem sich Kinder- und Jugendarbeit in diesem Punkt gegenübergestellt sieht, besteht darin, dass es für diese ein Ziel- und ein Vermittlungsproblem gibt. Schulische und außerschulische Lernprozesse einfach miteinander zu vergleichen, entspricht bisweilen einem Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen. Und dennoch können von solchen kompetenzbasierten Leistungsnachweisen rasch auch die offizielle und politische Wertschätzung sowie die Mittelvergabe abhängen.

In Zeiten, in denen es auch in Bildungs- und Erziehungsprozessen immer direkter um Wirkungen und Effekte, um Output geht – und damit auch um die Frage, was das Ganze für Kinder und Jugendliche oder für die Gesellschaft bringt –, kann sich die Kinder- und Jugendarbeit nicht teilnahmslos und folgenlos an den Rand des Geschehens stellen und weiterhin unbeirrt allein mit dem Input, dem guten Willen oder der guten Absicht argumentieren.

Die Kinder- und Jugendarbeit muss um ihrer eigenen Zukunft willen die Herausforderung ihrer eigenen Bildungsrelevanz für die Kinder und Jugendlichen ebenso selbstbewusst annehmen wie das Bemühen um eine bessere wirkungsorientierte Visibilität – ohne sich in die Fallstricke einer allzu naiven Beweisführung zu begeben. Beides würde dazu beitragen, das ohne Frage vorhandene und die schulische Kompetenzentwicklung ergänzende Leistungspotenzial der Kinder- und Jugendarbeit deutlicher sichtbar, besser vermittelbar und politisch handhabbarer zu machen. Aber einfacher wird ihre gesellschaftliche Stellung auch dann nicht unbedingt.

Kinder- und Jugendarbeit dürfte vor allem deshalb für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik von Interesse sein, da biografisch die nicht-schulische, die informelle Seite von Bildungsprozessen nicht beliebig ignoriert werden kann. Der sozialpädagogische Aufforderungscharakter mit Blick auf die aktuellen Modernisierungsrisiken liegt für die Jugendarbeit primär darin, Lernprozesse im Umgang mit Pluralität, Komplexität und Ungewissheit einerseits sowie mit sich selbst und seiner Mitwelt andererseits erfolgreich anzustoßen – was sich bei gleichzeitig prekärer werdenden Personalressourcen für die Kinder- und Jugendarbeit zweifellos als ein schwieriges Unterfangen erweisen dürfte.

Kinder- und Jugendarbeit hat traditionell ein eigenes, durch Informalität, Zufälligkeit und Selbstgesellung gekennzeichnetes Selbstverständnis. Dass mit einer derartigen Konzeption sehr viel mehr die gesamte Person im Mittelpunkt des Geschehens steht – und nicht etwa nur eine Rolle (als Schüler oder Schülerin) oder gar vorgefertigte Themen (Schulfächer) –, liegt auf der Hand. Durchschnittliches schulisches Lernen ist demgegenüber notgedrungen etwas weiter weg von Formen des selbstorganisierten Lernens von Kindern und Jugendlichen. Lernen findet dort so gut wie nicht in Eigenregie und Eigenverantwortung statt. Aber genau darin liegen die unschätzbaren Vorteile des freiwilligen Angebots alternativer Lernorte und Lernmodalitäten in der Kinder- und Jugendarbeit.

In der Wiederverschränkung von Lern- und Lebenswelten, in der Zusammenführung von Lernen und verantwortlichem Handeln, dem Lernen mit Ernst- und Echtcharakter – wie etwa im freiwilligen Engagement im Jugendverband oder im selbst organisierten Miteinander von Gleichaltrigen – liegen Potenziale für Bildungs- und Entwicklungsprozesse junger Menschen, die auch für formalisierte Bildungsinstitutionen von Interesse sind, von diesen aber kaum simuliert werden können. Damit trägt Kinder- und Jugendarbeit – zumindest von ihrem Anspruch und ihrem Eigensinn her – dazu bei, dass vor allem die personalen und sozialen Kompetenzen der Jugendlichen gefördert werden. Und das gilt bis auf Weiteres für die Gegenwart genauso wie für die Zukunft.

Teil A: Grundlagen

Mit Blick auf das Themenspektrum und die Facetten ihrer Angebote ist die Kinder- und Jugendarbeit von einer Breite und Vielfalt gekennzeichnet, die Ihresgleichen sucht: von einer konfessionell-weltanschaulichen über eine politische, kulturelle oder ökologische Ausrichtung bis hin zu allen Varianten sach- und fachbezogener Angebote, etwa im Sport, im Rettungswesen oder im Naturschutz, von interkulturellen Begegnungen über Workshops, Meditation, Ferienlager oder Reisen bis zu politischen Aktionen, Events und Musikveranstaltungen. In der Summe wird hier mit Blick auf die Kinder- und Jugendarbeit eine Vielfalt erkennbar, die fast schon damit zu kämpfen hat, überhaupt noch typische Gemeinsamkeiten beschreiben zu können.

Diese, für Außenstehende verwirrende Vielfalt findet ihren Niederschlag auch in dem bundesweit gültigen „Kinder- und Jugendhilfegesetz“, wenn dort in punkto Kinder- und Jugendarbeit in § 11, Abs. 3 von „allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung“, von „Sport, Spiel und Geselligkeit“, von „arbeitswelt-, schul- und familienbezogener Jugendarbeit“ sowie von „internationaler Jugendarbeit“ die Rede ist. Offenkundig hat hier auch der Gesetzgeber in Anbetracht der Vielfalt vor einer sortierenden Zusammenfassung kapituliert.

Mit anderen Worten: Kinder- und Jugendarbeit umfasst in diesem Sinne fast alles, was junge Menschen wollen oder brauchen, fast alles, was nicht-kommerzielle Akteure für Kinder und Jugendliche anbieten, fast alles, was meist nicht in der Schule vorkommt, kurz: nahezu alles, was sich als außerschulisches Themenspektrum für Kinder und Jugendliche anbietet.

Dabei lag der altersmäßige Schwerpunkt zwar traditionell auf dem Jugendalter, also etwa auf der Altersgruppe der 12- bis 21-Jährigen, hat sich aber in den letzten Jahren – analog zur Beobachtung einer „Entstrukturierung der Jugendphase“ seitens der Jugendforschung – vor allem am unteren Ende deutlich ausgeweitet und seine klaren Alterskonturen eingebüßt. Unübersehbar zu beobachten ist insgesamt eine altersmäßige Akzentverschiebung im Sinne einer Vorverlagerung auf die jüngeren Altersjahrgänge (vgl. BMFSFJ 2005).

Das ist auch der Grund, warum inzwischen verstärkt von der *Kinder- und* Jugendarbeit die Rede ist, während es früher einfach nur um Jugendarbeit ging. Vereinfacht könnte man sagen, dass sich die Kinder- und Jugendarbeit altersmäßig in den letzten Jahren in der Tendenz der Altersphase des Schulalters von Kindern und Jugendlichen angenähert hat, ihr Horizont also, wenn man so will, schwerpunktmäßig vom Schuleintritt bis zum Ausbildungsende reicht.

Aber auch hinsichtlich der *Angebotsformen* dürften viele ebenfalls keine sehr klare Vorstellung davon haben, was denn nun die grundlegenden Koordinaten der heutigen Kinder- und Jugendarbeit sind: Projektangebote, Einzelveranstaltungen, Kurse, Workshops, Fe-

rienfreizeiten, Events, Zeltlager, internationale Begegnungen, wöchentliche Übungsstunden, Kulturveranstaltungen, Discos und Konzerte, offene Angebote als Treff und zur persönlichen Freizeitgestaltung oder doch nach wie vor die gute, alte Gruppenstunde?

Schnell wird deutlich, dass die Kinder- und Jugendarbeit, etwa im Vergleich zu Kindertageseinrichtungen oder Schule eine unsortierte und unüberschaubare Vielfalt an Formen und Facetten bietet, die es schwieriger macht, diese zu fassen, sich rasch darüber zu verständigen, was mit Kinder- und Jugendarbeit eigentlich gemeint ist. Am Beispiel Sport: Wo endet hierbei der bloße Mannschaftssport oder das Einzeltraining? Wo endet die freizeitorientierte, bewegungsorientierte Betätigung von Kindern und Jugendlichen, also das auf körperlichen Ausgleich zielende Gegenprogramm zur Schule? Wo beginnt die Jugendarbeit im engeren Sinne, also das pädagogisch-konzeptionelle, das organisierte, über Sport, Spiel und Spaß hinausgehende Bildungsangebot?

Derartige Fragen und Beispiele zeigen, dass es für die Kinder- und Jugendarbeit nicht einfacher geworden ist, sich zu vermitteln, ihren Eigensinn, ihre besonderen Stärken und ihr Leistungsvermögen, ihr Bildungspotenzial so darzustellen, dass sie auch in der heutigen Zeit, unter zum Teil deutlich veränderten Rahmenbedingungen, jenes Maß an öffentlicher Anerkennung und Wertschätzung erfährt, das notwendig ist, um für Kinder und Jugendliche – aber auch für Eltern – so attraktiv zu sein, dass die Angebote auf breiter Ebene nachgefragt werden.

Darüber hinaus kommt erschwerend hinzu, dass die Kinder- und Jugendarbeit – vereinfacht gesprochen – aus zwei unterschiedlichen, zum Teil nicht-kompatiblen, jedenfalls grundlegend unterschiedlichen Formaten besteht:

- einerseits aus einer überwiegend ehrenamtlich organisierten, finanzschwachen Kinder- und Jugendarbeit mit hohen Anteilen der Selbstorganisation in der Regie von freien Trägern, überwiegend von „Jugendverbänden“ (vgl. grundlegend Böhnisch/Gängler/Rauschenbach 1991),
- andererseits aus einer fast ausschließlich beruflich organisierten Kinder- und Jugendarbeit durch Fachkräfte in Häusern der Offenen Tür, Jugendcafes, Jugendfreizeitstätten oder -bildungseinrichtungen, lange Zeit meist unter dem Dach der Kommunen, jedenfalls auf der Basis kommunaler Finanzierung, inzwischen aber mehrheitlich ausgelagert an freie Träger oder Vereine (vgl. Deinet/Sturzenhecker 2005).

Vor diesem Hintergrund muss eine Bestandsaufnahme zur Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg breiter ansetzen, jedenfalls so breit, dass dabei zunächst einmal alle potenziellen Akteure in diesem Feld ins Blickfeld geraten, um auf diese Weise zumindest auch Verschiebungen zwischen den einzelnen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit abschätzen zu können.

Eine dementsprechende Bestandsaufnahme zu den Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg wird im ersten Teil dieser Expertise in einem eigenen Kapitel geleistet (vgl. Kap. 4). Dabei werden neben einer kurzen Einführung in die relevanten Gesetze (vgl. Kap. 4.1) auch zentrale Akteursgruppen der Kinder- und Jugendarbeit in knapper Form dargestellt (vgl. Kap. 4.2). Weiterhin wird die Finanzierung des Arbeitsfelds ins Blickfeld gerückt. So wird einerseits auf die öffentlichen Finanzierungsquellen in Baden-Württemberg eingegangen (vgl. Kap. 4.3), andererseits die Förderung über den Landesjugendplan einführend behandelt (vgl. Kap. 4.4). Auf diese Weise können hier wichtige Grundinformationen und Eckdaten zur Kinder- und Jugendarbeit präsentiert werden, die so das Fundament für nachfolgende Detailanalysen und Empfehlungen darstellen.

Vor diesem Kapitel soll jedoch zunächst ein Überblick über den empirischen Wissensbestand der Kinder- und Jugendarbeit anhand der vorhandenen amtlichen Daten und der einschlägigen Forschungsprojekte gegeben werden (vgl. Kap. 2). Dort wird versucht, einen möglichst umfassenden Überblick über das empirische Wissen zur Lage der Kinder- und Jugendarbeit sowohl anhand der vorliegenden amtlichen statistischen Daten als auch thematisch einschlägiger empirischer Forschungsarbeiten zu geben. Neben differenzierten Auswertungen der Kinder- und Jugendhilfestatistik zu Einrichtungen, Maßnahmen und Finanzen (vgl. Kap. 2.1) werden Befunde der Jugendforschung sowie der altersspezifischen Surveyforschung vorgestellt (vgl. Kap. 2.2). Eine Skizze zur Jugendarbeitsforschung in Deutschland ergänzt diese Übersicht (vgl. Kap. 2.3). Abschließend wird noch ein Blick auf die Forschungsprojekte, -themen und -schwerpunkte zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg geworfen.

Diesem Kapitel folgt eine kurze Analyse jener Faktoren und Kontexteinflüsse, die die Kinder- und Jugendarbeit – nicht nur in Baden-Württemberg – aktuell und künftig tangieren (vgl. Kap. 3). Differenziert wird hierbei nach Herausforderungen, die von außen an die Kinder- und Jugendarbeit herangetragen werden (vgl. Kap. 3.1) und Herausforderungen, die systemimmanent sind (vgl. Kap. 3.2).

Für die zukünftige Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg ebenfalls von entscheidender Bedeutung ist die Sozialstruktur des Landes, wird daran doch am ehesten ablesbar, ob, und ggf. in welcher Weise sich die potenziellen Zielgruppen der Kinder- und Jugendarbeit in Zukunft verändern werden (vgl. Kap. 5). Dabei geht es nicht um eine umfassende systematische Analyse dieser beiden Dimensionen für das Land, sondern um ausgewählte Befunde zu den Lebenslagen junger Menschen und deren Familien. Im Einzelnen werden demografische Entwicklungen (vgl. Kap. 5.1), Armutsrisiken insbesondere junger Menschen (vgl. Kap. 5.2), aber auch religiöse Orientierungen (vgl. Kap. 5.3) in den Blick genommen. Abschließend werden die Befunde zur Demografie und zur Sozialstruktur mit Blick auf die Formulierung von Fragen und Herausforderungen für die Kinder- und Jugendarbeit bilanziert (vgl. Kap. 5.4).

2 Kinder- und Jugendarbeit im Spiegel von Forschung und Statistik

Die Konturen der Kinder- und Jugendarbeit lassen sich jenseits lokaler oder punktueller Erfahrungen, jenseits episodenhafter Erzählungen und biografischer Wertschätzungen im Grunde genommen nur empirisch angemessen umschreiben. Nur so kann der Versuch einer aktuellen Bestandsaufnahme mit wissenschaftlichem Anspruch erfolgreich umgesetzt werden, nur so können Politik und Fachpraxis ernsthaft seriöse und belastbare Erkenntnisse zur Lage der Kinder- und Jugendarbeit erwarten.

Diese Ausgangslage ist aber so nicht gegeben, setzt sie doch notwendigerweise ein zureichendes Datenmaterial und ein empirisch stabiles Wissen über die Lage der Kinder- und Jugendarbeit in Bund und Ländern voraus. Genau diese Anforderung ist aber seit jeher die Achillesferse der bundesdeutschen Jugendarbeit. Wie schon vor rund 20 Jahren konstatiert (vgl. Rauschenbach 1991), ist es – bis heute – nie zufriedenstellend gelungen, zuverlässiges Datenmaterial jenseits der – ebenfalls nicht standardisierten – Eigenangaben von Akteuren über die Kinder- und Jugendarbeit zusammenzutragen.

Das mag mit seinem schwachen Organisationsgrad ebenso zusammenhängen wie mit dem großen Anteil an freiwillig Engagierten, das mag in der großen Zahl unterschiedlicher Jugendorganisationen und Jugendverbände ebenso begründet sein wie in der meist lokal organisierten kommunalen Jugendpflege ohne übergeordnete Strukturen. Es hat aber sicherlich auch damit zu tun, dass die Kinder- und Jugendarbeit selbst bis heute keine ernsthaften Anstrengungen unternommen hat, diese Umstände zu verändern, mehr zu ihrer eigenen Transparenz beizutragen. Das ist umso bedauerlicher, als es keine erkennbaren Gründe gibt, dass die Lage und politische Wertschätzung dadurch geringer würde.

Vor diesem Hintergrund soll nachfolgend zunächst die Datenbasis und Datenqualität auf der Basis der amtlichen Statistik zur Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen der gesetzlich geregelten Kinder- und Jugendhilfestatistik vorgestellt werden (Kap. 2.1), bevor dann der Frage nachgegangen wird, was denn die allgemeinen Jugendstudien und altersspezifischen Surveys zur Beschreibung der Lage der Kinder- und Jugendarbeit beitragen können (Kap. 2.2). Abgerundet wird dieser Überblick durch eine Skizze zur Lage der Forschung innerhalb der Jugendarbeitsforschung im engeren Sinne (Kap. 2.3). Damit wird es – jenseits regionaler Besonderheiten – möglich, eine Vorstellung über die allgemeine Daten- und Wissensbasis zur Lage der Kinder- und Jugendarbeit zu erlangen.

2.1 *Kinder- und Jugendarbeit in der amtlichen Statistik*

Eine zentrale Datenquelle zur empirischen Verortung der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch für eine Form der statistischen Dauerbeobachtung dieses Handlungsfeldes der Kinder- und Jugendhilfe stellt die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik dar. Dieser kommt insofern eine Sonderstellung zu, als hierüber sowohl bundesweite und als auch regional auswertbare Daten vorliegen, die mit einem einheitlichen Erhebungsinstrument erfasst werden. Ferner werden die Angaben regelmäßig und kontinuierlich sowohl bei den öffentlichen als auch den freien Trägern erhoben, was nicht zuletzt aufgrund der rechtlichen Verankerung der Statistik im SGB VIII möglich ist (vgl. Schilling 2003). Insgesamt bietet das Programm der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik mit einer Erhebung zu den öffentlich geförderten Maßnahmen, zu den Einrichtungen und tätigen Personen sowie zu den Ausgaben und Einnahmen drei Perspektiven auf das Feld der Kinder- und Jugendarbeit. Im Einzelnen werden in diesem Kontext erfasst:

- die Einrichtungen und die tätigen Personen, und zwar unterschieden nach der Arbeit in Jugendzentren, Jugendbildungsstätten, Jugendkunstschulen, pädagogisch betreuten Spielplätzen, Einrichtungen und Initiativen der mobilen Jugendarbeit sowie Einrichtungen der Stadtranderholung. Diese Erhebung wird alle vier Jahre – zuletzt zum 31.12.2006 – bei öffentlichen und freien Trägern durchgeführt;
- die Maßnahmen und die daran teilnehmenden Personen, und zwar für öffentlich geförderte Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholungen, der außerschulischen Bildungsmaßnahmen, der internationalen Jugendarbeit sowie der Mitarbeiterfortbildungen. Diese Erhebung werden ebenfalls alle vier Jahre bei öffentlichen und freien Trägern durchgeführt, zuletzt für das Jahr 2008 (die Ergebnisse liegen bislang allerdings noch nicht vor);
- die gesamten Ausgaben der öffentlichen Hand, also von Bund, Ländern und Kommunen, und zwar für Maßnahmen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Die Daten zu diesem Teil der Kinder- und Jugendhilfestatistik werden jährlich – die jüngsten Ergebnisse liegen für das Jahr 2007 vor – bei den Jugendämtern erhoben.

Die *Teilstatistik zu den Einrichtungen und tätigen Personen in der Jugendarbeit* eröffnet die Möglichkeit, infrastrukturelle Rahmenbedingungen der einzelnen Arbeitsbereiche zu beschreiben und zu analysieren. In diesem Zusammenhang wird die Kinder- und Jugendarbeit aus der Einrichtungsperspektive erfasst über Angaben zu den Jugendtagungs-/Jugendbildungsstätten, Jugendzentren, Einrichtungen bzw. Initiativen der mobilen Jugendarbeit, Jugendherbergen, Jugendgästehäusern, Jugendkunstschulen u.Ä., Einrichtungen der Stadtranderholung sowie Kinder- und Jugenderholungs- bzw. -ferienstätten. Aus der Perspektive von Tätigkeitsbereichen der Beschäftigten in der Jugendarbeit wird dieses Feld abgebildet über Personalzahlen zur kulturellen Jugend(bildungs)arbeit, außerschulischen Jugendbildungsarbeit und Mitarbeiteraus- und -fortbildung, Kinder- und Jugenderholung,

internationalen Jugendarbeit, freizeitbezogenen, offenen Jugendarbeit und Jugendpflege, Jugendverbandsarbeit, mobilen Jugendarbeit, Jugendberatung und zum Spielplatzwesen. Das hierüber erfasste Personal in der Jugendarbeit wird erfasst nach Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Qualifikationsabschluss sowie dem Beschäftigungsverhältnis einschließlich der Wochenarbeitszeit.

Die *Teilstatistik zu den Maßnahmen der Jugendarbeit* im Rahmen der gesamten Kinder- und Jugendhilfe erfasst seit 1982 die *öffentlich geförderten* Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit. Das heißt allerdings im Umkehrschluss, dass diese Teilstatistik nicht das gesamte Spektrum an Maßnahmen in der Jugendarbeit erfasst, also etwa die „normalen“ Gruppenangebote in der Jugendverbandsarbeit darin nicht enthalten sind. Vielmehr werden alle vier Jahre Daten zu den öffentlich geförderten Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung, der Kinder- und Jugenderholung, der internationalen Jugendarbeit sowie den Mitarbeiterfortbildungen der freien Träger erhoben. Das Erhebungsprogramm umfasst damit drei Maßnahmenteilen, die nach § 11 SGB VIII Schwerpunkte der Jugendarbeit sind sowie Mitarbeiterfortbildungen freier Träger, die zwar nicht unmittelbar im entsprechenden Leistungsparagrafen rechtlich verankert sind, allerdings eine große Nähe zur Jugendarbeit aufweisen. Im Rahmen der Erhebung werden Maßnahmedaten zu der Art des durchführenden Trägers, zu der Art der Maßnahme, zu der Dauer der Maßnahme, zu der Anzahl und dem Geschlecht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie speziell bei Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit zum Durchführungsort der Maßnahme, zum Partnerland der internationalen Begegnung sowie zur Nationalität der Teilnehmenden erhoben.

Die *Teilstatistik zu den Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe* ist eine weitere amtliche Datenquelle für die Kinder- und Jugendarbeit, die dieses Arbeitsfeld vor allem aus einer fiskalischen Perspektive empirisch fundiert. In diesem Zusammenhang werden die Ausgaben und Einnahmen der Einrichtungen sowie die finanziellen Aufwendungen für Angebote im Feld der Jugendarbeit erhoben. Dabei wird im statistischen Erhebungsbogen bei den Angeboten unterschieden zwischen den Ausgaben für außerschulische Jugendbildungen, für Kinder- und Jugenderholungen, für Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit und für Mitarbeiterfortbildungen sowie für sonstige Maßnahmen der Jugendarbeit. Damit sind vier der fünf Erhebungskategorien der Ausgaben- und Einnahmenstatistik zu den angebotsbezogenen Aufwendungen deckungsgleich mit der Erhebung der öffentlich geförderten Maßnahmen.

Insbesondere mit dem Erhebungsprogramm zu den öffentlich geförderten Angeboten der Jugendarbeit sind Stärken, aber auch Schwächen verbunden. Nicht zuletzt als Reaktion auf die Unzulänglichkeiten der amtlichen Statistik, bezogen auf die erhobenen bzw. die nicht erfassten Wirklichkeitsausschnitte, aber auch hinsichtlich einer oftmals verbesserungsbedürftigen Datenqualität werden im Kontext der Fachdebatten von Akteuren aus Praxis, Po-

litik und Wissenschaft immer wieder Vorschläge zu einer Verbesserung dieses Instruments gemacht.

Vorgeschlagen wird beispielsweise:

- das Alter der Teilnehmenden zu erheben,
- speziell bei den Jugendbildungsmaßnahmen das Profil der Angebote differenzierter nach kulturellen, politischen, sozialen, sportlichen sowie schul- und arbeitsweltbezogenen Aspekten zu differenzieren,
- die Angaben zu den Mitarbeiterfortbildungen nicht länger auf die der freien Träger zu begrenzen, zumal die Jugendämter gem. § 73 SGB VIII zur Anleitung von Ehrenamtlichen/Freiwilligen verpflichtet sind (vgl. Nörber 2002),
- die Trägergruppen bei der Erfassung der Maßnahmen neu zu sortieren, um eindeutige Zuordnungen zu den einzelnen Akteuren vor allem der Jugendverbandsarbeit vornehmen zu können (vgl. Landesjugendring Niedersachsen 2002) sowie
- bei der regionalen Zuordnung der Maßnahmen den Durchführungsort zu erfassen und nicht nur den Sitz des durchführenden Trägers.

Über eine Modifizierung des Erhebungsdesigns hinaus geht der Vorschlag, die finanziellen Gesamtaufwendungen zu erfassen, untergliedert in Anteile der öffentlichen Träger, der Aufwendungen der freien Träger und der Selbstkostenanteile der Teilnehmenden (vgl. Thole 1997).

Werden in der Kinder- und Jugendarbeit die Datenlage sowie die vorhandenen Erhebungsinstrumente thematisiert, so wird immer wieder als weiteres Defizit die Notwendigkeit betont, dass das freiwillige Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit nicht ins Blickfeld gerückt wird. Dabei geht es sowohl um eine Erfassung des quantitativen Volumens der Ehrenamtlichen selbst als auch um Daten zur Förderung des freiwilligen Engagements sowie der Kooperation dieser Personengruppe mit den Berufstätigen in der Kinder- und Jugendarbeit. Insbesondere die Erfassung des ehrenamtlichen Engagements im Rahmen einer amtlichen Statistik muss jedoch vor dem Hintergrund der Möglichkeiten und vor allem der Grenzen der Modalitäten einer amtlichen Statistik abgewogen werden. Möglicherweise ist es in diesem Zusammenhang eine angemessenere Alternative, die statistische Abbildung des Engagements insgesamt über das Feld der Kinder- und Jugendarbeit hinaus im Rahmen der Surveyforschung adäquat zu erfassen (vgl. Beher/Liebig/Rauschenbach 2002, S. 178ff.).

Die Vorschläge zur Modifizierung bzw. Erweiterung des Erhebungsbogens von in diesem Fall der Maßnahmenstatistik sind das eine. Genauso wichtig ist aber auch eine Optimierung des Erhebungsweges bzw. des Einsatzes des Erhebungsinstrumentes. Die besten Kategorien und Erhebungsmerkmale nützen nichts, wenn die Daten nicht sorgfältig und vollständig von den auskunftspflichtigen Stellen geliefert werden.

Folgende Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang denkbar bzw. werden in entsprechenden Diskussionszusammenhängen immer wieder genannt:

- Allgemein ist eine Homogenisierung des Erhebungsverfahrens und damit einhergehend eine engere Reglementierung mit Blick auf die Maßnahmen der öffentlich geförderten Jugendarbeit notwendig, um allein diesen Prozess für die beteiligten Akteure transparenter zu machen. Eine Einzelmaßnahme könnte in diesem Zusammenhang sein, von Seiten der Statistischen Landesämter die Erhebungsbögen nicht z.T. erst Ende des Jahres an die Auskunftspflichtigen zu verschicken, sondern bereits Anfang des Jahres bzw. am Ende des Vorjahres der Erhebung, damit prinzipiell die einzelnen Träger bereits während des Erhebungsjahres ihrer Auskunftspflicht nachkommen können.
- Mit dem erstgenannten Punkt ist eine Vereinheitlichung und, sofern möglich, auch eine Automatisierung der Übermittlung der Auskunftspflichtigen zur Maßnahmenstatistik an die Statistischen Landesämter verbunden. Seitens der öffentlichen Träger (Landesjugendämter, Jugendämter und/oder kreisangehörige Gemeinden) sollten rechtzeitig vor der Erhebung der Maßnahmenstatistik die Adressen der Auskunftspflichtigen an das jeweilige zuständige Statistische Landesamt übermittelt werden.
- Haupt- und Ehrenamtliche müssen mit dem Erhebungsbogen und dessen Handhabung besser vertraut gemacht und für die Verwendungsmöglichkeiten sensibilisiert werden. Dies könnte etwa im Rahmen von Mitarbeiterfortbildungen und/oder gezielten Schulungen geschehen. Gleichwohl ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass bei dem derzeitigen Erhebungsverfahren nicht damit zu rechnen sein wird, dass u.a. auf Grund der zur Verfügung stehenden zeitlichen Ressourcen vor allem bei den ehrenamtlich Tätigen eine flächendeckende Akzeptanz für eine Datenerhebung zu erreichen sein wird.
-

Unklar ist, ob die Tatsache, dass der Erhebungsbogen für eine Maßnahme seitens der durchführenden Organisationseinheit ausgefüllt werden sollte, förderlich für die Erfassungsgenauigkeit ist. Auf der einen Seite kann dadurch gewährleistet werden, dass – vorausgesetzt die Erhebungsbögen werden gewissenhaft bearbeitet – die Angaben möglicherweise präziser sind. Auf der anderen Seite ist jedoch möglicherweise die Sensibilität für die Bedeutung der Maßnahmenstatistik auf einer übergeordneten Ebene, beispielsweise der Landesebene, höher und damit auch die Meldezuverlässigkeit größer als auf der örtlichen Ebene.

Genauso ungeklärt ist bislang die Frage, inwiefern es möglicherweise die Erfassungsgenauigkeit der Maßnahmendaten erhöhen würde, wenn die Erhebung der Daten zu den Maßnahmen der Jugendarbeit an den Verwaltungsakt der Bewilligung von öffentlichen Fördergeldern für die Maßnahmen geknüpft werden würde. Auf der einen Seite wäre damit ein Ausfüllen der Erhebungsbögen für die amtliche Statistik gesichert. Auf der ande-

ren Seite sind möglicherweise die hierüber gewonnenen Angaben insofern verfälscht, als diese sich an den vorgegebenen Bewilligungskriterien und nicht an der Realität des Angebots orientieren.¹

2.2 *Kinder- und Jugendarbeit in allgemeinen Jugendstudien*

Aufgrund der Limitierungen, die mit der Erfassung der Kinder- und Jugendarbeit in der amtlichen Statistik verbunden sind, stellt sich zwangsläufig die Frage, auf welchen anderen Wegen belastbare Ergebnisse zur Inanspruchnahme, zum Stellenwert oder zu den Folgen der Kinder- und Jugendarbeit zu erhalten sind. Ein zusätzlicher Weg besteht darin, über die allgemeine Jugendforschung bzw. die thematisch einschlägige Surveyforschung dementsprechende Fragen zur Nutzung der Angebote der offenen Jugendarbeit und der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit zu erschließen.

Herauszuheben sind dabei die von der Deutschen Shell geförderten Jugendstudien (vgl. zuletzt Shell Deutschland Holding 2006), die Jugendstudien des DJI (vgl. Gille u.a 2006) bzw. künftig des integrierten Surveys „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten – AIDA“ oder auch umfassendere Panelstudien wie das „Sozio-Oekonomische Panel“ (SOEP). Ein grundlegendes Problem in der Erfassung der Nutzungshäufigkeiten liegt darin, dass die Befragten selbst ihre Aktivität nicht unbedingt der Kinder- und Jugendarbeit oder einem bestimmten Jugendverband zuordnen, etwa wenn zur Wahl steht, ob sie sich in der Kirche oder in der Jugendarbeit engagieren.

Schaut man auf die Erfassungsinstrumente der erwähnten Studien, so lassen sich – bezogen auf die Erfassung der Teilnahmezahlen an der Kinder- und Jugendarbeit – deren Grenzen verdeutlichen:

- *Shellstudie:* In der Shellstudie 2006 wurde u.a. nach den häufigsten Freizeitaktivitäten gefragt. Als ein Item von 20, von denen fünf auszuwählen waren, war auch die Angabe „Jugendfreizeittreff, Jugendzentrum besuchen“ möglich (vgl. Shell Deutschland Holding 2006, S. 465). Zudem wurde bei der Frage, ob jemand für soziale, politische Ziele oder andere Menschen aktiv ist, nach der Aktivität in bestimmten Organisationen – einem Verein, einer Jugendorganisation oder einer kirchlichen Gruppe – gefragt (vgl. ebd., S. 471). Derartige Aktivitäten entsprechen zwar durchaus Formen der Kinder- und Jugendarbeit, bilden diese aber keineswegs umfassend ab. Befragt wurden zuletzt (2006) 2.532 Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren.

1 Gleichwohl ist diese Vorgehensweise auch im Rahmen der derzeitigen Erhebungspraxis nicht auszuschließen, da manche Auskunftspflichtige offenbar mit einem Abgleich der beiden Datenquellen rechnen (vgl. Kolvenbach 1997; Thole 1997).

- *Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts*: Im Anschluss an den in drei Wellen durchgeführten Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (vgl. Gille u.a. 2006) wird künftig im Rahmen des integrierten Survey des DJI „Aufwachsen in Deutschland – AIDA“ in dieser Form erstmalig der Besuch von Jugendzentren und Jugendtreffs sowie auch die Aktivität und Mitwirkung in Vereinen und Verbänden – jeweils bezogen auf das letzte Jahr – erfragt. Das heißt: Die Kinder und Jugendlichen werden gefragt, ob sie in den letzten 12 Monaten ein Jugendzentrum/Jugendtreff/Jugendclub besucht haben. Zudem werden die über 18-Jährigen nach Aktivitäten, Mitgliedschaften und Engagement in bestimmten Organisationen gefragt (Sportverein, kirchliche oder religiöse Gruppe, freiwillige Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, DLRG o.ä.). Diese Fragen waren in Ansätzen auch schon in den DJI-Jugendsurveys enthalten. Für AIDA wird eine Stichprobe von 25.000 Personen in 25.000 Haushalten aus 300 Gemeinden über alle Altersgruppen zwischen 0 und 55 Jahren gezogen.
- *SOEP*: Auch das Sozio-Oekonomische Panel – SOEP erhebt seit 2006 in seinen Haushaltsbefragungen, bei denen Eltern Auskunft über ihre eigenen Kinder geben, die Teilnahme an „Jugendgruppen (Falken/Pfadfinder)“, „Jugendfeuerwehr/Rotes Kreuz oder anderen Hilfsorganisationen“ sowie den regelmäßigen Besuch von Jugendzentren/häusern. In den Befragungen der Jugendlichen selbst erfragt das SOEP den Besuch von Jugendzentren gleichermaßen wie auch die ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen (bei Jugendlichen/jungen Erwachsenen: die Häufigkeit der Teilnahme am Jugendzentrum). Die Stichprobe des SOEP umfasste im Erhebungsjahr 2007 ca. 12.000 Haushalte (mit über 6.000 Kindern, die in den Haushalten leben).

Ein Problem der hier aufgeführten Surveys ist, dass diese *bislang* zwar länderspezifische Differenzierungen möglich machen, aber mit Blick auf die bundesweit repräsentativen Stichprobe im Bezug auf länderspezifische Auswertungen eher explorativ ausgewertet und die Länderdaten nicht vorbehaltlos generalisiert werden können. Allerdings sind über die Stichprobenentwicklung von SOEP und AIDA in Zukunft auch länderbezogenen Auswertungen zu erwarten.

Darüber hinaus ist eine weitere bedeutsame Quelle der vom BMFSFJ in Auftrag gegebene *Freiwilligensurvey*, der bislang 1999 und 2004 erhoben wurde sowie aktuell 2009 zum dritten Mal durchgeführt wird und bewusst auch eine länderspezifische Auswahl und Gewichtung beinhaltet (vgl. etwa die Auswertungen für Baden-Württemberg von Hoch/Klie/Wegner 2006). Der Freiwilligensurvey, der in seiner dritten Welle auf einer Stichprobe von 19.000 Personen basiert, fragt allerdings nicht speziell nach Aktivitäten in der Kinder- und Jugendarbeit, sondern nach den Aktivitäten und dem freiwilligem Engagement in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei lassen sich mehrere Bereiche identifizieren (etwa Sport, Kirche, Natur-/Umweltschutz, Jugendarbeit/Erwachsenenbildung), unter de-

nen sich auch Angebote der Kinder- und Jugendarbeit bzw. der Jugendverbände befinden. Da diese aber nach den im Freiwilligensurvey zugrunde gelegten Bereichen und nicht nach dem Merkmal Kinder- und Jugendarbeit sortiert werden, sind die hieraus gewonnenen Daten für die Jugendarbeit nur als Näherungswerte nutzbar, da sie keine trennscharfe Zuordnung der Aktiven und Engagierten zu den Organisationen der Jugendarbeit zulassen.

2.3 Empirische Forschung zur Kinder- und Jugendarbeit

Eine umfassende Übersicht zu empirischen Studien im Feld der Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland im letzten Jahrzehnt ist in einer aktuellen Broschüre zu finden, die jüngst vom Arbeitskreis G 5 (2009) in Nordrhein-Westfalen herausgegeben worden ist. Neben den großen Jugendstudien wie etwa den Shell-Studien (zuletzt Shell Deutschland Holding 2006), der Untersuchung von Zinnecker u.a. (2002) oder den Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts (vgl. zuletzt Gille u.a. 2006), in denen in Teilen auch die Nutzung der Kinder- und Jugendarbeit von Kindern und Jugendlichen in den Blick genommen wird, sind in den letzten Jahren eine Reihe von zumeist kleineren, regional oder lokal begrenzten, häufig organisationsspezifischen Studien speziell zur Kinder- und Jugendarbeit entstanden. Zudem wurden auch einige repräsentative, bundesweite Untersuchungen durchgeführt, wie etwa zur Reichweite kirchlicher Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Fauser-/Fischer/Münchmeier 2006; Wippermann/Calmbach 2008), zur Jugendverbandsarbeit auf dem Land (vgl. Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft 2001), zu den Strukturen von Jugendverbänden und Jugendringen (vgl. Marmier u.a. 2002; Gragert u.a. 2006) oder zum Kompetenzerwerb Jugendlicher im freiwilligen Engagement (vgl. Düx u.a. 2008).

2.3.1 Offene Kinder- und Jugendarbeit

In den empirischen Studien zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit geraten zum einen die Strukturen in den Blick (vgl. etwa Koss/Fehrlen 2003; Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen 2003, 2004 und 2006; Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport 2005), zum anderen aber auch inhaltliche Fragen wie die nach der Fachlichkeit des Personals (vgl. etwa Müller/Schmidt/Schulz 2005; Delmas/Reichert/-Scherr 2004; Bimschas/Schröder 2003; Cloos u.a. 2007), nach der subjektiven biographischen Bedeutung der Angebote für Kinder und Jugendliche (vgl. Hellmann 2002; Pollmer 2002; Hartung 2005) sowie nach Möglichkeiten von Partizipation und Selbstorganisation (vgl. Wendt 2004; Klöver-Strauß 2005). Bei der inhaltlichen Ausrichtung der Angebote wird deutlich, dass der Schwerpunkt der Arbeit nach wie vor im Offenen Bereich liegt, auch wenn eine fortschreitende Spezialisierung und Differenzierung der Angebote erkennbar ist (vgl. Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport 2005).

Biografische Bedeutung: Hellmann (2002) kommt zu dem Befund, dass offene Einrichtungen für die Besucherinnen und Besucher einen zentralen Ort des Halts und der Orientierung darstellen. Eine Studie in den neuen Bundesländern belegt, dass Jugendfreizeitstätten für Jugendliche primär Treffpunkte mit Freunden sind, weshalb vor allem separate Räume für die eigene Clique gewünscht werden (vgl. Pollmer 2002). Hartung (2005) erstellt mit dem Ziel einer konzeptionellen Neuausrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ein Anforderungsprofil aus der Perspektive der potenziellen Nutzerinnen und Nutzer. Während die jüngeren Schülerinnen und Schüler vor allem Angebote im Bereich Sport, Spiel und Geselligkeit wünschen, werden von den älteren Schülerinnen und Schülern verstärkt Angebote und Unterstützung für die berufliche Orientierung gewünscht.

Fachlichkeit: In Bezug auf die Fachlichkeit des Personals stellt Küster (2003) heraus, dass soziale Kategorien wie Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit und Generationendifferenzen nach wie vor den Rahmen für pädagogisches Handeln und für Aushandlungsprozesse zwischen dem Personal und den Jugendlichen bilden. Eine neuere qualitative Untersuchung bezieht sich auf die Muster bzw. Regeln professionellen Handelns, die als elementare, für die Kinder- und Jugendarbeit unhintergehbare Handlungsmuster herausgearbeitet werden (vgl. Cloos u.a. 2007). Wendt (2004) und Klöver-Strauß (2005) kommen in ihren Studien zu dem Befund, dass die Fachkräfte zwar Partizipations- und Selbstorganisationsprozessen Heranwachsender positiv gegenüberstehen, diese Prozesse jedoch häufig gar nicht wahrnehmen.

Bildung: Ein spezielles Forschungsinteresse richtet sich auf die Ermöglichung von Bildungs- und Selbstbildungsprozessen Heranwachsender. Dabei wird das besondere Potenzial der Offenen Kinder- und Jugendarbeit aufgezeigt, Bildungsgelegenheiten zu schaffen und Bildungsprozesse zu fördern. Die offene Kinder- und Jugendarbeit wird als Erprobungsraum und Lernort für vielfältige Entwicklungsaufgaben beschrieben (vgl. Müller-Schmidt/Schulz 2005; Fehrlen/Koss 2009).

2.3.2 Sport

Will man sich über die Entwicklungen im Sport informieren, sind in erster Linie die beiden großen deutschen Sportberichte zu nennen (vgl. Schmidt/Hartmann-Tews/Brettschneider 2003; Schmidt 2008). Auf der Basis wissenschaftlicher Diskurse und empirischer Befunde machen sie die Bedeutung von Körper, Sport und Bewegung in der Lebenswelt von Heranwachsenden sowie für deren individuelle Entwicklung deutlich. Nach wie vor ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im organisierten Sport höher als in allen anderen Jugendorganisationen (vgl. Brettschneider/Kleine 2002). Die Forschung zur Kinder- und Jugendarbeit im Sport fragt vermehrt nach dessen Wirkungen in physischer, präventiver und psychosozialer Hinsicht für die Heranwachsenden (vgl. Locher 2001).

2.3.3 Landjugendarbeit

Empirisch fundierte Erkenntnisse zu den Mitgliedern der Landjugendverbände liefert die Landjugendstudie 2000 (vgl. Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft 2001), eine im Zehn-Jahres-Abstand durchgeführte Trendstudie. Für das Jahr 2000 wurde erstmals auch ein Ost-West-Vergleich realisiert. Auffallend ist bei diesen Erhebungen die hohe Beteiligung der Verbandsmitglieder an weiteren Vereinen, Organisationen und Gruppierungen.

2.3.4 Verbandliche Kinder- und Jugendarbeit

Zur verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit sind in den letzten Jahren zahlreiche Untersuchungen entstanden, die unterschiedliche Aspekte in den Blick nehmen. Es geraten sowohl die Organisationen, ihre institutionellen Strukturen, Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie das haupt- und ehrenamtliche Personal als auch die Motive, Erfahrungen und Einstellungen der Teilnehmenden wie der ehrenamtlich Engagierten, die biografische Bedeutung der Teilnahme oder der ehrenamtlichen Mitarbeit, die Reichweite der Jugendverbände sowie in letzter Zeit verstärkt die dort stattfindenden Bildungs- und Lernprozesse in den Blick.

Strukturen: Das Spektrum der Jugendringe und Jugendverbände sowie deren Strukturen untersuchen Marmier u.a. (2002) und Gragert u.a. (2006). Der Landesjugendring in Nordrhein-Westfalen führt seit 2004 – und in der Folge 2005 und 2007 – einen sogenannten „Wirksamkeitsdialog“ mit den Jugendverbänden zu den Maßnahmen, dem haupt- und ehrenamtlichen Personal sowie den Zielgruppen (vgl. Landesjugendring NRW 2004, 2005, 2007). Im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs in Nordrhein-Westfalen wurde auch die Jugendkulturarbeit evaluiert (vgl. LKJ e.V. NRW 2001, 2006). Mit der Dortmunder Jugendarbeitsstudie 2000 liegt eine umfangreiche und exemplarische Untersuchung vor, die die verbandliche ebenso wie die offene Arbeit einer Großstadt aus den unterschiedlichen Perspektiven aller beteiligten Akteursgruppen erfasst (vgl. Rauschenbach u.a. 2000).

Reichweite der Jugendverbände: Zwei große bundesweite Studien sind der Frage nach der Reichweite kirchlicher Jugendarbeit nachgegangen: die Studie „Jugendliche als Akteure im Verband“ (vgl. Fauser/Fischer/Münchmeier 2006), die Realität und Reichweite der evangelischen Jugendarbeit erforscht, sowie die Sinus-Milieu-Studie U 27 „Wie ticken Jugendliche“ (vgl. Wippermann/Calmbach 2008), die Lebenswelten von katholischen Heranwachsenden bis zum Alter von 27 Jahren untersucht. Die evangelische Kinder- und Jugendarbeit erreicht demnach rund 10 Prozent der Heranwachsenden im Laufe ihres Kindes- und Jugendalters. Rund 90 Prozent der in der evangelischen Jugendarbeit aktiven Kinder und Jugendlichen nehmen regelmäßig an einer Gruppe teil. Die Sinus-Milieu-Studie zeigt, dass katholische Jugendarbeit drei von sieben Milieus Jugendlicher erreicht.

Dies sind die „traditionellen“, die „bürgerlichen“ und die „postmateriellen“ Jugendlichen. In diesen leben etwa ein Viertel aller jungen Menschen im Alter von 9 bis zu 27 Jahren.

Motive: Als Motive für Beteiligung und Engagement in Jugendverbänden erscheinen der Wunsch nach sozialer Zugehörigkeit und Anerkennung (vgl. Bruner/Dannenbeck 2002), nach Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung (vgl. Schüll 2004) sowie nach Gemeinschaft, Spaß und sinnvollen Aktivitäten (vgl. Fauser/Fischer/Münchmeier 2006).

Biografische Bedeutung: Weitere Studien erforschen die biografische Bedeutung der Jugendverbände für die Teilnehmenden (vgl. Lehmann/Mecklenburg 2006; Kinder- und Jugendring Sachsen 2006; Chang 2006, Thomas/Abt/Chang 2007; Schulze-Krüdener u.a. 2008). Die Teilnahme an Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit hat demnach Auswirkungen auf Einstellungen, biografische und berufliche Orientierungen, Kompetenzen, Kontakte sowie auf die Freizeitgestaltung. Einige kleinere regional oder lokal begrenzte Studien mit geringen Fallzahlen untersuchen zudem die kulturelle Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Krone 1999; Dentler 2001; Finke/Haun 2001; Josties 2008). Die Ergebnisse liefern Hinweise, dass die Aktivitäten im Rahmen der kulturellen Jugendbildung positiven Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung haben.

Bildung: In letzter Zeit finden sich im Bereich der Jugendverbandsforschung eine Reihe empirischer Studien, die sich explizit mit Bildungsprozessen und Kompetenzerwerb Jugendlicher in Jugendverbänden befassen, wie etwa die Studie von Fischer (2001), die in einer Untersuchung der BUND-Jugend ein weites Spektrum an Kompetenzen erfasst. Lehmann (2004) untersucht, wie Kompetenzen, die im Jugendverband erworben oder verstärkt werden, für die Lebensbewältigung und das Berufsleben Jugendlicher genutzt werden (vgl. auch Kinder- und Jugendring Sachsen 2006). Nach Fauser/Fischer/Münchmeier (2006) fungiert evangelische Kinder- und Jugendarbeit als Ermöglichungsraum für vielfältige Bildungsprozesse.

Eine Studie, die die Jugendfeuerwehr in Hamburg untersucht, kommt zu dem Befund, dass hierdurch Verantwortungsübernahme Jugendlicher demokratische Bildungsprozesse und solidarisches Handeln gefördert werden (vgl. Richter/Jung/Riekmann 2007). Bruner/Dannenbeck (2002) ermitteln, dass die freiwillige Tätigkeit in einem Jugendverband zum sukzessiven Erlernen der Übernahme sozialer Verantwortung sowie zur Selbständigkeit Heranwachsender beitragen kann. Und eine umfangreiche, aktuelle Studie von Dux u.a. (2008) weist nach, dass in ihrer Jugend engagierte Erwachsene über mehr Kompetenzen verfügen, stärker politisch interessiert, gesellschaftlich engagierter und beruflich erfolgreicher sind als die Vergleichsgruppe der Nicht-Engagierten. Neben sozialen und persönlichkeitsbildenden Eigenschaften werden durch freiwilliges Engagement Heranwachsender insbesondere Organisations-, Leitungs-, Team- und Gremienkompetenzen entwickelt. Ins-

gesamt werden in einer Reihe von Studien vielfältige Bildungswirkungen der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit beschrieben.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Blickt man auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, so zeigt sich, dass für die Teilnahme in bestimmten Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit soziodemografische Merkmale wie schulische Qualifikation, Geschlecht, Alter sowie ethnischer Hintergrund eine Rolle spielen (vgl. G5-Arbeitskreis NRW 2009). So nehmen an den Angeboten der Jugendverbände nur wenige Hauptschüler und Jugendliche mit Migrationshintergrund teil, während die beiden letzteren Gruppen in den Feldern der Offenen und der Mobilen Jugendarbeit stark vertreten sind (vgl. etwa Tossman/Tensil/Jonas 2007). Mit Blick auf das Geschlecht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigt sich, dass in den Jugendverbänden die Verteilung der Geschlechter in etwa ausgeglichen ist, auch wenn sie, je nach Verband, sehr unterschiedlich ausfällt. Im Sport überwiegen die männlichen Teilnehmer, und es beteiligen sich mehr Gymnasialschüler als Hauptschüler in den Vereinen. An Angeboten der kulturellen Jugendarbeit nehmen mehr Mädchen und junge Frauen teil, während die Offene Kinder- und Jugendarbeit eher ein männlich besetzter Ort ist. Zudem nimmt hier mit zunehmendem Alter der Anteil der weiblichen Besucher ab. Auch in der Mobilen Jugendarbeit tauchen mehr Jungen und junge Männer auf als weibliche Heranwachsende (vgl. z.B. Krebs 2004).

Insgesamt beziehen sich die empirischen Studien der letzten Jahre auf die strukturellen Rahmenbedingungen (wie Einrichtungen, Öffnungszeiten, Finanzierung, Personalausstattung, Zielgruppen, Angebote), die Reichweite der Kinder- und Jugendarbeit, die (biografische) Bedeutung der Teilnahme für die Heranwachsenden, auf Motive, Fachlichkeit sowie insbesondere auf die Bildungspotenziale dieses Arbeitsfeldes.

2.4 Empirische Studien zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg

2.4.1 Kirchliche Kinder- und Jugendarbeit

Blickt man speziell auf die Forschungslandschaft zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg, so lassen sich diesbezüglich vielfältige Forschungsaktivitäten erkennen. Es fällt auf, dass in den letzten Jahren insbesondere im Rahmen der evangelischen Kirche Württemberg sehr viele kleinere und größere Studien durchgeführt wurden, und von daher das Wissen über die Situation sowie die Reichweite evangelischer Kinder- und Jugendarbeit recht groß ist. Die Erhebungen weisen den hohen Stellenwert der kirchlichen Jugendarbeit für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen wie auch das große ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich aus (vgl. Frieß/Ilg 2008).

Zwei kleinere Studien beschreiben die Entstehung neuer Formen musisch-kultureller Gruppenarbeit im Rahmen kirchlicher Jugendarbeit wie Teendance und Tensing (vgl. Ilg/-Ackermann 2007; Schemm/Ilg 2007). Auch die kirchliche Freizeitarbeit wird evaluiert (vgl. Ilg 2008; Bedke/Großer/Ilg 2007). Übergänge in der außerschulischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen werden in unterschiedlichen Bezügen untersucht: von der Freizeitteilnahme zu Kinder- und Jugendgruppen, von der Schule zur Jugendarbeit sowie innerhalb der Jugendarbeit (vgl. Ilg/Weingardt 2007). Ein weiterer Aspekt, der im Rahmen der evangelischen Jugendarbeit in Württemberg untersucht wird, ist die Frage der Fachlichkeit und Professionalität des Personals in der Jugendarbeit (vgl. Hess/Ilg/Weingardt 2004).

Auch für die katholische Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg liegen Daten auf der Basis empirischer Untersuchungen der letzten Jahre vor. Nach Erhebungen in den Jahren 2000 und 2003 wurde 2006 die dritte Erhebung zu Umfang und Reichweite der Angebote der katholischen Jugendarbeit in Baden-Württemberg durchgeführt (vgl. Diözesanleitung BDKJ/BJA 2007).

Es finden sich auch einige kleinere Studien zur katholischen Jugendarbeit wie etwa die Untersuchung der katholischen Landjugendbewegung Diözesanverband Freiburg (2006) zum Leben Jugendlicher auf dem Land, zu ihrer Freizeitgestaltung und zu ihren Einstellungen. Eine explorative Studie zur kirchlichen Jugendarbeit in der Diözese Rottenburg-Stuttgart befragt Teilnehmerinnen und Teilnehmer der katholischen Kinder- und Jugendarbeit nach ihrer Teilnahmemotivation (vgl. Ebertz/Fischer 2006).

2.4.2 Verbandliche Kinder- und Jugendarbeit

Das Thema Bildung wird im Bereich der Jugendverbandsarbeit in einer kleinen Untersuchung ehemaliger Jugendleiterinnen und Jugendleiter in Baden-Württemberg aufgegriffen (vgl. Schwab/Nickolai 2004; Schwab 2006).² Speziell mit dem Thema der Entwicklung und Förderung von Werten in der außerschulischen Jugendbildung beschäftigt sich eine Evaluationsstudie von zwölf Projekten der verbandlichen und kulturellen Jugendarbeit (vgl. Huber 2007). Zudem hat Reinders (2005) eine empirische Studie zu Wertvorstellungen, Zukunftsperspektiven und sozialem Engagement von 13- bis 17-jährigen Schülerinnen und Schülern durchgeführt. Er weist nach, dass soziales Engagement als dritte Säule neben Eltern und Peers einen substanziellen Beitrag zu Werteentwicklung und prosozialem Verhalten Jugendlicher leistet.

2 Zur verbandlichen Arbeit gehört zwar auch die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit der konfessionellen Jugendverbände. Die empirischen Studien in diesem Bereich wurden aber bereits unter dem Arbeitsfeld Kirche behandelt.

Die Qualifizierung des ehrenamtlichen Personals in der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit steht im Mittelpunkt einer Untersuchung des Landesjugendrings Baden-Württemberg (2008). Erwähnt werden müssen in diesem Zusammenhang der Jugendverbandsuntersuchungen auch die Erhebungen der Landjugendverbände. Da ist zum einen die Sonderauswertung der Landjugendstudie für Baden-Württemberg zu nennen, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Landjugendverbände in den Blick nimmt (vgl. Alt/Feldmann 2001). Und zum anderen gehören hierzu auch die bereits für den kirchlichen Bereich beschriebenen Studien der Katholischen Landjugendbewegung Diözesanverband Freiburg (2006) sowie die Studie zur kirchlichen Jugendarbeit in der Diözese Rottenburg-Stuttgart (vgl. Ebertz/Fischer 2006).

2.4.3 Offene Kinder- und Jugendarbeit

Eine Reihe von empirischen Studien findet sich im Bereich der offenen Jugendarbeit. So erschien im Jahr 2003 eine Topografie zur offenen Jugendarbeit in Baden-Württemberg (vgl. Koss/Fehrlen 2003), die einen umfassenden landesweiten Überblick über die Struktur dieses Arbeitsfeldes gibt.³ Andere Untersuchungen nehmen insbesondere Bildungsprozesse in der Praxis der offenen Arbeit in den Blick (vgl. Delmas/Reichert/Scherr 2004; Fehrlen/Koss 2009).

Eine Evaluation von Praxiseinrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg kommt zu dem Befund, dass Bildungsprozesse der Besucherinnen und Besucher vom Personal überwiegend nicht bewusst initiiert und typische Alltagsprozesse nur in wenigen Fällen als Bildungschance erkannt und entsprechend unterstützt werden (vgl. Delmas/Reichert/Scherr 2004). Demgegenüber stellt eine aktuelle Untersuchung zur Bildung im Alltag der Offenen Kinder- und Jugendarbeit als ein Ergebnis fest, dass (Selbst-)Bildungs-, Lern- und Aneignungsprozesse sowie der Erwerb von Kompetenzen der Besucherinnen und Besucher unmittelbar mit den Strukturmaximen der Offenen Arbeit Freiwilligkeit, Offenheit, Partizipation, Selbstorganisation, Alltagsorientierung und Diskursivität zusammenhängen (vgl. Fehrlen/Koss 2009).

Auch die Mobile Jugendarbeit in Baden-Württemberg gerät in den Blick der Forschung. Delmas u.a. (2005) sichten deren Einrichtungs-, Träger-, Personal- und Finanzstrukturen, Arbeitsformen, Leistungen und Adressaten. Es zeigt sich, dass die Mobile Jugendarbeit vielfältige Unterstützungs-, Beratungs- und Vernetzungsleistungen für Jugendliche und junge Erwachsene erbringt, deren Alltag häufig von belastenden und ausgrenzenden Erfahrungen bestimmt ist. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zu ihrer gesellschaftlichen Integration.

3 Befunde der Erhebung finden sich in Kap. 8.2.

2.4.4 Kooperation der Jugendarbeit mit Schule

Die Kooperation der Kinder- und Jugendarbeit mit Schule war das Thema einer Evaluation des Förderprogramms „Kooperation Jugendarbeit-Schule“, welches das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg seit 1999 auflegt (vgl. Hahn 2004). Gegenstand war die Effizienz und Effektivität der landespolitischen Förderform hinsichtlich der Rahmenbedingungen der Kooperation von Jugendarbeit und Schule und der damit verknüpften Qualität von Bildungsprozessen. In der untersuchten Kooperationspraxis haben sich aus Sicht der beteiligten Einrichtungen der Jugendarbeit überwiegend positive Auswirkungen durch die Zusammenarbeit mit Schulen ergeben.

Eine kleine Studie von Held/Schork (2004) geht der Bedeutung der Jugendforschung für die Praktikerinnen und Praktiker der Jugendarbeit nach. Als Befund wird genannt, dass in der Jugendarbeitspraxis keine grundsätzliche Ablehnung gegenüber der wissenschaftlichen Forschung besteht, sondern eher zeitliche Gründe und fehlende Information die Rezeption verhindern. Da die Mehrheit der Fachkräfte in der Praxis der Kinder- und Jugendarbeit aus der Jugendforschung keine konkreten Schlüsse für die eigene Arbeit ziehen können, fordern die Autoren der Studie eine verbesserte Vermittlung zwischen Wissenschaft und Jugendarbeit.

In der Jugendarbeitsforschung in Baden-Württemberg zeigt sich ein Forschungsschwerpunkt im kirchlichen Bereich und in der Offenen Jugendarbeit. Insbesondere die evangelische Kinder- und Jugendarbeit ist recht gut erforscht. In der übrigen verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit finden sich einige kleinere Studien zu unterschiedlichen Themen. In der Offenen Jugendarbeit werden sowohl strukturelle als auch inhaltliche Fragen, insbesondere die Bildungspotenziale der Kinder- und Jugendarbeit in den Blick genommen. Insgesamt sind Schwerpunkte der Jugendarbeitsforschung in Baden-Württemberg neben den strukturellen Fragen die Themen Bildung, Werteentwicklung, Fachlichkeit, neue Formen der Gruppenarbeit und Qualifizierung der Ehrenamtlichen.

3 Aktuelle Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit

Die Herausforderungen, denen sich die Kinder- und Jugendarbeit gegenwärtig gegenübergestellt sieht, sind vielfältig. Im Folgenden soll auf einige dieser Herausforderungen verwiesen werden, nicht mit dem Anspruch, auf diese Weise eine erschöpfende Analyse der aktuellen Situation zu erhalten – diesen Anspruch kann die Expertise nicht erfüllen –, sondern vielmehr um ein gedankliches Koordinatensystem zu liefern, um die nachfolgenden Ausführungen besser verorten und beurteilen zu können.

Dabei lassen sich die Herausforderungen in zwei Gruppen unterteilen, einerseits in diejenigen, die von außen an die Kinder- und Jugendarbeit herangetragen werden, die also als gesellschaftliche Entwicklungen beschrieben werden können, denen sie sich die Kinder- und Jugendarbeit nicht entziehen kann, andererseits jene Herausforderungen, die sich aus der eigenen Geschichte, Tradition und Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit ergeben, denen sie sich gewissermaßen selber stellen muss.

3.1 Externe Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit

Die Kinder- und Jugendarbeit bewegt sich nicht in einem abgeschotteten Raum. Sie ist in mehrfacher Hinsicht mit den Veränderungen in ihrer Umwelt konfrontiert. Mindestens sechs Herausforderungen lassen sich benennen, die von außen auf die Kinder- und Jugendarbeit einwirken und denen sie sich in den kommenden Jahren stellen muss:

Demografischer Wandel: „Verschwinden die Jugendlichen und damit das Klientel der Kinder- und Jugendarbeit?“ Auf diese einfache zugespitzte Formel lässt sich die komplexe Situation im Kontext der Demografie reduzieren. Wenn es stimmt, dass in den nächsten Jahren nominal zunehmend weniger Kinder geboren werden (vgl. Kap. 5.1), wird dies neben der Schule auch für die Kinder- und Jugendarbeit weitreichende Konsequenzen haben. Zugleich ist aber zu fragen, ob der ohne Zweifel bundesweit beschreibbare Trend des Rückgangs von Geburtenziffern sich gleichermaßen auch regional in Baden-Württemberg beobachten lässt. Schließlich gibt es auch in Zeiten eines allgemeinen demografisch bedingten Rückgangs der Bevölkerungszahl immer auch Regionen, die zu den Gewinnern zählen. Des Weiteren ist zu klären, ob nicht auch interne Verschiebungen innerhalb der Altersgruppen Auswirkungen auf die Struktur der Kinder- und Jugendarbeit haben können. Sofern beispielsweise das politisch ausgegebene Ziel der Erhöhung des Anteils junger Menschen mit einer Hochschulzugangsberechtigung erreicht wird, werden davon eventuell bestimmte Formen der Kinder- und Jugendarbeit profitieren – etwa die kirchliche Verbandsarbeit (vgl. Kap. 8.2) –, während dies aufgrund des bisherigen Profils der Engagierten für andere Organisationen eher negative Konsequenzen haben wird – zumin-

dest, wenn sich diese Akteure nicht gezielt auf die sich verändernde Sozialstruktur der jungen Menschen einstellen.

Stadt-Land-Verschiebungen: Zu prüfen ist auch, inwieweit sich die demografische Entwicklung auf dem Land und in den Ballungsräumen unterschiedlich entwickelt und damit auch unterschiedliche Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendarbeit haben wird (vgl. Kap. 14.2). Denkbar ist, dass insbesondere in ländlichen Regionen die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit konzentriert werden oder aber in mobilere Angebote umgewandelt werden müssten.

Verdichtung der Jugendphase: In der Einleitung zu diesem Grundlagenteil der Expertise wurde bereits kurz angedeutet, dass die Jugendforschung in den letzten Jahren eine „Entstrukturierung der Jugendphase“ beobachtet und gar die Frage gestellt hat, ob Jugend als eine Übergangsphase zwischen Nicht-Mehr-Kind-Sein und Noch-Nicht-Erwachsener-Sein gänzlich erodiert (vgl. Rauschenbach/Züchner 2006). Wenig strittig dürfte indessen sein, dass sich die Jugendphase verdichtet. Eine kürzere, aber ausgeweitete Schulzeit, verkürzte oder wegfallende Zeiten von Bundeswehr oder Zivildienst, verkürzte und verbindlichere Studiengänge sowie ein damit insgesamt einher gehender früherer Einstieg in das Berufsleben (oder zumindest die berufliche Ausbildung) dürften die Tendenz verstärken, dass sich die Zielgruppe der Kinder- und Jugendarbeit noch weiter nach vorne schiebt. Nicht ohne Grund ist in den letzten Jahren der Begriff der Kinder auch in der Bezeichnung *Kinder-* und Jugendarbeit neu hinzukommen. Gleichwohl ist dieser Trend nicht beliebig ausdehnbar. Wenn die Arbeit mit jungen Erwachsenen – an dem einem Ende der Altersspanne – zunehmend durch die Arbeit mit Kindern – am anderen Ende der potenziellen Altersgruppen – abgelöst wird, dann bedeutet dies für die praktische Arbeit auch eine Vielzahl an modifizierten konzeptionellen Ansätzen, Methoden und Verfahren. Die Jugendarbeit muss sich im Bereich der Kinderarbeit gewissermaßen neu erfinden.

Neue (kommerzielle) Lern- und Lebenswelten: Schon seit einigen Jahrzehnten diskutiert, aber dennoch in den kommenden Jahren wahrscheinlich aktueller denn je, ist die Frage, wie sich die wachsende Zahl kommerzieller Angebote für Kinder und Jugendliche auf die Nachfrage, aktive Teilnahme und Mitgestaltung der Kinder- und Jugendarbeit durch die Kinder und Jugendlichen selbst auswirken wird. Kinder- und Jugendarbeit lebt vom freiwilligen Engagement der jungen Menschen. Wenn sich die Jugendphase aber, wie angedeutet, in den kommenden Jahren weiter verdichten wird, dann kann dieses Engagement nicht einfach durch ein Vorziehen der Zielgruppe aufgefangen werden. Es braucht vor allem die älteren Jugendlichen, die innerhalb eines Verbandes oder der offenen Jugendarbeit sozialisiert wurden, um die Kontinuität der Arbeit über Jugendgenerationen hinweg zu sichern. Kommerzielle Angebote, die genau diese Zielgruppe der älteren Jugendlichen und jungen Erwachsenen ansprechen, sind für diese Tradierung eine nicht zu übersehende Herausforderung.

Ausbau der Ganztagschule: Lange Zeit hat sich die Kinder- und Jugendarbeit als eine Art Ergänzung und Gegenpol zur Schule verstanden. Völlig unterschiedliche Arten des Lernens an beiden Orten – informeller Art in der Kinder- und Jugendarbeit, formaler Art in der Schule – wurden als ebenso selbstverständlich wie unvereinbar miteinander angesehen. Ausgelöst durch die Ganztagschulentwicklung scheinen diese Grenzen immer mehr aufzuweichen. Der Kinder- und Jugendarbeit wird in den kommenden Jahren abverlangt, sich einerseits in ihrem Verhältnis zur Schule neu zu positionieren und andererseits eine Position in ihrem Verhältnis zur Schulsozialarbeit zu finden. Einerseits wäre es für die Kinder- und Jugendarbeit – im Falle der aktiven Beteiligung am Ganztagschulkonzept – eine Chance, durch die Öffnung der Schulen völlig neue Zielgruppen zu erschließen bzw. den Zugang zu den Kindern und Jugendlichen nicht so leicht zu verlieren, andererseits muss sie sich dann aber auch darauf einlassen, ohne abschließend beurteilen zu können, ob die Mitwirkung im Rahmen der Ganztagschule nicht den ureigenen Charakter der Kinder- und Jugendarbeit verwässert (vgl. Kap. 9).

Sozial- und bildungspolitische Inpflichtnahme: Eng mit dem vorangegangenen Punkt zusammen hängt die Herausforderung, wie die Kinder- und Jugendarbeit sich zu den aktuellen sozial- und bildungspolitischen Entwicklungen und zu der damit drohenden Inpflichtnahme verhalten soll. Wie geschildert, hat sich die Kinder- und Jugendarbeit lange Zeit als ein Ort definiert, an dem sich Jugendliche ausprobieren konnten, an dem sie relativ selbstbestimmt die Dinge lernen konnten, die sie wollten und der als ein relativer Freiraum gegenüber den Ansprüchen der Erwachsenenwelt auch immer ein Ort war, der Spielräume eröffnete, der nicht gleich von außen in seiner Funktion definiert wurde (vgl. Böhnisch-/Münchmeier 1989; Scherr 1997). Durch die erweiterte Bildungsdiskussion der vergangenen Jahre ist die Kinder- und Jugendarbeit in eine ambivalente Situation geraten (vgl. BMFSFJ 2005). Einerseits möchte sie beteiligt werden, „mit am Tisch sitzen“, wenn die verschiedenen Bildungsorte über die bestmögliche Förderung von Kindern und Jugendliche debattieren und die Politik anschließend dafür Fördermittel verteilt. Schließlich ist die Kinder- und Jugendarbeit seit jeher ein wichtiger ergänzender Bildungsort des Aufwachsens und kann dabei auch zur sozialen Integration von Kindern und Jugendlichen beitragen. Andererseits ist insbesondere die Unbestimmtheit der Inhalte und Outcomes der Kinder- und Jugendarbeit ein typischer Schwachpunkt. Dieses Dilemma macht es nicht eben einfacher, die Kinder- und Jugendarbeit in das momentan vorherrschende Denken zu pressen, demzufolge Input gleich Output sein soll.

Insgesamt erweisen sich diese Veränderungen des Aufwachsens bzw. der Lebensführung junger Menschen als in jedem Fall relevante Einflussfaktoren auf die Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit.

3.2 *Interne Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit*

Die Kinder- und Jugendarbeit sieht sich jedoch nicht nur Herausforderungen gegenübergestellt, die sich durch den sozialen Wandel ergeben, sondern auch solchen, die sich aus ihrer eigenen Geschichte, Entwicklung und Struktur ergeben. Das bedeutet nicht, dass diese gänzlich „hausgemacht“ sind, da die Kinder- und Jugendarbeit selbstverständlich auch von den sie umgebenden Rahmenbedingungen anhängig ist. Dennoch betreffen sie nicht die jungen Menschen selbst, sondern vorrangig die internen Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit. Auf vier solcher Herausforderungen soll an dieser Stelle hingewiesen werden.

Stagnation der Finanzmittel für Kinder- und Jugendarbeit: Die öffentlich zur Verfügung gestellten Finanzmittel werden gerne als Gradmesser für die politische Wertschätzung eines gemeinnützigen Bereichs benutzt. In diesem Zusammenhang wird immer wieder darauf hingewiesen, dass in Anbetracht prekärer öffentlicher Haushalte insbesondere die Kinder- und Jugendarbeit vor einer ausgesprochen schwierigen, unbefriedigenden Situation im Zuge der Verteilung offenkundig zu knapper Mittel steht. Wie sieht unterdessen die Lage für die Kinder- und Jugendarbeit tatsächlich aus? Werden die Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit wirklich messbar zurückgefahren? Das Ausgabenvolumen für Leistungen und Strukturen der gesamten Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland beläuft sich für 2007, dem gegenwärtig aktuellsten Datenjahr, in der Summe auf ca. 22,8 Mrd. Euro (vgl. Rauschenbach 2009). Hiervon entfallen etwas mehr als 6% auf die Kinder- und Jugendarbeit, knapp 26% auf die Hilfen zur Erziehung und rund 57% auf den Bereich der Kindertageseinrichtungen.

Damit steht die Kinder- und Jugendarbeit zwar immerhin noch an dritter Stelle der budgetstärksten Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe, allerdings mit einem ausgesprochen respektablen Abstand zu den beiden anderen Bereichen. Betrachtet man hingegen die bundesweite Entwicklung der finanziellen Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit als Einzelposten im zeitlichen Verlauf, so zeigt sich, dass die Gesamtausgaben für Kinder- und Jugendarbeit zwischen 1995 und 2007 zwar nominal von 1,30 auf 1,45 Mrd. Euro gestiegen sind, dies aber inflationsbereinigt einem Rückgang bei den durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben für die 12- bis 21-Jährigen im besagten Zeitraum entspricht.

Diese Entwicklung unterscheidet sich deutlich von den anderen großen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe. So steht diesem 8-prozentigen Ausgabenrückgang für die Kinder- und Jugendarbeit eine Zunahme der Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt pro unter 27-Jährigen in Höhe von 23% gegenüber. Dabei ist nominal das Volumen der finanziellen Aufwendungen für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe im gleichen Zeitraum, also zwischen 1995 und 2007, von 17,0 Mrd. auf 22,8 Mrd. Euro und damit um knapp 34% gestiegen. Dieses beträchtliche Wachstum ist, wie man sich leicht denken kann, allerdings auf andere Leistungsbereiche zurückzuführen. So haben sich die Ausgaben für die

Hilfen zur Erziehung im selben Zeitraum im Westen Deutschlands fast verdoppelt – und im Osten Deutschlands sogar mehr als verdoppelt –, und auch die Kindertageseinrichtungen haben ihr Platzangebot erheblich ausgeweitet und infolgedessen auch ihr Finanzvolumen deutlich erhöht. Auch wenn unter dem Strich bis 2007 in der Kinder- und Jugendarbeit mit Blick auf die öffentlichen Mittel noch kein dramatischer Einbruch zu verzeichnen ist (vgl. Kap. 6.4), so verliert diese im Vergleich zu anderen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe dennoch an Bedeutung, da die Mittel für die Kindertageseinrichtungen und die Hilfen zur Erziehung deutlich gestiegen und diese zugleich auch jenseits der Finanzmittel stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt sind – wenngleich nicht immer nur mit positiven Vorzeichen.

Kinder- und Jugendarbeit per Vertrag: Hinzu kommen in manchen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit veränderte Finanzierungsmodalitäten. Obwohl viel von der anfänglichen Euphorie im letzten Jahrzehnt verloren gegangen ist, hat die Philosophie der „Neuen Steuerung“ bzw. der Modernisierung der Kommunalverwaltungen ab Mitte der 1990er-Jahre nachhaltige Veränderungen auch für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit nach sich gezogen. Dies betrifft in erster Linie Fragen der Finanzierung. So werden beispielsweise Kontrakte als Finanzierungsgrundlage der Kinder- und Jugendarbeit geschaffen. Sobald diese Grundlage geschaffen ist, haben die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit eine gewisse Planungssicherheit. Da – insbesondere für das Segment der freien Träger – die so genannte „Stoppelfinanzierung“ kennzeichnend ist, besitzt diese Planungssicherheit sicherlich stabilisierende Funktionen. Dieses Instrument des Kontraktes eröffnet den Finanzierungsträgern grundsätzlich allerdings auch ein erhöhtes Steuerungspotenzial – etwa durch die vertragliche Bestimmung dessen, was an Kinder- und Jugendarbeit in einem definierten Sozialraum und in einem bestimmten Zeitraum zu erbringen ist. Dieser Umstand hat dazu geführt, dass diese neue Form der Steuerung bzw. diese Praxis der vertraglichen Regelung von Leistungen und Gegenleistung vielfach kritisiert wurde. Kinder- und Jugendarbeit wird in einem solchen Rahmen tendenziell als Leistungserbringer verstanden und zu einem „Erfüllungsgehilfen“ der finanzierenden Institutionen. Es besteht die Gefahr, dass dies letztlich zu einer Einschränkung der Pluralität des Angebots und zu einer Absenkung des Innovationspotenzials führt.

Professionalisierung und Verberuflichung: Traditionell gibt es in der Kinder- und Jugendarbeit eine klassische Zweiteilung zwischen ehrenamtlich und beruflich geleisteter Arbeit (vgl. Kap. 7). Die Kinder- und Jugendarbeit steht diesbezüglich vor der Herausforderung, dass sie einerseits die Verfachlichung, die der gesamte soziale Bereich in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat (vgl. Züchner 2007), auch in ihren eigenen Beschäftigtenstrukturen nachholen müsste, andererseits genau dadurch aber zugleich in Teilen den Charakter der (ehrenamtlichen) Kinder- und Jugendarbeit verändern würde. Eine zufrieden stellende Lösung für dieses Dilemma zu finden, wird eine der Herausforderungen der kommenden Jahre sein.

Personalstruktur: Betrachtet man die derzeitige Personalstruktur im beruflichen Bereich, so zeigen sich mehrere Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt (vgl. Kap. 6.6). Zum einen ist der Trend zu immer mehr Teilzeitstellen und mehr Flexibilisierung (Aufwandsentschädigungen, Freelancer) ungebrochen und bedroht ein kontinuierliches Arbeiten in der Kinder- und Jugendarbeit. Zum anderen lässt sich eine steigende Altersstruktur bei den beruflich Beschäftigten beobachten, die die Frage aufwirft, ob eine sich weitende Altersspanne zwischen im Prinzip gleich alt bleibenden jungen Menschen und älter werdenden Fachkräften immer zielführend ist.

Die genannten Herausforderungen sind keine Herausforderungen, vor denen Baden-Württemberg in besonderer Weise betroffen ist, sondern lassen sich als Trends für die gesamte Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland kennzeichnen. Dennoch geben sie erste Hinweise, worauf auch die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg Antworten finden muss, wenn sie ihre Zukunftsfähigkeit sicherstellen möchte. Die aufgeführten Herausforderungen werden im weiteren Verlauf der Expertise aufgegriffen und, soweit dies möglich ist, durch empirische Daten und genauere Ausführungen zur Situation in Baden-Württemberg ergänzt.

4 Die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im politischen Koordinatensystem

In diesem Kapitel werden einleitend die wichtigsten Koordinaten der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg analysiert. Dazu erfolgt einerseits eine Vorstellung der rechtlichen bzw. politischen Grundlagen des Arbeitsfeldes – allgemein und konkret für das Land Baden-Württemberg – sowie der wichtigsten Akteure bzw. Akteursgruppen. Andererseits werden Fragen der Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit behandelt, wobei sowohl die Finanzierungsanteile der Landes- und der Gemeindeebene in Baden-Württemberg als auch die Strukturen des Landesjugendplans dargestellt werden.

In diesem Zusammenhang muss bereits angemerkt werden, dass sich für Außenstehende diese Themen ausgesprochen komplex und unübersichtlich darstellen. Dies gilt hinsichtlich der organisationalen Strukturen des Arbeitsfeldes, also auf der Ebene der Akteursgruppen der Kinder- und Jugendarbeit mit Blick auf die Zusammenschlüsse, die Dach- und Spitzenorganisationen sowie die Gremien der freien und öffentlichen Trägergruppen (vgl. Kap. 4.2). Dieser Eindruck gilt jedoch auch bezüglich der Förderstrukturen über den Landesjugendplan, also auf der Ebene der Landesförderung, die sich insgesamt aus Beiträgen aus fünf Landesministerien zusammensetzt (vgl. Kap. 4.4).

Die Fragen, welche Traditionen hinter den aktuellen Zuständen stehen und diese erklären könnten und ob die Komplexität auf der einen Seite die Komplexität der anderen Seite hervorgebracht hat, sollen hier nicht weiter verfolgt werden. Es muss allerdings festgestellt werden, dass es in beiden Fällen – hinsichtlich der organisationalen und der finanziellen Strukturen – für Baden-Württemberg an verständlichen, vollständigen und einführenden Übersichten mangelt. Insofern ist das Wissen zu den Strukturen und Abläufen vielfach ausschließlich als „Insiderwissen“ verfügbar, während die Gesamtstrukturen im Bundesland Baden-Württemberg aus vielfältigen Detailinformationen zusammengefügt werden müssen.

4.1 Rechtliche Kontexte

Die Kinder- und Jugendarbeit „ist Teil des Sozialisations-, Erziehungs- und Bildungsangebotes für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene außerhalb von Familie, Schule/Ausbildung und Erwerbsarbeit. Sie basiert auf Freiwilligkeit der Teilnahme und umfasst als eigenständiges pädagogisches Feld in der Freizeit eine Vielzahl von Angeboten und Maßnahmen, Einrichtungen und Trägern“ (Hafeneger/Schröder 2001, S. 840). Die Kinder- und Jugendarbeit stützt sich dabei wesentlich auf ein Bundesgesetz, das im Herbst 1990 für die neuen Bundesländer und ab Januar 1991 für die alte Bundesrepublik Gültigkeit erlangte. Mit diesem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), das mittlerweile als Achtes Buch in

das Sozialgesetzbuch (SGB) übernommen wurde, möchte der Bundesgesetzgeber letztlich gleiche Lebensbedingungen für junge Menschen im gesamten Bundesgebiet gewährleisten (vgl. Wiesner/Mörsberger/Oberloskamp 2006). Die gesetzlichen Grundlagen der Kinder- und Jugendarbeit im Gesamtzusammenhang der Kinder- und Jugendhilfe bilden vor allem die §§ 11 und 12 SGB VIII. Kinder- und Jugendarbeit wird demnach als öffentliche Aufgabe anerkannt, für deren Einlösung die Jugendämter zuständig sind. Die Bundesebene schafft die Rahmengesetzgebung und ist nur in geringem Ausmaß – über den Bundesjugendplan – für die überregionale Förderung zuständig.⁴ „Die Ausführungen des KJHG und finanzielle Ausstattung der Jugendarbeit ist Sache der Länder, Landkreise und Kommunen; darüber hinaus fördern mehrere Stiftungen die Jugendarbeit“ (ebd.).⁵

Die relativ unspezifische bundesgesetzliche Basis des SGB VIII wird in der Regel durch Ausführungsgesetze der Bundesländer konkretisiert, wobei die landesspezifischen Regelungen sehr unterschiedlich ausfallen⁶: „Die Unterschiede zwischen den Ländern bestehen ... nicht nur bezüglich einer mehr oder weniger detaillierten Gesetzgebung. Wie die gesetzlichen Grundlagen, so sind auch die Förderstrukturen über die Jahre gewachsen. Die Förderschwerpunkte, die Begrifflichkeiten und die behördliche und institutionelle Aufgabenverteilung haben sich unterschiedlich entwickelt“ (Engelhardt/Formann 2004, S. 4).

Diese Unterschiedlichkeit führt unter anderem dazu, dass Vergleiche zwischen den Ländern nur sehr eingeschränkt möglich sind und nur mit großen Vorbehalten durchzuführen sind. Die offensichtlichsten Uneinheitlichkeiten bestehen dabei hinsichtlich der Subsumierung der Förderung des Jugendsports, der Investitionen für die Kindertageseinrichtungen sowie mit Blick auf die Kosten für die Weiterbildung des Fachpersonals oder für wissenschaftliche Untersuchungen und den Bereich der Suchtprävention (vgl. ebd.). Insofern fehlt es auf der Ebene der Bundesländer an einem einheitlichen Verständnis dessen, was

4 Die Charakterisierung des SGB VIII als Rahmengesetzgebung darf allerdings „nicht zu dem Missverständnis verleiten, sie wäre in den Bereich der Rahmengesetzgebungskompetenz nach Art. 75 GG eingeordnet. Denn das Spektrum der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe ist auch und vor allem aufgrund seiner Offenheit bundesgesetzlich weitgehend abgesteckt und lässt dem Landesgesetzgeber nur sehr beschränkte Möglichkeiten, eigene, allein landesgesetzlich normierte Leistungen zu begründen“ (Meysen 2005, S. 362). Im Vergleich zu anderen Leistungsbereichen des SGB VIII steht der Landesebene allerdings hinsichtlich des Inhalts und des Umfangs der Aufgaben der Jugendarbeit ein relativ großer Gestaltungsspielraum offen.

5 Für Baden-Württemberg ist in diesem Zusammenhang insbesondere die „Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH“ zu nennen.

6 Die Aufgaben der so genannten „obersten Landesjugendbehörden“, die zum Teil als institutionelle Einheiten existieren und sich zum Teil als Konstrukt aus verschiedenen ministeriellen Zuständigkeiten zusammensetzen, „bestehen in der Anregung, Unterstützung und Förderung der Tätigkeit der Träger sowie in der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe. [Die oberste Landesjugendbehörde] ... hat also eine beratende, koordinierende, planerische und fortbildende Funktion. Des Weiteren ist es Aufgabe der Länder, auf einen gleichmäßigen Ausbau der Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe hinzuwirken“ (Rätz-Heinisch/Schröer/Wolff 2009, S. 172).

als Kinder- und Jugendarbeit zu definieren ist und welche Maßstäbe der Förderung daraus erwachsen.

In Baden-Württemberg existiert ein Landesausführungsgesetz zum SGB VIII, das „Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg – LKJHG“. Dieses Ausführungsgesetz greift ein breites Spektrum des bundgesetzlichen Rahmens auf und bezieht sich in § 14 ausführlich auf die Jugendarbeit. Dort wird im Absatz 1 das Ziel der Jugendarbeit in der folgenden Art und Weise umschrieben: „Die Jugendarbeit soll junge Menschen zu eigenverantwortlichem, gesellschaftlichem und politischem Handeln befähigen sowie jugendspezifische Formen von Lebens- und Freizeitgestaltung ermöglichen. Sie soll dazu beitragen, dass die Jugendlichen ihre persönlichen Lebensbedingungen und die ihnen zugrunde liegenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Zusammenhänge erkennen und mit gestalten sowie kulturelle, soziale und politische Erfahrungen, Kenntnisse und Vorstellungen kritisch verarbeiten und einbringen.“ Um diese vielfältigen Ziele zu erreichen bzw. um diese Aufgaben der Bildung, Aufklärung und Mitgestaltung umzusetzen, sind öffentliche Förderungen notwendig. Diese Förderung regelt in Baden-Württemberg das so genannte „Jugendbildungsgesetz“ in der jeweils gültigen Fassung – so ist es im § 14 Abs. 7 LKJHG festgelegt.

Mit dem Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung („Jugendbildungsgesetz – JBG“), das in der ersten Fassung bereits 1975 in Kraft getreten ist, wird die außerschulische Jugendbildung als ein eigenständiger und gleichberechtigter Teil des Bildungswesens definiert, deren Förderung und Entwicklung als eine öffentliche Aufgabe bestimmt wird.⁷ In § 2 Abs. 1 JBG verpflichtet sich das Land, nach Maßgabe dieses Gesetzes die außerschulische Jugendbildungsarbeit von Jugendverbänden und deren Zusammenschlüssen, von Musikschulen, von sonstigen anerkannten Trägern der außerschulischen Jugendbildung und öffentlich-rechtlichen Körperschaften zu fördern. Explizit werden in § 4 Abs. 3 solche Träger von einer Förderung ausgeschlossen, die gewerblich oder in Anlehnung an ein gewerbliches Unternehmen arbeiten. Was im Rahmen des LKJHG als förderungswürdig angesehen wird und welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, ist in den Unterabschnitten 1 und 2 beschrieben (§§ 6-11). Danach können auf der Grundlage dieses Landesgesetzes für den Bereich der Jugendverbände und der Jugendringe zentrale Aufgaben der Verbandszentralen (als Personal- und Sachkosten), die Arbeit der Bildungsreferenten und Seminare, Lehrgänge und sonstige Veranstaltungen (u.a. zur politischen, sozialen, sportlichen und kulturellen Bildung oder zur pädagogischen Gestaltung von Freizeit- und Erholungsmaßnahmen) gefördert werden. Im vierten Abschnitt des LKJHG wird bestimmt, dass ein Landeskuratorium zur Beratung der Landesregierung in Fragen der au-

7 Mit dieser Festlegung ist gleichfalls bestimmt, dass die Förderung dieses Aufgabenfeldes in die Zuständigkeiten des Kultusministeriums fällt.

berschulischen Bildung gebildet wird. Dieses ehrenamtlich besetzte Kuratorium⁸ „fördert die Entwicklung durch Vorschläge, Empfehlungen und Gutachten auf diesem Gebiet und trägt zur Koordinierung und Kooperation der außerschulischen Jugendbildung bei“ (§ 15 Abs. 1 LKJHG). Die Modalitäten und exakten Bedingungen der Förderung werden in den „Richtlinien des Kultusministeriums zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung“ festgelegt. Diese Verwaltungsvorschrift ist im Jahr 2003 in Kraft getreten und dient den Regierungspräsidien als Grundlage, die als ausführende Stellen die Bedarfsermittlungen durchführen und die Auszahlungen der Landesgelder umsetzen.

4.2 Organisationen und Akteursgruppen

Die Landschaft der Organisationen bzw. Akteursgruppen der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg erscheint, wie oben bereits angedeutet, auf den ersten Blick und für Außenstehende als bunt, vielfältig, aber auch unübersichtlich. Aus einer Perspektive, die versucht, die Kinder- und Jugendarbeit gewissermaßen von oben – also von der Landesebene her – zu erschließen, eröffnet sich eine Fülle von ministeriellen Zuständigkeiten, von Dachverbänden bzw. von Landesarbeitsgemeinschaften und von anderen kollektiven Akteuren der freien und öffentlichen Träger. Die Struktur der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg scheint sich – wie ein Puzzle – aus vielen Teilen zusammenzusetzen. Ein einführender Zugang zum Arbeitsfeld, der diese Strukturen in Gänze verdeutlicht und auf die einzelnen Teile verweist, ist bislang nicht vorhanden.

Fünf zentrale Organisationen bzw. Zusammenschlüsse der freien Träger in Baden-Württemberg, die wiederum eine Vielzahl von Dachorganisationen und eine Fülle von Arbeitsformen der Kinder- und Jugendarbeit vertreten, sind im Juli 2007 mit dem „Bündnis für die Jugend“ eine Vereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg – vertreten durch den Ministerpräsidenten – eingegangen.

8 Das Landeskuratorium für außerschulische Jugendbildung besteht aus Mitgliedern, die als Vertreter bzw. Vertreterinnen eine Reihe von landesweit tätigen Organisationen repräsentieren oder als „in der außerschulischen Jugendbildung erfahrene Persönlichkeiten“ ausgewiesen sind. Während für diese „erfahrenen Personen“ drei Plätze vorgesehen sind, entsendet der Landesjugendring sechs Mitglieder. Je zwei Mitglieder stehen dem Landesjugendamt, der AGJF und der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit zu. Weiterhin sind laut JBG Vertreter der folgenden Organisationen mit je einem Sitz im Kuratorium vertreten: Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände, Ring politischer Jugend, Jugendbildungsstätten, Landeszentrale für politische Bildung, Mädchenarbeit, Landesverband der Musikschulen, Volksmusikverband, Landesmusikrat, Landesverband der Jugendkunstschulen, Aktion Jugendschutz, Jugendstiftung Baden-Württemberg, Gemeindetag Baden-Württemberg, Landkreistag Baden-Württemberg, Städtetag Baden-Württemberg und Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Jugendreferenten. Im dritten Absatz des § 15 JBG heißt es zu dem Zustandekommen bzw. zur Besetzung dieses Kuratoriums weiterhin: „Die Kultusministerin oder der Kultusminister beruft die Vertreter der Organisationen und ihre Vertreter auf deren Vorschlag, die übrigen Vertreter im Benehmen mit den zuständigen Ministerien, für die Dauer von zwei Jahren. Die Mitglieder des Landeskuratoriums können nach Anhörung des Vorschlagsberechtigten aus wichtigem Grund abberufen werden“.

Das Bündnis für die Jugend wurde unterzeichnet von

- der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg (LAGO),
- dem Landesjugendring Baden-Württemberg (LJR),
- der Baden-Württembergischen Sportjugend (BWSJ),
- der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg (LKJ) sowie
- der Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg (AGL).

Diese zentralen landesweiten Zusammenschlüsse sollen nachfolgend dargestellt werden.⁹

Um die Interessen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit besser in die landesweite Jugendpolitik einzubringen zu können und um die Vielfalt der Trägerzusammenschlüsse zu bündeln, haben sich die landesweit tätigen Organisationen aus dem Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu einer Landesarbeitsgemeinschaft, zur *„Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg – LAGO“* zusammengeschlossen. Vorrangiges Ziel dieses Zusammenschlusses ist es dementsprechend, die Offene Kinder- und Jugendarbeit im Land Baden-Württemberg zu fördern und fachlich weiterzuentwickeln. Die LAGO sieht sich als „politischer Arm“ der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Land, während die „Arbeitsgemeinschaft der Jugendfreizeitstätten“ (AGJF), die eine Mitgliedsorganisation der LAGO ist, sich eher als „fachlich-inhaltlicher Arm“ versteht. Neben der AGJF gehören weitere fünf Landesorganisationen der LAGO an. Dies sind der „Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze e.V.“, der „Verein Internationale Begegnung in Gemeinschaftsdiensten“, die „Landesarbeitsgemeinschaft Spielmobile Baden-Württemberg e.V.“, das „Paritätische Jugendwerk Baden-Württemberg e.V.“ sowie die „Landesarbeitsgemeinschaft Kinderinteressen Baden-Württemberg e.V.“

Der *Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. (LJR)* ist ein Zusammenschluss verschiedener Jugendverbände zu einer Arbeitsgemeinschaft auf Landesebene und wurde bereits 1952 gegründet. Der Landesjugendring, der seine Entsprechung in allen anderen Bundesländern hat und auf Bundesebene dem „Deutschen Bundesjugendring – DBJR“ angehört, fördert die gemeinsamen Interessen seiner zurzeit 25 Mitgliedsorganisationen. Auf der Internetseite des Landesjugendrings ist zu den Organisationen, die er vertritt, weiterhin zu lesen: „Unter der AG Anschlussverbände sind weitere Organisationen vereinigt, die die Voraussetzungen für eine volle Mitgliedschaft nicht erfüllen. Über die regionalen Arbeitsgemeinschaften der kommunalen Jugendringe sind dem LJR ca. 110 Stadt- und Kreisjugendringe angeschlossen.“

9 Vgl. dazu die Informationen der Organisationen im Internet und die Kurzvorstellungen in dem Übersichtspapier der Arbeitsgemeinschaften der Kommunalen Jugendarbeit (vgl. Strukturen der Jugendhilfe 2007).

Die *Baden-Württembergische Sportjugend (BWSJ)* ist die Jugendorganisation des Sportbereichs in Baden-Württemberg und ebenfalls anerkannter Träger der freien Jugendhilfe sowie der außerschulischen Jugendbildung. Sie wird gebildet durch die Jugendorganisationen der drei regionalen Sportbünde (Badische Sportjugend-Nord, Badische Sportjugend Freiburg und Württembergische Sportjugend) und vertritt nach eigenen Angaben die Interessen von über 1,5 Millionen jungen Menschen bis 27 Jahre in mehr als 11.280 Vereinen in ganz Baden-Württemberg. Die Sportjugend gibt an, dass sie die mitgliederstärkste Jugendorganisation im Land ist.

Die *Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg (LKJ)* ist ein Zusammenschluss von 23 landesweit agierenden Organisationen, Arbeitsgemeinschaften und Initiativen der kulturellen Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen, der seit dem Jahr 1980 existiert. Die Landesvereinigung versteht sich als Dachverband und Interessenvertretung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung im Gesamtfeld der Jugendhilfe und gegenüber Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg.

Die *Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg (AGL)* ist ein Zusammenschluss von insgesamt neun Mitgliedsverbänden, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie als Zielgruppe die Jugend auf dem Land definiert. Zu der Arbeitsgemeinschaft gehören: die Landjugend Württemberg-Baden, der Bund Badischer Landjugend (BBL), der Bund der Landjugend Württemberg-Hohenzollern (BdL), die Evangelische Jugend auf dem Lande (ejl) in Baden, die Evangelische Jugend auf dem Lande (ejl) in Württemberg, die Junggärtner in Baden-Württemberg, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Junggärtner – Landesgruppe Baden (ADJ), die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) Freiburg sowie die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) Rottenburg-Stuttgart.

Im „Bündnis für die Jugend“ werden die Grundlagen der Jugendarbeit dargestellt und deren gesellschaftlicher Wert gewürdigt sowie darüber hinaus Entwicklungsbereiche beschrieben, die als gemeinsame Zukunftsaufgaben angesehen werden.¹⁰ In der Präambel der Vereinbarung sind unter anderem das „oberste Ziel“ der verbandlichen, offenen und kulturellen Kinder- und Jugendarbeit im Land und deren Arbeitsschwerpunkte beschrieben (vgl. Abb. 1).

10 Das „Bündnis für die Jugend“ garantiert die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit durch den Landesjugendplan mit derzeit rd. 12,3 Mio. Euro bis zum Jahr 2011 – ohne Kürzungen, Haushaltssperren oder globalen Minderausgaben – und sorgt auf diese Weise für eine gewisse Planungssicherheit für die geförderten Organisationen.

Abb. 1: Auszug aus der Präambel der Vereinbarung für ein Bündnis für die Jugend in Baden-Württemberg (2007)

Oberstes Ziel der verbandlichen, offenen und kulturellen Kinder- und Jugendarbeit im Land ist es, junge Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu erziehen. Ausgehend von ihren eigenen Interessen werden sie zu Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung befähigt und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung sowie zu sozialem und kulturellem Engagement angeregt. Kinder- und Jugendarbeit geschieht insofern immer auch vor dem Hintergrund demokratischer Werte und dem Wertehintergrund des jeweiligen Trägers.

Neben der außerschulischen Jugendbildung stehen die Kinder- und Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit, die arbeitswelt-, schul-, und familienbezogene Kinder- und Jugendarbeit, die internationale Kinder- und Jugendarbeit, die Landjugendarbeit, die Kinder und Jugenderholung sowie die Jugendberatung im Mittelpunkt der Arbeit der Träger der Kinder- und Jugendarbeit. Mit ihrer Erziehungs- und Bildungsarbeit leisten sie darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zum erzieherischen Kinder- und Jugendschutz.

Quelle: Vereinbarung für ein Bündnis für die Jugend vom 26.07.07

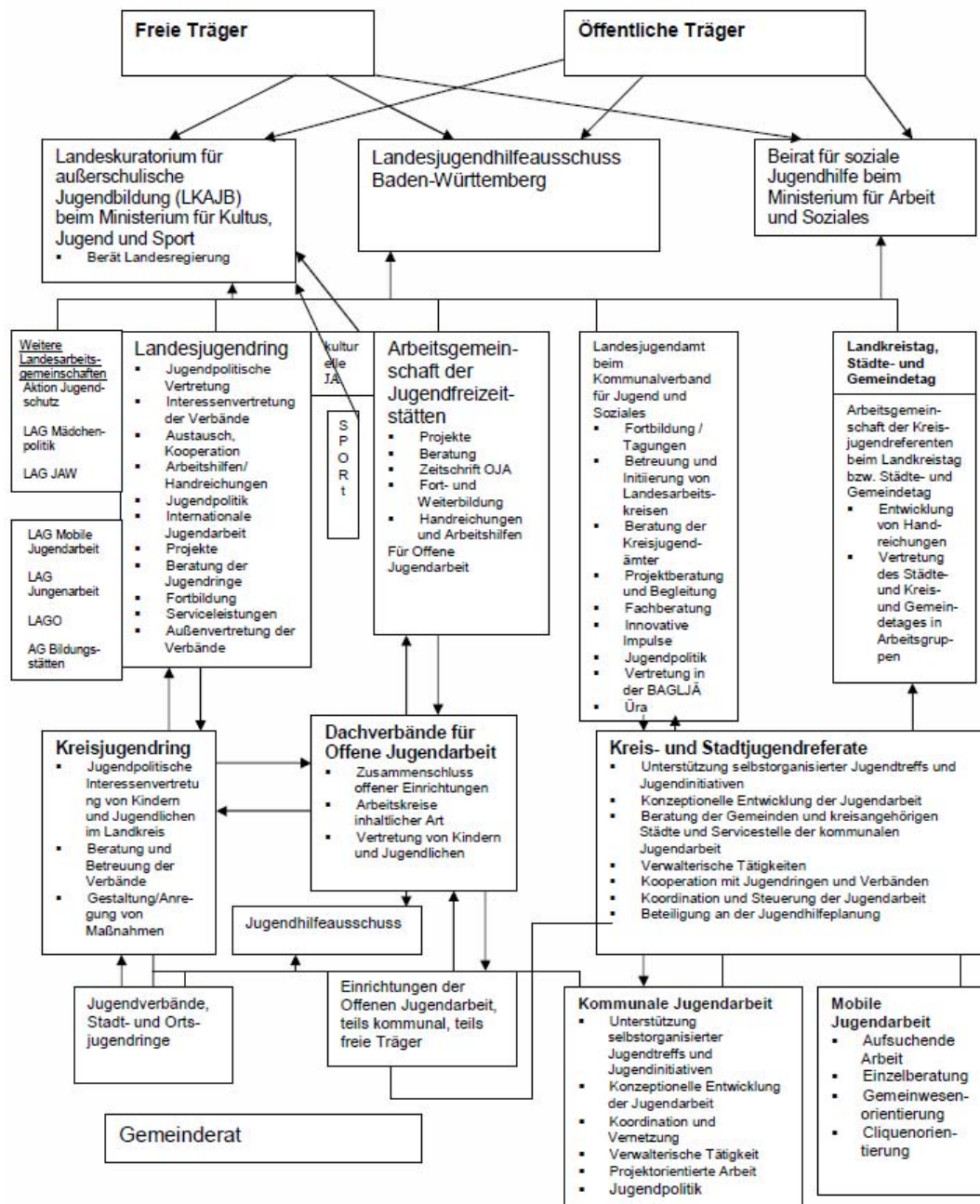
Die oben sehr knapp vorgestellten, an dem Bündnis für die Jugend beteiligten, kollektiven Akteure gehören zu der Gruppe der freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit im Lande. Daneben spielen auf der Landesebene jedoch weitere Arbeitsgemeinschaften bzw. Zusammenschlüsse und Gremien eine entscheidende Rolle, die dem Raum der öffentlichen Träger zuzurechnen sind. Neben dem Landkreistag und dem Städte- und Gemeindebund, neben dem Landesjugendhilfeausschuss und dem Landeskuratorium für außerschulische Jugendbildung (LKAJB) ist in diesem Zusammenhang auch das Landesjugendamt als weiterer zentraler Akteur zu nennen.

Das *Landesjugendamt Baden-Württemberg* ist beim Kommunalverband für Jugend und Soziales angesiedelt und somit in kommunaler Trägerschaft. Das Landesjugendamt ist ein überörtlicher Träger und dann zuständig, wenn die örtlichen Jugendämter nicht mehr zuständig sind. Die hauptsächlichen Aufgaben im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit lassen sich in den folgenden sechs Punkten zusammenfassen. Das Landesjugendamt ist dafür zuständig: 1. die öffentlichen Träger zu beraten – hierzu gehören auch regionale Fortbildungen; 2. Empfehlungen zur Jugendarbeit zu entwickeln; 3. die Förderung der Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe zu stärken; 4. neue Impulse durch Veranstaltungen zu setzen; 5. Modellvorhaben anzuregen und zu fördern und 6. Fortbildungen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Jugendhilfe durchzuführen (vgl. Strukturen der Jugendarbeit 2007, S. 8).

Für Außenstehende erscheinen der Aufbau der „Jugendarbeitslandschaft“ in Baden-Württemberg sowie die Zusammenschlüsse und das Zusammenspiel der unterschiedlichen Akteursgruppen im Land als eher verschachtelt und als sich daher nicht auf den ersten Blick

zu erschließendes Gebilde. Soweit bekannt, existiert nur ein Versuch, die Landschaft in Gänze abzubilden und die vielfältigen Verbindungen zwischen den Akteursgruppen und relevanten Gremien aufzuzeigen (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Strukturskizze zu den Akteursgruppen und Gremien der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg



Quelle: Kommunale Jugendarbeit in Baden-Württemberg (2007)

Diese Strukturskizze, die von den Arbeitsgemeinschaften der Kreis- und Stadtjugendreferent und -referentinnen im Landkreistag sowie im Städte- und Gemeindetag erstellt wurde,

ist als Abbildung 2 übernommen worden. Sie verdeutlicht die Komplexität der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg, die sowohl horizontal (nach Arbeitsfeldern und Trägergruppen) als auch vertikal (entsprechend dem föderalen Aufbau) gegliedert ist. So hilfreich diese Skizze für einen ersten Zugriff auch ist, so erscheint sie dennoch an einigen Stellen korrekturbedürftig.¹¹

4.3 Finanzierungsgrundlagen

Wie oben bereits beschrieben wurde, sorgt der Bund im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zwar für die Rahmengesetzgebung, er ist allerdings nur für einen relativ geringen Teil der Gesamtfinanzierung zuständig. In dem aktuellen Kinder- und Jugendplan des Bundes sind insgesamt 141 Mio. Euro vorgesehen, wobei für das Aufgabenfeld „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund“ mit einem Anteil von 37% der größte Betrag eingeplant ist. Der Anteil der Bundesfinanzierung an den öffentlichen Mitteln für die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe liegt bei 3,5%. Während die Landesjugendämter und die obersten Landesjugendbehörden 35,5% der öffentlichen Ausgaben tragen, liegt der Anteil der Jugendämter und kreisangehörigen Gemeinden bei 61%.¹² Wird der Fokus auf den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit verengt, dann ändert sich an dieser eben geschilderten Reihenfolge der Finanzierungsebenen des föderalen Aufbaus nichts, allerdings fallen die entsprechenden Anteile der Ebenen durchaus anders aus.

Die Hauptlast der Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit liegt eindeutig auf der Gemeindeebene. Dies lässt sich anschaulich zeigen, wenn der Finanzierungsaufwand in den Bundesländern betrachtet wird. Grundlage dieser Analyse sind die Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für soziale Sicherung und für Gesundheit, Sport, Erholung, die aktuell für das Jahr 2005 vorliegen. Werden die finanziellen Aufwendungen (hier als Finanzierungssaldo)¹³ der deutschen Flächenländer für die Kinder- und Jugendarbeit (Maßnahmen und Einrichtungen) hinsichtlich der Finanzgeber Land und Gemeinden differen-

11 Dies zeigt sich etwa an folgenden Punkten:

- Die Stellungen einiger Dachverbände, die am Bündnis für die Jugend beteiligt sind, wie etwa die „Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg – LAGO“ als Dachverband für die offene Arbeit, die „Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg – LKJ“ und die Position der Sportverbände scheinen nicht adäquat wiedergegeben.
- Die Skizze ist nicht vollständig. So fehlen etwa die Landjugendverbände oder einige Landesverbände, die sich mit der LAGO zusammengeschlossen haben.
- Die Bedeutung der verbindenden Pfeile scheint mehrdeutig und ist nicht durchgängig verständlich.

12 Diese Informationen sind den Internetseiten des Infosystems Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland (unter www.kinder-jugendhilfe.info/wai1/.....) bzw. dem Bundeshaushaltsplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Titelgruppe 01) entnommen.

13 Das „Finanzierungssaldo“ ergibt sich aus der Differenz zwischen den „Nettoaussgaben“ und den „Unmittelbaren Einnahmen“, die das Statistische Bundesamt in seiner Fachserie 14 Reihe 3.5 ausweist.

ziert betrachtet, dann ergibt sich ein deutliches Übergewicht der Ausgaben auf der Gemeindeebene (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Aufteilung der Ausgaben (=Finanzierungssaldo)¹ für die Kinder- und Jugendarbeit zwischen Landes- und Gemeindeebene für Baden-Württemberg und Deutschland im Vergleich (2005; absolut und in %)

Art der Ausgaben	Ebene	Baden-Württemberg		Deutschland (Flächenstaaten)	
		€(in Mio.)	%-Anteil	€(in Mio.)	%-Anteil
Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	Landesebene	15	51,7	75	23,4
	Gemeindeebene	14	46,3	245	76,6
Einrichtungen der Jugendarbeit u. Jugendverbandsarbeit	Landesebene	3	3,3	99	11,9
	Gemeindeebene	88	96,7	730	88,1
Gesamt ¹	Landesebene	18	15,0	174	15,1
	Gemeindeebene	102	85,0	975	84,9

¹ Da in dieser Tabelle die aufgerundeten Einzeldaten, die – wie in der Ursprungstabelle des Stat. BA – in Mio. € angegeben wurden, die Grundlagen sowohl für die Berechnung der Prozent-Anteile als ebenfalls für die Summenbildung abgeben, treten Rundungsdifferenzen auf. Die Daten des Stat. BA sehen ein Finanzierungssaldo für Baden-Württemberg und für beide Ebenen von insgesamt 118 Mio. vor. Die Summen für Deutschland insgesamt stimmen überein.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2008); eigene Darstellung

Bei dieser Rechnung werden ausschließlich die öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit berücksichtigt, soweit die Finanzgeber in den jeweiligen Bundesländern zu verorten sind.¹⁴ Die Flächenländer tragen an den öffentlichen Ausgaben für die Kinder-

¹⁴ Die Betrachtung der öffentlichen Ausgaben – und nur diese werden durch die amtlichen Statistiken abgebildet – deckt sicherlich den Großteil der Ausgaben der Kinder- und Jugendarbeit ab. Neben den öffentlichen Haushalten sind noch weitere Finanzierungsquellen zu nennen (vgl. etwa Bissinger u.a. 2002, S. 32ff.), zu deren Bedeutung allerdings nur wenig gesagt werden kann, da hierzu nur äußerst selten empirische Daten produziert werden. Als positives Beispiel lässt sich hier die so genannte „Strukturdatenerhebung zur Offene Kinder- und Jugendarbeit“ (OKJA) in Nordrhein-Westfalen nennen. Mit dieser landesweiten Erhebung zu einem Arbeitsbereich der Kinder- und Jugendarbeit, die mittlerweile zum 4. Mal durchgeführt wird, werden Daten zu den Themenkomplexen Finanzierung, Angebote, Personal und Teilnehmer/innen abgefragt (vgl. u.a. Liebig 2005). Auf der Grundlage dieser Erhebung wurde hochgerechnet, dass in Nordrhein-Westfalen – im Jahr 2004 – insgesamt 202 Mio. Euro allein für die Offene Kinder- und Jugendarbeit ausgegeben wurden (bezogen auf die in den Rechnungsergebnissen ausgewiesenen Bruttoausgaben der Gemeinden und des Landes sowie auf die Eigenmittel der freien Träger). Davon sind ca. 30 Mio. als Eigenmittel der freien Träger zu klassifizieren, was einem Anteil von etwa 15% an den Gesamtausgaben entspricht (vgl. Liebig 2006). Als Eigenmittel der freien Träger wurden bei dieser Erhebung alle Geldströme verstanden, die der OKJA in freier Trägerschaft zufließen und letztlich nicht aus dem öffentlichen Haushalt der Kommune/des Kreises stammen. Dabei kann es sich etwa um Mitgliedsbeiträge eines Vereins, um Spenden, Stiftungsgelder oder um Kirchensteuermittel, aber auch etwa um Zuwendungen aus dem Jugendplan des Bundes handeln – sofern diese finanziellen Mittel für die OKJA eingesetzt worden sind.

und Jugendarbeit einen Anteil von 15,1% (174 Mio. Euro), während für die Gemeindeebene ein Kontingent von 84,9% (975 Mio. Euro) ausgewiesen wird. In Baden-Württemberg stellt sich das Verhältnis zwischen diesen beiden Ebenen in gleicher Art und Weise dar – das Land stellt 15% der Förderbeträge für die Kinder- und Jugendarbeit. Allerdings lässt eine differenzierte Analyse erkennen, dass sich Baden-Württemberg hinsichtlich der Aufteilung der Ausgaben von den anderen Flächenländern in erheblichem Maße unterscheidet.¹⁵

4.4 Der Landesjugendplan als Förderinstrument

Das Land Baden-Württemberg fördert mit dem Landesjugendplan (LJP) die außerschulische Jugendbildung im Bundesland durch die Gewährung von Zuschüssen, die jeweils aufgrund entsprechender Richtlinien bewilligt werden. Diese Förderung erfolgt im Rahmen der vom Staatshaushaltsplan bereitgestellten finanziellen Mittel und auf der Grundlage des Jugendbildungsgesetzes (JBG), des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für Baden-Württemberg (LKJHG) sowie der Landeshaushaltsordnung. Im Landesjugendplan, der die Förderpositionen des Staatshaushaltes bzw. unterschiedlicher Ministerien zur außerschulischen Jugendbildung zusammenfassend abbildet, werden somit die Leistungen des Landes Baden-Württemberg im Bereich der Jugendbildung und Jugendhilfe beschrieben und zahlenmäßig belegt. Mit dem LJP erfüllt die Landesregierung eine Steuerungsfunktion, die damit deutlich machen soll, welche Aufgaben der Jugendhilfe sie als vordringlich zu behandeln betrachtet.¹⁶

Für das laufende Jahr 2009 sieht der LJP ein Gesamtvolumen von 155,6 Mio. Euro vor.¹⁷ Nachrichtlich sind ebenfalls Leistungen in der Höhe von 184 Mio. Euro zugunsten von Kindern und Jugendlichen, auf die ein Rechtsanspruch besteht, im LJP aufgeführt. Letzteres betrifft Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, Zuschüsse für Schulen an anerkannten Heimen für Minderjährige und Berufsbildungswerke. Auf der Grundlage der Vereinbarung für ein Bündnis für die Jugend sind über den Landesjugendplan knapp über

15 An dieser Stelle erscheint es als nicht wichtig, diese Differenzen aufzuklären. Es kann also nicht deutlich gemacht werden, ob die Unterschiede eher buchungstechnisch herzuleiten sind oder ihre Ursache in besonderen Förderstrategien des Landes und/oder der Jugendämter haben.

16 Dementsprechend ist im § 10, Abs. 1 (LKJHG) formuliert: „Die Landesregierung berichtet mit der Vorlage des Landesjugendplans, welche Aufgaben der Jugendhilfe sie als vordringlich betrachtet.“ Zuschüsse aus dem LJP können so genannte „Träger der außerschulischen Jugendbildung“ erhalten. Dieser Begriff wird durch § 75 SGB VIII in Verbindung mit den §§ 2, 4 und 12 des Jugendbildungsgesetzes bestimmt. Es können aber auch öffentlich-rechtliche Körperschaften sowie nach Maßgabe des Staatshaushaltsplans „sonstige Träger“ gefördert werden.

17 Ohne im Detail angeben zu können, inwieweit die Zahlen tatsächlich vergleichbar sind – vor 15 Jahren wurde im Landesjugendplan Baden-Württemberg für das Jahr 1996 bereits eine Fördersumme von 156,6 Euro (bzw. 306,3 Mio. DM) ausgewiesen (vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung 1995, S. 34).

12 Mio. Euro bis zum Jahr 2011 für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit festgeschrieben.¹⁸ Die Verteilung auf die verschiedenen Fördersegmente der Kinder- und Jugendarbeit und auf die beteiligten Ministerien wird in Kap. 6.4 im Detail und in ihrer Entwicklung dargestellt.

In der Mitteilung der Landesregierung an den Landtag zum 42. Landesjugendplan für das Haushaltsjahr 2009 werden die zentralen Ziele für die Jugendarbeit und die Jugendbildung aufgeführt, die mit dem aktuellen LJP umgesetzt werden sollen. Als übergreifendes Ziel wird die stärkere Einbeziehung der Jugend in die Entwicklungen von Gesellschaft und Politik genannt. „Wie die Jugendforschung deutlich macht, gilt bei der jungen Generation der Sicherung der Zukunftschancen, d.h. dem Weg in Beruf und Arbeit, das allergrößte Interesse. Die jugendpolitischen Ansätze der Landesregierung gehen vor diesem Hintergrund von einem breit gefächerten Themenspektrum aus. Einem sozialräumlichen und lebensweltorientierten Ansatz folgend werden Jugendarbeit und Schule enger miteinander verknüpft. Es gilt, im Rahmen eines umfassenden Bildungskonzeptes die Rahmenbedingungen für die Entfaltung persönlicher Kompetenzen bei den Jugendlichen weiter zu verbessern, Förderprogramme zu entwickeln und festzuschreiben sowie die Information und die regionale Vernetzung aller verantwortlichen Institutionen sicherzustellen. Im Brennpunkt der gemeinsamen Bemühungen steht insbesondere die Schnittstelle von Schule – Wirtschaft – Jugendarbeit“ (Landtag von Baden-Württemberg 2008, S. 4).

Tab. 2: Verteilung der vorgesehenen LJP-Fördersummen¹ auf die Ministerien in Baden-Württemberg (2009)

Landesministerium	Vorgesehene Fördersumme im LJP 2009 ¹
Ministerium für Arbeit und Soziales	124.612.000 €
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	28.606.900 €
Ministerium Ländlicher Raum	1.202.000 €
Umweltministerium	800.000 €
Innenministerium	292.686 €
Summe	155.513.586 €

¹ Die Beträge sind einer Drucksache des Landtags entnommen. Die Daten der Zusammenstellung in dem Vorblatt zum Staatshaushaltsplan für 2009 weichen in geringem Maße davon ab (vgl. Finanzministerium Baden-Württemberg o.J., S. 130ff.).

Quelle: Landtag von Baden-Württemberg (2008); eigene Darstellung

18 Mittlerweile existiert aktuell eine weitere Vereinbarung mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport hinsichtlich der Verwendung der so genannten „Ausgabenreste“. Solche nicht ausgegebenen Restmittel eines Haushaltsjahres entstehen, wenn beispielsweise Maßnahmen im Jahr ihrer Bewilligung nicht oder nur zum Teil abgerufen werden. In der Vergangenheit flossen diese Ausgabenreste wieder in die Landeskassen zurück. Zurzeit stellen diese Mittel gewissermaßen eine Erhöhung der Fördersumme im nachfolgenden Jahr dar.

Im LJP werden Förderpositionen von insgesamt fünf Landesministerien zusammengefasst.¹⁹ Dies sind neben dem Ministerium für Arbeit und Soziales und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – die mit Abstand die höchsten Fördersummen beisteuern – auch das Ministerium Ländlicher Raum sowie das Umwelt- und das Innenministerium. Wie sich die vorgesehenen Mittel für das Jahr 2009 auf diese Ministerien verteilen, ist der folgenden Tabelle zu entnehmen (vgl. Tab. 2).

Diese auf die einzelnen Ministerien verteilten vorgesehenen Ausgaben, die im 42. Landesjugendplan für das Jahr 2009 enthalten sind, beziehen sich auf Einzelposten, die nicht nur den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit betreffen. Die für die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit wichtigsten Landesministerien sind in der folgenden Tabelle ebenso aufgeführt wie die Förderbereiche, die für die Jugendarbeit bzw. die Jugendbildung in dem aktuellen Landesjugendplan aufgeführt sind (vgl. Tab. 3).

Tab. 3: Die Förderbereiche des Landesjugendplans in Baden-Württemberg für die Kinder- und Jugendarbeit (nach Ministeriumszuständigkeiten aufgeteilt)

Landesministerium	Beispielhafte Förderbereiche der Kinder- und Jugendarbeit
Ministerium für Arbeit und Soziales	<i>Jugendarbeit</i> (Förderung von/des ...) Zentralen Aufgaben der Jugendorganisationen, Rings politischer Jugend, Jugenderholungsmaßnahmen, Bildungsarbeit, Integrationsprojekten
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	<i>Jugendbildung</i> (Förderung u.a. von ...) Bildungsreferenten, Jugendbildungsakademien, Jugendbildungsmaßnahmen, Jugendmusikalische Bildungsstätten u. Projekte, Jugendkunstschulen
Ministerium Ländlicher Raum	Landjugend, Waldpädagogik, Naturschutzbildung
Innenministerium	Integration von Spätaussiedlern/Ausländern, Kriminalitätsprävention
Umweltministerium	Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)

Quelle: Landtag von Baden-Württemberg (2008); eigene Darstellung

Im Jahr 2005 hat eine Zuständigkeitsverlagerung der beiden für die Kinder- und Jugendarbeit wichtigsten Ministerien stattgefunden. Im Zuge dieser Neuverteilung sind unter anderem die Zuständigkeiten für die Jugenderholung, die Jugendverbandsförderung und die Förderung des Rings der politischen Jugend auf das Ministerium für Arbeit und Soziales

19 „Die Abwicklungen des Landesjugendplans erfolgen über verschiedene Stellen. Teilweise werden die Mittel über die 4 Regierungspräsidien Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen vom Ministerium bewilligt, andere Gelder werden durch den Landesjugendring abgewickelt“ (Strukturen der Jugendarbeit 2007, S. 7).

übergegangen. Hintergrund dieser Regelungen war – nach Informationen des Ministerium für Arbeit und Soziales – der Gedanke, dass diejenigen Aufgaben, bei denen von einer engen Verknüpfung zwischen Schule und Jugendbildung auszugehen ist, im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport verbleiben sollen, während alle anderen Aufgaben im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit im Ministerium für Arbeit und Soziales gebündelt werden, um damit letztlich eine Verknüpfung der Aufgabenkomplexe Jugendpolitik, Jugendhilfe und Jugendschutz sicherzustellen.

5 Sozialstruktur Baden-Württembergs

Eine Expertise, die sich mit der aktuellen Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in einem großen Flächenstaat wie Baden-Württemberg beschäftigt, kommt nicht umhin, sich mit der Sozialstruktur dieses Landes auseinanderzusetzen, will sie wenigstens in Ansätzen den regionalen Besonderheiten und den Unterschieden zwischen den Regionen gerecht werden.

Es ist an dieser Stelle jedoch nicht vorgesehen und in dem vorgegebenen Rahmen auch gar nicht möglich, eine umfassende Analyse der Sozialstruktur Baden-Württembergs vorzulegen. Mindestens zu berücksichtigen wären bei einer Auswertung sozialstruktureller Grunddaten, Angaben zur Demografie, zu den sozioökonomischen Lebenslagen, zur schulischen und beruflichen Qualifikation junger Menschen, zur Ausbildungs- und Beschäftigungssituation im Allgemeinen sowie zu der von Jugendlichen und Heranwachsenden im Besonderen, aber möglicherweise auch zum Ausmaß der sozialen Teilhabe, zur sozialen Integration und zu den abweichenden Verhaltensweisen junger Menschen.

In dieser Breite kann und soll dies nachfolgend nicht geleistet werden. Im Mittelpunkt stehen werden vielmehr ausgewählte Aspekte der Demografie Baden-Württembergs sowie der sozioökonomischen Lebenslagen junger Menschen und ihrer Familien. Besonders beachtet werden diesbezüglich demografische Entwicklungen (vgl. Kap. 5.1), Armutsrisiken insbesondere von jungen Menschen im Kontext sozioökonomischer Lebenslagen der Menschen im Südwesten Deutschlands (vgl. Kap. 5.2) sowie religiöse Orientierungen der hier lebenden Bevölkerung (vgl. Kap. 5.3). In einem vierten Teil werden zusammenfassend aus diesen Befunden zur Sozialstruktur Baden-Württembergs resultierende Fragen und Herausforderungen für die Kinder- und Jugendarbeit formuliert (vgl. Kap. 5.4).

5.1 *Demografische Entwicklungen*

5.1.1 Bevölkerungswachstum

Mit knapp 11 Mio. Einwohnern gehört Baden-Württemberg zu den größten Bundesländern der Bundesrepublik. Nur in Bayern und Nordrhein-Westfalen leben mit mehr als 12 Mio. bzw. ca. 18 Mio. Einwohnern mehr Menschen (vgl. Destatis/Gesis-ZUMA/WZB 2008, S. 11f.). Zudem ist es das mit am dichtesten besiedelte Bundesland mit im Durchschnitt etwa 301 Einwohnern pro Quadratkilometer (vgl. auch Güll 2009). Allerdings schwankt dieser Wert je nach Region beträchtlich. So sind erwartungsgemäß die industriellen Ballungsräume – Region Stuttgart, Mittlerer Oberrhein, Unterer Neckar – mit Abstand am dichtesten besiedelt. Hingegen leben die wenigsten Menschen pro Quadratkilometer in den Regionen Heilbronn-Franken, Bodensee-Oberschwaben sowie Donau-Iller.

Die Einwohnerdichte schwankt je nach Region zwischen 730 Einwohnern pro Quadratkilometer in der Region Stuttgart und 170 in der Region Donau-Iller (vgl. lpb 2008, S. 27f.).

Entsprechend der Bevölkerungsgröße ist Baden-Württemberg auch das Bundesland mit der drittgrößten Anzahl junger Menschen, die als potenzielle Adressaten der Kinder- und Jugendarbeit in Frage kommen. Laut Angaben des Statistischen Landesamtes (www.statistik.baden-wuerttemberg.de) lag Ende 2008 die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen zwischen 6 und 27 Jahren bei ca. 2,5 Mio. sowie der 12- bis unter 22-Jährigen bei rund 1,2 Mio. Das entspricht einem Anteil von 12% bzw. 24% der in Baden-Württemberg lebenden Menschen.

Baden-Württemberg ist das Bundesland mit dem größten Bevölkerungswachstum seit den 1950er-Jahren. Zwischen Anfang der 50er-Jahre und 2007 hat die Zahl der Einwohner im Südwesten Deutschlands um weit über 60% auf die schon benannten knapp 11 Mio. zugenommen (vgl. Tab. 8). Zum Vergleich: In Hessen oder Bayern ist die Bevölkerung um ca. 40%, in Nordrhein-Westfalen um etwas mehr als 30% gewachsen (vgl. StaLa 2009a, S. 15). Und entgegen dem Trend in anderen Bundesländern ist Baden-Württemberg ein Bundesland, indem bis zuletzt noch eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen war, wenngleich zwischen Anfang 2007 und Anfang 2008 um weniger als 1%. Lediglich für Bayern und Hessen ist noch ein ähnlicher Trend zu beobachten (vgl. StaLa 2009b, S. 28).

5.1.2 Wanderungsbewegungen

Diese positive Bevölkerungsentwicklung ist vor allem auf die für Baden-Württemberg günstigen Wanderungsbewegungen, also eine deutlich höhere Zu- als Abwanderung zurückzuführen. Seit Anfang der 1950er-Jahre ist dabei die Einwohnerzahl durch die Flüchtlings- und Vertriebenenströme nach dem „Zweiten Weltkrieg“, Gastarbeiterzuwanderung aus dem Ausland, Binnenwanderung aus anderen Bundesländern, einigungsbedingte Zuwanderung aus Ostdeutschland oder auch Bürgerkriegsflüchtlinge um etwa 3 Millionen gestiegen (vgl. StaLa 2009a, S. 16f.). Allerdings ist dies kein konstanter Trend, sondern vielmehr bezieht sich diese Entwicklung vor allem auf die 1950er-, 1960er- und den Anfang der 1970er-Jahre sowie die 1990er-Jahre nach der Vereinigung von West- und Ostdeutschland.

Zuletzt sind die Zuwanderungszahlen jedoch deutlich zurückgegangen. So liegt der positive Saldo der Wanderungsbilanz mit rund 12.000 Personen im Jahre 2007 deutlich unter dem 10-Jahres-Mittel von 29.000 Personen pro Jahr (vgl. StaLa 2009b, S. 28f.; vgl. Tab. 4). Dabei profitiert Baden-Württemberg vor allem noch von der Zuwanderung aus anderen Bundesländern (Nettozuwanderung: 9.900), und zwar insbesondere den ostdeutschen, während die Wanderungsbilanz gegenüber dem Ausland mit einem Plus von nicht ganz 2.400 mittlerweile deutlich geringer ausfällt als in der Vergangenheit. Hierzu gehört bei-

spielsweise auch, dass mittlerweile erheblich mehr Deutsche aus Baden-Württemberg ins Ausland gehen, und zwar insbesondere in die Schweiz und die USA, als umgekehrt vom Ausland nach Baden-Württemberg ziehen.

Tab. 4: Wanderungen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2007 (nur Wanderungsbewegungen über die Kreisgrenzen)

Regierungs-bezirk	Region	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo
Stuttgart	Region Stuttgart	117.629	115.587	2.042
	Region Heilbronn-Franken	34.920	34.668	252
	Region Ostwürttemberg	11.576	12.883	-1.307
Karlsruhe	Region Mittlerer Oberrhein	49.792	44.988	4.804
	Region Rhein-Neckar	58.004	54.495	3.509
	Region Nordschwarzwald	24.902	26.035	-1.133
Freiburg	Region Südlicher Oberrhein	48.761	45.792	2.969
	Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	14.921	15.746	-825
	Region Hochrhein-Bodensee	27.793	26.253	1.540
Tübingen	Region Neckar-Alb	26.392	27.266	-874
	Region Donau-Iller	21.882	21.390	492
	Region Bodensee-Oberschwaben	27.213	26.290	923
Baden-Württemberg insgesamt		463.785	451.393	12.392

Quelle: StaLa 2009c

In den Regionen Baden-Württembergs fällt diese Wanderungsbilanz unterschiedlich und keineswegs durchweg positiv aus. Die höchsten Nettozuwanderungen sind demnach 2007 mit einem Plus von knapp 3.000 Personen und mehr für die Regionen Mittlerer Oberrhein, Rhein-Neckar sowie südlicher Oberrhein zu verzeichnen. Die größten Wanderungsverluste werden für Ostwürttemberg und den Nordschwarzwald ausgewiesen (vgl. Tab. 4).

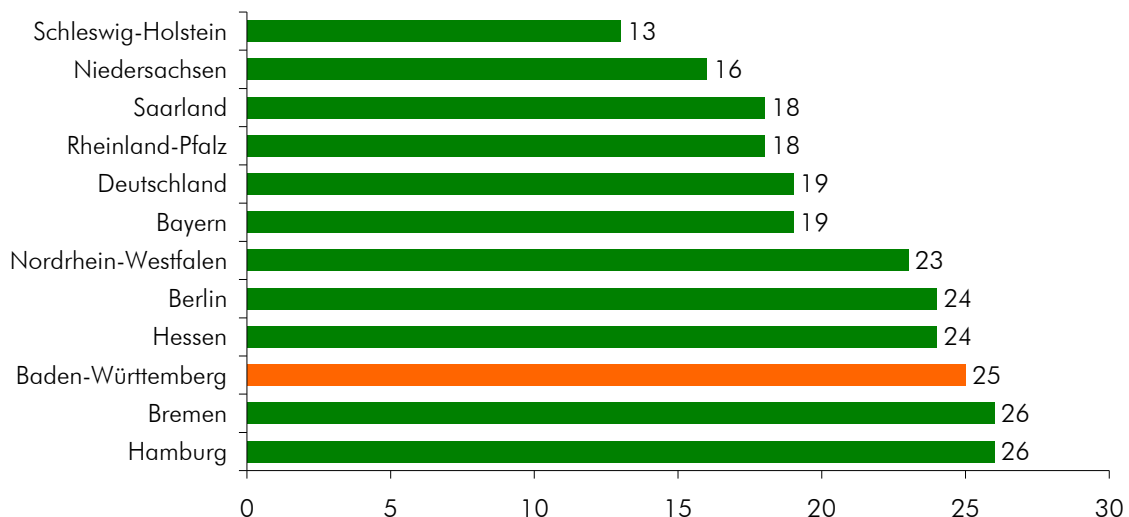
5.1.3 Migration

Bis in die jüngste Zeit hinein konnte in Deutschland das Ausmaß der Zuwanderung statistisch lediglich auf der Basis der Staatsangehörigkeit erfasst werden. Dies erwies sich spätestens mit der massenhaften Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern in den 1990er-Jahren sowie der im Zuge der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts zum 01.01.2000 optional erweiterten Staatsangehörigkeit u.a. von hier geborenen Kindern als unzureichend. Das tatsächliche Ausmaß der unmittelbaren oder mittelbaren Zuwanderungsgeschichte war mit Hilfe der Abfrage der Staatsangehörigkeit nicht mehr zuverlässig feststellbar. Infolgedessen wurde im Anschluss an diverse Studien im Rahmen der kontinuierlichen Mikrozensus-Erhebungen des Statistischen Bundesamtes anstelle des Staatsangehörigkeitsprinzips 2005 erstmals ein Zuwanderungskonzept zugrunde gelegt. Nicht die staatsrechtlich relevante Frage der Nationalität, sondern die soziokulturell wesentlich ergiebigere Frage der Zuwanderung – der eigenen oder der der Eltern – wird damit in den Mittelpunkt der Betrachtung

gerückt. Auf diese Weise stehen für Deutschland im Allgemeinen sowie für Baden-Württemberg im Besonderen sehr viel differenziertere Informationen über das tatsächliche Ausmaß der unterschiedlichen Formen der Migration und der Zuwanderungsgeschichte zur Verfügung.

Der Anteil der Personen mit einem Migrationshintergrund²⁰ an der Gesamtbevölkerung ist in Baden-Württemberg so hoch wie in keinem anderen Bundesland (vgl. Abb. 3). Bundesweit leben etwa 15 Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund in Deutschland. Das entspricht, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, einem Anteil von ca. 19%. Für Baden-Württemberg liegt diese Quote bei rund 25% und ist damit der höchste Wert aller Flächenländer. Zum Vergleich: Für Bayern wird diesbezüglich ein Wert von 19%, für Nordrhein-Westfalen von 23% sowie für Niedersachsen und Schleswig-Holstein sogar nur von 13% bzw. 16% ausgewiesen (vgl. StaLa 2008c, S. 2f.).

Abb. 3: Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern (2007; Anteile in %)



Quelle: StaLa 2008c, S. 2

In den Regionen Baden-Württembergs variiert diese Quote zwischen unter 20% in den Regionen Südlicher Oberrhein sowie Bodensee-Oberschwaben und über 30% in der Region Stuttgart (vgl. Tab. 5). In der Landeshauptstadt Stuttgart (hier nicht gesondert ausgewiesen) wird sogar ein Wert von 37% erreicht.

20 Zu den Personen mit Migrationshintergrund zählen neben den zugewanderten und in Deutschland geborenen Ausländern auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, z.B. Spätaussiedler, eingebürgerte Personen sowie deren Kinder (vgl. ausführlicher z.B. Hin 2008).

Tab. 5: Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg nach Regionen (2007; Anteile in Prozent an der Gesamtbevölkerung)

Region	Region Stuttgart	Region Neckar-Alb	Region Nord-schwarzw.	Region Rhein-Neckar	Region Ost-württemberg	Region Schwarzw.-Baar-Heub.
Anteil	31	28	27	26	24	24
Region	Region Mittlerer Oberrhein	Region Heilbronn-Franken	Region Hochrhein-Bodensee	Region Donau-Iller	Region Südlicher Oberrhein	Region Bodensee-Oberschw.
Anteil	24	23	23	21	19	19

Quelle: StaLa 2008c, S. 4

Der für Baden-Württemberg ausgewiesene Migrationsanteil von 25% an der Gesamtbevölkerung fällt für die jüngeren Altersgruppen noch deutlich höher aus. So liegt der entsprechende Wert für die unter 25-Jährigen – und damit für die Zielgruppe der Kinder- und Jugendarbeit – in Baden-Württemberg bei 33%, während es bundesweit nur 27% sind. Jeder dritte junge Mensch im Alter von unter 25 Jahren zählt somit nach Angaben des Mikrozensus 2007 im Südwesten Deutschlands zu der Personengruppe mit einer Zuwanderungsgeschichte (vgl. Ministerium für Arbeit und Soziales 2008a, S. 3).

Für Baden-Württemberg zeigen sich, analog zu den anderen Bundesländern, bildungsbezogene, vor allem schulische Differenzen zwischen jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. So weist das Statistische Landesamt Baden-Württemberg aus, dass 6% der jungen Menschen zwischen 25 und 35 Jahren mit einem Migrationshintergrund keinen Schulabschluss haben. Für die gleiche Altersgruppe ohne Migrationshintergrund liegt dieser Anteil bei lediglich 1%. Über 40% der jungen Menschen mit Migrationshintergrund dieses Alters haben einen Hauptschulabschluss. Damit ist diese Schulform im Vergleich zu den anderen Schularten der zahlenmäßig wichtigste Ort für Kinder mit einem nicht-deutschen kulturellen Hintergrund. Demgegenüber liegt der entsprechende Anteil bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund bei knapp über 20%, ist also nur etwa halb so groß (vgl. StaLa 2009d). Entsprechend niedriger ist der Anteil der Personen des genannten Alters und einem Migrationshintergrund mit einem Realschulabschluss sowie einer Fachhochschulreife bzw. dem Abitur (vgl. Tab. 6).

Alles in allem heißt das, dass die Hauptschule für die deutschen Schülerinnen und Schüler unübersehbar zu einem Minderheitenmodell geworden ist. Stattdessen hat sich die Hauptschule – nicht nur in Baden-Württemberg – vor allem zu einem Sammelbecken für Kinder mit ganz unterschiedlichen Migrationskulturen entwickelt. Eine differenzierte Betrachtung der Migranten nach deren Herkunft zeigt diesbezüglich, dass die Bildungsbeteiligung nach der Staatsangehörigkeit variiert. So besucht die Mehrheit der türkischen, italienischen oder auch der serbischen Kinder und Jugendlichen die Hauptschule. Je nach Staatsangehörigkeit lag dieser Anteil für die Türken – im Übrigen die größte Migrationsgruppe in Baden-

Württemberg – im Schuljahr 2007/2008 bei 57% sowie für die Italiener und die Serben bei knapp 55%. Hingegen bestreiten Jugendliche aus Griechenland oder auch Kroatien zu einem überwiegenden Teil – allerdings in immer noch geringerem Maße als die deutschen Jugendlichen – ihre Schullaufbahn in Realschulen und Gymnasien. Deren Anteil an Hauptschulen liegt bei 40% bzw. 36% (vgl. Ministerium für Arbeit und Soziales 2008a, S. 10f.).

Tab. 6: Schulisches Bildungsniveau der 25- bis unter 35-Jährigen nach Migrationshintergrund in Baden-Württemberg (2007; Anteile in Prozent bezogen auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe)

Personen ...	Ohne Abschluss	Hauptschulabschluss	Realschulabschluss	Abitur bzw. FH-Reife ¹
ohne Migrationshintergrund	1	21	34	44
mit Migrationshintergrund	6	41	25	28

1 Abitur bzw. Fachhochschulreife

Quelle: StaLa 2009d

Jenseits dieser Unterschiede mit Blick auf die Herkunft vor allem der Jugendlichen bleibt festzuhalten: Während fast die Hälfte der jungen Menschen mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 25 und 35 Jahren bestenfalls über einen Hauptschulabschluss verfügen, liegt diese Quote bei den deutschstämmigen jungen Menschen nur bei knapp über 20%.

Dass diese schulische Ausgangslage auch nicht folgenlos bleiben kann für die beruflichen Chancen der jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, liegt auf der Hand. So gibt das Statistische Landesamt (2009) bekannt, dass – mit Stand 2007 – ein Drittel der jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg zwischen 25 und 35 Jahren keinen beruflichen Abschluss erworben hat. Für Personen in diesem Alter ohne Migrationshintergrund trifft dies lediglich für 8% zu. Nach Auskunft des Statistischen Landesamtes (2009) hat dies weiter zur Folge, dass Menschen im Südwesten Deutschlands mit einem Migrationshintergrund nicht nur seltener erwerbstätig sein können, sondern – wenn sie einer Beschäftigung nachgehen – in der Regel auch mit einem geringeren Einkommen auskommen müssen.

An diesen Befunden und den damit verbundenen Größenordnungen wird rasch erkennbar, welche grundlegende Bedeutung in diesem Zusammenhang Fragen der Bildung und der gezielten Förderung aller Kinder von Anfang an zukommt. Die soziokulturellen Hintergründe, verstärkt und überlagert durch schichtspezifische Komponenten sowie den konkreten Lebenslagen vor Ort, etwa dem Grad der sozialen Integration, bilden ein Soziotop, das in entscheidender Weise die Zukunft der Heranwachsenden vorherbestimmt, sofern durch Förderung nicht gezielt gegengesteuert wird. Dabei kann auch der Kinder- und Ju-

gendarbeit eine zentrale Stellung zukommen, ist es doch vielfach sie, die jungen Menschen jenseits der Schule Wege der sozialen Integration ermöglicht.

In der Summe der einzelnen Befunde zeigt sich damit, trotz bundesweit sinkender Zuwanderungszahlen, eine wachsende Bedeutung des Themas Migration als Sozialstatus im Kindes- und Jugendalter nicht zuletzt im Migrationsbundesland Nr. 1 Baden-Württemberg (gemessen an den Flächenländern). Nach wie vor handelt es sich dabei, vor allem in Kombination mit dem Sozialstatus der Familien, um eine zentrale Variable mit Blick auf die Verteilung von Risiken und Chancen des Aufwachsens. Das ist nicht zuletzt eine Herausforderung für die Kinder- und Jugendarbeit.

5.1.4 Geburtenrückgang

Zwei Drittel des Bevölkerungswachstums Baden-Württembergs in den letzten knapp 60 Jahren sind über das alles in allem positive Wanderungssaldo zu erklären. Das letzte Drittel hingegen resultiert aus dem Überschuss von Geburten gegenüber den Sterbefällen, ist also auf so genannte „natürliche Bevölkerungsbewegungen“ zurückzuführen (vgl. StaLa 2009a, S. 16f.). Zwischen 1950 und 2008 hat die amtliche Statistik lediglich 1978, 1983 sowie zuletzt in den Jahren 2006 bis 2008 ein Geburtendefizit verzeichnet. In den übrigen Jahren gab es in Baden-Württemberg stets mehr Lebendgeborene als Verstorbene – und zwar mit einem Plus zu Gunsten der Lebendgeborenen von bis zu 80.000 in den 60er- sowie immerhin noch von bis zu 20.000 in den 90er-Jahren. Von diesen Ergebnissen ist man in den 2000er-Jahren weit entfernt. Bis 2005 ist noch ein Geburtenüberschuss zu konstatieren, für die Jahre 2006 bis 2008 jedoch sind in Baden-Württemberg mehr Menschen gestorben als geboren, zuletzt 2008 rund 4.500 ([>> Natürliche Bevölkerungsbewegung v. 11.08.09](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/BevoelkGebiet/Landesdaten)).

Aus dem Rückgang des Geburtenüberschusses deutet sich jedoch bereits der seit den 60er-Jahren für Baden-Württemberg, aber auch insgesamt für das frühere Bundesgebiet zu beobachtende Geburtenrückgang an (vgl. Tab. 7). Lag die durchschnittliche Kinderzahl Mitte der 60er-Jahre noch bei 2,5 Kindern pro Frau, so liegt diese heute zwischen 1,3 und 1,5 Kindern, zuletzt für das Jahr 2008 bei 1,37 Kindern.²¹ In diesem Korridor liegt die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau seit etwa 30 Jahren, mit der Konsequenz, dass der Geburtenrückgang der 70er-Jahre mit dazu beiträgt, dass die Geburtenzahlen auch gegenwärtig weiter zurückgehen. Denn: „Nicht geborene Töchter können keine Mütter werden“ (StaLa 2009a, S. 23). Hinzu kommt, dass der Anteil der kinderlosen Familien genauso zunimmt wie der Anteil der Familien mit 3 und mehr Kindern abgenommen hat.

21 Laut Mitteilung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg variiert diese Quote je nach Land- bzw. Stadtkreis zwischen unter 1,2 in den Städten Stuttgart, Freiburg oder auch Heidelberg sowie über 1,6 im Landkreis Tuttlingen.

Maßgeblich mitverantwortlich für den Altersaufbau der Bevölkerung ist die Geburtenrate. Mit 1,37 Kindern pro Frau liegt die Geburtenziffer 2007 und 2008 weit unter dem Wert von 2,1, der erforderlich wäre, um den Bevölkerungsstand ohne Zuwanderung zu halten.

Tab. 7: Zahl der Familien nach Anzahl der Kinder in Baden-Württemberg (1972 und 2007; Angaben in 1.000)

Jahr	Ohne Kinder	Mit 1 Kind	Mit 2 Kindern	Mit 3 Kindern
1972	19	20	29	31
2007	25	23	36	16

Quelle: StaLa 2009a, S. 25

Dieser Wert wird von keinem Kreis in Baden-Württemberg erreicht. Die höchsten Geburtenziffern erreichen 2008 die Landkreise Tuttlingen, Alb-Donau-Kreis, Rottweil oder auch der Hohenlohekreis mit Werten über 1,5. Die niedrigsten Werte werden für die Universitätsstädte Heidelberg (1,07) und Freiburg (1,16) ausgewiesen (vgl. StaLa 2009a, S. 25f.; www.statistik.baden-wuerttemberg.de > Pressemitteilung v. 02.09.09).

5.1.5 Altersaufbau

Die erhebliche Zuwanderung nach Baden-Württemberg ist auch mit dafür verantwortlich, dass die Bevölkerung Baden-Württembergs im Schnitt jünger ist als in anderen Bundesländern. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die zugewanderten Personen im Schnitt etwa 10 Jahre jünger waren als die bereits in Baden-Württemberg lebenden Personen. Mit der Zuwanderung gehen also immer wieder „Verjüngungseffekte“ im Bevölkerungsaufbau einher, mit der Konsequenz, dass das Durchschnittsalter in Baden-Württemberg mit 42 Jahren so gering ist wie in keinem anderen Bundesland. Zum Vergleich: Für Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz liegt es bei annähernd 43 Jahren, für die ostdeutschen Bundesländer sogar bei 44 Jahren und mehr (vgl. StaLa 2009b, S. 28).

Dies ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass das Durchschnittsalter in Baden-Württemberg seit 1950 von einst etwas mehr als 34 Jahren inzwischen bis 2007 auf die besagten 42 Jahre gestiegen ist. Dies geht für den genannten Zeitraum mit einem Rückgang des Anteils der unter 20-Jährigen um 10 Prozentpunkte von 31% auf 21% einher, bei einem gleichzeitigen Anstieg der Quote der über 60-Jährigen von 14% auf 24% (vgl. Tab. 8).

Der Rückgang des Anteils der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung – und ihre Zusammensetzung – gibt bereits Hinweise auf die zahlenmäßigen Veränderungen der Zielgruppe der jungen Menschen für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg.

Tab. 8: Entwicklung der Bevölkerungszahl und des Altersaufbaus in Baden-Württemberg (1950-2007)

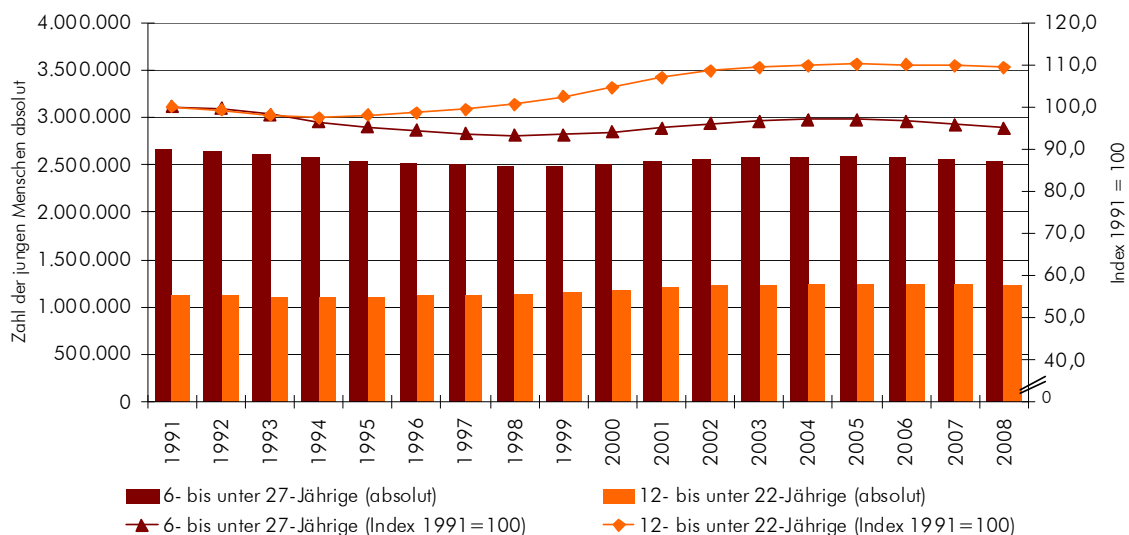
Jahr	Bevölkerung insgesamt (in Mio.)	davon: im Alter von unter 20 Jahren (%)	davon: im Alter von 20 bis unter 60 Jahren (%)	davon: im Alter von 60 Jahren und älter (%)	Durchschnittsalter
1950	6,5	31	55	14	34,3
2000	10,5	22	55	23	40,2
2005	10,7	21	55	24	41,4
2007	10,8	21	55	24	42,0

Quelle: StaLa 2009a, S. 43

Betrachtet man sich diesbezüglich, für den Zeitraum seit Inkrafttreten des SGB VIII, genauer die Zahl der 6- bis unter 27-Jährigen bzw. der 12- bis unter 22-Jährigen als die Kernaltersgruppe der Kinder- und Jugendarbeit, so zeigt sich (vgl. Abb. 4),

- dass die Zahl der 6- bis unter 27-Jährigen Ende 2008 mit rund 2,5 Mio. rund 5% unter dem Ergebnis für das Jahr 1991 mit knapp 2,7 Mio. liegt,
- dass die Bevölkerungsgruppe der 12- bis unter 22-Jährigen hingegen zwischen 1991 und 2008 von rund 1,1 Mio. auf etwas mehr als 1,2 Mio. und damit immerhin um etwa 10% zugelegt hat.

Abb. 4: Entwicklung der 6- bis unter 27-Jährigen und der 12- bis unter 22-Jährigen in Baden-Württemberg (1991-2008)



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Dieser Blick zurück ist notwendig, um mögliche Auswirkungen der zu erwartenden demografischen Veränderungen für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg analysieren zu können. Angesichts der zu erwartenden Rückgänge sowohl für die Altersgruppe der 6- bis unter 27-Jährigen als auch für die 12- bis unter 22-Jährigen bis zum Jahre 2020 in Höhe von 13% bzw. 17% (vgl. Kap. 14) kann man zu dem Schluss kommen, dass es hierbei um eine einfache Rechnung geht: Weniger Kinder, Jugendliche und junge Volljäh-

rige bedeuten auch einen geringeren Bedarf an Kinder- und Jugendarbeit. Der Blick auf die für die 6- bis unter 27-Jährigen vergleichsweise konstanten sowie für die 12- bis unter 22-Jährigen sogar leicht ansteigenden Bevölkerungszahlen für die 1990er- und die 2000er-Jahre zeigt, dass diese Rechnung aber auch in der Vergangenheit schon nicht der Realität entsprochen hat. Denn: Vor allem bis zum Ende der 90er-Jahre sind die Ressourcen für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg expandiert, um dann zuletzt mehr oder weniger deutlich zurückzugehen (vgl. Kap. 6).²² Es wurde also bislang kein Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und Ressourcenausstattung hergestellt.

5.2 *Wirtschaftskraft, Wohlstand und Armut*

5.2.1 Hinweise zur Wirtschaftskraft und zum Wohlstand

Baden-Württemberg steht gemessen an seiner Wirtschaftskraft nicht nur auf Platz 3 der 16 Bundesländer hinter Nordrhein-Westfalen und Bayern, sondern gehört diesbezüglich mit zu den stärksten Regionen in Europa. Das für 2007 gemessene Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt mit 126 Kaufkraftstandards²³ im internationalen Vergleich im oberen Drittel. Lediglich Luxemburg, Irland, die Niederlande und Österreich weisen innerhalb der EU-27 bessere Ergebnisse für 2007 aus (vgl. StaLa 2008a, S. 32ff.).

Dieses vergleichsweise günstige wirtschaftliche Ergebnis schlägt sich auch in der Lebenssituation der Menschen im Lande nieder. So ist die Einkommenslage der Baden-Württemberger insgesamt betrachtet besser denn je (vgl. Güll 2009, S. 42). Für das Jahr 2006 belief sich das jährliche Pro-Kopf-Einkommen auf durchschnittlich knapp 20.000 EUR. Kein anderes Flächenland in der Bundesrepublik weist diesbezüglich einen höheren Wert aus.²⁴ Entsprechend hoch ist auch die Kaufkraft im Land. In 36 der 44 Kreise in Baden-Würt-

22 Warum dies so ist und welche Faktoren und Schwierigkeiten es bei der Berechnung zukünftiger Bevölkerungsentwicklungen einerseits und von ihnen abzuleitender Konsequenzen für eine Infrastruktur zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg andererseits zu berücksichtigen gilt, wird an anderer Stelle zu erörtern sein (vgl. Kap. 14). Dabei zeigt sich, dass es um weit mehr als eine möglichst korrekte Berechnung des Zusammengreifens von Bevölkerungsentwicklung und einem Bedarf an Kinder- und Jugendarbeit geht. Letztendlich kann es nur um die sozialpolitische Interpretation dieser Rechenleistung in Kombination mit anderen bedarfsbeeinflussenden Faktoren gehen.

23 Kaufkraftstandards sind eine künstliche Währung und dienen als Indikator für internationale Vergleiche zur Messung der Wirtschaftskraft einer Region. Grundlage ist das jeweilige Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. Für die Ermittlung des Indexwertes wird das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner einer Region ins Verhältnis zum entsprechenden Wert für die EU-27 (Indexwert = 100) gesetzt (vgl. StaLa 2008a, S. 32ff.).

24 Dieses Ergebnis bestätigen auch Auswertungen des SOEP für das Jahr 2007. Demnach liegt das Pro-Kopf-Einkommen für Baden-Württemberg 2007 rund 100 EUR über dem Bundesdurchschnitt (vgl. Schäfer-Walkmann u.a. 2009, S. 35ff.). Die Einkommen werden im Rahmen der Erhebungen des SOEP jährlich erfasst (vgl. zum Einkommenskonzept sowie zum Standardisierungsverfahren auch Destatis/Gesis-ZUMA/WZB 2008, S. 163).

temberg liegt die so genannte „Kaufkraftziffer“²⁵ 2006 über 100 und erreicht für Böblingen sogar den Wert von 122 (vgl. KVJS 2008, S. 158f.). Das Sparvermögen der Menschen im Südwesten war zudem in 2006 mit 26 Mrd. EUR so hoch wie nie zuvor. In keinem anderen Bundesland ist die so genannte Sparquote – der Anteil des Ersparten am verfügbaren Einkommen – im Übrigen höher als in Baden-Württemberg (vgl. StaLa 2008a, S. 58). Insgesamt ist somit Baden-Württemberg, das ist unübersehbar, ein ausgesprochen wohlhabendes Land mit einer hohen Wirtschaftskraft.

Hiermit einher geht eine auch im europäischen Vergleich ausgesprochen günstige Arbeitsmarktsituation. Knapp 74% aller 15- bis unter 65-Jährigen sind Erwerbstätige. In der Bundesrepublik insgesamt liegt dieser Wert bei rund 69%. Höhere Anteile werden lediglich für Schweden, die Niederlande, Dänemark und die Schweiz ausgewiesen. Entsprechend ist auch die Erwerbslosenquote im europäischen Vergleich mit 4,9% unterdurchschnittlich. Zum Vergleich: Für die Bundesrepublik liegt dieser Wert bei 8,3%, für die EU-27 bei 7,1%. Bedenklich stimmt in diesem Zusammenhang allerdings die für Baden-Württemberg – wie für andere Regionen – erhöhte Jugenderwerbslosenquote von 6,7%. Gleichwohl liegt auch dieser Wert nicht nur weit unter dem Bundesdurchschnitt von 11,9%, sondern gehört auch mit zu den niedrigsten in Europa (vgl. StaLa 2008a, S. 60ff).

5.2.2 Armutslagen

Baden-Württemberg ist mithin ein vergleichsweise reiches Bundesland sowie eine verhältnismäßig wohlhabende Region in Europa. Allerdings verdecken derartige Resultate die zweifelsohne auch vorhandenen ökonomischen Ungleichheiten und die damit verbundenen Armutslagen, auch wenn diese weniger verbreitet sein mögen als in anderen Bundesländern bzw. im Bundesschnitt. Nach Auswertungen des SOEP 2007 kann demnach davon ausgegangen werden, dass – je nachdem, ob man den Median der Einkommen für die Bundesrepublik insgesamt oder für Baden-Württemberg zugrunde legt – knapp 10% bzw. nicht ganz 11% der Bevölkerung Baden-Württembergs von Einkommensarmut betroffen sind (vgl. Schäfer-Walkmann u.a. 2009, S. 38f.).²⁶ Dieses Ergebnis bestätigt bei Analysen im Rahmen der amtlichen Sozialberichterstattung auf der Basis des Mikrozensus 2007. Hierüber wird für Baden-Württemberg ebenfalls eine Armutsgefährdungsquote von 10%

25 Die Kaufkraftziffer ist zu unterscheiden vom Kaufkraftstandard (vgl. Fußnote 23). Die Kaufkraftziffer wird von der Gesellschaft für Konsumforschung ermittelt. Der in diesem Kontext gebildete Kaufkraftindex weist die regionale Kaufkraft im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt aus, der zugleich als Indexwert 100 zugrunde gelegt wird (vgl. KVJS 2008, S. 157).

26 Wenn hier und im Folgenden von Armut gesprochen wird, so ist damit zunächst einmal Einkommensarmut gemeint. Bei aller Notwendigkeit eines mehrdimensionalen Verständnisses von Armut im Sinne eines Mangels an Verwirklichungs- und Teilhabechancen ist sie nach wie vor der zentrale Indikator für Armutslagen. Das Statistische Amt der EU misst in diesem Zusammenhang eine so genannte „Armutsgefährdungsquote“ als einen Armutsindikator. Hierunter fallen diejenigen, die in einem Haushalt leben, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medians der Einkommen in der Bevölkerung beträgt (vgl. Eurostat 2008, S. 220; Destatis/Gesis-ZUMA/WZB, S. 165).

gemessen am Bundesmedian ausgewiesen. Für Westdeutschland liegt dieser Wert bei 13%. Zudem wird das Ergebnis Baden-Württembergs von keinem anderen Bundesland unterschritten (www.amtliche-sozialberichterstattung.de v. 11.08.09).²⁷ Schon diese Befunde zusammengenommen weisen darauf hin, dass Baden-Württemberg in puncto Wohlstand ebenso wie mit Blick auf die sichtbare Einkommensarmut auf den vordersten Plätzen in Deutschland liegt.

Dies entbindet jedoch nicht davon, sich die Gruppe der Armutsgefährdeten genauer anzusehen. Vom Ministerium für Arbeit und Soziales 2008 veröffentlichte, tiefer gehende Analysen auf der Basis des Mikrozensus kommen für Baden-Württemberg zu dem Ergebnis, dass insbesondere Alleinerziehende, kinderreiche Familien und ausländische Familien von Armutslagen bedroht sind (vgl. Ministerium für Arbeit und Soziales 2008, S. 10ff.). Im Einzelnen heißt das (vgl. Tab. 9):

- Mit Blick auf die Bundesrepublik insgesamt sind 11% aller Lebensformen in Baden-Württemberg angesichts ihrer Einkommenssituation von Armut zumindest bedroht.
- Speziell für Familien mit Kindern liegt dieser Wert zunächst nur bei 8%. Bei kinderreichen Familien erhöht sich dieser Wert allerdings auf 12%, und für ausländische Familien mit Kindern wird ein Wert von 18% ausgewiesen.
- Noch einmal höher fällt das Ergebnis für die Alleinerziehenden aus. Etwa 21% der alleinerziehenden Mütter leben in Baden-Württemberg unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Je nach Alter des Kindes kann sich dieser Wert auf bis zu 60% für den Fall erhöhen, wenn das jüngste Kind im Alleinerziehendenhaushalt noch keine drei Jahre alt ist.
- Generell ist das Armutsrisiko bei Familien mit jüngeren Kindern höher als bei Familien, bei denen das jüngste Kind bereits im schulpflichtigen Alter oder gar volljährig ist. Dieser Zusammenhang wird insbesondere bei Alleinerziehenden deutlich.

Es zeigt sich mithin, dass nicht der Familienstatus an sich armutsgefährdend ist, sondern die drei Dimensionen Kinderreichtum, Kleinstkinder sowie vor allem der Status einer alleinerziehenden Mutter dazu beitragen – insbesondere, wenn sie in Kombination auftreten –, dass ein weitaus höheres Armutsgefährdungsrisiko besteht.

27 Ohne dies hier ausführlicher darzustellen, ist darauf hinzuweisen, dass dementsprechend Baden-Württemberg zusammen mit Bayern mit unter 6% auch über die geringste Mindestsicherungsquote verfügt. Die Mindestsicherungsquote gibt die Empfänger/innen von Leistungen nach dem SGB II, Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, einer Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und von laufenden Leistungen der Kriegsopferfürsorge als Anteil an der Gesamtbevölkerung wieder. Für Westdeutschland ohne Berlin liegt dieser Wert bei knapp 9% (www.amtliche-sozialberichterstattung.de v. 11.08.09).

Tab. 9: Armutsgefährdung von Familien nach Alter des jüngsten Kindes in Baden-Württemberg (2007; in %)¹

Familienkonstellation	Unter 3 Jahren	3 bis unter 6 Jahre	6 bis unter 15 Jahre	15 bis unter 18 Jahre	18 Jahre und älter
Paarfamilien	14	11	10	9	6
Alleinerziehende ²	58	53	38	38	17

1 Anmerkung: Die Berechnungen orientieren sich am durchschnittlichen gewichteten Pro-Kopf-Einkommen von Baden-Württemberg. Der ausgewiesenen Armutsgefährdung liegt die 60%-Schwelle zugrunde. Datengrundlage sind die Ergebnisse des Mikrozensus 2007 (Bevölkerung am Wohnsitz der Lebensgemeinschaft).

2 Nur Mütter. Entsprechende Berechnungen zu den Vätern sind aufgrund zu kleiner Fallzahlen nicht möglich.

Quelle: Ministerium für Arbeit und Soziales 2008a, S. 11

Bereits darauf hingewiesen wurde, dass Einkommensarmut nur eine Dimension eines komplexen sozialen Phänomens ist. Gleichwohl sind mangelnde finanzielle Ressourcen ein entscheidender Faktor für fehlende Teilhabe- und Verwirklichungschancen in Lebensbereichen wie z.B. Bildung, Erziehung, Freizeit, Gesundheit oder Wohnen (vgl. Ministerium für Arbeit und Soziales 2008a, S. 7). Mit Blick auf heranwachsende junge Menschen im Kindes- oder Jugendalter, aber auch als junge Volljährige, heißt Armutsgefährdung aufgrund von fehlenden finanziellen Ressourcen, dass deren Entwicklungschancen mit Blick auf die

- körperliche Entwicklung und Gesundheit,
- kognitive Entwicklung sowie Bildungs- und Lernprozesse,
- soziale Entwicklung,
- kulturelle Entwicklung einschließlich der Gestaltung von Freizeit,
- Persönlichkeitsentwicklung

zumindest eingeschränkt werden können. Schäfer-Walkmann u.a. (2009) arbeiten diesen Zusammenhang in ihrer Studie zur Armut von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in Baden-Württemberg heraus. Hier heißt es: „Es gibt in Baden-Württemberg eine identifizierbare Gruppe an Kindern und Jugendlichen, die aufgrund ihrer lebensweltlichen Situation einen Mangel in ihren fundamentalen Entwicklungs- und Teilhabechancen aufweisen“ (ebd., S. 23).

5.2.3 Regionale Unterschiede

Die bisherigen Analysen haben gezeigt, dass auch in einem ökonomisch so erfolgreichen und wohlhabenden Land wie Baden-Württemberg ein Teil der Bevölkerung in Armut lebt – unter ihnen auch Kinder und Jugendliche. Entsprechende Belastungen der sozioökonomischen Lebenslagen sind allerdings in den Regionen des Landes ungleich verteilt²⁸,

28 Grundsätzlich lassen sich Armutslagen bzw. Lebenssituationen, die durch einen wirtschaftlichen Mangel gekennzeichnet sind, in zwei unterschiedlichen Dimensionen darstellen (vgl. www.destatis.de >> Informationsservice >> Unsere Angebote >> Elektronisches Themenblatt – Armut v. 11.08.09). Zum einen ist die Auswertung diverser Haushaltsbefragungen möglich, um etwas über die Einkommensarmut bzw. die Einkommensverteilung zu erfahren. Diese bislang in diesem Unterkapitel vorgenommene

wenngleich der Armutsatlas des Paritätischen diesbezüglich dem Land Baden-Württemberg eine Variationsbreite auf niedrigem Niveau attestiert.²⁹

Tab. 10: Sozialstrukturelle Gegebenheiten in den Land- und Stadtkreisen Baden-Württembergs (2006; Belastungsindex)

Lfd. Nummer	Kreis	Indexwert	Lfd. Nummer	Kreis	Indexwert
1	LK Biberach	-4,36	23	LK Emmendingen	-0,56
2	LK Tuttlingen	-3,17	24	LK Karlsruhe	-0,37
3	LK Freudenstadt	-3,12	25	LK Heidenheim	-0,19
4	LK Hohenlohe	-3,08	26	LK Reutlingen	-0,18
5	LK Rottweil	-2,81	27	LK Tübingen	-0,16
6	LK Alb-Donau-Kr.	-2,67	28	LK Ludwigsburg	0,05
7	LK Main-Tauber	-2,36	29	LK Rems-Murr-Kr.	0,17
8	LK Neck.-Od.-Kr.	-2,29	30	LK Böblingen	0,43
9	LK Calw	-2,04	31	LK Göppingen	0,44
10	LK Ortenaukreis	-1,80	32	LK Rhein-N.-Kr.	0,48
11	LK Enzkreis	-1,80	33	LK Esslingen	0,69
12	LK Waldshut	-1,80	34	LK Lörrach	1,10
13	LK Ravensburg	-1,74	35	LK Konstanz	1,22
14	LK Bodenseekreis	-1,74	36	Stadt Heidelberg	2,43
15	LK Br.-Hochschw.	-1,63	37	Stadt Baden-Baden	3,10
16	LK Sigmaringen	-1,63	38	Stadt Ulm	3,53
17	LK Schwäb. Hall	-1,49	39	Stadt Stuttgart	3,96
18	LK Zollernalbkreis	-1,10	40	Stadt Karlsruhe	4,48
19	LK Ostalbkreis	-1,07	41	Stadt Freiburg	4,68
20	LK Schw.-Baar-Kr.	-1,03	42	Stadt Heilbronn	4,98
21	LK Heilbronn	-0,67	43	Stadt Pforzheim	5,90
22	LK Rastatt	-0,67	44	Stadt Mannheim	7,90

Quelle: KVJS 2008, S. 175; eigene Zusammenstellung

In erster Linie zu unterscheiden sind für Baden-Württemberg die sozialstrukturellen Gegebenheiten der 9 Stadtkreise von den 35 Landkreisen (vgl. Tab. 10). Dies gilt insbesondere mit Blick auf die in den Städten größere Gruppe an Personen, die auf Leistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, deutet sich aber auch anhand der höheren Anzahl von Alleinerziehendenhaushalten in den Städten hin. Deutlich wird somit, „dass die Jugendämter in den Stadtkreisen mit ganz anderen objektiven Rahmenbedingungen des Aufwachsens junger Menschen und damit spe-

Herangehensweise gilt gemeinhin als das präzisere Vorgehen, hat aber den Nachteil, dass wegen der Datengrundlage regional differenziertere Auswertungen kaum möglich sind. Zum anderen ist es möglich, Aussagen zu Armutslagen über die Auswertung von Daten zur Inanspruchnahme von Leistungen sozialer Mindestsicherungssysteme zu treffen. Da hierüber auch kleinräumige Analysen möglich sind, wird an dieser Stelle auf eine entsprechende Datenzusammenstellung und Auswertung des KVJS (2008) zurückgegriffen. Zu danken ist an dieser Stelle Ulrich Bürger vom Kommunalverband für Jugend und Soziales.

29 Vgl. www.forschung.paritaet.org >> Armutsatlas >> Länderinformationen >> Baden-Württemberg v. 12.08.09.

zifischen Anforderungen an die Leistungserbringung der Kinder- und Jugendhilfe konfrontiert sind“ (KVJS 2008, S. 161).

Doch auch in den Landkreisen sind die Differenzen bezogen auf einzelne Indikatoren zur Erfassung von Belastungen der sozioökonomischen Lebenslagen mitunter beträchtlich. Für Ergebnisse des Jahres 2006 heißt dies beispielsweise laut KVJS (2008, S. 157ff.):

- Die Arbeitslosenquote variiert zwischen 4,6% im Landkreis Biberach und 8,7% im Landkreis Heidenheim.
- Die ALG II-Quote liegt zwischen einem Wert von unter 3% im Landkreis Biberach oder auch im Enzkreis bis zu Werten zwischen 5,5% und 5,6% im Landkreis Heidenheim sowie im Kreis Konstanz und Lörrach.
- Die Sozialgeldquote bewegt sich zwischen etwas mehr als 4% in Biberach und dem Enzkreis sowie über 10% in den Kreisen Heidenheim und Konstanz.³⁰

Es zeigt sich somit bereits anhand dieser ausgewählten Beispiele, dass die Jugendämter in Baden-Württemberg bei der Ausgestaltung örtlicher Strukturen und Leistungsangebote sowie der Schaffung positiver Bedingungen für das Aufwachsen junger Menschen keinesfalls von den gleichen objektiven sozialstrukturellen Rahmenbedingungen ausgehen können. Dies gilt im Endeffekt auch für die Kinder- und Jugendarbeit. Auch jenseits des zu erwartenden erheblichen Stadt-Land-Gefälles zeigen sich diesbezüglich auch innerhalb der Landkreise deutliche Unterschiede. Dies ist insofern für das örtliche Handeln der Jugendämter folgenreich, da die ausgewählten Indikatoren signalisieren, dass junge Menschen und ihre Familien in bestimmten Regionen höheren Ausgrenzungsrisiken ausgesetzt sind.

Zur Ermittlung dieser Ausgrenzungsrisiken ist seitens des KVJS (2008) aus Sozialstrukturindikatoren ein Belastungsindex für die Kommunen in Baden-Württemberg ermittelt worden. Ziel ist, den örtlich Handelnden in Sachen Kinder- und Jugendhilfe aufzuzeigen, inwiefern die von den kommunalen Jugendämtern nicht zu beeinflussenden sozioökonomischen Lebenslagen ungünstige Sozialisationsbedingungen befördern und Entwicklungschancen beeinträchtigen könnten. Dieser Index berücksichtigt folgende Dimensionen:³¹

- die Quote der ALG II-Empfänger im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, bezogen auf die altersgleiche Bevölkerung;
- die Quote der minderjährigen ALG II-Empfänger (15 bis unter 18 Jahren), bezogen auf die altersgleiche Bevölkerung;
- den Verdichtungswert nach dem Landesentwicklungsplan.

30 Deutliche regionale Unterschiede zeigen sich im Rahmen der Analysen des KVJS (2008) ferner für die minderjährigen ALG II-Bezieher sowie für die unter 18-jährigen Empfänger von Leistungen des SGB II insgesamt. Ferner werden weitere Unterschiede etwa deutlich mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit, die Alleinerziehendenhaushalte oder auch die Trennungs- und Scheidungskinder.

31 Vgl. hierzu ausführlicher KVJS (2008, S. 173ff.).

Diese drei Dimensionen werden gewichtet, standardisiert und zu einem Belastungsindex zusammengefasst. Ein Wert mit negativem Vorzeichen bedeutet eine größere Belastung. Ein positives Vorzeichen spiegelt vergleichsweise positive Rahmenbedingungen wider. Im Ergebnis zeigt sich zunächst einmal, dass die Ergebnisse zu den sozialstrukturellen Rahmenbedingungen der Stadtkreise mit denen der Landkreise nicht vergleichbar sind.

Die Belastungen der sozioökonomischen Lebenslagen scheinen angesichts der objektiven Indikatoren in den Stadtkreisen durchweg höher als in den Landkreisen zu sein; auch das muss bei den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit im Blick behalten werden. Gleichwohl zeigen sich auch hier erhebliche Unterschiede (vgl. Tab. 10).

5.3 Religionszugehörigkeiten

Die jüngsten verlässlichen Daten zur Religionszugehörigkeit der Menschen in Baden-Württemberg basieren auf den Ergebnissen der letzten Volkszählung aus dem Jahre 1987. Seither fehlt es im Rahmen der amtlichen Statistik an einer systematischen Erhebung von Daten, die einen umfassenden Überblick über die Zugehörigkeit der Bevölkerung zu einzelnen Religionsgemeinschaften ermöglicht (vgl. Eicken/Lindemann 2004). Vielmehr werden zur aktuellen Situation vom Statistischen Landesamt diesbezüglich lediglich Angaben der Evangelischen Landeskirchen sowie der Diözesen und der israelischen Religionsgemeinschaft veröffentlicht. Hingegen liegen Angaben beispielsweise zu den islamischen Religionsgemeinschaften nicht vor.³²

Angesichts dieser Datenlage werden im Folgenden einige empirische Hinweise zur derzeitigen Situation sowie zu den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte mit Blick auf die Religionszugehörigkeit zusammengetragen. Laut den Ergebnissen der Volkszählung des Jahres 1987 waren knapp 42% der Bevölkerung Baden-Württembergs evangelischen (inklusive evangelisch-freikirchlichen) Glaubens. Mit rund 45% lag der Anteil der Menschen mit einer römisch-katholischen Religionszugehörigkeit etwas höher. Knapp 3% gehörten einer islamischen Religionsgemeinschaft und weniger als 0,1% einer israelischen Religionsgemeinschaft an. Für rund 10% wurden diesbezüglich keine Angaben ausgewiesen.

Aktuelle Ergebnisse zur Religionszugehörigkeit auf der Basis einer amtlichen Statistik liegen derzeit im Rahmen der Bevölkerungsfortschreibung weder für die Bevölkerung Baden-Württembergs noch für die Bundesrepublik vor. Vielmehr stellen für Baden-Württemberg die Religionsgemeinschaften selber entsprechende Daten zur Verfügung, oder aber die Angaben basieren auf mehr oder weniger qualifizierten Schätzungen. Zusammenge-

32 Siehe: www.statistik.baden-wuerttemberg.de/BevoelkGebiet/Landesdaten >> Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit 1987 und kirchliche Verhältnisse 2007 v. 11.08.09.

fasst kann für die aktuelle Situation in Baden-Württemberg folgendes festgehalten werden (vgl. Abb. 5):³³

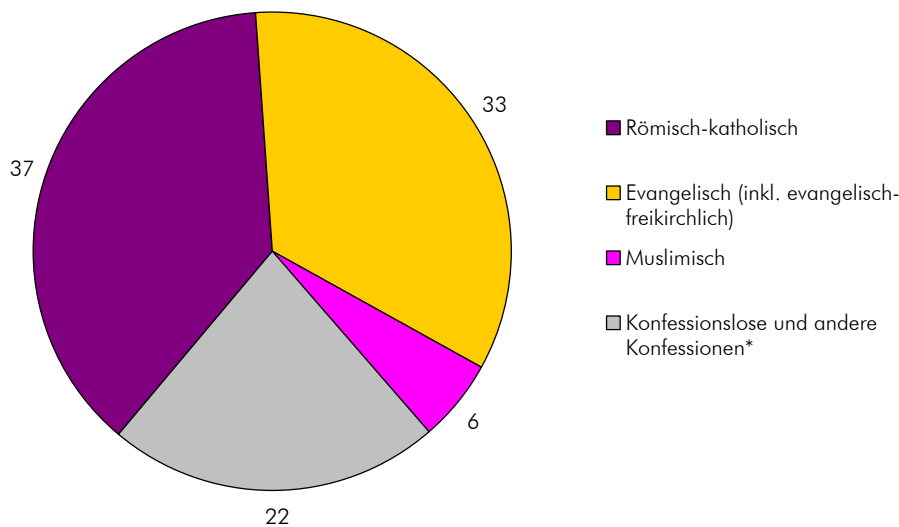
- Es ist davon auszugehen, dass nahezu drei Viertel der Menschen in Baden-Württemberg nach wie vor eine katholische oder evangelische Religionszugehörigkeit aufweisen. Dabei ist, ebenfalls unverändert, der Anteil der Menschen mit einer römisch-katholischen Religionszugehörigkeit etwas höher als der mit einer evangelischen. Sowohl 1987 als auch 2007 kommen auf 10 Personen evangelischer Konfession etwa 11 Personen, die der römisch-katholischen Kirche angehören.³⁴
- Etwa 600.000 Menschen dürften mittlerweile nach auf dem Landesportal Baden-Württembergs veröffentlichten Daten einer muslimischen Religionsgemeinschaft angehören. Das sind knapp 6% der in Baden-Württemberg lebenden Menschen. Auf eine etwas höhere Zahl, nämlich knapp 674.000, kommt man, wenn man den im Bericht zu den Muslimen in Deutschland ermittelten Eckdaten folgt.³⁵ Der Anteil der Muslime an der Bevölkerung erhöht sich damit nur unwesentlich auf dann etwas über 6%.
- Fast jeder Vierte bis Fünfte gehört in Baden-Württemberg keiner Konfession an bzw. ist Mitglied in einer bisher nicht genannten Religionsgemeinschaft. So wird nach Schätzungen davon ausgegangen, dass in Baden-Württemberg etwa 95.000 Menschen der neuapostolischen Kirche angehören. Ungefähr 28.000 gehören zu den Zeugen Jehovas, rund 25.000 sind buddhistisch sowie 15.000 hinduistisch. Etwa 8.000 bis 9.000 Personen sind Mitglied einer jüdischen Religionsgemeinschaft.

33 Die Angaben sind entnommen aus dem Informationsangebot des Statistischen Landesamtes (www.statistik.baden-wuerttemberg.de) sowie den über das Landesportal Baden-Württemberg verfügbaren Informationen ([>> Unser Land >> Kirchen und Konfessionen](http://www.baden-wuerttemberg.de) v. 11.08.09). Grundlage waren ferner die von der Landeszentrale für politische Bildung zusammengetragenen Informationen (vgl. lpb 2008, S. 112ff.).

34 Nicht näher eingegangen wird in diesem Kapitel auf die regionalen Unterschiede bezogen auf die Verteilung der Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit. Ganz grob lässt sich nach Angaben des Statistischen Landesamtes festhalten, dass in den Regionen um Stuttgart und Heilbronn mehrheitlich Menschen mit einer evangelischen Konfession leben. Besonders hohe Anteile von Katholiken finden sich hingegen in der Regel in den südlichen Landesteilen ([>> Unser Land >> Kirchen und Konfessionen](http://www.baden-wuerttemberg.de) v. 12.08.09).

35 In einer mittleren Variante kommt der genannte Bericht zu dem Ergebnis, dass in der Bundesrepublik 4,06 Mio. Muslime leben. Ferner wird ausgewiesen, dass 16,6% von ihnen in Baden-Württemberg zu finden sind. Dies entspricht wiederum einer Zahl von knapp 674.000 (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009, S. 80f. und 106).

Abb. 5: Religionszugehörigkeiten in Baden-Württemberg (Anteile in Prozent, bezogen auf die Bevölkerung insgesamt am 31.12.07; N = 10.749.755)



* U.a. ca. 95.000 Mitglieder der neuapostolischen Kirche, 28.000 Zeugen Jehovas, 25.000 Buddhisten, 15.000 Hindus.

Quelle: www.statistik.baden-wuerttemberg.de, www.baden-wuerttemberg.de >> Unser Land >> Kirchen und Konfessionen (jeweils v. 11.08.09); lpb 2008; eigene Zusammenstellung und Berechnung

Zwar liegen durch die amtliche Statistik keine Angaben zur Religionszugehörigkeit aller Einwohner in Baden-Württemberg vor, so dass man auf die Eigenangaben der Religionsgemeinschaften sowie Schätzungen zurückgreifen muss. Gleichwohl wird im Rahmen der Bevölkerungsstatistik bei den Lebendgeborenen die Religionszugehörigkeit der Mutter und des Vaters erfasst. Nimmt man einmal die Angaben zur Religionszugehörigkeit der Mutter, so bestätigen die zuletzt verfügbaren Daten für das Jahr 2007, dass der überwiegende Teil der Neugeborenen von einer Mutter mit einer römisch-katholischen oder evangelischen Religionszugehörigkeit zur Welt gebracht worden sind (römisch-katholisch: 35%, evangelisch: 32%). Immerhin 12% der Neugeborenen wurden von islamischen Müttern entbunden, während 21% der Mütter entweder konfessionslos waren oder einer anderen Glaubensgemeinschaft angehörten (vgl. Tab. 11).

Tab. 11: Lebendgeborene nach der Religionszugehörigkeit der Mutter in Baden-Württemberg (2007; Anzahl absolut, Anteile in %)

Religionszugehörigkeit	Anzahl	Anteile in %
Römisch-katholisch	32.457	35,0
Evangelisch (einschl. evangelisch-freikirchlich)	29.535	31,8
Islamisch	11.124	12,0
Konfessionslose und andere Konfessionen	19.707	21,2
Insgesamt	92.823	100,0

Quelle: StaLa 2008b, S. 13; eigene Berechnungen

Auf der Basis der Auswertungen der Volkszählungsergebnisse für das Jahr 1987 sowie aktueller Angaben hierzu Zeitreihenanalysen zu erstellen, ist aufgrund der dargestellten unsicheren Datenlage nur unter Vorbehalt möglich. Dennoch können für Baden-Württemberg mit Blick auf die Religionszugehörigkeit wenigstens folgende Feststellungen getroffen werden:

- Die vorliegenden Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass für die beiden „Volkskirchen“ in den letzten Jahrzehnten ein Mitgliederschwund sowie anteilig ein Bedeutungsverlust in der Gesamtbevölkerung zu verzeichnen ist. Dieser Trend ist kein Einzelphänomen für den Südwesten Deutschlands, sondern zeigt sich insgesamt für Westdeutschland (vgl. auch Destatis/Gesis-ZUMA/WZB, S. 380). Eine für Baden-Württemberg nicht repräsentative Studie für die Landeshauptstadt Stuttgart kommt diesbezüglich zu dem Ergebnis, dass noch Anfang der 1980er-Jahre 80% aller Stuttgarter mit einer deutschen Staatsangehörigkeit evangelisch oder römisch-katholisch waren. Im Jahre 2004 lag diese Quote noch bei ca. 60% (vgl. Walla 2005).
- Zugenommen haben im Gegenzug die Konfessionslosen bzw. diejenigen ohne eine zumindest formale religiöse Bindung. Auch dies ist ein Trend, der insgesamt für die westdeutschen Bundesländer zu beobachten ist (vgl. Destatis/Gesis-ZUMA/WZB, S. 380). Auch wenn – statistisch betrachtet – nicht immer genau zwischen den Konfessionslosen und anderen Konfessionszugehörigkeiten jenseits der „Volkskirchen“ unterschieden werden kann, so legen die vorliegenden empirischen Befunde doch nahe, dass sich der Anteil der Konfessionslosen seit Ende der 80er-Jahre in Baden-Württemberg von 10% auf 20% verdoppelt hat.
- Aufgrund von Zuwanderung, aber auch durch eine erhöhte Geburtenrate sowie nicht zuletzt auch von Übertritten dürfte sich die Zahl der Muslime in Baden-Württemberg deutlich erhöht haben. Ihr Anteil an der Bevölkerung könnte sich laut den vorliegenden zum Teil geschätzten Angaben seit dem Ende der 1980er-Jahre von 3% auf 6% verdoppelt haben.

Angesichts der Tatsache, dass Kirchen traditionell wichtige Akteure der Kinder- und Jugendarbeit sind (vgl. Kap. 8.2), stellt sich die Frage, wie sich die beschriebenen Veränderungen auf die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit auswirken werden. Angesichts der auffälligen und aller Voraussicht nach sich in dieser Form weiter fortsetzenden Veränderungen (vgl. dazu auch am Beispiel Stuttgarts Walla 2005) stellen sich für die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit gleich mehrere Fragen für eine strategische Ausrichtung:

- Welche Aufgaben kann kirchliche Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen einer Zukunftsgestaltung der beiden „Volkskirchen“ übernehmen?
- Wie attraktiv kann kirchliche Kinder- und Jugendarbeit sein, wenn konfessionelle Bindungen deutlich zurückgehen? Wie müsste diese vor diesem Hintergrund künftig gestaltet werden? Welche individuellen, auf junge Menschen bezogenen Effekte können von kirchlicher Kinder- und Jugendarbeit erwartet werden?

5.4 Sozialstrukturelle Herausforderungen für die Kinder- und Jugendarbeit – ein Zwischenfazit

In sechs Punkten sollen die zuvor differenziert dargelegten Ausführungen im Folgenden auf die Kinder- und Jugendarbeit bezogen und die damit verbundenen Herausforderungen benannt werden.

Bevölkerungsentwicklung: Baden-Württemberg ist das Bundesland mit dem höchsten Bevölkerungswachstum seit Bestehen der Bundesrepublik. Dies resultiert insbesondere aus einer beachtlichen Zuwanderung, und zwar vor allem auch aus dem Ausland. In gleich zweifacher Weise steht Baden-Württemberg in dieser Hinsicht derzeit an einem Wendepunkt. Zum einen ist sicher, dass das Bevölkerungswachstum nicht länger anhalten, sondern die Zahl der Einwohner/innen im Südwesten Deutschlands zurückgehen wird. Zum anderen deutet sich an, dass Baden-Württembergs bisherige Attraktivität als Zuwanderungsland ebenfalls zurückgeht, da die Zahl der Zuwanderungen – wie generell in Deutschland – sinkt.

Vor diesem Hintergrund wird sich erstmalig in der Geschichte Baden-Württembergs die Kinder- und Jugendarbeit unter Vorzeichen einer sinkenden Einwohnerzahl, insbesondere auch bei der potenziellen Altersgruppe, weiterentwickeln müssen. Insbesondere in ländlichen Regionen, die von deutlichen Bevölkerungsrückgängen betroffen sein werden, stellt sich die Herausforderung bei einer sinkenden Zahl von Kindern und Jugendlichen dennoch eine zukunftsfähige Infrastruktur zur Kinder- und Jugendarbeit auszugestalten. Dabei sollte auch nicht aus dem Blick verloren werden, dass Angebote und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit einen positiven Standortfaktor für Regionen und Kommunen im Wettbewerb um Familien darstellen können.

Veränderung der Altersstruktur: Die Bevölkerung Baden-Württembergs wird nicht nur schrumpfen, sondern darüber hinaus wird sich auch die Zusammensetzung und die Alterspyramide, genauso wie in anderen Bundesländern Westdeutschlands, verändern. Die Zahl der jüngeren Jahrgänge wird zurückgehen, während die Senioren zahlenmäßig zulegen werden. Dies wird nicht folgenlos bleiben, und zwar weder für das Verhältnis der Generationen zueinander noch für das politische Gewicht der Bevölkerungsgruppen bei der Gestaltung des Gemeinwesens. Dies stellt nicht zuletzt eine Herausforderung für die Kinder- und Jugendarbeit mit ihrer advokatorischen Funktion für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dar.

Integrationsleistungen: Baden-Württemberg ist das Bundesland, genauer Flächenland mit dem höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Sie sind zu einem wesentlichen Teil mit dafür verantwortlich, dass die Einwohnerzahl in den letzten Jahrzehnten so stark gestiegen ist wie in keinem anderen Bundesland. In diesem Kontext hat auch die

Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen ihren Beitrag zur Bewältigung der aus der Zuwanderung resultierenden Integrationsaufgaben geleistet. Migrationssensibles Handeln oder auch eine interkulturelle Kompetenz gehören zu den gängigen Qualitätskriterien einer modernen Kinder- und Jugendarbeit.

Vor diesem Hintergrund wird die Kinder- und Jugendarbeit angesichts des gegenwärtig hohen Anteils an jungen Menschen mit einem Migrationshintergrund sowie notwendiger Einwanderungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter gefordert sein, ihre Anstrengungen in dieser Hinsicht zu verstärken. Dabei könnte es auf der individuellen Ebene um die Frage gehen, inwiefern die Zugänge für junge Menschen mit einem Migrationshintergrund zu Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit, die bislang von ihnen noch vergleichsweise selten genutzt werden, verbessert werden können. Und auf einer strukturellen Ebene wird man sich weiter damit auseinander setzen müssen, inwiefern junge Menschen mit einem Migrationshintergrund unterstützt werden sollten, eigene Organisationsformen und Verbandsstrukturen zu entwickeln. Dabei darf nicht aus dem Blick verloren werden, dass es sich bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund nach wie vor überdurchschnittlich häufig um Jugendliche und junge Erwachsene in ökonomisch prekären Lebenslagen handelt, die zu einem großen Anteil ihre Schullaufbahn auf einer Hauptschule absolviert haben bzw. absolvieren und die überdurchschnittlich häufig keinen Schulabschluss und erst recht keinen beruflichen Ausbildungsabschluss vorweisen können (vgl. Rauschenbach 2009).

Sozialstrukturelle Entwicklung: Sowohl mit Blick auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als auch hinsichtlich der Kaufkraft steht Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern, aber auch mit Blick auf die anderen Regionen in Europa vergleichsweise gut dar. Gleichwohl leben auch in Baden-Württemberg junge Menschen und deren Familien in Armut. Dabei können die für sie fehlenden ökonomischen Ressourcen dazu beitragen, dass deren Teilhabe- und Verwirklichungschancen mit all den damit verbundenen negativen Auswirkungen auf das Aufwachsen und die Persönlichkeitsentwicklung des jungen Menschen zumindest eingeschränkt werden. Die Kinder- und Jugendarbeit steht in diesem Kontext vor der Herausforderung, die negativen Folgen von Armutslagen über ihre eigenen Angebote und zu gestaltende niedrigschwellige Zugänge zumindest zu einem Teil auszugleichen.

Religionszugehörigkeiten: Der überwiegende Teil der Einwohner Baden-Württembergs ist entweder katholisch oder evangelisch. Dies gilt auch für junge Menschen. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Anteil von z.B. Muslimen vor allem bei Kindern und Jugendlichen steigen wird. Dennoch sind die beiden Amtskirchen traditionell und wohl auch zukünftig als wichtige Akteure der Kinder- und Jugendarbeit einzustufen. Die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit hat dabei aber dennoch zum einen die Frage zu beantworten, welche Aufgaben sie im Rahmen einer Zukunftsgestaltung der beiden Volkskirchen über-

nehmen will und kann. Zum anderen steht die Frage im Raum, wie kirchliche Kinder- und Jugendarbeit zukünftig zu gestalten ist, wenn die konfessionellen Bindungen eher schwächer und in der Summe zurückgehen werden.

Regionale Disparitäten: Für die jeweils genannten, aber auch für die hier nicht weiter ausgeführten Aspekte einer Sozialstruktur Baden-Württembergs ist von erheblichen regionalen Unterschieden auszugehen. Es wird somit deutlich, dass die Jugendämter in Baden-Württemberg bei der Ausgestaltung örtlicher Strukturen und Leistungsangebote sowie der Schaffung positiver Lebensbedingungen für das Aufwachsen junger Menschen keinesfalls von den gleichen objektiven sozialstrukturellen Rahmenbedingungen ausgehen können. Nicht nur mit Blick auf ein Stadt-Land-Gefälle, sondern auch innerhalb der Stadt- und Landkreise zeigen sich erhebliche Divergenzen. Es wird somit einmal mehr deutlich, dass zur Ausgestaltung einer bedarfsgerechten und gelingenden Kinder- und Jugendarbeit vor Ort die Kenntnisnahme der besonderen lokalen sozioökonomischen Lebenslagen und demografischen Bedingungen gehört.

Teil B: Befunde

Bis heute gibt es weder im Bundesgebiet noch in Baden-Württemberg eine etablierte Berichterstattung zur Lage der Kinder- und Jugendarbeit. Mehr noch: Es gibt noch nicht einmal eine wissenschaftlich etablierte und fachlich anerkannte Grundlage an Datensätzen, Befunden und Erkenntnissen, die es erlaubt, einen allgemeinen Überblick über die aktuelle Situation der gesamten Kinder- und Jugendarbeit zu geben. Analoges gilt mit Blick auf das Wissen zur Kinder- und Jugendarbeit auf der Basis einzelner, einschlägiger Studien und Untersuchungen (vgl. Kap. 2).

In Anbetracht dieser Ausgangslage ist es eine Herausforderung eigener Art, die allgemeine Lage der Kinder- und Jugendarbeit in einem Bundesland wie Baden-Württemberg auf einer empirischen Grundlage zu beschreiben, zumal auch die Träger und Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit selbst die Eckwerte ihrer Infrastruktur und Arbeit vielfach nur sehr rudimentär, wenig aufeinander abgestimmt und für Außenstehende nicht immer zugänglich bereit stellen. Infolgedessen ist es vorerst nicht zu vermeiden, dass der Versuch einer Kennzeichnung der Gesamtlage der Kinder- und Jugendarbeit für Baden-Württemberg notgedrungen unterschiedlich, ungleich gewichtet und auf einer heterogenen Datenbasis ausfällt. Mittelfristiges Ziel muss es auch für Baden-Württemberg sein, dass eine Beschreibung der aktuellen Lage des Arbeitsfeldes Kinder- und Jugendarbeit auf der Basis einer standardisierten, umfassenden und vergleichbaren Datenerhebung möglich wird.

Dies gilt umso mehr, wenn man, wie in dieser Expertise mit der Erwartung konfrontiert wird, anhand welcher Parameter und Indikatoren Aussagen über die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit möglich sind. Daher kann ein Blick in die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg nicht abgegeben werden, ohne zunächst die aktuelle Situation darzustellen. Im Kapitel 6 wird deshalb die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg empirisch mit dem Instrument der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik vermessen. Dafür werden in einem ersten Schritt erste Eckdaten für Baden-Württemberg zur Kinder- und Jugendarbeit im Vergleich zu Deutschland insgesamt sowie zu Westdeutschland dargestellt (Kap. 6.1). Darauf aufbauend werden Ergebnisse für Baden-Württemberg zur Zahl der Einrichtungen, zu den eingesetzten Personalressourcen, zur Teilnahme an Angeboten der Jugendarbeit sowie zur Höhe der öffentlichen Ausgaben im Ländervergleich betrachtet (Kap. 6.2 bis 6.4). Neben der Frage nach der Bewertung der für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg zur Verfügung stehenden Ressourcen wird eruiert, inwiefern sich die Ressourcenausstattung für Baden-Württemberg verändert hat (Kap. 6.5). Abgeschlossen werden die Auswertungen für das Land insgesamt mit Analysen zur Beschäftigungssituation und Personalstruktur (Kap. 6.6). Beziehen sich die genannten Auswertungen für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg bis hierher jeweils auf das Land insgesamt, so wird im Kapitel 6.7 eine regional vergleichende Perspektive eingenommen. Ausgewählte Indikatoren zur Ausstattung sowie zur Personalsituation werden im Vergleich der Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg

betrachtet. Abschließend werden die zentralen Befunde für eine Kinder- und Jugendarbeit Baden-Württembergs im Spiegel der amtlichen Statistik resümiert (Kap. 6.8).

In Kapitel 7 werden darauf folgend auf einer empirischen Grundlage die beiden zentralen Arbeitsbereiche der Kinder- und Jugendarbeit beschrieben: zum einen die überwiegend ehrenamtlich organisierte verbandliche Kinder- und Jugendarbeit (Kap. 7.1) und zum anderen die fast ausschließlich beruflich organisierte Offene Arbeit in den Jugendfreizeitstätten, Häusern der Offenen Tür, Jugendcafes und Jugendbildungseinrichtungen (Kap. 7.2). Dargestellt werden Entwicklungslinien, strukturelle Rahmenbedingungen und die Datenlage des jeweiligen Settings sowie Angebote, Personal und Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

In Kapitel 8 erfolgt eine empirisch fundierte Beschreibung der verschiedenen Akteure der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg: Hierzu gehören die Sportvereine (Kap. 8.1), die beiden großen Amtskirchen (Kap. 8.2), die Landjugendverbände (Kap. 8.3), die kulturelle Kinder- und Jugendarbeit (Kap. 8.4) und der Ring politischer Jugend (Kap. 8.5). Damit werden fünf Akteure von unterschiedlicher Größe, gesellschaftlicher Relevanz und Reichweite mit ihren unterschiedlichen Organisations- und Personalstrukturen, ihrer unterschiedlichen Programmatik, ihren unterschiedlichen Zielen, Aktivitäten und Zielgruppen präsentiert.

Und schließlich wird im Kapitel 9 der Blick auf das möglicherweise für die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland entscheidende Thema gerichtet. Die Zusammenarbeit der Akteure der Kinder- und Jugendarbeit und der Schule. Neben der Entwicklung der Schulen (Kap. 9.1) wird dabei zentral auf den Ausbau der Ganztagschulen (Kap. 9.2) eingegangen sowie, als Besonderheit in Baden-Württemberg, auf das Jugendbegleiter und -begleiterinnen-Programm (Kap. 9.3). Ein Abschnitt zur Kooperation von Jugendarbeit und Schule jenseits der Ganztagschulen schließt diesen umfassenden Teil zu den Befunden zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg ab.

6 Die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg – eine empirische Strukturanalyse

Eine wichtige empirische Datengrundlage für die Kinder- und Jugendarbeit sind die Ergebnisse der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik (vgl. auch Kap. 2.1). In unterschiedlichen Teilen des Erhebungsprogramms werden Angaben zu den öffentlich geförderten Maßnahmen, zu den Einrichtungen und den dort beruflich tätigen Personen sowie zu den Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Gebietskörperschaften erfasst. Zur Verfügung stehen somit über die amtlichen Daten kontinuierliche, in ein- bzw. vierjährigem Abstand erhobene und bundesweit vergleichbare Daten zu ganz unterschiedlichen Ausschnitten der Kinder- und Jugendarbeit. Das heißt im Einzelnen:

- Über die öffentlich geförderten Maßnahmen wird die Durchführung von öffentlich geförderten Angeboten im Bildungs- und Freizeitbereich, und zwar insbesondere durch die Jugendverbände und damit zu einem nicht unerheblichen Teil auch durch ehrenamtliches Engagement in den in den Blick genommen. Allerdings kann dieses selbst anhand dieser Datenquelle nicht näher quantifiziert werden.
- Auf der Basis der Einrichtungs- und Personalstatistik kann das ehrenamtliche Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit ebenfalls nicht näher empirisch fundiert werden. Stattdessen fokussiert dieser Teil der amtlichen Statistik neben den Einrichtungen die Voll- und Teilzeiterwerbstätigen sowie die nebenberuflich in den diversen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Personen.
- Schließlich dokumentieren die Angaben zu den Ausgaben der öffentlichen Gebietskörperschaften das Engagement von Bund, Ländern und vor allem Kommunen zur Finanzierung einer Infrastruktur zur Kinder- und Jugendarbeit. Nicht erfasst werden hierüber allerdings die Aufwendungen der freien Träger selbst.

6.1 Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit – eine Standortbestimmung

Für einen ersten Überblick über die Infrastruktur zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg werden im Folgenden Eckdaten Baden-Württembergs zu den Einrichtungen, dem Personal, den öffentlich geförderten Maßnahmen sowie den Ausgaben der öffentlichen Gebietskörperschaften ins Verhältnis gesetzt zu den Ergebnissen Westdeutschlands und zur Bundesrepublik insgesamt (vgl. Tab. 12). Dabei ist für Baden-Württemberg zunächst festzuhalten, dass im Jahre 2007 insgesamt 157,4 Mio. EUR für die Kinder- und Jugendarbeit seitens der öffentlichen Gebietskörperschaften aufgewendet worden sind.

Das sind jährlich 127 EUR pro Kopf aller 12- bis 21-Jährigen, ein Wert der deutlich unter den Ergebnissen für Westdeutschland sowie für die Bundesrepublik insgesamt liegt.³⁶

Die aufgewendeten Mittel finanzierten im 2006 knapp 1.600 Einrichtungen, davon rund 59% in freier Trägerschaft. Pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen werden 127 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg ausgewiesen. Für Westdeutschland liegt diese Quote bei 181, für Deutschland insgesamt sogar bei 197 Einrichtungen (vgl. Tab. 12). Somit ist auch die Zahl der für Baden-Württemberg in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Einrichtungen vergleichsweise gering.

Damit korrespondiert auch, dass die zahlenmäßige Personalausstattung in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit zumindest auf den ersten Blick ebenfalls vergleichsweise niedrig ausfällt. Während in Baden-Württemberg pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen insgesamt 39 tätige Personen ausgewiesen werden, das entspricht einer Quote von 0,4%, sind es in Westdeutschland und der Bundesrepublik insgesamt jeweils 47 Beschäftigte bzw. fast 0,5%.

Verlässt man die Einrichtungsperspektive und blickt auf die Personalausstattung in den einzelnen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit, so zeigt sich mit Blick auf das Personalvolumen ein ähnliches Bild, das allerdings mit Blick auf die Anzahl der umgerechneten Vollzeitstellen auf Basis des wöchentlichen Beschäftigungsumfangs zumindest in Teilen relativiert wird (vgl. Tab. 12):

- Die für Baden-Württemberg knapp 3.800 Fachkräfte in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit entsprechen umgerechnet auf die 12- bis 21-Jährigen einer Quote zur Personaldichte von 30 pro 10.000 der genannten Bevölkerungsgruppe. Für Westdeutschland liegt dieser Wert bei 36 und für Deutschland insgesamt bei 37 tätigen Personen.
- Umgerechnet auf volle Stellen entspricht dieses Personalvolumen für Baden-Württemberg 2.221 Vollzeitäquivalenten. Das sind 18 pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen. Dieser Wert liegt nur noch unwesentlich unter dem für Westdeutschland (20) bzw. dem für Deutschland insgesamt (22). Das ist bereits ein Hinweis auf den vergleichsweise hohen Anteil an Vollzeitkräften in der Kinder- und Jugendarbeit Baden-Württembergs (vgl. auch Kap. 6.6.4).

36 Im November 2009 sind die Ergebnisse für das Jahr 2008 bundesweit veröffentlicht worden (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 25.11.2009). Demnach beträgt das Volumen der finanziellen Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg knapp 164,2 Mio. Euro. Pro 12- bis 21-Jährigen entspricht das Pro-Kopf-Ausgaben in Höhe von etwa 133 Euro. Zum Vergleich: Der entsprechende Wert für Deutschland insgesamt liegt bei knapp 175 Euro.

Tab. 12: Eckdaten zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Vergleich zu Westdeutschland sowie zur Bundesrepublik insgesamt

Ausgewählte Indikatoren	Baden-Württemberg	West-deutschland ⁵	Deutschland insgesamt
Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit ¹ (2006, absolut)	1.571	14.058	17.966
davon: in freier Trägerschaft (in %)	58,8	68,5	66,6
Zahl der Einrichtungen (pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen)	127	181	197
Tätige Personen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit ¹ (2006, absolut)	4.852	36.085	42.926
Anteil tätiger Personen (pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen)	39	47	47
Personal in Handlungsfeldern ⁴ der Kinder- und Jugendarbeit ¹ (2006, absolut)	3.767	27.781	33.631
Anteil des Personals in Handlungsfeldern (pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen)	30	36	37
Vollzeitäquivalente in Handlungsfeldern ⁴ der Kinder- und Jugendarbeit (2006, absolut)	2.221	15.288	19.814
Anzahl der Vollzeitäquivalente (pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen)	18	20	22
Öffentlich geförderte Maßnahmen ² (2004, absolut)	13.402	85.542	97.267
Zahl der Maßnahmen (pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen)	108	111	104
Teilnehmende an öffentlich geförderten Maßnahmen ² (2004, absolut)	562.936	3.231.559	3.667.451
Teilnehmende (pro 100 der 12- bis 21-Jährigen)	45	42	39
Öffentliche Ausgaben ³ (2007, in 1.000 EUR, absolut)	157.442	1.144.690	1.451.260
Öffentliche Ausgaben im Jahr 2007 (pro 12- bis 21-Jährigen)	127	148	161

1 Als Einrichtungen werden aus der Einrichtungs- und Personalstatistik die Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten, die Jugendzentren und Freizeitheime, die Jugendräume und -heime, die Jugendberatungsstellen, die Initiativen der mobilen Jugendarbeit, die Jugendkunstschulen u.ä., die Einrichtungen der Stadtranderholung, die pädagogisch betreuten Spielplätze, die Ferienerholungsstätten, die Jugendzeltplätze, die Kur-, Genesungs- und Erholungseinrichtungen sowie die Jugendherbergen und Jugendgästehäuser berücksichtigt.

2 Als Maßnahmen der öffentlich geförderten Jugendarbeit werden im Rahmen der amtlichen Statistik Kinder- und Jugenderholungen, außerschulische Jugendbildungen, Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit sowie Mitarbeiterfortbildungen bei freien Trägern erfasst (vgl. zur Segmentalität der Maßnahmenstatistik Thole 1997).

3 Öffentliche Ausgaben für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit beinhalten finanzielle Aufwendungen für Maßnahmen der Jugendarbeit – hier wird unterschieden zwischen Kinder- und Jugenderholungen, außerschulischen Jugendbildungen, Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit, Mitarbeiterfortbildungen und sonstigen Angeboten der Jugendarbeit – sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland beinhalten nicht die Ausgaben der obersten Bundesjugendbehörde.

4 Als Handlungsfelder der Kinder- und Jugendarbeit erfasst die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik folgende Arbeitsbereiche: Kulturelle Jugendbildungsarbeit, außerschulische Jugendbildungsarbeit, Kinder- und Jugenderholung, Internationale Jugendarbeit, Offene Jugendarbeit und Jugendpflege, Jugendverbandsarbeit, mobile Jugendarbeit, Jugendberatung. Die Zahl der Vollzeitäquivalente stellt die Umrechnung der Angaben zum wöchentlichen Beschäftigungsumfang in Vollzeitstellen dar.

5 Einschließlich Stadtstaaten.

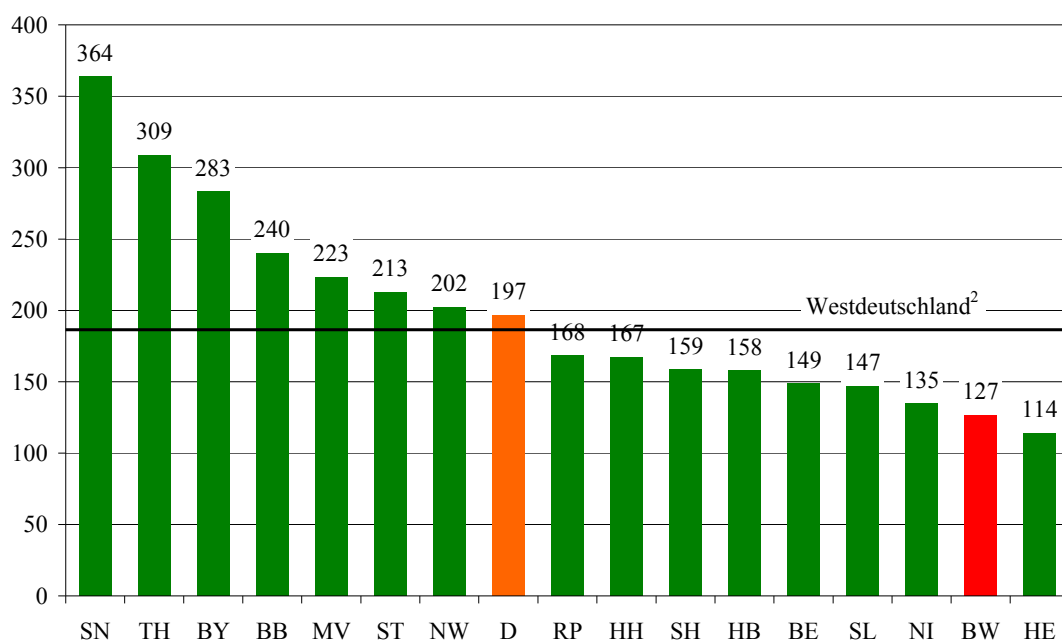
Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, versch. Jahrgänge – Maßnahmen der Jugendarbeit, Einrichtungen und tätige Personen, Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe; eigene Berechnungen

Bei den öffentlich geförderten Maßnahmen entsprechen Angebots- und Teilnehmervolumen rein quantitativ in etwa den Ergebnissen für Westdeutschland sowie denen für die Bundesrepublik insgesamt. Das gilt sowohl für die gezählten 108 öffentlich geförderten Maßnahmen pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen als auch erst recht für die gemeldeten 45 Teilnehmenden pro 100 der 12- bis 21-Jährigen. Letztgenannter Wert fällt in Baden-Württemberg somit höher aus als für Westdeutschland oder auch Deutschland insgesamt (vgl. Tab. 12).³⁷

6.2 Einrichtungen und Personal im Bundesländervergleich

Die Infrastruktur zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg ist – wie gesehen – rein zahlenmäßig im Vergleich zur Situation in der Bundesrepublik insgesamt sowie gegenüber der Lage in Westdeutschland offensichtlich unterdurchschnittlich ausgestattet. Das gilt im Einzelnen im Ländervergleich ebenso für die Zahl der Einrichtungen wie für die hier erfassten tätigen Personen (vgl. Abb. 6).

Abb. 6: Zahl der Einrichtungen für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Ländervergleich¹ (2006; Angaben pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen)



1 Zur Erläuterung der Länderabkürzungen siehe Abb. 7.

2 Einschließlich Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen 2006; eigene Berechnungen

37 Am 23.10.09 hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg in einer Pressemitteilung erste Eckwerte zur Anzahl der öffentlich geförderten Maßnahmen 2008 veröffentlicht. Mit erfassten knapp 13.200 Angeboten und Projekten ist das Ergebnis der ‚2004er-Erhebung‘ bestätigt worden. Auf die Ergebnisse für das Jahr 2008 kann im Folgenden aufgrund der zeitlichen Nähe zum Abgabetermin für die Expertise nicht näher eingegangen werden.

Die Zahl der Einrichtungen liegt mit 127 pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen für Baden-Württemberg deutlich niedriger als für die meisten anderen Bundesländer (vgl. Abb. 6). Geringere Werte werden hingegen lediglich für Hessen ausgewiesen. Die höchsten Werte werden diesbezüglich von den ostdeutschen Flächenländern Sachsen und Thüringen sowie Bayern erreicht. In diesen genannten Ländern ist die Einrichtungsdichte zwei- bis dreimal höher als in Baden-Württemberg.

Entsprechend der vergleichsweise geringen Zahl an Einrichtungen ist – wenn auch weniger deutlich – die Anzahl der dort tätigen Personen im Ländervergleich in Baden-Württemberg ebenfalls niedriger als in zahlreichen anderen Bundesländern. Der Wert für den Südwesten Deutschlands liegt mit 39 pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen unter dem Bundesergebnis sowie unter dem Wert für die westlichen Flächenländer insgesamt (jeweils 47 pro 10.000 der unter 21-Jährigen). Die Quoten für Hessen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen oder auch Rheinland-Pfalz liegen entsprechend über dem Ergebnis für Baden-Württemberg (vgl. Tab. 13). Ungünstiger fällt die Quote für Niedersachsen, Bayern sowie das Saarland aus.

Tab. 13: Zahl der tätigen Personen sowie der umgerechneten Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalente) in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Ländervergleich (2006; Angaben pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen)

Zahl der tätigen Personen (pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen)		Zahl der umgerechneten Vollzeitstellen (pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen)	
Hamburg	87	Sachsen	43
Bremen	80	Berlin	42
Berlin	67	Bremen	41
Sachsen	64	Mecklenburg-Vorpommern	40
Hessen	59	Hamburg	31
Schleswig-Holstein	59	Thüringen	31
Mecklenburg-Vorpommern	59	Sachsen-Anhalt	30
Nordrhein-Westfalen	56	Hessen	25
Sachsen-Anhalt	42	Schleswig-Holstein	24
Thüringen	42	Brandenburg	23
Rheinland-Pfalz	40	Nordrhein-Westfalen	23
Baden-Württemberg	39	Baden-Württemberg	20
Niedersachsen	38	Niedersachsen	18
Brandenburg	34	Rheinland-Pfalz	12
Bayern	31	Bayern	12
Saarland	18	Saarland	10
Westdeutschland ¹	47	Westdeutschland ¹	22
Deutschland insgesamt	47	Deutschland insgesamt	23

¹ Einschließlich Stadtstaaten

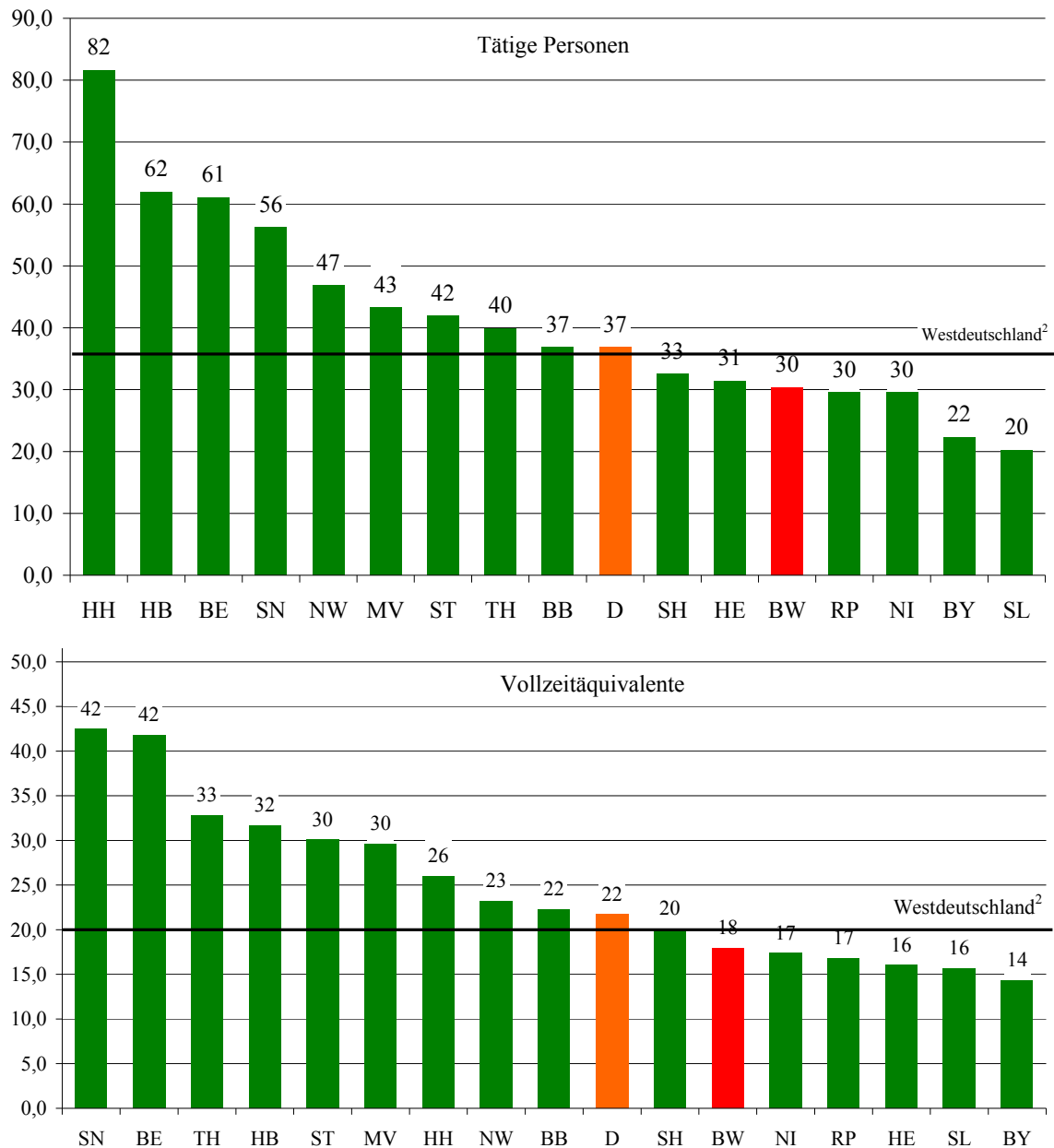
Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen 2006; eigene Berechnungen

Deutlich besser steht Baden-Württemberg da, wenn man die „Köpfe“, also die Zahl der tätigen Personen auf Vollzeitstellen umrechnet und einem Ländervergleich zugrunde legt. Hier liegt das Ergebnis dann – wenn auch nur geringfügig – immer noch unter dem für Deutschland, aber auch für Westdeutschland insgesamt. Mehr als 20 Vollzeitäquivalente pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen werden neben Baden-Württemberg nur noch in Hessen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ausgewiesen (vgl. Tab. 13).

Erfasst man die Kinder- und Jugendarbeit nicht über die Einrichtungen, sondern über die Fachkräfte in den entsprechenden pädagogischen Handlungsfeldern, so werden für Baden-Württemberg Ende 2006 knapp 3.800 Beschäftigte gezählt. Das sind 30 pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen. Im Vergleich der Bundesländer ist dieser Wert deutlich niedriger als in den Stadtstaaten und den ostdeutschen Flächenländern. Ferner liegt dieses Ergebnis unter denen für Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hessen, während Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Bayern und Hessen dieser Datengrundlage zufolge eine schlechtere Personalausstattung aufweisen (vgl. Abb. 7).

Etwas günstiger fällt der Bundesländervergleich für Baden-Württemberg aus, wenn man einen Blick auf die Ergebnisse zu den Vollzeitäquivalenten wirft, also den auf der Basis des wöchentlichen Beschäftigungsumfangs rechnerisch ermittelten Wert zum Vollzeitstellenvolumen. Die für Baden-Württemberg ausgewiesenen 18 Vollzeitäquivalente pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen liegen knapp unter dem Ergebnis für Westdeutschland bzw. der Bundesrepublik insgesamt. Günstigere Werte werden im Vergleich der westlichen Flächenländer lediglich für Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ausgewiesen, wenngleich die Ergebnisse für die übrigen Flächenländer Westdeutschlands nur unwesentlich niedriger ausfallen (vgl. Abb. 7).

Abb. 7: Zahl der tätigen Personen sowie der Vollzeitäquivalente in Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Ländervergleich¹ (2006; Angaben pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen)



1 Länderabkürzungen: SH = Schleswig-Holstein; HH = Hamburg; NI = Niedersachsen; HB = Bremen; NW = Nordrhein-Westfalen; HE = Hessen; RP = Rheinland-Pfalz; BW = Baden-Württemberg; BY = Bayern; SL = Saarland; BE = Berlin; BB = Brandenburg; MV = Mecklenburg-Vorpommern; SN = Sachsen; ST = Sachsen-Anhalt; TH = Thüringen; D = Deutschland.

2 Einschließlich Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen 2006; eigene Berechnungen

Baden-Württemberg liegt bei diesen Eckwerten zur Infrastruktur somit jeweils unter dem Bundesergebnis. Zwar schneidet das Land etwas besser ab, wenn man es – und das ist sicherlich angemessener – mit eher vergleichbaren Regionen, also in diesem Fall anderen

westdeutschen Flächenländern (z.B. Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bayern usw.) vergleicht und zudem den Beschäftigungsumfang – Stichwort Vollzeitäquivalente – mit berücksichtigt. Gleichwohl scheint die vorhandene auf Einrichtungen und beruflichen Kräften basierende Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit zumindest quantitativ nicht besonders erwähnenswert.

6.3 Öffentlich geförderte Maßnahmen im Bundesländervergleich

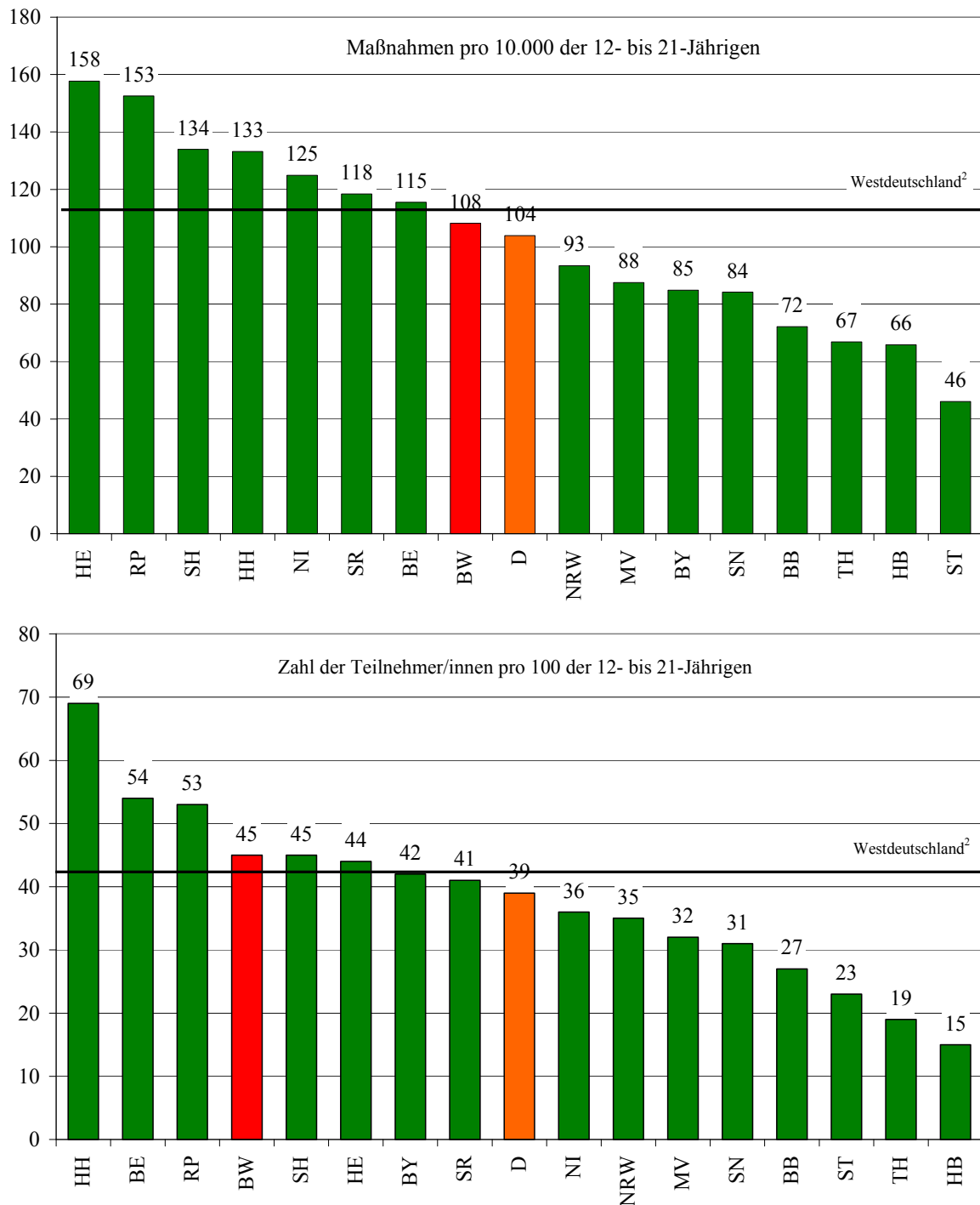
Neben den Einrichtungen und den dort haupt- und nebenberuflich tätigen Personen erfasst die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik auch die Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit und die hieran teilnehmenden Personen, soweit sie öffentlich gefördert werden. In den Blick genommen werden kann dadurch die Planung und Durchführung von Angeboten und Maßnahmen, also, wenn man so will, die bereitgestellten Maßnahmen und Angebote, jenseits ihrer Inanspruchnahme.

Diesbezüglich konturiert sich ein anderes Bild von der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Die Zahl der Maßnahmen ist bevölkerungsrelativiert immerhin höher als für die Bundesrepublik insgesamt und liegt nur knapp dem Ergebnis für Westdeutschland. Zudem ist für Baden-Württemberg die Zahl der Teilnehmenden an diesen Maßnahmen vergleichsweise hoch, zumindest höher als die aggregierten Quoten für die Bundesrepublik insgesamt und für Westdeutschland.

Der Ländervergleich zu den öffentlich geförderten Maßnahmen zeigt zwar, bezogen auf die Zahl der durchgeführten Angebote, dass der Wert für Baden-Württemberg über dem für die Bundesrepublik insgesamt liegt. Gleichzeitig werden jedoch mit Nordrhein-Westfalen und Bayern lediglich zwei westliche Flächenländer mit einer noch geringeren Anzahl von öffentlich geförderten Maßnahmen ausgewiesen. Durchweg weniger Maßnahmen als für Baden-Württemberg weisen die ostdeutschen Flächenländer aus (vgl. Abb. 8).

Ein zumindest – angesichts der im Vergleich zu anderen westlichen Flächenländern vergleichsweise geringen Zahl an öffentlich geförderten Maßnahmen – auffälliger Befund für Baden-Württemberg ist, dass die Anzahl der an diesen Angeboten der Kinder- und Jugendberufshilfe, der außerschulischen Jugendbildung, der internationalen Jugendarbeit sowie der Mitarbeiterfortbildungen teilnehmenden jungen Menschen nur in wenigen Bundesländern mehr sind. Lediglich in Rheinland-Pfalz sowie den Stadtstaaten Hamburg und Berlin werden bevölkerungsrelativiert mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer als in Baden-Württemberg gezählt (vgl. Abb. 8).

Abb. 8: Zahl der öffentlich geförderten Maßnahmen und der daran teilnehmenden Personen in Baden-Württemberg im Ländervergleich¹ (2004; Angaben pro 12- bis 21-Jährigen)



1 Länderabkürzungen: SH = Schleswig-Holstein; HH = Hamburg; NI = Niedersachsen; HB = Bremen; NW = Nordrhein-Westfalen; HE = Hessen; RP = Rheinland-Pfalz; BW = Baden-Württemberg; BY = Bayern; SL = Saarland; BE = Berlin; BB = Brandenburg; MV = Mecklenburg-Vorpommern; SN = Sachsen; ST = Sachsen-Anhalt; TH = Thüringen; DEU = Deutschland.

2 Einschließlich Stadtstaaten.

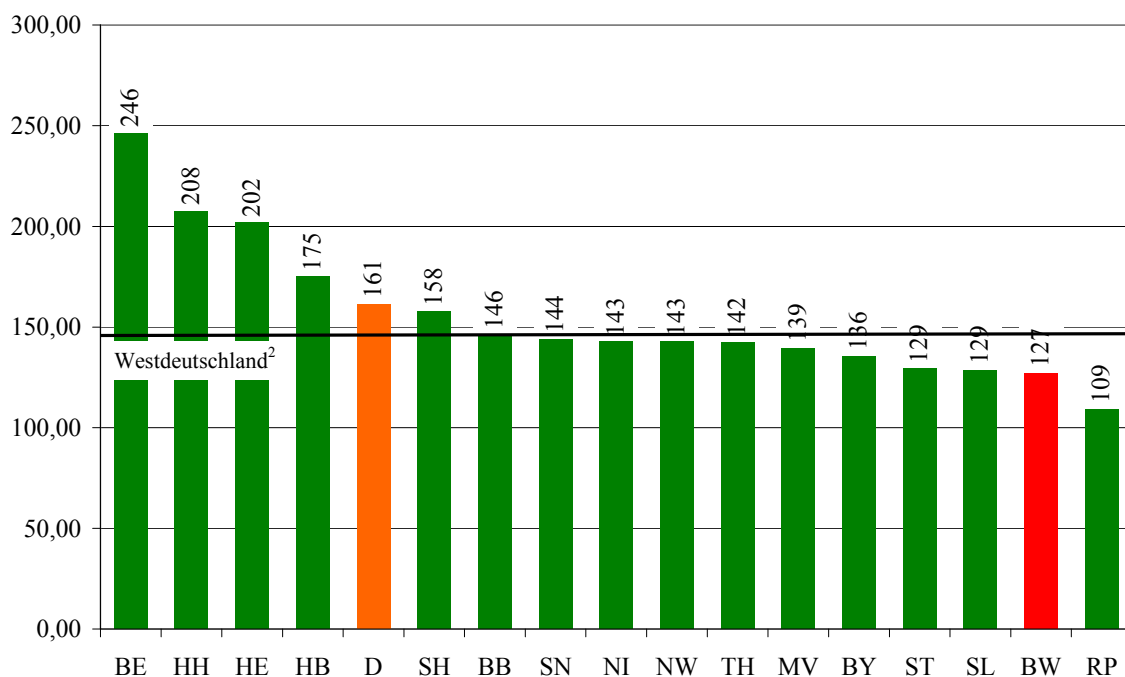
Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Maßnahmen der Jugendarbeit 2004; eigene Berechnungen

Das heißt, dass in Baden-Württemberg im Schnitt eine eher geringere Anzahl an Maßnahmen durchgeführt wird, an diesen aber vergleichsweise viele junge Menschen teilnehmen.

6.4 Finanzielle Aufwendungen im Bundesländervergleich

Für Baden-Württemberg weist die amtliche Statistik für das Jahr 2007 ein Ausgabenvolumen von 157,4 Mio. EUR aus; für 2008 sind es knapp 164,2 Mio. EUR. Das sind für 2007 ca. 127 EUR pro 12- bis 21-Jährigen, für 2008 etwa 133 EUR. Das ist sowohl für 2007 als auch für 2008 ein vergleichsweise niedriger Wert. So liegen die Pro-Kopf-Ausgaben für Westdeutschland 2007 bei 148 EUR sowie für Deutschland insgesamt bei 161 EUR (vgl. Tab. 14; Abb. 9).³⁸

Abb. 9: Höhe der finanziellen Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Ländervergleich¹ (2007; Angaben pro 12- bis 21-Jährigen)



1 Länderabkürzungen: SH = Schleswig-Holstein; HH = Hamburg; NI = Niedersachsen; HB = Bremen; NW = Nordrhein-Westfalen; HE = Hessen; RP = Rheinland-Pfalz; BW = Baden-Württemberg; BY = Bayern; SL = Saarland; BE = Berlin; BB = Brandenburg; MV = Mecklenburg-Vorpommern; SN = Sachsen; ST = Sachsen-Anhalt; TH = Thüringen; D = Deutschland.

2 Einschließlich Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen 2007; eigene Berechnungen

38 Bei dem Ergebnis für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt sind die Ausgaben der obersten Bundesjugendbehörde mit eingerechnet. Die Ergebnisse für das Jahr 2008 werden hier zwar benannt, können aber nicht mehr systematisch in die Analysen einfließen.

Die für Baden-Württemberg ausgewiesenen 127 EUR pro 12- bis 21-Jährigen ist im Vergleich zu allen anderen Bundesländern der zweitniedrigste Wert. Lediglich in Rheinland-Pfalz mit 109 EUR fallen die über die amtliche Statistik erfassten Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit noch niedriger aus. Um bis zu 75 EUR pro jungen Menschen mehr werden hingegen in anderen Flächenländern ausgegeben. So werden für Hessen Pro-Kopf-Ausgaben in Höhe von 202 EUR ausgewiesen, für Berlin liegt dieser Wert sogar bei 246 EUR (vgl. Abb. 9).

Dieser vergleichsweise geringe Wert mit Blick auf die Höhe der Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit ist somit z.T. eine Erklärung dafür, warum auch die Zahl der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie das damit verbundene Beschäftigungsvolumen im Bundesländervergleich so gering sind.

Die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg ist angesichts dieser Ergebnisse somit finanziell schlechter ausgestattet als einige andere Bundesländer. Dass dies so ist, könnte in einem Zusammenhang stehen mit der randständigen Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit in den kommunalen Etats für die Kinder- und Jugendhilfe. So werden gerade einmal 5,8% der finanziellen Aufwendungen für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe in Baden-Württemberg für die Kinder- und Jugendarbeit aufgewendet. Sowohl für Westdeutschland als auch für die Bundesrepublik insgesamt liegt dieser Wert hingegen bei über 6%; in Schleswig-Holstein oder Bayern sind es sogar 7% und mehr (vgl. Tab. 14).³⁹

Tab. 14: Anteil der finanziellen Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit an den Jugendhilfeausgaben insgesamt in Baden-Württemberg im Ländervergleich (2007; Anteile in %)*

	SH	BY	NI	HE	BE	BW	NW	HH
In %	7,3	7,0	6,5	6,4	6,0	5,8	5,7	5,7
	TH	HB	SL	MV	ST	BB	RP	SN
In %	5,6	5,4	4,9	4,7	4,7	4,7	4,6	4,5

1 Länderabkürzungen: SH = Schleswig-Holstein; HH = Hamburg; NI = Niedersachsen; HB = Bremen; NW = Nordrhein-Westfalen; HE = Hessen; RP = Rheinland-Pfalz; BW = Baden-Württemberg; BY = Bayern; SL = Saarland; BE = Berlin; BB = Brandenburg; MV = Mecklenburg-Vorpommern; SN = Sachsen; ST = Sachsen-Anhalt; TH = Thüringen; D = Deutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen 2007; eigene Berechnungen

39 Um auf einen Anteil von 6% der Jugendhilmittel für die Kinder- und Jugendarbeit zu kommen, müssten die öffentlichen Haushalte, und hier insbesondere die Kommunen, die finanziellen Aufwendungen – Stand 2007 – um 4,6 Mio. erhöhen (+3%). Soll ein Anteil von 6,5% wie in Niedersachsen erzielt werden, so ist eine Ausgabensteigerung um 18,1 Mio. EUR notwendig (+12%), während – um das Ergebnis von Bayern mit 7% zu erreichen – es einer Zunahme der finanziellen Aufwendungen um 31,6 Mio. EUR bedarf (+20%).

Zusätzlich ist zu fragen, wie sich die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit durch das Land – d.h. über den Landesjugendplan – im Zeitverlauf darstellt. Da, wie oben kurz beschrieben (vgl. Kap. 4), die Zuständigkeiten der Ministerien im Jahr 2005 neu geregelt wurden, kann eine Zeitreihe sinnvoller Weise erst mit diesem Jahr beginnen. Diese soll hier für die beiden Ministerien betrachtet werden, deren Anteile an der Förderung über den Landesjugendplan am größten ausfallen.⁴⁰ Unter Berücksichtigung der mit dem „Bündnis für die Jugend“ festgeschriebenen Ausgabensumme von 12,3 Mio. Euro für den Kernbereich der Kinder- und Jugendarbeit lässt sich errechnen, dass für dieses Aufgabenfeld das Land nur ca. 0,03% der Gesamtausgaben des Landes bereitstellt.⁴¹ Nach dem Vorblatt zum Staatshaushaltsplan für 2009 summieren sich die Ausgaben des Landes Baden-Württemberg auf insgesamt 36,786 Mrd. Euro (vgl. Finanzministerium Baden-Württemberg 2009, S. 20). Zuerst werden im Folgenden die Fördersummen des Ministeriums für Arbeit und Soziales für den Kernbereich der Kinder- und Jugendarbeit behandelt (1), anschließend wird auf die Förderung der Jugendbildung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport eingegangen (2).

(1) Insgesamt lässt sich für das Ministerium für Arbeit und Soziales feststellen, dass in dem Zeitraum von 2005 bis zum Jahr 2009 die jährliche Fördersumme für die Kinder- und Jugendarbeit von 3,4 Mio. auf 4,1 Mio. Euro gestiegen ist. Dies entspricht einer prozentualen Steigerung um etwa 21% (vgl. Tab. 15). Umgerechnet auf die 12- bis 21-Jährigen hat sich damit – statistisch betrachtet – die Fördersumme von 2,74 auf 3,35 Euro erhöht.

Den größten Posten innerhalb der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit bilden die Ausgaben für die Jugendberufshilfen. Hier verläuft die Entwicklung allerdings entgegen dem allgemeinen Kurs: Für diesen Teilbereich liegt die Fördersumme des Jahres 2009 etwa auf dem Niveau, das bereits im Jahr 2005 erreicht wurde. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungsrate ist somit von einer faktischen Kürzung auszugehen, obwohl

40 Damit werden an dieser Stelle die Fördersummen der drei anderen Ministerien, die ebenfalls zu dem Landesjugendplan beitragen, nicht im Detail beachtet (vgl. Kap. 4). Auf der Grundlage der Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte kann davon ausgegangen werden, dass auf der Landesebene in Baden-Württemberg insgesamt ca. 18 Mio. Euro für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit ausgegeben werden (Wert von 2005). Die Ausgaben der beiden Landesministerien, die hier in ihrer Entwicklung analysiert werden, summieren sich aktuell auf ca. 11,7 Mio. Euro und auf ca. 11 Mio. im Jahr 2005 und erklären damit (nur) etwa 61% der Gesamtausgaben des Landes. Mit dem Bündnis für die Jugend wurde im Jahr 2007 festgelegt (vgl. § 2), dass das Land Baden-Württemberg den Trägern der außerschulischen Jugendbildung die Ansätze des Doppelhaushaltes 2007/2008 auch für die Folgejahre garantiert (vgl. Kap. 5). Dies betrifft eine Gesamtförderung von ca. 12,3 Mio. Euro. Es entsteht also der Eindruck, dass die Definition des Bereichs der Kinder- und Jugendarbeit für die Statistik der Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte weder mit dem identisch ist, was in den Landesjugendplan aufgenommen wird, noch mit dem in Übereinstimmung zu bringen ist, was von den Ministerien als „Kernbereich“ der Kinder- und Jugendarbeit gefasst und im Folgenden dargestellt wird.

41 Um nur einen Vergleich anzustellen: Für die Ausgabenkategorie „Kirchliche Angelegenheiten, Kunst- und Kulturpflege“ sind für das Jahr 2009 insgesamt 488 Mio. Euro vorgesehen, was einem Anteil von 1,3% an den Gesamtausgaben entspricht (vgl. Finanzministerium Baden-Württemberg 2009, S. 20).

die Tendenz nach einem drastischen Einbruch im Jahr 2006 – um insgesamt ca. 300.000 Euro – wieder nach oben zeigt.

Tab. 15: Die Entwicklung der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit durch das Ministerium für Arbeit und Soziales in Baden-Württemberg (2005-2009; absolute Zahlen; Indexentwicklung, 2005=100)

Förderbereich		2005 Ist	2006 Ist	2007 Ist	2008 Ist	2009 Soll
Zentrale Aufgaben der Jugendorganisa- tionen	€ (in Tsd.)	955,9	1.336,9	1.329,1	1.339,6	1.340,0
	Index	100,0	139,9	139,0	140,1	140,2
	Pro Kopf ¹	0,77	1,08	1,07	1,09	1,09
Ring politischer Jugend	€ (in Tsd.)	210,9	263,7	263,7	262,5	263,7
	Index	100,0	125,0	125,0	124,5	125,0
	Pro Kopf ¹	0,17	0,21	0,21	0,21	0,21
Jugenderholungs- maßnahmen	€ (in Tsd.)	2.054,7	1.789,2	1.903,6	1.967,6	2.053,0
	Index	100,0	87,1	92,6	95,8	99,9
	Pro Kopf ¹	1,65	1,44	1,54	1,60	1,67
Bildungsarbeit, Integrations- projekte ²	€ (in Tsd.)	159,0	232,4	321,8	303,8	357,1
	Index	100,0	146,2	202,4	191,1	224,6
	Pro Kopf ¹	0,13	0,19	0,26	0,25	0,29
Sonstige Träger der Jugendarbeit	€ (in Tsd.)	25,2	19,2	110,0	103,5	108,9
	Index	100,0	76,2	436,5	410,7	432,1
	Pro Kopf ¹	0,02	0,02	0,09	0,08	0,09
Summen	€ (in Tsd.)	3.405,7	3.641,4	3.928,2	3.977,0	4.122,7
	Index	100,0	106,9	115,3	116,8	121,1
	Pro Kopf ¹	2,74	2,94	3,17	3,22	3,35

1 Der ausgewiesene Euro-Betrag bezieht sich auf die umgerechneten finanziellen Aufwendungen pro 12- bis 21-Jährigen. Für das Jahr 2009 ist die Zahl der 12- bis 21-Jährigen auf der Basis der Angaben für 2008 und der in der Bevölkerungsvorausberechnung vorausgerechneten Entwicklung der 12- bis 21-Jährigen zwischen 2008 und 2009 interpoliert worden.

2 Ab dem Jahr 2007 sind für Maßnahmen und Projekte zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund jeweils Ausgaben von jährlich 100.000 Euro veranschlagt. Mit diesen Mitteln wird insbesondere die Durchführung einer „Integrationsoffensive“ der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg gefördert.

Quellen: Landtag von Baden-Württemberg (2008); Information des Ministeriums für Arbeit und Soziales; eigene Darstellung und Berechnungen

Ein weiterer breit geförderter Teilbereich sind die zentralen Aufgaben der Jugendorganisationen. Damit gewährt das Land den Jugendorganisationen Zuwendungen für die Kosten, die aufgrund von Leitungsaufgaben entstehen. „Die Haushaltsansätze für Zuschüsse an den Landesjugendring, an die im Landesjugendring zusammengeschlossenen Jugendver-

bände sowie an sonstige anerkannte Träger der Jugendarbeit betragen seit 2004 unverändert 1,34 Mio. EUR (ohne die Förderung der Sportjugend)“ (Landtag von Baden-Württemberg 2008, S. 7). Bei der Berechnung der Indexentwicklung (auf der Basis des Wertes für das Jahr 2005) ergibt sich somit für das laufende Jahr ein Indexwert von 140,2. Die größten Steigerungsraten sind für die kleinste Förderposition „Zuschüsse an sonstige Träger“ festzustellen. Während im Jahr 2005 ca. 25 Tsd. Euro ausgegeben wurden, beläuft sich der vorgesehene Betrag im laufenden Jahr auf fast 109 Tsd. Euro. Mit dieser Position werden einzelne Modellprojekte der Jugendarbeit gefördert – wie beispielsweise die Servicestelle Jugend der Jugendstiftung oder das Jugendnetz Baden-Württemberg.

(2) Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport fördert den Kernbereich der Kinder- und Jugendarbeit bzw. die Jugendbildungsarbeit mit insgesamt 7,6 Mio. Euro im laufenden Jahr (vgl. Tab. 16).⁴² Pro 12- bis 21-Jährigen entspricht dies umgerechnet einem Förderbetrag von 6,17 Euro. Damit liegt die Fördersumme dieses Ministeriums deutlich über dem Betrag, den das Ministerium für Arbeit und Soziales für die Kinder- und Jugendarbeit im Land aufbringt. Die Gesamtfördersumme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport ist in dem Zeitraum seit dem Jahr 2005 nur unwesentlichen Schwankungen ausgesetzt. Sank der Betrag bis zum Jahr 2007 auf 7,2 Mio. Euro, so stieg er in den beiden Folgejahren wieder an und befindet sich heute auf dem Niveau von 2005.

Den größten Posten stellen die Ausgaben für die Jugendleiterlehrgänge bzw. die -bildungsmaßnahmen dar, die seit dem Jahr 2005 leicht, aber stetig angestiegen sind und sich aktuell auf ca. 3,6 Mio. Euro belaufen. Die Beträge des LJP für die Bildungsarbeit der Jugendorganisationen sind im Zeitverlauf annähernd konstant geblieben. So weist die Darstellung der Entwicklung für das Jahr 2009 einen Indexwert von ca. 103 aus. Im laufenden Jahr wurde der Ansatz für die Bildungseinrichtungen erhöht – er stieg von 1,19 Mio. Euro auf 1,30 Mio. Euro. Mit diesem Posten werden die laufenden Aufwendungen von Bildungseinrichtungen – wie den Jugendbildungsakademien, der Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg e.V. und ähnlichen Institutionen – gefördert und Zuschüsse zur Sanierung von überverbandlichen Jugendbildungsakademien gegeben. Mit den Mitteln des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport werden zurzeit auch (anerkannte) Personalkosten für 38 hauptberuflich tätige Bildungsreferenten im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit gefördert. Das Ministerium gewährt auf Antrag Zuwendungen in Höhe von 70 Prozent der Personalkosten (vgl. Landtag von Baden-Württemberg 2008, S. 21).

42 Daneben werden von diesem Ministerium weitere Aufgabenkreise gefördert: So etwa die Jugendkunstschulen mit 0,4 Mio., die Musikschulen mit 16,4 Mio. und die Jugendmusik mit fast 2 Mio. Euro (vgl. Finanzministerium Baden-Württemberg 2009, S. 130).

Tab. 16: Die Entwicklung der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit durch das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg (2005-2009; absolute Zahlen; Indexentwicklung, 2005=100)

Förderbereich		2005 Ist	2006 Ist	2007 Ist	2008 Ist	2009 Soll
Jugendleiterlehrgänge/Bildungsmaßnahmen	€ (in Mio.)	3,27	3,29	3,49	3,50	3,56
	Index	100,0	100,6	106,7	107,0	108,9
	Pro Kopf ¹	2,63	2,65	2,82	2,84	2,89
Bildungsarbeit der Jugendorganisationen	€ (in Mio.)	1,44	1,46	1,47	1,49	1,48
	Index	100,0	101,4	102,1	103,5	102,8
	Pro Kopf ¹	1,16	1,18	1,19	1,21	1,20
Bildungseinrichtungen	€ (in Mio.)	1,19	1,19	1,19	1,19	1,30
	Index	100,0	100,0	100,0	100,0	109,2
	Pro Kopf ¹	0,96	0,96	0,96	0,96	1,06
Sonstige Positionen des Jugendbildungsetats ²	€ (in Mio.)	1,7	1,5	1,1	1,3	1,3
	Index	100,0	88,2	64,7	76,5	76,5
	Pro Kopf ¹	1,37	1,21	0,89	1,05	1,06
Summen	€ (in Mio.)	7,6	7,4	7,2	7,5	7,6
	Index	100,0	97,4	94,7	98,7	100,0
	Pro Kopf ¹	6,11	5,97	5,81	6,08	6,17

1 Der ausgewiesene Euro-Betrag bezieht sich auf die umgerechneten finanziellen Aufwendungen pro 12- bis 21-Jährigen. Für das Jahr 2009 ist die Zahl der 12- bis 21-Jährigen auf der Basis der Angaben für 2008 und der in der Bevölkerungsvorausberechnung vorausgerechneten Entwicklung der 12- bis 21-Jährigen zwischen 2008 und 2009 interpoliert worden.

2 Hierzu zählen unter anderem die Kooperation Jugendarbeit und Schule, internationale Jugendbegegnungen, Studienfahrten zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts und zentrale Aufgaben der Sportjugend. Diese Beträge wurden auf der Grundlage der anderen Daten als Differenz errechnet und entsprechend auf eine Stelle hinter dem Komma gerundet. Dementsprechend ist die Indexentwicklung mit Vorbehalten zu interpretieren.

Quellen: Landtag von Baden-Württemberg (2008); Information des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport; eigene Darstellung und Berechnungen

Laut den Angaben der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik ist die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg finanziell schlechter ausgestattet als in den meisten anderen Bundesländern. Angesichts dessen überrascht es nicht, dass – von Hessen einmal abgesehen – im Südwesten Deutschlands weniger Einrichtungen als anderswo in der Bundesrepublik gezählt werden. Zugleich wäre aber angesichts des niedrigen Finanzetats für die Kinder- und Jugendarbeit nicht unbedingt zu erwarten, dass die Fachkräfteausstattung für Baden-Württemberg nur geringfügig unter den für Westdeutschland ausgewiesenen Werten liegt. Mit Blick auf das aus dem wöchentlichen Beschäftigungsumfang der Beschäftigten errechnete Volumen an so genannten Vollzeitäquivalenten ist so gut wie kein Unterschied zu den westdeutschen Vergleichswerten festzustellen.

Günstiger fällt die Standortbestimmung für die öffentlich geförderten Maßnahmen aus. Das hierüber ausgewiesene Angebotsvolumen ist umfangreicher als in den meisten anderen westdeutschen Bundesländern. Zudem gehört die Zahl der hieran teilnehmenden jungen Menschen zu der höchsten in Deutschland. Dies ist zumindest ein indirekter Hinweis auf eine aktive Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg, die vor allem von verbandlichen und ehrenamtlichen Strukturen getragen wird – eine These, die an anderer Stelle zu verifizieren sein wird (vgl. Kap. 7.1).

Mit Blick auf die Landesförderung ist folgendes festzuhalten: Von den beiden Ministerien, deren Förderbeiträge für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit am größten ausfallen, werden im Jahr 2009 zusammen ca. 11,7 Mio. Euro über den Landesjugendplan ausgegeben. Der größte Förderbetrag für die Kinder- und Jugendarbeit wird für die Bildungsarbeit über das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport bereitgestellt. Die Fördersumme dieses Ministeriums beläuft sich aktuell auf etwa 7,6 Mio. Euro und befindet sich damit – nach Absenkungen in den Jahren dazwischen – wieder exakt auf dem Niveau des Jahres 2005. Nimmt man den Zeitraum 2005 bis 2009, so ist das nominal sicherlich keine Absenkung. Bei Berücksichtigung von Kostensteigerungen, z.B. gemessen an der allgemeinen Preissteigerungsrate, entspricht dies allerdings einem realen Rückgang von mehr als 7 Prozent.⁴³

6.5 *Entwicklungslinien und Trends*

Während bislang die Situation der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg mit Blick auf die Bundesrepublik und andere Bundesländer dargestellt worden ist, stehen im Folgenden die Entwicklungen der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Zeitreihenvergleich im Mittelpunkt. Hierzu werden wiederum die unterschiedlichen Perspektiven der amtlichen Statistik zur Kinder- und Jugendarbeit ins Blickfeld gerückt. Mit Blick auf die Einrichtungen und die hier tätigen Personen sowie die öffentlich geförderten Maßnahmen zeigt sich dabei folgendes (vgl. Tab. 17):

- Bei den öffentlich geförderten Maßnahmen signalisieren die verfügbaren Daten für das Jahr 2004 – im Übrigen im Gegensatz zu den Entwicklungen in den meisten anderen Bundesländern (vgl. AKJ^{Stat} 2006) – gegenüber dem Jahr 2000 wieder einen leichten Anstieg der öffentlich geförderten Angebote und Veranstaltungen im Bereich der Kinder- und Jugenderholungen, der außerschulischen Jugendbildung, der internationalen Jugendarbeit sowie den Mitarbeiterfortbildungen freier Träger.

43 Zugrunde gelegt wird als Indikator für die Kostensteigerungen jeweils die Entwicklung des Verbraucherpreisindex im Jahresdurchschnitt mit Basisjahr 2005. Für das Jahr 2009 basiert der errechnete Jahresdurchschnittswert auf den Monaten Januar bis August.

Im Vergleich zum Jahr 1992 sind die Zahl der Maßnahmen allerdings deutlich zurückgegangen, und zwar von 16.202 auf zuletzt 13.402 (-17,3%). Für das Jahr 2008 werden laut Pressemitteilung des Statistischen Landesamts vom 23.10.09 insgesamt 13.166 öffentlich geförderte Angebote und Projekte gezählt. Damit bestätigt sich das Erhebungsergebnis des Jahres 2004 weitgehend.

Tab. 17: Entwicklung von Maßnahmen, Teilnehmer/innen, Einrichtungen und tätigen Personen für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg (1992-2006; Angaben absolut sowie Veränderungen in %)¹

Jahr	Maßnahmen		Teilnehmende		Einrichtungen		Beschäftigte ³	
	Absolut	Entw. in %	Absolut	Entw. in %	Absolut	Entw. in %	Absolut	Entw. in %
1992	16.202	/ ²	783.922	/ ²				
1994					1.363	/ ²	4.310	/ ²
1996	14.038	-13,4%	795.250	+1,4%				
1998					1.705	+25,1%	4.929	+14,4%
2000	13.152	-6,3%	667.306	-16,1%				
2002					1.906	+11,8%	4.945	+0,3%
2004	13.402	+1,9%	562.396	-15,6%				
2006					1.571	-17,6%	4.852	-1,9%

1 Erläuterungen zu den im Rahmen der amtlichen Statistik erfassten Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit sowie den daran teilnehmenden Personen und zu den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und den hier beschäftigten Frauen und Männern sind der Tab. 11 zu entnehmen. Die Angaben zur Entwicklung in Prozent beziehen sich jeweils auf Veränderungen zwischen zwei Erhebungszeitpunkten.

2 In diesem Feld werden keine Angaben zur prozentualen Entwicklung gemacht, da weder die Daten zu den öffentlich geförderten Maßnahmen 1988 noch die zu den Einrichtungen und tätigen Personen 1990 hier ausgewiesen werden. Speziell bei den Einrichtungen und tätigen Personen kommt noch hinzu, dass sich zwischen diesen beiden Erhebungszeitpunkten das Erhebungsinstrument der amtlichen Kinder- und Jugendhilfe zur Erfassung der Einrichtungen auch für die Kinder- und Jugendarbeit verändert hat (vgl. Schilling 2003).

3 In Einrichtungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, versch. Jahrgänge – Maßnahmen der Jugendarbeit, Einrichtungen und tätige Personen; eigene Berechnungen

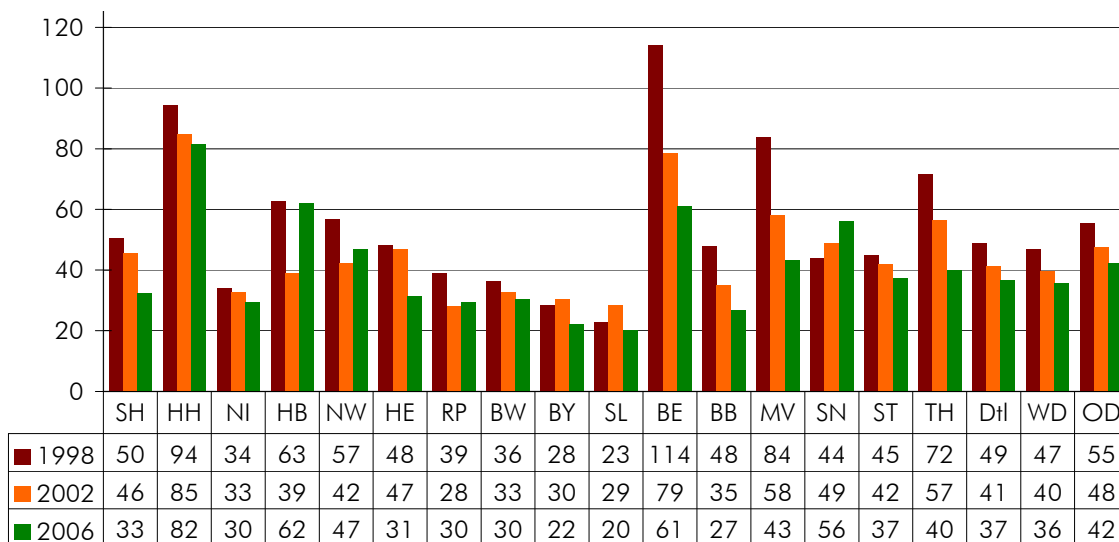
- Ein Rückgang ist ebenfalls für die Teilnahmezahlen zu beobachten. Nachdem zwischen 1992 und 1996 die Zahlen noch geringfügig gestiegen sind (+1,4%), ist zwischen 1996 und 2004 eine Reduzierung von 795.250 auf zuletzt noch 562.396 zu konstatieren (-29,2%). Sowohl zwischen 1996 und 2000 als auch zwischen 2000 und 2004 ist die Zahl der Teilnehmenden um jeweils etwa 16% zurückgegangen. Dieser Trend setzt sich mit den vorliegenden ‚2008er-Daten‘ nicht weiter fort. Im Gegenteil: Die Anzahl der Teilnehmenden ist zwischen 2004 und 2008 auf 670.773 gestiegen; das entspricht einer Zunahme von ca. 19%.
- Bei den Beschäftigten in den Einrichtungen ist zuletzt, im Gegensatz zu den 1990er-Jahren, keine weitere Zunahme zu erkennen. Stattdessen ist zwischen 1998

und 2002 eine Stagnation und zwischen 2002 und 2006 ein leichter Rückgang zu beobachten (-1,9%).

- Die Zahl der Einrichtungen ist – im Übrigen anders als im Bundestrend – nicht nur zwischen 1994 und 1998, sondern auch – wenngleich etwas schwächer – zwischen 1998 und 2002 gestiegen. Deutet dieser Befund noch auf eine vielleicht günstigere Entwicklung für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg hin, so bestätigt sich dies anhand der jüngsten dokumentierten Veränderungen zwischen 2002 und 2006 nicht mehr. Im benannten Zeitraum ist die Zahl der Einrichtungen auf zuletzt noch 1.571 zurückgegangen (-17,6%).

Ein Rückgang von personellen Ressourcen wird für Baden-Württemberg analog zu den meisten anderen Regionen Deutschlands deutlich, wenn man einen Blick auf die Entwicklung der Vollzeitäquivalente in den pädagogischen Handlungsfeldern, also nicht in den Einrichtungen wirft.⁴⁴ Demnach zeigt sich, dass in Baden-Württemberg in ähnlicher Weise wie in vielen anderen Bundesländern in Ost- und Westdeutschland das Beschäftigungsvolumen zwischen 1998 und 2006 zurückgegangen ist (vgl. Abb. 10).

Abb. 10: Entwicklung der Vollzeitäquivalente in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Ländervergleich¹ (1998-2006; Angaben pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen)



¹ Länderabkürzungen: SH = Schleswig-Holstein; HH = Hamburg; NI = Niedersachsen; HB = Bremen; NW = Nordrhein-Westfalen; HE = Hessen; RP = Rheinland-Pfalz; BW = Baden-Württemberg; BY = Bayern; SL = Saarland; BE = Berlin; BB = Brandenburg; MV = Mecklenburg-Vorpommern; SN = Sachsen; ST = Sachsen-Anhalt; TH = Thüringen; D = Deutschland; WD = Westdeutschland; OD = Ostdeutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

44 Bei der Umrechnung der Zahl der Beschäftigten auf so genannte Vollzeitäquivalente wird das erhobene Datum zu den Beschäftigten in einer doppelten Weise präzisiert. Erstens werden hier nicht „Köpfe“, sondern tatsächliche Stellen bzw. Arbeitsplätze ausgewiesen; und zweitens werden aus diesen Resultaten hauswirtschaftliches und vor allem technisches Personal in den Einrichtungen heraus gerechnet.

So weist die Statistik für das Jahr 1998 noch 36 Vollzeitäquivalente pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen für Baden-Württemberg aus. Im Jahre 2002 beläuft sich dieser Wert auf 33 sowie zuletzt 2006 noch auf 30 Vollzeitäquivalente. Dieser Rückgang fällt nicht nur bundesweit, sondern auch speziell in Westdeutschland deutlicher aus als für den Südwesten Deutschlands. Lediglich in Niedersachsen ist der Verlust an personellen Ressourcen im benannten Zeitraum geringer als in Baden-Württemberg und nur in Sachsen sind für den benannten Zeitraum steigende Personalzahlen zu beobachten (vgl. Abb. 10).

Blickt man schließlich noch auf die Entwicklung der finanziellen Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit, so bestätigt sich ebenfalls der rückläufige Trend. So haben die öffentlichen Haushalte in Baden-Württemberg im Jahr 2007 insgesamt 157,4 Mio. EUR ausgegeben. Das Volumen der finanziellen Aufwendungen ist damit nominal um 37% höher als Anfang der 1990er-Jahre (vgl. Tab. 18). In diesem Zeitraum wurde der Spitzenwert hinsichtlich der Ausgaben allerdings bereits im Jahr 2002 mit 162,7 Mio. EUR erreicht. Dieser Betrag liegt um 41% höher als die Aufwendungen des Jahres 1992. Das heißt, die Zunahme der finanziellen Aufwendungen ist ähnlich wie die Zunahme der Einrichtungen sowie der Beschäftigten (vgl. Abb. 10) insbesondere für die 1990er-Jahre zu beobachten.

Tab. 18: Entwicklung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Baden-Württemberg für die Kinder- und Jugendarbeit (KJA) und die Kinder- und Jugendhilfe (KJH) (1992-2007; absolut; Indexentwicklung 1992=100; Pro-Kopf-Ausgaben)

Jahr	Ausgaben für die KJH (in Tsd. €)	Indexentwicklung (KJH; 100=1992)	Ausgaben für die KJA (in Tsd. €)	Indexentwicklung (KJA; 100=1992)	Pro-Kopf-Ausg. für die KJA (12-21-J.; in €)
1992	1.446.417	100	115.083	100	102,90
1997	1.856.946	128	122.517	106	109,36
2002	2.299.792	159	162.709	141	132,83
2003	2.384.016	165	159.544	139	129,26
2004	2.487.636	172	147.085	128	118,73
2005	2.598.977	180	155.149	135	124,81
2006	2.618.254	181	156.665	136	126,34
2007	2.701.209	187	157.442	137	127,15

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Die Ausgaben pro 12- bis 21-Jährigen sind zwischen 1992 und 2002 nominal von knapp 103 EUR auf nicht ganz 133 EUR gestiegen (+29%). Fünf Jahre später wurden noch 127 EUR, also 4% weniger erreicht. Im benannten Zeitraum zwischen 2002 und 2007 gingen die Pro-Kopf-Ausgaben bis 2004 zunächst auf 119 EUR zurück, um seither wieder anzusteigen (vgl. Tab. 18). Zuletzt – zwischen 2006 und 2007 – lag diese Zunahme allerdings nur noch bei 0,6%. Zum Vergleich: Die allgemeine Preissteigerungsrate lag für diesen

Zeitraum nach Angaben des Statistischen Landesamtes bei 2,3%, so dass bereinigt um anzunehmende Kostensteigerungen für den benannten Zeitraum real wiederum von einem Rückgang bei den Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit ausgegangen werden muss.

Damit lag der Anteil der Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit an den Gesamtausgaben der Kinder- und Jugendhilfe (KJH) – die sich 2007 auf 2,7 Mrd. Euro beliefen – bei ca. 5,8%. Mit anderen Worten: Nicht einmal der 16. Teil der Ausgaben für den Leistungsbereich der Kinder- und Jugendhilfe in Baden-Württemberg wird inzwischen noch für den Aufgabenbereich der Kinder- und Jugendarbeit verwendet. Dieser Wert lag Ende der 1990er-, aber auch noch Anfang der 2000er-Jahre bei 7% und mehr.

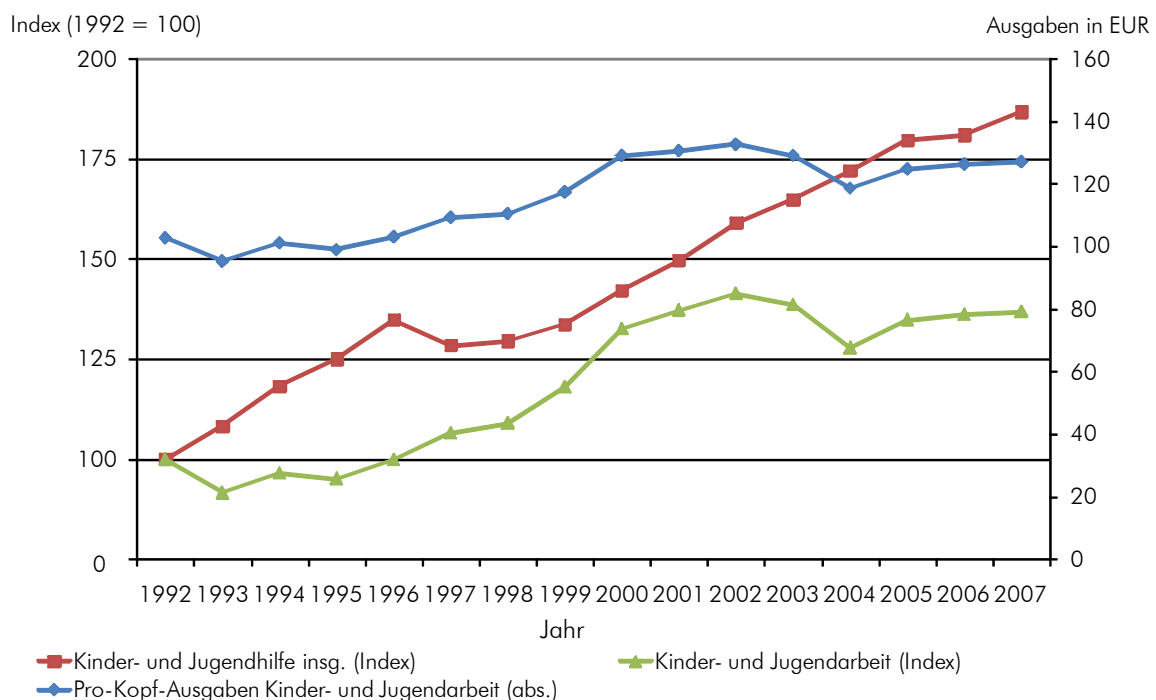
Betrachtet man diese angesprochenen Eckwerte zur Ausgabenentwicklung seit dem Inkrafttreten des SGB VIII bis heute, so lassen sich durchaus einige Brüche, Sprünge und parallele Entwicklungsverläufe feststellen:⁴⁵

- Auf der Grundlage der Indexentwicklung der Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit (1992=100) in Baden-Württemberg wird erkennbar, dass nach einem verhältnismäßig gleichmäßigen Ausgabenwachstum ab Mitte der 1990er-Jahre bis zum Jahrhundertwechsel zunächst die Zuwächse geringer ausfielen, anschließend – nach dem Spitzenwert im Jahr 2002 – zurückgegangen und nach 2004 nur noch leicht angestiegen sind. Der aktuellste Wert für das Haushaltsjahr 2007 bewegt sich leicht unterhalb dessen, was bereits in den Jahren 2001 bis 2003 für die Kinder- und Jugendarbeit ausgegeben wurde.
- Die entsprechende Entwicklung für die Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe in Baden-Württemberg zeigt einen gänzlich anderen Verlauf. Nach einem Bruch Ende der 1990er-Jahre – und fast einer Annäherung der beiden Kurven der KJH und der KJA im Jahr 2000 – sind bis heute zum Teil enorme Steigerungsraten zwischen den Jahren zu beobachten. Seit der Jahrhundertwende klafft eine deutliche Lücke zwischen den entsprechenden Indexwerten. Die Ausgabenentwicklung für die Kinder- und Jugendarbeit scheint – zumindest bis zum Jahr 2005 – von der Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe abgekoppelt zu sein. In den letzten drei Jahren deutet sich in diesem Zusammenhang eine halbwegs parallele Entwicklung – auf unterschiedlichem Niveau – an. Die Darstellungen der jeweiligen Indexentwicklungen zeigen, dass der Wert für die Kinder- und Jugendhilfe bei 187 endet, während sich für die Kinder- und Jugendarbeit im gleichen Jahr lediglich ein Wert von 137 ergibt (vgl. Abb. 11).

45 Nicht näher eingegangen werden kann an dieser Stelle auf die Ende November veröffentlichten Angaben der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik zu den Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe 2008 (vgl. bereits Kap. 6.3). Demnach sind die Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg von 157,4 Mio. EUR auf knapp 164,2 Mio. EUR gestiegen. Es kann an dieser Stelle nicht mehr aufgeklärt werden, aus welchen Faktoren dieser Anstieg um nominal immerhin 4% resultiert und inwiefern dies möglicherweise den Beginn einer Trendwende darstellen könnte.

- Dieser Bruch hinsichtlich der Ausgabenentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit, der zeitlich etwa mit dem Jahr 2000 in Verbindung gebracht werden kann, wird auch bei der Betrachtung der Kennziffer „Pro-Kopf-Ausgaben“ offensichtlich. Zunächst verharren die errechneten Euro-Beträge für diese Kennziffer auf einem Niveau, das durch einen Wert von etwa 130 Euro zum Ausdruck gebracht wird, anschließend – ab dem Jahr 2004 – fallen sie deutlich unter dieses Niveau und steigen bis zum Jahr 2007 mit vergleichsweise niedrigen Wachstumsraten wieder auf 127 Euro an (vgl. Abb. 10).
- Trotz dieser zuletzt günstigen Ausgabenentwicklung liegen die Pro-Kopf-Ausgaben des Jahres 2007 immer noch rund 1,6% unter dem Ergebnis für das Jahr 2000. Berücksichtigt man zudem, dass zwischen 2000 und 2007 die Preise in Baden-Württemberg um etwa 13% zugenommen haben, so ist real von einem Rückgang der Pro-Kopf-Aufwendungen in Höhe von etwa knapp 15% auszugehen.

Abb. 11: Gegenüberstellung der Indexentwicklung der öffentlichen Ausgaben von KJH und KJA und der Pro-Kopf-Ausgaben für die KJA (Baden-Württemberg; 1992-2007; Indexentwicklung (1992=100), Ausgaben pro 12- bis 21-Jährigen in EUR)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Fasst man diese Entwicklungen zusammen, so bleibt festzuhalten, dass seit Beginn des Jahrzehnts die Ressourcen für eine Infrastruktur zur Kinder- und Jugendarbeit zurückgegangen sind. Es mehren sich die Signale zumindest für einen teilweisen Abbau. So sind seit Anfang des Jahrzehnts Einrichtungen weggefallen, ist die Zahl der tätigen Personen, aber auch das Beschäftigungsvolumen insgesamt rückläufig.

Während in den 1990er-Jahren noch die öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit zugenommen haben, sind diese in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre zurückgegangen. Dies dürfte mit zu dem benannten Personal- und Einrichtungsrückgang geführt haben. Zuletzt hat sich das jährliche Ausgabenvolumen für die Kinder- und Jugendarbeit bei etwa 155 Mio. EUR stabilisiert (vgl. Abb. 11). Gleichwohl wurden zuletzt (2007) nominal weniger finanzielle Mittel pro 12- bis 21-Jährigen aufgewendet als Anfang des Jahrzehnts. Dabei ist nach Auskunft des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zwischen 2000 und 2007 von einer allgemeinen Preissteigerungsrate in Höhe von 13% auszugehen, da im gleichen Zeitraum die öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit um 3% zugenommen haben, ergibt sich in der Summe ein Rückgang um 10%.

6.6 Personalstruktur und Beschäftigungsbedingungen

Generell gilt für die personenbezogenen Dienstleistungen im Sozial-, Erziehungs- und Bildungswesen, dass diese immer nur so gut sind wie ihr Personal. Dies gilt für die Schule und die Kindertagesbetreuung ebenso wie für die Hilfen zur Erziehung oder eben auch die Kinder- und Jugendarbeit. Dies ist Grund genug, um auf der Grundlage der Einrichtungs- und Personalstatistik mit Stichtag zum 31.12.2006 einen Blick auf die Personalstruktur und Beschäftigungsbedingungen der Kinder- und Jugendarbeit Baden-Württembergs zu werfen.

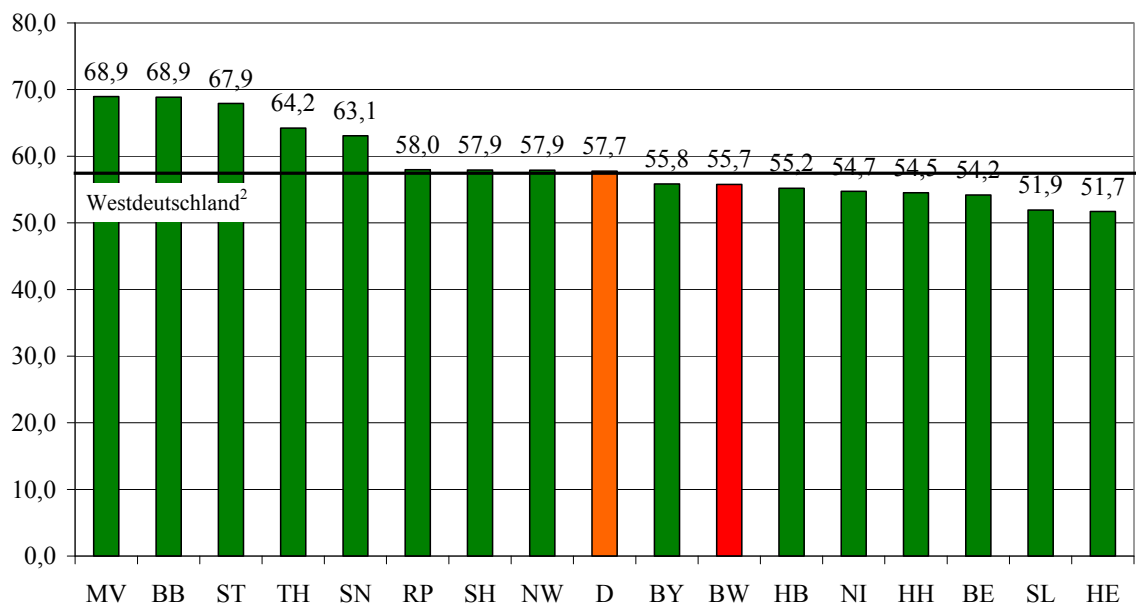
6.6.1 Verteilung von männlichen und weiblichen Fachkräften

Knapp 56% der in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit pädagogisch tätigen Personen sind in Baden-Württemberg Frauen. Dieser Wert entspricht in etwa dem für Westdeutschland insgesamt (56,1%). Im Bundesländervergleich schwankt der Wert zwischen knapp 52% in Hessen und dem Saarland auf der einen sowie 63 bis 69% in den östlichen Bundesländern auf der anderen Seite (vgl. Abb. 12).

In den letzten Jahrzehnten hat sich der Frauenanteil in der Kinder- und Jugendarbeit Baden-Württembergs tendenziell erhöht, und zwar vor allem zwischen 2002 und 2006 von 52% auf die besagten 56%, während zwischen 1994 und 2002 der Frauenanteil nahezu unverändert bei etwas mehr als 50% lag.⁴⁶ Dies könnte in Anlehnung an Rauschenbach (2000) ein Hinweis auf eine mögliche Ausweitung der Adressaten der Kinder- und Jugendarbeit auf vor allem jüngere Altersgruppen sein, sofern man davon ausgeht, dass diese – wie in anderen Feldern auch – vor allem von weiblichen Beschäftigten betreut werden.

46 Vgl. dazu Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe: Einrichtungen und tätige Personen, versch. Jahrgänge.

Abb. 12: Anteil der weiblichen Beschäftigten an allen tätigen Personen in der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Ländervergleich¹ (2006; in %)



1 Länderabkürzungen: SH = Schleswig-Holstein; HH = Hamburg; NI = Niedersachsen; HB = Bremen; NW = Nordrhein-Westfalen; HE = Hessen; RP = Rheinland-Pfalz; BW = Baden-Württemberg; BY = Bayern; SL = Saarland; BE = Berlin; BB = Brandenburg; MV = Mecklenburg-Vorpommern; SN = Sachsen; ST = Sachsen-Anhalt; TH = Thüringen; D = Deutschland.

2 Einschließlich Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen 2006; eigene Berechnungen

Nicht zu klären ist die Frage, welche Auswirkungen die für Baden-Württemberg zu beobachtende Verteilung von Frauen und Männern bei den Beschäftigten in der Kinder- und Jugendarbeit auf das Angebotsspektrum, die Durchführung von Maßnahmen oder auch die Gestaltung des Alltags in den Einrichtungen und Projektkontexten hat. So liegen beispielsweise keine verlässlichen Informationen darüber vor, in welchem Maße ein höherer Frauenanteil bei den Beschäftigten in der Jugendarbeit Auswirkungen auf die alters- und geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Teilnehmenden hat. Geht man jedoch einmal mit Rauschenbach (2003, S. 44f.) davon aus, dass ein eher ausgewogenes quantitatives Verhältnis von Frauen und Männern zumindest tendenziell dafür spricht, dass Kinder und Jugendliche verstärkt die Möglichkeit haben, sowohl männliche als auch weibliche Bezugspersonen zu erleben, so kann für Baden-Württemberg davon ausgegangen werden. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass etwas mehr als jede zweite in der Kinder- und Jugendarbeit tätige Person weiblich ist (56%). Dieser Wert ist im Vergleich der westlichen Flächenländer ein Mittelwert.

6.6.2 Die Altersstruktur der Beschäftigten

Die Verteilung der Beschäftigten nach dem Alter folgt in Baden-Württemberg auf den ersten Blick ebenfalls einem typischen Muster für Westdeutschland. Die Gruppe der 40-

bis unter 60-Jährigen hat einen ähnlich hohen Anteil wie die Gruppe der 25- bis unter 40-Jährigen. Im Vergleich der westdeutschen Länder ist die Altersverteilung aber insofern bemerkenswert, als in der Regel die Gewichtung der Altersgruppen nicht so ausgewogen ist wie in Baden-Württemberg.

Etwa 56% des Personals in Baden-Württemberg ist – mit Stand Ende 2006 – unter 40 Jahre alt, 44% entsprechend über 40 Jahre. Damit ist die Höhe des Anteils älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Baden-Württemberg in etwa vergleichbar mit dem Anteil von rund 46%, der für Westdeutschland insgesamt ausgewiesen wird. Hingegen unterscheidet sich diese Verteilung grundsätzlich von der in Ostdeutschland: Hier liegt die Quote der unter 40-Jährigen bei 45% und die der 40-Jährigen und Älteren entsprechend bei 55%.

Genauer hingeschaut, zeigt sich für Baden-Württemberg, dass lediglich 13% der tätigen Personen in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit noch unter 25 Jahre alt sind. Nicht ganz 43% sind zwischen 25 und unter 40 Jahren. Ein fast ebenso großer Anteil ist 40 Jahre und älter, aber noch keine 60. Lediglich knapp 2% sind 60 Jahre und älter (vgl. Tab. 19). Auffällig an der Altersstruktur Baden-Württembergs ist im Vergleich zu anderen westlichen Flächenländern der vergleichsweise hohe Anteil jüngerer Beschäftigte: Die ausgewiesenen 13% bei den unter 25-Jährigen sind – von Hessen einmal abgesehen – im Ländervergleich ein „Spitzenwert“.

Tab. 19: Beschäftigte in der Kinder- und Jugendarbeit nach ausgewählten Altersgruppen im Bundesländervergleich¹ (2006; Anteile in %)

Alter	D	SH	NI	NW	HE	RP	BW	BY	SL	W	O
< 25 J.	11,2	8,2	8,4	12,4	14,2	12,4	13,2	12,1	10,7	11,8	8,3
25-40 J.	41,1	38,9	39,8	41,5	44,6	44,0	42,7	48,7	43,8	42,0	36,7
40-60 J.	45,4	51,3	49,8	44,0	40,1	41,9	42,2	37,7	44,2	44,0	51,7
≥ 60 J.	2,3	1,7	2,0	2,1	1,1	1,6	1,8	1,6	1,3	2,1	3,3

¹ Länderabkürzungen: D = Deutschland; SH = Schleswig-Holstein; NI = Niedersachsen; NW = Nordrhein-Westfalen; HE = Hessen; RP = Rheinland-Pfalz; BW = Baden-Württemberg; BY = Bayern; SL = Saarland; W = Westdeutschland (einschl. Stadtstaaten); O = Ostdeutschland

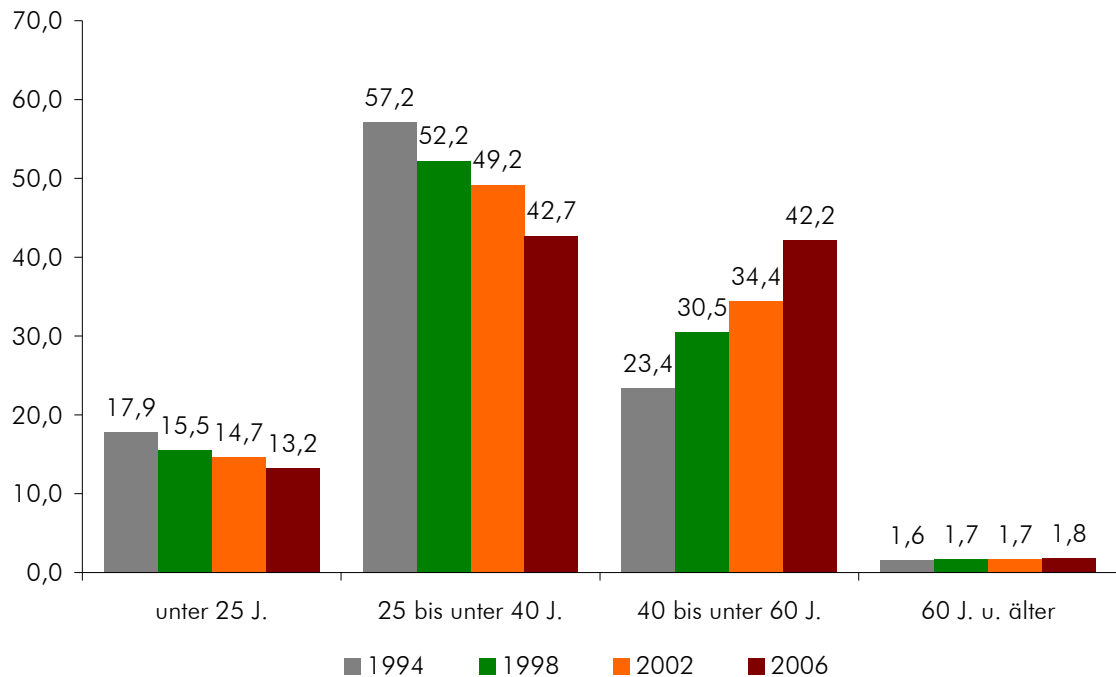
Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen 2006; eigene Berechnungen

In der zeitlichen Entwicklung zeigt sich für Baden-Württemberg ein Trend, der auch für die Kinder- und Jugendarbeit insgesamt zu konstatieren ist: Der Anteil der jüngeren Beschäftigten ist zwischen 1994 und 2006 zurückgegangen, während der der Älteren zugenommen hat. So reduzierte sich die Quote der 25- bis unter 40-Jährigen im besagten Zeitraum von rund 57% auf knapp 43%, während der Anteil der 40- bis unter 60-Jährigen von rund 23% auf ca. 42% zugelegt hat (vgl. Abb. 13). Zudem hat anteilig die Bedeutung der unter 25-Jährigen spürbar nachgelassen.

Es stellt sich die Frage, welche Konsequenzen der Stand und die Entwicklung der in Baden-Württemberg zu beobachtenden Altersverteilung für die Personalentwicklung und für

Kompetenzprofile der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit haben.

Abb. 13: Veränderungen im Altersaufbau der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg (1994-2006; Anteile in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Möglicherweise könnten im Zuge des Älterwerdens in der Jugendarbeit Kompetenzen wie etwa erfahrungsbasiertes Wissen und Können auf der einen Seite steigen, während auf der anderen Seite die höhere Flexibilität im Umgang mit neuen Impulsen und Jugendkulturen für das ältere Personal vielleicht etwas schwieriger wird.⁴⁷ Bezogen auf das Alter der Teilnehmenden scheint für die Kinder- und Jugendarbeit aufgrund des höheren Anteils von älteren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zudem eine Neugestaltung von Generationenbeziehungen in der Kinder- und Jugendarbeit auf der fachlichen Agenda zu stehen. Denn: Die pädagogischen „Arbeitsbündnisse“ zwischen Teilnehmenden und dem Personal werden sich bei einem Altersunterschied von vielleicht 10 bis 15 Jahren anders gestalten als bei einer Differenz von 30 oder mehr Jahren.

47 Das Statistische Landesamt bildet diesbezüglich im Rahmen von Arbeitsmarktanalysen auch den so genannten „Erneuerungsindex“. Dieser beschreibt das Verhältnis der 20- bis unter 40-jährigen Erwerbspersonen zu den 40- bis unter 60-jährigen Erwerbspersonen. Seit 2004 gibt es mehr Erwerbspersonen im Alter von 40 Jahren und älter als unter 40-Jährige (vgl. StaLa 2009, S. 49).

6.6.3 Das Qualifikationsprofil des Personals

Wenn es stimmt, dass Wissen und Können auch innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit nicht zuletzt durch die Ausbildung formatiert wird (vgl. Beher/Gragert 2004), kommt der formalen Qualifikation des Personals eine wichtige Rolle im Erwerb eines Kompetenz- und Handlungsprofils in der Kinder und Jugendarbeit zu. Das zertifizierte Qualifikationsprofil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendarbeit ist in Baden-Württemberg breit gestreut. Es reicht von sozialpädagogisch diplomierten Fachhochschul- und Universitätsabsolventinnen und -absolventen über Erzieher/innen, Logopädinnen und Logopäden, männlichen und weiblichen Heilpädagogen bis zu Hauswirtschaftlerinnen, Industriemeistern sowie Personen mit einem künstlerischen Ausbildungsabschluss. Nicht ganz 1.500 der insgesamt 2006 erfassten ca. 3.800 Beschäftigten erlangten einen Fachhochschulabschluss der Fachrichtung Sozialpädagogik oder Sozialarbeit. Rund 250 können ferner auf ein Zertifikat verweisen, das sie als Diplom-Pädagogin oder als Diplom-Pädagoge ausweist. Unterhalb einer universitären und fachhochschulischen Qualifikation können darüber hinaus noch die Erzieherinnen als fachlich für eine Tätigkeit in der Kinder- und Jugendarbeit ausgebildet angesehen werden. Für Baden-Württemberg wurden für Ende 2006 rund 500 Personen gemeldet.

Zu 46% sind, wie genannt, die Beschäftigten in der Kinder- und Jugendarbeit Baden-Württembergs Uni- bzw. insbesondere FH-Absolvent(inn)en mit einem entsprechend einschlägigen Abschluss. Dieser Wert liegt über dem Ergebnis für Westdeutschland. Dort liegt die Quote bei einem Wert von etwa 43%. Für Deutschland insgesamt werden sogar „nur“ knapp 41% erreicht (vgl. Abb. 14).

Zusammengenommen sind damit 46% der in Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit Beschäftigten über ein Studium (Professionalisierungsquote: 46%)⁴⁸ und weitere 16% über eine fachspezifische Ausbildung formal und einschlägig für eine Tätigkeit in der außerschulischen Bildungsarbeit qualifiziert (Verfachlichungsquote: 62%).⁴⁹ Darüber hinaus können weitere nicht ganz 12% der Beschäftigten auf einen Hochschulabschluss in Studienbereichen und Fächern verweisen, die nicht ohne weiteres als einschlägig anzusehen sind. Damit ergibt sich eine Akademisierungsquote von 58%.⁵⁰

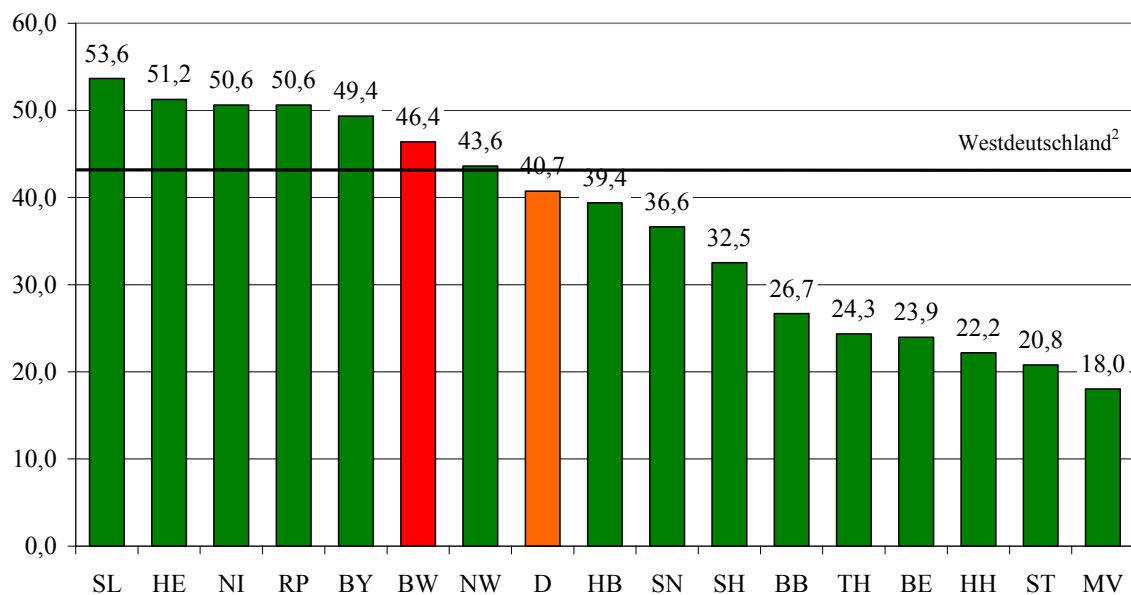
48 Die Professionalisierungsquote fasst die Berufsgruppen der Sozialarbeiter/innen bzw. der Sozialpädagog(inn)en mit Fachhochschulausbildung (inkl. Heilpädagogik), der Diplom-Pädagog(inn)en sowie die Sozialpädagog(inn)en und Sozialarbeiter/innen mit Universitätsabschluss zusammen.

49 Die Verfachlichungsquote setzt sich zusammen aus den hochschulausgebildeten (Sozial-)Pädagog(inn)en, den Erzieher/innen, den Heilpädagog(inn)en mit Fachschulabschluss, den Kinderpfleger/innen, den Heilerziehungsberufen sowie den sonstigen medizinischen, sozialen und pädagogischen Helferberufen.

50 Die Akademisierungsquote umfasst alle hochschulausgebildeten Berufsgruppen eines Arbeitsfeldes.

Stellt man die Ergebnisse aller 16 Bundesländer für den Anteil der sozialpädagogisch Hochschulausgebildeten (Professionalisierungsquote) gegenüber, so zeigen sich erhebliche regionale Unterschiede: Während im Saarland, in Hessen, in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz immerhin 50% und mehr der Beschäftigten über eine entsprechende Qualifikation verfügen, können in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern lediglich 21% bzw. 18% einen derartigen Abschluss nachweisen (vgl. Abb. 14). Innerhalb dieser gravierenden Unterschiede zwischen einer „Jugendarbeit-Ost“ und einer „Jugendarbeit-West“ gehört das Ergebnis für Baden-Württemberg als einem westlichen Flächenland mit zu den besseren Resultaten. Immerhin fällt in 10 Bundesländern die Professionalisierungsquote niedriger aus, für 5 Länder werden entsprechend höhere Werte ausgewiesen. Lässt man die ostdeutschen Bundesländer sowie die Stadtstaaten außen vor, ist allerdings auch richtig, dass mit Blick auf die westlichen Flächenländer die Professionalisierungsquote lediglich in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein niedriger ist als in Baden-Württemberg.

Abb. 14: Tätige Personen in der Kinder- und Jugendarbeit mit einschlägigem akademischen Abschluss (Professionalisierungsquote) im Ländervergleich¹ (2006; in %)



1 Länderabkürzungen: SH = Schleswig-Holstein; HH = Hamburg; NI = Niedersachsen; HB = Bremen; NW = Nordrhein-Westfalen; HE = Hessen; RP = Rheinland-Pfalz; BW = Baden-Württemberg; BY = Bayern; SL = Saarland; BE = Berlin; BB = Brandenburg; MV = Mecklenburg-Vorpommern; SN = Sachsen; ST = Sachsen-Anhalt; TH = Thüringen; D = Deutschland.

2 Einschließlich Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen 2006; eigene Berechnungen

Im Zeitreihenvergleich ist für die Kinder- und Jugendarbeit insgesamt – ungeachtet des zuletzt über die amtlichen Daten dokumentierten Personalabbaus – weiterhin ein Prozess der Professionalisierung zu konstatieren (vgl. Pothmann 2008). Dies gilt auch für Baden-Württemberg, und zwar vor allem aufgrund der anteiligen Zunahme von diplomierten

Fachkräften der Sozialen Arbeit. So ist der Anteil dieser Berufsgruppe zwischen 1998 und 2006 von knapp 28% auf nicht ganz 40% der in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Personen gestiegen (vgl. Tab. 20).

Gestiegen ist somit in den letzten Jahren vor allem der Anteil der diplomierten Fachkräfte in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit. Diese Entwicklung fördert erkennbar einen Trend zur Professionalisierung der Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Nimmt man allein die genannte Beschäftigtengruppe und die der Diplom-Pädagog(inn)en als Maßstab, so ist Baden-Württemberg im Vergleich der westlichen Flächenländer keineswegs Schlusslicht, obgleich das Qualifikationsniveau der Beschäftigten – gemessen an den Ausbildungsabschlüssen – in anderen Regionen Westdeutschlands höher ist.

Tab. 20: Entwicklung ausgewählter Berufsgruppen in der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg (1998-2006, Anteile in %)

Berufsgruppe	1998 (N = 4.119)	2002 (N = 4.018)	2006 (N = 3.767)
Sozialpädagog(inn)en	27,6	35,1	39,6
Dipl. Pädagog(inn)en	5,5	6,4	6,5
Erzieher/innen	12,3	13,9	13,6
Fachlehrer/innen	5,6	6,5	5,9
Sonst. Hochschulabschluss	7,7	6,7	5,9
Ohne Ausbildung	13,8	11,4	12,9
Sonstige Berufsgruppen	27,5	20,0	15,6

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

6.6.4 Beschäftigungsumfang

Wenn über die amtlichen Daten ein Rückgang der personellen Ressourcen für die Kinder- und Jugendarbeit dokumentiert wird, so setzt sich diese Entwicklung auch für Baden-Württemberg aus einer zahlenmäßigen Reduzierung der Zahl der Beschäftigten sowie einem geringeren Anteil an Vollzeitkräften mit der Konsequenz niedrigerer Ergebnisse für die Vollzeitäquivalente zusammen (vgl. Kap. 6.2). So hat sich die Zahl der Beschäftigten mit einer Vollzeitstelle zwar zwischen 1998 und 2002 noch erhöht, ist aber dann zwischen 2002 und 2006 deutlich zurückgegangen (-25%). Hingegen hat die Zahl der tätigen Personen mit einem geringeren Beschäftigungsvolumen in der Regel sogar zugenommen.⁵¹

⁵¹ Wenn hier und im Folgenden Angaben zur Voll- und Teilzeitbeschäftigung ausgewiesen werden, so wird damit noch nichts über die Gründe für einen reduzierten Beschäftigungsumfang ausgesagt. So liegen über die amtliche Statistik keine Angaben darüber vor, ob es sich um eine von der Fachkraft gewünschte oder eine angesichts der Beschäftigungssituation „verordnete“ Teilzeitbeschäftigung handelt. So gesehen dürfen diese Angaben also nicht ohne Weiteres als prekäre Beschäftigungsverhältnisse bewertet werden, auch wenn es ein Hinweis darauf sein kann (vgl. Rauschenbach/Schilling 2001).

Anteilig ist die Gruppe der Vollzeitkräfte von 45% auf 36% zurückgegangen. Im Gegenzug sind die Kräfte mit weniger als 11 Stunden sowie mit einem Beschäftigungsvolumen zwischen 11 und 20 Stunden um etwa 2 bzw. 3 Prozentpunkte gestiegen. Auch die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit mehr als 20, aber weniger als 38 Stunden pro Woche haben jeweils an quantitativer Bedeutung zugenommen (vgl. Tab. 21).

Tab. 21: Verteilung der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit nach wöchentlichem Beschäftigungsumfang in Baden-Württemberg (2002-2006)

Beschäftigungsumfang	Veränderung der Beschäftigtenzahlen			Verteilung in %		
	1998	2002	2006	1998	2002	2006
< 11 Stunden	929	586	634	22,6	14,6	16,8
11 < 21 Stunden	809	906	954	19,6	22,5	25,3
21 < 31 Stunden	554	579	600	13,4	14,4	15,9
31 < 38 Stunden	155	121	208	3,8	3,0	5,5
≥ 38 Stunden	1.672	1.826	1.371	40,6	45,4	36,4
Insgesamt	4.119	4.018	3.767	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Im Vergleich zur Situation in Westdeutschland wird deutlich (vgl. Tab. 22),

- dass in Baden-Württemberg der Anteil der Vollzeitkräfte mit rund 36% ähnlich hoch ist, wobei in einigen westlichen Ländern dieser Anteil bei 44% (Bayern) bzw. sogar bei knapp 60% (Saarland) liegt;
- dass bislang hingegen der Anteil der Kräfte mit bis zu 10 Wochenstunden in Baden-Württemberg deutlich niedriger ist als in den anderen Ländern; deren Anteil liegt in Baden-Württemberg bei knapp 17%, erreicht aber in Ländern wie Hessen oder Nordrhein-Westfalen die 28%- bzw. 29%-Marke;
- dass in keinem anderen Bundesland der Anteil der Beschäftigten mit einem wöchentlichen Beschäftigungsumfang von 11 bis 20 Stunden ähnlich hoch ist wie in Baden-Württemberg (25%), wobei 17% aller in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Personen in Baden-Württemberg 19- bzw. 20-Stunden-Kräfte sind.

Mit Blick auf die Beschäftigungsbedingungen der in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Personen ist festzuhalten, dass der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in Baden-Württemberg der Verteilung in den westlichen Bundesländern insgesamt entspricht. Bemerkenswert ist der hohe Anteil von tätigen Personen mit einem wöchentlichen Beschäftigungsumfang von 11 bis 20 Stunden. Das sind vor allem 19- und 20-Stunden-Kräfte, also Halbtagsbeschäftigte.

Tab. 22: Beschäftigte in der Kinder- und Jugendarbeit nach deren wöchentlichem Beschäftigungsumfang in Baden-Württemberg im Vergleich zu ausgewählten Bundesländern¹ (2006; in %)

Beschäftigungsumf.	D	SH	NI	NW	HE	RP	BW	BY	SL	W	O
< 11 St.	21,4	18,1	21,7	29,3	27,8	22,0	16,8	16,2	6,4	24,5	7,0
11 < 21 St.	19,3	20,6	20,8	21,7	19,3	24,3	25,3	20,6	20,6	20,9	11,8
21 < 31 St.	13,6	14,1	14,2	11,6	13,5	10,6	15,9	14,5	9,4	12,8	17,8
31 < 38 St.	8,1	7,3	3,0	2,6	3,4	2,0	5,5	4,4	3,9	5,9	18,4
≥ 38 St.	37,6	39,9	40,5	34,9	36,1	41,0	36,4	44,3	59,7	36,0	45,1

1 Länderabkürzungen: D = Deutschland; SH = Schleswig-Holstein; NI = Niedersachsen; NW = Nordrhein-Westfalen; HE = Hessen; RP = Rheinland-Pfalz; BW = Baden-Württemberg; BY = Bayern; SL = Saarland; W = Westdeutschland (einschl. Stadtstaaten); O = Ostdeutschland

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen 2006; eigene Berechnungen

Dieser Wert sagt allerdings nur bedingt etwas aus über Arbeitsplatz- bzw. Beschäftigungsrisiken, da nicht zwischen „gewollter“ und „verordneter“ Teilzeitbeschäftigung unterschieden werden kann. Aussagekräftiger sind da schon Daten zur Befristung von Beschäftigungsverhältnissen. Diese liegen allerdings lediglich für das Jahr 2002, aber aufgrund einer Veränderung im Erhebungsbogen nicht mehr für das Jahr 2006 vor. Demnach waren zum 31.12.2002 in Baden-Württemberg 13,2% aller Beschäftigungsverhältnisse in der Kinder- und Jugendarbeit befristet. Dies ist im Bundesländervergleich ein relativ günstiger Wert, der nur von Bayern und Hamburg unterschritten wird. Für Niedersachsen hingegen lag dieser Wert bei 20% und für die ostdeutschen Bundesländer wurden Quoten zwischen 46% und 64% ausgewiesen (vgl. Thole/Pothmann 2005).

6.7 Regionale Differenzierungen

Die bisherigen Auswertungen zur Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit für Baden-Württemberg haben jeweils die Situation im gesamten Land ohne weitere regionale Differenzierungen berücksichtigt. Nachfolgend sollen sowohl bezogen auf die Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit (Kap. 6.7.1) als auch mit Blick auf einige Aspekte zur Personal- und Beschäftigungssituation (Kap. 6.7.2) die Ergebnisse für die Regionen Baden-Württembergs, aber auch für die Stadt- und Landkreise ausgewertet werden.⁵²

52 Eine weitere regionale Differenzierung auf die Gemeindeebene innerhalb der Landkreise ist nicht vorgesehen. Entsprechend werden die Ergebnisse für die kreisangehörigen Jugendämter Weinheim, Rastatt, Villingen-Schwenningen und Konstanz nicht gesondert berücksichtigt, sondern sind jeweils in den entsprechenden Landkreisresultaten mit enthalten.

6.7.1 Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit

Die über die amtliche Statistik erfasste Infrastruktur zur Kinder- und Jugendarbeit für Baden-Württemberg ist im Gegensatz zu den anderen Bundesländern mit Blick auf die Zahl der Einrichtungen sowie den zur Verfügung stehenden hauptberuflichen Personalressourcen vergleichsweise schlecht ausgestattet. Innerhalb des Südwesten Deutschlands zeigen sich allerdings diesbezüglich erhebliche Unterschiede bezogen auf die Zahl der Einrichtungen, der haupt- und nebenberuflich Beschäftigten sowie schließlich auch der öffentlichen finanziellen Aufwendungen.

Insgesamt wurden über die Kinder- und Jugendhilfestatistik Ende 2006 für Baden-Württemberg 127 Einrichtungen pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen rechnerisch ermittelt. Setzt man die Zahl der Einrichtungen ins Verhältnis zu den Nutzflächen – nicht die Zahl der Fläche insgesamt –, so kommen auf 10 Quadratkilometer 3 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit.⁵³ Zudem werden pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen im Landesschnitt rund 30 Beschäftigte in Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit gezählt. Zu einem großen Teil finanziert wird diese Ausstattung von den öffentlichen Gebietskörperschaften und hier vor allem von den kommunalen Jugendämtern sowie den kreisangehörigen Gemeinden. Pro 12- bis 21-Jährigen gab die örtliche Ebene hierfür 111 EUR im Jahr aus.

Bereits auf den ersten Blick auffällig sind in dieser Hinsicht die erheblichen Unterschiede zwischen den Stadt- und Landkreisen. So werden in den Städten Baden-Württembergs insgesamt 160 Einrichtungen pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen gezählt. In den Landkreisen liegt dieser Wert hingegen bei lediglich 121 Einrichtungen (vgl. Tab. 23). Pro 10 Quadratkilometern finden sich in den Städten immerhin 7, auf dem Land hingegen nur 3 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Und auch bei der Personalausstattung bestätigt sich das Stadt-Land-Gefälle: Während in den Stadtkreisen 61 in Handlungsfeldern der Jugendarbeit Beschäftigte pro 10.000 der oben genannten Altersgruppe ermittelt wurden, lag der Wert für die Landkreise bei gerade einmal 25 Beschäftigten.

Entsprechend der geringeren Anzahl an Einrichtungen und Personal sind auch die finanziellen Aufwendungen der kommunalen Ebene für die Kinder- und Jugendarbeit in den Landkreisen in der Regel geringer als für die Stadtkreise. Während die Jugendämter der 9 kreisfreien Städte im Land alles in allem im Jahr 2007 rund 271 EUR pro jungem Menschen im Alter von 12 bis 21 Jahren für die Kinder- und Jugendarbeit aufgewendet haben, liegt dieser Wert für die kommunale Ebene im ländlichen Raum bei 81 EUR.

53 Wenn hier von Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit die Rede ist, so ist damit nicht ausschließlich das Jugendzentrum im Stadtteil gemeint. Zu den hier berücksichtigten Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit gehören beispielsweise auch Jugendbildungsstätten, pädagogisch betreute Spielplätze, Jugendkunstschulen, aber auch Jugendherbergen und Jugendgästehäuser (vgl. auch Kap. 6.2). Nicht weiter berücksichtigt werden die jeweilige Größe der Einrichtung und die Personalausstattung.

Noch deutlicher fallen die regionalen Unterschiede bei Betrachtung der Ergebnisse für die 12 Regionen Baden-Württembergs aus. Die höchsten finanziellen Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit werden 2007 von den Kommunen in der Region Stuttgart ausgewiesen: Pro Kopf der 12- bis 21-Jährigen waren dies 171 EUR. Ebenfalls noch im Vergleich zum Landesergebnis (111 EUR pro 12- bis 21-Jährigen) hohe Ausgaben sind für die Regionen Mittlerer-Oberrhein (133) mit den kreisfreien Städten Baden-Baden und Karlsruhe sowie Rhein-Neckar (128) mit Heidelberg und Mannheim zu konstatieren (vgl. Tab. 23). Das Ergebnis der Region Südlicher-Oberrhein entspricht mit 109 EUR pro 12- bis 21-Jährigen nahezu dem Landesergebnis.

Tab. 23: Eckwerte zur Ressourcenausstattung für die Kinder- und Jugendarbeit in den Regionen Baden-Württembergs (2006 und 2007)

Region	Einrichtungen pro 100.000 der 12- bis 21- Jährigen (2006)	Einrichtungen pro 10 QKM Verkehrs- und Nutzfläche (2006/7) ¹	Personal pro 10.000 der 12- bis 21- Jährigen (2006) ²	Ausgaben pro 12- bis 21- Jährigen (2007) ³
Land- und Stadtkreise				
Land insgesamt	127	3	30	111
Stadtkreise	160	7	61	271
Landkreise	121	3	25	81
Regionen				
Stuttgart	143	5	45	171
Heilbronn-Franken	106	2	19	80
Ostwürttemberg	77	2	15	78
Mittlerer Oberrhein	140	4	39	133
Rhein-Neckar	95	3	23	128
Nordschwarzwald	104	3	21	84
Südlicher Oberrhein	172	4	36	109
Schwarzwald-Baar-H.	103	2	17	70
Hochrhein-Bodensee	89	2	21	69
Neckar-Alb	204	5	40	87
Donau-Iller	129	2	26	57
Bodensee-Oberschwaben	83	2	18	60

1 Zur Verkehrs- und Nutzfläche zählen insbesondere Gebäude und Freiflächen, Betriebsflächen, Erholungsflächen oder auch Verkehrsflächen. Nicht dazu gehören z.B. landwirtschaftliche Flächen, Waldflächen sowie Wasserflächen. Die Angaben zu den Verkehrs- und Nutzflächen basieren auf amtlichen Ergebnissen des Jahres 2007.

2 Rekuriert wird hier auf das Personal in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit, also auf die in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Beschäftigten.

3 Berücksichtigt werden hier nur die Ausgaben der kommunalen örtlichen Ebene. Finanzielle Aufwendungen des überörtlichen Trägers sowie der Landesebene werden hier nicht berücksichtigt. Angesichts dessen unterscheidet sich der hier ausgewiesene Wert von den in den vorangegangenen Unterkapiteln genannten Ergebnissen.

Quelle: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen 2006 (faktisch anonymisierte Einzelangaben); eigene Berechnungen

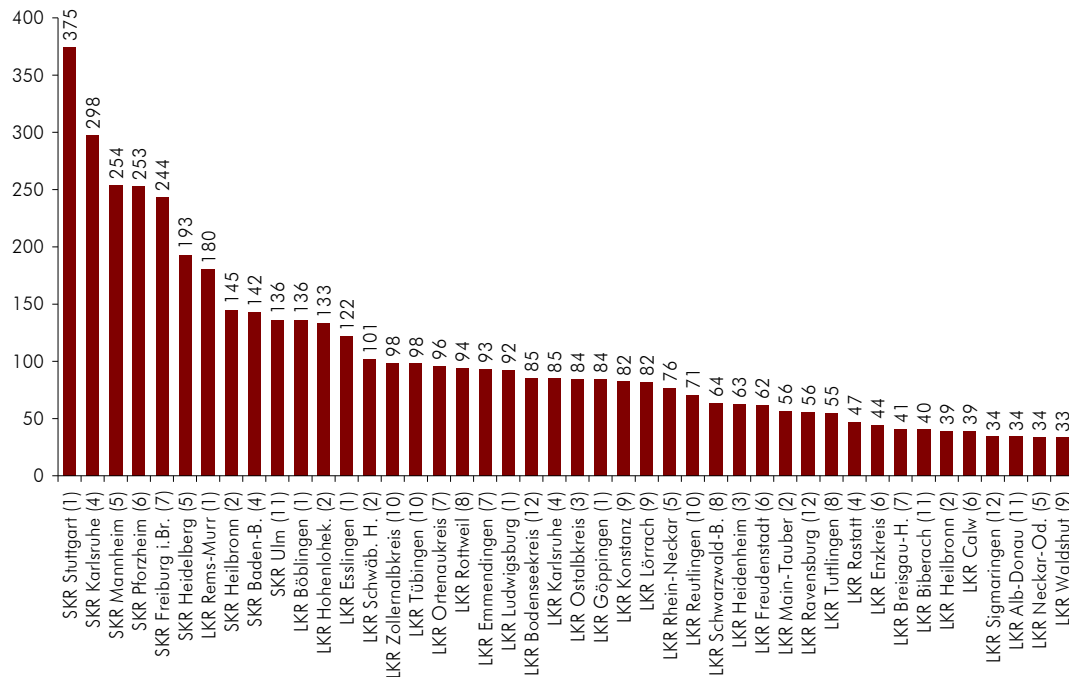
Deutlich niedriger sind hingegen insgesamt betrachtet die finanziellen Aufwendungen der Kommunen der Regionen Neckar-Alb (87), Nordschwarzwald (84), Heilbronn-Franken (80) und Ostwürttemberg (78). Mit Werten zwischen 80 und 90 EUR pro unter 21-Jährigen sind die finanziellen Aufwendungen nur halb so hoch wie in der Region Stuttgart. Mit

Werten von knapp 60 bis 70 EUR pro jungem Menschen in der genannten Altersgruppe sind die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg (70), die Region Hochrhein-Bodensee (69) sowie Bodensee-Oberschwaben (60) und schließlich Donau-Iller (57) diejenigen mit den geringsten Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg.

Die Ergebnisse zu der unterschiedlichen Höhe der finanziellen Aufwendungen spiegeln sich zu einem großen Teil in Unterschieden bei der Ressourcenausstattung für eine Infrastruktur zur Kinder- und Jugendarbeit in der Region wieder. Folgendes ist diesbezüglich zu konstatieren (vgl. Tab. 23):

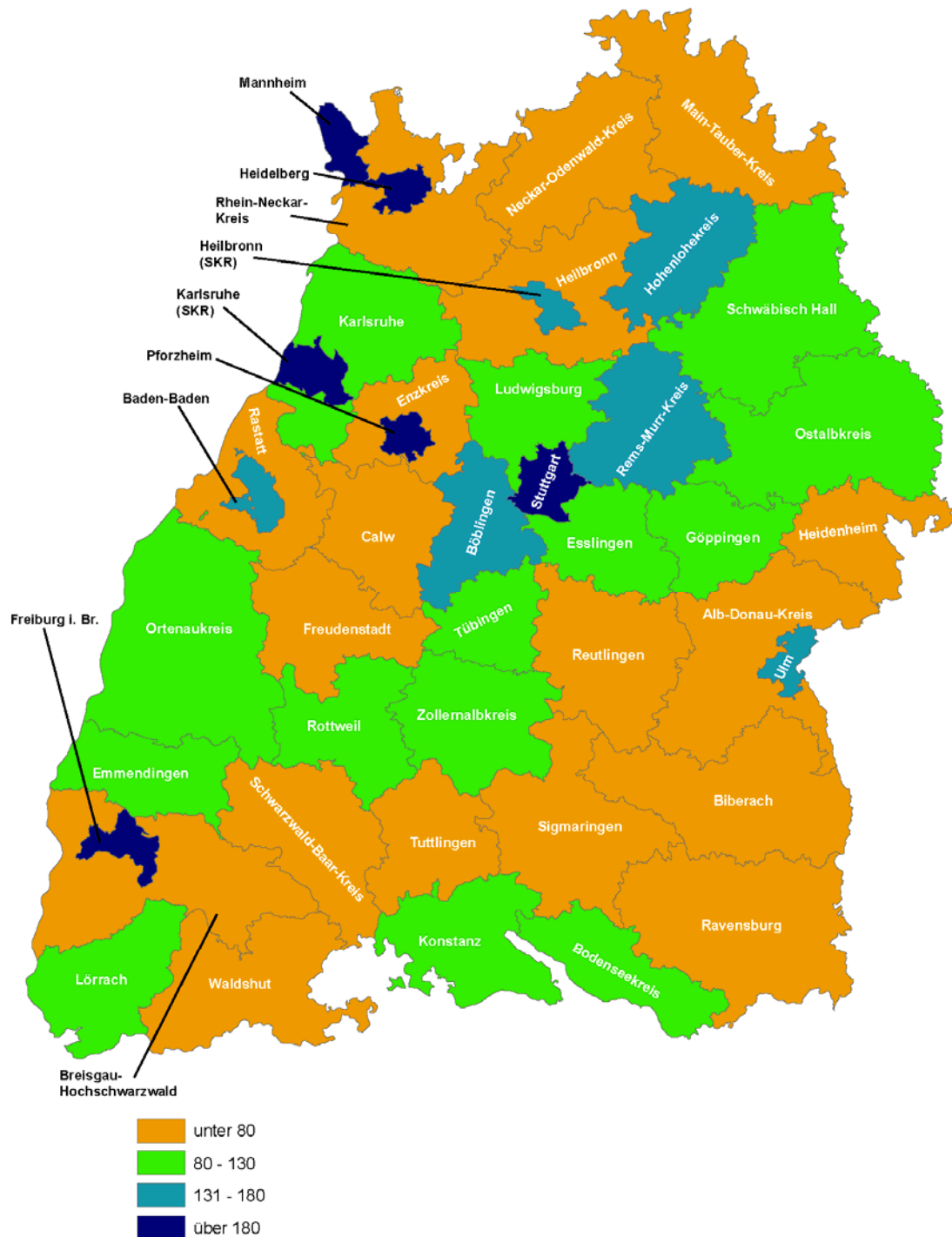
- In den 6 Regionen, in denen bezogen auf 10 Quadratkilometer 3 und mehr Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit vorhanden sind, sind auch die finanziellen Aufwendungen mit 80 bis zu 171 EUR pro unter 21-Jährigen landesweit mit die höchsten.
- Von wenigen Ausnahmen abgesehen geht die Höhe der finanziellen Aufwendungen in den Regionen einher mit einer günstigen Personalausstattung. Bei Ausgaben in einer Region von 87 EUR pro 12- bis 21-Jährigen und mehr werden, je nach Region, zwischen 36 und 45 Beschäftigte pro 10.000 der genannten Altersgruppe über die Statistik ausgewiesen. Bei geringeren Pro-Kopf-Ausgaben ist auch die Personalausstattung schlechter. Einzige Ausnahme in diesem Zusammenhang ist die Region Rhein-Neckar mit einer Personalausstattung von lediglich 23 tätigen Personen pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen bei finanziellen Aufwendungen von 128 EUR pro jungem Menschen.

Abb. 15: Finanzielle Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit nach Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg (2007; Ausgaben pro 12- bis 21-Jährigen)¹



¹ Die Zahlen in Klammern hinter den Namen der Land- und Stadtkreise stehen für die Region, in der die Kommune liegt. Das heißt im Einzelnen: (1) Region Stuttgart; (2) Region Heilbronn-Franken; (3) Region Ostwürttemberg; (4) Region Mittlerer Oberrhein; (5) Region Rhein-Neckar; (6) Region Nordschwarzwald; (7) Region Südlicher Oberrhein; (8) Region Schwarzwald-Baar-Heuberg; (9) Region Hochrhein-Bodensee; (10) Region Neckar-Alb; (11) Region Donau-Iller; (12) Region Bodensee-Oberschwaben.

– Fortsetzung nächste Seite –



Quelle: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen 2007 (faktisch anonymisierte Einzelangaben); eigene Berechnungen

Untergliedert man diese Ergebnisse weiter nach Stadt- und Landkreisen, so wird ein noch breiteres Spektrum regionaler Disparitäten für die Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit im Land erkennbar. So variieren die finanziellen Aufwendungen pro 12- bis 21-Jährigen im Jahre 2007 zwischen 375 EUR für die Landeshauptstadt Stuttgart und 33 bzw. 34 EUR in den Landkreisen Waldshut, Neckar-Odenwald, Alb-Donau und Sigmaringen (vgl. Abb. 15).

Über die kommunalen Ergebnisse bestätigen sich die erheblich höheren Ausgaben der Städte bzw. Stadtkreise für die gesamte Kinder- und Jugendarbeit. Sieht man vom Rems-Murr-Kreis einmal ab, so liegen die Pro-Kopf-Ausgaben in den kreisfreien Städten mit 136 EUR bis zu den bereits benannten 375 EUR durchweg höher als in den Landkreisen. Für diese Gruppe bewegen sich die finanziellen Aufwendungen pro jungem Menschen zwischen 12 und 21 Jahren in einem ebenfalls breiten Korridor von den bereits benannten 33 EUR im Landkreis Waldshut bis zu 180 EUR im Rems-Murr-Kreis (vgl. Abb. 15).

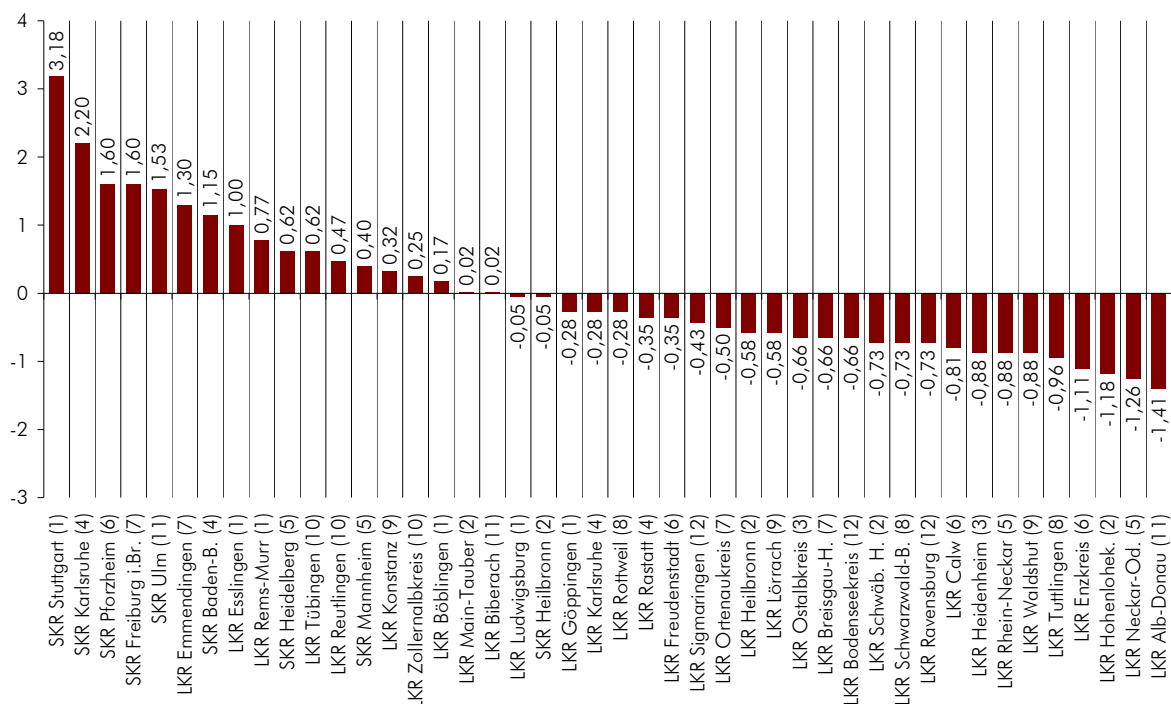
Anhand der Ergebnisse für die Regionen ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die Höhe der finanziellen Aufwendungen und die Personalausstattung in der Kommune miteinander einhergehen. Auf der Basis der 44 Stadt- und Landkreise bestätigt sich dies. So ergibt sich für diese beiden Indikatoren zur Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit mit einem Korrelationswert von $r = .751$ ein positiver statistischer Zusammenhang. Das heißt: Kommunen mit einer vergleichsweise guten Personalausstattung in der Kinder- und Jugendarbeit sind auch solche Kreise mit höheren finanziellen Aufwendungen für dieses Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe. Noch deutlicher fällt diese Verknüpfung aus, wenn man nicht ausschließlich – wie bislang – die Anzahl der tätigen Personen berücksichtigt, sondern in die Analysen zusätzlich den Beschäftigungsumfang mit einbezieht. Auf dieser Datenbasis ergibt sich zwischen der Höhe der finanziellen Aufwendungen und einem mit der wöchentlichen Arbeitszeit gewichteten Wert zur Personaldichte (vgl. Abb. 16) ein Korrelationswert von $r = .816$.⁵⁴

Bei der Betrachtung der Personalressourcen in den Kreisen können die höchsten Werte für die Landeshauptstadt Stuttgart sowie die kreisfreie Stadt Karlsruhe vermerkt werden. Von Heilbronn (-0,05) einmal abgesehen wird für die Stadtkreise, aber auch für die Landkreise Emmendingen und Esslingen jeweils eine mehr oder weniger deutliche überdurchschnittliche Personalausstattung ausgewiesen (Indexwert > 0). Im Vergleich der kreisfreien Städte fällt neben dem Heilbronner auch noch das Mannheimer (+0,40) und das Heidelberger

54 Verzichtet wird an dieser Stelle auf die Ausweisung der so genannten Vollzeitäquivalente. Auf der Datengrundlage der faktisch anonymisierten Einzelangaben ist vielmehr die Zahl der tätigen Personen je Kreis gewichtet worden mit der hierfür errechneten durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit. Somit werden ähnlich wie bei der Berechnung der Vollzeitäquivalente Beschäftigte mit einem geringen wöchentlichen Beschäftigungsumfang weniger gewichtet als Vollzeitbeschäftigte.

Ergebnis (+0,62) gegenüber den anderen sechs Stadtkreisen ab, obgleich – über das gesamte Land betrachtet – die Personalausstattung in Mannheim und Heidelberg im oberen Drittel des Kreisvergleichs zu verorten ist (vgl. Abb. 16). Die beiden genannten Resultate müssen in einem Zusammenhang zur Höhe der finanziellen Aufwendungen in den Kommunen gesehen werden. Sowohl in Heidelberg mit Pro-Kopf-Ausgaben in Höhe von 193 EUR als auch in Mannheim mit 254 EUR ist das Ausgabenniveau niedriger als die für die Stadtkreise insgesamt ermittelten 271 EUR pro 12- bis 21-Jährigen.

Abb. 16: Personalressourcenindex (z-Werte)¹ für die Kinder- und Jugendarbeit in den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg (2006)²



1 Dargestellt werden hier die Zahl der in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Personen für die Stadt- und Landkreise. Um so genannte „Teilzeiteffekte“ auszuschließen, wird die Anzahl der Beschäftigten mit dem für den Kreis durchschnittlichen wöchentlichen Beschäftigungsumfang gewichtet und anschließend relativiert auf die Zahl der jungen Menschen im Alter von 12 bis 21 Jahren. Dargestellt sind hierzu mittels einer z-Transformation standardisierte Werte (Mittelwert = 0; Standardabweichung = 1).

2 Vgl. Fußnote 1 bei Abb. 14)

Quelle: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen 2007 (faktisch anonymisierte Einzelangaben); eigene Berechnungen

Eine für Baden-Württemberg in etwa durchschnittliche Personalausstattung können vom Zollernalbkreis (+0,25) bis hin zum Landkreis Rottweil (-0,28) konstatiert werden. Die schlechteste Personalausstattung werden diesen Berechnungen zufolge hingegen vom Enzkreis (-1,11) bis hin zum Landkreis Alb-Donau (-1,41) ausgewiesen. Beide Kommunen weisen im interkommunalen Vergleich mit 34 EUR bzw. 44 EUR pro 12- bis 21-Jährigen mit das niedrigste Ausgabenniveau auf.

Diese interkommunalen Differenzen stehen zunächst einmal für eine ungleiche Ausstattung eines bestimmten Segmentes der Kinder- und Jugendarbeit. Es geht hier um Hinweis auf eine ungleiche Ausstattung einer im Wesentlichen beruflich organisierten Kinder- und Jugendarbeit. Daraus lassen sich allerdings noch keine Schlussfolgerungen hinsichtlich der Verbreitung einer im Wesentlichen ehrenamtlich basierten Kinder- und Jugendarbeit ziehen, die traditionell eher in ländlich geprägten Regionen anzutreffen ist.

6.7.2 Personal- und Beschäftigungssituation

Regionale Disparitäten zeigen sich nicht nur mit Blick auf die Ausstattung einer Infrastruktur für die Kinder- und Jugendarbeit in den Stadt- und Landkreisen. Darüber hinaus ist in den Regionen auch von Unterschieden mit Blick auf die Personal- und Beschäftigungssituation in der Kinder- und Jugendarbeit auszugehen. Im Folgenden werden hierzu Kreisergebnisse zum Frauenanteil (a), zur Altersstruktur (b) sowie zum Beschäftigungsumfang (c) ausgewertet.

(a) Anteil weiblicher Beschäftigter: Landesweit lag Ende 2006 der Anteil der weiblichen Beschäftigten an allen über die Statistik erfassten tätigen Personen in der Kinder- und Jugendarbeit Baden-Württembergs bei nicht ganz 56% – Tendenz steigend.

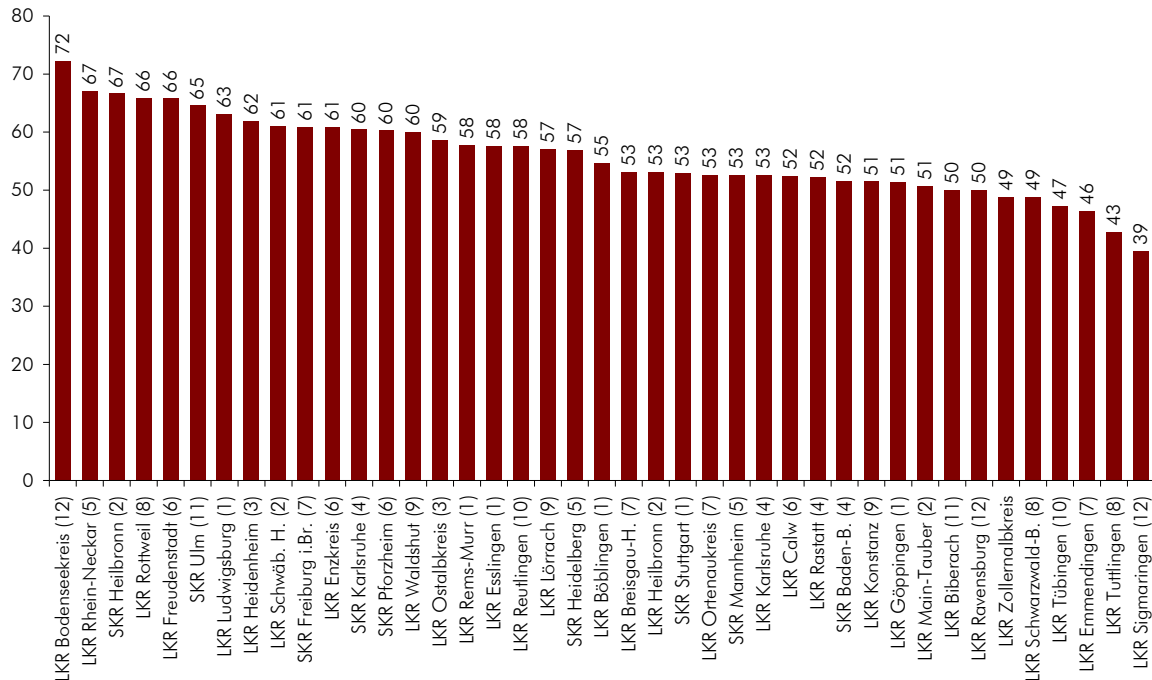
Differenziert man die Ergebnisse nach Stadt- und Landkreisen, sind die Unterschiede beim Frauenanteil marginal. Zusammengenommen sind in den neun kreisfreien Städten 57% der in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Personen weiblich, für die Landkreise liegt dieser Wert bei 55%. Differenzen werden hingegen deutlich, betrachtet man die Ergebnisse der einzelnen Stadt- und Landkreise. Hier variiert die Quote zwischen 39% im Landkreis Sigmaringen und 72% im Bodenseekreis (vgl. Abb. 17).

Zu den Gründen für diese erheblichen kommunalen Unterschiede können an dieser Stelle keine zuverlässigen Aussagen gemacht werden. Möglich wäre, dass die Geschlechterverteilung einen Hinweis auf die jeweilige altersmäßige Zusammensetzung der Kinder- und Jugendarbeit in den Kreisen gibt, sofern man davon ausgeht, dass die weiblichen Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit eher mit jüngeren Altersgruppen arbeiten. Nicht auszuschließen ist aber auch, dass möglicherweise die bestehenden Beschäftigungsbedingungen, vor allem die Teilzeitbeschäftigung, dazu beigetragen haben, dass in immerhin 11 der 44 Kreise die Frauenquote bei über 60% liegt.

Auch wenn die deutlichen regionalen Unterschiede an dieser Stelle nicht aufgeklärt werden können, so sollten diese Ergebnisse auf der örtlichen Ebene immer auch vor dem Hintergrund diskutiert werden, dass Kinder und Jugendliche in der Kinder- und Jugendarbeit die Möglichkeit haben sollten, sowohl männliche als auch weibliche Bezugspersonen zu

erleben (vgl. auch Kap. 6.6.1). Für das Aufwachsen junger Menschen ist das eine wichtige Voraussetzung, die eventuell in einigen Kreisen besser gegeben ist als in anderen.

Abb. 17: Anteil der weiblichen Beschäftigten an allen tätigen Personen in der Kinder- und Jugendarbeit nach Land- und Stadtkreisen¹ in Baden-Württemberg (2006; in %) ²



1 Nicht ausgewiesen werden u.a. aus Datenschutzgründen die Ergebnisse für den Hohenlohekreis (n = 10), den Neckar-Odenwald-Kreis (n = 7) sowie den Alb-Donau-Kreis (n = 4). Berücksichtigt werden demnach nur die Kreisergebnisse mit 20 und mehr Fachkräften in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit.

2 Die Zahlen in Klammern hinter den Namen der Land- und Stadtkreise stehen für die Region, in der die Kommune liegt. Das heißt im Einzelnen: (1) Region Stuttgart; (2) Region Heilbronn-Franken; (3) Region Ostwürttemberg; (4) Region Mittlerer Oberrhein; (5) Region Rhein-Neckar; (6) Region Nordschwarzwald; (7) Region Südlicher Oberrhein; (8) Region Schwarzwald-Baar-Heuberg; (9) Region Hochrhein-Bodensee; (10) Region Neckar-Alb; (11) Region Donau-Iller; (12) Region Bodensee-Oberschwaben.

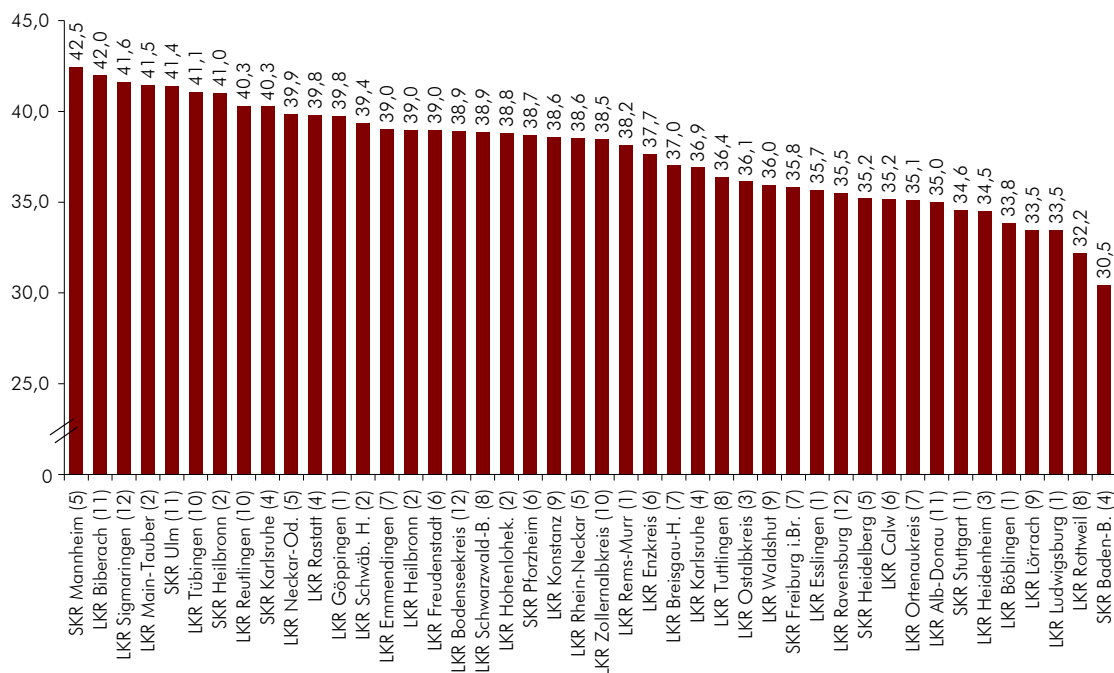
Quelle: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen 2007 (faktisch anonymisierte Einzelangaben); eigene Berechnungen

(b) **Altersstruktur:** Die Beschäftigten in der Kinder- und Jugendarbeit sind im Schnitt – Stand Ende 2006 – 37,5 Jahre alt. Im Vergleich zu anderen Bundesländern weist Baden-Württemberg dabei einen hohen Anteil von jüngeren Beschäftigten aus. Im Kreisvergleich variiert das Durchschnittsalter der in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Fachkräfte allerdings erheblich: von 30,5 Jahren in Baden-Baden sowie 42,5 Jahren in Mannheim oder auch von 32,2 Jahren im Landkreis Rottweil bis zu 42 Jahren im Landkreis Biberach (vgl. Abb. 18). Dies zeigt bereits, dass sich das Jugendarbeitspersonal im Vergleich von Stadt- und Landkreisen nicht grundsätzlich unterscheidet. So liegt der Anteil der unter 40-Jährigen in den Städten bei 57% und in den Landkreisen bei 55%.

Insgesamt können 4 Gruppen von Kreisen unterschieden werden: In 7 der 44 Kreise liegt das Durchschnittsalter der Beschäftigten bei unter 35 Jahren, in 12 weiteren Kommunen ist das Personal im Schnitt 35 bis 37 Jahre und in 16 weiteren Kreisen zwischen 38 und 40

Jahre alt. Ein Durchschnittsalter von über 40 Jahren wird unterdessen für insgesamt neun Kommunen ausgewiesen (vgl. Abb. 18). Angesichts dieser erheblichen regionalen Unterschiede stellt sich die Frage nach den Auswirkungen der Altersstruktur auf die örtliche Kinder- und Jugendarbeit, und zwar nicht zuletzt mit Blick auf den pädagogischen Alltag, die Organisation des Feldes vor Ort oder auch bezogen auf die politische Relevanz.

Abb. 18: Durchschnittsalter der in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Personen nach Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg (2006; Alter in Jahren)



- 1 Die Zahlen in Klammern hinter den Namen der Land- und Stadtkreise stehen für die Region, in der die Kommune liegt. Das heißt im Einzelnen: (1) Region Stuttgart; (2) Region Heilbronn-Franken; (3) Region Ostwürttemberg; (4) Region Mittlerer Oberrhein; (5) Region Rhein-Neckar; (6) Region Nordschwarzwald; (7) Region Südlicher Oberrhein; (8) Region Schwarzwald-Baar-Heuberg; (9) Region Hochrhein-Bodensee; (10) Region Neckar-Alb; (11) Region Donau-Iller; (12) Region Bodensee-Oberschwaben.

– Fortsetzung nächste Seite –

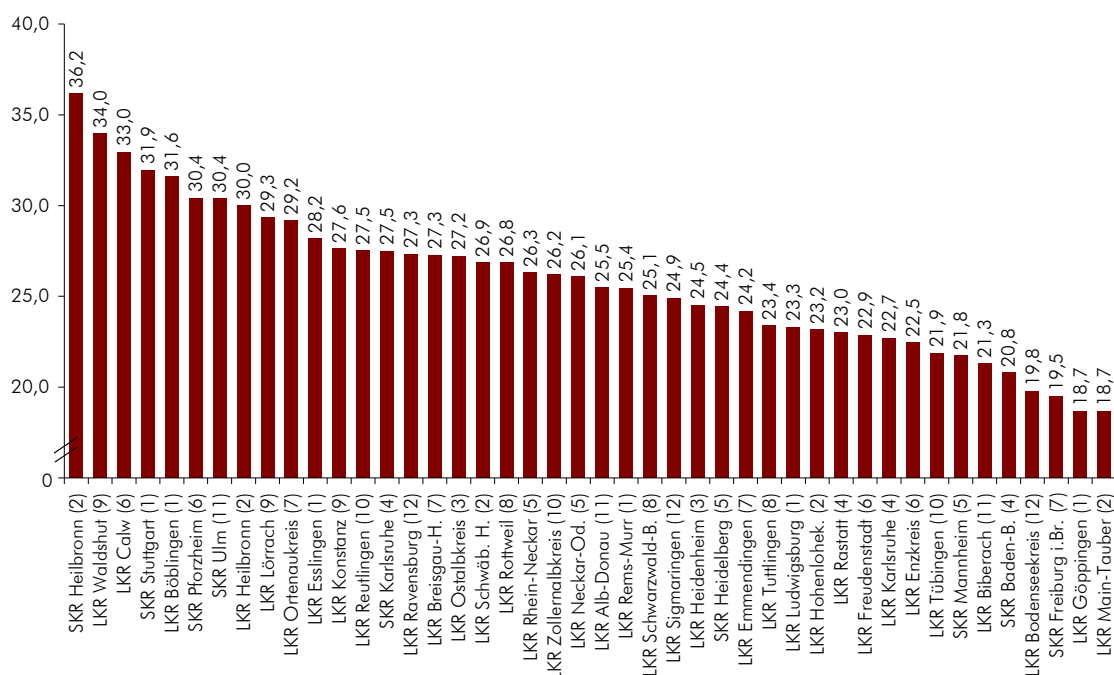


Quelle: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen 2007 (faktisch anonymisierte Einzelangaben); eigene Berechnungen

(c) *Beschäftigungsumfang*: Im Durchschnitt ist eine Fachkraft in Baden-Württemberg wöchentlich 26 Stunden in der Kinder- und Jugendarbeit tätig. Im Kreisvergleich variiert dieser Wert zwischen unter 19 Stunden im Landkreis Göppingen sowie im Main-Tauber-Kreis sowie über 36 Stunden in Heilbronn (vgl. Abb. 19).

Drei Gruppen von Kreisen können mit Blick auf den durchschnittlichen wöchentlichen Beschäftigungsumfang unterschieden werden. In etwa 18 Kommunen wird diesbezüglich ein Wert von bis zu 24 Stunden erreicht. In einer fast gleichstarken Gruppe mit 19 Kreisen werden diesbezüglich Ergebnisse zwischen knapp 25 Stunden und 30 Stunden erreicht. Über 30 Stunden im Durchschnitt sind schließlich die Beschäftigten in der Kinder- und Jugendarbeit in 9 Kreisen beschäftigt (vgl. Abb. 19). Diese Werte deuten schon darauf hin, dass Honorartätigkeiten auf der einen, aber auch Voll- und Teilzeitbeschäftigungen auf der anderen Seite in den jeweiligen örtlichen Personalstrukturen eine ganz unterschiedliche Bedeutung haben.

Abb. 19: Durchschnittlicher wöchentlicher Beschäftigungsumfang der in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Personen nach Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg (2006; Angaben in Stunden pro Woche)



- 1 Die Zahlen in Klammern hinter den Namen der Land- und Stadtkreise stehen für die Region, in der die Kommune liegt. Das heißt im Einzelnen: (1) Region Stuttgart; (2) Region Heilbronn-Franken; (3) Region Ostwürttemberg; (4) Region Mittlerer Oberrhein; (5) Region Rhein-Neckar; (6) Region Nordschwarzwald; (7) Region Südlicher Oberrhein; (8) Region Schwarzwald-Baar-Heuberg; (9) Region Hochrhein-Bodensee; (10) Region Neckar-Alb; (11) Region Donau-Iller; (12) Region Bodensee-Oberschwaben.



Quelle: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen 2007 (faktisch anonymisierte Einzelangaben); eigene Berechnungen

6.8 Zusammenfassung ausgewählter Befunde

Stand und Entwicklung einer Infrastruktur: Baden-Württemberg liegt bei den Eckwerten zur Infrastruktur einer Kinder- und Jugendarbeit in der Regel unter dem Bundesergebnis. Das gilt für die Zahl der Einrichtungen und der Beschäftigten, aber auch für die finanziellen Aufwendungen. Zwar fällt der Ländervergleich für Baden-Württemberg etwas günstiger aus, wenn man als Referenzrahmen – und das ist sicherlich angemessener – die anderen westdeutschen Flächenländer (z.B. Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bayern usw.) hinzuzieht und dann auch noch die Zahl der Beschäftigten in so genannte Vollzeitäquivalente umrechnet. Dennoch weist vieles darauf hin, dass die vorhandene, auf Einrichtungen und berufstätigem Personal basierende Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg zumindest quantitativ nicht im vorderen Feld des Ländervergleichs liegt.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg finanziell schlechter ausgestattet erscheint als in anderen Bundesländern. Dass dem so ist, könnte in einem Zusammenhang stehen mit der randständigen Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit in den kommunalen Etats für die Kinder- und Jugendhilfe. So werden gerade einmal 5,8% der finanziellen Aufwendungen für die Kinder- und Jugendhilfe in Baden-Württemberg für die Kinder- und Jugendarbeit eingesetzt. Will man diesbezüglich etwa einen vergleichbaren Anteil von 6,5% wie Niedersachsen erreichen, dann müssten die finanziellen Aufwendungen im Land um insgesamt 18,1 Mio. EUR gesteigert werden (+12%). Um einen vergleichbaren Anteil wie Bayern mit 7% zu erreichen, bedarf es einer Zunahme der finanziellen Aufwendungen um fast 32 Mio. EUR (+20%).

Trotz vergleichsweise geringer Beschäftigtenzahlen sowie eines niedrigen Ausgabenniveaus sind für Baden-Württemberg, wie für die anderen Bundesländer auch, Rückgänge bei den notwendigen Ressourcen der Infrastruktur für die Kinder- und Jugendarbeit zu beobachten. Demnach zeigt sich, dass in Baden-Württemberg in ähnlicher Weise wie in vielen anderen Bundesländern in Ost- und Westdeutschland das Beschäftigungsvolumen zwischen 1998 und 2006 zurückgegangen ist. Darüber hinaus vermeldet die Statistik auch geringere Maßnahmen und Teilnahmezahlen für die öffentlich geförderte Kinder- und Jugendarbeit.

Personalentwicklung: Positiver fällt die Bilanz für Baden-Württemberg mit Blick auf die Beschäftigten in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit aus. Vor dem Hintergrund einer Zunahme älterer Beschäftigter ist ferner zu konstatieren, dass sich die Kinder- und Jugendarbeit nach wie vor auf dem Weg einer Professionalisierung befindet. Gestiegen ist in den letzten Jahren insbesondere der Anteil der diplomierten Fachkräfte in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit.

Mit Blick auf die Beschäftigungsbedingungen der in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Personen ist ferner festzuhalten, dass der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in Baden-Württemberg der Verteilung in den westlichen Bundesländern insgesamt entspricht. Bemerkenswert ist der hohe Anteil von tätigen Personen mit einem wöchentlichen Beschäftigungsumfang von 11 bis 20 Stunden. Das sind vor allem 19- und 20-Stunden-Kräfte, also Halbtagsbeschäftigte.

Regionale Disparitäten: Die Befunde zur Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit mit Blick auf die Einrichtungen, die Beschäftigten sowie öffentlichen Ausgaben, aber auch die Hinweise zur Personalstruktur und zu den Beschäftigungsbedingungen haben gezeigt, dass die diesbezüglich zu konstatierenden regionalen Disparitäten für Baden-Württemberg erheblich sind. Allein vom Landesergebnis aus auf die örtlichen Gegebenheiten in der Kinder- und Jugendarbeit schließen zu wollen, um so auf kommunaler Ebene die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort weiterzuentwickeln, ist somit kein angemessener Weg. Die Kinder- und Jugendhilfe im Allgemeinen sowie die Kinder- und Jugendarbeit im Besonderen als Bereiche des Erziehungs-, Bildungs- und Sozialwesens, die zu wesentlichen Teilen auf der örtlichen Ebene organisiert und ausgestaltet werden, benötigen eine empirische Datengrundlage, die die regionalen Disparitäten auf der örtlichen Ebene berücksichtigt und systematisch aufbereitet, etwa in Form eines „Jugendarbeitsatlas Baden-Württemberg“. Dies könnte eine wichtige Ergänzung zur kommunalen Jugendhilfeplanung sein.⁵⁵

So sind die zu beobachtenden regionalen Unterschiede ebenso bemerkenswert wie die deutlich gewordenen systematischen Zusammenhänge, um auf diese Weise ein für die Kinder- und Jugendarbeit zukunftsweisendes Bedingungsgefüge zu entwickeln.⁵⁶ Aber auch für die Gestaltung der örtlichen Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit sowie für die überörtliche Setzung von Rahmenbedingungen sind diese empirischen Befunde eine notwendige Ergänzung und empirische Grundlage. Diese können eine Orientierungs- und Anregungsfunktion übernehmen, ermöglichen sie es doch in diesem Fall für die Kinder- und Jugendarbeit „über die eigene Kirchturmspitze“ hinauszuschauen und unter Umständen aus interkommunalen Vergleichen für die Gestaltung der eigenen Praxis zu lernen.

55 Das bestätigen Erfahrungen mit dem überörtlichen Berichtswesen in Baden-Württemberg (vgl. KVJS 2008) sowie der hiesigen IBÖ (Integrierte Berichterstattung auf örtlicher Ebene) (vgl. LWV 2004), zeigen aber beispielsweise auch entsprechende Instrumente für die Hilfen zur Erziehung und die Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen (vgl. Liebig 2007; Pothmann 2005).

56 Anders als für die Leistungen der Hilfen zur Erziehung (vgl. z.B. Bürger 2007) fehlt es an einem Modell zur Erklärung regionaler Disparitäten bei der Ausstattung einer Infrastruktur zur Kinder- und Jugendarbeit.

7 Verbandliche und Offene Kinder- und Jugendarbeit

7.1 *Verbandliche Kinder- und Jugendarbeit*

Die Jugendverbandsarbeit verkörpert neben der offenen Jugendarbeit eines der beiden zentralen Settings im Gesamtfeld der Kinder- und Jugendarbeit. Anders als die offene Jugendarbeit ist die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit ein überwiegend ehrenamtlich geprägtes Arbeitsfeld.⁵⁷ In den vergangenen hundert Jahren haben sich die Verbände zu einem wesentlichen Träger der Kinder- und Jugendarbeit entwickelt und gehören neben Kommunen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Initiativen zu den zentralen Trägern der gesamten Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland (vgl. Gängler 2002). Auch heute noch gelten sie neben der Familie als eine wichtige außerschulische Sozialisationsinstanz.

Jugendverbände sind zur Zeit des deutschen Kaiserreichs als Organisationen wert- und milieugebundenen sozialen Engagements aus den sozial-kulturellen Milieus jener Zeit und der damit verbundenen Vereinskultur hervorgegangen. Ihre historischen Wurzeln liegen zum einen in der bürgerlichen und der sozialistischen Jugendbewegung, zum anderen in der Verbandsbildung im Rahmen der Jugendpflege. Aus ursprünglich zumeist kleinen, auf lokaler Ebene agierenden Gruppierungen und Vereinen mit nur gering ausgeprägten überregionalen Strukturen haben sich im Lauf der Zeit eher größere, auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene agierende Organisationen entwickelt.

Zu den Jugendverbänden in Baden-Württemberg gehört eine Vielzahl von Organisationen, die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit auf der Basis von Freiwilligkeit, Selbstorganisation und spezifischen Wertorientierungen durchführen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, insbesondere einigen Pfadfinderorganisationen, sind sie an Erwachsenenorganisationen angegliedert (vgl. Gängler 2002). Gemäß ihren Organisationszielen lassen sie sich in Freizeit-, Sport- und Naturschutzverbände, in Hilfsorganisationen sowie in politische, kulturelle, berufsständische und konfessionelle Jugendorganisationen untergliedern.

Für Heranwachsende erfüllen sie insgesamt Funktionen als soziale und kulturelle Bildungs- und Freizeitorte. Sie bieten Räume und Gelegenheiten der Begegnung und Gemeinschaft mit Gleichaltrigen oder Erwachsenen, der Auseinandersetzung mit Sinn- und Wertfragen sowie der Unterstützung im jugendlichen Alltag (vgl. Böhnisch/Gängler/Rauschenbach 1991; BMFSFJ 2005). Als gemeinsame Rahmenbedingungen ihrer Arbeit lassen sich folgende Charakteristika nennen: Freiwilligkeit der Teilnahme und Mitarbeit,

57 Allerdings sind die Jugendverbände in Baden-Württemberg auch Träger von Einrichtungen wie Jugendzentren, Freizeitheimen und Häusern der offenen Tür und decken in dieser Angebotsform (ohne Einrichtungen der Stadtranderholung) ca. 18% (n=262) aller Vollzeitstellen ab (n=1.433; vgl. Kap. 7.2.2).

Milieunähe, Wertgebundenheit, Selbstorganisation und Mitbestimmung, Ehrenamtlichkeit, vereinsmäßige Organisationsstrukturen und ebensolche Finanzierung (vgl. Dux 2000; Thole 2000).

7.1.1 Struktur der Jugendverbände

Die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit ist Teil der sozialen Infrastruktur Baden-Württembergs und bietet flächendeckend Angebote für Kinder und Jugendliche an. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) stellt die wesentliche rechtliche Grundlage für die Arbeit der Jugendverbände dar. Dabei besagt § 12 SGB VIII, dass die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände vom öffentlichen Träger gefördert werden soll. Dem Gesetz zufolge wird die Jugendarbeit in den Jugendverbänden von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und auch von ihnen mit verantwortet. Demgemäß ist die Arbeit der Jugendverbände auf Dauer angelegt und in der Regel auf die eigenen Mitglieder ausgerichtet; sie kann aber auch Angebote für Nicht-Mitglieder bereitstellen. Zudem haben Jugendverbände die jugendpolitische Aufgabe der Interessenvertretung junger Menschen.

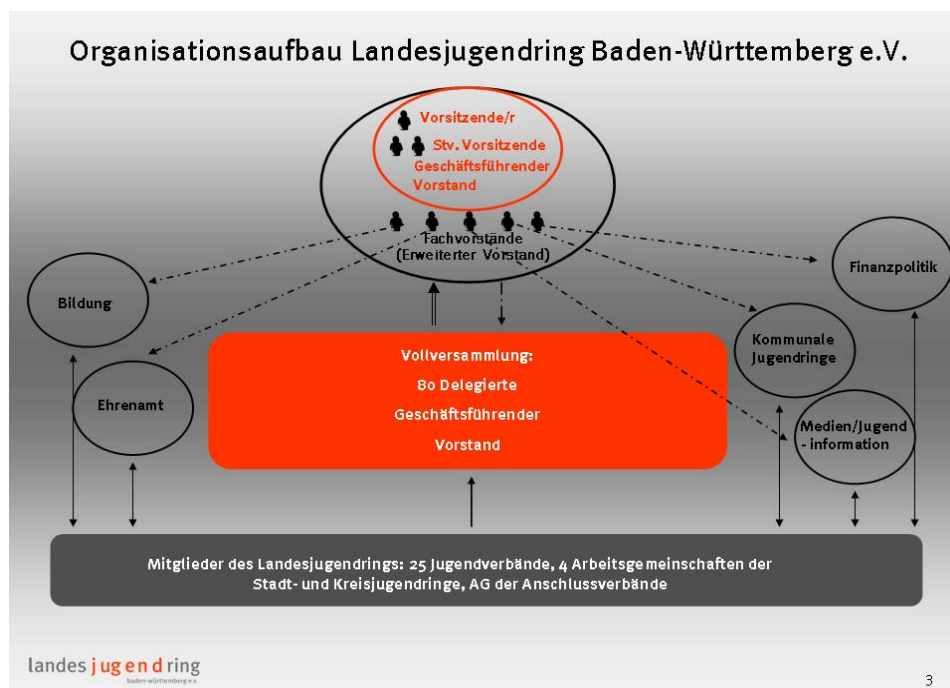
In Baden-Württemberg nehmen die Jugendverbände eine besondere Stellung ein. So werden in § 12 der Landesverfassung die Jugendverbände als eigenständiger Erziehungsträger neben Schule und Familie genannt und ihnen somit ein hoher Stellenwert im Prozess des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen eingeräumt. Jugendverbandsarbeit als Teil der Jugendarbeit soll laut § 11 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes auf Bundesebene Kinder und Jugendliche „zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen“.

Die Jugendverbände in Baden-Württemberg haben sich in freiwilligen Arbeitsgemeinschaften, den Jugendringen, auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene zusammengeschlossen. Im Landesjugendring (LJR), dem Zusammenschluss der Jugendverbände auf Landesebene (vgl. Abb. 20), sind zurzeit 25 Organisationen Mitglied, die ein breites Spektrum der Jugendverbandsarbeit abdecken: von den konfessionellen über musische und kulturelle, freizeitbezogene, ökologische bis hin zu politischen und gewerkschaftlichen Verbänden sowie den Jugendverbänden im Hilfebereich (z.B. Jugendfeuerwehr, Jugendrotkreuz)⁵⁸.

58 Im Landesjugendring Baden-Württemberg sind die folgenden Jugendverbände vertreten (in alphabetischer Reihenfolge): Adventjugend BW, Akkordeonjugend BW, Arbeiter-Samariter-Jugend, Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Baden und Württemberg, Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Bund Deutscher PfadfinderInnen, Bund der Landjugend, DJO-Deutsche Jugend in Europa, Deutsche Wanderjugend, Gewerkschaftsjugend (DGB), Jugend des deutschen Alpenvereins, Jugend der DLRG, Jugendfeuerwehr, Jugendrotkreuz Baden-Württemberg, Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt, Jugendwerk Evangelischer Freikirchen, Naturfreundejugend, Naturschutzjugend Baden-Württemberg, Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände, Ring deutscher Pfadfinderverbände, Ring junger Bünde Ba-

Unter der AG „Anschlussverbände“ sind weitere Organisationen vereinigt, die die Voraussetzungen für eine volle Mitgliedschaft (bislang) nicht erfüllen. Der Landesjugendring hat Selbstorganisationen junger Migrantinnen und Migranten in seinem Mitgliederspektrum und hat Kontakt zu weiteren, die die Bedingungen für eine Mitgliedschaft (noch) nicht vollständig einlösen. Über die regionalen Arbeitsgemeinschaften der kommunalen Jugendringe sind dem LJR ca. 110 Stadt- und Kreisjugendringe angeschlossen. Die kommunalen Jugendringe in Baden-Württemberg sind die Schnittstellen der Jugendverbände zu den kommunalpolitischen und lokalen Strukturen.

Abb. 20: Organisationsaufbau des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V.



Quelle: Landesjugendring Baden-Württemberg

Dort, wo die Jugendringe tragfähige und teilweise berufliche Strukturen haben, gestalten sie aktiv Jugendpolitik: durch das Engagement in den Jugendhilfeausschüssen sowie durch regelmäßige Kontakte und Kooperationen mit den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe (vgl. Gragert u.a. 2006). In den Arbeitsgemeinschaften Südwürttemberg, Nordwürttemberg, Südbaden und Nordbaden sind die Jugendringe auf der Ebene der Stadt- und Landkreise zusammengefasst. Jede dieser Arbeitsgemeinschaften ist, ebenso wie die Mitgliedsverbände, in der Vollversammlung vertreten. Die Vollversammlung wird aus den Delegierten der einzelnen Verbände gebildet. Sie plant und legt die Richtlinien für die gemeinsame Arbeit fest und entscheidet in grundlegenden Fragen (Gesamtplanung, Finanzfragen, Fragen der Mitgliedschaft).

Die Jugendverbände finanzieren sich überwiegend aus öffentlichen Mitteln sowie in geringerem Maß aus zusätzlichen anderen Quellen wie Zuwendungen der Erwachsenenorganisationen, Eigenmitteln z.B. aus Mitglieder- und Teilnehmerbeiträgen sowie aus diversen Sonder-, Modell- und Zusatzprogrammen öffentlicher und privater Geldgeber und Stiftungen (etwa der Jugendstiftung Baden-Württemberg). Auf Landesebene ist das Hauptförderungsinstrument der Landesjugendplan (vgl. Kap. 4.4). Zudem sind die Kommunen an der finanziellen Förderung der Jugendverbandsarbeit beteiligt (vgl. Kap. 4.3).

Eine wichtige Aufgabe des Landesjugendrings als Zusammenschluss der Jugendverbände auf Landesebene ist die Sicherung der Finanzen, sowohl für die ganze Breite der Maßnahmen der Jugendgruppen vor Ort, soweit diese nicht lokal finanziert werden, als auch für die Koordinierungsaufgaben und Geschäftsstellen der Jugendverbände auf Landesebene. Der LJR berät die Mitgliedsorganisationen in Finanzierungsfragen, insbesondere bezüglich des Landesjugendplans und arbeitet bei der Entwicklung von neuen Förderprogrammen mit. Die Geschäftsstelle des Landesjugendrings ist Antrags- und Bewilligungsstelle für die Förderung der Jugendarbeit durch den Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) Baden-Württemberg. Darüber ist die Förderung von überregionalen Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit sowie von Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich zur Landesjugendplanförderung möglich. Über die Jugendstiftung Baden-Württemberg können zeitlich begrenzte Projekte finanziert werden.

Die Kinder- und Jugendarbeit ist in Bezug auf öffentliche Fördermittel auf die Kooperation von Land und Kommune angewiesen. Allerdings beklagen die Jugendverbände, dass hier ständige Zuständigkeitsverschiebungen stattfänden und jeder Finanzgeber (Kommune, Land, Jugendstiftung) auf die Zuständigkeit des jeweils anderen verweise. Die Förderung der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit durch die Kommunen stellt sich nach Auskunft der Jugendverbände regional sehr unterschiedlich dar. So sind in einigen Kommunen deutliche Rückgänge der Fördermittel zu vermerken (vgl. Kap. 6.5).

Um die Infrastruktur zu erhalten, braucht die Jugendverbandsarbeit als Planungsgröße eine erwartbare Grundfinanzierung. Erst auf dieser Basis scheinen Projekt- und Modellförderungen sinnvoll. Wie Jugendverbandsvertreter und -vertreterinnen immer wieder beklagen, sind Anträge auf Projektförderung bei Stiftungen etc. als alternative oder zusätzliche Finanzierungswege in aller Regel sehr komplex und umfangreich. Kleine Verbände könnten so kaum die Antragstellung bewältigen, vor allem, wenn nicht sicher sei, dass das Geld auch wirklich bewilligt werde. Auch würden die Angebote und Angebotsformen der Jugendverbände vielseitiger und passten deshalb oft nicht mehr mit den Statuten des Landesjugendplans zusammen. Von daher werde eine Beantragung immer schwieriger. Zudem wird hier das Problem gesehen, dass durch Fördervorgaben der Geldgeber Verbände Angebote durchführen, die eher den Interessen des Geldgebers als den verbandlichen Zielen und Werten entsprächen.

Projektförderung gibt es für innovative Projekte, die aber nachhaltig sein sollen. Die Verbände bemängeln, dass aber vor allem die Logik der Befristung bei der Projektförderung im Widerspruch zur Nachhaltigkeitsforderung stehe: Am Ende des Projektzeitraums enden auch die finanziellen Mittel und damit mangels Alternativen häufig auch die Projekte. Damit fallen notgedrungen auch die Personalstellen, d.h. die Ansprechpersonen und Kontakte weg. Ernsthafte Nachhaltigkeit sei so kaum möglich. Die Mitarbeiter/innen derartiger Projekte könnten nur befristet angestellt werden und hätten somit keine kontinuierliche Perspektive. Die Kinder- und Jugendarbeit brauche aber Mitarbeiter/innen, die längerfristig als Bezugspersonen zur Verfügung stehen und somit auch längerfristige Perspektiven entwickeln können.

Einer umfassenden Studie zur Realität und Reichweite von Jugendverbandsarbeit zufolge sind Vorgaben durch die Politik oder die Erwachsenenorganisationen in Bezug auf Programme und Ziele und ihre sozialpolitische Inpflichtnahme kontraproduktiv, will man Jugendverbände als Orte und Gelegenheiten der Selbstbildung, Selbstorganisation und eigenen Gestaltung von Heranwachsenden erhalten. „Jugendverbände brauchen eine Grundfinanzierung, die sie nicht an von außen vorgegebene Programmziele bindet und damit ihren Freiraum nicht gefährdet, Wege und Formen zu entwickeln, durch die intentionale Bildungsziele und Selbstbildungsprozesse miteinander vermittelt werden können“ (Fauser/Fischer/Münchmeier 2006, S. 293).

7.1.2 Die Datenlage zur verbandlichen Jugendarbeit

Die Jugendhilfestatistik kann gegenwärtig das Leistungsspektrum der Jugendverbände nur unvollständig erfassen, da hier weder die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch die nicht öffentlich geförderten Angebote in Form der Kinder- und Jugendgruppen der Verbände einbezogen werden. Insbesondere diese beiden Punkte, die ehrenamtliche Mitarbeit und die Gruppenarbeit, machen aber einen zentralen Bestandteil jugendverbandlicher Arbeit aus. Da nur geförderte Maßnahmen, aber nicht die Gruppenarbeit in der amtlichen Statistik erscheinen, wird ein Großteil der Leistungen, die Jugendverbände für Kinder und Jugendliche erbringen, somit dort nicht sichtbar (vgl. Ilg/Heinzmann 2009).

Für die Arbeit der Jugendverbände in Baden-Württemberg liegt jenseits der amtlichen Statistik aber auch kein anderes einheitliches Datenmaterial vor. Je nach Verband findet man mehr oder weniger empirisch belastbare Angaben zu ihrer Arbeit, die untereinander aber kaum vergleichbar sind. Hier wäre eine Form des „Wirksamkeitsdialogs“, wie er in Nordrhein-Westfalen mit den Verbänden geführt wird, zweifellos hilfreich und ein erster Schritt, um sich ein Bild über den quantitativen Umfang und die Art der unterschiedlichen Maßnahmen, über Teilnahme- und Personalzahlen in Jugendverbänden machen zu können (vgl. Landesjugendring NRW 2005). So erfährt man beispielsweise im Wirksamkeitsdialog des Landesjugendrings NRW, dass bei den durch den Landesjugendplan geförderten

und von Jugendverbänden durchgeführten Maßnahmen 84% der Mitarbeiter/innen ehrenamtlich tätig waren. Diese Zahl dürfte angesichts der insgesamt höheren Engagementquote in Baden-Württemberg hier noch höher liegen (vgl. dazu Kap. 7.1.5). Vor allem, wenn man die Leistungen der Jugendverbandsarbeit öffentlich sichtbar machen will, wäre ein solches, auf die Verbandsarbeit des Landes Baden-Württemberg bezogenes Instrument der Berichterstattung hilfreich. Dabei ist allerdings zu beachten, dass insbesondere die kleinen Jugendverbände, die vor Ort ausschließlich auf ehrenamtlichem Engagement basieren, nicht sonderlich stark belastet werden können, da es bei einer ausschließlich ehrenamtlichen Personalausstattung meist sehr schwierig ist, entsprechende Daten vorzuhalten oder aufzubereiten.

Neben den repräsentativen Erhebungen zur Kinder- und Jugendarbeit der evangelischen und der katholischen Kirche, an denen exemplarisch Aussagen zur Reichweite und zum Umfang verbandlicher Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg getroffen werden können (vgl. Kap. 8.2; Ilg/Heinzmann 2009), wurden über den Landesjugendring noch einige kleinere Erhebungen zur Verfügung gestellt, die allerdings nicht repräsentativ sind. Zudem wurden von einzelnen Verbänden auch Zahlen zu ihren Aktivitäten, Mitgliedern oder Ehrenamtlichen geliefert (etwa von der Feuerwehrjugend, der Jugendpresse, der DGB-Jugend). Diese Daten wurden für die Darstellung der verbandlichen Jugendarbeit in Baden-Württemberg einbezogen.

So hat das Jugendrotkreuz (JRK) Baden-Württemberg im Jahr 2003 eine bundesweit durchgeführte Befragung der JRK-Mitglieder landesspezifisch ausgewertet (vgl. Jugendrotkreuz Baden-Württemberg o.J.). Dabei zeigt sich, dass die Mitglieder im Jugendrotkreuz mehrheitlich (60%) zwischen 13 und 16 Jahre alt sind. Es finden sich keine Migrantinnen und Migranten unter den Mitgliedern. Von der Jugendfeuerwehr war der Jahresbericht 2008 für das Jahr 2007 verfügbar. Hier ließ sich erkennen, dass die Zahl der Mitglieder weiter gewachsen ist und dass inzwischen alle Jugendfeuerwehren weibliche Mitglieder haben (16%). Migrantinnen und Migranten sind nur in etwa einem Sechstel aller Jugendfeuerwehren vertreten und machen noch nicht einmal anderthalb Prozent aus. Dies hat sicher auch eine Ursache darin, dass die Freiwillige Feuerwehr vor allem in ländlichen Gebieten tätig ist, in denen es weniger junge Menschen mit Migrationshintergrund gibt als in städtischen und großstädtischen Regionen. In Bezug auf die Beteiligung junger Frauen und junger Menschen mit Migrationshintergrund scheint jedoch noch Entwicklungsbedarf zu bestehen (vgl. Richter/Jung/Riekman 2007).

Eine Erhebung zur Jugendverbandsarbeit in Sindelfingen (vgl. Stadtjugendring Sindelfingen 2008) lässt erkennen, dass die überwiegende Mehrheit der Kinder und Jugendlichen zwischen 6 und 17 Jahren an Angeboten der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit (inklusive Sport) teilnimmt. Hier zeigte sich, dass im Jahr 2007 in Vereinen mit beruflichem Personal die Mitgliederzahlen gegenüber einer Erhebung aus dem Jahr 2000 stabil geblie-

ben sind oder sich gar erhöht haben, während die Mitgliederzahlen bei nur ehrenamtlich organisierten Vereinen abgenommen haben.

Zudem bieten die DJI-Methodenstudie 2007 sowie der Zweite Freiwilligensurvey 2004 (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006) empirische Befunde zur Teilnahme an der Kinder- und Jugendarbeit sowie dem Ehrenamt in Vereinen und Verbänden Baden-Württembergs. Aufgrund der begrenzten Datenlage – die Studien wurden für eine Repräsentativität auf Bundesebene konzipiert – können jedoch nur ansatzweise und explorative Aussagen für einzelne Länder gemacht werden. Daher wurden für den Bundesländervergleich auch nur Bundesländer ausgewählt, die pro Studie über ein (selbstdefiniertes) Mindestmaß an Teilnehmern und Teilnehmerinnen verfügten.

7.1.3 Angebote der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit

Insgesamt entfallen nach Angaben des Landesjugendrings Baden-Württemberg von den bereitgestellten Förderbeträgen der beiden Ministerien etwa 70-75% auf die Kinder- und Jugendarbeit der Jugendverbände, der Stadt- und Kreisjugendringe und des Landesjugendrings. Das heißt, dass der größte Teil der vom Land geförderten Angebote der Kinder- und Jugendberufshilfe, der außerschulischen Jugendberufshilfe, der internationalen Jugendarbeit sowie der Mitarbeiterfortbildungen durch die Jugendverbände und Jugendringe erbracht wird. Entsprechend der Jugendhilfestatistik ist dabei das Angebotsvolumen an öffentlich geförderten Maßnahmen in Baden-Württemberg offenkundig umfangreicher als in den meisten anderen Bundesländern. Zudem gehört die Zahl der hieran teilnehmenden jungen Menschen zu der höchsten in Deutschland (vgl. Kap. 6.3 und 6.5). Diese hohe Zahl an Angeboten für Kinder und Jugendliche ist – bei einer geringen beruflichen Personalausstattung der Jugendverbandsarbeit – nur möglich durch die große Zahl an Ehrenamtlichen, die sich in Baden-Württemberg in der Jugendverbandsarbeit engagieren.

Die inhaltlichen und weltanschaulichen Ziele und Programme der Jugendverbände prägen vielfach den Charakter der Angebote. Dabei ist die Jugendgruppe noch immer der Kern der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit, sowohl für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer als auch für das ehrenamtliche Personal. Daneben bestehen aber vielfältige andere Angebote von konfessionell-weltanschaulichen über politische, kulturelle, geschlechtsspezifische, freizeitbezogene oder ökologische bis hin zu unterschiedlichsten Varianten sach- und fachbezogener Angebote, etwa im Rettungswesen oder im Naturschutz, von interkulturellen Begegnungen über Workshops, Ferienlager oder Reisen bis zu politischen Aktionen, Beratungsangeboten und Projekten der Jugendsozialarbeit, großen Events und Musikveranstaltungen, offenen Angeboten oder zeitlich begrenzten Projekten. In den letzten Jahren zeigen sich ein Anwachsen projektbezogener und kurzfristiger Arbeitsformen sowie unterschiedliche Kooperationsprojekte mit Schulen.

Das breite Spektrum an Angeboten wird in vielfältigen Formen und mit unterschiedlichsten Methoden auf lokaler wie auch auf überregionaler Ebene erbracht. Verbandliche Kinder- und Jugendarbeit ist besonders in den zahlreichen Vereinen und Gruppen auf lokaler Ebene präsent. Sie deckt die vom Gesetzgeber im SGB VIII § 11, Abs. 3 genannten zahlreichen Aufgaben und Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendarbeit weitestgehend ab.

Die Vielfalt der Organisationen und Angebote entspricht einer pluralen Gesellschaft und kann aufgrund ihrer unterschiedlichen Inhalte, Orientierungen und Themen auch unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. Diese Pluralität der Angebote, der Inhalte, Formen und Werte kann der Vielfalt jugendlicher Milieus und jugendkultureller Szenen entgegenkommen. So erreichen der „Sinus-Milieu-Studie U 27“ zufolge die konfessionellen Verbände zwar eher die „traditionellen“, „bürgerlichen“ und „postmateriellen“ Jugendlichen (vgl. Wippermann/Calmbach 2008). Doch können andere Milieus von anderen Verbänden in dem breiten Spektrum der Jugendverbände angesprochen werden. So finden sich die jungen „Experimentalisten“ der Sinus-Milieu-Studie zwar weniger in der kirchlichen Jugendarbeit, sind dafür aber evtl. bei der Naturfreunde-, der BUND- oder der Naturschutzjugend aktiv. Die Jugendfeuerwehr und die Landjugendverbände erreichen wiederum viele Jugendliche auf dem Land. Die Jugendpresse könnte ein Betätigungsfeld für die jungen „Performer“ bieten.

Aber obgleich die unterschiedlichen Jugendverbände je nach inhaltlicher Ausrichtung unterschiedliche Milieus und Zielgruppen ansprechen, erreichen sie doch eine wachsende Zahl von Heranwachsenden, insbesondere in den größeren Städten, nicht mehr ohne Weiteres. Infolgedessen stellt sich mehr denn je die Frage, ob die Verbände angesichts des demografischen Wandels auch andere, eher milieufremde und bisher nicht erreichte Jugendliche ansprechen können und ggf. besondere Zugänge für diese entwickeln wollen. Erste Ansätze und Überlegungen hierzu bestehen bereits. Allerdings erfordert dies eine hohe Veränderungsbereitschaft auf Seiten der Jugendverbände, um sich auf jugendliche Milieus jenseits der traditionellen Rekrutierungslogik einzulassen (vgl. Heinzmann 2009). Noch gibt es kaum milieuspezifische Konzepte für die Jugendarbeit (vgl. Corsa/Freitag 2009).

7.1.4 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Angebote und Aktivitäten der Jugendverbände in Baden-Württemberg richten sich schwerpunktmäßig an Kinder und Jugendliche vom Schulalter bis zum Alter von 27 Jahren. Stellenweise werden aber auch jüngere Kinder sowie auch über 27-jährige Erwachsene erreicht. Will man die genaue Zahl der Jugendverbandsmitglieder bzw. der aktiven Nutzer und Nutzerinnen wissen, gerät man in Schwierigkeiten. Hierzu gibt es keine allgemein gültigen Daten und Erkenntnisse. Zwar wird in repräsentativen Jugendbefragungen wie der Shell-Studie oder dem DJI-Jugendsurvey (vgl. zuletzt Shell Deutschland Holding 2006; DJI-Methodenstudie 2007) erfragt, inwieweit sich Jugendliche Organisationen an-

schließen. Doch lässt sich der dort erhobene Organisationsgrad nicht eindeutig den Jugendverbänden zuordnen. Die Angaben unterschiedlicher bundesweiter Studien, die sich mit der organisatorischen Einbindung Heranwachsender befassen, schwanken zwischen 30% und 76%. In der ersten PISA-Studie (vgl. Deutsches PISA-Konsortium 2000) etwa gaben 63% der befragten 15-Jährigen an, in Vereinen aktiv oder Mitglied zu sein. Dem zweiten Freiwilligensurvey (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006) zufolge nehmen 76% der 14- bis 24-Jährigen regelmäßig an Angeboten in Vereinen, Gruppen und Initiativen teil. Der Teil, der davon auf Angebote der Jugendverbände entfällt, ist daraus allerdings nicht ersichtlich. Die letzte Shell-Studie wiederum gibt an, dass 40% der 14- bis 25-Jährigen in Vereinen, weitere 15% in Kirchengemeinden und noch einmal 12% in einer Jugendorganisation aktiv sind (vgl. Shell Deutschland Holding 2006).

Mit der DJI-Methodenstudie kann zunächst ein Blick auf die Teilnahme von 9- bis 12-Jährigen an Sportvereinen und an Jugendtreffs bzw. Jugendgruppen geworfen werden (vgl. Tab. 24). Generell ist die diesbezügliche Aktivität der befragten Kinder in Baden-Württemberg stark ausgeprägt. Sowohl in den Sportvereinen (mit knapp 79%) als auch den Jugendgruppen/Jugendtreffaktivitäten (mit fast 30%) liegen die Kinder aus Baden-Württemberg mit Blick auf die Inanspruchnahme im Vergleich ganz vorne. Auch hier bestätigt sich wiederum, wie an vielen anderen Stellen auch, dass die Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg die nicht-kommerziellen Angebote für junge Menschen überdurchschnittlich häufig nutzen.

Tab. 24: Aktivitäten von 9- bis 12-Jährigen in Organisationen im Vergleich ausgewählter Bundesländer (2007)

Bundesland	Im Sportverein	N	Im Kinder- oder Jugendtreff oder in einer Jugendgruppe	N
Niedersachsen	76,8	164	20,7	164
Nordrhein-Westfalen	75,8	339	18,8	335
Hessen	79,0	81	15,2	79
Rheinland-Pfalz	78,3	69	15,9	69
Baden-Württemberg	78,7	178	29,8	178
Bayern	68,5	203	22,7	203
Anzahl	75,4	1.034	21,3	1.028

Quelle: DJI-Methodenstudie 2007, Befragung der 9- bis 12-Jährigen

Betrachtet man die Inanspruchnahme von jungen Menschen nach ausgewählten Akteursgruppen im Ländervergleich, so kann man hierfür für die Altersgruppe der 13- bis 17-Jährigen auf eine Stichprobe von 177 Jugendlichen zurückgreifen. Auffällig ist auch hier, dass die Vereinsaktivitäten in Baden-Württemberg überdurchschnittlich ausgeprägt sind und dass vor allem bei den Jugendlichen die Jugendzentrumsteilnahme besonders hoch ist (vgl. Tab. 25).

Tab. 25: Aktivitäten von 13- bis 17-Jährigen in Organisationen an ausgewählten Angeboten im Vergleich ausgewählter Bundesländer (2007; Angaben in %)

Bundesland	Sport-verein	Techn. Ver- ein (THW, DLRG o. Jugend- feuerwehr)	Kirchliche o. religiöse Gruppe	Jugendverband (Landjugend, Naturschutz; Schüler- oder Stud.-verband)	Jugend- zentrum/ Kinder- und Ju- gendtreff	N
Rheinland- Pfalz	59,5	16,2	35,1	10,8	23,0	74
Nieder- sachsen	62,4	10,1	41,8	8,3	22,6	168
Baden- Württemberg	65,0	7,4	39,5	5,6	24,9	177
Hessen	66,7	18,5	27,8	9,3	21,3	108
Nordrhein- Westfalen	67,5	8,2	33,7	5,7	20,3	355
Schleswig- Holstein	71,8	6,4	28,6	3,8	14,1	78
Bayern	71,9	13,6	33,7	13,1	23,1	199
Gesamt	65,4	9,7	32,8	7,1	21,0	1.379

Quelle: DJI-Methodenstudie 2007, Befragung der 13- bis 17-Jährigen

Da in empirischen Untersuchungen unterschiedliche Definitionen bei der Frage der Mitgliedschaft zugrunde gelegt werden, ergeben sich auch uneinheitliche Zahlen. So wird in den Studien oft nicht eindeutig zwischen Teilnahme, Mitgliedschaft und ehrenamtlicher Aktivität unterschieden. In manchen Organisationen muss man beispielsweise Mitglied sein, um überhaupt an Angeboten teilnehmen zu können, so dass hier gewissermaßen alle Teilnehmenden auch Mitglieder sind. In anderen Organisationen, wie etwa den kirchlichen, finden sich auch viele Heranwachsende, die an den Angeboten teilnehmen, ohne formales Mitglied zu sein.⁵⁹

Im Bereich der katholischen Verbände beispielsweise werden die Ministrantinnen und Ministranten nicht als Mitglieder gezählt. Auch Schülermentoren sind oft keine Mitglieder, obwohl sie von Jugendverbänden ausgebildet werden. Mitgliedschaft erfasst andererseits aber z.B. auch inaktive Mitglieder, die in Listen geführt werden, aber nicht mehr aktiv sind („passive Mitglieder“), bedeutet also keineswegs immer, dass die Mitglieder auch an den Angeboten der Organisation teilnehmen. Der Begriff der Mitgliedschaft ist somit umstritten, zumal davon auch die finanzielle Förderung abhängt. Man muss also Nutzung und

59 So geben etwa auf ihren Homepages die BDKJ-Diözesanverbände Freiburg 32.000 und Rottenburg-Stuttgart 25.000 (zusammen 57.000) Mitglieder an, wobei ihren Angaben zufolge jedoch weitaus mehr Heranwachsende an ihren Angeboten teilnehmen (vgl. Kap. 8.2).

Mitgliedschaft, Inanspruchnahme, Teilnahme vom formalen Zugehörigkeitsstatus zu einer Organisation unterscheiden. Oft haben kleine Verbände nur wenige Mitglieder, bieten aber viele Maßnahmen an, an denen auch Nicht-Mitglieder teilnehmen. Von daher erscheint der traditionelle Mitgliedschaftsbegriff vielfach nicht mehr geeignet, um die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen in der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit angemessen zu erfassen (vgl. auch Fauser/Fischer/Münchmeier 2006). Dies kann aber nicht bedeuten, auf den Anspruch auf eine verbandsunabhängige Erfassung der Nutzungsintensität zu verzichten.

Mitgliederzahlen sind nur für einige der im Landesjugendring Baden-Württemberg vertretenen Verbände zu erhalten. Bei einzelnen Verbänden war nach eigenen Angaben eine Abnahme der Mitglieder, bei anderen eine Zunahme zu verzeichnen (etwa bei der Jugendfeuerwehr und bei der Jugendpresse). Eine in den letzten Jahren insgesamt sinkende oder steigende Teilnahme ließ sich aus den vereinzelt empirischen Erhebungen der Jugendarbeit in Württemberg sowie aus den Angaben des Landesjugendrings zur Gesamtmitgliederzahl nicht erkennen, obgleich die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik für Baden-Württemberg trotz einer leichten Zunahme der öffentlich geförderten Maßnahmen insgesamt auf eine Abnahme der Teilnehmerzahlen um 16 Prozent in der Zeit zwischen 1996 und 2004 hinweist (vgl. Kap. 6.5). Das wäre zumindest ein weiter aufzuklärender Befund.

Folgt man den Untersuchungen zur evangelischen (vgl. Frieß/Ilg 2008) und zur katholischen Jugendarbeit in Baden-Württemberg, so erscheint die Annahme plausibel, dass etwa 20% aller 6- bis 26-Jährigen an Gruppen der konfessionellen Jugendarbeit teilnehmen (vgl. Kap. 8.2.4).

Im Jahr 2007 sind laut Landesjugendring rund 957.000 Mitglieder der Jugendverbände im Landesjugendring (ohne Sportjugend) gemeldet worden, wobei aber auch hier nicht klar ist, wer und wie nun genau Mitgliedschaft bewertet und gezählt wurde. Bezieht man diese Zahl auf die Gesamtzahl der 6- bis 27-Jährigen in Baden-Württemberg, das sind etwa 2,5 Mio., so läge der Nutzungsgrad bei etwa 40%. Da diese Zahl vermutlich Doppelungen, also junge Menschen, die in mehreren Verbänden Mitglied sind, enthält und zudem wohl auch teilweise noch ältere bzw. passive Mitglieder in den Verbandszählungen enthalten sind, muss die Zahl vermutlich reduziert werden, so dass ein Anteil von etwa einem Drittel aller Heranwachsenden im Alter von 6 bis 27 Jahren in Baden-Württemberg, die an Jugendverbandsangeboten teilnehmen, einigermaßen plausibel erscheint.

Schließt man von den für Baden-Württemberg vorliegenden Erhebungen auf die Altersstruktur der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, so machen die Altersgruppen der 9- bis 12-Jährigen und der 13- bis 16-Jährigen den größten Teil der Teilnehmenden in Jugendverbänden aus. Insbesondere in der Gruppenarbeit finden sich verstärkt die jüngeren Altersgruppen. Hier sind auch die 8- bis 12-Jährigen schon stark vertreten, wie sich bei den kon-

fessionellen Verbänden zeigt (vgl. Frieß/Ilg 2008). Allerdings sind die verschiedenen Altersgruppen in einzelnen Verbänden unterschiedlich stark präsent. In der Jugendfeuerwehr etwa sind die Jahrgänge der 12- bis 17-Jährigen besonders zahlreich beteiligt und im Jugendrotkreuz überwiegen mit 60% die 13- bis 16-Jährigen. Die BUND-Jugend arbeitet mehrheitlich mit Kindergruppen.

Waren in Jugendverbänden früher insbesondere Jugendliche vertreten, so finden sich hier inzwischen zunehmend Kinder, die an den Angeboten teilnehmen (vgl. BMFSFJ 2005; Frieß/Ilg 2008). Diese Entwicklung bestätigten auch Vertreter der Jugendverbände in Baden-Württemberg. Festgestellt wird allgemein ein Anstieg der Angebote für Kinder. Demgegenüber findet nach dem 16. Lebensjahr häufig ein Abbruch der Teilnahme an Jugendverbandsarbeit, insbesondere in der Gruppenarbeit, statt (vgl. Frieß/Ilg 2008).

Nach Aussagen der Jugendverbände wird es zunehmend schwieriger, attraktive Angebote für 13- bis 16-Jährige zu erbringen. Für die Teilnahme an „Kinderangeboten“ seien diese schon zu alt. Zudem möchten sie mehr verantwortungsvolle Aufgaben übernehmen und drängen in die Gruppenleiterausbildung. Für diese seien sie aber wiederum zu jung, insbesondere auch für die Verantwortung, die damit verbunden ist. Zugleich sehen die Jugendverbände das Problem, dass sie durch die Verkürzung der Schulzeit insgesamt auf weniger Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter zurückgreifen können, wenn diese erst ab 16 Jahren mit der Ausbildung zur Gruppenleitung beginnen. Da diese Ausbildung teilweise bis zu einem Jahr dauert und ein Teil der Jugendlichen beim Abschluss schon in der Abiturvorbereitung steht, haben sie oft kaum noch Zeit, in den Verbänden als Gruppenleiter zu arbeiten. Als gelungene Angebote für die Altersgruppe der 13- bis 16-Jährigen wurden der Juleica-Kurs ab 13 bzw. 14 Jahren (als gestaffelter Kurs) genannt sowie das Trainee-Programm des Evangelischen Jugendwerks für Teenies (ab 15 Jahren) und das Junior-Schülermentorenprogramm, in das Jugendliche bereits mit 13 Jahren einsteigen können.

Längst sind Jugendverbände in Baden-Württemberg keine reinen Jungenverbände mehr. In manchen Bereichen, etwa im kirchlichen oder kulturellen, überwiegen die weiblichen Teilnehmer, in den Bereichen Sport und Freiwillige Feuerwehr/Rettungsdienste finden sich häufiger männliche. So machen etwa in der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg weibliche Heranwachsende etwas mehr als die Hälfte aus (zwischen 51% und 54%). Im Jugendrotkreuz sind rund 60% der Teilnehmer weiblich. Demgegenüber ist die Jugendfeuerwehr mit nur 16% Mädchen/jungen Frauen männlich dominiert. Der zweite Freiwilligensurvey weist auf einen insgesamt etwas höheren Organisationsgrad männlicher Jugendlicher hin (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006).

In den für Baden-Württemberg vorliegenden Untersuchungen wurde nicht erhoben, aus welchen sozialen Kontexten die Teilnehmenden der Kinder- und Jugendarbeit stammen oder welche Schulbildung sie haben. Allgemein zeigt sich für die verbandliche Kinder-

und Jugendarbeit, dass hier eher Kinder und Jugendliche von Gymnasien und Realschulen als von Hauptschulen teilnehmen (vgl. BMFSFJ 2005). Das wurde auch im Gespräch mit Verbandsvertretern immer wieder bestätigt. Der Anteil an Hauptschülerinnen und Hauptschülern sowie an Migrantinnen und Migranten ist in den Jugendverbänden eher gering. Diese Aussagen werden auch durch die DJI-Methodenstudie bekräftigt, obgleich die erhobenen Fallzahlen dort sehr gering sind. Diesbezüglich stellt sich als eine Herausforderung, in der Zukunft systematische Strategien zu entwickeln, die Prozessen der Ausgrenzung und Marginalisierung entgegenwirken.

7.1.5 Ehrenamtliche Engagierte

Verbandliche Kinder- und Jugendarbeit basiert im Kern auf dem ehrenamtlichen Engagement junger Menschen. Sie hat eine lange Tradition der freiwilligen Teilnahme, der aktiven Teilhabe, der Mitbestimmung und Selbstorganisation Heranwachsender. Seit jeher ist sie das klassische Einstiegsfeld für jugendliches Engagement. Der Gesetzgeber unterstützt dieses ehrenamtliche Engagement. Gemäß § 73 SGB VIII sollen in der Kinder- und Jugendhilfe ehrenamtlich tätige Personen bei ihrer Tätigkeit angeleitet, beraten und unterstützt werden.

Will man Aussagen zum quantitativen Umfang ehrenamtlichen Engagements in Jugendverbänden machen, so zeigen sich ähnliche Schwierigkeiten wie bei der zahlenmäßigen Erfassung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Genaue, allgemeingültige und akzeptierte Aussagen über die Anzahl der ehrenamtlich Engagierten in der Jugendverbandsarbeit liegen nicht vor. Auch der Freiwilligensurvey gibt hierzu keine ausreichende Antwort, da die vorgegebenen Aktivitätsbereiche keine eindeutige Zuordnung zur Kinder- und Jugendarbeit erlauben.⁶⁰ Van Santen (2000) geht davon aus, dass sich jedes siebte Mitglied der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit freiwillig innerhalb des Verbands engagiert. Nach Züchner (2006) geben 30% der verbandsorganisierten Jugendlichen an, ein „Amt“ auszuüben, wobei hier fraglich ist, ob mit „Amt“ auch andere Formen des Engagements wie etwa Gruppenleitung erfasst werden.

Blickt man nach Baden-Württemberg, so zeigt sich, dass es unter allen Bundesländern die höchste Engagementquote aufweist. Mit 42% liegt diese deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 36%. Da Zahlen zu den ehrenamtlich Engagierten nur von einzelnen Verbän-

60 Beim Jugendsurvey (vgl. Gille u.a. 2006) wird nach verschiedenen Organisationen differenziert, bei denen man Mitglied sein oder ehrenamtlich mitarbeiten kann. Dabei können aber ebenfalls nicht alle Organisationen zweifelsfrei der Kinder- und Jugendarbeit zugeordnet werden. Ähnlich stellt sich dies auch bei der Shell-Studie dar (vgl. van Santen 2005). Die Gesamtzahl des ehrenamtlichen Personals in der Jugendverbandsarbeit lässt sich nach wie vor nur annäherungsweise schätzen (vgl. van Santen 2005; Züchner 2006). Angaben über den Anteil des ehrenamtlichen Personals an der Gesamtzahl der tätigen Personen der Jugendverbandsarbeit schwanken zwischen 78% und 99% (vgl. Düx 2000).

den in Baden-Württemberg, wie z.B. den konfessionellen, vorliegen (vgl. Kap. 8.2.4), lässt sich nicht ermitteln, wie viele Ehrenamtliche insgesamt in der Jugendverbandsarbeit in Baden-Württemberg tätig sind.⁶¹ Deutlich wird aber, dass Ehrenamtlichkeit nach wie vor eine wichtige Basis der Jugendverbandsarbeit in Baden-Württemberg ist und die Kinder- und Jugendarbeit in diesem Bereich überwiegend ehrenamtlich erbracht wird.

Alter: In keinem anderen Bundesland beginnen so viele junge Menschen so früh mit einem Engagement. Dies kommt insbesondere der verbandlichen Jugendarbeit in Baden-Württemberg zugute, da sich junge Menschen überwiegend in diesem Betätigungsfeld engagieren. In der jüngsten Altersgruppe zwischen 14 und 30 Jahren hat sich die Zahl der Engagierten in Baden-Württemberg von 1999 bis 2004 von 39% auf 46% erhöht, während sich im Bundesdurchschnitt 2004 „nur“ 35% in dieser Altersgruppe engagieren (vgl. Hoch/Klie/Wegner 2007). In der repräsentativen Studie von Friß/Ilg (2008) zur evangelischen Jugendarbeit in Württemberg sind 40% aller ehrenamtlichen Gruppenleiter in der Altersgruppe der über 26-Jährigen, zwischen 18 und 26 Jahren sind 31% und 29% sind unter 18 Jahre alt. Sieht man sich die Jugendfeuerwehr in Baden-Württemberg an, so sind hier bei den ehrenamtlichen Jugendfeuerwehrwarten alle bereits volljährig. 43% sind zwischen 28 und 35 Jahre alt, knapp 30% sind im Alter von 18 bis 27 Jahre. Im Jugendrotkreuz sind demgegenüber 50% der Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter unter 19 Jahre alt, nur 20% sind älter als 25 Jahre (vgl. Jugendrotkreuz Baden-Württemberg o.J.). Anhand der vorliegenden Befunde kann man insgesamt davon ausgehen, dass sich in den Jugendverbänden in Baden-Württemberg überwiegend junge Menschen engagieren, allerdings zeigen sich in Bezug auf das Alter der Engagierten deutliche verbandsspezifische Differenzen.

Geschlecht: In Baden-Württemberg liegt 2004 die Engagementquote von Männern und Frauen mit 42% gleichauf, während sie auf Bundesebene weiter stark differiert. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass hier auch im Bereich der Jugendverbände eine Angleichung der Geschlechter stattgefunden hat, wie sich dies etwa im Bereich der kirchlichen Jugendverbandsarbeit in Württemberg zeigt. Hier engagieren sich inzwischen mehr weibliche als männliche Personen. Zudem findet sich auch die Tendenz, dass der Frauenanteil proportional zunimmt, je jünger die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind. Auch in der Erhebung der Stadt Sindelfingen sind in den Jugendorganisationen mehr Frauen als

61 Übernimmt man die Zahl von Züchner (2006) von 30% Engagierten an der Gesamtzahl verbandsorganisierter Jugendlicher und bezieht diese auf die vom Jugendring genannte Gesamtzahl der Mitglieder von 957.000 in Baden-Württembergs Jugendverbänden, so ergäbe dies eine Zahl von rund 287.000 Ehrenamtlichen in den Jugendverbänden Baden-Württembergs. Geht man mit v. Santen (2000) von einem Siebtel der Mitglieder der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit aus, die sich hier engagieren, so erhält man eine Zahl von rund 137.000 Ehrenamtlichen. Empirisch seriös lässt sich anhand der vorliegenden Zahlen somit nichts über die Gesamtzahl der Ehrenamtlichen in den Jugendverbänden in Baden-Württemberg aussagen.

Männer engagiert. Beim Jugendrotkreuz ist das Geschlechterverhältnis ausgewogen, während bei der Jugendfeuerwehr fast ausschließlich Männer ehrenamtlich aktiv sind. Insgesamt zeigt sich ein relativ ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in den baden-württembergischen Jugendverbänden, wenn sich dies auch auf einzelne Verbände bezogen sehr unterschiedlich darstellt.

Wie sich schon bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigt, so sind auch bei den Engagierten in den Jugendorganisationen in Baden-Württemberg Jugendliche mit niedriger Schulbildung und/oder mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert (vgl. etwa Friß/Ilg 2008; Alt/Feldmann 2001).

Qualifizierung: Jugendverbände als weitgehend ehrenamtliches Arbeitsfeld sind, um eine gute und attraktive Jugendarbeit anzubieten, auf die Qualifizierung ihrer Ehrenamtlichen angewiesen. Daher spielen Aus- und Weiterbildung der ehrenamtlich Engagierten eine wichtige Rolle.⁶²

Die Ausbildung zum Gruppenleiter bzw. zur Gruppenleiterin erfolgt in den Jugendverbänden in Baden-Württemberg in der Regel als verbindliche qualifizierte Ausbildung im Rahmen der Jugendleitercard-Ausbildung, der Juleica. Die Juleica ist eine bundesweite Karte für Jugendleiterinnen und Jugendleiter als Zertifikat für eine qualifizierte Ausbildung. Ende 1998 wurde sie auch in Baden-Württemberg eingeführt. Sie hat sich inzwischen als Instrument und Nachweis der Qualifikation von Jugendleiterinnen und Jugendleitern in ganz Deutschland durchgesetzt.⁶³

Der Landesjugendring Baden-Württemberg (2008) hat in den Jahren 2006/2007 eine wissenschaftliche Evaluation der Juleica-Ausbildung in Baden-Württemberg durchführen lassen, um sowohl aus Sicht der Verbände und Ausbilderinnen als auch aus Sicht der Teilnehmenden die Ausbildung zu bewerten. Gefragt wurde nach Konzepten und Inhalten sowie nach Standards.

62 Laut zweitem Freiwilligensurvey (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006) haben 26% der Engagierten zwischen 14 und 24 Jahren einmal und 44% mehrmals an Weiterbildungskursen teilgenommen. In der Studie von Dux u.a. (2008) haben über 60% der Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter an einer Aus- oder Fortbildung für ihre ehrenamtliche Tätigkeit teilgenommen.

63 Auf der Grundlage von § 73 (Ehrenamtliche Tätigkeit) SGB VIII wurde die Juleica am 12./13. November 1998 in einer Vereinbarung der Obersten Landesjugendbehörden beschlossen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Qualifizierung der Ehrenamtlichen basieren auf den §§ 11, 12 und 73 SGB VIII, dem § 1 Jugendbildungsgesetz von Baden-Württemberg sowie dem Beschluss der Obersten Landesjugendbehörden vom 12./13. November 1998. Jedes Bundesland hat eigene Kriterien entwickelt, die in Baden-Württemberg wie folgt geregelt sind. Voraussetzungen für den Erwerb einer Juleica sind demnach ein Mindestalter von 16 Jahren (in Ausnahmefällen von 15 Jahren), eine ehrenamtliche Tätigkeit in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, 40 Ausbildungseinheiten (à 45 Minuten) sowie ein Erste-Hilfe-Kurs, der auf die Zielgruppe abgestimmt ist. Die Qualifizierung findet beim Jugendverband bzw. Jugendring sowie bei freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe statt (vgl. Landesjugendring 2009).

Zudem wurden Grundinformationen der Juleica-Auswertung durch die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik der Universität Dortmund für Baden-Württemberg herangezogen. Seit der Einführung der Juleica im August 1999 bis zum September 2007 ist die Zahl der ausgestellten Juleicas⁶⁴ in Baden-Württemberg auf 29.952 angestiegen. Wurden in den ersten Jahren jährlich in Baden-Württemberg zwischen 2.000 und 3.000 Juleicas ausgestellt, so stieg die Zahl in den Jahren 2004 und 2005 auf über 4.000 und in den Jahren 2005 bis 2007 auf über 5.000 Juleicas pro Jahr. Im Ländervergleich befindet sich Baden-Württemberg bezüglich der ausgestellten Juleicas damit im oberen Mittelfeld. Betrachtet nach Geschlecht und Alter zeigt sich, dass im Jahr 2007 52% der noch gültigen Juleicas⁶⁵ in weiblichem Besitz sind und die unter 20-Jährigen die größte Altersgruppe bilden. Zwischen 2003 und 2007 ist eine stetige Zunahme an Juleica-Inhaberinnen und -Inhabern in dieser Altersgruppe zu verzeichnen. Die Zahl der Juleicas nimmt bei den älteren Mitarbeitern mit steigendem Alter ab. Zudem wird sie in den ländlichen Gebieten in größerem Umfang erworben als in den Städten. Dies entspricht durchaus auch dem größeren ehrenamtlichen Engagement in ländlichen Gebieten (vgl. Hoch/Klie/Wegner 2007).

Zusätzlich wurde erhoben, welche Träger im Zeitraum zwischen Januar und Juni 2005 die Juleica beantragt haben. Hier zeigt sich, dass die konfessionellen Verbände weit über die Hälfte (61%) der ausgestellten Juleicas beantragt haben. Die hohe Zahl der neu erworbenen Juleicas für die kirchlichen Jugendverbände erklärt sich zum einen mit der Größe der konfessionellen Verbände. Zum anderen finden sich unter den Ehrenamtlichen in der konfessionellen Jugendarbeit sehr viele junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die überwiegend als Gruppenleiter aktiv sind (vgl. Kap. 8.2.4). 17% der Juleicas wurden von den Hilfs-Verbänden beantragt, für Sport-, Natur- und Musikverbände wurden zwischen 1,5 und 4,5% errechnet. Im Sport spielt sie daher bislang offenkundig keine große Rolle.

Den größten Gewinn der Ausbildung sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ihre persönliche Entwicklung. Des Weiteren bestätigen sie einen hohen Nutzen der Ausbildung für ihre praktische Arbeit in den Jugendverbänden. In Bezug auf die Ausbildungsinhalte spiegeln die Ergebnisse die Pluralität der Ausbildungskonzepte wider: Das Spektrum reicht vom einfachen Programm bis zur aufwändigen Ausbildungskonzeption, insbesondere bei den größeren Verbänden. Dabei spielen die unterschiedlichen Inhalte, Orientierungen und Ziele der Organisationen eine besondere Rolle. Vor allem durch die Ausbildung

64 Die Juleica hat eine Gültigkeit von drei Jahren. Zum Stichtag der Auswertung noch gültige Juleicas sowie auch die zu diesem Zeitpunkt schon abgelaufenen Juleicas bilden die Gesamtzahl aller ausgestellten Karten seit der Einführung der Juleica.

65 Die Juleica ist jeweils für drei Jahre gültig und kann innerhalb dieser Zeit durch einen zweitägigen Auffrischkurs verlängert werden.

werden Jugendliche neben den fachlichen Angeboten mit den Werten des jeweiligen Verbands vertraut gemacht.

Wie die Auswertung der Juleica-Ausbildung in Baden-Württemberg zeigt, stehen dabei verbands- bzw. organisationsspezifische Inhalte im Vordergrund. Die Ziele und Inhalte der Ausbildung ergeben sich aus dem Leitbild/Selbstverständnis der Jugendorganisationen. Deutlich wird, dass die Jugendverbände sowohl ein Interesse an der Förderung und Qualifizierung ihrer ehrenamtlichen Engagierten als auch an deren Identifikation mit dem Verband, seinen Werten und Zielen haben.

Allgemeine Standards in der Ausbildung waren zurzeit der Auswertung (2007) noch kaum vorhanden (vgl. Landesjugendring Baden-Württemberg 2008), wurden aber von 92 Prozent der Befragten für notwendig gehalten. Daher haben die Jugendverbände und Jugendringe in der Vollversammlung des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V. im Frühjahr 2009 zur Qualitätssicherung der Juleica-Ausbildung verbindliche verbandsübergreifende Standards vereinbart.⁶⁶ Mit der Einführung gemeinsamer inhaltlicher Standards⁶⁷ ist die Hoffnung verbunden, die Qualität der Juleica-Ausbildung trägerübergreifend zu verbessern, vergleichbarer zu machen und eine stärkere Orientierung bei der Durchführung der Ausbildung zu bieten, ohne die Vielfalt der Ausbildungskonzepte einzuschränken (vgl. Landesjugendring Baden-Württemberg 2009).

Neben der Juleica-Ausbildung bestehen noch weitere Konzepte der Ausbildung für Jugendliche in den Jugendverbänden in Baden-Württemberg. Hier ist insbesondere das Schülermentorenprogramm (SMP) zu nennen.⁶⁸ Im Rahmen des Schülermentorenprogramms „Soziale Verantwortung lernen“ etwa bilden die konfessionellen Jugendverbände an Schulen Schülermentoren aus, die mit dieser Ausbildung zugleich die Voraussetzung für die Juleica erwerben. Inhalte des Programms sind u.a. Umgang mit Konflikten, Kommunikation, personale und soziale Kompetenzen, Gruppenpädagogik, Organisation und

66 Diese Vereinbarung zu den Standards der Jugendleiter/innenausbildung ist eine Selbstverpflichtung der Jugendverbände und -ringe in Baden-Württemberg, in der sie sich bereit erklären, die in der Vereinbarung festgelegten Ausbildungsinhalte und -kriterien in der Ausbildung der Jugendleiter/innen zu beachten (vgl. Landesjugendring Baden-Württemberg 2009).

67 Zu den Inhalten der Grundqualifikation gehören selbstreflexive, pädagogische, entwicklungspsychologische, gesellschaftliche, politische, rechtliche, finanzielle und verbandsspezifische Elemente wie Motivation, Gruppen- und Projektarbeit, gesellschaftliche Rahmenbedingungen des Aufwachsens, rechtliche und finanzielle Grundlagen, aktuelle gesellschaftliche Themen wie Gender-Mainstreaming, Medien, interkulturelles Lernen sowie träger- bzw. verbandsspezifische Themen (vgl. Landesjugendring Baden-Württemberg 2009).

68 Das Schülermentorenprogramm ist durch eine gemeinsame Initiative des baden-württembergischen Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport und des Evangelischen Jugendwerks in Württemberg entstanden. Weitere Kooperationspartner sind die Evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit in Baden (ESB), die Katholische Studierende Jugend Rottenburg-Stuttgart und Freiburg (KSJ). Schülermentorenprogramme werden auch von weiteren Trägern wie etwa dem Landesinstitut für Schulsport oder der Schulmusik Baden-Württemberg, Bund der deutschen Blasmusiker angeboten. Die erfolgreiche Ausbildung wird mit einem Zertifikat nachgewiesen.

Planung. Jugendliche sollen durch diese Ausbildung zum Engagement in Jugendarbeit, Schule und Gesellschaft motiviert und qualifiziert werden. Bis zum Jahr 2007 konnten durch das Programm über 1.500 Schüler/innen zu Schülermentoren ausgebildet werden (vgl. Landesjugendring Baden-Württemberg 2008).⁶⁹ Ziel der Initiative war es, verstärkt Projekte direkt an Schulen anzubieten und so auch Heranwachsende anzusprechen, die von einzelnen Jugendverbänden nicht erreicht werden.

Nachwuchsgewinnung: Jugendverbände sind auch in Baden-Württemberg in Bezug auf Freizeitangebote heutzutage nur noch ein Veranstalter unter vielen, kommerziellen wie nicht-kommerziellen. Ihr Angebot ist nicht mehr exklusiv, sondern muss sich – insbesondere in städtischen Regionen – in Konkurrenz zu anderen Anbietern von Freizeitaktivitäten, aber auch zu informellen Cliquen, Szenen der Jugendkultur, schulischen Angeboten und konsumorientierten Möglichkeiten der Freizeitgestaltung behaupten. Zudem hat der rasante Wandel des Medienangebots das Freizeitverhalten Heranwachsender in den letzten Jahren stark verändert. Insofern wird es schwieriger, Kinder, aber insbesondere Jugendliche, zu gewinnen und zu halten.

Schon die normale alters- und lebensphasenbedingte Fluktuation der Ehrenamtlichen ist in den Verbänden recht hoch, so dass sich das Problem der Kontinuität der Arbeit und der Rekrutierung Ehrenamtlicher stets von neuem stellt. Auch wenn sich aus der Gruppe der Mitglieder immer noch viele ehrenamtliche Engagierte gewinnen lassen, wachsen Ehrenamtliche nicht mehr selbstverständlich nach. Heute geben nicht mehr überwiegend Tradition und Verbandsidentifikation den Ausschlag für ein Engagement, sondern individuelle Bedürfnisse, Interessen und Lebenssituationen, die Passung des Ehrenamts in den biografischen Lebenskontext des einzelnen (vgl. Jakob 1993; Keupp 2000).

Dies zeigt sich auch in den Jugendverbänden in Baden-Württemberg. Das Ende der Schulzeit oder Ausbildung, Studienbeginn, Berufseinstieg, Partnerschaft oder Familiengründung sowie Ortswechsel und neue zeitliche Belastungen bedeuten häufig auch einen Abbruch des Engagements. Eine große Herausforderung der Jugendverbandsarbeit in Baden-Württemberg ist zudem, dass ehrenamtliches Engagement Jugendlicher erschwert wird, weil deren Zeitressourcen durch den Druck und die Veränderungen im Bildungssystem – G8 im Gymnasien und die stärker verpflichtenden Bachelor-Studiengänge – eingeschränkt werden. Dies ist nach Auskunft der Verbände auf der Seite der jungen Ehrenamtlichen schon spürbar. Demnach nimmt dadurch die Planungssicherheit für die Freizeitangebote ab, weil Jugendliche, auch Gruppenleiter, kurzfristig absagen, etwa wenn Prüfungen angesetzt werden. Zudem macht sich eine Tendenz bemerkbar, dass Jugendliche sich nicht

69 Das Programm wendet sich in der Regel an Jugendliche ab 15 Jahren. In den letzten Jahren wurde das sogenannte „Junior-Schülermentorenprogramm“ für Jugendliche ab 13 Jahren entwickelt (vgl. Landesjugendring Baden-Württemberg 2008).

mehr langfristig binden wollen, sondern eher bereit sind, sich in zeitlich begrenzten Projekten und Events zu beteiligen und kurzfristig Verantwortung zu übernehmen (vgl. auch Gensicke/Picot/Geiss 2006; Wippermann/Calmbach 2007).

7.1.6 Hauptberufliches Personal

Das hauptberufliche Personal in der Jugendverbandsarbeit findet sich zumeist als Bildungsreferentin oder Bildungsreferent in den Landesgeschäftsstellen der Jugendverbände. Mit den Mitteln des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport werden zurzeit 38 hauptberuflich tätige Bildungsreferenten im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit mit 70 Prozent der Personalkosten gefördert. Die Zahl dieser Stellen scheint den Verbänden jedoch als nicht ausreichend. Allein beim Landesjugendring hätten nach den mit dem Kultusministerium vereinbarten Kriterien fünf (ohne Deckelung neun) weitere Verbände ein Anrecht auf eine Stelle; die Anzahl wurde aber seit Jahren nicht verändert.

In den größeren Verbänden, wie etwa den konfessionellen Jugendorganisationen, sind zudem häufig auch auf kommunaler Ebene hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit tätig; in den kleineren Verbänden ist das aus finanziellen Gründen nicht möglich. In Einrichtungen wie Jugendzentren, Freizeitheimen und Häusern der offenen Tür besetzen die Jugendverbände als Träger im Jahr 2006 überdies 262 Vollzeitstellen.

Jugendverbandsarbeit ist zwar ein ehrenamtlich geprägtes Arbeitsfeld, doch scheinen Hauptberufliche für die Kontinuität der Arbeit und den Erhalt der Strukturen zunehmend wichtiger zu werden. Dies zeigt sich z.B. in der Untersuchung des Stadtjugendrings Sindelfingen (2008), der zufolge Jugendorganisationen ohne berufliche Fachkräfte an Bedeutung und Mitgliedern verlieren, während die Beschäftigung von beruflichem Fachpersonal in den Vereinen und Organisationen der verbandlichen Jugendarbeit diese stabilisiert und die Resonanz bei Kindern und Jugendlichen erhöht. Zudem gelingen Kooperationen mit den Schulen sowie die Vernetzung mit anderen Organisationen nur Vereinen mit beruflich tätigem Personal. Auch die Vertreterinnen und Vertreter der Verbände berichten, dass für kleine Verbände, die oft nur eine berufliche Fachkraft haben, Vernetzung im Sozialraum oder die Kooperation mit Schule kaum möglich ist, da hier kontinuierliche Arbeit erforderlich ist (zur Kooperation von Jugendarbeit und Schule vgl. auch Kap. 9 und Kap.15).

Wie sich in der einschlägigen Literatur (vgl. etwa Gängler 2002), aber auch in Gesprächen mit Verbandsvertretern in Baden-Württemberg zeigt, sind die Anforderungen an das Personal in Jugendverbänden gestiegen, sowohl auf der pädagogischen als auch auf der organisatorischen Ebene. Insgesamt ist mehr Professionalität erforderlich. Nach Ansicht von Verbandsvertretern und -vertreterinnen bedeutet das nicht, dass die Aufgaben ehrenamtlich gar nicht mehr bewältigt werden können, aber die gewachsenen Anforderungen –

auch zur Ausbildung der Ehrenamtlichen – machen berufliches Personal künftig mehr denn je zu einer notwendigen Ergänzung. So berichten Verbandsvertreter/innen, dass die verwaltungstechnische Abwicklung der Maßnahmen zunehmend mehr Aufwand und damit berufliches Personal erfordere. Es wurden Beispiele berichtet, wonach die Anzahl der Maßnahmen gekürzt werden musste, obwohl die Nachfrage da war, weil der Verwaltungsaufwand innerhalb der Organisation auf ehrenamtlicher Basis nicht mehr zu bewältigen war.

Wie eine Befragung des Deutschen Jugendinstituts bei Jugendringen ergab (vgl. Gragert u.a. 2006), ermöglicht berufliches Personal die Aktivierung des – laut zweitem Freiwilligensurvey – großen ehrenamtlichen Potenzials (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006). Demnach schaffen die beruflichen Mitarbeiter/innen Gelegenheitsstrukturen, in deren Rahmen Jugendliche sich ehrenamtlich engagieren können. Zwar sei ehrenamtliches Engagement auch ohne berufliches Personal möglich, doch werde das Spektrum der Aktivitäten umfassender und die Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement zahlreicher, wenn Jugendverbände auf berufliche Personalressourcen zurückgreifen können. Darüber hinaus kann berufliches Personal Organisationsaufgaben übernehmen, die für Ehrenamtliche eine geringe Attraktivität besitzen und sie teilweise auch überfordern. Der Studie zufolge haben die Rahmenbedingungen und Unterstützungsstrukturen durch berufliche Mitarbeiter/innen eine große Bedeutung für ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit (vgl. Gragert u.a. 2006). Somit lässt sich insgesamt folgern, dass für die Weiterentwicklung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den Jugendverbänden heutzutage hauptberufliche Fachkräfte unabdingbar sind, die die Verbandsstrukturen erhalten und für Kontinuität, Zuverlässigkeit, Planbarkeit und Qualität der Angebote sorgen.

7.1.7 Ausblick

Die Jugendverbände in Baden-Württemberg umfassen ein breites Spektrum an Organisationen mit unterschiedlichen Zielen, weltanschaulichen Ausrichtungen und vielfältigen Angeboten. Für Heranwachsende erfüllen sie insgesamt Funktionen als Orte der Bildung, der Begegnung sowie der Freizeit und Erholung. Insbesondere für die zahlreich ehrenamtlich Engagierten bieten Jugendverbände vielfältige Möglichkeiten sozialen Engagements, der gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme und der Einübung demokratischer Kompetenzen. Dennoch deuten sich einige spezifische Entwicklungstendenzen an.

Zielgruppen: Insgesamt fällt auf, dass die Schwerpunkte und Zielgruppen der Jugendverbandsarbeit sich teilweise verändern. Da sind zum einen die klassischen Jugendverbände, die wie eh und je eine Gemeinschaft Gleicher und Gleichgesinnter bilden, die sich durch ähnliche Interessen, Einstellungen und Werte untereinander verbunden fühlen. Zum anderen zeigt sich, dass eine Reihe der Verbände von ihrer Zielgruppe her sich schwerpunktmäßig eher zu einer kinderbezogenen Jugendverbandsarbeit hin entwickeln, während

zugleich die Teilnahme Jugendlicher ab dem 16. Lebensjahr deutlich zurückgeht. Diese Verschiebung von Jugendlichen hin zu Kindern in der Jugendverbandsarbeit wird nicht nur in der verstärkten kinderbezogenen Arbeit sichtbar, sondern auch daran, dass die Förderung und Ausbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter/innen teilweise schon ab 13 Jahren beginnen (vgl. Kap. 7.1.4).

Schließlich ist auch noch die – berufliche – Jugendverbandsarbeit in den offenen Einrichtungen (wie Jugendzentren, Freizeitheimen, Häusern der offenen Tür)⁷⁰ zu nennen, wo Jugendverbände mit immerhin rund 18 Prozent aller Vollzeitstellen an dieser Angebotsform vertreten sind. Hier können die Jugendverbände Hauptschüler und -schülerinnen und Heranwachsende mit Migrationshintergrund erreichen, die ansonsten in der „normalen“ Jugendverbands- und Gruppenarbeit eindeutig unterrepräsentiert sind. Damit wird die Arbeit der Jugendverbände in den offenen Einrichtungen auch verstärkt zu einer Jugendarbeit mit sozial Benachteiligten, d.h. sie wird hier tendenziell zu einer sozialen Arbeit für junge Menschen. Zugleich könnten hier auch Ansätze entwickelt werden, Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Hauptschüler und -schülerinnen in den offenen Einrichtungen Zugänge zu den Verbänden zu eröffnen. Insgesamt stellt sich daher für die Jugendverbände die Frage, ob sie im Lichte des sozialen und des demografischen Wandels auch andere, eher milieufremde und bisher nicht erreichte Jugendliche ansprechen können und ggf. besondere Zugänge für diese entwickeln sollen. Andererseits darf man die weitgehend ehrenamtliche Arbeit der Jugendverbände aber auch nicht überfordern, indem man von ihr die Lösung der strukturellen Probleme der verbesserungsbedürftigen Integration und Förderung bildungsferner und sozial benachteiligter Jugendlicher erwartet.

Ehrenamtlichkeit: Nimmt man die Befunde der verbandsspezifischen Studien in Baden-Württemberg sowie der landesbezogenen Sonderauswertung des zweiten Freiwilligensurveys von 2004 (vgl. Hoch/Klie/Wegner 2007), dann gibt es weder einen Rückgang in der aktiven Teilnahme noch im ehrenamtlichen Engagement. Dennoch scheint es – wie die Programme zur Ausbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter/innen ab 13 Jahren (vgl. Kap. 7.1.4), aber auch Aussagen aus den Verbänden in Baden-Württemberg nahe legen – einen Trend zu geben, dass ehrenamtliche Jugendliche ab etwa 17 Jahren wegen Zeitmangels, insbesondere aufgrund der G8-Gymnasien und der verkürzten Bachelor-Studiengänge, sich vermehrt aus der Jugendverbandsarbeit zurückziehen. Zudem wird der Rückgang der Anzahl von Kindern und Jugendlichen bis zum Jahr 2020 sich insbesondere auf dem Land auch auf die Zahl der Teilnehmenden sowie der ehrenamtlich Engagierten in den Verbänden auswirken.

70 Einrichtungen der Stadtranderholung sind hier nicht mitgezählt (vgl. Kap. 7.2.2, Tab. 27).

Da die Jugendverbandsarbeit in Baden-Württemberg vor allem in den zahlreichen Vereinen und Gruppen auf lokaler Ebene überwiegend ehrenamtlich geprägt ist, ist die Zukunft der Jugendverbandsarbeit in zentraler Weise vom Grad des ehrenamtlichen Engagements in den örtlichen Gruppierungen abhängig (vgl. Kap. 8.2.4 und 8.3.2). Infolgedessen liegt in diesem Engagement ihre Stärke und Schwäche zugleich. Wenn die Kontinuität dieses Engagements einmal unterbrochen ist, können sich – insbesondere für kleine Verbände ohne finanziell und personell starke Erwachsenenorganisationen, also ohne ein Backup-System – Schwierigkeiten der Fortsetzung ergeben bis hin zum völligen Wegbrechen der Jugendverbandsarbeit vor Ort.

Für den Erhalt flächendeckender Strukturen ist daher eine Mindestausstattung an beruflichem Personal unabdingbar, will man nicht die gesamte Jugendverbandsarbeit gefährden. Jugendverbandsarbeit ist im Kern zwar nach wie vor ein ehrenamtlich geprägtes Arbeitsfeld, dennoch braucht Ehrenamtlichkeit in Anbetracht der komplexeren Rahmenbedingungen sowie für eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung in zunehmendem Maße berufliche Unterstützung.

Erfassung der ehrenamtlich Engagierten und der regelmäßigen Gruppenarbeit: Als eine weitere zentrale Herausforderung stellt sich schließlich die Erfassung und Sichtbarmachung der Akteure und Leistungen der Jugendverbände. Hier muss über Formen einer verbandsübergreifenden quantitativen Erhebung des ehrenamtlichen Engagements ebenso nachgedacht werden wie über die Erfassung der normalen Gruppenarbeit mit Kindern und Jugendlichen jenseits ihrer öffentlichen Förderung einschließlich der daran teilnehmenden jungen Menschen. Die Erhebung der entsprechenden Daten wird in Zukunft auch für die eigene Planung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit innerhalb der Verbände wichtiger werden (vgl. Ilg/Heinzmann 2009).

Für die aktuelle sowie die zukünftige inhaltliche Arbeit der Jugendverbände spielen die Themen Bildung, Partizipation, Kooperation mit Schule sowie interkulturelle Öffnung eine wichtige Rolle.

Bildung: Das Thema Bildung wird auch weiterhin ein zentrales Thema der Gesellschaft sowie der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg sein. Die Bildungspotenziale und selbstbestimmten Aneignungsformen der Jugendverbandsarbeit bieten im Sinne eines ganzheitlichen Bildungskonzepts wichtige Ergänzungen zur formalen (schulischen) Bildung. Die Potenziale und Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Kap. 10-13), Heranwachsenden jenseits von Schule und Familie Orte und Gelegenheiten zu bieten, an denen sie sich in der Gemeinschaft mit Gleichaltrigen selbst erfahren und erproben können, sich mit Werten und Weltanschauungen auseinandersetzen und eigene Standpunkte, Haltungen und Kompetenzen entwickeln können, müssen verstärkt sichtbar gemacht werden. Der wichtige gesellschaftliche Beitrag der Jugendarbeit für die Entwicklung Jugendlicher

zu eigenständigen, selbstbewussten und sozial verantwortlichen Personen, die für die Zukunftsfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft unverzichtbar sind, sollte auch von der Politik entsprechend wahrgenommen und gefördert werden.

Partizipation: Die verbandliche Kinder und Jugendarbeit ist seit jeher ein Ort demokratischer Beteiligung, Mitwirkung, Mitbestimmung und Selbstorganisation Heranwachsender. Um Kinder und Jugendliche zu befähigen, sich an Entscheidungen zu beteiligen und Entwicklungen mit zu gestalten, die sie und ihre Lebenswelt betreffen, müssen ihnen alters- und entwicklungsgemäße Formen der Partizipation eröffnet werden. Hier stellt sich als Herausforderung für die Jugendverbände, neue und offene Formen der Beteiligung und Mitwirkung weiter zu entwickeln sowie eine stärkere Vernetzung mit der kommunalen Jugendarbeit voranzutreiben.

Kooperation mit Schule: Das Thema der Kooperation mit Schule dürfte auch in den kommenden Jahren eine wichtige Herausforderung für die Jugendverbände darstellen. Neben den bereits bestehenden vielfältigen Kooperationsformen wie Schülermentoren- oder Jugendbegleiter-Programmen sowie Projekten mit sozialen Einrichtungen sind weitere Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, die den Jugendverbänden ermöglichen, nicht nur über Einzelpersonen, sondern als Verband mit den je spezifischen Zielen und Ausrichtungen wahrgenommen zu werden. Ob und wie eine Kooperation mit Schule jeweils die Partner Jugendarbeit und Schule beeinflusst und verändert, muss sich erst noch zeigen.

Interkulturelle Öffnung: Eine weitere Zukunftsaufgabe ist die interkulturelle Öffnung der Jugendverbände für die bisher hier unterrepräsentierten Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Zurzeit werden unterschiedliche Möglichkeiten erprobt: Zum einen versuchen die Verbände, neue Strategien zu entwickeln, um jungen Migrantinnen und Migranten Zugänge zu ermöglichen. Zum anderen werden Selbstorganisationen junger Migranten unterstützt und beraten. Welche der beiden Alternativen dabei besser zur Förderung und gesellschaftlichen Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund beiträgt, ist noch offen.

7.2 Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit lässt sich als ein Segment der Kinder- und Jugendarbeit bezeichnen, das sich durch methodische und institutionelle Eigenheiten auszeichnet und als ein „Angebot an frei zugänglichen Räumen, die Jugendliche entlang eigener, auch spontaner Bedürfnisse und Interessen nutzen können“ (Fehrlen 1999, S. 10), verstanden wird. Das besondere Kennzeichen der Offenen Arbeit sieht Wensierski (1999, S. 38f.) darin, dass sie in mehrfacher Hinsicht als „offen“ zu charakterisieren ist. Diese Offenheit – im Sinne von Pluralität – wird hinsichtlich der Zeitstruktur ihrer Angebote, der methodi-

schen Konzepte und der thematischen Inhalte gewährleistet. Als Strukturprinzipien dieser Arbeitsform können neben der Offenheit ebenfalls die Alltagsorientierung, die Freiwilligkeit und teilweise die Selbstorganisation bzw. Partizipation angesehen werden (vgl. Fehrlen/Koss 2009, S. 26ff.).⁷¹ Die Teilnahme durch die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an den Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ist nicht an den Status der Mitgliedschaft geknüpft.

Die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden hauptsächlich durch die Arbeit in Einrichtungen bereitgestellt, in denen vor allem hauptberuflich tätige Fachkräfte für den Betrieb sorgen. Durch diese berufliche Organisation der Offenen Kinder- und Jugendarbeit⁷² ist sie von öffentlichen Geldern abhängig und damit auch den „Begehrlichkeiten“ der öffentlichen Finanzgeber ausgesetzt (vgl. Fehrlen 2003). Neben den „stationären“ Angeboten, zu denen auch Abenteuerspielplätze gezählt werden können, sind in der Regel weitere vielfältige Angebote zum Arbeitsbereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu rechnen, die entweder mit Konzepten einer aufsuchenden Arbeit oder mit mobilen Einrichtungen tätig sind. Mit dieser Palette von Arbeitsformen, neben dem Zentrum der Häuser der offenen Tür, den Jugendhäusern oder -clubs, kommt der offenen Arbeit in den Stadtteilen und Quartieren eine „Funktion einer jugendpädagogischen Grundsicherung“ zu (Wensierski 1999, S. 39), die als ein wichtiger Baustein andere Felder der Kinder- und Jugendhilfe ergänzt (vgl. Schäfer 2000, S. 5).

Insofern gilt für die aktuelle Situation: „Wenn heute von offener Jugendarbeit die Rede ist, dann stellt dieser Begriff lediglich eine Klammer dar, einen Sammelbegriff für eine äußerst heterogen und plural gewordene Projektlandschaft, die sich in beinahe fünf Jahrzehnten unter nur wenig vergleichbaren Entstehungs- und Entfaltungsbedingungen in Ost- und Westdeutschland entwickelt hat“ (Simon 1999, S. 35). Insbesondere lässt sich mit Blick auf die Geschichte und die Veränderungen des Arbeitsfeldes⁷³ zusammenfassend formu-

71 Diese Strukturprinzipien scheinen dafür verantwortlich zu sein, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit besondere Lerneffekte ermöglicht – auch für Gruppen von jungen Menschen, die ansonsten kaum andere Lernangebote freiwillig wahrnehmen (vgl. Teil C der Expertise und Kap. 7.2.3). Aufgrund der strukturgebenden Prinzipien der Arbeitsform können auch bestimmte Alltagsphänomene thematisiert werden, die in anderen Zusammenhängen als delinquentes Verhalten oder als Regelverstöße eher tabuisiert werden (vgl. beispielsweise zum Thema „Gewalt“: Schmidt 2009). Insbesondere aufsuchende bzw. mobile Arbeitsformen können dazu beitragen, dass Jugendliche ihr delinquentes Verhalten tendenziell reduzieren oder durch allgemein akzeptierte Verhaltensweise ersetzen. Insofern besitzt die Offene Kinder- und Jugendarbeit auch eine gewisse präventive Funktion (vgl. Kampermann/Wittmann 2008).

72 „Die offene Arbeit ist im Vergleich zu anderen Bereichen der Jugendarbeit, in denen ehrenamtliche Mitarbeiter eine wichtigere Rolle spielen, der am weitesten professionalisierte Bereich; dennoch müssen sich Hauptamtliche ständig legitimieren und ihre Professionalität verteidigen“ (Deinet 2005, S. 20). Insofern ist die Offene Kinder- und Jugendarbeit auch als ein Teilbereich der professionell ausgeführten Sozialen Arbeit zu betrachten.

73 Zur Geschichte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg vgl. unter anderem AGJF (1987); Fehrlen/Schubert (1988); Schubert (o.J.).

lieren: „Die Offene Kinder- und Jugendarbeit stellt sich als sehr komplexes pädagogisches Handlungsfeld dar. Es ist gekennzeichnet durch einen beständigen Veränderungsprozess, der auf die sich wandelnden Bedarfe von Kindern und Jugendlichen, ihre Fragen und Probleme immer neu antworten muss. So haben sich im Laufe der Entwicklung der Offene Kinder- und Jugendarbeit vielfältigste Arbeitsweisen, institutionelle Formen, konzeptionelle Ansätze und methodische Handlungsweisen ausgebildet“ (Deinet 2005, S. 20).

So beschreibt etwa die Gesellschaft Stuttgarter Jugendhaus, die seit über 50 Jahren einen Großteil der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt verantwortet und heute über 40 Einrichtungen trägt, die Entwicklung ihrer Arbeit bzw. ihrer Angebote folgendermaßen: „In den vergangenen Jahren hat die Struktur unserer Arbeit stark an Vielfalt gewonnen. Reine Einrichtungsarbeit war gestern. Heute begegnet man unserer Offenen Kinder- und Jugendarbeit auf öffentlichkeitswirksamen Großveranstaltungen, in Schulen, in den Ferien oder im Ausland“ (Jugendhaus/explanandum o.J., S. 4). Aus der Perspektive der AGJF sind in den letzten Jahren vielfältige Entwicklungen im Arbeitsfeld in Baden-Württemberg zu beobachten.⁷⁴ In diesem Zusammenhang sind beispielsweise zu nennen:

- Es gibt eine zunehmende Kooperation der Akteure der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit anderen Trägern der Bildungsarbeit – insbesondere mit Schulen. Dabei wird ein Teil der Kapazitäten an den Ort der Schule verlagert, was allerdings auch als Einschränkung der offenen Angebote im engeren Sinne zu verstehen ist.
- Des Weiteren ist – nach Aussagen der Landesorganisation – ein Trend zur Übernahme bislang kommunaler Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch freie Träger zu beobachten, auch wenn die amtliche Statistik diese Tendenz für Baden-Württemberg noch als eher unterdurchschnittlich ausweist (vgl. Kap. 6). Diese Prozesse sind zumeist mit einer gebündelten Zuständigkeitszuschreibung für viele Teilaufgaben der Kinder- und Jugendhilfe oder für die Schulsozialarbeit im Gemeinwesen verbunden und verlangen integrierte Konzepte. Insbesondere in kleinen Gemeinden, die in die kommunale Jugendarbeit einsteigen, werden teilweise Stellen geschaffen, die einen konzeptionellen Mix aus Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Gemeinwesenarbeit oder Freiwilligenmanagement vorsehen.

Und hinsichtlich der Zielgruppen sind in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit insgesamt zwei gegenläufige Entwicklungen zu beobachten: Einerseits nehmen immer mehr Kinder (zwischen 6 und 12 Jahren) die offenen Angebote wahr⁷⁵; andererseits werden aber auch die jungen Erwachsenen ab 18 Jahren verstärkt in das Blickfeld gerückt (vgl. dazu die Daten in Kap. 7.2.3). Parallel dazu hat sich bei den Trägern und dem Personal ein Be-

74 Die folgenden Punkte sind an einem Antwortschreiben der AGJF orientiert, in dem ausführlich zu einigen Fragen zum Arbeitsfeld Stellung genommen wurde.

75 Diese Tendenz findet ihre Entsprechung auch im Bereich der Jugendverbandsarbeit (vgl. Kap. 7.1.4).

wusstsein entwickelt, das die Unterschiedlichkeit der Zielgruppen und der entsprechenden Bedürfnisse stärker als bislang betont.

7.2.1 Die Entwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Zahlen

„Die Diskussion um die offene Jugendarbeit leidet seit Jahrzehnten darunter, dass keiner der Beteiligten so genau weiß, worüber er eigentlich redet“ (Koss/Fehrlen 2003, S. 6).⁷⁶ Mit dieser ernüchternden Feststellung wird die Veröffentlichung einer Untersuchung zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) in Baden-Württemberg eingeleitet, mit der – im Sommer 2001 beginnend – grundlegende Daten zur Struktur dieses Arbeitsbereiches erhoben wurden, soweit die Arbeit in Einrichtungen stattgefunden hat. Diese einmalige Untersuchung, die von der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg (AGJF) initiiert wurde, konnte das Wissen zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Bundesland deutlich erhöhen. Im Jahr 2000 ging die AGJF von insgesamt 965 Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit aus.⁷⁷ Die Studie konnte belegen, dass diese Gesamtzahl durch einen „Boom“ zwischen den Jahren 1996 und 2000 erreicht werden konnte. Der Ausbau der offenen Arbeit „konzentrierte sich allerdings vorwiegend auf jene Landesteile, die bereits über eine bessere Versorgung mit Einrichtungen verfügt[en]. Immerhin wurden aber in diesen vier Jahren 121 Gemeinden erstmals in Sachen offene Arbeit aktiv“ (vgl. Koss/Fehrlen 2003, S. 64f.). Dennoch wurde von den Forschenden resümierend festgestellt, dass die offene Arbeit „noch längst kein selbstverständlicher Teil kommunaler Infrastruktur“ sei (ebd., S. 66), da in nur 45 Prozent aller Kommunen wenigstens eine Einrichtung vorhanden ist.

Dieser „Boom“ bis zum Jahrtausendwechsel hinsichtlich der Anzahl der OKJA-Einrichtungen zeigt sich in Ansätzen auch mit Blick auf die Daten der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik. Diese Statistik operiert bei der Bestimmung der Einrichtungen mit vier Kategorien, die üblicherweise der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zuzurechnen sind.⁷⁸

76 Der Arbeitsbereich der offenen Arbeit stellt das größte Segment innerhalb der beruflichen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg dar. Über vier Fünftel aller Stellen im Kernbereich dieses Feldes sind nach der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik den offenen Arbeitsformen zuzurechnen. Mit Blick auf das Stellenvolumen der gesamten Kinder- und Jugendhilfe beträgt der Anteil immerhin noch über 13% (vgl. Tab. 26).

77 Nach der Definition der AGJF muss eine Einrichtung, um als solche bezeichnet zu werden, mindestens dreimal in der Woche für einen größeren Kreis von jungen Menschen geöffnet sein.

78 Vgl. u.a. Liebig (2004). Wie oben bereits beschrieben ist es heute nicht mehr angebracht die offene Arbeit mit den Häusern der offenen Tür gleichzusetzen. „Der Begriff Offene Kinder- und Jugendarbeit bezieht sich heute nicht nur auf ‚stationäre‘ Einrichtungen, sondern auch auf mobile Angebote ... bis hin zur Streetwork sowie Abenteuer- und Bauspielplätzen, Spielhäuser“ (Deinet/Nörber/Sturzenhecker 2002, S. 705f.). Ein ähnlich differenziertes Verständnis findet sich im Landesjugendbericht Baden-Württemberg (vgl. Sozialministerium Baden-Württemberg 2000, S. 183), in dem neben den Jugendtreffs, den Jugendhäusern, den Mädchentreffs, auch Spielmobile, Abenteuerspielplätze und Jugendfarmen explizit als Ausdrucksformen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit genannt werden. In den folgenden Analysen ist die Kategorie „Jugendräume, Jugendheim ohne hauptamtliches Personal“ nicht berücksichtigt.

Dies sind die Kategorien „Jugendzentrum, -freizeitheim, Haus der offenen Tür“, „Einrichtung oder Initiative der mobilen Jugendarbeit“, „Einrichtung der Stadtranderholung“ sowie „Pädagogisch betreuter Spielplatz“. Sowohl bei den Häusern als auch bei den Einrichtungen/Initiativen der mobilen Arbeit konnte von der amtlichen Statistik um den Jahrhundertwechsel ein Zuwachs an Einrichtungen nachgewiesen werden (vgl. Tab. 26).

Tab. 26: Entwicklungen zu den Einrichtungen und zum Personal der OKJA in Baden-Württemberg (1994-2006; absolut und in %)

Anzahl/ Entwickl.	Jahr	Jugendzentrum, -freizeitheim, Haus der offenen Tür	Einrichtung oder Initiative der mobilen Jugendarbeit	Einrichtung der Stadtranderholung	Pädagogisch betreuter Spielplatz
Einrichtungen					
Absolut	1994	689	o.A.	120	55
	1998	620	112	132	51
	2002	799	162	101	49
	2006	700	89	76	49
% - Veränd. z. Vorj.	1998	-10,0	o.A.	10,0	-7,3
	2002	+28,9	+44,6	-23,5	-3,9
	2006	-12,4	-45,1	-24,8	0,0
Personal (Köpfe)					
Absolut	1994	1.986	o.A.	212	173
	1998	1.986	316	164	160
	2002	2.250	346	79	177
	2006	2.372	348	113	183
% - Veränd. z. Vorj.	1998	0,0	o.A.	-22,6	-7,5
	2002	+13,3	+9,5	-51,8	+10,6
	2006	+5,4	+0,6	+43,0	+3,4
Personen pro Einrichtung					
Ø-Werte	1994	2,9	o.A.	1,8	3,1
	1998	3,2	2,8	1,2	3,1
	2002	2,8	2,1	0,8	3,6
	2006	3,4	3,9	1,5	3,7

Quellen: KJH-Statistiken (Einrichtungen und tätige Personen) 1998, 2002, 2006; eigene Darstellung

Bei der Übertragung dieser Daten der amtlichen Statistik auf die Situation in Baden-Württemberg gilt es zwei Dinge zu beachten:

- Die mobile Kinder- und Jugendarbeit (mit Ausnahme der Spielmobilen) wird im Bundesland traditionell von einem eigenen Dachverband (Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V.) vertreten, der nicht der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg (LAGO) angehört. (vgl. Kap. 4.2). In Baden-Württemberg werden die Jugendfarmen als Teil der Offenen Arbeit gesehen. Die Jugendfarmen werden durch den „Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze e.V.“ vertreten, der ebenfalls Mitgliedsorganisation der LAGO ist. Nach einer Information der AGJF wird in diesem Verein aktuell von insgesamt 67 solcher Einrichtungen ausgegangen.

- Außerdem gehen die Dachverbände zum Teil von Einrichtungszahlen aus, die nicht mit denen der amtlichen Statistik identisch sind. So gibt die AGJF an, dass sie aufgrund eigener Bestandserhebungen über die Mitglieder und die Kreisjugendreferate gegenwärtig von einer Zahl von 1.163 Einrichtungen der Kategorie „Jugendzentrum, -freizeitheim, Haus der offenen Tür“ ausgehen. Bei dieser Zählung sind allerdings auch ehrenamtlich geführte Jugendtreffs – die etwa in ländlichen Regionen eine wichtige Funktion einnehmen – berücksichtigt worden. Diese sind hier in der aus der amtlichen Statistik entnommenen Kategorie zwar ausdrücklich ausgeschlossen – aber dennoch zu einem kleinen Teil dort gezählt worden (vgl. dazu die Abbildung 21 im nachfolgenden Kapitel).

Trotz dieser Differenzen werden in den folgenden Analysen weiterhin die Daten der amtlichen Statistik zugrunde gelegt, da hinsichtlich einer halbwegs aktuellen Vermessung des Arbeitsbereichs keine alternative Datenquelle vorliegt und in diesem Kapitel auch die mobilen Angebotsformen der Kinder- und Jugendarbeit Berücksichtigung finden sollen. Vor dem Hintergrund der eben geschilderten Vorbehalte mit Blick auf die Definition „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ werden die einzelnen Erhebungskategorien der Kinder- und Jugendhilfestatistik allerdings zu großen Teilen einzeln dargestellt, damit andere Schneidungen des Arbeitsfelds möglich gemacht werden und insbesondere die mobile Arbeit – aber auch die Einrichtungen der Stadtranderholung (wie etwa Waldheime), die in Baden-Württemberg ebenfalls nicht zur Offenen Arbeit gerechnet werden – separat betrachtet werden können. Da in Baden-Württemberg üblicherweise die Jugendhäuser/zentren/treffs, die Aktivspielplätze, die Jugendfarmen und die Spielmobile unter dem Etikett der „Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ zusammengefasst werden, kann eine Addition der kommenden Einzeldaten dazu nur sehr bedingt Aussagen bereitstellen.

Während bei den Häusern zwischen den Erhebungsjahren 1998 und 2002 die Anzahl von 620 auf 799 (plus 28,9%) angestiegen ist, wuchs die Zahl der Einrichtungen/Initiativen der mobilen Arbeit – auf einem deutlich geringeren Niveau – sogar um 44,6% auf 162.⁷⁹ Sowohl der für das Jahr 2002 ausgewiesene Stand als auch die aufsteigende Tendenz konnten bei der nachfolgenden Erhebung zum Stichtag 31.12.2006 allerdings nicht bestätigt werden. Insbesondere bei den mobilen Angeboten ist mit Blick auf die beiden letzten Erhebungen ein starker Abwärtstrend zu verzeichnen. So sank die Anzahl der Einrichtungen/Initiativen von 162 im Jahr 2002 auf 89 Einrichtungen/Initiativen vier Jahre später.

79 Diese Differenz bei den Einrichtungszahlen lässt sich vor allem durch eine Zunahme der relativ kleinen Einrichtungen erklären. Die Steigerungsraten bei dem Personal liegen nämlich – mit 13,3% bzw. 9,5% – deutlich unter denen der Einrichtungen. Dementsprechend sank auch der Wert der Kennzahl „beruflich tätige Personen pro Einrichtung“ – um 0,4 bei den OKJA-Häusern und sogar um 0,7 bei den Einrichtungen/Initiativen der mobilen Arbeit.

Entgegen den Daten zu den Einrichtungen folgen die Personalzahlen für die beiden bislang behandelten Kategorien einem einheitlichen Trend. So ist die Zahl der beruflich Tätigen von 1.986 Personen im Erhebungsjahr 1994 auf 2.372 Personen angewachsen, was für diesen Zwölf-Jahres-Zeitraum einer Steigerung von 19,4% entspricht. Vor dem Hintergrund der Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik scheint es so zu sein, dass die zum Teil heftigen Schwankungen hinsichtlich der Einrichtungszahlen durch eine gewisse Flexibilität auf der Seite des Personals abgefedert werden. Die Personalzahlen insgesamt reagieren eher in träger Weise auf den Auf- und Abbau der Einrichtungen. Betrachtet man die Daten zu der gesamten Offenen Kinder- und Jugendarbeit – unter Einbezug der Stadtrand-erholung und der pädagogisch betreuten Spielplätze –, dann zeichnen sich für den Zeitraum der letzten 12 Jahre keine einheitlichen Entwicklungen ab. Die Veränderungen bei den Einrichtungs- und den Personalzahlen nehmen für die vier hier ausgewählten Angebotsformen je eigene Verläufe.

Die Entwicklungen im Zeitverlauf werden auch dann deutlich, wenn die Einrichtungsgrößen der einzelnen Angebotsformen – orientiert an der Anzahl der tätigen Personen – ins Blickfeld gerückt werden. Bei den Häusern der Offenen Arbeit ist auffällig, dass im Zeitraum zwischen 1998 und 2006 der Anteil der Einrichtungen ohne Personal kontinuierlich und deutlich abgenommen hat. Das Kontingent für diese besonders kleinen Einrichtungen ist von 12,4% auf 5,3% gesunken. Demgegenüber nimmt die zahlenmäßige Bedeutung der kleinen Einrichtungen, in denen ein oder zwei Personen tätig sind, stetig zu. Während im Jahr 1998 41,8% diese Personalbesetzung aufweisen konnten, sind es bei der letzten Erhebung im Jahr 2006 mit 50,7% schon mehr als die Hälfte aller Einrichtungen. Der Bestand an den vergleichsweise größeren Einrichtungen (mit mehr als 3 tätigen Personen) scheint demgegenüber im Zeitverlauf weniger schwankend.

Auch die anderen Angebotsformen der offenen Arbeit weisen mit Blick auf die Personalgrößen der Einrichtungen erhebliche Veränderungen im Zeitraum zwischen 1998 und 2006 auf – ohne dass die drei Erhebungszeitpunkte durchgängig einen einheitlichen Trend erkennen lassen. Bei den mobilen Angeboten ist augenfällig, dass die vergleichsweise großen Einrichtungen an Bedeutung gewonnen haben. In immerhin 19,1% aller Einrichtungen/Initiativen der mobilen Arbeit sind im Jahr 2006 mehr als 5 Personen tätig. Ähnlich wie bei den Häusern trifft auch hier auf die Mehrheit der Einrichtungen (51,7%) die Aussage zu, dass dort aktuell entweder ein oder zwei Personen arbeiten. Bei den pädagogisch betreuten Spielplätzen zeichnet sich – bei relativ konstanten Einrichtungs- und Personalzahlen – ein Trend zu relativ großen Einrichtungen ab: Während im Jahr 1998 bei 11,8% der Einrichtungen mehr als 5 Personen tätig waren, beträgt dieser Anteil 2006 immerhin 24,5%.

7.2.2 Eckdaten zur aktuellen Situation der Offenen Jugendarbeit

Nach der kurzen Darstellung der zentralen Strukturdaten im Zeitverlauf und den sich damit abzeichnenden Entwicklungen zum Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden, wie sich auf der Grundlage der Kinder- und Jugendhilfestatistik die aktuelle Lage darstellt. Die amtliche Statistik zählt zum Stichtag 31.12.2006 für die ausgewählten Angebotsformen der offenen Arbeit gesamt 914 Einrichtungen, wobei die Häuser der offenen Tür – mit 700 Einrichtungen – das weitaus größte Kontingent stellen (vgl. Tab. 27).

In 845 dieser 914 Einrichtungen arbeitet beruflich tätiges Personal. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit stellt damit das größte Segment der Kinder- und Jugendarbeit im engen Sinne dar – 58,2% der Einrichtungen und sogar 82,2% der umgerechneten Vollzeitstellen sind diesem Arbeitsbereich zuzuordnen.⁸⁰ Insgesamt sind in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg knapp über 3.000 Personen beschäftigt, was – unter Berücksichtigung der Teilzeit-Arbeitsverhältnisse – einem Stellenvolumen von 1.830 Vollzeitstellen entspricht.

Hinsichtlich der Trägerschaft kann festgestellt werden, dass den freien Trägern – wenn auch nur mit relativ geringer Differenz – die größte Bedeutung zukommt. Während im Jahr 2006 insgesamt 491 Einrichtungen dem Block der freien Träger zuzurechnen sind, sind 423 Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft.⁸¹ Die leichten Unterschiede zwischen den Trägerblöcken werden – für alle offenen Arbeitsformen – allerdings größer, wenn die Stellensituation in den Blick genommen wird: In den Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft existieren 644 Vollzeitstellen, während unter dem Dach der freien Träger 1.186 Stellen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit zuständig sind. Hinsichtlich des Personalspiegels spiegelt sich hier ein Verhältnis von ca. 1 : 1,8. Allein aus diesen Daten zu den Einrichtungszahlen und den Vollzeitstellen lässt sich folgern, dass die freien Träger in der Regel die größeren Einrichtungen betreiben.

Bei der mit Abstand bedeutendsten Angebotsform – den Jugendzentren, den Freizeitheimen bzw. den Häusern der offenen Tür mit insgesamt 1.433 Vollzeitstellen zum Ende des Jahres 2006 – beträgt das Verhältnis zwischen öffentlichen und freien Trägern hinsichtlich der Vollzeitstellen ca. 1 : 1,5. Der größte Block der freien Träger sind – mit einem Stellen-

80 Bezogen auf die Stellen im gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe kommt dem Segment der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ein Anteil von ca. 13% zu.

81 Dieses Verhältnis zwischen den Trägergruppen spiegelt die Situation auf der Basis der Gesamtzahlen des Bundeslandes. Eine räumlich differenzierte Betrachtung wird in diesem Zusammenhang zum Teil davon deutlich unterscheidbare Werte hervorbringen. Insbesondere die Größe der Gemeinde/der Stadt scheint hier einen wichtigen Einflussfaktor darzustellen (vgl. Koss/Fehrlin 2003, S. 57ff.).

anteil von 18,3% an allen Vollzeitstellen der Angebotsform – die Jugendverbände (bzw. Jugendgruppen und -ringe).

Tab. 27: Aktuelle Eckdaten zum Arbeitsfeld der OKJA in Baden-Württemberg (2006; Einrichtungen, Personal, Trägergruppen)

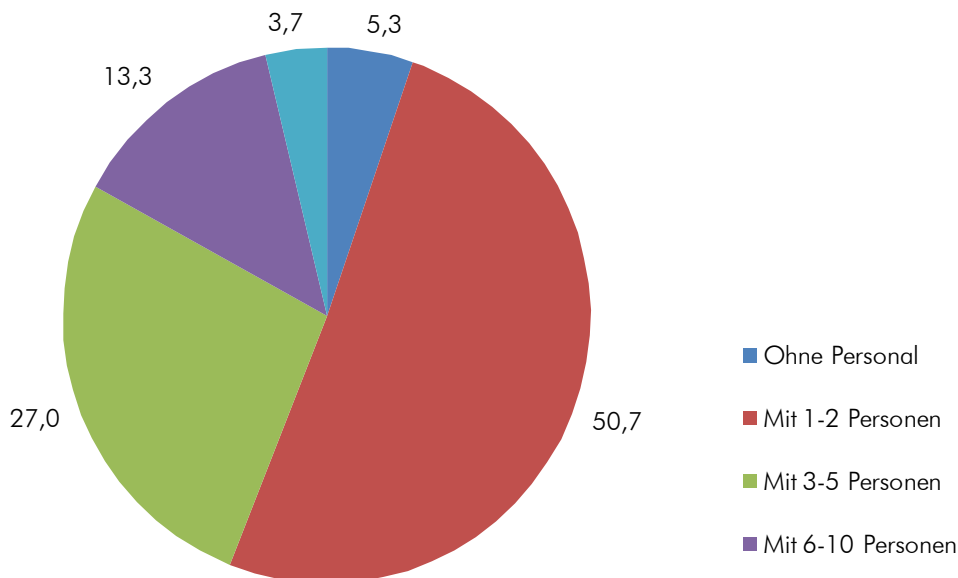
Eckdaten	Jugendzentrum, -freizeitheim, Haus der offenen Tür	Einrichtung oder Initiative der mobilen Jugendarbeit	Einrichtung der Stadtrand- erholung	Pädagogisch betreuter Spielplatz
Einrichtungen				
Einrichtungen (Anzahl)	700	89	76	49
Einrichtungen mit berufl. Personal	663	85	49	48
Einrichtungen o. berufl. Personal	37	4	27	1
%-Ant. Einr. an Kern-KJA insges.	44,6	5,7	4,8	3,1
Personal				
Personal (Anzahl)	2.372	348	113	183
Vollzeitstellen (Anzahl)	1.433	230	41	126
%-Ant. Stellen an Kern-KJA insges.	64,4	10,3	1,8	5,7
%-Ant. Stellen an Jugendhilfe insg.	10,5	1,7	0,3	0,9
Ø Stellen pro Ein- richtung (Z. 1)	2,0	2,6	0,5	2,6
Trägergruppen				
Einrichtungen der öffentl. Träger	376	28	11	8
Einrichtungen der freien Träger	324	61	65	41
Größte freie Trä- gergr. (Einricht.)	Jugendgrup- pen/-verb./ -ringe	DW/sonst. EKD-Träger	DW/sonst. EKD-Träger	Jugendgrup- pen/-verb./ -ringe
%-Anteil dieses Trägers	18,3	20,2	47,4	40,8
Stellen der öffentl. Träger	577	39	7	21
Stellen der freien Träger	856	191	34	105

Quelle: KJH-Statistik (Einrichtungen und tätige Personen) 2006; eigene Darstellung

Mit der nachfolgenden Abbildung (vgl. Abb. 21) wird die aktuelle Situation (2006) hinsichtlich der Einrichtungsgrößen bei den Jugendzentren, -freizeitheimen und Häusern der offenen Tür in Baden-Württemberg nochmals veranschaulicht. Dabei wird die Dominanz

der vergleichsweise kleinen Häuser offensichtlich: In nur 17% dieser Einrichtungen arbeiten mehr als 5 Personen; die knappe Mehrheit (50,7%) verfügt über einen Personalbestand von ein oder zwei Beschäftigten.

Abb. 21: Personalgröße der Jugendzentren, -freizeitheime und Häuser der offenen Tür (2006)



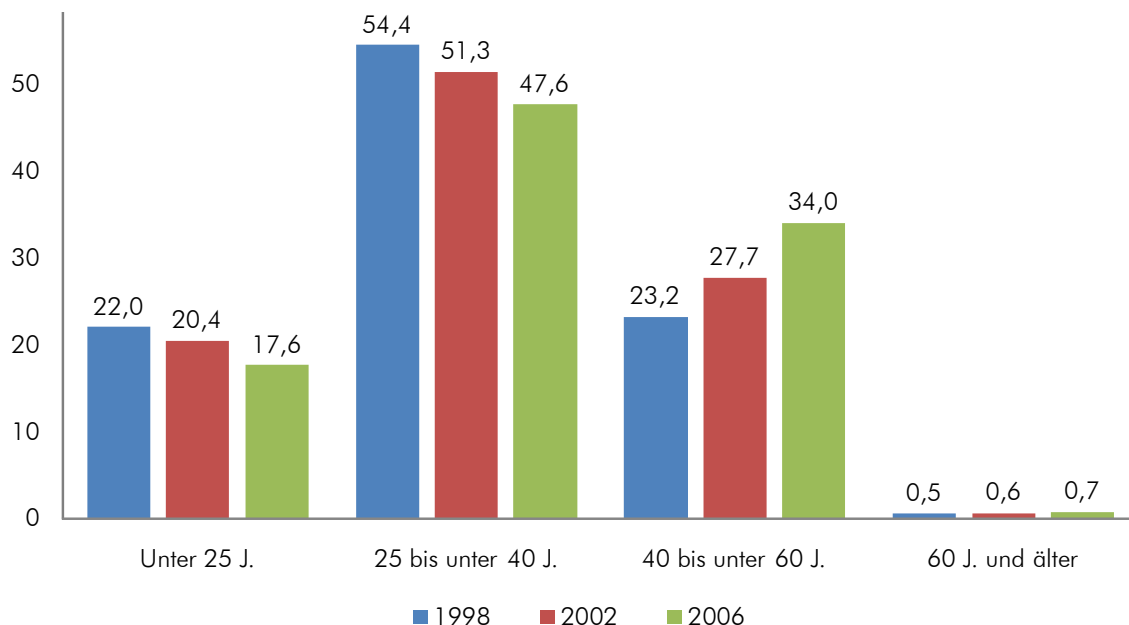
Quelle: KJH-Statistik (Einrichtungen und tätige Personen) 2006; eigene Darstellung

Bei der bisherigen Darstellung der Entwicklungen und der aktuellen Lage der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg wurden durchgängig die Antworten zu der Art der Einrichtung als entscheidende Filterfrage genutzt. Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik ist zum Personal ein weiterer Zugang möglich – nämlich über die Abfrage der Arbeitsbereiche. Werden die Daten der Kategorien „freizeitbezogene, offene Jugendarbeit und Jugendpflege“, „mobile Jugendarbeit“ und „Spielplatzwesen“ addiert, dann erhält man für das Jahr 2006 für Baden-Württemberg eine Summe von insgesamt 2.097 Personen. Damit liegt bei dieser Art der Ermittlung der Personenzahl die Anzahl leicht unterhalb dessen, was als Personal in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bislang genannt wurde (vgl. Tab. 26). Auf der Basis dieser Gesamtzahl und der entsprechenden Werte für die beiden Erhebungen zuvor, lassen sich der unter anderem Aussagen zu der Altersstruktur des Personals gewinnen (vgl. Abb. 22).

Das Personal der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wird älter. Dies lässt sich eindrücklich aufzeigen, wenn die mögliche Altersspanne in nur vier Kategorien aufgeteilt wird. Besaßen nach der Erhebung des Jahres 1998 noch 23,2% ein Alter zwischen 40 und 60 Jahren, waren 8 Jahre später bereits 34% – also etwas mehr als jeder Dritte – dieser Alterskategorie zuzurechnen. Dementsprechend sind in diesem Zeitraum die Anteile für die jüngeren Beschäftigten zurückgegangen. Die Mehrheit des Personals in der Offenen Kinder- und

Jugendarbeit hat nach wie vor ein Alter zwischen 25 und 39 Jahren. Der Anteil dieser Altersgruppe ist allerdings deutlich von 54,4% (im Jahr 1998) auf 47,6% (im Jahr 2006) gesunken. Es wäre zu klären, welche Konsequenzen – für die Konzepte, die konkrete Beziehungsarbeit, die Angebotsstruktur, die Nachwuchsarbeit, die Innovationsfähigkeit etc. – aus diesen Verschiebungen in der Altersstruktur des Personals erwachsen und ob damit auch eine durchschnittliche längere Verweildauer des Personals im Arbeitsfeld korrespondiert. Wäre dies der Fall, dann könnten mit diesem Umstand auch nachteilige Entwicklungen verbunden sein (vgl. etwa Deinet 2000 sowie die Ausführungen in Kap. 6.6 zur Altersstruktur der Beschäftigten, bezogen auf die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg insgesamt).

Abb. 22: Veränderung des Altersaufbaus des Personals der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg (%-Anteile; 1998, 2002, 2006)



Quellen: KJH-Statistiken (Einrichtungen und tätige Personen; Abfrage der Arbeitsbereiche) 1998, 2002, 2006; eigene Darstellung

7.2.3 Offene Kinder- und Jugendarbeit auf kommunaler Ebene

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist generell als ein Auftrag an die kommunale Ebene bzw. an die kommunalen Jugendämter zu betrachten (vgl. Kap. 4), wird von diesen Institutionen zu einem Großteil finanziert und hauptsächlich durch beruflich tätiges Personal getragen.⁸² Bislang wurde diese besondere Arbeitsform der Kinder- und Jugendarbeit al-

82 Eine interessante Variante zur Unterstützung der Städte und Gemeinden bzw. zur Versorgung mit Fachkräften der Offenen Arbeit bietet das so genannte „Jugendpfleger-Leasing“. Mit diesem Instrument, das ein Service-Angebot einiger Landkreise in Baden-Württemberg darstellt, soll die Möglichkeit geschaffen werden, auf besondere Bedarfssituationen in kleineren Städten und Gemeinden relativ zeitnah, projekthaft und ohne längerfristige finanzielle Festlegungen reagieren zu können. Mittels eines

lerdings über den Zugang und mittels der Perspektive Landesebene betrachtet und in ihrer Entwicklung analysiert. Auf diese Weise konnten zwar einige zentrale Eckpunkte der Landschaft der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg in aggregierter Form dargestellt werden, die öffentlichen und kommunalen Träger auf der kommunalen Ebene, die als die Hauptakteure im Bereich der Offenen Angebote zu bezeichnen sind, wurden allerdings bislang nicht in Blick genommen.⁸³ Daher sollen in diesem Abschnitt – beispielhaft für diese föderale Ebene – einige Daten präsentiert werden, die einerseits die Situation eines Jugendamtes (Mannheim) verdeutlichen (1) und andererseits empirische Befunde zu den Besuchern und Besucherinnen von OKJA-Einrichtungen eines großen freien Trägers (in Stuttgart) darstellen (2).⁸⁴

Auf der Grundlage einer Literatur- und Internetrecherche sowie auf der Basis einiger Anfragen bei baden-württembergischen Jugendämtern hat sich der Eindruck erhärtet, dass diese Daten zu Einrichtungen und Besuchern nicht überall als Planungsgrundlage bzw. als Wissensbestand vorliegen. Auch – oder gerade – auf dieser Aggregationsebene der Jugendamtsbezirke bzw. der Kommune zeigt sich ein Wissensdefizit, obwohl dieses Wissen erhebliche Fortschritte bezüglich Planung, Selbstreflexion oder Legitimation mit sich bringen würde (vgl. Deinet 2007; Liebig 2007; Thole 2004): Es liegen zu wenig empirisch fundierte Daten zu dem Arbeitsbereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vor. Wenn Daten produziert worden sind, dann fehlt es an Kontextbezügen – sowohl in fachlicher als auch in zeitlicher Hinsicht. Anders ausgedrückt: Die Daten können – aufgrund eines zu meist für die eigenen Belange entwickelten Erhebungsinstruments und eines geringen Rezeptionsgrades hinsichtlich evtl. vergleichbarer Studien – nur mit großen Vorbehalten

zeitnah, projekthaft und ohne längerfristige finanzielle Festlegungen reagieren zu können. Mittels eines Pools von sozialpädagogischen Fachkräften können auf diese Weise innovative Projekte und die ehrenamtliche Arbeit vor Ort unterstützt oder besondere Personalbedarfe – etwa durch Krankheitsausfall oder durch spezifische Entwicklungen im Sozialraum – befriedigt werden. Dieses Instrument wird beispielsweise im Landkreis Ludwigsburg eingesetzt. Dort existiert es unter dem Etikett „Mobiler Aktionspool“ bereits seit dem Jahr 1999. Ziele dieses Pools ist es, Aufbauarbeit zu leisten und die Arbeit vor Ort konzeptionell zu entwickeln. Mit den Städten und Gemeinden, die Bedarfe signalisieren und entsprechende Kostenbeiträge für die „geleaste“ Mitarbeiter/innen entrichten wollen, werden Kooperationsvereinbarungen geschlossen, in denen Aufgaben und Einsatzzeiten festgelegt sind. In einigen Fällen scheint dieses Angebot des Landkreises dazu geführt zu haben, dass die Mitarbeiter/innen des Pools in feste Anstellungen übernommen wurden.

83 Gewissermaßen zwischen den beiden Ebenen des Landes und der Gemeinden befinden sich die Kreisjugendämter, die sich damit in bzw. mit einer „schwierigen Rolle“ zurechtfinden müssen (vgl. hierzu und zu dem folgenden Projekt: Leser/Lindner/Reif 2009, S. 423ff.). Damit diese Rolle reflektiert und weitgehend evidenzbasiert ausgefüllt werden kann, wurden von einer Projektgruppe, die sich aus Referenten aus neun Landkreisen in Baden-Württemberg und einer Vertreterin des Kommunalverbands für Jugend und Soziales zusammensetzte, die Kernarbeitsfelder der Kreisjugendämter identifiziert und auf diesem Fundament Qualitätsstandards sowie basale Evaluationsinstrumente entwickelt. Dieses (so genannte „WuQ-“) Projekt wurde mit dem Anspruch durchgeführt, die professionelle Basis der Jugendarbeit zu untermauern und die fachwissenschaftliche Weiterentwicklung zu befördern – vor allem für die Ebene der Kreisjugendreferate.

84 Zu weiteren Analysen hinsichtlich einzelner Projekte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vgl. Fehren u.a. (2008).

Vergleiche erlauben und sind zumeist als einmalige Erhebungen angelegt, so dass keine Entwicklungen sichtbar werden.

(1) In der Stadt Mannheim existieren im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit 10 Jugendhäuser, 14 Jugendtreffs und 3 Abenteuerspielplätze. Der im April dieses Jahres herausgegebene Jahresbericht der AG nach § 78ff. SGB VIII ist der erste Bericht, in dem alle Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gemeinsam dargestellt und Grunddaten zu den Angeboten (hinsichtlich Angebots-, Öffnungs- und Besuchszahlen) nach einem einheitlichen System veröffentlicht werden (vgl. AG 78 Mannheim 2009). Daraus stammen die folgenden zusammenfassenden Befunde zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Mannheim:

- *Öffnungszeiten:* Sowohl die Jugendhäuser als auch die Jugendtreffs öffnen hauptsächlich am Nachmittag. Bei den Jugendhäusern entfallen 52,1% der Öffnungen auf diese Tageszeit; bei den Jugendtreffs sind dies 55,9%. Alle anderen Öffnungen finden abends statt. Die Abenteuerspielplätze öffnen ausschließlich nachmittags. Die durchschnittliche Öffnungszeit pro Woche beträgt bei den Jugendhäusern 22:18 Std. und bei den Jugendtreffs liegt sie mit 19:55 Std. leicht darunter.
- *Anzahl der Besucher:* Über alle Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit hinweg wurden im Schnitt fast 29 Besucher pro „Öffnungseinheit“ und Einrichtung gezählt. Eine „Öffnungseinheit“ bedeutet hier eine Nachmittags- oder eine Abendeinheit von 3 bis 4 Stunden.
- *Geschlechterverteilung:* Fast 60% der Besucher der Mannheimer Einrichtungen sind männlich. Das Übergewicht der jungen Männer zeigt sich insbesondere in dem Kernbereich der offenen Arbeit, der in der Mannheimer Statistik von den „Angeboten“ unterschieden wurde.
- *Alter der Besucher:* Mehr als die Hälfte der Besucher (56,6%) hat ein Alter von unter 14 Jahren. 30,5% weisen ein Alter zwischen 14 und 18 Jahren auf; jeder 8. Besucher (12,6%) ist älter als 18 Jahre. Die Kinder nehmen insbesondere die Angebote wahr, während ihr Anteil in dem offenen Bereich bei 47,6% liegt, womit sie – bei den eben beschriebenen drei Alterskategorien – allerdings immer noch die größte Kategorie darstellen.

(2) Die Untersuchung zu den Einrichtungen der Gesellschaft Stuttgarter Jugendhaus (vgl. Jugendhaus/explanandum o.J.), in die Daten aus insgesamt 12 für die Gesellschaft repräsentativ ausgewählten OKJA-Einrichtungen eingeflossen sind, sollte belastbare Daten zu den Besuchern und Besucherinnen sowie zum Besucherverhalten ermitteln, damit auf dieser Wissensbasis mittel- und langfristige Perspektiven für die Kinder- und Jugendarbeit entwickelt werden können. Die Feldphase dieser Studie ist im Frühjahr 2007 durchgeführt worden. Das Forschungsprojekt hat unter anderem die folgenden Befunde (für alle untersuchten Einrichtungen) hervorgebracht, die auch hier zu bestimmten Schlüsselbegriffen präsentiert werden:

- *Verweildauer:* Im Durchschnitt beträgt die Verweildauer der Besucher annähernd 1,5 Std. (1:28 Std.) pro Besuchstag. Das Besuchsverhalten von Kindern und Jugendlichen unterscheidet sich in diesem Punkt nur unerheblich.
- *Reichweite:* Auf der Basis der ermittelten Daten zu der Reichweite der Angebote wurde hochgerechnet, dass die Stuttgarter Jugendhaus Gesellschaft etwa 1,1 Mio. Besucher im Jahr aufweisen kann. 78% dieser Besuche entfallen auf die Einrichtungen, 14% auf Angebote an Schulen bzw. durch Schulkooperationen und 8% auf sonstige Angebote.
- *Geschlechterverteilung:* Der Großteil der Besucher ist männlichen Geschlechts. Über alle Einrichtungen hinweg beträgt deren Anteil 67%. Mit anderen Worten: 2 von drei jungen Menschen, die in Stuttgart Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nutzen, sind männliche Besucher.
- *Migrationshintergrund:* Die deutliche Mehrheit der Besucher (72%) verfügt über einen Migrationshintergrund.
- *Schultypen:* 70% der Besucher und Besucherinnen weisen den Status eines Schülers bzw. einer Schülerin auf. Innerhalb dieser Gruppe besuchen deutlich mehr als die Hälfte eine Hauptschule.

8 Akteure und Felder der Kinder- und Jugendarbeit

8.1 *Kinder- und Jugendarbeit im Sport*

Die Kinder- und Jugendarbeit im Sport nimmt innerhalb der gesamten Kinder- und Jugendarbeit eine Sonderstellung ein. Alle Mitglieder im Kindes- und Jugendalter der zusammengeschlossenen Sportvereine sind statistisch gleichzeitig auch in der Sportjugend organisiert. Auf dieser Basis geht die baden-württembergische Sportjugend von derzeit etwa 1,5 Mio. Mitgliedern bei den unter 27-Jährigen aus (vgl. BWSJ o.J.); das entspricht bei den 6- bis unter 27-Jährigen in Baden-Württemberg einem Anteil von rund 60% (vgl. Kap. 5.1). Aus diesem Grund bildet die Sportjugend über die Sportvereine – nicht nur in Baden-Württemberg – die mitglieder- bzw. teilnehmerstärkste Organisation, die als Akteur in der Kinder- und Jugendarbeit auftritt.

Zugleich ist die Kinder- und Jugendarbeit innerhalb des Sports aber ein schwer zu fassendes Element. So wird die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an Aktivitäten von Sportvereinen – ähnlich wie bei der kirchlichen Jugendarbeit – nicht für alle Teilnehmenden selbst auch begrifflich der Jugendarbeit zugeordnet; zugleich erstrecken sich die Angebotsformen der Sportvereine über ein breites Spektrum, das vor allem auf sportliche Aktivitäten, Training und Wettkampf ausgerichtet ist, aber auch bis zum Engagement im Sport und im Umfeld des Sports reicht. Die Gestaltung bestimmter Angebote formt sich in der Regel individuell und lokal sowie durch den Fokus auf sportliche Aktivitäten aus.

In Anbetracht dessen steht in den Sportvereinen die jugendpädagogische Arbeit nicht immer in gleicher Weise im Mittelpunkt wie in der sonstigen Kinder- und Jugendarbeit bzw. bei anderen Jugendverbänden. Dies äußert sich auch in der eigenständigen Qualifikation und der begrifflichen Kennzeichnung der ehrenamtlich Engagierten im Sport als Übungsleiter und Übungsleiterinnen (oder Sportassistentin/assistenten), die neben der sonst üblichen Jugendleiterausbildung existiert. Insbesondere die drei Sportjugenden der Landesverbände sehen ihre Aufgabe jedoch vor allem darin, die Kinder- und Jugendarbeit in den Vereinen zu unterstützen und deren pädagogische Dimension zu fördern, um so die Vereinsjugendarbeit nicht auf den Sportbetrieb zwischen Training und Wettkampf zu beschränken. Dazu zählen jugendarbeitsbezogene Aktivitäten wie etwa Projekte, Freizeit- und Ferienfahrten ebenso wie die Qualifikation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, das örtliche jugendpolitische Engagement oder auch das Freiwillige Soziale Jahr im Sport. Neben der Leistungsdimension kommt hierbei deutlich ein erweitertes Sportverständnis mit den Elementen Freizeit, Erlebnis und Gesundheit dazu.

In der Frage der Bedeutung und Wirkungen der Jugendarbeit im Sport – die hohe Bedeutung des Vereinssports für die körperliche, gesundheitliche und psychische Entwicklung

von Kindern und Jugendlichen hat zuletzt der 13. Kinder- und Jugendbericht herausgestellt (vgl. BMFSFJ 2009) – unterscheidet die Sportjugend zwischen geplanten und informellen Bildungs- und Lernprozessen. So finden sich über die stärker jugendarbeitsspezifischen Angebote hinaus auch im regelmäßigen Training Zielsetzungen, die auf den Erwerb körperbezogener Kompetenzen (Körpererfahrung, -ästhetik, -ausdruck), aber auch von Kompetenzen im sozialen, kognitiven und personalen Bereich zielen (z.B. Teamfähigkeit, Selbstvertrauen, Verantwortungsfähigkeit) (BMFSFJ 2005; DSJ 2009).

Darüber hinaus finden sich in den Sportvereinen informelle Lernprozesse im Sinne des Erwerbs sozialer und persönlicher Kompetenzen, die „alltägliche“ Bestandteile jugendlicher Gesellung sind (vgl. hierzu ausführlicher Kap. 10). Und auch das in den Sportvereinen konstitutive ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen kann als wichtiger Ort der Persönlichkeitsentwicklung und des Kompetenzerwerbs beschrieben werden. Allerdings bleibt es eine Aufgabe insbesondere auch der lokalen Vereinsarbeit, deutlich und transparent zu machen, welche Bildungsprozesse im Sinne persönlicher und sozialer Kompetenzen im Sportverein bewusst gefördert werden, und wie dies geschieht.

8.1.1 Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit im Sport

In Baden-Württemberg existieren drei regionale Sportbünde: der Württembergische Landessportbund, der Badische Sportbund Nord und der Badische Sportbund Freiburg – zusammengeschlossen im Landessportverband Baden-Württemberg (LSV), der die Dachorganisation der Sportselbstverwaltung in Baden-Württemberg darstellt und auch die Sportfachverbände im Land vertritt. Sie hat die Rechtsform des eingetragenen Vereins.

Der Landessportverband Baden-Württemberg hat derzeit nach eigenen Angaben 3,8 Mio. Mitglieder in über 11.400 Vereinen. Damit ist fast jeder dritte Baden-Württemberger in einem Sportverein organisiert. Der LSV Baden Württemberg hat dabei 93 Mitgliedsorganisationen, 88 Fachverbände und 5 Verbände mit besonderer Aufgabenstellung.⁸⁵

Von der Organisationsstruktur her kommt den drei Teilverbänden und den „Sportkreisen“ im Württembergischen Landessportbund (WSLB) und dem badischen Sportbund Nord (BSB) eine besondere Stellung zu. Die Sportkreise bilden die regionalen Gliederungen des WLSB und des BSB. Sie sind auf der kommunalen Ebene die Schnittstelle zwischen WLSB und deren Mitgliedsorganisationen.

85 Vgl. www.lsvbw.de

Die *Baden-Württembergische Sportjugend (BWSJ)* ist die Jugendorganisation des Sports in Baden-Württemberg. Entsprechend der skizzierten regionalen Gliederung wird die BWSJ durch die Jugendorganisationen der drei Sportbünde,

- die Badische Sportjugend Freiburg (bsj),
- die Badische Sportjugend Nord (BSJ) und
- die Württembergische Sportjugend (WSJ)

gebildet, die wie die BWSJ allesamt anerkannte freie Träger der Jugendhilfe und der außerschulischen Jugendbildung sind.

Nach Angaben der Mitgliederstatistik vertritt die BWSJ über 1,5 Millionen jungen Menschen bis 27 Jahre in mehr als 11.400 Vereinen in ganz Baden-Württemberg (vgl. BWSJ o.J.). Wenn man die Sportjugend als eine einheitliche Organisation ansieht, ist sie die mitgliederstärkste Jugendorganisation im Land.⁸⁶ Die BWSJ ist jedoch kein Mitglied im Landesjugendring, während die Sportvereine häufig auf der kommunalen Ebene in die Stadt- und Kreisjugendringe eingebunden sind.

Die Organisation der baden-württembergischen Sportjugend leistet im Schwerpunkt selbst keine eigene Kinder- und Jugendarbeit, sondern definiert ihre Aufgaben in folgenden Punkten:

- Informationen für Vereine, Verbände und Kreise;
- Modellmaßnahmen zur Initiierung von Aktivitäten der Vereine, Verbände und Kreise;
- Interessenvertretung im jugendpolitischen Raum
- Finanzielle Unterstützung in Form von Zuschüssen
- Hilfe beim Aufbau von Beziehungen

Als Arbeitsfelder werden u.a. benannt:

- Unterstützung der Sportjugendarbeit in den Landessportbünden, den Vereinen und Verbänden;
- Freiwilliges Soziales Jahr im Sport (in Sportvereinen/Sportfachverbänden und Bildungsstätten, auch FSJ als Jugendbegleiterin oder Jugendbegleiter);
- Jugendbildungsarbeit/Qualifizierung (Jugendleiter-/Schulmentorenausbildung);
- Sportjugendförderpreis;
- Projektarbeiten;
- Erstellung von Arbeitshilfen;
- Mitwirkung in den jugendpolitischen Diskussionen, auch zur Entwicklung der Ganztagschule.

⁸⁶ Die BWSJ ist auch Partner des „Bündnis für die Jugend“ mit dem Land Baden-Württemberg.

Die drei in der BWSJ zusammengeschlossenen Landessportbünde nehmen auch die Funktion von Dachorganisationen wahr, treten aber zugleich stärker als Anbieter von Kinder- und Jugendarbeit auf, etwa in der Durchführung von Freizeiten und Zeltlagern, in der Ausbildung und Fortbildung zum/zur Sportassistenten/assistentin Kinder/Jugend, zur Jugendleiterin bzw. zum Jugendleiter, zu (kinderbezogenen) Übungsleitern bzw. -leiterinnen oder zu Trainerinnen und Trainern, aber auch im Verleih von Sportmobilen oder von Sport- und Spielgeräten für Kinder und Jugendliche.

Für viele Sportvereine haben die Angebote für Kinder und Jugendliche auch eine bedeutende organisatorisch-strukturelle Bedeutung. Über 78% der Sportvereine erhielten 2007 öffentliche finanzielle Förderung, die fast ausschließlich von der Zahl der Kinder und Jugendlichen im Verein abhängig sind (vgl. Breuer/Wicker 2009a, S. 148). Bedenkt man, dass in Baden-Württemberg 2007 nach Angaben der Vereine selbst fast 34% der Sportvereine ein negatives Haushaltssaldo hatten und diese Zahl ohne öffentliche Zuschüsse bei über 50% läge (vgl. Breuer/Wicker 2009a, S. 164), so hängt langfristig die Zukunft vieler Sportvereine stark von ihrer Kinder- und Jugendarbeit ab.

8.1.2 Mitgliedschaften und Aktivitäten junger Menschen im Sportverein

Wie schon erwähnt, erweist sich die Sportjugend als mitgliederstärkster Verband in Baden-Württemberg, da sämtliche Kinder und Jugendliche, die Mitglied in einem Sportverein sind, auch automatisch Mitglied in der BWSJ sind. Entsprechend groß sind die Mitgliederzahlen der BWSJ (vgl. Tab. 28).

Tab. 28: Mitglieder in den Vereinen des Landessportverbandes Baden-Württembergs (2007, 2008; absolut; weibliche Mitglieder in Prozentanteilen)

Jahr	0 -6 Jahre		7-14 Jahre		15-18 Jahre		19-26 Jahre		0-27 Jahre insg.	
	Insg.	w-%	Insg.	w-%	Insg.	w-%	Insg.	w-%	Insg.	w-%
2007	202.505	46,7	793.523	42,8	359.935	40,5	388.141	36,6	1.744.104	41,4
2008	198.715	46,7	798.556	42,8	359.192	40,7	392.954	36,8	1.749.417	41,5

Quelle: Mitgliederstatistik des Landessportverbandes Baden-Württemberg 2008, eigene Berechnungen

Zu beachten ist, dass bei dieser Zählung Mehrfachmitgliedschaften nicht ausgeschlossen werden können, so dass mit dieser Zählung der LSV Baden-Württemberg für 2008 auf 4.038.924 Mitglieder aller Altersgruppen kommt. In seiner bereinigten Zählung, die die Doppelungen heraus nimmt, aber in der Statistik nicht nach Sportarten und Altersstufen ausgewiesen ist, waren es 2008 in der Gesamtsumme 3.770.000 Mitglieder, davon 1.602.000 Mitglieder unter 27 Jahren, so dass sich in der ersten Zählweise eine Doppelzählung von etwa 7% ergibt.

Ohne diese Daten und den berichteten Zeitabschnitt von zwei Jahren überinterpretieren zu wollen, lässt sich festhalten, dass sich die Mitgliedschaften auf einem konstant hohen Niveau halten und die leichte Abnahme bei den unter 6-Jährigen wohl eher demografisch zu erklären ist. Sichtbar werden zudem zwei Befunde:

- Zum einen, dass der Mädchenanteil, der in der jüngsten Altersgruppe schon leicht unter dem „natürlichen“ Anteil liegt, mit zunehmendem Alter absinkt – trotz einem zwischen 2007 und 2008 leicht ansteigenden Anteil in den älteren Altersgruppen. Mädchen beenden ihre Mitgliedschaft im Sportverein also eher als Jungen bzw. kommen nicht in dem Maße in die Vereine wie Jungen.
- Zum anderen wird deutlich, dass vor allem die ältere Kindheit und das frühe Jugendalter ein Alter mit hoher Sportvereinsbindung ist: Schaut man sich die Gruppe der 19- bis 26-Jährigen bspw. im Vergleich zur vergleichbar großen Altersspanne der 7- bis 14-Jährigen an, so findet sich bei den Älteren eine nur noch halb so große Absolutzahl.

Die Mitgliederstatistik weist zudem aus, dass die Fußball- und Turnvereine nach wie vor die größte Anzahl jugendlicher Mitglieder haben. Setzt man zudem die bereinigten Zahlen 2008 modellhaft ins Verhältnis zur entsprechenden Bevölkerungszahl des Statistischen Landesamts von Baden-Württemberg, so beträgt der Anteil bei 1.456.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in diesem Alter – an Sportvereinsmitgliedern bei den unter 14-Jährigen über 62%. Bei allen Kindern und Jugendlichen unter 27 Jahren beträgt der entsprechende Anteil derer, die Mitglied in einem Sportverein waren, 52% – bei 3.103.000 Einwohnerinnen und Einwohnern unter 27 Jahren.

Diese auf die Bevölkerung hochgerechnet starke Einbindung der Kinder und Jugendlichen in die Sportvereinslandschaft lässt sich auch über die Direktbefragung von jungen Menschen in den Jugendsurveys des DJI nachvollziehen (vgl. Tab. 29).

Tab. 29: Aktivität im Sportverein in der altersentsprechenden Bevölkerung nach ausgewählten Altersgruppen und Bundesländern (2007)

Bundesland	9- bis 12-Jährige		13- bis 17-Jährige	
	in %	n	in %	n
Bayern	68,5	203	71,9	199
Nordrhein-Westfalen	75,8	339	67,5	355
Niedersachsen	76,8	164	62,4	168
Rheinland-Pfalz	78,3	69	59,5	74
Baden-Württemberg	78,7	178	65,0	177
Hessen	79,0	81	66,7	108
Deutschland	75,4	1.034	65,4	1.379

Quelle: DJI-Methodenstudie 2007

Deutlich wird, dass rund drei von vier 9- bis 12-Jährigen bzw. zwei von drei 13- bis 17-Jährigen in Sportvereinen aktiv sind.⁸⁷ Damit wird das Potenzial der Sportvereine und der Sportverbände für die Kinder- und Jugendarbeit noch einmal unterstrichen. Und auch der Blick auf die sozialstrukturelle Zusammensetzung am Beispiel der 9- bis 12-Jährigen, der durchaus Unterschiede in der Aktivität nach familialer Herkunft deutlich macht, lässt die enorme Breitenwirkung der Sportvereine sichtbar werden (vgl. Tab. 30).

Tab. 30: Anteil der 9- bis 12-Jährigen an der altersentsprechenden Bevölkerung mit Aktivitäten in Sportvereinen nach sozialstrukturellen Merkmalen in Baden-Württemberg (2007; n=178)

Bevölkerungsgruppen	Anteil aktiver Kinder in Sportvereinen in %
Jungen	80,4
Mädchen	76,7
Eltern keine Akademikerin	79,4
Eltern(teil) Akademiker(in)	77,6
Unterstes HISEI-Quartil ⁸⁸	75,0
Zweites HISEI-Quartil	85,3
Drittes HISEI-Quartil	90,3
Höchstes HISEI-Quartil	81,0
Ohne Migrationshintergrund	81,5
Mit Migrationshintergrund	63,0

Quelle: DJI-Methodenstudie 2007, Befragung der 9- bis 12-Jährigen

Zwei Befunde lassen sich aus der Tabelle herauslesen. *Erstens*: Es gibt auch im Sport eine gewisse soziale Selektivität der Teilnahme. Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sowie Kinder aus Familien mit niedrigerem Sozialprestige und geringerem Bildungsniveau sind unter den Teilnehmenden in den Sportvereinen unterrepräsentiert, während Kinder ohne Migrationshintergrund und Kinder aus sozial besser gestellten Familien dort häufiger Mitglieder sind. *Zweitens*: Allerdings nimmt – bei vorhandener sozialer Selektivität – immer noch eine große Mehrheit dieser benachteiligten Kinder und Jugendlichen an den Aktivitäten der Sportvereine teil. Damit wird ein großes Potenzial für die Kinder- und Jugendarbeit in den Verbänden sichtbar, die eben über den Sport auch viele Kinder und Jugendliche aus weniger privilegierten Elternhäusern erreicht.

87 Die Daten sollten auf Länderebene allerdings eher annäherungsweise verstanden werden. Die Ziehung der Stichprobe erfolgte nicht auf Länderebene, sondern sollte nur für Deutschland insgesamt ein repräsentatives Abbild liefern.

88 Die HISEI-Quartile messen den jeweils höchsten ISEI (International Socio-Economic Index of Occupational Status) in der Familie. Dies ist ein in der Sozialforschung übliches sozioökonomisches Maß, um über den beruflichen Status den sozioökonomischen Status der Herkunftsfamilie abzubilden (u.a. verwendet in den PISA-Studien).

Zum Vergleich der Aktivität in den verschiedenen Bereichen lässt sich der Freiwilligensurvey 2004 als Datengrundlage heranziehen, auch wenn die Datenerhebung mittlerweile fünf Jahre her ist. Vorteil dieser Datenquelle ist die Berücksichtigung von Ländern und Altersgruppen in der Datenstruktur, so dass – hier für die Altersgruppe der 14- bis 26-Jährigen – ein etwas verlässlicheres Bild gezeichnet werden kann (vgl. Tab. 31).

Wiederum wird ersichtlich, dass im Ländervergleich insbesondere in Baden-Württemberg die Beteiligung am Sport sehr ausgeprägt ist. Zudem nehmen Aktivitäten im Sport gegenüber anderen Bereichen eine überragende Stellung ein: Mehr als 50% der Jugendlichen sind hier aktiv, während die anderen hier aufgeführten Bereiche je nach Inhalt und Bundesland zwischen 5% und 17% erreichen.

Tab. 31: Umfang aktiver junger Menschen (14- bis 26-Jährige) nach Bereichen¹ und ausgewählten Bundesländern (2004; in % der altersentsprechenden Bevölkerung)

Bundesland	Aktiv im/in...					
	N	Bereich Sport in %	Bereich Kirche u. Religion in %	Unfall-, Ret- tungsdienst, Feuerwehr in %	Jugendar- beit/Erwach- senbild. in %	Umwelt-, Natur-, Tierschutz in %
Baden-Württemberg	301	56,9	10,1	4,9	10,1	5,6
Bayern	363	57,6	15,8	13,3	9,7	14,7
Berlin	106	47,4	11,9	2,9	7,1	5,6
Brandenburg	96	38,7	4,7	4,4	5,2	6,8
Niedersachsen	242	53,5	12,9	7,9	8,2	8,0
NRW	496	55,9	17,3	6,4	10,3	8,6
Hessen	169	56,0	10,4	11,1	8,4	8,7
Rheinland-Pfalz	123	53,0	18,5	12,5	9,9	6,5
Sachsen	161	44,7	12,7	4,8	7,7	4,7
Sachsen-Anhalt	91	46,4	2,9	15,7	8,2	7,6
Thüringen	95	50,1	9,9	8,7	14,1	5,8
Deutschland	2.500	52,9	13,1	7,9	9,1	8,1

¹ Die Bereichsschneidung wurde durch die Datenerhebung im Freiwilligensurvey festgelegt. Ausgewählt wurden die Bereiche, die am stärksten mit den Inhalten der Jugendarbeit/Jugendverbandsarbeit übereinstimmen. Gefragt wurde am Beispiel Sport nach Aktivitäten „z.B. in einem Sportverein oder in einer Bewegungsgruppe“.

Quelle: Freiwilligensurvey 2004, eigene Berechnungen

Schaut man mit vergleichendem Blick auf Auskünfte von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Entwicklung der Mitgliedschaft im Sportverein, so lässt sich hier mit einer identischen Erhebungsmethode die Mitgliedschaft in Sportvereinen der 16- bis 29-Jährigen über die Zeit von Anfang der 1990er- bis 2003 verfolgen (vgl. Tab. 32).

Auch anhand dieser Daten wird wiederum deutlich, dass die Mitgliedschaft in Sportvereinen in Baden-Württemberg im Ländervergleich mit am höchsten ist, dass allerdings

zugleich in den 11 Jahren zwischen den beiden Erhebungen für Baden-Württemberg ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist.⁸⁹

Tab. 32: Mitgliedschaft im Sportverein im 11-Jahres-Vergleich nach Bundesländern (1992 und 2003)

Bundesland	Mitgliedschaft in Sportvereinen 1992		Mitgliedschaft in Sportvereinen 2003	
	In %	n	In %	N
Baden-Württemberg	50,2	315	45,1	523
Bayern	39,7	521	42,5	784
Berlin	34,1	246	18,3	153
Brandenburg	15,5	194	22,8	202
Schleswig-Holstein	39,7	126	40,2	174
Niedersachsen	48,1	289	43,8	491
Nordrhein-Westfalen	38,7	646	36,7	1.097
Hessen	39,0	236	43,1	343
Rheinland Pfalz	45,9	159	47,0	251
Mecklenburg-Vorpommern	21,1	247	26,1	157
Sachsen-Anhalt	26,3	453	27,7	188
Sachsen	25,5	267	29,1	306
Thüringen	29,0	300	20,6	165
Deutschland	35,2	4.151	37,7	4.997

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992 und 2003

Grundsätzlich weisen alle skizzierten Daten jedoch in die gleiche Richtung: Sportvereine spielen eine bedeutsame Rolle im Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen; insbesondere in Baden-Württemberg ist ihre Bedeutung sehr ausgeprägt. Mit ihren Angeboten erreichen sie die große Mehrheit aller Heranwachsenden. Allerdings geben die Daten keine Auskunft darüber, wie viele dieser jungen Menschen auch an Projekten und Angeboten der Sportvereine und Sportbünde teilnehmen, die über das regelmäßige sportliche Treffen, Training und Wettkampf hinausgehen.

8.1.3 Ehrenamtliches Engagement im Sport

Eine wichtige Dimension für die verbandsbezogene Jugendarbeit ist das ehrenamtliche, oder wie es im Freiwilligensurvey genannt wird, das freiwillige Engagement junger Menschen (vgl. auch Kap. 7.1.5). Dass Jugendliche sich für etwas engagieren, Verantwortung für sich und andere übernehmen ist ein zentrales Anliegen der Kinder- und Jugendarbeit, die in ihren verbandlichen Ursprüngen vor allem auf diesem ehrenamtlichen Engagement

⁸⁹ Auch hier gilt wiederum: Die Daten beruhen nicht auf einer auf Länderebene repräsentativen Stichprobenziehung, so dass sie nur Näherungswerte darstellen und gewisse Schwankungen somit auch durch die Stichprobe erklärt werden können (vgl. Kap. 2.2).

beruht und bis heute stark ehrenamtlich organisiert ist. Auch im freiwilligen Engagement junger Menschen spielen die Sportvereine eine zentrale Rolle (vgl. Tab. 33).

Tab. 33: Freiwillig engagierte junge Menschen (14- bis 26-Jährige) nach Bereichen¹ und ausgewählten Bundesländern (2004; in Prozent der altersentsprechenden Bevölkerung)

Bundesland	n	Freiwillig Engagiert im/in...				
		Sport	Kirche u. Religion	Unfall-, Rettungsdienst/Feuerwehr	Jugendarbeit/Erwachsenenbildung	Umwelt-, Natur-, Tierschutz
		In %	In %	In %	In %	In %
Baden-Württemb.	301	24,3	5,6	4,3	3,7	1,6
Bayern	363	12,7	9,6	4,1	3,9	3,7
Berlin	106	7,3	3,9	1,9	3,8	0,6
Brandenburg	96	11,1	3,3	2,7	1,5	1,7
Niedersachsen	242	12,6	3,8	3,9	5,5	2,2
NRW	496	13,6	6,1	4,8	4,2	1,2
Hessen	169	13,0	6,1	5,3	2,2	2,3
Rheinland-Pfalz	123	10,1	10,2	6,1	2,8	1,7
Sachsen	161	9,7	4,0	3,5	3,7	0,9
Sachsen-Anhalt	91	16,7	1,4	9,1	1,6	0,9
Thüringen	95	10,2	5,8	3,2	8,1	1,7
Deutschland	2.500	13,4	5,9	4,2	3,7	1,8

¹ Die Bereichsschneidung wurde durch die Datenerhebung im Freiwilligensurvey festgelegt. Ausgewählt wurden die Bereiche, die am stärksten mit den Inhalten der Jugendarbeit/Jugendverbandsarbeit übereinstimmen (s.o.).

Quelle: Freiwilligensurvey 2004, eigene Berechnungen

Nach den Daten des Freiwilligensurveys war 2004 somit fast ein Viertel der 14- bis 26-Jährigen in Baden-Württemberg im Sport freiwillig engagiert. Ehrenamtliches Engagement im Sport nimmt damit vor kirchlichem Engagement oder anderen Feldern eine zentrale Stellung im freiwilligen Engagement Jugendlicher ein. Und der Ländervergleich weist auch beim Ehrenamt – wie schon bei den Aktivitäten – in die Richtung, dass sich vor allem in den Sportvereinen und -verbänden von Baden-Württemberg besonders viele junge Menschen ehrenamtlich engagieren.

Der Sportentwicklungsbericht 2007/2008 hat zudem darauf hingewiesen, dass die formalen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche in den Sportvereinen Baden-Württembergs im Bundesvergleich hoch ausgeprägt sind, diese in ihren Organisationsstrukturen Jugendliche mithin stärker berücksichtigen als Sportvereine in den anderen Bundesländern (vgl. Breuer/Wicker 2009b, S. 221).

8.1.4 Ausblick

Ohne an dieser Stelle eine fundierte Prognose über die Zukunft der Sportvereine und der Jugendarbeit im Sport abzugeben, lässt sich festhalten: Die Attraktivität der Sportvereine

für Jugendliche scheint vorerst nicht in relevanter Weise abzunehmen. Und es ist durchaus auch künftig davon auszugehen, dass ein wesentlicher Teil der Kinder und Jugendlichen in der Phase des Aufwachsens zu aktiven Mitgliedern eines Sportvereins werden. Das sollte von Seiten der Sportverbände und der Politik umso mehr als Chance begriffen werden, die Potenziale des Sports für eine aktivierende und partizipative Kinder- und Jugendarbeit innerhalb des organisierten Sportvereinswesens noch stärker zu nutzen, zumal die Sportvereine den demografischen Wandel in den nächsten Jahren deutlich zu spüren bekommen werden (vgl. Kap. 5.1 sowie 14.1). Selbst, wenn der hohe Organisationsgrad in Sportvereinen anhält, wird die erwartbar abnehmende Zahl an Kinder und Jugendlichen in der Bevölkerung auch eine Abnahme der Mitgliederzahlen nach sich ziehen. So weist z.B. der Sportentwicklungsbericht 2007/2008 darauf hin, dass die Sportvereine Baden-Württembergs schon heute als stärkstes Problem äußern, ehrenamtliche Funktionsträger und -trägerinnen und Übungsleiter bzw. -leiterinnen zu gewinnen bzw. zu halten (vgl. Breuer/ Wicker 2009a, S. 225).

Zu erwarten ist darüber hinaus, dass die *Schule* für die Sportvereine weiter an Bedeutung gewinnt: 2007 gaben etwa 77% der Sportvereine in Baden-Württemberg an, mit Schulen zu kooperieren, 25% erstellten Angebote zusammen mit Schulen (vgl. Breuer/Wicker 2009b, S. 217). Unklar ist derzeit noch die Rolle der sich entwickelnden Angebote der Ganztagsschulen, die zumindest in der fachpolitischen Diskussion als mögliche Konkurrenz für Vereine und Verbände behandelt werden. Anders formuliert: Noch ist nicht klar, inwieweit sportliche Angebote an Ganztagsschulen sich auf die Vereinslandschaft im Sport in Baden-Württemberg auswirken.

Grundsätzlich wird die Entwicklung von Ganztagsschulen und die damit verbundene Kooperationen von Seiten des Sportes vermehrt als Chance begriffen, die für die Vereine vor allem positive Auswirkungen bei der Mitgliedergewinnung hat (vgl. Nahl 2008; Züchner 2007; Breuer/Wicker 2009c). Die Landesförderung zur Gestaltung von außerunterrichtlichen Angeboten an Ganztagsschulen erfolgt in Baden-Württemberg allerdings vor allem durch das Jugendbegleiter-Programm (vgl. Kap. 9).⁹⁰ Darin überwiegen „organisationsunabhängige Einzelpersonen aus dem schulischen Umfeld“ oder „Personen aus der (älteren) Schülerschaft“, während Personen aus Vereinen/Verbänden/Organisationen nur etwa 19% der Jugendbegleiter und -begleiterinnen ausmachen. Unter diesen stellen die Sportvereine aber mit 6% aller Jugendbegleiter bzw. -begleiterinnen den größten Anteil (vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg 2009, S. 14).

90 In schulische Kooperationen sind viele Sportvereine auch über das Kooperationsprogramm Schule – Sportverein eingebunden, für das 2007/08 insgesamt 1,3 Mio. Euro bereitgestellt wurden (vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes BW 2008, S. 17).

Sowohl der 2. Kinder- und Jugendsportbericht als auch die bundesweite „Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG)“ liefern – auch wenn sie sich nicht dezidiert auf Baden-Württemberg beziehen – insofern Hinweise, als Sportvereine, die mit den Ganztagschulen kooperieren, von einer anschließend stärkeren Nachfrage auch außerschulischer Angebote berichten und die Zusammenarbeit somit für sich als Erfolg verbuchen (vgl. Nahl 2008; Arnoldt/Züchner 2008). Zu der Frage, inwieweit die Vereine Mitglieder verlieren, die keine Kooperation mit Ganztagschulen eingehen, etwa durch das Jugendbegleiter-Programm oder durch andere Kooperationsformen, und daher Ganztagschule eher als Bedrohung erfahren, liegen derzeit keine empirisch belastbaren Befunde vor.

Gleichzeitig kommt insbesondere für die Aktivitäten der Sportvereine ein Konkurrenzproblem besonderer Art hinzu: Die Nutzung der vorhandenen Sportstätten durch Schulen und Vereine. Verlängerte Schulzeiten und damit verlängerte Nutzungszeiten von Sportanlagen durch die Schule stellen Vereine auch vor organisatorische Probleme, da sie – in insgesamt möglicherweise kürzeren Nutzungszeiten – die Interessen aller Altersgruppen berücksichtigen müssen – und dies auch dann, wenn Kinder und Jugendliche die Angebote der Ganztagschulen gar nicht in so hohem Maße nutzen.

Wichtige Aspekte der zukünftigen inhaltlichen Arbeit sieht die Sportjugend u.a. in den folgenden Themen:

- *Sport und Kognitionsförderung/Gesundheitsförderung:* Die Förderung der motorischen und kognitiven Entwicklung durch den Sport (vgl. auch den 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung 2009), die sich insbesondere auf die Kooperation mit Kindergärten und Schulen bezieht, wird ein Schwerpunkt zukünftiger Arbeit sein (vgl. etwa das Beispiel „Kindergärten mit Bewegungsschwerpunkt“).
- *Soziale Herkunft:* Unterstützung der Teilnahme an den Vereinsangeboten auch von Kindern und Jugendlichen aus sozioökonomisch schlechter gestellten Haushalten und mit Migrationshintergrund. Da sich zeigt, dass vor allem diese Kinder unter den Teilnehmenden unterrepräsentiert sind, liegt eine Herausforderung darin, fachlich und politisch dazu beizutragen, deren Teilnahme zu fördern. Vor allem Maßnahmen zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind in den letzten Jahren verstärkt angelaufen (vgl. Breuer/Wicker 2009b, S. 221).
- *Partizipation:* Für eine Zukunftsentwicklung stellt sich die Herausforderung, wie Kinder und Jugendliche nicht nur als Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Verein, sondern auch als Gestalter/innen und Mitwirkende in ihren Vereinen gewonnen werden können, so dass die Selbstorganisation der Vereine auch neue Formen und neue Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet.
- *Jugendpolitik:* Gleichzeitig sieht auch die Sportjugend aufgrund des demografischen Wandels die Herausforderung, bei einer im Bevölkerungsanteil abnehmen-

den Zahl von Kindern und Jugendlichen eine eigenständige Jugendpolitik voranzutreiben.

Im Lichte dieser Herausforderungen wird auch der Sport mit allgemeinen Entwicklungen konfrontiert, mit denen er umzugehen lernen muss, seien es die schwächer werdenden Bindungen an die traditionellen Milieus und der steigende Einfluss der Medien auch auf die Präferenzen der Sportarten, seien es die Elemente Freizeit, Gesundheit und Erlebnis neben Training und Wettkampf, sei es die schwelende Professionalisierung, die sich durch die Kommerzialisierung des Leistungssports einerseits, aber auch die Traditionen der Übungsleiterpauschalen andererseits auch vor den Toren des Jugendsports nicht halt macht. Es wird in dieser Hinsicht entscheidend darauf ankommen, wie es dem Sport gelingt, im Rahmen seiner Möglichkeiten und mit seinen Mitteln für junge Menschen attraktiv zu bleiben.

8.2 *Kirchliche Kinder- und Jugendarbeit*

Kirchliche Kinder- und Jugendarbeit ist auch innerhalb der beiden großen Amtskirchen ein bedeutender Arbeitsbereich und ein wichtiger Teil der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland. Zugleich ist sie ein stark ehrenamtlich geprägtes Arbeitsfeld. Diese drei Aspekte müssen berücksichtigt werden, will man die kirchliche Jugendarbeit angemessen beschreiben.

8.2.1 Strukturen der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit

Trotz zahlreicher Veränderungen und Vermischungen sind die historisch entstandenen Konfessionsstrukturen in Baden-Württemberg in ihren Grundzügen noch erhalten (vgl. auch Kap. 6.3).⁹¹ In Baden-Württemberg gibt es jeweils zwei evangelische Landeskirchen und zwei katholische Diözesen. Zur Evangelischen Landeskirche in Württemberg gehören im Jahr 2007 knapp 2,3 Millionen Personen. Die badische Landeskirche hat etwa 1,3 Millionen Mitglieder.⁹² Die über vier Millionen Katholiken des Landes gehören entweder zur

91 In weiten Teilen des ehemaligen Herzogtums Württemberg ist die Bevölkerung überwiegend protestantisch. Die neuwürttembergischen Gebiete in Oberschwaben und Ostwürttemberg sind mehrheitlich katholisch. Auch die Konfessionslandschaft in Baden verweist auf die historischen Herrschaftsverhältnisse: die Markgrafschaft Durlach und die Kurpfalz sind stärker evangelisch, Baden-Baden und die ehemals vorderösterreichischen Gebiete im Breisgau, im Südschwarzwald und in der Ortenau sind dagegen mehrheitlich katholisch (vgl. Landesportal Baden-Württemberg).

92 Die Evangelische Landeskirche in Baden umfasst im Wesentlichen das Gebiet des früheren Großherzogtums Baden bzw. des Landes Baden ab 1918. Zur Evangelischen Landeskirche in Württemberg zählt bis heute im Wesentlichen das Gebiet des einstigen Königreichs Württemberg. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren Hohenzollern und das einst hessische Wimpfen hinzugekommen.

Erzdiözese Freiburg mit rund 2,1 Mio. Katholiken oder zur Diözese Rottenburg-Stuttgart mit knapp 2 Millionen Mitgliedern (vgl. Landesportal Baden-Württemberg).⁹³

Kirche hat neben dem christlichen auch einen staatlich-gesetzlichen Auftrag. Grundlegend dafür sind in Baden-Württemberg insbesondere:

- die Landesverfassung von Baden-Württemberg,
- das Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) mit den entsprechenden Landesausführungsgesetzen sowie
- das Jugendbildungsgesetz von Baden-Württemberg (JBG).

Die Kirchen sind als anerkannte freie Träger der Jugendhilfe im SGB VIII in § 75 fest verankert. Im § 2 JBG wird die staatliche Förderung der Kirchen als öffentlich-rechtliche Körperschaften und von anerkannten Jugendverbänden festgeschrieben. Diesen durch den Gesetzgeber formulierten Ansprüchen und Grundsätzen ist die Kinder- und Jugendarbeit der beiden Kirchen verpflichtet. Sie hat damit Anspruch auf Förderung durch staatliche und kommunale Stellen.

Die Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit auf Landeskirchen- bzw. Diözesanebene erfolgt zum größten Teil – zwischen 66% und 80% – über den entsprechenden landeskirchlichen bzw. den Diözesanhaushalt. Weitere Mittel stammen aus Stiftungen und Spenden. Das Land Baden-Württemberg bezuschusst zudem über den Landesjugendplan einzelne Bildungsreferenten und -referentinnenstellen.⁹⁴

Der Trend der letzten Jahre lässt eine Abnahme der evangelischen und katholischen Kirchenmitglieder sowie der Taufen auf Grund der demografischen Entwicklung erkennen (vgl. etwa Evangelische Landeskirche in Württemberg 2008; Huber 2009). In der Folge sinken auch die Kirchensteuereinnahmen. Dies führt in beiden Amtskirchen zu Sparmaßnahmen, die auch die Jugendarbeit betreffen. Gleichzeitig stehen teilweise auch die kommunalen Zuschüsse für die Kinder- und Jugendarbeit in den Landkreisen zur Debatte (vgl. etwa Diözesanleitung BDKJ/BJA 2006).

Mit dem kontinuierlichen Rückgang der Taufen geht auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen zurück, die qua Kirchenzugehörigkeit potenziell auch an Angeboten der kirch-

93 Zur Erzdiözese Freiburg gehören die alten Landesteile Baden und Hohenzollern. Die Diözese Rottenburg-Stuttgart mit knapp 2 Millionen Katholiken umfasst den württembergischen Landesteil (vgl. Landesportal Baden-Württemberg).

94 Der Hauptanteil kirchlicher Einnahmen wird durch die Erhebung der Kirchensteuer erzielt. Den größten Anteil an den Ausgaben bilden die Personalkosten. Für die badische Kirche liegen Angaben zu den Ausgaben für die Jugendarbeit vor. Demnach beträgt der Anteil der Ausgaben für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen 17,9 Millionen Euro. Das sind 6% des kirchlichen Gesamthaushalts der badischen Kirche von rund 300 Millionen Euro (vgl. www.ekiba.de).

lichen Kinder- und Jugendarbeit teilnehmen, da der überwiegende Teil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der jeweiligen Kirche angehören. Fauser/Fischer/Münchmeier (2006) haben für Westdeutschland herausgefunden, dass sich 81% der Teilnehmenden an der evangelischen Jugendarbeit als evangelisch bezeichnen; 11% sind katholisch und etwa 8% geben andere Religionen oder Religionslosigkeit an (vgl. Fauser/Fischer/Münchmeier 2006). Diese Verteilung dürfte in ihrer Tendenz auch für die beiden evangelischen Kirchen in Baden-Württemberg zutreffen, wobei anzunehmen ist, dass umgekehrt an Angeboten der katholischen Jugendarbeit wohl ebenso auch rund 11% evangelischer Kinder und Jugendlicher, insbesondere in den überwiegend katholisch geprägten Gebieten, teilnehmen (vgl. Friß/Ilg 2008).

Kirchliche Angebote und Dienstleistungen werden sowohl beruflich als auch ehrenamtlich erbracht. Ehrenamtlichkeit ist, wie beide Kirchen betonen, ein Grundprinzip von Kirche (vgl. etwa Erzbischöfliches Seelsorgeamt 2001). Ohne die vielfältige ehrenamtliche Mitarbeit wären viele kirchliche Aufgaben nicht zu erfüllen. Die Entwicklung freiwilligen Engagements wird somit zu einer Zukunftsfrage der gesamten Kirche (vgl. Grosse 2006). Dabei ist die Bevölkerung in Baden-Württemberg nicht nur in besonders hohem Maß kirchlich eingebunden, sondern weist auch unter allen Bundesländern mit 42% gegenüber 36% im Bundesdurchschnitt die höchste Engagementquote auf (vgl. Hoch/Klie/Wegner 2007).

Dieses hohe Engagement zeigt sich besonders auch im kirchlichen Bereich. Nach Sport und Bewegung (15%) ist der kirchlich/religiöse Bereich (9%) neben Kultur und Musik (9%) das größte Engagementfeld. Die Engagementquote der Menschen in Baden-Württemberg, die der römisch-katholischen bzw. evangelischen Kirche angehören, ist mit 47% bzw. 45% überdurchschnittlich hoch. Zusammenhangsanalysen ergeben, dass die Variable „Kirchenbindung“ nach der Variable „Größe des Freundes- und Bekanntenkreises“ die zweithöchste Vorhersagekraft für freiwilliges Engagement besitzt. Vor allem diese beiden Merkmale sind in Baden-Württemberg sehr ausgeprägt. Bei Betrachtung der Entwicklung des Engagements nach Altersgruppen zeigt sich insbesondere in der jüngsten Altersgruppe zwischen 14 und 30 Jahren in der Zeit von 1999 bis 2004 eine deutliche Erhöhung der Engagementquote von 39% auf 46%. Dies trifft auch auf den kirchlichen Bereich zu (vgl. Hoch/Klie/Wegner 2007). Da sich jüngere Menschen insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit engagieren, gibt es hier ein großes ehrenamtliches Potenzial.

Die Organisationsform der kirchlichen Jugendarbeit orientiert sich an kirchlichen (Diözesen, Landeskirchen, Dekanate, Kirchenbezirke, Kirchengemeinden, Verbände) und staatlichen Strukturen. Sowohl die verbandlich organisierte als auch die von der Amtskirche und den Pfarrgemeinden angebotene Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg findet auf drei Ebenen statt:

- der unteren Ebene der Kirchengemeinden vor Ort,

- der mittleren Ebene der Bezirke oder Dekanate,
- der oberen Ebene der Landeskirchen bzw. Diözesen.

Die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg hat zwar eine Reihe von Gemeinsamkeiten, sowohl in ihren Strukturen, ihren Zielen als auch in ihrer Praxis. Doch sie unterscheidet sich nicht nur nach der Konfessionszugehörigkeit, sondern stellt sich auch innerhalb der beiden großen Amtskirchen auf den unterschiedlichen Ebenen und in den verschiedenen zugehörigen Verbänden und Gemeinden jeweils vielfältig und unterschiedlich dar.

8.2.2 Die Träger der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit

Die evangelische Kinder- und Jugendarbeit in der *Württembergischen Landeskirche* wird vom evangelischen Jugendwerk (ejw) verantwortet. Das evangelische Jugendwerk als Zentrale für die evangelische Jugendarbeit ist im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Württemberg selbständig für die evangelische Jugendarbeit in Württemberg zuständig. Es umfasst die Kinder- und Jugendarbeit in 1.414 Kirchengemeinden, sowie die Christlichen Vereine junger Menschen (CVJM) und den Verband christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP). Dazu kommen 51 Bezirksjugendwerke und die Landesstelle des ejw in Stuttgart. Zum Evangelischen Jugendwerk in Württemberg gehören alle Gruppen, Kreise und Vereine, die im Bereich der Evangelischen Landeskirche in Württemberg im Sinne von § 2 Abs. 1 JBG Jugendarbeit betreiben, sofern sie nicht unmittelbar von der Landeskirche beauftragt sind oder Verbänden im Bereich der Landeskirche angehören (vgl. ejwue.de).

Für die evangelische Jugendarbeit in 715 Kirchengemeinden und 28 Kirchenbezirken der *Badischen Kirche* sind auf landeskirchlicher Ebene das Amt für Evangelische Kinder- und Jugendarbeit sowie die Landesjugendkammer zuständig. Die Landesjugendkammer ist das Parlament der Evangelischen Jugend in Baden und vertritt Kinder und Jugendliche, die in den Kirchengemeinden, Verbänden, Bezirken und auf der Landesebene Angebote der Kinder- und Jugendarbeit annehmen. Das Amt für Evangelische Kinder- und Jugendarbeit koordiniert die Kinder- und Jugendarbeit in Baden. Es ist gleichzeitig Geschäftsstelle, kirchliche Fachabteilung und Büro für die Selbstorganisation Jugendlicher. Eingegliedert in dieses Amt sind folgende Jugendverbände und Arbeitsformen: die Evangelische Gemeindejugend (EGJ), der Verein christlicher Pfadfinder (VCP), die Schülerinnen- und Schülerarbeit (ESB), die Integrative Arbeit mit Körperbehinderten und nicht Behinderten (INTAKT), das Diakonische Jahr (DJ), bzw. Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), die Offene Jugendarbeit (OJA) und die Arbeitsgemeinschaft musisch-kulturelle Arbeit (AGM). Sie bilden zusammen mit dem Christlichen Verein Junger Menschen (CVJM), dem Jugendverband Entschieden für Christus (EC) und der Johanniter Jugend (JJ) die Evangelische Jugend in Baden. Ein Großteil der Jugendarbeit ist organisiert in der Evangelischen

Gemeindejugend Baden (EGJ). Aber auch die weiteren Jugendverbände, die zur Evangelischen Jugend in Baden gehören, wie der VCP (Verein christlicher Pfadfinder), der CVJM (Christlicher Verein junger Menschen) und der EC (Jugendbund für Entschiedenes Christentum) sowie die Jugendgruppen der JUH (Johanniter Unfallhilfe) bieten vor Ort Gruppen und offene Angebote für Jugendliche an (vgl. www.ekiba.de).

8.2.3 Die Träger der katholischen Kinder- und Jugendarbeit

Die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit in den über 1.000 Pfarreien und 25 Dekanaten der *Diözese Rottenburg-Stuttgart* wird auf Diözesanebene federführend verantwortet durch das Bischöfliche Jugendamt und die Diözesanstelle des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ).⁹⁵ Die Diözesanleitung des BDKJ ist in Personalunion gleichzeitig die Leitung des Bischöflichen Jugendamts. Durch die Personalunion besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen der verbandlichen und nicht-verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit in der Diözese.

Für die kirchliche Jugendarbeit in den mehr als 1000 Pfarrgemeinden und 26 Dekanaten im *Erzbistum Freiburg* ist auf Diözesanebene die Abteilung Jugendpastoral im Erzbischöflichen Seelsorgeamt zuständig, zu der auch der BDKJ als Dachverband seiner Mitgliedsverbände gehört. Gemeinsam mit den BDKJ-Dekanatsverbänden bilden die Mitgliedsverbände den BDKJ-Diözesanverband Freiburg. Die BDKJ-Mitglieds- und Dekanatsverbände sind an Entscheidungen unmittelbar beteiligt. Ihre gewählten Vertreterinnen und Vertreter bilden mit der BDKJ-Diözesanleitung das oberste beschließende Organ: die Diözesanversammlung (DV) (vgl. www.kja-freiburg.de). Träger der katholischen Kinder- und Jugendarbeit in der Diözese Rottenburg-Stuttgart sowie in der Erzdiözese Freiburg sind

- die Kirchengemeinden,
- das Bischöfliche Jugendamt (BJA) bzw. die Abteilung Jugendpastoral,
- der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ),
- die im BDKJ zusammengeschlossenen Mitgliedsverbände,
- weitere in der Diözese anerkannte katholische Jugendverbände,
- die Klöster und Ordensgemeinschaften,
- die geistlichen Gemeinschaften (vgl. Diözese Rottenburg-Stuttgart 2006).

Die Landesstelle des BDKJ vertritt die Interessen der BDKJ-Diözesanverbände Rottenburg-Stuttgart und Freiburg gegenüber der Landespolitik. Mitgliedsverbände der beiden Diözesen im BDKJ auf Diözesanebene sind die Christliche Arbeiterjugend (CAJ), die

95 Der BDKJ ist der Dachverband der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit der katholischen Kirche in Deutschland. Er verantwortet die kirchen- und jugendpolitische Vertretung junger Menschen in Kirche und Gesellschaft sowie alle Aufgaben, die der BDKJ übernommen hat.

Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG), die Katholische Junge Gemeinde (KJG), die Katholische Landjugendbewegung (KLJB), die Katholische Studierende Jugend (KSJ), die Kolpingjugend und die Pfadfinderinnenschaft St. Georg (PSG). Assoziiertes Mitglied ist die Deutsche Jugendkraft (DJK). In der Diözese Rottenburg-Stuttgart ist der Jugendverband I Giovani delle ACLI (GA), die Jugendorganisation der italienischen Sozialbewegung Associazione Cristiane di Lavoratori Italiani, noch ein weiteres Mitglied. In der Diözese Freiburg bestehen noch zwei weitere assoziierte Jugendverbände, die Junge Aktion der Ackermann-Gemeinde sowie die Schönstatt-Mannesjugend.

Die Mitgliedsverbände des BDKJ sind eigenständig und bestimmen ihre Ziele, Inhalte und Arbeitsformen selbst. Sie haben eigene Leitideen, pädagogische Konzepte und sind ausgerichtet auf verschiedene Zielgruppen und Altersstufen (vgl. www.bdkj.info).

Gemeinsam sind der BDKJ-Diözesanverband Freiburg und der BDKJ-Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart Mitglied im Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. Auch die evangelische Jugend Baden sowie das Evangelische Jugendwerk in Württemberg arbeiten mit anderen Jugendverbänden in den jeweiligen Jugendringen auf kommunaler, Kreis-, Bezirks- und Landesebene zusammen.

Vor Ort gehören zur kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit der beiden großen Amtskirchen zum einen die Angebote der Kirchengemeinden selbst sowie zum anderen die Angebote der evangelischen bzw. katholischen Jugendverbände. Von daher kann kirchliche Kinder- und Jugendarbeit wie kaum eine andere Jugendorganisation – abgesehen von der Sportjugend – flächendeckend kontinuierliche Angebote für Kinder und Jugendliche anbieten.

Diese Angebote werden überwiegend von Ehrenamtlichen erbracht. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden von dem hauptberuflichen Personal der Kirchengemeinden, von Jugendreferentinnen und -referenten sowie kirchlichen Fachstellen unterstützt. Speziell für die Kinder- und Jugendarbeit beschäftigen die beiden Diözesen im Jahr 2006 147 Jugendreferentinnen und -referenten, davon einige in Teilzeit (vgl. BDKJ-Landesstelle 2006). In der Württembergischen Landeskirche werden für das Jahr 2006 308 hauptberufliche Jugendreferentinnen und Jugendreferenten, die auf 260 Vollzeitstellen beschäftigt sind, genannt. Von ihnen werden 200 durch kirchliche Mittel und 60 durch Fördervereine und öffentliche Mittel finanziert (vgl. www.elk-wue.de). In Baden finden sich 40 Jugendreferentinnen und -referenten.

Ein zentraler Bereich kirchlicher Jugendarbeit ist nach wie vor die Gruppenarbeit. Sie findet in – zumeist altersmäßig aufgeteilten – Gruppen und Kreisen der Kirchengemeinden und Verbände auf Gemeindeebene statt (z.B. in Jungscharen, Kindergruppen, Jugendgruppen, Kinder- und Jugendchören, Freizeiten, Bands usw.). Hinzu kommen Veranstaltungen, Projekte, offene Angebote, Jugendtreffs, Aktionen und Freizeiten, Bildungsange-

bote, Tage der Orientierung für Schulklassen, Schulungen für Gruppenleiter und Engagierte, Jugendgottesdienste, Konzerte, Kinderbibelwochen, die insbesondere von Gemeinden, aber auch von Kirchenbezirken bzw. Dekanaten angeboten werden. In größeren Abständen finden Events der Landeskirchen bzw. Diözesen statt.

Kirchliche Kinder- und Jugendarbeit macht neben den allgemeinen Angeboten wie sie vom Gesetzgeber im SGB VIII § 11, Kapitel V.3 genannt werden⁹⁶, explizit religiöse Angebote. Dazu gehören beispielsweise Jugendgottesdienste, religiöse Freizeiten, Kinderbibelwochen oder speziell im katholischen Bereich Wallfahrten (vgl. Diözese Rottenburg-Stuttgart 2006).

Entsprechend dem Selbstverständnis kirchlicher Kinder- und Jugendarbeit bezieht sich ihr Auftrag auf alle jungen Menschen, also auch auf jene, die der Kirche neutral oder distanziert gegenüber stehen. Allgemeines Ziel der kirchlichen Jugendarbeit ist es, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit zu bieten, ihr Leben auf der Basis christlicher Werte zu entfalten. Kirchliche Jugendarbeit sieht ihre Aufgabe darin, an der Gestaltung von Welt, Kirche und Gesellschaft mitzuwirken (vgl. etwa Diözese Rottenburg-Stuttgart 2006).

8.2.4 Innenansichten: Teilnahme, Personal und Angebote

Zur Beschreibung der Lage der Kinder- und Jugendarbeit der katholischen Kirche sowie für die Evangelische Jugend der Württembergischen Landeskirche stehen verschiedene Daten auf der Basis empirischer Untersuchungen der letzten Jahre zur Verfügung. Die hier verwendeten Daten für die Kinder- und Jugendarbeit der katholischen Kirche in Baden-Württemberg beruhen auf einer empirischen Erhebung aus dem Jahr 2006, die im Auftrag der BDKJ-Landesstelle, des Bischöflichen Jugendamts der Diözese Rottenburg-Stuttgart und der Kirchlichen Jugendarbeit im Erzbistum Freiburg durchgeführt wurde.⁹⁷ Dabei wurde landesweit erhoben, wie viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von der Jugendarbeit der katholischen Kirche erreicht werden.

Das Evangelische Jugendwerk in Württemberg hat eine eigene Untersuchung zur Kinder- und Jugendarbeit in der Württembergischen Landeskirche im Jahr 2007 durchgeführt. Die

96 Die allgemeinen Angebotsformen sind (vgl. SGB VIII § 11, Kapitel V.3): außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung (z.B. Projekte, Aktionen, Chöre, regionale Veranstaltungen, Kurse und Seminare für Ehrenamtliche, Freiwilligendienste); Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit (z.B. Gruppen, Treffs, offene Einrichtungen, interkulturelle Angebote); arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Kinder- und Jugendarbeit (z.B. Kooperation Jugendarbeit und Schule, Zielgruppenangebote); internationale Jugendarbeit (z.B. internationale Freiwilligendienste, Jugendaustausch zwischen Partnergemeinden); Kinder- und Jugenderholung (z.B. Freizeiten und Zeltlager); Jugendberatung (z.B. Einzelberatung, Begleitung von Ehrenamtlichen).

97 Die Daten der Erhebung wurden in Form von Excel-Tabellen und Grafiken von der BDKJ-Landesstelle zur Verfügung gestellt.

Befunde der evangelischen Jugendarbeit in Württemberg dürften zum großen Teil auch für die Verhältnisse in der badischen Landeskirche zutreffen; hierzu liegt aber keine eigene Erhebung vor. Nach eigenen Angaben nehmen 55.000 Kinder und Jugendliche in den Kirchengemeinden, in Verbänden, Bezirken und auf der Landesebene an Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit der Evangelischen Kirche in Baden teil. Getragen wird diese Arbeit nach eigenen Angaben von über 5.000 ehrenamtlich tätigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Gemeinden und Kirchenbezirken. Dabei werden sie von 62 hauptberuflichen Mitarbeitern unterstützt (vgl. www.ekiba.de). Die hier für die kirchliche Jugendarbeit der evangelischen Kirche in Württemberg verwendeten Daten beruhen auf den Befunden einer Erhebung des Evangelischen Jugendwerks in Württemberg (vgl. Frieß/Ilg 2008).⁹⁸ Diese wurden zugrunde gelegt, da sie differenzierter und umfassender sind als die landeskirchliche Statistik „Äußerungen des kirchlichen Lebens“, die in die EKD-Statistik und damit in die Angaben des Statistischen Bundesamtes einfließt. Die ejw-Statistik 2007 erfasst die Aktivitäten evangelischer Kinder- und Jugendarbeit für 6- bis 26-Jährige im Zeitraum Oktober 2005 bis September 2006. Für die Untersuchung der evangelischen Jugendarbeit durch das Evangelische Jugendwerk wurden von 62% aller Kirchengemeinden (n=876) sowie von 39 der insgesamt 51 Bezirksjugendwerke der Evangelischen Landeskirche in Württemberg Daten geliefert, auf deren Basis die Zahlen hochgerechnet wurden. Erhoben wurden sowohl regelmäßig stattfindende Gruppen und Kreise als auch Einzelangebote wie Freizeiten oder Jugendgottesdienste.⁹⁹ Konfirmandengruppen wurden nicht als Jugendgruppen erfasst und tauchen deshalb auch nicht in der ejw-Statistik auf. Aufgrund der neuen Erhebungsmethode sind Vergleiche mit früheren statistischen Daten des ejw nicht möglich. Demzufolge können anhand der vorliegenden Daten keine Trends in der evangelischen Jugendarbeit im Sinne einer Entwicklungslinie aufgezeigt werden (vgl. Frieß/Ilg 2008).¹⁰⁰

(a) *Der Blick in die evangelische Jugendarbeit:* Die Daten des Evangelischen Jugendwerks sollen hier exemplarisch vorgestellt und zum Teil diskutiert werden, da hiermit eine

98 Mit der Statistik „Äußerungen des kirchlichen Lebens“ werden jährlich von allen Pfarrämtern der Evangelischen Landeskirche in Württemberg Daten zu diversen Bereichen der Gemeindearbeit erhoben, darunter auch zur Jugendarbeit. Die kirchliche Erhebung erfasst die Aktivitäten der Kinder- und Jugendarbeit jedoch nur grob mit fünf Kategorien. „Klassische“ Kinder- und Jugendgruppen werden mit der bisherigen kirchlichen Statistik gut erfasst, Sonderformen wie Sport- oder Musikgruppen sind dagegen kaum im Blick. Das sorgt u.a. dafür, dass die Zahl der in der Jugendarbeit ehrenamtlich Mitarbeitenden in der offiziellen kirchlichen Statistik deutlich unterschätzt wird. Auch Einzelangebote wie Freizeiten, Jugendgottesdienste oder Tagesveranstaltungen werden bei den „Äußerungen des kirchlichen Lebens“ nur bruchstückhaft erfasst. Ein wesentlicher Grund dafür ist der Erhebungsweg der Kirchenstatistik, die im Gegensatz zur ejw-Statistik ausschließlich von Kirchengemeinden ausgefüllt wird und damit überregionale Aktivitäten, beispielsweise von Bezirksjugendwerken, nicht erfasst. Die landeskirchlichen Daten gehen weiter zur EKD und von dort zum Statistischen Bundesamt (vgl. Frieß/Ilg 2008, S. 22f.).

99 Aus welchen sozialen Kontexten die Mitarbeitenden und Teilnehmenden stammen, welcher Nationalität sie angehören oder welche Schulbildung sie haben, wurde nicht erhoben.

100 Es ist jedoch geplant, diese Form der Datenerhebung zukünftig regelmäßig durchzuführen, um die Entwicklung der kirchlichen Jugendarbeit im Längsschnitt verfolgen zu können (vgl. Frieß/Ilg 2008).

aktuelle, umfassende und zugleich differenzierte Studie zur evangelischen Jugendarbeit vorliegt (vgl. Ilg/Heinzmann 2009). Die Zahlen der Erhebung aus der katholischen Jugendarbeit werden im Anschluss zum Vergleich herangezogen.

- *Schulbildung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer:* In der Studie von Frieß/Ilg (2008) wurde nicht erhoben, aus welchen sozialen Kontexten die Teilnehmenden und Mitarbeitenden der evangelischen Jugendarbeit stammen oder welche Schulbildung sie haben. Allgemein zeigt sich aber, insbesondere auch für die kirchliche Jugendarbeit, dass hier eher Jugendliche von Gymnasien und Realschulen als von Hauptschulen teilnehmen (vgl. BMFSFJ 2005).
- *Gruppenarbeit:* Auch in dieser Studie erweist sich, dass Gruppenarbeit nach wie vor der Kern kirchlicher Jugendarbeit ist. Für den Bereich der Evangelischen Landeskirche in Württemberg schätzen Frieß/Ilg (2008), dass etwa 8-10% aller Heranwachsenden zwischen 6 und 20 Jahren in der Regel einmal wöchentlich an kirchlichen Gruppen teilnehmen.¹⁰¹ Diese Zahl deckt sich in etwa mit den Ergebnissen der Studie „Jugendliche als Akteure im Verband“ (vgl. Fauser/Fischer/Münchmeier 2006). Demnach sind bundesweit 7,4% aller Kinder und Jugendlichen zwischen 10 und 20 Jahren aktuelle Nutzerinnen und Nutzer der Angebote evangelischer Kinder- und Jugendarbeit. Fauser/Fischer/Münchmeier (2006) rechnen noch die Mädchen und Jungen dazu, die in diesem Altersspektrum früher einmal Nutzerinnen und Nutzer waren, es jedoch gegenwärtig nicht sind. Entsprechend kommt die Evangelische Jugend bundesweit auf eine Reichweite von etwa 10% aller Kinder und Jugendlichen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die Angebote der evangelischen Jugendarbeit in der Württembergischen Landeskirche in Anspruch nehmen, noch höher ist, da hier nur die Teilnahme an regelmäßigen Gruppen, nicht aber die Nutzung von Angeboten wie etwa Ferienfreizeiten, Veranstaltungen und Projekten einbezogen wurden. Von den 576.000 jungen Menschen zwischen 6 und 26 Jahren, die zur evangelischen Kirche in Württemberg gehören, werden 22% (rund 120.000 Personen) durch die Gruppenarbeit erreicht. Die Geschlechterverteilung ist dabei fast ausgeglichen: 51% der Teilnehmenden sind weiblich. Es sind damit erstmals bei einer Erhebung des ejw mehr Mädchen und Frauen in den Gruppenangeboten als Jungen und Männer. Trotzdem sind – im Kontext der aktuellen jugenpädagogischen Diskussion – männliche Kinder und Jugendliche in der Arbeit des ejw gut repräsentiert (vgl. Frieß/Ilg 2008).
- *Alter der Teilnehmenden:* Evangelische Jugendarbeit wird verstärkt zur Kinderarbeit. Knapp die Hälfte aller Gruppenteilnehmer/innen sind Kinder bis zu 12 Jahren,

101 Dabei stellt sich das Ausmaß der Teilnahme in den verschiedenen Kirchenbezirken mit einer Schwankungsbreite von 8% bis zu 41% sehr unterschiedlich dar. Neben der unterschiedlichen Angebotsstruktur in einzelnen Kirchenbezirken hängen diese Quoten sehr stark mit dem Anteil Evangelischer an der Gesamtbevölkerung eines Landkreises zusammen.

die Angebote wie Jungscharen und Jugendgruppen, Sportgruppen, Bands, Chöre oder Posaunenchoräle nutzen. Bezogen auf die verschiedenen Altersbereiche ergeben sich deutliche Unterschiede. Von allen evangelischen Heranwachsenden zwischen 6 und 20 Jahren beteiligen sich die 6- bis 8-Jährigen (27%) sowie insbesondere die 9- bis 12-Jährigen (29%) in großer Zahl an der Gruppenarbeit. Von den 13- bis 16-jährigen Evangelischen sind noch 21% und von den 17- bis 20-Jährigen nur noch 11% in kirchliche Gruppen eingebunden. Dies scheint einen allgemeinen, schon länger in der Jugendarbeit zu beobachtenden Trend zu bestätigen, dass nämlich die Adressaten zunehmend jünger werden bzw. dass die Arbeit mit Kindern gegenüber der Arbeit mit Jugendlichen zunimmt (vgl. Rauschenbach u.a. 2000).

- *Gruppentypen:* Vor allem Jungscharen sind sehr verbreitet. Mit insgesamt 3.300 Gruppen sind Jungscharen der häufigste Gruppentyp evangelischer Kinder- und Jugendarbeit. Über 42.000 Kinder besuchen in der Württembergischen Kirche eine Jungschargruppe. 85% aller Kirchengemeinden haben mindestens eine Jungschar. Im Schnitt gibt es zwei bis drei Gruppen pro Kirchengemeinde. Gut die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist zwischen neun und zwölf Jahre alt, 34% der Jungscharteilnehmer entstammen der Altersgruppe der 6- bis 8-Jährigen. Aber auch Jugendgruppen – sowohl koedukative, als auch reine Jungen- oder Mädchengruppen – finden sich im Schnitt einmal in jeder Gemeinde. Im Jungscharbereich ist nur jede dritte Gruppe koedukativ, im Jugendbereich sind es über 60%. Jungen- und Mädchenarbeit scheinen sich auf einem bestimmten Level eingependelt zu haben. Mädchenarbeit findet vor allem im Jugendalter zwischen 13 und 16 Jahren statt. In 20% der Kirchengemeinden bestehen Gruppen für junge Erwachsene. Regelmäßige Angebote der offenen Arbeit wie etwa Jugendcafés finden sich in 22% der Gemeinden. Schwerpunktmäßig erreichen sie die 13- bis 20-Jährigen.
- *Gruppen nach Alter:* Gegenüber 42.000 Teilnehmenden in Kindergruppen verringert sich die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Jugendgruppen auf 16.000. Deutlich weniger als die Hälfte der Heranwachsenden aus den ehemaligen Kindergruppen findet somit den Weg in eine Jugendgruppe. Es zeigt sich, dass insbesondere für die 17- bis 20-jährigen jungen Erwachsenen die Teilnahme an Jugendgruppen deutlich an Attraktivität verliert; in diesem Alter sind es nur noch 11%. Für den Teil dieser Altersgruppe, der weiterhin im Rahmen der Kirche verbleibt, scheint stattdessen die aktive ehrenamtliche Mitarbeit interessant. So sind nur 9% der unter 16-Jährigen, aber 21% der 16- bis 17-Jährigen ehrenamtlich in der Jugendgruppenarbeit engagiert.
- *Ausstiegsalter bei den Teilnehmenden:* Frieß/Ilg (2008) schließen aus dem Befund, dass die 13- bis 16-Jährigen 22% aller Gruppenteilnehmerinnen und -teilnehmer ausmachen – nach den 9- bis 12-Jährigen mit 26% –, dass die Untersuchung die häufig geäußerte Annahme vom Ende der Beteiligung Jugendlicher in der Kirche mit der Konfirmation so nicht bestätige. Demgegenüber lässt der geringe Prozentwert der 17- bis 20-Jährigen in kirchlichen Gruppen bei Schweitzer (2008) Skepsis

gegenüber der Annahme aufkommen, dass nach der Konfirmation kein Abbruch der Kontakte zur kirchlichen Jugendarbeit erfolge. Deshalb fordert er eine präzisere Unterscheidung zwischen Jugendlichen, die vor und nach der Konfirmation an Angeboten der evangelischen Jugendarbeit teilnehmen.¹⁰²

- *Teilnahme an Einzelangeboten:* Neben der Teilnahme an regelmäßigen Gruppen nutzen Kinder und Jugendliche fast 13.000 Einzelangebote pro Jahr. Diese reichen vom Mitarbeiterfest bis zur mehrwöchigen Sommerfreizeit. Fast eine halbe Million Teilnahmen (492.282) an Veranstaltungen, Projekten, Aktionen und Freizeiten, an Bildungsangeboten, Jugendgottesdiensten, Konzerten, Kinderbibelwochen, Konfirmanden-Camps usw. lassen sich identifizieren, wobei Mehrfachbesucher hier auch mehrfach gezählt wurden. Bei insgesamt ca. 400.500 Teilnahmen an Veranstaltungen, Aktionen und Projekten ist das weibliche Geschlecht mit 52% in etwas höherem Umfang vertreten. Kinder und Jugendliche erleben und gestalten hier gemeinsam ihre Freizeit, setzen sich mit Weltsichten und Werten, mit Themen des Glaubens und Lebens auseinander und qualifizieren sich für ehrenamtliche Mitarbeit. Im Vergleich zu den Gruppenangeboten sind die 13- bis 16-Jährigen bei Einzelangeboten mit 27% als größte Gruppe vertreten. Bemerkenswert erscheint das große Interesse an Kinderbibeltagen und Jugendgottesdiensten mit ihrem ausgeprägt religiösem Profil (zusammen 38% aller Teilnahmen).
- *Ferienfreizeiten:* Die über 1.000 Freizeiten, die zumeist in den Sommerferien stattfinden, bieten ein dichtes Netz an Betreuungsangeboten in den Ferien. Im Bereich der Konfirmandenarbeit haben sich bezirksweite Konfirmanden-Camps mit mehreren hundert Teilnehmenden etabliert, an denen bereits jede dritte Konfirmandin/jeder dritte Konfirmand in der Württembergischen Landeskirche teilnimmt. Hierüber kann eine große Zahl von Jugendlichen erreicht werden, da sich 93% aller evangelischen Jugendlichen konfirmieren lassen. Konfirmanden-Camps sind eine der am stärksten verankerten Verbindungen zwischen dem Konfirmanden-Unterricht und der Jugendarbeit. In der Hälfte aller Kirchengemeinden gibt es gemeinsame Angebote von Konfirmanden- und Jugendarbeit, vor allem im städtischen Bereich. 73% der Konfirmandinnen und Konfirmanden lernen in der Konfirmandenzeit Jugendarbeits-Angebote kennen (vgl. Cramer/Ilg/Schweitzer 2009).
- *Ehrenamtliche Arbeit:* Die stark ausgeprägte Kirchenbindung und das im Bundeschnitt besonders hohe ehrenamtliche Engagement in Baden-Württemberg lässt sich auch in der Studie von Frieß/Ilg (2008) zur evangelischen Kinder- und Jugendarbeit erkennen, die mit rund 40.000 eine große Zahl an Ehrenamtlichen vorweisen kann. Gegenüber 42.568 Ehrenamtlichen, die in den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, arbeiten

102 Um zu überprüfen, ob es nach der Konfirmation zu einem Abbruch der Teilnahme kommt, müsste man zudem die Zahl der 15- und 16-Jährigen getrennt ausweisen, während hier 13-16-Jährige zusammengefasst sind.

im ejw zum Erhebungszeitpunkt 2006 308 hauptberufliche Jugendreferentinnen und Jugendreferenten. Zudem werden die Ehrenamtlichen von hauptberuflich tätigen Personen der Kirchengemeinden unterstützt. In einer Kirchengemeinde betätigen sich im Schnitt etwa 30 ehrenamtliche Engagierte in der Kinder- und Jugendarbeit. Es bestehen aber sehr große Unterschiede zwischen den Gemeinden, nicht zuletzt auch auf Grund der unterschiedlichen Größe, so dass einige Kirchengemeinden über 100, andere weniger als fünf Mitarbeitende angeben.

- *Bildungsstatus der Ehrenamtlichen:* In der Studie von Frieß/Ilg (2008) wurde die schulische Ausbildung der Ehrenamtlichen nicht erhoben. Dem zweiten Freiwilligensurvey (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006) zufolge werden im kirchlich-religiösen Bereich – wie im Durchschnitt aller Engagementbereiche – 50% der Tätigkeiten von Menschen mit hohem Bildungsstatus ausgeübt (29% von Menschen mit mittlerer Bildung, 21% von Menschen mit geringer Bildung). Personen mit höherer Schulbildung sind auch hier überrepräsentiert. Das gilt in besonderem Maße für die Protestanten unter ihnen (vgl. Grosse 2006). Nimmt man die ehrenamtlichen Jugendlichen in den Blick, so zeigt sich im zweiten Freiwilligensurvey, allgemein und auch im kirchlichen Bereich, dass sich überwiegend sozial gut integrierte deutsche Jugendliche mit höherer Schulbildung engagieren (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006; BMFSFJ 2005). Die entscheidende Voraussetzung für ein Engagement ist die schulische Qualifikation. Jugendliche aus sozial unterprivilegierten, partizipations- und bildungsfernen Bevölkerungsgruppen sind im Engagement unterrepräsentiert (vgl. Dux u.a. 2008).
- *Das Alter der Ehrenamtlichen:* Mit 40% aller Gruppenmitarbeitenden ist die Altersgruppe der über 26-Jährigen stark vertreten. Die Gruppe der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 26 Jahren (oftmals Studierende) macht 31% aus. 29% der Gruppen-Mitarbeitenden sind noch nicht volljährig, wobei vor allem die Gruppe der 16- und 17-Jährigen mit 21% die aktivsten Altersjahrgänge in der Arbeit mit regelmäßigen Gruppen stellt.
- *Geschlechterverteilung der freiwillig engagierten Mitarbeiter:* Von den in der Jugendarbeit Engagierten sind 58% weiblich. Damit betätigen sich in der kirchlichen Jugendarbeit inzwischen mehr Frauen als Männer. Dieser Trend lässt sich auch im zweiten Freiwilligensurvey erkennen: Frauen sind hier im sozialen und kirchlich-religiösen Bereich deutlich stärker vertreten als Männer. Während freiwillige Tätigkeiten im Durchschnitt aller Engagementbereiche zu 55% von Männern ausgeübt werden, macht im Bereich Kirche und Religion ihr Anteil nur 35% der Aktivitäten aus (vgl. Gensicke/Picot/Geiß 2006). Dennoch bietet die kirchliche Jugendarbeit in der evangelischen Kirche in Württemberg mit 42% männlichen Ehrenamtlichen einen immer noch recht hohen Anteil an männlichen Bezugspersonen für Jungen und Mädchen.
- *Bereiche des Engagements:* Die zentralen Bereiche des Engagements sind alle Arbeitsformen im direkten pädagogischen Kontakt mit Kindern und Jugendlichen.

Dazu gehören die Kinder- und Jugendgruppen, in denen mehr als die Hälfte aller Engagierten (24.200 Personen) wöchentlich aktiv sind, sowie die Durchführung von Freizeiten bzw. Jugendreisen, Konzerten, Jugendtagen, Jugendgottesdiensten und anderen Veranstaltungen. Zudem sind die Mitarbeit in Gremien und Ausschüssen ein wichtiger Bestandteil des Engagements in der kirchlichen Jugendarbeit, aber auch die Mitarbeit in Konfirmandengruppen oder handwerkliche Tätigkeiten wie z.B. Kochen auf Freizeiten. Die Gruppenarbeit ist (mit 57% aller Engagierten) – insbesondere auch für die jüngeren Ehrenamtlichen – der Kernbereich des Engagements. Mädchen/Frauen überwiegen als Teilnehmer der Jugendarbeit (seit 2001) sowie auch als ehrenamtliche Mitarbeiter, doch in beiden Bereichen besteht auch ein hoher Männeranteil (zwischen 42% und 48%). Je jünger die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind, desto jünger sind auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und desto häufiger sind sie weiblich. Die zunehmende Zahl an Kindern scheint in Wechselbeziehung zur Zunahme weiblicher Gruppenleiterinnen zu stehen. So sind die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Jungschar überwiegend weiblich (62%) und besonders jung (14% sind unter 16 Jahre und fast 50% unter 18 Jahre alt). Die Anzahl der noch nicht Volljährigen ist in diesem Arbeitsbereich die höchste. Zieht man hier zum Vergleich die Sonderauswertung des zweiten Freiwilligensurvey für Baden-Württemberg heran, so wird deutlich, dass in Baden-Württemberg die Menschen schon früh mit einem freiwilligen Engagement beginnen. Deutlich mehr als die Hälfte der Engagierten (55%) übten schon im Alter von 6 bis 20 Jahren eine freiwillige Tätigkeit aus, während hier auf Bundesebene eine Quote von 50% erreicht wird (vgl. Hoch/Klie/Wegner 2007).

- *Betreuungsstrukturen:* In fast allen Bereichen weisen die Gruppen überschaubare Größen mit intensiver Mitarbeiterbegleitung auf. Eine typische Jungschargruppe hat zwischen 10 und 15 Kindern und wird von drei bis vier Mitarbeitenden betreut. Jugendgruppen und Gruppen von jungen Erwachsenen bestehen durchschnittlich nur aus 11 Personen. Selbst die größten Gruppen, wie etwa offene Angebote oder Kinder- und Jugendchöre, bleiben in der Regel unter 25 Personen. Fast immer ist für die Leitung der Gruppe ein Team von zwei, drei, oft auch vier Mitarbeitenden zuständig. Auch unter pädagogischen Aspekten ist die Gruppenleitung im Team ein Gewinn. Das Team bringt für Kinder und Jugendliche zusätzliche Ansprechpartner und bedeutet für den einzelnen Mitarbeitenden eine Entlastung. In der Regel steht für maximal fünf Teilnehmende eine Betreuungsperson zur Verfügung. Auch bei Einzelangeboten, Projekten oder Großveranstaltungen werden Kinder und Jugendliche personalintensiv betreut. Im Schnitt liegt das Verhältnis von Teilnehmenden pro Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterin bei 4 bis 5. Dieser sehr günstige Betreuungsschlüssel ist ein großer Vorteil kirchlicher Jugendarbeit und unterscheidet die ehrenamtliche Jugendverbandsarbeit von kommerziellen Anbietern (etwa im Bereich der Kinder- und Jugendreisen).

- *Jugendarbeit in ländlichen und städtischen Gemeinden:* Evangelische Jugendarbeit erreicht auf dem Land signifikant mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer als in Städten und Großstädten. Bei den 6- bis 8-Jährigen sind diese Differenzen noch gering, bei den 9- bis 16-Jährigen lassen sich jedoch deutliche Unterschiede erkennen: Im ländlichen Kontext ist die Teilnahme dieser Altersgruppen an kontinuierlichen Gruppen sehr viel höher als in städtischen und großstädtischen Gebieten, vermutlich weil es auf dem Land weit weniger andere Freizeitangebote für Heranwachsende gibt.
- *Kooperation mit Schule:* Die Kooperation der kirchlichen Jugendarbeit mit der Schule steckt immer noch in den Kinderschuhen. Einige wenige Regionen, insbesondere im großstädtischen Bereich, bieten häufig schulnahe Aktionen wie Schülercafés usw. an. Auf Gemeindeebene werden Kooperationsangebote von Jugendarbeit und Schule nur von 4% der Kirchengemeinden genannt.

(b) *Der Blick in die katholische Jugendarbeit:* Betrachtet man die Daten der Untersuchung zur katholischen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg, so lassen sich viele Ähnlichkeiten mit den Befunden der Untersuchung der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit in Württemberg feststellen. Für die Befragung wurden 2.200 Fragebögen an die mehr als 2.000 katholischen Kirchengemeinden in Baden-Württemberg, an die Mitgliedsverbände des BDKJ und an alle anderen Träger katholischer Jugendarbeit versandt. Die Datenerhebung fand im Frühjahr 2006 für das Jahr 2005 statt. 1.804 Fragebögen wurden zurückgesandt. Damit betrug die Rücklaufquote 82%. Nach Erhebungen im Jahr 2000 und 2003 war dies die dritte Erhebung zu Umfang und Reichweite der Angebote der katholischen Jugendarbeit in Baden-Württemberg (vgl. Diözesanleitung BDKJ/BJA 2007). Erstmals wurde in einer Erhebung zur katholischen Jugendarbeit gezielt abgefragt, wie viele Ministrantinnen und Ministranten¹⁰³ in den Gemeinden aktiv und wie groß die Kinder- und Jugendchöre sind. So kamen umfassendere Daten zustande als bei den Erhebungen 2000 und 2003.

Zielgruppe der katholischen Jugendarbeit sind Kinder und Jugendliche von acht bis 27 Jahren (vgl. Diözese Rottenburg-Stuttgart 2006). Vielfach werden aber auch jüngere Kinder sowie auch über 27-jährige Erwachsene erreicht. Ebenso wie die evangelische findet auch die katholische Jugendarbeit in Baden-Württemberg vor allem vor Ort in den mehr als 2.000 Pfarreien der beiden Erzdiözesen statt: in Gruppen der Gemeinden und Verbände, in Offenen Treffs und Ferienfreizeiten.

Die beiden BDKJ-Diözesanverbände Freiburg und Rottenburg-Stuttgart haben zusammen rund 54.000 Mitglieder, wobei nach Aussagen der beiden Verbände weitaus mehr Heran-

103 Ministranten gehören zur Pfarrgemeinde und sind nicht als Jugendverband organisiert.

wachsende an den Angeboten der kirchlichen Jugendarbeit teilnehmen. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die mit Angeboten erreicht werden, ist gegenüber den Vorerhebungen in den Jahren 2000 um 4% und 2003 um 6% gestiegen.

- *Veranstaltungen:* In der katholischen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg besteht ebenso wie in der evangelischen Kirche eine große Vielfalt an Angeboten: Neben Gruppenstunden, Ferienfreizeiten, Zeltlagern und Fahrten bestehen auch Angebote der offenen Jugendarbeit, Projekte an Schulen und große Events wie etwa der Weltjugendtag 2005, aber auch seelsorgerliche und spirituelle Angebote wie z.B. Jugendgottesdienste, religiöse Freizeiten oder Wallfahrten. Im Jahr 2005 wurden etwa 31.000 Veranstaltungen inklusive Mehrfach/Wiederholungsveranstaltungen im Rahmen der katholischen Jugendarbeit gezählt. Gegenüber den Vorjahren hat die Anzahl der Veranstaltungen zugenommen. Auch die Zahl der Teilnahmen ist in den letzten Jahren gestiegen. Dabei wurden insgesamt knapp 325.000 Teilnahmen junger Menschen gezählt, wobei wie im evangelischen Bereich Mädchen und junge Frauen (53%) gegenüber jungen Männern leicht überwiegen. Pro Veranstaltung haben durchschnittlich etwa 10 junge Menschen teilgenommen.¹⁰⁴
- *Alter:* Betrachtet man die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Altersgruppen, so zeigt sich, dass der Schwerpunkt bei den 13- bis 16-Jährigen liegt: Rund ein Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren in dieser Altersgruppe. Jeweils ein Viertel ist unter 12 bzw. 17 bis 20 Jahre alt; 15% sind älter. Diese Altersstruktur stellt sich bei den Veranstaltungen der evangelischen Kirche ganz ähnlich dar. Die Abnahme der Teilnehmerzahl von der Altersgruppe der 13- bis 16-Jährigen zu der der 17- bis 20-Jährigen ließ sich auch bei den evangelischen Jugendlichen ausmachen. Bei der Alterskohorte der 13- bis 16-Jährigen ist zu fragen, ob sich vielleicht bereits eine abnehmende Tendenz der Teilnahme bei den 15- bis 16-Jährigen zeigt, die nur durch die hohe Zahl der 13- bis 14-Jährigen für diese Altersgruppe ausgeglichen wird. Das lässt sich bei dieser Altersgruppenschneidung nicht erkennen. Hier müsste man die Zahlen noch differenzierter für die einzelnen Jahrgangsstufen auswerten können.
- *Themenschwerpunkte:* Die Angebote der katholischen Jugendarbeit haben vier Schwerpunkte: Freizeit, Spiritualität, Politik und Bildung. Deutlich überwiegen die Freizeitveranstaltungen mit 42%. Freizeitgestaltung, Ferienfreizeiten, Fahrten, Zeltlager bilden seit jeher ein Kernstück der Jugendarbeit. Wie in der evangelischen Jugendarbeit gibt es auch hier eine beträchtliche Anzahl an spirituellen Veranstaltungen (28%). Für eine Reihe von Heranwachsenden scheint demnach die Auseinandersetzung mit christlichen Inhalten und Werten auch heute noch einen

104 Hinzu kamen 41.538 Besucher von zusätzlichen Veranstaltungen, die Teil des Weltjugendtages waren. Von den Veranstaltungen waren 13.881 als ein- oder mehrtägige Veranstaltungen konzipiert und 22.469 als mehrstündige Veranstaltungen.

beachtlichen Stellenwert einzunehmen. Schulungen für Jugendleiter/innen machen 7% der Veranstaltungen aus. Deziert politische Angebote stellen noch 4% aller Angebote und Maßnahmen. Hier ist zu fragen, ob diese geringe Zahl das geringe politische Interesse von Jugendlichen spiegelt, oder ob das politische Interesse Jugendlicher und politische Fragen auch bei den anderen Angeboten, insbesondere den als Bildungsangeboten beschriebenen, aufgegriffen werden.

- *Katholische Kinder- und Jugendgruppen:* Es zeigt sich auch in dieser Erhebung: Gruppenstunden sind nach wie vor das „Kerngeschäft“ kirchlicher Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Diözesanleitung BDKJ/BJA 2006). Rund 157.000 Kinder und Jugendliche (inklusive der 52.000 Ministranten) nehmen an katholischen Kinder- oder Jugendgruppen teil. Das sind mehr als 20% aller jungen Katholiken zwischen acht und 27 Jahren in Baden-Württemberg. Diese Zahl entspricht den Werten zur Gruppenarbeit der evangelischen Kirche, wo 22% aller Evangelischen in Württemberg zwischen 6 und 20 Jahren erreicht werden. Von den Kindern und Jugendlichen in den Gruppen sind 54% weiblich, in den evangelischen Gruppen sind es 51%. Im Schnitt sind 13 Kinder/Jugendliche in einer katholischen Gruppe, auch dies unterscheidet sich nicht von den evangelischen Gruppen. Auch in der Gruppenarbeit machen die 13- bis 16-Jährigen ein Drittel (33%) und damit die größte Gruppe aus, dicht gefolgt von den unter 13-Jährigen (30%). Eine wichtige Teilnehmergruppe der katholischen Jugendarbeit sind somit die 13- bis 16-Jährigen, die sowohl bei Veranstaltungen als auch bei der Gruppenarbeit ca. ein Drittel aller Teilnehmenden stellen. Immerhin noch fast ein Viertel nimmt im Alter von 17 bis 20 Jahren teil. In der evangelischen Kirche ist die Gruppe der 13- bis 16-Jährigen mit 22% die zweitgrößte hinter den unter 13-Jährigen mit 46%. Hier ist die Gruppenarbeit deutlicher von den jüngeren Kindern geprägt.
- *Ehrenamtliche Mitarbeit bei Einzelangeboten:* Katholische Jugendarbeit wird ebenso wie die evangelische zum überwiegenden Teil von ehrenamtlichen Engagierten durchgeführt. Diese werden von pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Gemeinden unterstützt. Die 147 Jugendreferenten und -referentinnen der beiden Diözesen koordinieren und begleiten die Jugendarbeit in den Verbänden und Dekanaten und unterstützen das haupt- und ehrenamtliche Personal (vgl. BDKJ-Landesstelle 2006). Im Jahr 2005 hat die Anzahl der Ehrenamtlichen gegenüber den Vorjahren zugenommen (vgl. BDKJ-Landesstelle 2006). 51.335 Ehrenamtliche planen, organisieren und leiten die Veranstaltungen. Davon sind 54% junge Frauen. Rund 20.000 Ehrenamtliche treffen sich regelmäßig mit ihren Gruppenteilnehmerinnen und -teilnehmern. Auch die Gruppenleitung ist mehrheitlich weiblich besetzt (57%). Frauen sind somit in der evangelischen wie in der katholischen Kirche sowohl bei den Teilnehmern als auch bei den Ehrenamtlichen etwas stärker vertreten als Männer. Es sind aber ähnlich wie in der evangelischen Jugendarbeit mit 46% bzw. 43% ehrenamtlichen Männern noch genügend Männer in

der Jugendarbeit, die als Identifikationsfiguren für männliche Kinder und Jugendliche dienen können.

- *Betreuungsstrukturen:* Der Betreuungsschlüssel liegt bei Veranstaltungen bei 1 : 6, d.h. ein ehrenamtlicher Engagierter betreut ca. sechs Heranwachsende. Durchschnittlich wird eine Gruppe von 1,7 Ehrenamtlichen betreut. Das bedeutet, dass in den meisten Gruppen zwei Gruppenleitungen mitarbeiten. Eine Person betreut dabei in der Regel acht Kinder. Damit ist der Betreuungsschlüssel nicht ganz so günstig wie bei den Evangelischen der Württembergischen Kirche (1 : 5), aber gegenüber kommerziellen Angeboten immer noch sehr gut.
- *Ministrantenarbeit:* In der vorliegenden Untersuchung zur katholischen Jugendarbeit werden erstmalig auch Ministrantinnen und Ministranten mitgezählt. Die Ministrantenarbeit hat sich neben den Angeboten der Jugendverbände als ein Bereich der kirchlichen Jugendarbeit etabliert. Längst geht das Engagement von Ministrantinnen und Ministranten über den reinen Dienst am Altar hinaus. In Gruppenstunden, Freizeiten und Aktionen gestalten sie das Gemeindeleben aktiv mit (vgl. Diözesanleitung BDKJ/BJA 2006). Es wurden insgesamt 3.843 Ministrantengruppen mit 52.488 Teilnehmerinnen und Teilnehmern genannt. Eine Gruppe hat im Schnitt 14 Teilnehmer. Dass katholische Kinder- und Jugendarbeit mehr Mädchen und junge Frauen bindet, gilt mit 54% auch für die Ministranten. So haben hier in den vergangenen Jahren Änderungsprozesse hin zu mehr weiblichen Teilnehmern stattgefunden. Dies ist umso bemerkenswerter, da es immer noch Kirchengemeinden gibt, die Mädchen den Zugang zum liturgischen Dienst verwehren (vgl. Diözesanleitung BDKJ/BJA 2006). Unter den Ministranten finden sich besonders viele jüngere Kinder. Die unter 13-Jährigen bilden größte Gruppe, dicht gefolgt von den 13- bis 16-Jährigen. Unter 17 Jahre alt sind fast drei Viertel aller Ministranten (73%). Hier scheint es nach dem 16. Lebensjahr einen Einbruch der Teilnahme zu geben (noch 21%). Ab 21 Jahren finden sich nur noch 6%. Anders als in den übrigen Feldern der kirchlichen Jugendarbeit dominieren in der Gruppenleitung der Ministranten mit 55% die Männer. Der Betreuungsschlüssel beträgt 1 : 8.
- *Chöre:* Auch die Jugendchöre der katholischen Kirche in Baden-Württemberg werden in der Untersuchung erfasst. Im Chor singen überwiegend junge Mädchen bis zum Alter von 16 Jahren. Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beträgt insgesamt 13.370, davon sind über 70% junge Frauen. Von den Leitern sind gut 62% weiblichen Geschlechts. Im Schnitt hat ein Chor etwa 17 Mitglieder und einen Chorleiter.
- *Weiterbildung:* In der Regel werden Jugendliche ab 16 Jahren in mehrphasigen Kursen auf ihre Aufgaben als Gruppenleiter vorbereitet. In mehr als 900 Veranstaltungen wurden Leiterinnen und Leiter für ihre Tätigkeit geschult. Im Jahr 2005 fanden mehr Weiterbildungsveranstaltungen (12%) statt als 2003. Bezogen auf alle Veranstaltungen der katholischen Jugendarbeit nehmen Weiterbildungsangebote einen Anteil von 7% ein. Die staatlichen Zuschüsse für die Aus- und Weiterbil-

derung der Ehrenamtlichen decken der BDKJ-Landesstelle zufolge nur ein Drittel der Kosten (vgl. BDKJ-Landesstelle 2006).

(c) *Bilanz:* Die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg besitzt für Kinder und Jugendliche nach wie vor einen hohen Stellenwert. Nur die Sportjugend kann einen noch größeren Teil Jugendlicher einbinden. Damit erweist sich kirchliche Jugendarbeit nach wie vor als ein wichtiger Akteur im Feld der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit. Der Untersuchung der katholischen Jugendarbeit zufolge ist ein Rückgang der erreichten Kinder und Jugendlichen nicht festzustellen. Auch im Vergleich mit der demografischen Entwicklung sind demnach die Zahlen stabil (vgl. Diözesanleitung BDKJ/BJA 2006). Allerdings zeigen sich eine altersgemäße Verlagerung der Teilnehmer/innen hin zu den jüngeren Altersgruppen der Kinder ab dem Schulalter sowie ein latenter Ausstieg der Heranwachsenden im Jugendalter ab etwa 16 Jahren.

Zugleich lassen sich in den letzten Jahren ein Mitgliederschwund (vgl. Kap. 6.3) sowie ein kontinuierlicher Rückgang der Taufen in den beiden großen Volkskirchen beobachten (vgl. Evangelische Landeskirche in Württemberg 2008). Diese Tendenzen werden sich auch aller Voraussicht nach auf die zukünftige zahlenmäßige Entwicklung der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit auswirken, da hier überwiegend jeweils evangelische bzw. katholische Heranwachsende teilnehmen (vgl. Fauser/Fischer/Münchmeier 2006).

Die beiden Kirchen bieten in Baden-Württemberg flächendeckend eine große Vielfalt an Jugendarbeits-Aktivitäten, wobei die meisten Angebote und Aktivitäten in den Kirchengemeinden stattfinden. Dabei bildet die Gruppenarbeit nach wie vor den zentralen Bereich kirchlicher Jugendarbeit. Insbesondere in ländlichen Gebieten nutzen viele Kinder und Jugendliche die Angebote. Vor allem die Altersgruppe der 9- bis 16-Jährigen nimmt auf dem Land in sehr viel höherem Maß als in städtischen und großstädtischen Gebieten an kirchlichen Gruppen und Aktivitäten teil. Das große vielfältige Angebot sowie die kostengünstige, personalintensive Betreuung bei Freizeiten sind nur aufgrund des großen Pools an Ehrenamtlichen möglich. Diese erhalten bei ihrer Arbeit professionelle Unterstützung und Qualifizierung durch berufliche Fachkräfte, die jedoch in vielen Bereichen noch verstärkt und ausgebaut werden müsste (vgl. Cramer/Ilg/Schweitzer 2009).

Die Kooperation von kirchlicher Jugendarbeit und Schule scheint der Studie von Friß/Ilg (2008) zufolge noch in den Anfängen zu stecken. Auf Gemeindeebene werden Kooperationsangebote von Jugendarbeit und Schule nur von wenigen Kirchengemeinden in Württemberg genannt. Allerdings wird seit einiger Zeit durch Schülermentorenprogramme ein wichtiger Beitrag zum sozialen Lernen an Schulen geleistet (vgl. Kap. 8.1.5).

Kirchliche Kinder- und Jugendarbeit fungiert einer aktuellen Studie zur evangelischen Jugendarbeit zufolge als Ermöglichungsraum für Gemeinschaft und für vielfältige Bildungs-

prozesse. Demnach ermöglicht sie Aneignungs- und Gestaltungsprozesse durch Jugendliche selbst (vgl. Fauser/Fischer/Münchmeier 2006). Allerdings sind die Zugangsmöglichkeiten zur kirchlichen Jugendarbeit nicht für alle Kinder und Jugendlichen gleich offen. Die meisten Heranwachsenden kommen über ihre Familie oder Freunde zur kirchlichen Jugendarbeit. Es zeigt sich, dass überwiegend Kinder und Jugendliche der jeweiligen Konfession mit mittlerer und höherer Schulbildung teilnehmen. Hauptschüler/innen, Migrant*innen und Heranwachsende aus kirchenfernen Milieus sind deutlich unterrepräsentiert (vgl. BMFSFJ 2005). Hier stellt sich die Frage, ob die kirchliche Jugendarbeit in Baden-Württemberg jenseits der traditionellen Rekrutierungslogik auch für diese Jugendlichen Zugangsmöglichkeiten schaffen will und kann.

8.3 *Landjugendverbände*

Die Landjugendverbände in Baden-Württemberg gehören ebenfalls der Gruppe der Jugendverbände an. Deren rechtliche und gesetzliche Rahmungen gelten auch für sie (vgl. Kap. 7.1). Landjugendverbände sind wie alle Jugendverbände ein überwiegend ehrenamtliches Arbeitsfeld. Die Gemeinsamkeit der Landjugendverbände besteht darin, dass ihre Arbeit sich speziell auf Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum bezieht. Schwerpunktartig findet sie in den auf strukturelle Aspekte bezogenen schwächeren Regionen statt (vgl. Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg o.J.). „Typisch für ländliche Räume ist heute das Nebeneinander und zuweilen Übereinander von Merkmalen wie Abgelegenheit und zentrumsnaher Lage, niedriger Bevölkerungsdichte und Suburbanisierungsdruck, Abwanderungstendenzen und der Entstehung neuer Wirtschaftskluster, geringem Durchschnittseinkommen, aufstrebenden Fremdenverkehrsbetrieben und attraktiven Wohnstandorten. Ländliche Räume präsentieren sich als wirtschaftsstarke Landkreise im Umland von großen Städten oder in Gebieten mit einer starken agrarwirtschaftlichen Basis und als periphere Räume ohne Verdichtungskern. Das Landschaftsbild ländlicher Räume prägen zwar vielfach noch Land- und Forstwirtschaft. Die Sozial- und Wirtschaftsstrukturen haben sich jedoch sehr ausdifferenziert“ (Faulde/Hoyer/Schäfer 2006, S. 12).

Der ländliche Raum nimmt in Baden-Württemberg ca. 75% der Gesamtfläche ein (vgl. Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg 2008a). Die Verbandsgebiete der Landjugendverbände sind demzufolge groß. Zu den Landjugendverbänden gehören berufsständische und konfessionelle Landjugendorganisationen, die in verschiedenen Regionen Baden-Württembergs und in unterschiedlicher Einbettung in Berufstand und Kirche tätig sind. Bundesweite Dachverbände sind der *Bund der Deutschen Landjugend (BDL)*, die *Katholische Landjugendbewegung (KLJB)* und die *Evangelische Jugend auf dem Land (EJL)*. Die beiden konfessionellen Landjugendverbände sind gleichzeitig Ju-

gendorganisationen der jeweiligen Kirchen und gehören zum Bund der *Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)* bzw. zur *Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej)*.

Alle drei Jugendverbände wurden zu Beginn der 1950er-Jahre als Jugendorganisationen des Deutschen Bauernverbandes gegründet und hatten als Zielgruppe die bäuerliche Jugend. Heute gehört nur noch der *Bund der deutschen Landjugend* zum *Deutschen Bauernverband*. Auch im *Bund der Deutschen Landjugend* stammt die Mehrheit der Mitglieder heute nicht mehr aus der bäuerlichen Jugend, die im Jahr 2000 noch ca. 26% ausmachte (vgl. Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft 2001). Allgemein zeigt sich, dass die Zahl der Mitglieder mit landwirtschaftlichem Hintergrund stetig abnimmt. Brauchtumpflege, kulturelle Kinder- und Jugendarbeit, die Förderung der dörflichen Gemeinschaft sowie einer nachhaltigen Umwelt- und Regionalgestaltung traten als Zielsetzungen der Landjugend-Organisationen neben die Aus- und Weiterbildung in land- und hauswirtschaftlichen Bereichen.

Die *Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg (AGL)* ist der Zusammenschluss der Landjugendverbände in Baden-Württemberg. In ihr sind neun Mitgliedsverbände vertreten. Zu der Arbeitsgemeinschaft gehören: die Landjugend Württemberg-Baden, der Bund Badischer Landjugend (BBL), der Bund der Landjugend Württemberg-Hohenzollern (BdL), die Evangelische Jugend auf dem Lande (ejl) in Baden, die Evangelische Jugend auf dem Lande (ejl) in Württemberg, die Junggärtner in Baden-Württemberg, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Junggärtner – Landesgruppe Baden (ADJ), die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) Freiburg und die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) Rottenburg-Stuttgart. Die AGL umfasst kleinere Verbände mit einigen hundert (z.B. die Junggärtner) und größere mit mehreren tausend Mitgliedern (z.B. die konfessionellen Verbände).

Landjugendverbände verstehen sich als Interessensvertreter der Jugend des ländlichen Raums. Die Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände vertritt auf der landespolitischen Ebene die Interessen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf dem Land (u.a. im Landeskuratorium für außerschulische Jugendbildung, im Bündnis für die Jugend, als Einzelverbände im Landesjugendring). Sie hat dabei auf Landesebene koordinierende Aufgaben und unterstützt die Mitgliedsverbände.

Die Landjugendverbände bieten zum einen Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche und sind zum anderen die Interessensvertreter des „grünen Berufsnachwuchses“, zu dem die Junglandwirtinnen und -landwirte, die Jungwinzerinnen und -winzer, die Junggärtnerinnen und -gärtner sowie die ländlichen Hauswirtschafterinnen gehören. Daher sind die nicht-konfessionellen Landjugendverbände auch in der beruflichen Weiterbildung und in der politischen Willensbildung des berufsständischen Nachwuchses tätig.

Jede einzelne Landjugendorganisation wird getragen von zahlreichen Jugendgruppen auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene, in denen Kinder, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende, Berufstätige und junge Betriebsleiterinnen und -leiter (z.T. mit eigenen Unternehmen) zu finden sind. Die Vorstände der Landjugendverbände sind in der Regel geschlechtsparitätisch besetzt.¹⁰⁵

Die Grundprinzipien der Jugendverbände wie Freiwilligkeit, Ehrenamtlichkeit, Selbstorganisation, Mitbestimmung, Wertorientierung und jugendpolitische Interessenvertretung gelten auch für die Landjugendverbände. Dazu kommt bei der Landjugend noch das Engagement speziell für den ländlichen Sozialraum. Die Arbeit der Landjugend ist darauf angelegt, gemeinsam mit den Landjugendlichen Bleibeperspektiven zu entwickeln und den ländlichen Raum als Lebensraum attraktiv zu gestalten (vgl. Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg o.J.).

Allerdings gehören nicht alle verbandlichen Jugendgruppen in ländlichen Gebieten zu den Landjugendverbänden. Vor allem in den Klein- und Mittelstädten, aber auch in den Dörfern, gibt es (Orts-)Gruppen und regionale Gliederungen anderer Jugendverbände (vgl. Böhnisch/Winter 1991).

8.3.1 Angebote der Landjugendverbände

Die Landjugendverbände in Baden-Württemberg sind regional sehr unterschiedlich auf dem Land vertreten. Die meisten Aktivitäten finden an der Basis in den ländlichen Gemeinden statt. Vorherrschend ist die dörfliche Ortsgruppenstruktur mit Gruppenleiterinnen und Gruppenleitern. Von der Landesstelle der Landjugendverbände kommen Informationen, Weiterbildungsangebote und Beratung. Vor Ort sind die Gruppierungen der Verbände stark auf Eigeninitiative angewiesen. Wie Verbandsvertreter berichten, hängt es häufig von einzelnen ehrenamtlichen Personen, aber auch von den jeweiligen Verhältnissen ab, wie lebendig die Jugendverbandsarbeit hier ist, in welchem Maße Veranstaltungen, Projekte und Gruppen stattfinden.

Auch die Zahl der Mitglieder in den örtlichen Gruppierungen hänge in vielen Fällen von den Aktivitäten engagierter Einzelpersonen ab. Häufig bedeutet das Angebot der Jugendverbände für Kinder und Jugendliche in den Dörfern das einzige Angebot im Rahmen der sozialen Infrastruktur. Aber auch für das gesamte Dorf fungieren die Gruppen der Landjugendverbände nicht selten als eine Art „Eventmanager“. So werden etwa viele der traditio-

105 Die drei deutschen Landjugendverbände gehörten zu den ersten Jugendorganisationen in Deutschland, die die paritätische Besetzung der Vorstandsämter einführten. Auf allen Ebenen, von den Ortsgruppen über Kreis-, Bezirks- und Landesverbände bis zum Bundesverband wird der Vorsitz jeweils von einem weiblichen und einem männlichen Mitglied bekleidet.

nellen Dorfveranstaltungen durch Gruppen der Landjugendverbände gestaltet; aber es werden auch Festivals, große Parties oder Rockkonzerte organisiert.

Die Angebote umfassen u.a. die Arbeit in Kinder- und Jugendgruppen, berufsbezogene und allgemeine Bildungsmaßnahmen, Veranstaltungen zu agrar-, gesellschaftspolitischen und ökologischen Fragen, Jugendforen in Kommunen, Gruppenleiterschulungen, Freizeiten und Aktionen, Integrationsprojekte, geschlechtsspezifische, ökologische und spirituelle Projekte, Kooperationsprojekte mit Schulen (z.B. „Schüler auf dem Bauernhof“¹⁰⁶), internationale Begegnungen, Dorffeste und Brauchtumsveranstaltungen, Theaterprojekte, Großveranstaltungen (z.B. der Deutsche Landjugendtag) und Events. Darüber hinaus werden vielfältige Impulse zur Entwicklung des ländlichen Raums gegeben. Junge Menschen auf dem Land erhalten Hilfestellung in kulturellen, beruflichen und sozialen Fragen.

Als Arbeitsschwerpunkte werden die Förderung und Qualifizierung ehrenamtlichen Engagements, Partizipation, eigenverantwortliches Lernen, Medienarbeit, selbstgestaltete Freizeitangebote, Unterstützung der persönlichen und beruflichen Orientierung, geschlechtsspezifische Angebote sowie berufsständische Nachwuchsarbeit genannt. Zudem liegt ein Schwerpunkt auf der aktiven Mitgestaltung der Dörfer und ländlichen Regionen (Regionalentwicklung) und dem Eröffnen von attraktiven Bleibeperspektiven für junge Menschen auf dem Land.

In den Landjugendverbänden gibt es in Baden-Württemberg, dem Bundesland mit der höchsten Migrationsquote, noch wenig Kontakte zu Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Man lebt nach Auskunft von Verbandsvertretern eher nebeneinander her als miteinander. Die Integration einzelner Jugendlicher mit Migrationshintergrund geschieht zum Teil auf der Ortsebene. Es zeigen sich aber Ansätze einer interkulturellen Öffnung für die vielfältigen und heterogenen Gruppen der Landjugendlichen. In der Integration von Migrantinnen und Migranten wird zunehmend eine Chance gesehen (vgl. Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände 2008b). Es bestehen verschiedene Integrationsprojekte, wie etwa das im Jahr 2008 begonnene Projekt des Bundes Badische Landjugend „Wir sind ALLE Landjugend“.¹⁰⁷

106 Das Projekt „Schüler auf dem Bauernhof“ wurde 1991 von den baden-württembergischen Landjugendverbänden mit dem Ziel gegründet, die Landwirtschaft wieder erlebbar zu machen. Bei Besuchen auf landwirtschaftlichen Betrieben sollen Heranwachsende die Landwirtschaft hautnah erfahren. „Schüler auf dem Bauernhof“ ermöglicht halbtägige, ganztägige und mehrtägige Unterrichtsbesuche von Schulklassen und Schülergruppen auf landwirtschaftlichen Betrieben sowie Projekttage und Projektwochen.

107 Das Integrationsprojekt „Wir sind ALLE Landjugend!“ wird begleitet und unterstützt von der Arbeitsgemeinschaft öffentlicher und freier Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg, dem Landesjugendring (gefördert aus Mitteln des Ministeriums für Kultus und Sport und des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden Württembergs) und dem Bund der Deutschen Landjugend.

8.3.2 Das berufliche und ehrenamtliche Personal

Die Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg beschäftigt derzeit knapp 10 Bildungsreferentinnen und -referenten, die vom Land gefördert werden. Genaue Angaben zur Anzahl der beruflichen Fachkräfte in den Jugendverbänden auf dem Land gibt es nicht. Einer Untersuchung von Bürger/Gerstner (2008) zufolge kann das hauptberufliche Personal der Jugendverbände auf Kreisebene nicht bestimmt werden, da Jugendverbandsarbeit und offene Jugendarbeit in der Statistik nicht getrennt ausgewiesen werden. Über berufliches Personal (Bildungsreferent/innen) verfügen in der Regel nur die Verbandszentralen in den größeren Städten. Nach Einschätzung der beiden Autoren trifft die allgemeine Tendenz, dass Jugendarbeit in den Städten über deutlich mehr berufliches Personal verfügt als in den Landkreisen, auch für die Jugendverbände zu. Vor allem die kleineren Verbände auf dem Land arbeiten demnach häufig ausschließlich mit Ehrenamtlichen.

Bei den hauptberuflich Tätigen zeichnet sich in den letzten Jahren eine Verschiebung in ihren Aufgabenschwerpunkten ab: Die traditionelle pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Dagegen nehmen Aufgaben zu, die sich auf die Sicherung und Weiterentwicklung der politischen, strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen beziehen sowie Aufgaben der Kooperation und Vernetzung im Sozialraum (vgl. Faulde/Hoyer/Schäfer 2006). Die wenigen Jugendbildungsreferentinnen und -referenten auf Landesebene bieten zwar als zentrale Anlaufstelle für Probleme der verbandlichen Organisationen in ländlichen Gemeinden Informations-, Beratungs- und Unterstützungsleistungen sowie Weiterbildung an, doch scheint für die in den Landgemeinden anfallenden vielfältigen Aufgaben mehr hauptberufliches Personal, insbesondere auch auf Orts- oder Kreisebene, erforderlich.

Berücksichtigt man zudem, dass die finanzielle und personelle (berufliche) Ausstattung sowie auch die Zahl der Einrichtungen in Landkreisen, bezogen auf die Zahl der Kinder und Jugendlichen, deutlich unter den Werten in den Stadtkreisen liegt (vgl. Kap. 7.7), so scheint hier für die Kinder- und Jugendarbeit auf dem Land noch großer Entwicklungsbedarf zu bestehen, zumal Angebote der Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum zu den wichtigsten Freizeitmöglichkeiten für Heranwachsende gehören (vgl. Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“ 1999).

Ebenfalls nicht bekannt ist die Zahl der ehrenamtlich Engagierten der verbandlichen Jugendarbeit auf dem Land. In allen Stadt- und Landkreisen werden vielfältige kinder- und jugendspezifische Angebote von Vereinen, Jugendverbänden, Initiativen oder auch in kirchlicher Trägerschaft erbracht, die zum größten Teil durch ehrenamtliches Engagement – zum Teil gestützt durch berufstätiges Personal – getragen werden und wichtiger Bestandteil der sozialen Infrastruktur sind. Die Zahl der ehrenamtlich Engagierten kann aber

Bürger/Gerstner (2008) zufolge nicht ausgewiesen werden, da es bisher so gut wie keine handhabbaren empirischen Zugänge zur Erfassung dieser Personalressource gebe. Von daher lässt sich die überwiegend ehrenamtlich geprägte Personalstruktur der Jugendverbände auf (Land-)Kreisebene zahlenmäßig nicht erfassen.

Wie sich im zweiten Freiwilligensurvey zeigt, spielt die Ortsgröße für das soziale Engagement Heranwachsender eine wichtige Rolle. Insbesondere in ländlichen Bereichen und kleinen Kommunen ist das Engagement – auch von Kindern und Jugendlichen – besonders hoch (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006). Gegenüber dem Jahr 1999 (52%) ist die Engagementquote im Jahr 2004 in den ländlichen Gebieten in Baden-Württemberg im Vergleich zu den städtischen Randgebieten (38%) und städtischen Kerngebieten (47%) stark gewachsen und betrug zuletzt 60% der dort lebenden Bevölkerung ab 14 Jahren (vgl. Hoch/Klie/Wegner 2007).

Für die Kinder- und Jugendarbeit der Landjugendverbände finden sich nach Aussagen von Verbandsvertretern bisher genügend ehrenamtliche Engagierte, zumal ehrenamtliche Leitungspersonen vor Ort in der Regel auch selbst Nachfolger für ihre Aufgaben suchen. Es wird berichtet, dass, wenn jemand die Arbeit lange Zeit allein gemacht hat und dann geht, es manchmal auch zu Brüchen in der Arbeit kommen kann. Schwierigkeiten, für bestimmte Aufgaben, insbesondere für die Gremienarbeit, ehrenamtliches Personal zu finden, gab es allerdings schon immer (vgl. auch Düx 2000). Hier sind nach Angaben der Verbandsvertreter keine Veränderungen festzustellen.

Ohne das große ehrenamtliche Engagement der Landbevölkerung, insbesondere auch der Jugendlichen, wäre die Kinder- und Jugendarbeit der Verbände hier nicht entstanden und wären kontinuierliche Angebote der Kinder- und Jugendarbeit auf dem Land nicht realisierbar. Zudem profitieren die Heranwachsenden von ihrem Engagement, da es ihnen Möglichkeiten des Erwerbs vielfältiger Kompetenzen, des Hineinwachsens in demokratische Spielregeln und Verhaltensweisen sowie für Verantwortungsübernahme, Mitgestaltung, Selbstorganisation und Interessenvertretung bietet (vgl. Enquete-Kommission 2002; Düx u.a. 2008). Neben Eltern und Freunden stellt ehrenamtliches Engagement eine von drei Säulen dar, die zu einer erfolgreichen Entwicklung, gesellschaftlicher Partizipation und sozialer Integration Heranwachsender beitragen können (vgl. Reinders 2005). Von daher scheint es wichtig, dieses Engagement zu fördern und zu qualifizieren.

8.3.3 Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Landjugend gibt es nicht. Sie ist Alt/Feldmann (2001) zufolge heterogener denn je. Gesellschaftliche Modernisierungsprozesse wie die Individualisierung der Lebensläufe und die Pluralisierung der Lebenslagen, die wachsende Mobilität sowie Zu- und Abwanderungsbewegungen, aber auch die neuen Medien brechen die „Geschlossenheit“ von

Dörfern zunehmend auf und bestimmen auch das Leben der Kinder und Jugendlichen auf dem Land (vgl. Ruhe/Simon 2009). Jugend hat in Stadt und Land viele Gesichter, die weder die Heranwachsenden in den Städten noch die in ländlichen Gebieten als einheitliche Altersgruppe erscheinen lassen. Die Jugend im Dorf differenziert sich nicht nur in einzelne Cliques, Jugendkulturen und Jugendszenen. Sie unterscheidet sich auch nach Alter, Geschlecht und ethnischer Herkunft, sozio-ökonomischem und Bildungshintergrund, dem Grad der Bindung an das eigene Dorf, dem Grad der regionalen Vernetzung sowie dem Grad der Eigenidentifikation als Landjugendliche (vgl. Walter o.J.). Nach Herrenknecht (2009) differenziert sich die dörfliche Jugendszene immer weiter aus und es entstehen zunehmend immer mehr immer kleinere Cliques.

Folgt man der wissenschaftlichen Literatur (vgl. etwa Faulde 2006; Vogelsang 2006a), so ist Jungsein im ländlichen Raum trotz aller Modernisierung und Mobilität von anderen Rahmenbedingungen geprägt als Jungsein im städtischen Raum. Obwohl sich die Möglichkeitsräume für Jugendliche auf dem Land erweitert haben, hat das räumliche Umfeld nach wie vor prägende Kraft für die Lebenswirklichkeit junger Menschen.

Jugendliche im ländlichen Raum leben in komplexen Spannungsfeldern: Nach Faulde (2007) bestimmen teilweise noch Traditionen das Alltagsleben, und gleichzeitig beeinflussen technische Innovationen und die neuen Medien sowie veränderte Denkmuster, Werte und Normen der Moderne die Lebensführung der Menschen in ländlichen Gebieten. Das Landleben bietet einerseits einen hohen emotionalen Halt in überschaubaren sozialen Bezügen, andererseits ist eine ausgeprägte soziale Kontrolle vorhanden, die Handlungsmöglichkeiten und Freiräume einschränken kann. Jugendliche wachsen in und mit diesen Ambivalenzen auf (vgl. Faulde 2007).

Die Angebote und Aktivitäten der Landjugendverbände in Baden-Württemberg richten sich schwerpunktmäßig an Kinder und Jugendliche vom Schulalter bis zum Alter von 35 Jahren. Die Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg hat nach eigenen Angaben fast 35.000 Mitglieder. Mit ihren Angeboten erreicht sie demnach ein Vielfaches von jungen Menschen. Gegenüber den Vorjahren hat sich die Zahl der Mitglieder im Jahr 2008 sogar leicht erhöht.

Mit der Landjugendstudie 2000 liegen empirische Daten zu den Jugendlichen vor, die an den Gruppen des Bundes der Deutschen Landjugend teilnehmen (vgl. Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft 2001).¹⁰⁸ Die Autoren der Studie haben zudem eine Sonderauswertung für Baden-Württemberg vorgenommen, die hier he-

108 Die Untersuchung bezieht sich nur auf die Mitglieder des Bundes der Deutschen Landjugend, die beiden konfessionellen Verbände sind dabei nicht vertreten.

rangezogen werden soll und sich auf den Bund der Badischen Landjugend, die Landjugend Württemberg-Hohenzollern sowie die Landjugend Württemberg-Baden bezieht (vgl. Alt/ Feldmann 2001).

Die Landjugendstudie des Bundes der Deutschen Landjugend ist eine Trenderhebung. Alle zehn Jahre, erstmals 1970, werden bundesweit Jugendliche der Landjugendverbandsgruppen zu ihrer Lebenssituation, ihren Einstellungen und Meinungen befragt. Damit erhält der Verband nicht nur aktuelle Informationen über seine Mitglieder, sondern auch Hinweise auf Veränderungen. Die vom Bund der Badischen Landjugend, der Landjugend Württemberg-Hohenzollern und der Landjugend Württemberg-Baden in Auftrag gegebene Sonderauswertung bietet auch die Möglichkeit, die drei Verbände mit den Landjugendverbänden anderer Bundesländer zu vergleichen.¹⁰⁹

Allgemein zeigt sich, dass der landwirtschaftliche Hintergrund der Mitglieder mehr und mehr abnimmt. Der Strukturwandel der Landwirtschaft führt dazu, dass die Zahl der Landwirte dramatisch zurückgeht (vgl. Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft 2001). Kamen beispielsweise 1990 noch rund 38% der Mitglieder von Höfen, auf denen der Vater im Haupterwerb Landwirt war, so sind es im Jahr 2000 nur noch ca. 26%. Auch auf dem Land leben in zunehmendem Maße Menschen, die nicht schon seit Generationen hier ansässig, sondern in den vergangenen Jahren zugezogen sind. Insbesondere in Baden-Württemberg haben sich bis in die jüngste Vergangenheit hinein starke Wanderungsbewegungen vollzogen.

- *Alter:* Im Vergleich zu den bundesdeutschen Landjugendverbänden ist in Württemberg der Anteil der jüngeren Mitglieder weit höher und der Anteil der älteren weit geringer. Unter 18-Jährige machen 36% aus, 18- bis 21-Jährige ein Drittel und über 21 Jahre alt sind 30%. In wachsender Zahl nehmen Kinder an den Angeboten teil.
- *Geschlecht:* Die Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen hat seit den 70er-Jahren zugenommen. Auf Bundesebene finden sich im Jahr 2000 47% weibliche Mitglieder gegenüber 39% im Jahr 1970. In Baden-Württemberg ist das Geschlechterverhältnis mit 49% junger Frauen fast ausgeglichen. Mit zunehmendem Alter nimmt allerdings die Zahl der weiblichen Teilnehmerinnen ab.
- *Religionszugehörigkeit:* In Bezug auf die Religionszugehörigkeit zeigt sich die hohe Kirchenbindung der Landjugendverbandsmitglieder in Baden-Württemberg, wobei die konfessionellen Landjugendverbände gar nicht in die Befragung einbezogen wurden: So gibt es hier fast nur Angehörige der beiden großen Volkskir-

109 Die Mitglieder der drei Landjugendverbände in Baden-Württemberg bilden keine repräsentative Stichprobe der Jugendlichen, die in ländlichen Regionen leben, da der Anteil der Befragten aus landwirtschaftlichen Elternhäusern zu groß ist.

chen: 39% sind evangelisch, 59% katholisch. Während nur etwa 1% angeben, keiner Religion anzugehören, sind dies bundesweit 12%.

- *Schulbildung:* Wie in den meisten Jugendverbänden besuchen oder besuchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Landjugendverbände mehrheitlich Realschulen und Gymnasien. Zum Zeitpunkt der Befragung besuchen 20% der Befragten das Gymnasium, 36% eine Realschule und 16% eine Fachschule. Rund 11% haben bereits das Abitur oder Fachabitur abgeschlossen.
- *Migrationshintergrund:* Jugendliche mit Migrationshintergrund scheint es in den Gruppen kaum zu geben. Nur 16% geben in der Landjugendstudie 2000 an, einen oder zwei Jugendliche mit Migrationshintergrund im Verband zu kennen, was umso mehr erstaunt, als Baden-Württemberg das Bundesland mit dem höchsten Migrationsanteil ist.
- *Zugänge:* Die Mehrheit der Mitglieder kommen über Freunde und Bekannte, aber immerhin ein Viertel der Befragten geben auch an, über eine Pressemitteilung Interesse an der Teilnahme gewonnen zu haben. Insofern scheint Öffentlichkeitsarbeit eine nicht unwesentliche Rolle für die Gewinnung neuer Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu spielen.
- *Mediennutzung:* Auch im Jugendleben auf dem Land spielen die neuen Medien eine immer größere Rolle und sind fester Bestandteil der ländlichen Jugendkultur geworden. Sie ermöglichen Heranwachsenden im ländlichen Raum den Zutritt zur globalen Welt. Schon bei der Landjugendstudie im Jahr 2000 geben 82% der Befragten an, dass es in ihrem Haushalt einen PC gibt. Inzwischen verfügen 93% aller Kinder von 11 bis 14 Jahren und 99% aller 15- bis 17-Jährigen zu Hause über einen Internetzugang (vgl. BITKOM 2009). Dies erweitert die die Erfahrungsräume sowie die Beziehungs- und Kommunikationsmöglichkeiten Heranwachsender, führt aber nach Herrenknecht (2009) auch zu einem verstärkten Rückzug Jugendlicher aus dem konkreten Dorfraum.
- *Regionale Unterschiede:* Es zeigen sich keine Unterschiede zwischen Jugendlichen, die in der Nähe von Ballungsgebieten und Großstädten leben, und denen, die fern von Städten und Ballungsgebieten leben.
- *Beteiligung in anderen Organisationen:* Insgesamt zeigt sich, dass Jugendliche auf dem Land weit häufiger Mitglied in Organisationen und Vereinen sind und an Angeboten der Jugendarbeit teilnehmen als vergleichbare Jugendliche in städtischen Wohngebieten (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006). Landjugendliche zeigen demnach einen besonders ausgeprägten Bezug zum Gemeinwesen. In der Landjugendstudie zeigt sich, dass sehr viele Mitglieder der Landjugendverbände noch in anderen Vereinen, insbesondere in Sportvereinen (84%), in Musikgruppen (Gesangsverein, Kapelle, Spielmannszug, Musikgruppen/Rockbands; insgesamt 75%), in der Freiwilligen Feuerwehr (73%) sowie in konfessionellen Jugendgruppen (56%) aktiv sind.

Andere regionale Untersuchungen bestätigen diesen Befund. Nach Vogelsang (2006a) beteiligen sich Jugendliche im ländlichen Raum weit häufiger in kirchlichen Verbänden und freiwilligen Hilfsorganisationen als Jugendliche in städtischen Lebensräumen. Die Studie von Frieß/Ilg (2008) bestätigt dies für Württemberg. Jugendliche in ländlichen Regionen zeigen demnach eine hohe Bereitschaft zur Bindung an Vereine, Verbände und formelle Organisationen. Eine Tendenz zur Abnahme dieser Bereitschaft ist nicht erkennbar. Nach Faulde (2007) haben Vereine und Verbände im Alltag der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen in ländlichen Regionen einen großen Stellenwert. Sie tragen in hohem Maße zur Integration in das Dorf bzw. die Kleinstadt bei und liefern wesentliche Bausteine zur Entwicklung einer lokalen Identität.

- *Soziale Eingebundenheit am Wohnort:* Nur 48% der Befragten der Landjugendstudie in Baden-Württemberg gegenüber 58% in den anderen Bundesländern stimmen zu, dass es heute zum Leben gehört, den Geburtsort zu verlassen und öfter umzuziehen. Bemerkenswert ist auch, dass bei der Frage, was bei der Ortswahl besonders wichtig ist, die Nähe zum Freundeskreis und zur Verwandtschaft eine weit größere Rolle spielt als Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten: Nur knapp 18% der Jugendlichen aus Baden-Württemberg weisen auf die Ausbildungsmöglichkeiten hin und 25% nennen die Erwerbsmöglichkeit. Aber 58% der Jugendlichen nennen die Nähe zum gewachsenen Freundeskreis und 48% Familie und Verwandte als besonders wichtige Faktoren für die Wahl des Wohnorts. Wie die Landjugendstudie und auch andere kleinere regionale Untersuchungen zu Landjugendlichen erkennen lassen, wollen mehr junge Menschen auf dem Land an ihrem Wohnort bleiben als in der Stadt.

Nach Ruhe/Simon (2009) fördern die Landjugendverbände das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gruppe bei Jugendlichen und machen sie dadurch resistenter gegen die Verführungen rechtsextremer Cliquen und Organisationen. Ein wichtiges Element sei dabei das Erleben und Erlernen demokratischer Spielregeln und Aushandlungsprozesse. Den Gruppierungen und Angeboten der Landjugendverbände, die demokratisch und auf freiwilliger Basis organisiert sind, komme demzufolge eine wichtige präventive demokratiestabilisierende Funktion zu.

Nach einer Studie von Vogelsang (2006b) zur Situation von Landjugendlichen in der Eifel und im Hunsrück besitzen ländliche Räume nach wie vor eine hohe Attraktivität für Jugendliche. Das Herkunftsmilieu und ihr Wohnort scheinen Heranwachsenden demnach einen hohen sozial-emotionalen Halt zu bieten. Viele der Jugendlichen, die für ihre Ausbildung ihren Wohnort verlassen müssen, geben an, dass sie danach zurückkommen wollen. Wie die Untersuchung zeigt, überwiegen für die meisten der befragten Landjugendlichen die Vorteile der ländlichen Lebenswelt (Überschaubarkeit, soziale Eingebundenheit, Mitwirkungschancen, intakte Umwelt, Brauchtumspflege) deren Nachteile (soziale Kontrolle, Enge, geringe Infrastruktur). Ob sich Jugendliche im Dorf letztendlich für Gehen oder Bleiben

entscheiden, ist zwar in hohem Maße von ihren beruflichen Perspektiven abhängig, doch ob das Dorf für Jugendliche zur Heimat wird, hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit Jugendliche in soziale Beziehungen eingebunden sind und Gelegenheitsstrukturen, Anregungen und Räume finden, in denen sie freiwillig und selbstbestimmt gemeinsam mit anderen ihre Freizeit gestalten können (vgl. Walter o.J.; Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft 2001). Hier spielen die Angebote der Jugendverbände eine wichtige Rolle. Auf den sozialen Nahraum ausgerichtete Gemeinschaftsaktivitäten scheinen das Zugehörigkeitsgefühl zur Wohnumgebung zu stärken. So kommt eine Studie des Landjugendverbandes Schleswig-Holstein zu dem Befund, dass 71% aller jugendlichen Mitglieder sich auf dem Land wohlfühlen, von den gleichaltrigen Nicht-Mitgliedern geben dies nur 51% an (vgl. Richter u.a. 2008). Eine explorative Studie zur Jugendarbeit in der Diözese Rottenburg-Stuttgart stellt fest, dass lokale Angebote der Jugendarbeit in den Augen Jugendlicher weit wichtiger sind als regionale Angebote, die als Highlights betrachtet werden, auf die man aber auch verzichten könne. Begründet wird die große Bedeutung der lokalen Angebote mit der räumlichen Nähe, geringen Fahrzeiten, geringeren finanziellen Aufwendungen und der hohen sozialen Vertrautheit in der Gruppe (vgl. Ebertz/Fischer 2006). Von daher verwundert es auch nicht, dass die große Mehrheit (84%) der in der Landjugendstudie befragten Jugendlichen in Baden-Württemberg davon überzeugt ist, dass ihre Landjugendgruppe am Ort eine Zukunft hat.

Die Landjugendverbände in Baden-Württemberg dienen unter dem Strich ganz zweifelsohne der Integration junger Menschen in das ländliche Gemeinwesen und eröffnen Heranwachsenden gleichzeitig einen Freiraum für Gleichaltrigengesellung und Gemeinschaft. Sie leisten Beiträge zur Aneignung des ländlichen Sozialraums, zu sozialem Lernen und zur Persönlichkeitsentwicklung.

Doch haben gesellschaftliche Modernisierungsprozesse wie Individualisierung der Lebensläufe, Pluralisierung der Lebenslagen, wachsende Mobilität sowie Zu- und Abwanderungsbewegungen längst die ländlichen Regionen erfasst und führen zu neuen Strukturen des Aufwachsens. Die neuen Medien erweitern die Erfahrungs-, Beziehungs- und Kommunikationsmöglichkeiten der Heranwachsenden auch auf dem Land und verbinden sie mit der globalen Welt, verändern aber auch in starkem Maße deren Freizeitverhalten.

Zudem könnte die sich verändernde Schullandschaft in der nahen Zukunft weitreichende Folgen für den Alltag von Kindern und Jugendlichen sowie für das soziale Leben in den Dörfern und Kleinstädten mit sich bringen (vgl. Herrenknecht 2009). Mit der Zusammenführung von Schulen, die zu verlängerten Fahrwegen für die Schülerinnen und Schüler führt, sowie der zeitlichen Ausweitung von Schule bis weit in den Nachmittag hinein (Ganztagsschule), wird es für die Landjugendverbände zunehmend schwieriger, Kinder

und Jugendliche in ihre Aktivitäten einzubinden. Zudem wird der demografische Wandel insbesondere auf dem Land zu einem deutlichen Rückgang von Kindern und Jugendlichen bis zum Jahr 2020 führen. Das sind alles Entwicklungen, die für die Zukunft der Landjugendverbände von erheblicher Bedeutung sein dürften und zu einer neuen Diskussion über deren Profil und Unterstützung führen müssen.

Von den Jugendlichen hängt die Zukunftsfähigkeit der Orte im ländlichen Raum ab. Nur wenn die heranwachsende Generation soziale Kontakte und persönliche Bindungen zum ländlichen Sozialraum hat, wird sie sich bemühen, die lokale Zukunft aktiv mitzugestalten. Die Kinder- und Jugendarbeit der Landjugendverbände kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Nach Herrenknecht (2009) ist es für eine sozialräumlich orientierte Jugendarbeit auf dem Land erforderlich, nachhaltige Perspektiven zu entwickeln und „eine vorsorgende Planung für ihre immer wichtiger werdende Rolle als soziale Zukunftsinfrastruktur“ (ebd., S. 378) im ländlichen Raum vorzunehmen. Demzufolge stellt sich den Landjugendverbänden die Aufgabe, den Jugendlichen einerseits einen „festen Platz“ im Dorf zu geben und jugendkulturelle Aktivitäten zu unterstützen, sowie ihnen andererseits das Dorf in interessanter, moderner und jugendgerechter Form nahe zu bringen, und schließlich zum dritten dazu beizutragen, dass im Ort ein „jugendfreundliches Klima“ herrscht und Heranwachsende mit ihren Interessen im Dorf anerkannt und angenommen werden.

8.4 Kulturelle Kinder- und Jugendarbeit

Im europäischen Vergleich kann festgestellt werden, dass sich in Deutschland – basierend auf der Dualität von Schule und Jugendarbeit sowie auf der Grundlage des Kulturföderalismus – eines der vielfältigsten Instrumentarien kultureller Bildung sowie eine große Angebotsdifferenzierung¹¹⁰ entwickelt hat – mit dieser Analyse beginnen die Autoren der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ (2007, S. 380) ihre Ausführungen zu den Akteuren und den Angeboten der kulturellen Bildung. Diese Aussage bezieht sich auf die Bildungsangebote für alle Generationen und schließt damit die Angebote für junge Men-

110 Diese Ausdifferenzierung der Kulturangebote und die Vielfalt der Zugänge zu Menschen und Kulturformen hat auch dazu geführt, dass sich innerhalb der Klammer „Kultur“ ein breites Spektrum von (Dach)Organisationen und Interessenvertretungen wiederfinden, die sich nicht nur auf eine Fülle von besonderen Kulturformen bzw. künstlerischen Ausdruckformen (u.a. Musik, Theater, Medien, Bildende Kunst u.a.) beziehen, sondern ebenfalls auf Vielzahl von Schlüsselbegriffen zur Charakterisierung ihrer Arbeit Bezug nehmen, deren spezifische Bedeutungsgehalte zum Teil verschwimmen – von Kulturpädagogik und Kulturarbeit über kulturelle Bildung, musische und ästhetische Erziehung bis zu soziokultureller Bildung und kultureller Jugendarbeit. Diese Begriffe sind „Beschreibungen und Ausdrücke, ...die Benachbartes, zuweilen auch Identisches, aber auch sehr Verschiedenartiges, wenn auch häufig kaum voneinander klar Abgrenzbares zu beschreiben wünschen... Die Begriffe, die Inszenierungen von kultureller Aktivität benennen, fassen programmatisch Unterschiedliches wie Identisches und werden dennoch fast durchgängig in der Absicht verwendet, Unterscheidungen zu markieren“ (Thole 2001, S. 1101).

schen mit ein, welche in der Rahmengesetzgebung des Bundes auch explizit in den Aufgabenkatalog zur Entwicklungsförderung für junge Menschen eingeschlossen sind.¹¹¹ In § 11 Abs. 3 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes wird „kulturelle Bildung“ ausdrücklich als eine Aufgabe bzw. als ein Schwerpunkt der außerschulischen Jugendbildung benannt. Damit sind „Jugendkunst- und Musikschulen sowie andere außerschulische Ansätze“ (Kultur in Deutschland 2007, S. 380) angesprochen. Neben dieser bundesweiten gesetzlichen Regelung existieren in den Ländern weiterführende Regelungen zur Ausgestaltung der kulturellen Jugendbildung bzw. Kinder- und Jugendarbeit. „Die Förderung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung ist gesetzlich in den Jugendfördergesetzen verankert. Sie beziehen sich auf das gesamte Feld der Kinder- und Jugendförderung und damit auf alle künstlerischen Sparten. Die meisten Länder haben bisher keine gesetzlichen Regelungen zu den Einrichtungen der außerschulischen kulturellen Bildung erlassen, sondern fördern diese mithilfe von Richtlinien... Einfachgesetzliche Regelungen zu den Musikschulen existieren ... in Bayern und Baden-Württemberg“ (Kultur in Deutschland 2007, S. 380).

Mit der zunehmenden Relevanz des Themenkomplexes Bildung scheint in den letzten Jahren auch die kulturelle Jugendbildung vermehrt Aufmerksamkeit zu erlangen. Die Bedeutung, die Potenziale dieser besonderen Form von Bildung für junge Menschen wird vielfach betont – ebenso wie neue Herausforderungen aufgrund eines sich wandelnden Nachfrageverhaltens oder in der Nachfolge neuer Ansprüche. So stellt beispielsweise die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) in einem Beschluss von Mai 2008 fest, „dass kulturelle Kinder- und Jugendbildung zum Kern des Bildungs- und Erziehungsauftrags in formeller, nichtformeller und informeller Bildung gehört“ (JFMK 2008) und dass diesem Bereich sowohl auf der Bundes- wie auf der Landesebene mehr Aufmerksamkeit zukommen sollte. In diesem Beschluss ist weiterhin zu lesen: „Die JFMK hält es für notwendig, die spezifischen Angebote und Zugänge, die in den Bereichen Schule, Jugend und Kultur existieren, weiter zu entwickeln und die beteiligten Akteure unter Beachtung ihrer jeweiligen Verankerung und Verortung stärker miteinander zu vernetzen“ (JFMK 2008). Auch die Kultusminister der Länder sehen eine „herausragende Zukunftsbedeutung des Themas“, die gewissermaßen als Querschnittsaufgabe von einem Netzwerk der „klassischen“ Bildungsträger (Kindergärten, Schulen, Kultureinrichtungen) und der Kulturschaffenden, der ehrenamtlichen Kulturmitarbeiter und im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe umgesetzt werden sollte.¹¹² Für die Kultusministerkonferenz (2007, S. 1) steht fest, dass

111 „Mit Kinder- und Jugendkultur ist auch ein eigenständiger kultureller Erfahrungsraum der Kinder und Jugendlichen bezeichnet, in dem es um das Lernen mit kulturellen Medien, um die Entfaltung kultureller Kompetenzen, um Persönlichkeitsbildung durch Umgang mit kulturellen Produktionen, um die Entfaltung der eigenen Ausdrucksformen, des Geschmacks und der eigenen Werte und Normen geht“ (LKJ 2000, S. 6).

112 Diese vielfach geäußerte Anforderung war gewissermaßen auch in Baden-Württemberg der Anlass, sich diesem Themenkomplex „Kooperation und Vernetzung“ durch eine empirische Studie zu nähern, mit der die zukünftige Bedeutung der Vernetzung und die „Vorstellungen, Erwartungen, Bedarfe und Erfahrungen aus der Sicht der Verbände“ (Pfeiffer u.a. 2000, S. 1) untersucht werden sollte.

Kinder und Jugendliche intensiver als bisher an Kultur herangeführt werden müssen. „Ein zusammenwachsendes Europa in einer Welt der Globalisierung braucht kulturelle Identitäten, die aber nicht alleine entstehen und erhalten bleiben.“

Wie können sich diese geforderte „kulturelle Identität“ und die spezifischen Bildungsleistungen in den Angeboten der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit entwickeln? Zur Beantwortung dieser Frage können heute einige Untersuchungsbefunde herangezogen werden, die in der Gesamtheit andeuten, wie Antworten ausfallen können. Bildungseffekte entstehen durch das besondere Setting der Angebote (vgl. Teil C) – vielfach nebenbei und gewissermaßen als „Kuppelprodukt“ des initiierten und geplanten Geschehens/Programms (vgl. u.a. Liebig 2009). Diese Settings zeichnen sich durch bestimmte Charakteristika aus, auf deren Grundlage sich die Bildungseffekte entwickeln können – so etwa die Ergebnisse eines Forschungsprojekts aus Nordrhein-Westfalen, das seine Befunde mit dem Titel „Ich lerne zu leben“ zusammenfasst (vgl. Lindner 2003). In der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit (aber, so ließe sich ergänzen, auch vielfach in anderen Feldern der Kinder- und Jugendarbeit):

- wird demnach ein gefahrloses Testen der eigenen Fähigkeiten und (kulturellen) Vorlieben, eine Kultivierung ihres „Eigensinns“ ermöglicht;
- wird ein Klima ohne fremdbestimmte Leistungsanforderungen hergestellt, in dem Offenheit und Fehlerfreundlichkeit bestimmend sind;
- kann eine besondere Verbindung von „Spaß haben“ und „Leistung erbringen“ beobachtet werden;
- wird ein ungelenktes Lernen im Raum der Peers ermöglicht.

Daraus lässt sich folgern, dass mit dem besonderen Zugang und dem entsprechenden Setting der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit Erfahrungen ermöglicht werden, die auch lebensgeschichtlich relevant werden können. In weiteren Fallstudien konnten einige biografischen Funktionen und die damit verbundenen Lerneffekte bzw. Prozesse der Kompetenzaneignung beschrieben werden (vgl. u.a. Dentler 2001; van den Brink/Strasser 2008).

Was lässt sich über die Situation der kulturellen Kinder- und Jugendkulturarbeit in Baden-Württemberg sagen? Zentraler Akteur dieses Aufgabenfeldes der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg ist die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg (LKJ). In diesem – im Jahr 1980 gegründeten – Verein haben sich insgesamt 23 landesweit und regional agierende Organisationen zusammengeschlossen. Im Moment liegt die Zuständigkeit für die außerschulische kulturelle Jugendbildung in Baden-Württemberg bei zwei Ministerien. Sowohl das Ministerium für Arbeit und Soziales¹¹³ (für die

113 Nach Informationen der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LKJ) erhält der Dachverband zurzeit über das Sozialministerium eine Grundförderung von 20.000 Euro pro Jahr.

Förderung der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit) als auch der Ministerium für Kultus, Jugend und Sport (für die kulturelle Jugendbildung) fördert die kulturelle Kinder- und Jugendarbeit im Bundesland.¹¹⁴

Auf der Grundlage der Kinder- und Jugendhilfestatistik erscheint der Arbeitsbereich der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit eher als ein kleiner Bereich. Für das Jahr 2006 werden 38 Einrichtungen in Baden-Württemberg ausgewiesen, die in die Kategorie „Jugendkunstschule, kulturpädagogische oder kulturelle Einrichtungen für junge Menschen“ fallen. Nach einem deutlichen Anstieg der Einrichtungszahl im Erhebungsjahr 1998, in dem 64 Einrichtungen gezählt wurden, scheint der Arbeitsbereich seitdem zu schrumpfen. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Personalzahlen wider. In den Jugendkunstschulen, den kulturpädagogischen oder kulturellen Einrichtungen für junge Menschen arbeiten zurzeit – d.h. auf der Basis des Stichtags 31.12.2006 – knapp über 600 beruflich tätige Personen. Werden diejenigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in das Blickfeld gerückt, deren Arbeitsschwerpunkt in der „kulturellen Jugend(bildungs)arbeit“ liegt, dann weist die amtliche Statistik für Baden-Württemberg insgesamt 588 Personen aus. Innerhalb dieser Personalgruppe überwiegen mit knappem Abstand die männlichen Mitarbeiter – ihnen kommt ein Anteil von 52% zu. Etwa 3 von 5 beruflich tätige Personen (62%) mit dem Arbeitsschwerpunkt kulturelle Jugend(bildungs)arbeit sind zwischen 40 und 60 Jahre alt. Ca. 31% dieser Personen haben ein Alter von 25 bis unter 40 Jahren, während 4,4% über 60 Jahre alt sind.¹¹⁵

Diese Daten der amtlichen Statistik beziehen sich auf die Jugendkunstschulen in Baden-Württemberg. Daneben findet kulturelle Kinder- und Jugendarbeit allerdings auch in anderen Organisationen bzw. Settings statt, die üblicherweise nicht unbedingt dem Spektrum der Kinder- und Jugendarbeit bzw. der Kinder- und Jugendhilfe zugerechnet werden. Aber auch dort werden – jedoch nicht ausschließlich oder mehrheitlich – Angebote für junge Menschen vorgehalten. Einen – leider nicht mehr gänzlich aktuellen – Überblick über die breite Organisations- bzw. Angebots-Landschaft zum Bereich der Kinder- und Jugendkulturarbeit in Baden-Württemberg liefert eine Publikation der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg (LKJ), die vor 13 Jahren – also im Jahr 1996 – veröffentlicht wurde. In dieser einzigen Überblicksdarstellung wird einleitend festgestellt, dass sich die kulturpädagogische Landschaft in den letzten Jahren – also in dem Zeitraum von Mitte der 1980er- bis Mitte der 1990er-Jahre – rasant entwickelt und umgestaltet hat (vgl. Rau 1996, S. 6). Da Vieles dafür spricht, dass diese Entwicklung in den letzten Jahren

114 Für die außerschulische kulturelle Jugendbildung ist das Ministerium für Wissenschaft und Kunst nicht zuständig.

115 Mit diesen Daten wird auch offensichtlich, dass das berufliche Personal der kulturellen Kinder- und Jugendbildung im Vergleich zu anderen Arbeitsbereichen der Kinder- und Jugendarbeit – etwa der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Kap. 7.2) – deutlich älter ist.

nicht zum Stillstand gekommen ist¹¹⁶, erscheint es dringend angebracht, die Konturen des Bereichs der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg neu zu beschreiben und Daten zu diesem Bereich zu produzieren.

Bislang können entweder nur Ausschnitte des Arbeitsbereichs quantitativ bestimmt werden – wie auch mittels der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik – oder nur grobe Schätzungen zur Beschreibung der Gesamtsituation herangezogen werden. Nach Angaben der Dachorganisation LKJ wurden durch die Angebote der Mitgliedsverbände im Jahr 2008 schätzungsweise 480.000 Kinder und Jugendliche erreicht.¹¹⁷ Diese Zahl ist die Summe der Selbstauskünfte der Mitgliedsorganisationen der Landesvereinigung und nimmt entweder Bezug auf die Vereinsmitglieder (wie etwa bei der Bläserjugend) oder aber auf die Anzahl der Besuche, Veranstaltungsteilnehmer und -teilnehmerinnen sowie Schüler und Schülerinnen (wie etwa bei den Jugendzirkusgruppen oder den Musikschulen). Insofern ergibt sich diese Gesamtzahl aus Einzelschätzungen, die durchaus unterschiedliche Erhebungslogiken aufweisen. Für eine Bestimmung der Reichweite der Angebote kultureller Kinder- und Jugendarbeit ist diese Gesamtzahl nur sehr eingeschränkt tauglich.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die kulturelle Kinder- und Jugendarbeit zurzeit einen Boom erlebt und besondere Aufmerksamkeit erhält. „Kulturelle Bildung ist schwer angesagt – kaum eine Kultureinrichtung traut sich ohne Vermittlungsangebot an die Öffentlichkeit, eine Schule ohne Künstler gilt als langweilig. Plötzlich machen alle ‚Kulturelle Bildung‘: Das Gesundheitsministerium schreibt einen bundesweiten Theaterwettbewerb aus; Franchise-Unternehmen erobern den Markt der Berufseingliederung mit theaterpädagogischen Methoden oder bieten Schulen Künstler aus dem Katalog“ (Witt 2009, S. 39). Einschränkend wird allerdings betont, dass sich dieser Boom der letzten Jahre – bei genauerem Hinsehen – als Projekt- und Leuchtturm-Boom erweist (ebd.). Daraus lässt sich folgern, dass die bestehende Infrastruktur der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit außerhalb der Schulen nur beschränkt von dieser Aufmerksamkeitssteigerung profitiert. Insofern empfiehlt die Enquete-Kommission des Bundestages auch den Ländern,

116 Nach einer schriftlichen Information des Geschäftsführers der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. – Herrn Alexander Pfeiffer – wird von den Mitgliedsverbänden der Dachorganisation zurzeit die Erfahrung gemacht, dass der Bedarf an kulturellen Bildungsmöglichkeiten steigt. Insgesamt kommt Pfeiffer (im März dieses Jahres) zu dem Schluss, dass Nachfrage und Bedarf nach kulturellen, kreativen und musischen Angeboten bedeutend größer als das bestehende Angebot sind, „das in zentralen Bereichen durch extrem knappe Ressourcen begrenzt ist. Viele Kinder und Jugendliche können deshalb die Potenziale und Chancen der kulturellen Bildung für ihre Entwicklung nicht nutzen.“

117 In dem Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages wird darauf hingewiesen, dass die Reichweite der außerschulischen kulturellen Bildung allerdings nicht in allen Bevölkerungsschichten gleich ausfällt. Heute „ist der Zugang zu kultureller Bildung zu sehr vom allgemeinen Bildungsniveau abhängig; je höher das Bildungsniveau, desto intensiver werden auch kulturelle Bildungsangebote wahrgenommen“ (Kultur in Deutschland 2007, S. 388).

„die Förderung von kulturellen Bildungsangeboten zu verstetigen und neben befristeten Projekten und Modellversuchen auch längerfristige Maßnahmen zu finanzieren“ (Kultur in Deutschland 2007, S. 399).

8.5 *Ring politischer Jugend*

Politische Bildungsarbeit wird von einer Vielzahl an Organisationen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit geleistet (vgl. Landtag von Baden-Württemberg 2008). Ein Teil dieser Bildungsarbeit wird durch die Jugendorganisationen der politischen Parteien geleistet. Diese verstehen sich in der Regel als „Parteijugend“ und lassen sich demnach nicht eindeutig zu den Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit zählen. Trotzdem verläuft die Grenze in diesem Bereich fließend: Die Jugendorganisationen der Parteien leisten *auch* Kinder- und Jugendarbeit.

Als Dachorganisation der Jugendverbände der politischen Parteien fungiert dabei der Ring politischer Jugend, der neben einem Bundesverband auch auf Landes- und kommunaler Ebene existiert. Dem Ring politischer Jugend auf Landesebene in Baden-Württemberg gehören die Jugendorganisationen der im Landtag vertretenen Parteien an. Dies sind momentan die Junge Union, die Jusos, die Jungen Liberalen und die Grüne Jugend. In der Selbstdarstellung des Ringes heißt es: „Die heranwachsenden Menschen politisch zu bilden und für eine aktive Mitarbeit am politischen Geschehen zu gewinnen, ist Aufgabe der Verbände der politischen Jugend. Im Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung für die Festigkeit des demokratischen Gedankens in Staat und Gesellschaft haben sich die Landesverbände der Jungen Union, der Jungsozialisten, der Jungen Liberalen und der Grün-Alternativen Jugend zum Ring politischer Jugend zusammengeschlossen“ (Ring politischer Jugend 2009).

Für die politische Bildungs- und die staatsbürgerliche Erziehungsarbeit des Rings politischer Jugend und der in ihm zusammengeschlossenen politischen Jugendverbände können Zuschüsse zu den anerkannten Verwaltungskosten und zu Bildungsmaßnahmen gewährt werden.

Das Gesamtbudget für die Mitglieder des Rings politischer Jugend beträgt seit 2004 konstant 263.700 Euro pro Jahr und wird über den Landesjugendplan zur Verfügung gestellt (vgl. Landtag von Baden-Württemberg 2008, S. 4). Jedem Mitgliedsverband steht ein Pauschalbetrag von 5.000 Euro zu; der restliche Betrag wird gemäß des Stimmenanteils der zugehörigen Parteien bei der jeweils letzten Landtagswahl auf die Mitgliedsverbände verteilt.

Die Geschäftsführung des Rings politischer Jugend erfolgt derzeit durch die Geschäftsstelle der Jusos in Baden-Württemberg. Daran wird bereits deutlich, dass der Ring politischer Jugend keine eigenen nennenswerten strukturellen und personellen Ressourcen besitzt. Das Budget des Rings politischer Jugend wird vielmehr an die Mitgliedsverbände fast vollständig weitergegeben. Entsprechend wird auch die Bildungsarbeit von den jeweiligen Mitgliedsverbänden eigenständig organisiert. Als einzige gemeinsame Veranstaltung der letzten Jahre wurde im Jahr 2007 ein Jugendlandtag durchgeführt.

9 Jugendarbeit und Schule

Das Verhältnis von Jugendarbeit und Schule ist seit jeher kein einfaches. Lange Zeit hat sich die Kinder- und Jugendarbeit geradezu als Kontrapunkt, als Alternative zur Schule definiert, die Heranwachsenden jenseits von Familie und Schule eine eigene Welt eröffnet, eine Welt, in der ihre eigenen Regeln gelten, in der sie nicht den Bewertungen, Regeln und Vorschriften der Erwachsenen, der Eltern oder der Lehrkräfte ausgesetzt sind. Kinder- und Jugendarbeit zeichnete sich vielfach vor allem durch eine Offenheit und einen individuellen Experimentalcharakter aus, in dem Jugendliche fernab von Pflichten und Erwartungen ihre eigene Rolle, ihre eigene Identität, ihren Weg finden und ihre eigenen Werte und Einstellungen ertastend entwickeln können.

Diese in gewisser Weise auch privilegierte Rolle der Kinder- und Jugendarbeit, als ein Ermöglichungsraum und als Moratorium für Heranwachsende jenseits gesellschaftlicher Verpflichtungen, hat an Bedeutung verloren. Daher befindet sich die Kinder- und Jugendarbeit unverkennbar auch in einem Prozess der Neuorientierung. Spätestens durch die neue entstandene Debatte um den Stellenwert der Bildung diesseits und jenseits der Schule (vgl. Otto/Rauschenbach 2004) ist auch die Kinder- und Jugendarbeit gefordert, sich dieser Thematik zu stellen und ihr Verhältnis zur Schule ggf. neu zu bestimmen.

Im Lichte dieser veränderten Ausgangslage soll nachfolgend zunächst die Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in den Blick genommen werden, da sie empirisch den Großteil der Teilnehmenden an der Kinder- und Jugendarbeit ausmachen. Anschließend wird in knapper Form der derzeitige Stand der landesweit geregelten Formen der Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule dargestellt. Des Weiteren wird die tatsächliche sowie die geplante Entwicklung des Ausbaus von Ganztagschulen in Baden-Württemberg betrachtet, da Ganztagschulen, nach einhelliger Meinung aller Experten, für die Kinder- und Jugendarbeit eine der zentralen Zukunftsherausforderungen sein dürften. In diesem Rahmen wird auch ein Blick auf das Jugendbegleiter-Programm des Landes Baden-Württemberg und dessen Wirkungen auf die Jugendarbeit zu werfen sein, auch wenn es sich dabei nicht um ein Förderprogramm für die Kinder- und Jugendarbeit handelt.

Da es in Baden-Württemberg ein zentrales Gestaltungselement zur Vorbereitung sowie zum Auf- und Ausbau der Ganztagesangebote darstellt, soll das Jugendbegleiter-Programm insoweit ins Blickfeld gerückt werden, um auf diese Weise die Implikationen für die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit zu klären. So wird im Eckpunktepapier und in den Rahmenvereinbarungen zum Jugendbegleiter-Programm, das von 80 Vereinen, Verbänden und Organisationen unterschrieben wurde, als eines von vier beschriebenen Ziele festgehalten, dass mit dem Programm „der Zugang der Schülerinnen und Schüler zur au-

Berschulischen Jugendbildung und Jugendarbeit bewusst hergestellt werden soll“ (vgl. KM 2006b, S. 1).

9.1 Entwicklung der Schulen

Für die Kinder- und Jugendarbeit hat die generelle Entwicklung der Schulzahlen mittelbare Bedeutung, da Schulen obligatorische Orte für und im Leben der Kinder und Jugendlichen darstellen und gleichzeitig zentrale Elemente ihres Sozialraums bilden. Der Blick auf die Entwicklung der Zahl der Schulen zeigt, dass in diesem Jahrzehnt die Zahl der Schulen – teilweise noch deutlich – angestiegen ist, vor allem neue Grundschulen aber auch Realschulen und Gymnasien entstanden sind (vgl. Tab. 34).

Stagnierende bzw. leicht sinkende Zahlen haben vor allem die Hauptschulen zu verzeichnen, für die das Land die Umwandlung in Werkrealschulen vorsieht, während die Förderschulen bis 2005 auffällig gestiegen sind.

Tab. 34: Entwicklung der allgemeinbildenden Schulformen in Baden-Württemberg (1992-2007; Absolutzahlen)

	1992	1995	2000	2005	2007
Schulkindergärten	430	462	477	481	480
Grundschulen	2.460	2.489	2.547	2.552	2.554
Schulartunabhängige Orientierungsstufe	4	2	1	1	1
Hauptschulen ¹¹⁸	1.291	1.235	1.230	1.226	1.225
Realschulen	445	447	461	468	477
Gymnasien	411	410	420	433	440
Integrierte Gesamtschulen	3	3	3	3	3
Freie Waldorfschulen	34	40	44	47	53
Förderschulen	539	546	563	642	579
Abendrealschulen	50	47	43	45	44
Abendgymnasien	18	19	19	22	20
Kollegs	8	7	6	6	6
Summe	5.693	5.707	5.814	5.926	5.882

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1, 2008

Ist damit über die letzten Jahre hinweg ein Anstieg der Zahl allgemein bildenden Schulen zu verzeichnen, so ist die zukünftige Entwicklung der Zahl der Schulen vor allem im ländlichen Raum nicht ohne Belang für die Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit, da

¹¹⁸ Die Landesregierung hat die Einführung von Werkrealschulen bzw. die Weiterentwicklung der derzeitigen Hauptschule zur Werkrealschule ab dem Schuljahr 2010/11 beschlossen (vgl. Landesregierung 2009).

bei einem möglichen Rückgang und längeren Schulwegen auch die freie Zeit der Kinder und Jugendlichen berührt wird (vgl. Kap. 14). An diese demographische Frage gekoppelt ist die Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen, die für die Kinder- und Jugendarbeit von zentraler Bedeutung ist (vgl. hierzu Kap. 14.3). In puncto Schulentwicklung ist der Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen nicht nur in Baden-Württemberg ein zentrales Zukunftsthema der Kinder- und Jugendarbeit.

9.2 Kooperation von Jugendarbeit und Schule

Auch wenn in Baden-Württemberg keine allgemeine und generalisierende Rahmenvereinbarung zwischen Jugendarbeit und Schule existiert, sieht man vom Sonderfall der Jugendsozialarbeit ab¹¹⁹, ist die Kooperation zwischen diesen beiden Akteuren als landespolitisches Ziel u.a. im Bildungsplan von 2004, aber auch im „Bündnis für die Jugend“ formuliert worden.

Das Förderprogramm „Kooperation Jugendarbeit – Schule“ des Landes hat dabei in der Entwicklung der praktischen Kooperationsformen zwischen Jugendarbeit und Schule eine zentrale Rolle gespielt. Das Programm wurde evaluiert (vgl. Hahn 2004) und ist auch in der Stellungnahme der Landesregierung auf eine Anfrage im Landtag aus Landessicht dargestellt worden (vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport 2004). Über das Programm sind Grundlagen für die Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule gelegt, an vielen Orten Kooperationen angestoßen sowie zentrale Probleme herausgearbeitet worden. Allerdings wurde die damit verbundene Landesförderung nicht auf Dauer gestellt (vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport 2004). Anschließend wichtige, vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg finanzierte Projekte des Landesjugendrings waren in diesem Zusammenhang dann u.a. die Projekte „Bildungskoordination im kommunalen Raum“ (Laufzeit: 2005 bis 2007) sowie die „Bausteine zur Kooperation Jugendarbeit und Schule“ (Laufzeit: 2004 bis 2005).

Neben lokalen Kooperationen lassen sich aktuell als Aktivitäten auf der Landesebene vier Schwerpunkte identifizieren:

1. Das Land Baden-Württemberg fördert in der Förderlinie der Kooperation von Schule und Jugendarbeit das *Projekt „Praxisberatung Jugendarbeit – Schule“* mit dem Landesjugendring, die Weiterbildung zum „Kooperationsmanagement Jugendarbeit und Schule“ an der Akademie der Jugendarbeit sowie das Schülermentorenprogramm als Ausbildung von Schülerinnen und Schülern zum Engagement in Jugendarbeit, Schule

119 Für die Jugendsozialarbeit bestand ein Landesförderprogramm. Mittlerweile ist aber der Großteil der Finanzierung an die kommunalen Strukturen übergegangen. Auch die „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Hauptschulstrukturen“ sehen explizit Angebote der Jugendsozialarbeit vor.

und Gesellschaft, mit Zertifikat vom Kultusministerium (Träger sind die Schülerinnen- und Schülerarbeit im ejw Württemberg, die Evangelische SchülerInnenarbeit Baden sowie die Diözesanverbände der KSJ Erzdiözese Freiburg und Diözese Rottenburg-Stuttgart; vgl. Kap. 7.1.5).

2. Daneben existiert eine vom Land Baden-Württemberg finanzierte „Kooperationsfachstelle Jugendarbeit – Schule“ beim Landesjugendring, mit der Beratung und Begleitung im Themenfeld Kooperation Jugendarbeit und Schule angeboten wird. Schwerpunktthema war für 2009 „Beratung und Begleitung der Jugendarbeit bei der Mitwirkung an den Bildungsregionen“.¹²⁰ Der Landesjugendring hat dabei von Seiten der Jugendarbeit die Aufgabe einer landesweiten Kooperationsfachstelle für die Weiterentwicklung der Kooperationen von Jugendarbeit und Schule und die Beteiligung der Jugendarbeit am Ausbau der Ganztagsbildung übernommen. So ist die Kooperationsfachstelle u.a. aktiv in den Bereichen
 - Unterstützung und Beratung der Träger der Jugendarbeit bei der Mitwirkung an den Bildungsregionen;
 - Beratung der Träger der Jugendarbeit, der Schulen, Eltern und kommunalen Vertretungen im Feld der Kooperation von Jugendarbeit und Schule im Blick auf die Beteiligung am Ausbau der Ganztagsbildung und im Blick auf das Jugendbegleiter-Programm;
 - Beratung bei der Positionsfindung der Träger der außerschulischen Jugendbildung in Bezug auf die Kooperation Jugendarbeit und Schule, den Ausbau der Ganztagesbildung und das Jugendbegleiter-Programm;
 - Durchführung von und Beteiligung an Veranstaltungen wie Fachtagen, Messen und Symposien (Vorträge, Workshops, Informationsstand usw.).
3. Zudem unterstützt die „Landesarbeitsstelle Kooperation“ als Einrichtung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg mit Sitz beim Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung Schule und Bildung, mit den 42 *Regionalen Arbeitsstellen Kooperation* bei den Staatlichen Schulämtern der Stadt- und Landkreise die Kooperation von allgemeinen Schulen und Sonderschulen sowie von Schulen und außerschulischen Partnern. In Zusammenarbeit mit den Ansprechpartnern der Kooperation Jugendarbeit – Schule bei den staatlichen Schulämtern wird die Vernetzung zwischen Schulen und Trägern der verbandlichen und offenen Jugendarbeit unterstützt und gefördert.
4. Schließlich hat das Land zur Weiterentwicklung der Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Partnern darüber hinaus die „AG Gesamtbildungskonzept“ eingerichtet, mit der das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport für diesen Bereichs Träger der Jugendarbeit und Vertreter von Schülern, Eltern und Schulen zusammenführt. Die

¹²⁰ Inhaltlicher Schwerpunkt der Kooperationsfachstelle im Jahr 2008 war das Jugendbegleiterprogramm im Kontext der verbandlichen Jugendarbeit.

Erstellung des Gesamtbildungskonzepts erfolgt im Rahmen des „Bündnisses für die Jugend“. In der Bündnisvereinbarung wird als einer der zentralen Entwicklungsbereiche der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit die „Ganztagsbildung – Gesamtbildungskonzept“ benannt, für das das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport verantwortlich zeichnet.

Hinzu tritt die weitere Landesförderung von Kooperationsformen, die von Präventionsmaßnahmen über Seminare zur Berufsvorbereitung, Maßnahmen zur Integration ausländischer Jugendlicher bis hin zur Ausbildung von Streitschlichtern oder Klassenfindungstagen reichen.

Insgesamt hat sich die Landesregierung im Bildungsplan und im „Bündnis für die Jugend“ dezidiert die Förderung der Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule zum Ziel gesetzt. Wie bei den benannten Projekten und Fachstellen bereits angedeutet, nimmt auch die *Ganztagsbildung* bzw. der Ausbau der Ganztagschulen in den Kooperationen einen besonderen Raum ein. Für die Kinder- und Jugendarbeit ist sie in doppelter Weise von Bedeutung: zum einen im Rahmen der Kooperation von Jugendarbeit und Schule, die durch die Ganztagschulentwicklung in ganz Deutschland fast unvermeidlich zum Thema wird, zum anderen aber auch mit Blick auf die Veränderung der tagesbezogenen Zeitstrukturen aller beteiligten Akteure (Kinder und Jugendliche, Lehrkräfte, ehrenamtlich Engagierte), die für die Träger der Kinder- und Jugendarbeit auch organisatorische Konsequenzen haben könnte. Daher muss in die nachfolgenden Überlegungen auch der Ausbau der Ganztagschulen in Baden-Württemberg in die Überlegungen mit einbezogen werden, da nur so eine realitätsbezogene Perspektive mit Blick auf die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit entwickelt werden kann.

9.3 Planungen und Konzepte der Ganztagschulentwicklung

Der Ausbau der Ganztagschulen wird derzeit als eine zentrale Herausforderung für die weitere Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit diskutiert. Dabei nehmen die Schlagworte „Kooperation“ und „Konkurrenz“ in der Diskussion eine zentrale Rolle ein, markieren sie doch die beiden Enden im Lichte der Möglichkeiten des Verhältnisses von Schule und Jugendarbeit. Zum einen wird eine inhaltliche und zeitliche Konkurrenz der Ganztagschule mit den Anbietern und Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit befürchtet, da sowohl in inhaltlicher Hinsicht Angebote und Themen der Kinder- und Jugendarbeit nunmehr auch im Kontext der Ganztagschule angeboten werden als auch in zeitlicher Hinsicht das Zeitregime des Ganztagschulen den Kindern und Jugendlichen erkennbar weniger Raum lassen, um die wochentäglichen Angebote der Vereine und Verbände, aber auch der offenen Einrichtungen am Nachmittag breit zu nutzen.

Die Landesregierung Baden-Württembergs hat sich, wie alle anderen Bundesländer auch, politisch den flächendeckenden Ausbau der Ganztagsschulen zum Ziel gesetzt. Mit dem Ganztagsschulausbauprogramm des Landes von 2006 wird das Ziel formuliert, bis zum Jahr 2014 insgesamt 40 Prozent der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen unter Einbeziehung der Schulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung zu Ganztagsschulen auszubauen (KM 2006, S. 2). Das wäre immerhin etwas weniger als die Hälfte aller allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg.

Berücksichtigt man, dass im Jahr 2007 nach den Daten der Kultusministerkonferenz erst knapp 18% der schulischen Verwaltungseinheiten in Baden-Württemberg – das sind u.a. 5% der Realschulen und 17% der Gymnasien – als Ganztagsschulen ausgewiesen wurden (wobei die Kriterien des Landes strenger sind als die der KMK), ist davon auszugehen, dass in der Zwischenzeit und in naher Zukunft mit einem weiteren Ausbau der Ganztagschulen zu rechnen ist. Ziel des Ganztagsschulprogramms „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagsschulen in Baden-Württemberg“ vom Februar 2006 ist es, „ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Netz von Ganztagsschulen zu schaffen“. Dabei zielt das Programm auf die Einrichtung von „Ganztagsschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung“¹²¹ sowie der Einrichtung von „Ganztagsschulen in offener Angebotsform“ in allen Schularten der allgemeinbildenden Schulen. Der Ganztagsschulausbau soll sich auf alle Schularten und damit grundsätzlich auch auf alle Schüler/innen erstrecken.

Diese Zielstellung wird auch in der Priorisierung des Landes deutlich, die „Selbstständige Ganztagsgrundschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung und Grundschulen im Verbund mit einer Ganztagshauptschule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung sowie Hauptschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung“¹²² als besonders förderungswürdig voranstellt, dann jedoch über Grundschulen mit Ganztagsschulen in offener Angebotsform mit neuer Rhythmisierung und Grundschulen mit Ganztagsbetrieb im herkömmlichen Tagesrhythmus hin zu Förderschulen in räumlicher Nähe von Hauptschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung, Realschulen, allgemeinbildenden Gymnasien und anderen Hauptschulen, allen anderen Schulformen auch die Möglichkeit zur Förderung einräumt.

121 www.km-bw.de/servlet/PB/s/tv7ssb2ie6i31htejdxm1yqpb910yth/menu/1103168/index.html

122 Als „Schule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung“ kann eine Schule eingestuft werden, wenn sie „ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag unter erschwerten Bedingungen erfüllt“. Diese Bedingungen verweisen auf die Sozialstruktur im Schulbezirk, in dem mehrere Risikofaktoren zusammentreffen wie z.B. ein überwiegender Anteil sozial und ökonomisch unterprivilegierte Bevölkerungsschichten, ein hoher Anteil an Sozialhilfeempfängern, jugendlichen Straftätern, Alkohol- und Drogenmissbrauch, hohem Bedarf an Familienfürsorge und Jugendhilfe, hohe Jugendarbeitslosigkeit, hoher Anteil an Migranten u.a. (vgl. ausführlich Landesinstitut für Schulentwicklung/Statistisches Landesamt 2007, S. 243).

Der Zeitraum des Ausbauprogramms des Landes war ab 2005 zunächst für 5 Jahre festgelegt.¹²³ Bedeutsam an dem Zugang des Landes Baden-Württemberg zu dieser Thematik sind zwei Dinge: Zum einen ist die Definition des Landes, zumindest mit Blick auf die Zahl der anzubietenden Tage mit einem Ganztagsangebot, ambitionierter als die KMK-Definition. So ist es in Baden-Württemberg den Schulen vorgeschrieben, wenigstens an vier Tagen ein Angebot von 7 bzw. 8 Zeitstunden zu unterbreiten, während die KMK-Definition in dieser Hinsicht nur drei Tage vorschreibt. Eine verbindliche Ganztagsteilnahme würde demzufolge in Baden-Württemberg dann auch wenigstens vier Tage umfassen. Dies schränkt den zeitlichen Spielraum für außerschulische Aktivitäten etwas stärker ein als in manchen anderen Bundesländern.¹²⁴

Zum anderen betont das Ausbauprogramm für „Schulen ohne besondere pädagogische und soziale Aufgabenstellung“ zugleich die offene Angebotsform des Ganztagsbetriebs. Damit wird die Teilnahme für Schüler/innen zu einem offenen Wahlangebot, was wiederum das Potenzial an interessierten Akteuren der gleichzeitig stattfindenden außerschulischen Angebote erhöhen dürfte.¹²⁵

9.3.1 Zum Ausbau der Ganztagsschulen

Vor diesem Hintergrund soll nachfolgend ein Blick auf den Stand des Ausbaus der Ganztagsschulen in Deutschland geworfen werden. Datengrundlage sind hier die Daten der KMK, die bis zum Schuljahr 2007/08 vorliegen (vgl. Tab. 35).

Damit wird sichtbar, dass Baden-Württemberg mit Blick auf seinen anteiligen Ausbau der Ganztagsschulen im Vergleich zu den anderen Bundesländern zusammen mit Niedersachsen vorerst das Schlusslicht bildet. Im Schuljahr 2007/08 waren in Baden-Württemberg rund 18 Prozent aller schulischen Verwaltungseinheiten als Ganztagsschulen organisiert, während der entsprechende Wert im Bundesdurchschnitt bereits bei fast schon 40 Prozent lag. Auch der Anstieg in den vier dokumentierbaren Jahren von 2003 bis 2007 verlief eher unterdurchschnittlich – absolut sind 292 Verwaltungseinheiten hinzugekommen –, so dass die spürbare Veränderung in puncto Ganztagesesschulen im Land für die Kinder- und Jugendarbeit in großen Teilen eher noch bevorsteht, wenn diese in noch größerer Zahl aufgebaut sind.

123 www.km-bw.de/servlet/PB/s/tv7ssb2ie6i31htejdxm1yqpb910yth/menu/1103168/index.html

124 So zeigt die bundesweit ausgerichtete StEG-Studie, dass die reale Teilnahme an den Ganztagsangeboten im Sek-I-Bereich stark variiert und bei der Mehrheit der Schüler/innen drei Tage nicht überschreitet (vgl. Holtappels u.a. 2008).

125 Unklar bleibt dabei aber, wie diese Offenheit der Inanspruchnahme mit einer neuen Rhythmisierung des Unterrichts für die Schulen in Passung zu bringen ist.

Tab. 35: Verwaltungseinheiten mit Ganztagsbetrieb in öffentlicher und privater Trägerschaft im Bundesländervergleich (2003-2007; absolut und in %)

Bundesland	Anzahl der Verwaltungseinheiten			Anteil an allen Verwaltungseinheiten (in %)		
	2003	2005	2007	2003	2005	2007
Baden-Württemb.	461	562	753	11,2	13,4	18,2
Bayern	548	747	882	13,6	18,5	21,9
Berlin	291	550	626	35,4	68,0	79,9
Brandenburg	144	258	364	14,5	28,7	44,1
Bremen	25	34	47	13,7	18,7	25,4
Hamburg	44	145	163	10,6	36,0	41,3
Hessen	225	336	470	12,0	18,3	25,3
Mecklenburg-Vorp.	127	225	222	17,8	33,8	37,2
Niedersachsen	302	450	534	8,8	14,4	17,2
Nordrhein-Westfalen	864	1.938	3.649	13,6	30,5	58,4
Rheinland-Pfalz	275	411	526	16,8	25,4	31,2
Saarland	134	208	255	32,4	67,8	82,8
Sachsen	1.337	1.153	1.359	76,8	72,4	90,7
Sachsen-Anhalt	168	223	209	13,8	21,9	22,0
Schleswig-Holstein	45	327	367	4,0	29,5	34,0
Thüringen	733	659	697	73,5	70,0	75,6
Deutschland	5.723	8.226	11.123	19,0	28,3	38,9

Quelle: Sekretariat der KMK 2009

Nun sind Verwaltungseinheiten wegen ihrer teilweise sehr unterschiedlichen Größe eine schlechter Referenzpunkt. Daher soll anhand der KMK-Daten auch eine Betrachtung der Ganztagsanteile und -zuwächse in den einzelnen Schulformen vorgenommen werden (vgl. Tab. 36). Als Bezugsgröße wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit jeweils nur das Mittel aller Bundesländer, also der Bundesdurchschnitt dargestellt.

Tab. 36: Schulen mit Ganztagsbetrieb in öffentlicher und privater Trägerschaft nach Schulform (2003-2007; Deutschland, Baden-Württemberg; absolut und in %)

Region	Anzahl der Schulen					Anteil an allen Schulen (in %)				
	2003	2004	2005	2006	2007	2003	2004	2005	2006	2007
Grundschule										
Baden-Württemberg	23	36	42	62	146	0,9	1,4	1,6	2,4	5,7
Deutschland	2.106	2.766	3.912	4.878	5.822	12,4	16,3	23,3	29,1	34,9
Schulartunabhängige Orientierungsstufe										
Baden-Württemberg	1	1	1	1	1	100	100	100	100	100
Deutschland	186	177	398	477	537	10,9	15,8	35,7	44,2	50,6
Hauptschule										
Baden-Württemberg	177	192	212	219	284	14,4	15,7	17,3	17,9	23,2
Deutschland	777	939	1.154	1.328	1.543	14,5	18,1	23,1	27,6	33,7
Realschule										
Baden-Württemberg	18	20	21	23	46	3,9	4,3	4,5	4,9	9,6
Deutschland	330	400	534	551	647	11,1	13,3	17,9	18,7	23,3

Fortsetzung nächste Seite

Gymnasium										
Baden-Württemberg	46	53	66	86	108	10,9	12,3	15,2	19,7	24,5
Deutschland	499	644	725	820	942	15,9	20,6	23,4	26,5	30,6
Integrierte Gesamtschule										
Baden-Württemberg	3	3	3	3	3	100	100	100	100	100
Deutschland	493	503	524	539	552	64,7	69,5	73,1	77,8	81,2
Freie Waldorfschule										
Baden-Württemberg	4	6	8	9	9	8,7	13,0	17,0	17,3	17,0
Deutschland	40	63	59	88	90	22,1	35,0	32,6	45,8	45,2
Förderschule										
Baden-Württemberg	213	241	249	259	263	33,2	37,6	38,8	44,7	45,4
Deutschland	1.333	1.432	1.597	1.744	1.897	38,3	41,2	46,0	51,4	56,5

Quelle: Sekretariat der KMK 2009

Die Daten machen deutlich, dass auf der Ebene der Schulen in Baden-Württemberg in den Grundschulen und Realschulen noch ein sehr geringer Ganztagschulanteil zu beobachten ist, während Hauptschulen und der Gymnasien anteilmäßig bereits stärker ausgebaut sind, allerdings ebenfalls noch deutlich unter dem Mittelwert der Bundesländer liegen.

Aus der Perspektive der Kinder- und Jugendarbeit ist es gar nicht so wichtig, wie viele Schulen als Ganztagschulen eingestuft werden. Wichtiger ist über diesen institutionellen Blick hinaus die Antwort auf die Frage, wie viele Schüler und Schülerinnen an den Ganztagesangeboten teilnehmen und infolgedessen möglicherweise an den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit nicht mehr oder nur noch bedingt teilnehmen können (vgl. Tab. 37).

Deutlich wird dabei, dass im Unterschied zum institutionellen Ausbau der Ganztagschulen in Baden-Württemberg in den letzten Jahren mit Blick auf die Teilnahme der Schüler und Schülerinnen eine deutliche Entwicklung zu verzeichnen ist: Innerhalb von nur vier Jahren konnten fast 120.000 Schülerinnen und Schüler mehr am Ganztagsbetrieb teilnehmen, so dass unter dem Strich deren Anteil an allen Schülerinnen und Schülern bis 2007 auf ebenfalls fast 18 Prozent gestiegen ist. Damit liegt Baden-Württemberg in dieser Hinsicht sehr viel näher an dem Bundesdurchschnitt mit knapp 21 Prozent als beim Anteil der Ganztagschulen selbst, wenngleich es sich damit immer noch im unteren Mittelfeld befindet. Unter den größeren Flächenländern weist Hessen bei den teilnehmenden Schülerinnen und Schülern mit fast 28 Prozent die höchste Quote auf.

Tab. 37: Teilnahme der Schüler/innen am Ganztagschulbetrieb an allgemeinbildenden Schulen in öffentlicher und privater Trägerschaft im Bundesländervergleich (2003-2007; abs. und in %)

Bundesland	Anzahl der teilnehmenden Schüler/innen			Anteil an allen Schüler/innen (in %)		
	2003	2005	2007	2003	2005	2007
Baden-Württemb.	86.393	134.991	204.802	7,1	11,2	17,5
Bayern	35.579	43.301	53.043	2,6	3,2	4,0
Berlin	67.947	105.609	119.427	22,1	35,4	41,9
Brandenburg	26.292	43.025	60.847	11,2	20,8	32,8
Bremen	4.808	6.784	9.821	7,4	10,7	16,1
Hamburg	9.699	39.648	50.564	6,2	25,8	33,2
Hessen	87.089	117.525	168.697	13,6	18,6	27,7
Mecklenb.-Vorp.	21.033	27.068	33.582	12,9	19,7	28,3
Niedersachsen	67.012	122.446	169.326	7,3	13,5	19,2
Nordrh.-Westfal.	322.748	367.483	465.340	15,3	17,8	23,4
Rheinland-Pfalz	32.299	44.301	56.523	7,1	10,0	13,2
Saarland	5.948	7.295	11.112	5,5	7,0	11,4
Sachsen	87.052	107.336	152.127	24,4	34,6	54,3
Sachsen-Anhalt	22.210	31.893	29.043	10,0	16,9	17,5
Schleswig-Holst.	14.001	42.485	58.341	4,4	13,4	19,0
Thüringen	64.830	66.380	76.267	31,9	37,8	48,1
Deutschland	954.940	1.307.570	1.718.862	10,8	15,2	20,9

Quelle: Sekretariat der KMK 2009

Auch in dieser Frage kann man noch einmal einen Blick auf die einzelnen Schulformen werfen, da auch diese nicht ganz unbedeutend für die Kinder- und Jugendarbeit sind (vgl. Tab. 38).

Tab. 38: Teilnahme der Schüler/innen am Ganztagschulbetrieb an allgemeinbildenden Schulen in öffentlicher und privater Trägerschaft nach Schulformen (2003-2007; Deutschland, Baden-Württemberg; abs. und in %)

Region	Anzahl der teilnehmenden Schüler/innen			Anteil an allen Schüler/innen (in %)		
	2003	2005	2007	2003	2005	2007
Grundschule						
Baden-Württemberg	3.259	9.666	34.235	0,7	2,1	7,9
Deutschland	160.708	314.143	499.591	5,1	9,9	16,2
Schulartunabhängige Orientierungsstufe						
Baden-Württemberg	240	428	416	55,3	100,0	100,0
Deutschland	20.865	18.109	24.279	7,3	17,7	23,9
Hauptschule						
Baden-Württemberg	30.583	46.428	59.228	14,4	23,9	34,4
Deutschland	125.040	167.825	203.134	11,4	16,4	22,9

Fortsetzung nächste Seite

Realschule						
Baden-Württemberg	7.667	9.907	20.665	3,1	4,0	8,4
Deutschland	55.507	93.142	134.177	4,3	7,0	10,5
Gymnasium						
Baden-Württemberg	18.379	35.272	54.386	7,9	14,9	22,3
Deutschland	86.797	174.510	265.168	5,3	10,3	15,6
Integrierte Gesamtschule						
Baden-Württemberg	3.609	3.733	3.732	100,0	100,0	100,0
Deutschland	324.282	323.570	320.136	67,8	72,8	75,7
Freie Waldorfschule						
Baden-Württemberg	1.949	3.030	3.177	11,1	16,4	17,1
Deutschland	6.704	9.998	13.110	11,0	15,9	20,3
Förderschule						
Baden-Württemberg	20.707	26.527	28.963	37,5	48,4	53,5
Deutschland	143.557	154.319	165.025	33,4	37,1	41,2

Quelle: Sekretariat der KMK 2009

Insgesamt verschiebt sich bei dieser Betrachtung das Bild doch erheblich: In den Gymnasien und den Hauptschulen liegt der Anteil der in Baden-Württemberg am Ganztag Teilnehmenden im Jahr 2007 nun deutlich über dem Bundesschnitt, während er vor allem in den Grundschulen, aber auch den Realschulen mehr oder weniger deutlich gegenüber dem Mittel aller Bundesländer abfällt. Vor allem der noch anstehende Ausbau bei den Grundschulen könnte somit nochmals zu einer spürbaren Veränderung für die Kinder- und Jugendarbeit führen.

Schaut man abschließend auf die Verteilung der Schüler und Schülerinnen in Abhängigkeit der so genannten „offenen“ oder „gebundenen“ Angebotsformen¹²⁶, so fällt im Bundesländervergleich auf, dass Baden-Württemberg im Schuljahr 2007/08 bei den Ganztagschülern und -schülerinnen in Schulen mit gebundener, also verpflichtender Form überproportional, bei den Schulen in offener Form hingegen unterdurchschnittlich vertreten ist (vgl. Tab. 39).

126 Die offene Angebotsform zielt auf eine freiwillige Teilnahme am Ganztagsbetrieb, eine gebundene Angebotsform auf einen für alle verpflichtenden Ganztagsbesuch. Daneben bestehen noch teilgebundene Angebotsformen, die nur für einen Teil der Klassen oder einzelnen Jahrgänge verpflichtend sind. Diese Angebotsform, die eine Mischkategorie darstellt, wurde hier weggelassen.

Tab. 39: Teilnahme der Schüler/innen am Ganztags schulbetrieb an allgemeinbildenden Schulen nach Schulform im Bundesländervergleich (2003-2007; abs. und in %)

Bundesland	Anzahl der teilnehmenden Schüler/innen			Anteil an allen Schüler/innen (in %)		
	2003	2005	2007	2003	2005	2007
Gebundene Ganztagschule						
Baden-Württemberg	75.321	104.448	132.042	6,2	8,7	11,3
Bayern	7.136	9.265	15.062	0,5	0,7	1,1
Berlin	49.756	55.203	56.593	16,2	18,5	19,8
Brandenburg	26.122	22.776	21.050	11,1	11,0	11,4
Bremen	1.737	6.194	8.791	2,7	9,7	14,4
Hamburg	5.053	9.070	20.719	3,3	5,9	13,6
Hessen	13.009	12.806	13.899	2,0	2,0	2,3
Mecklenburg-Vorpommern	8.272	14.600	19.480	5,1	10,6	16,4
Niedersachsen	42.830	-	-	4,7	-	-
Nordrhein-Westfalen	310.485	306.164	313.502	14,7	14,8	15,7
Rheinland-Pfalz	28.705	40.850	53.771	6,3	9,2	12,6
Saarland	2.934	2.692	2.788	2,7	2,6	2,9
Sachsen	26.621	24.091	22.417	7,5	7,8	8,0
Sachsen-Anhalt	2.011	5.394	8.214	0,9	2,9	5,0
Schleswig-Holstein	11.915	12.607	9.019	3,7	4,0	2,9
Thüringen	21.972	19.480	20.207	10,8	11,1	12,7
Deutschland	633.879	645.640	717.554	7,2	7,5	8,7
Offene Ganztagschule						
Baden-Württemberg	11.072	30.543	72.760	0,9	2,5	6,2
Bayern	28.443	34.036	37.981	2,1	2,5	2,8
Berlin	18.191	50.406	62.834	5,9	16,9	22,0
Brandenburg	170	20.249	39.797	0,1	9,8	21,5
Bremen	3.071	590	1.030	4,7	0,9	1,7
Hamburg	4.646	30.578	29.845	3,0	19,9	19,6
Hessen	74.080	104.719	154.798	11,6	16,5	25,4
Mecklenburg-Vorpommern	12.761	12.468	14.102	7,8	9,1	11,9
Niedersachsen	24.182	122.446	169.326	2,6	13,5	19,2
Nordrhein-Westfalen	12.263	61.319	151.838	0,6	3,0	7,6
Rheinland-Pfalz	3.594	3.451	2.752	0,8	0,8	0,6
Saarland	3.014	4.603	8.324	2,8	4,4	8,5
Sachsen	60.431	83.245	129.710	16,9	26,9	46,3
Sachsen-Anhalt	20.199	26.499	20.829	9,1	14,1	12,6
Schleswig-Holstein	2.086	29.878	49.322	0,7	9,4	16,1
Thüringen	42.858	46.900	56.060	21,1	26,7	35,3
Deutschland	321.061	661.930	1.001.308	3,6	7,7	12,2

Quelle: Sekretariat der KMK 2009

9.4 Das Jugendbegleiter-Programm

In Baden-Württemberg liegt das zentrale Moment zur Ermöglichung bzw. zum Auf- und Ausbau der Ganztagschulen auf dem von der Landesregierung initiierten Jugendbegleiter-Programm, das 2006 als Modellprogramm startete und seither in drei Evaluationen un-

tersucht und dokumentiert worden ist (vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg 2007, 2008, 2009). Das Jugendbegleiter-Programm ist kein Förderprogramm für die Kinder- und Jugendarbeit, sondern ein Programm zum Auf- und Ausbau der Ganztagschulen. Grundlage des Jugendbegleiter-Programms ist die Rahmenvereinbarung, die am 14.02.06 von der Spitze der Landesregierung von über 80 Verbänden und Organisationen – u.a. auch der Kinder- und Jugendarbeit – des Landes unterzeichnet wurde.

Am Jugendbegleiter-Programm können alle *Schulen* teilnehmen, die langfristig den Ausbau zur Ganztagschule planen, also nicht nur bereits genehmigte Ganztagschulen. Konzeptionelle Grundlage ist die Idee einer zivilgesellschaftlichen Öffnung der Schule. „Ziel muss es deshalb sein, die Schulen für außerschulische Institutionen und für engagierte Bürgerinnen und Bürger noch viel weiter zu öffnen als dies bisher der Fall ist. Hierzu soll qualifiziertes Ehrenamt von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Eltern in die Ganztagesbetreuung integriert werden“, so der Tenor in den Eckpunkten zum Jugendbegleiter-Programm. Mit diesem Programm sollen mithin „qualifizierte ehrenamtliche Personen“ ergänzend in der Ganztagesbetreuung an Schulen eingesetzt werden.

Hierfür stellt das Land Baden-Württemberg im Endausbau insgesamt bis zu 40 Millionen Euro pro Jahr bereit. Politisches Ziel des von der Landesregierung initiierten Jugendbegleiter-Programms ist es, wie im Programm formuliert wird, „Möglichkeiten zur Kooperation von Schule und außerschulischen Partnern“ zu eröffnen. Als Ziel wurde des Weiteren festgelegt, Schulen für außerschulische Institutionen und für engagierte Bürgerinnen und Bürger zu öffnen und damit ganztägige Betreuungsangebote im schulischen Raum zu sichern und neu zu schaffen.

Zugleich soll „die gemeinsame Arbeit aller für Kinder und Jugendliche Verantwortung tragender Personen gestärkt und das Ehrenamt in den schulischen Lebensraum junger Menschen intensiv einbezogen werden“. Dabei wird in der Rahmenvereinbarung von 2006 auch explizit der Bezug zur Kinder- und Jugendarbeit hergestellt: „Schließlich wird die außerschulische Bildung Teil eines Gesamtbildungskonzeptes, verbunden mit einem Angebot, zusätzliche Kompetenzen zu erwerben. Der Zugang der Schülerinnen und Schüler zur außerschulischen Jugendbildung und Jugendarbeit soll bewusst hergestellt werden“ (vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport 2006b, S. I).

Jugendbegleiter und -begleiterinnen können Menschen ab 16 Jahren werden, die im Rahmen des Programms an Schulen für mindestens ein Schulhalbjahr verbindlich und regelmäßig ein wöchentliches Bildungs- und Betreuungsangebot in der Primarstufe oder Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen unterbreiten. Dabei ist ihr Einsatzfeld getrennt vom Pflichtunterricht zu gestalten. Grundsätzlich ist das Jugendbegleiter-Programm dabei zunächst an tätigen Einzelpersonen ausgerichtet, wenngleich diese sich auch zu einem Team zusammenschließen und auch aus den Vereinen und Verbänden gewonnen

werden können. Die Kooperation mit der Schule erfolgt dabei jedoch nicht auf der Ebene der Organisation, also etwa zwischen Schule und örtlichen Vereinen, sondern zwischen der Einzelschule und dem/der Jugendbegleiter -begleiterin als Person. Verantwortung für die Gewinnung und Organisation des Einsatzes der Jugendbegleiter und -begleiterinnen tragen die Schulen bzw. die Schulleitungen selbst, die auch die Dienstaufsicht innehaben. Die Schulen sollen konkrete Vereinbarungen mit den Jugendbegleiterinnen oder -begleitern abschließen.

Das Jugendbegleiter-Programm ist bis zum Herbst 2010 als Modellprojekt geplant. Nach Auslaufen der Modellphase ist eine Harmonisierung der verschiedenen Betreuungsprogramme angedacht. Um hierfür eine ausreichende Datenbasis zu haben, wurde das Programm von Anfang an evaluiert. Jeweils im Herbst 2006, 2007 und 2008 wurden die Leitungen der am Modellprogramm beteiligten Schulen von der Jugendstiftung Baden-Württemberg befragt (vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg 2009).¹²⁷ Dabei berichten die Schulleitungen von überwiegend positiven Erfahrungen mit dem Programm.

Nach der Evaluation vom Herbst 2008 waren in Baden-Württemberg an den 766 Modellschulen seit Beginn des Schuljahrs 2008/09 insgesamt 11.577 Jugendbegleiter und -begleiterinnen aktiv. Das entspricht einem rechnerischen Durchschnitt von 15 Jugendbegleiter und -begleiterinnen pro Schule (vgl. ebd., S. 10). Legt man allerdings den Median zugrunde, der leider nicht ausgewiesen ist, also den Wert, der die Verteilung der Jugendbegleiter/innen zwischen einer unteren und einer oberen Hälfte halbiert, so dürfte dieser Wert bei etwa 8 bis 9 Jugendbegleiter und -begleiterinnen pro Schule liegen.¹²⁸ Eine ähnliche Ungleichverteilung zeigt sich auch mit Blick auf die Verteilung der Jugendbegleiter/innen auf die Schulformen. Demnach sind nicht nur fast die Hälfte der Jugendbegleiter/innen an Gymnasien im Einsatz (vgl. ebd., S. 11), sondern an diesen liegt der Durchschnitt mit fast 30 Personen pro Schule auffällig hoch, während er an den Grund-, Haupt- und Werkrealschulen bzw. an fast allen anderen Schulformen eher bei rund 10 Jugendbegleiter und -begleiterinnen liegt.

Diese 11.577 Jugendbegleiter und -begleiterinnen erbringen zusammen ein Kontingent von 17.856 Zeitstunden (vgl. ebd., S. 16). Dieses, auf den ersten Blick imposante Volumen, bedeutet zweierlei: zum einen, dass pro Jugendbegleiter bzw. -begleiterin im Schnitt ein Betreuungskontingent von 1,5 Stunden pro Woche erbracht wird; zum anderen, dass pro Modellschule durch dieses Programm 23 Zeitstunden pro Woche bzw. nicht ganz 5

127 Im Unterschied zur bundesweit ausgerichteten Ganztagschulstudie StEG (vgl. Holtappels u.a. 2008), bei der u.a. auch Schüler, Eltern und Kooperationspartner befragt wurden, wurden hier nur die Schulleitungen um Auskunft gebeten.

128 Dieser Unterschied zwischen Mittelwert und Median kommt dadurch zustande, dass einige wenige Schulen mehr als 100 Jugendbegleiter und -begleiterinnen haben, so dass diese „Ausreißer“ den Schnitt deutlich erhöhen.

Stunden pro Schultag abgedeckt werden. Das ist für eine ganze Schule unter dem Strich nicht sonderlich viel. Allerdings muss man auch beachten, dass fast 60 Prozent der Modellschulen des Jugendbegleiter-Programms ihr Angebot und den Schulalltag durch sechs oder mehr zusätzliche Programme, Projekte und Bausteine, etwa durch Arbeitsgemeinschaften, Mittagstische, Lehrbeauftragten-Programme oder Einsatz von Schülermentoren, ergänzen (vgl. ebd., S. 45).

Mit Blick auf die Zusammensetzung der Jugendbegleiter und -begleiterinnen kann Folgendes festgehalten werden: Die Jugendbegleiter und -begleiterinnen sind zu fast 70 Prozent weiblichen Geschlechts, verteilen sich zu 43 Prozent auf Einzelpersonen aus dem schulischen Umfeld (sehr häufig Eltern¹²⁹), zu 36 Prozent Personen aus der (älteren) Schülerschaft („Junior-Jugendbegleiter“), während „nur“ 19 Prozent aus Vereinen/Verbänden-/Organisationen kommen (vgl. ebd., S. 13). Das bedeutet, dass fast 80 Prozent der Jugendbegleiter/innen einen unmittelbaren (als Schüler/innen) oder mittelbaren (als Eltern oder Helfer aus dem schulischen Umfeld) Bezug haben, und nur ein kleiner Teil von außen kommt. „Bei der genaueren Klassifizierung wird deutlich, dass die ‚Engagierten Helfer aus dem schulischen Umfeld‘ mit 53% die Hauptkategorie bilden“ (vgl. ebd., S. 14).

Diese Verteilung macht deutlich, dass lediglich ein Fünftel der Jugendbegleiter und -begleiterinnen „aus Organisationen stammen“. Infolgedessen kann auch nur ein kleinerer Teil aus den Reihen der Kinder- und Jugendarbeit stammen, so dass diese bislang somit nur eine sehr untergeordnete Rolle im Kontext des Modellprogramms und damit auch der Ganztagsschulen spielt. Selbst wenn man berücksichtigt, dass möglicherweise einige Junior-Jugendbegleiter und -begleiterinnen bereits Erfahrungen aus der Kinder- und Jugendarbeit mitbringen, dürfte die Zahl nicht sonderlich hoch sein.

Die Personen, die in Verbindung zu Organisationen stehen, werden im Evaluationsbericht noch einmal gesondert betrachtet. Demnach stehen Organisationen und Vereine im Bereich Sport¹³⁰ (6% aller Jugendbegleiter/innen), Wirtschaft (2,5%) und Musik (2,5%) im Vordergrund, während Organisationen im Bereich Jugend (1%), Soziales (1%), Natur (0,5%) und Kirche (1,5%) *innerhalb* dieser Gruppe jeweils nur geringe Anteile umfassen (vgl. ebd., S. 14).

129 Bei 23 Prozent der über 18-jährigen Jugendbegleiter und -begleiterinnen handelt es sich um Elternteile der Schülerinnen und Schüler.

130 Eine Befragung des Badischen Sportbundes, dies nur am Rande, weist bei einer kleinen Stichprobe darauf hin, dass im Bereich Sport die Jugendbegleiter/innen vor allem aus Kleinstvereinen mit wenig verbreiteten Sportarten kommen (vgl. Seidel/Irschik/Wolf 2008, S. 5). Die Studie sieht insoweit eine geringe Beteiligung von Sportvereinen und führt dies u.a. auch auf das Landeskooperationsprogramm Schule – Verein zurück, da viele Vereine schon anderweitig mit Schulen kooperieren (vgl. ebd., S. 6). Auch berichtet die Autorengruppe – bei der Mehrheit der befragten Vereine – von Befürchtungen mit Blick auf die weitere Ganztagschulentwicklung. Zugleich sehen jedoch vor allem die sich beteiligenden Vereine im Ganztagsprogramm auch eine Chance (vgl. ebd., S. 4).

Damit erweist sich das Jugendbegleiter-Programm für die Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit bislang eindeutig nicht als eine zentrale Schnittstelle in der Kooperation mit der Schule, zumal diese Kooperation meist nicht zwischen Verband/Verein und Schule, sondern zwischen Einzelpersonen und der Schule vereinbart wird – und das unter Aufsicht der Schule (vgl. dazu kritisch Landesjugendring Baden-Württemberg o.J., S. 2). Nichtsdestotrotz nimmt aus Sicht des Landesjugendrings das Jugendbegleiter-Programm in Baden-Württemberg eine zentrale Stellung im weiten Feld der Kooperation von Jugendarbeit und Schule ein, zumal es das einzige auf Dauer angelegte Förderprogramm für Schulkooperationen darstellt (vgl. Landesjugendring Baden-Württemberg o.J., S. 2).

Von den Jugendverbänden wird zum Teil kritisch gesehen, dass das Jugendbegleiter-Programm von der Idee her zwar als ein zivilgesellschaftliches Engagementprojekt konzipiert war, das die lehrerzentrierte Schule für „außerschulische Partner“ öffnen und „die gemeinsame Arbeit aller für Kinder und Jugendliche Verantwortung tragenden Personen“ stärken sollte und nicht zuletzt deshalb das Ehrenamt als Grundelement des Konzeptes betonte¹³¹, sich nun aber in der Praxis der Modellschulen zeigt, dass die finanziellen „Aufwandsentschädigungen“ stellenweise schon den Charakter einer freien Mitarbeit als Honorarkraft annehmen – was auch die Evaluationen der Jugendstiftung wiederholt bestätigt haben. „23% der Jugendbegleiter gehen ihrer Tätigkeit ohne Aufwandsentschädigung nach. 21% erhalten zwei bis sechs Euro, 36% erhalten sieben¹³² bis acht Euro für die Betreuungsstunde“, so das Fazit der Evaluation (vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg 2009, S. 26), wobei hinzugefügt werden muss, dass immerhin weitere 18 Prozent mehr als acht Euro, zum Teil sogar mehr als 10 oder 15 Euro pro Betreuungsstunde erhalten.¹³³ Diesbezüglich erodiert die Idee eines zivilgesellschaftlichen Projekts auf der Basis ehrenamtlichen Engagements doch deutlich.¹³⁴

Zudem beschreiben die Empfehlungen des Landesjugendrings kritisch die Entwicklung, dass die Mehrheit der Jugendbegleiter und -begleiterinnen eben nicht aus den Vereinen

131 Ein wenig irritierend ist in diesem Zusammenhang der Befund, dass 77% der Schulen schon vorher mit Ehrenamtlichen zusammengearbeitet haben, was sie in hohem Maße als positiv erlebt haben (vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg 2009, S. 44). Zumindest der Umfang dieser ehrenamtsbezogenen Vorerfahrungen lässt das Anliegen, Schulen nach außen und für das Ehrenamt zu öffnen, etwas ins Leere laufen.

132 Aufgrund der Angaben in der Tabelle müsste das wohl „sechs“ heißen.

133 Dies wird von einzelnen Jugendorganisationen auch als Grund genannt, warum ein Teil der jungen Menschen sich lieber als Jugendbegleiter oder -begleiterin engagiert, weil er dafür Geld bekommt, anstatt weiter in einem Jugendverband aktiv zu sein. Das kann aber nicht der Sinn eines solchen Programms sein.

134 Dies mag u.a. damit zusammen hängen, dass ein nicht unerheblicher Teil der Betreuungsstunden in der Aufsicht und Betreuung während der Mittagszeit und bei der Essensausgabe (22%), in der klassischen „Hausaufgabenbetreuung“ (20%) und im Sport (13%) erbracht wird (vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg 2009, S. 16).

und Verbänden kommt, sondern das Programm vor allem schulintern mit Schülerinnen und Schülern bzw. deren Eltern bestritten wird (vgl. ebd., S. 2). Mit dem Jugendbegleiter-Programm werden somit vor allem Einzelpersonen – vor allem Eltern und ältere Schüler und Schülerinnen – in die Gestaltung eines Betreuungsangebots jenseits des Unterrichts eingebunden. Nur sehr begrenzt und eher zufällig finden sich auch junge Menschen, die aus den Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit kommen. Damit entsteht pro Schule ein höchst situatives, jedes Schulhalbjahr neu auszuhandelndes Ganztagsangebot, das von (einigen) Ehrenamtlichen und (vielen) Honorarkräften getragen wird.

Das Qualifikationsspektrum der Jugendbegleiter und -begleiterinnen ist dabei ausgesprochen heterogen. Während nach den Angaben des Evaluationsberichts 37 Prozent durch Ausbildung und Beruf für ihre Tätigkeit qualifiziert sein sollen – diese Gruppe wird nicht weiter aufgeschlüsselt –, haben weitere 19 Prozent eine Qualifikation als Jugendleiter, Übungsleiter etc., während rund ein Drittel wohl eher als nicht qualifiziert eingestuft werden muss (vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg 2009, S. 21).

Insgesamt befürworten drei von vier der befragten Schulleitungen die Grundidee des Jugendbegleiter-Programms in hohem Maße (vgl. ebd., S. 36), erwarten für die Zukunft zugleich aber dennoch den stärkeren „Aufbau eines abwechslungsreichen und qualifizierten Betreuungsangebots“ (69%), eine „Stabilisierung und Stärkung des Ganztagsbetreuung“ (67%), aber auch eine „bessere Förderung der Schüler in ihrer Gesamtpersönlichkeit“ (53%) (vgl. ebd., S. 39). Dies kann man auch als Hinweis dahingehend lesen, dass trotz der guten Grundidee noch ein ganzes Stück des Weges zurückzulegen ist, bis aus dem Modellprogramm ein regelhaftes und qualifiziertes Ganztagskonzept wird, das am Ende nicht nur Betreuung, sondern eben auch, wie es die Landesregierung propagiert hat, Bildung und Erziehung umfasst.

Insgesamt ermutigt der Landesjugendring Baden-Württemberg allerdings – trotz geäußelter Bedenken – alle Träger und Vereine, aktiv eine Kooperation anzustreben und auch als Organisation aktiv zu werden. In einigen Schulen seien, so der Landesjugendring, auch jetzt schon Kooperationen auf Organisationsebene geschlossen worden (vgl. Landesjugendring Baden-Württemberg o.J., S. 2).

Versucht man unter den hier anstehenden Gesichtspunkten der Kooperation von Schule und Jugendarbeit das Jugendbegleiter-Programm zu bilanzieren, so ist es in seiner vorliegenden Form sicherlich kein gelungenes Beispiel für eine verbesserte Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule, sondern zuallererst ein Förderprogramm zum Auf- und Ausbau der Ganztagschulen. Allerdings sind durch die vermehrten Aktivitäten in den Modellschulen, die auch zu einer größeren Bekanntheit und zu einem erhöhten Interesse an den außerschulischen Angeboten beitragen könnten, Kooperationen mit der Kinder- und Jugendarbeit sowie ein verbesserter Zugang der Schüler und Schülerinnen zu deren Angeboten ausdrücklich im Programm mit angedacht. Zudem ist die Kinder- und Jugend-

arbeit im weiteren Sinne in die Organisation des Jugendbegleiter-Programms eingebunden: Für die Durchführung und Beratung zur Rahmenvereinbarung zum Jugendbegleiter-Programm ist die „Servicestelle Jugend“ der Jugendstiftung Baden-Württemberg zuständig, während die Koordination der Qualifizierungsangebote zum Jugendbegleiter-Programm bei der „Landesakademie für Jugendbildung“ in Weil liegt.

Ungeachtet dessen bleibt für die Träger der Kinder- und Jugendarbeit vorerst die Frage offen, inwieweit diese Formen der ganztägigen Angebote eine ernsthafte Konkurrenz für die Kinder- und Jugendarbeit darstellen, inwieweit die Ausweitung inhaltlich interessanter Angebote an den Ganztagschulen sowie zugleich schwindende Ressourcen an disponibler Zeit auf Seiten der am Ganzttag teilnehmenden Kinder und Jugendlichen Auswirkungen auf die Arbeit und Gestaltungsmöglichkeiten der Verbände haben. In vielen Fällen werden aus Sicht der Vereine und Verbände Probleme wahrgenommen oder befürchtet. Empirisch abgesicherte Befunde zur Auswirkung des Ganztagschulbaus auf die Kinder- und Jugendarbeit gibt es allerdings noch nicht. Die Informationen aus der bundesweit ausgerichteten Ganztagschulstudie StEG hierzu sind widersprüchlich. So berichten zwar Eltern von vermehrten Abmeldungen aus Vereinen und Verbänden, während sich in den Aussagen der Ganztagschüler und -schülerinnen zum Zeitpunkt der ersten Befragung noch keine Hinweise auf eine geringere Vereinseinbindung fanden (vgl. Züchner 2008).

Ein Dilemma des Jugendbegleiter-Programms ist, dass es die Entscheidung zur Kooperation und auch zu den Kooperationspartnern „individualisiert“ und dadurch ein sehr heterogenes und vielfach zufälliges, personengebundenes Angebot erwarten lässt. Der Umstand, dass zudem die Schulen über eine Vielzahl unterschiedlicher Programme versuchen, ihren ganztägigen Schulalltag zu organisieren, ist ebenfalls ein Indiz für ein noch wenig integriertes Gesamtkonzept.

Gleichzeitig sind im Jugendbegleiter-Programm, wie die Evaluation zeigt, Vereine, Verbände sowie – abgesehen vom Sport – die freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit bislang zu wenig beteiligt, auch gemessen an den ursprünglichen Intentionen des Programms. Und schließlich scheint sich bislang mit Blick auf die Inhalte des Angebots doch eher ein Übergewicht zugunsten von Betreuung und zulasten von Bildung und Erziehung anzudeuten. Dies dürfte für alle Beteiligten noch eine Herausforderung eigener Art sein, um dem ursprünglichen Gedanken des Programms tatsächlich zum Durchbruch zu helfen.

Auch wenn die Verbände ihre Bereitschaft zur Kooperation über das Jugendbegleiter-Programm signalisiert haben und zur Beteiligung aufrufen: Kooperationen von Jugendarbeit und Schule werden sich in Anbetracht dessen auf dieser Basis bis auf weiteres eher zufällig und allenfalls auf kommunaler Ebene etablieren. Daher scheint sich der Ausbau der Ganztagschulen in Baden-Württemberg – falls nicht auf politischer Ebene neue Vereinbarungen getroffen werden – in dieser Form künftig ohne eine substanzielle Beteiligung der

Kinder- und Jugendarbeit und damit in „struktureller Konkurrenz“ zu ihr zu entwickeln, d.h. in Konkurrenz um Kinder, um Zeiten und um attraktive Inhalte. Damit erlangt das Jugendbegleiter-Programm in seinen Konsequenzen, so oder so, eine Relevanz mit Blick auf die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg.

9.5 Bildungsdefizite als Herausforderung für die Kooperation von Jugendarbeit und Schule

Eine Begründung für den Ausbau von Ganztagschulen war die Frage einer besseren Förderung vor allem bildungsbenachteiligter Jugendlicher. In Anbetracht dessen sind zwei Aspekte mit Blick auf die Kooperation von Jugendarbeit und Schule von Bedeutung, die vor allem durch die PISA-Studien in den Blickpunkt gerückt worden sind.

Relevant ist zum einen der Befund, dass knapp 20 Prozent der 15-jährigen Schüler/innen als „Risikogruppe“ bezeichnet werden müssen, deren Lesekompetenz unter oder auf der ersten Kompetenzstufe liegt (vgl. PISA-Konsortium Deutschland 2007, S. 13). Die KMK weist in ihrer Stellungnahme zu PISA 2006 darauf hin, dass dieser Anteil – trotz der eingetretenen leichten Verbesserungen seit 2002 – noch als zu hoch anzusehen ist. Für diese Gruppe junger Menschen, wie viel es letzten Endes auch immer sein mögen, muss befürchtet werden, dass diese mittel- und langfristig nicht in der Lage sind wird, in vollem Umfang und in eigener Verantwortung am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, kurz: dass deren Prognose für die schulische bzw. berufliche Zukunft als ausgesprochen ungünstig eingeschätzt werden muss.

Auch wenn Baden-Württemberg im Kompetenzvergleich der Länder bei sämtlichen Kompetenzmessungen in den drei PISA-Erhebungen im oberen Drittel lag, war auch hier 2006 die Gruppe der „Risikoschüler“ im Lesen mit 19 Prozent noch groß; zudem ist der Anteil zwischen 2003 und 2006 sogar leicht gestiegen (vgl. PISA-Konsortium Deutschland 2008).

Wichtig ist zum anderen aber noch ein weiterer Befund, der mit der Frage der „Risikoschüler“ zusammenhängt: Schulerfolg und Kompetenzentwicklung hängen in Deutschland stärker als in vielen anderen OECD-Staaten mit der sozialen Herkunft zusammen. Alle drei bislang veröffentlichten PISA-Studien haben darauf hingewiesen, dass Schüler/innen mit Migrationshintergrund sowie aus niedrigeren Sozialschichten in Deutschland eine geringere Wahrscheinlichkeit haben, höhere Schulformen der Sekundarstufen zu besuchen und insgesamt geringer Kompetenzwerte im Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften erzielen (vgl. Deutsches PISA-Konsortium 2001; PISA-Konsortium Deutschland 2004, 2007). Mit anderen Worten: Mit der sozialen Herkunft zeigt sich der starke Einfluss nicht-schulischer Zusammenhänge auf das Leistungsvermögen und die schulische

Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Vor allem Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialprestige und/oder mit Migrationshintergrund sind in der Risikogruppe stark überrepräsentiert.

Fasst man die beiden Befunde zusammen, so deutet dies auf einen erhöhten Bedarf an verbesserter Förderung für diese Gruppe junger Menschen hin, die – und darauf kommt es hier allein an – nicht allein durch die Schule erbracht werden kann. In dieser Frage muss es zu einem verbesserten Zusammenwirken verschiedener Politikfelder (Bildungspolitik, Familienpolitik, Sozialpolitik), verschiedener Orte des Aufwachsens und verschiedener gesellschaftlicher Akteure kommen. Ein Weg dazu könnte eine gezieltere Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit, etwa im Kontext der Ganztagschule, sein.

Wenn z.B. der Auf- und Ausbau von Ganztagschulen auch unter dem Aspekt der verbesserten Förderung der entsprechenden „Risikogruppe“ betrachtet wird, drängt sich die Frage auf, ob das bisherige Ganztagschulkonzept in Baden-Württemberg diesem Aspekt in ausreichendem Maße gerecht werden kann, ob ausreichende Möglichkeiten zur Verfügung stehen, mit den vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen sich dieser Herausforderung zu stellen. Zumindest in dieser Hinsicht drängt sich aus fachlicher wie aus pädagogischer Perspektive eine stärkere Verankerung professioneller Angebote und Anbieter auf. Und dies sind genau jene Bereiche, in denen die Akteure der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit über Jahre nicht nur Kompetenzen aufgebaut und Praxiserfahrungen gesammelt haben, sondern in denen die Kinder- und Jugendarbeit auch ihre eigenen Zugangswege zu schwer erreichbaren Jugendlichen und Gleichaltrigengruppen gefunden hat. Dies dürfte ebenfalls ein wesentliches Motiv für eine stärkere Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit sein, damit die Kompetenzen und Möglichkeiten der beiden Akteure wechselseitig und mit Synergieeffekten zum Tragen kommen.

Teil C: Potenziale

Die Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer nicht ganz einfachen Situation, die sie keineswegs allein zu verantworten hat und aus der sie sich auch nicht alleine aus eigener Kraft befreien kann:

- Auf der einen Seite kann man immer wieder rhetorisch-monotone Verlautbarungen zugunsten der Kinder- und Jugendarbeit hören, denen zufolge in der Jugendarbeit „alles in Ordnung ist“, sie „wie eh und je“ lebt, sie wichtig und gut sei. Diese Position erweckt vor allem den Eindruck einer ritualisierten Kommunikation im Lichte der latenten Sorge einer weiteren Schlechterstellung oder gar Bedrohung der Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland. Vermutet werden an allen Ecken und Enden außerhalb der Kinder- und Jugendarbeit Kritiker, Skeptiker und Verständnislose, jedenfalls Personen, die der Jugendarbeit nichts Gutes wollen. Und die Klagen über die Lage sind allerorten zu hören: Zu unverbindlich sei Kinder- und Jugendarbeit auf der Ebene von Bund und Ländern rechtlich verankert, zu gering das Volumen der finanziellen Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit durch die öffentliche Hand, insbesondere der Kommunen, organisatorisch und politisch zu schwach seien die vielfach nur auf ehrenamtlicher Basis agierenden Akteure, zu marginal ihre Stellung als Sozialisationsagentur im Verhältnis zur Schule und zu wenig beachtet sei ihr tatsächliches Leistungsvermögen von Politik und Öffentlichkeit. Die vor diesem Hintergrund immer wieder formulierten Positionsumschreibungen aus den Reihen der Kinder- und Jugendarbeit selbst will jedoch niemand mehr so richtig hören, nimmt auch niemand mehr so richtig ernst.
- Auf der anderen Seite hat sich die Politik in den letzten Jahren auch nicht unbedingt als Förderer und Unterstützer einer zukunftsorientierten Kinder- und Jugendarbeit erwiesen. Mehr noch: Eine eigenständige Jugendpolitik, die diesen Namen wirklich verdient, ist in Bund und Ländern so gut wie nicht mehr wahrzunehmen, ist jedenfalls sehr leise und zurückhaltend geworden. So verharrt eine Politik des Jugendalters, die auch der Kinder- und Jugendarbeit einen eigenständigen Platz im Prozess des Aufwachsens zubilligt, eher in den traditionellen Bahnen einer kleinräumigen Mittelverteilungspolitik auf den Hinterbühnen der großen Politik. Infolgedessen spielt die Kinder- und Jugendarbeit interessanterweise auch in den bildungspolitischen Auseinandersetzungen um die Gestaltung einer kinder- und jugendgerechten Zukunft gegenwärtig keine nennenswerte Rolle.
- Und schließlich ist seit einigen Jahren unverkennbar – allerdings nicht durchgängig – mit Blick auf die Kinder- und Jugendarbeit das Bemühen zu verspüren, diese Formen wenig konstruktiver Debatten und politischer Beschwichtigungen zwischen Deklarationen, ungeprüften Behauptungen, Unterstellungen und folgenlosen Absichtserklärungen durch andere Formen des Umgangs mit der vorhandenen Vielfalt von Kinder- und Jugendarbeit abzulösen. Diese neue Kultur des Umgangs mit der vorhandenen Realität der Kinder- und Jugendarbeit ist gekennzeichnet durch das Bemühen, die Kinder- und Jugendarbeit in ihrer Vielfalt und Verfasstheit erst einmal empirisch nachzuzeichnen und sichtbar zu machen, d.h. ihre Visi-

bilität zu erhöhen, sei es durch lokale Studien, durch Strukturdatenerhebungen im Rahmen von Wirksamkeitsdialogen, sei es durch entsprechende empirische Forschung oder sei es vor allem durch die lange Zeit völlig ungenutzten Möglichkeiten der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik. Damit soll zumindest eine neue Grundlage der politischen Auseinandersetzung ermöglicht werden, auf der Basis von Fakten, von stabilen Befunden zum Umfang und Ausmaß, zur Dynamik und Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit.

Diese insgesamt wenig befriedigende Lage zwischen Beschwichtigungen, Desinteresse und einer datenbasierten Deskription hilft der Kinder- und Jugendarbeit in ihrer öffentlichen Anerkennung und ihrer politischen Konturierung gegenwärtig jedoch nur bedingt weiter. Wenn überhaupt, dann findet die Kinder- und Jugendarbeit nur am Rande des neuen bildungspolitischen Aufbruchs Erwähnung, wenn überhaupt, dann spielt sie nur die zweite oder dritte Geige als möglicher Kooperationspartner im Zuge des Ganztagschulbaus, wenn überhaupt, dann wird sie als möglicher Partner in der wichtiger werdenden Ergänzung von Familie und Schule durch weitere Akteure in der öffentlichen Verantwortung nur als fünftes Rad am Wagen genannt. Kurz: Der Kinder- und Jugendarbeit gelingt es gegenwärtig nicht oder zumindest nicht in angemessener Form, als eine wesentliche Stimme im Konzert des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen wahrgenommen zu werden.

Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass sie kein überzeugendes und nachvollziehbares Konzept vorlegen kann, aus dem ersichtlich wird, dass sie – zum einen – für den Prozess des Aufwachsens ein ebenso wichtiger Sozialraum wie Bildungsort ist und dass sie – zum anderen – auch empirisch belastbar belegen kann, dass sie in der Lage ist, dieser Rolle gerecht zu werden, sprich: dass sie die Potenziale tatsächlich enthält, von denen sie so gerne behauptet, dass sie diese besitzt. Um diese Frage der vorhandenen, der möglichen, der unterschätzten und vernachlässigten Potenziale soll es nachfolgend gehen.

Dabei lassen sich vier Leitbegriffe identifizieren, die sich als Grundelemente der Potenziale einer zukunftsfähigen Kinder- und Jugendarbeit anbieten: (1) Bildung, (2) Verantwortung, (3) Gemeinschaft, (4) Integration. Diese vier Dimensionen könnten sich als Schlüsselbegriffe einer zukunftsweisenden Kinder- und Jugendarbeit nicht nur in Baden-Württemberg erweisen.

10 Die Bildungspotenziale

Die bildungsbezogenen Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit lassen sich als personale, praktische und soziale Bildung ebenso umschreiben wie als erfahrungsbasierte, lebensweltlich geprägte Alltagsbildung (vgl. Rauschenbach 2009). Dabei steht im Vergleich zur Schule weniger das „Beibringen“ und „Belehren“ der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund, als vielmehr das selbstentdeckende Lernen, das partizipative und eigenständige Entwickeln von Meinungen, Haltungen und Werten, das nicht-intendierte Erlernen von Alltagskompetenzen unter Realbedingungen sowie das konkrete, aktivierende Tun, beispielsweise durch konkrete Übernahme von sozialer Verantwortung.

10.1 Bildungsbezogene Ansprüche

So sehr die Realität auch an solchen konzeptionellen Ansprüchen scheitern kann: Kernelemente der Bildungspotenziale in der Kinder- und Jugendarbeit sind vor allem Prozesse der Aneignung, der Anerkennung, der Selbstentfaltung, der Selbstbestimmung, der anderen, alternativen Erfahrungen, vergleichsweise frei von Zwängen – da Kinder- und Jugendarbeit stets ein freiwilliges Angebot ist. Mit anderen Worten: Es geht um Beteiligung, Mitwirkung und selbst gestaltete Bildungsprozesse. Damit sind zugleich wesentliche strukturelle Unterschiede zur unterrichtsnahen Bildung im Pflichtsystem Schule markiert, so offen, fortschrittlich, kreativ, demokratisch diese im Einzelfall auch sein mögen.

Darüber hinaus verweisen diese Formen des Lernens auch auf die Werteentwicklung von Kindern und Jugendlichen, oder etwas neutraler formuliert: auf die Potenziale zur Entwicklung von Standpunkten, Haltungen und moralischer Urteilskraft. Denn diese Formen der beteiligten Aneignung von Themen und Inhalten, der zugemuteten Selbstentscheidung und des partizipativen Lernens verlangen zwangsläufig auch so etwas wie eine Antwort, eine eigene Stellungnahme zu den darin liegenden Zumutungen.

Diese Annahme macht deutlich, dass Werteerziehung im Sinne einer bloßen Vermittlung und Weitergabe von Normen und Werten so lange wirkungslos bleibt, bleiben muss, wie sie die aktive Rolle und die ko-produzierende Rolle der Jugendlichen nicht ernst nimmt, diese vielmehr zu mehr oder weniger passiven Konsumenten vorgefertigter Werte und Normen macht. Moralisches Urteilen, erst recht moralisches Handeln, bildet und erschöpft sich unter den Bedingungen kontingenter, pluraler und entgrenzter Multioptionsgesellschaften mithin sicher nicht in Modellen der formalen Bildung und der lehrenden Vermittlung, sondern in der diskursiven Aneignung von Inhalten. Eine gute Jugendarbeit kann damit im Idealfall auch zu so etwas werden wie einem Laboratorium einer „just community“ (vgl. Kohlberg 2006), einer gerechten Gemeinschaft und einem Soziotop gelingenden Lebens. Das wäre eine enorme wichtige und nützliche Bildungsleistung.

Kinder- und Jugendarbeit dürfte aber in seinen Bildungspotenzialen vor allem deshalb für eine zukunftsorientierte (Bildungs-)Politik von Interesse sein, da biografisch die nicht-schulische, die informelle Seite von Bildungsprozessen nicht beliebig ignoriert werden kann. Der sozialpädagogische Aufforderungscharakter mit Blick auf die aktuellen Modernisierungsrisiken liegt für die Kinder- und Jugendarbeit primär darin, Lernprozesse im Umgang mit Pluralität, Komplexität und Ungewissheit einerseits sowie mit sich selbst und seiner Mitwelt andererseits erfolgreich anzustoßen – was sich bei, wie gesehen, gleichzeitig prekärer werdenden Personalressourcen für die Kinder- und Jugendarbeit zweifellos als ein schwieriges Unterfangen erweisen dürfte.

Kinder- und Jugendarbeit hat traditionell ein eigenes, durch Informalität, Zufälligkeit und Selbstgesellung gekennzeichnetes Bildungsverständnis. Dass mit einer derartigen Konzeption von Bildung sehr viel mehr die gesamte Person – und nicht etwa eine Rolle oder gar vorgefertigte Themen – im Mittelpunkt des Bildungsgeschehens steht, liegt auf der Hand. Durchschnittliches schulisches Lernen ist demgegenüber notgedrungen etwas weiter weg von Formen des selbstorganisierten Lernens von Kindern und Jugendlichen. Lernen findet dort so gut wie nicht in Eigenregie und Eigenverantwortung statt. Aber genau darin liegen die unschätzbaren Vorteile des freiwilligen Angebots alternativer Lernorte und Lernmodalitäten in der Kinder- und Jugendarbeit.

In der Wiederverschränkung von Lern- und Lebenswelten, in der Zusammenführung von Lernen und verantwortlichem Handeln, dem Lernen mit Ernst- und Echtcharakter – wie etwa im freiwilligen Engagement im Jugendverband oder im selbst organisierten Miteinander von Gleichaltrigen – liegen Potenziale für Bildungsprozesse, die auch für formalisierte Bildungsinstitutionen von Interesse sind, von diesen aber kaum simuliert werden können. Damit trägt Kinder- und Jugendarbeit – zumindest von ihrem Anspruch und ihrem Eigensinn her – dazu bei, dass vor allem die personalen und sozialen Kompetenzen der Jugendlichen gefördert werden.

10.2 Bildungsleistungen

Bis vor wenigen Jahren hat sich die Diskussion über Kinder- und Jugendarbeit als Bildungsarbeit eher in einem Stadium der guten Hoffnung, der ungeprüft unterstellten Wirkungen und der beeindruckenden Einzelfälle bewegt. Meist erschöpfte sich die Antwort auf die Frage der Nachweisbarkeit der durch Kinder- und Jugendarbeit erworbenen Kompetenzen in einem Verweis auf ihre unterstellte Bedeutung. Mittlerweile hat sich die Lage etwas verbessert, wissen wir zumindest ein wenig mehr über die erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten, über die Bildungsleistungen der Kinder- und Jugendarbeit.

Im Folgenden sollen einige zentrale Ergebnisse einer empirischen Studie über den Kompetenzerwerb von Jugendlichen im freiwilligen Engagement vorgestellt werden (vgl. Dux u.a. 2008). Die Kernfrage der Studie lautete: Was lernen Jugendliche durch ein freiwilliges Engagement in ehrenamtlichen Settings? Um Antworten auf diese Frage zu erhalten, wurden zwei Erhebungen durchgeführt. Zum einen wurden im Rahmen einer qualitativen Erhebung 74 engagierte Jugendliche im Alter zwischen 15 und 22 Jahren sowie 13 ehemals engagierte Erwachsene zu ihren (Lern-)Erfahrungen in drei unterschiedlichen Settings des freiwilligen Engagements leitfadengestützt interviewt – in Jugendverbänden, in Initiativen und in der politischen Interessenvertretung bzw. Schülervertretung.

Zum anderen wurden in einer standardisierten, telefonischen Erhebung über 2.000 Personen im Alter zwischen 25 und 40 Jahren befragt, von denen 1.500 im Jugendalter mindestens ein Jahr ehrenamtlich aktiv waren, während dies bei den anderen 550 Befragten nicht der Fall war. Befragt wurden sie vor allem zu Umfang, Ausmaß und Qualität ihrer selbst eingeschätzten Kompetenzen sowie zum vermutlichen Einfluss der unterschiedlichen Bildungsorte auf diesen Kompetenzerwerb. Auf diese Weise sollten sich zumindest Hinweise identifizieren lassen, ob und wenn ja, in welchen Bereichen diese Settings engagierten jungen Menschen exklusive oder zumindest privilegierte Bildungsmöglichkeiten eröffnen.

Auch wenn an diesem Forschungsdesign deutlich wird, dass die Ergebnisse der Studie sich nicht nur auf die Kinder- und Jugendarbeit eingrenzen lassen, sondern auch andere Bereiche des freiwilligen Engagements berühren, sind die Befunde dennoch in vielen Teilen weitgehend übertragbar.

Beiden Erhebungen lässt sich zunächst einmal entnehmen, dass die untersuchten Segmente des freiwilligen Engagements für junge Menschen aus deren Sicht wichtige gesellschaftliche Lernfelder darstellen, in denen Kompetenzen vor allem in den Dimensionen personaler, sozialer und praktischer Bildung erworben werden. Die Befunde unterstützen dabei die These, dass hier anders und anderes gelernt wird als in der Schule. Dies lässt sich in mehrfacher Hinsicht zeigen (vgl. ausführlich Dux u.a. 2008, S. 261ff.):

- *Engagementspezifische Kompetenzen:* Während Schule insbesondere kulturelle – und darin überwiegend kognitive – Kompetenzen vermittelt, weisen die Befunde der qualitativen Untersuchung vor allem auf die Entwicklung sozialer und personaler Kompetenzen durch ein entsprechendes ehrenamtliches Engagement hin. Die Ergebnisse der standardisierten Untersuchung ermöglichen darüber hinaus weitere Präzisierungen: Durch ein ehrenamtliches Engagement werden ganz spezifische Bereiche der sozialen Bildung und der Persönlichkeitsbildung entwickelt und gefördert, nicht zuletzt so etwas wie Management- oder Leitungskompetenzen. Und die dort erworbenen Kompetenzen werden als „extrafunktionale Fertigkeiten“ überall genutzt, sind gewissermaßen multifunktional einsetzbar: in der Schule, in der Familie und im Freundeskreis ebenso wie in der Arbeitswelt und im Beruf.

- *Engagierte und Nicht-Engagierte im Vergleich:* Es zeigt sich, dass die in ihrer Jugend Engagierten durchgängig über ein breiteres Spektrum an Erfahrungen und damit offenbar auch über mehr Kompetenzen verfügen als ehemals Nicht-Engagierte. Besonders groß sind die Differenzen zwischen diesen beiden Gruppen mit Blick auf bestimmte Aspekte sozialer und kultureller Kompetenzen, vor allem bei organisatorischen Aufgaben, Gremienarbeit, rhetorischen Fähigkeiten, pädagogischen Aktivitäten (Gruppenleitung und Training) sowie Teamerfahrungen, der Publikation eigener Texte sowie den Leitungskompetenzen. Besonders schwach sind Unterschiede hingegen zwischen den früher Engagierten und Nicht-Engagierten vor allem in Bereichen, die eher alltagspraktische, soziale oder instrumentelle Kompetenzen berühren, die überall vorkommen können, sei es die Betreuung kleiner Kinder, kranker oder alter Menschen, sei es die Beratung in Beziehungskonflikten oder sei es die Reparatur eines technischen Gerätes. Aber auch bei jenen kulturellen Kompetenzen, die man insbesondere in der Schule oder in der Berufsausbildung erwirbt, z.B. musikalische Fertigkeiten, des Erlernen einer Fremdsprache oder die Erstellung einer Finanzabrechnung, sind die Differenzen zwischen den einst Engagierten und Nicht-Engagierten relativ gering.
- *Freiwilliges Engagement – ein wichtiger Lernort für demokratische Bildung:* Die von Wissenschaft, Politik und Verbänden vertretene Annahme, dass das freiwillige Engagement junger Menschen ein wichtiger gesellschaftlicher Lernort für den Erwerb und die Förderung sozialer Eigenschaften und Fähigkeiten ist, wird im quantitativen wie qualitativen Teil der Studie bestätigt. Allerdings lassen sich in der standardisierten Erhebung keine Hinweise dafür finden, dass das freiwillige Engagement in der Jugendarbeit hierfür ein exklusiver Lernort wäre. Beide Befragungen liefern jedoch hinreichend Indizien, die die allgemeine Annahme einer verbesserten Entwicklung und Einübung demokratischer Fähigkeiten, Kenntnisse und Einstellungen durch Verantwortungsübernahme im Rahmen eines ehrenamtlichen Engagements unterstreichen. Für die für Mitbestimmung und Mitgestaltung einer demokratischen Zivilgesellschaft wichtigen Kompetenzen wie Interessenvertretung und „Gremienkompetenz“, also die Kenntnis und Anwendung formal-demokratischer Verfahrensweisen und Spielregeln, scheint das freiwillige Engagement für Jugendliche allerdings vorerst ein nahezu exklusiver, zumindest ein privilegierter Lernort zu sein.
- *Engagementspezifische Lernchancen und -formen:* Die organisatorischen Formen des Engagements unterscheiden sich von vielen anderen Lernorten vor allem dadurch, dass hier bereits im Kindes- und Jugendalter durch die aktive, partielle Übernahme von Verantwortung in der konkreten Praxis in Ernstsituationen gelernt wird. Gemäß den Befunden der qualitativen Erhebung scheinen die Lernprozesse in Settings des freiwilligen Engagements – im Unterschied zur Schule – in der Regel den eigenen Interessen der Jugendlichen weitaus mehr zu entsprechen, zumal sie in einem Umfeld in häufig selbstbestimmter Form und mit selbst gewählten In-

halten stattfinden. Die Kombination von hoher Motivation durch frei gewählte Verantwortungsbereiche und einem gemeinsamen Handeln in der Gleichaltrigen-gruppe, verbunden mit den Herausforderungen durch die übernommene Verantwortung sowie der Unterstützung durch Erwachsene, bietet spezifische lern- und entwicklungsförderliche Bedingungen, die die Settings des ehrenamtlichen Engagements zu besonderen Lernfeldern und „Ermöglichungsräumen“ für Heranwachsende machen. In Freiwilligkeit, Vielfalt und Selbstbestimmtheit des Lernens liegen die Chancen und Stärken dieses außerschulischen Lernfeldes.

Insgesamt zeigen die Befunde der Studie, dass nur wenige der Engagierten, die angeben, ihre Kompetenzen überwiegend im ehrenamtlichen Engagement erworben zu haben, hierfür ausschließlich Kurse und Schulungen der Organisationen nennen. Die Mehrheit schreibt den Erwerb der Kompetenzen sowohl den offenen Bildungsprozessen in non-formalen Kontexten als auch den informellen Lernpotenzialen in den Formen des praktischen Engagements zu. Dieser Befund lässt sich anhand der qualitativen Befragung bestätigen, bei der an vielen Beispielen deutlich wird, dass im Engagement informelle und non-formale Lernmöglichkeiten und -angebote ineinander greifen und sich gegenseitig verstärken. Die Studie scheint somit im Kern den Befund zu belegen, dass in den aktivierenden Formen jugendlichen Engagements innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit zumindest für die ehrenamtlich aktiven Personen erhebliche Bildungspotenziale enthalten sind und nach Einschätzung der Betroffenen diese bei ihnen auch wiederholt zum Tragen kamen. Dennoch muss in den nächsten Jahren die diesbezügliche Forschung weiter intensiviert werden, um das potenzielle Leistungsvermögen und die tatsächlich abgerufenen Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit für die Kinder und Jugendlichen ebenso wie für die ehrenamtlich aktiven Personen differenzierter zu erfassen.

10.3 Alltagsbildung

In Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass die menschliche Lern- und Bildungsfähigkeit eine entscheidende Ressource für die zukünftige Gestaltung einer globalisierten Welt sowie die Möglichkeiten der individuellen Entfaltung und selbstbestimmten Lebensgestaltung des Einzelnen ist. Für die Anforderungen an eine umfassende Bildung und Befähigung junger Menschen im 21. Jahrhundert scheinen die gegenwärtigen Leistungsmöglichkeiten – wie sich spätestens seit der Debatte um die Ergebnisse der PISA-Studien gezeigt hat – des formalen Bildungssystems allein nicht zu genügen. Auch wenn Bildung und Lernen von Politik und Öffentlichkeit immer noch vorrangig der Schule zugeordnet werden, lässt sich zunehmend beobachten, dass außerschulische, häufig als „informell“ bezeichnete Lernprozesse, -möglichkeiten und -orte von der bildungspolitischen Diskussion und der pädagogischen Forschung in den Blick genommen und ihre Potenziale als wichtige individuelle und gesellschaftliche Ressourcen

erkannt werden (vgl. Rauschenbach 2009). Zu diesen außerschulischen informellen (bzw. non-formalen) Bildungsorten wird neben Familie und Freundeskreis insbesondere auch die Kinder- und Jugendarbeit gezählt.

Der 12. Kinder- und Jugendbericht (vgl. BMFSFJ 2005) weist auf die große Bedeutung informeller Lernprozesse und lebensweltlicher Lernorte für eine umfassende Bildung hin, die sowohl den gesellschaftlichen Anforderungen als auch der individuellen Entfaltung der Persönlichkeit gerecht wird. Bildung wird dabei als aktiver Prozess der Aneignung von Welt und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit, der eigenen Potenziale und Kräfte in Auseinandersetzung mit inneren und äußeren Anregungen verstanden. Dieses auf die gesamte Person und Persönlichkeit bezogene, umfassende Konzept von Bildung geht weit über schulische Lehrpläne und die Überlieferung kognitiven Wissens hinaus. Bildung wird darin als Entwicklung der Persönlichkeit in vier unterschiedlichen Weltbezügen, der subjektiven, der stofflichen, der sozialen und der kulturellen Welt bestimmt (vgl. BMFSFJ 2005, S. 85).

Neben der Bildung im formalen Bildungs- und Ausbildungssystem gerät somit verstärkt „die andere Seite der Bildung“ (vgl. Otto/Rauschenbach 2004), geraten lebensweltnahe alltägliche Bildungsorte, Bildungsinhalte und Lernprozesse in den Blick, die sich unter dem Begriff der „Alltagsbildung“ zusammenfassen lassen (vgl. Rauschenbach 2009). Alltagsbildung umschreibt dabei das, was vor, neben und nach der Schule an Bildung geschieht, was über die längste Zeit der Menschheitsgeschichte die wesentliche Quelle der Weltaneignung, der Überlieferung und der Weitergabe des kulturellen Erbes war. Diese schon immer vorhandenen Formen des Lernens, des Kompetenzzuwachses und der Weltaneignung, die im Zuge der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung von eigenständigen Bildungsinstanzen lediglich aus dem Blick geraten sind, müssen nun gewissermaßen wieder neu entdeckt werden.

Zwei Sachverhalte gilt es dabei zu beachten:

- Zum einen zielt der Begriff der Alltagsbildung auf den Umstand, dass vermutlich das Meiste – nicht unbedingt das Wichtigste –, das Menschen im Laufe ihres Lebens lernen, im Alltag, ohne bestimmten Plan, ohne formale Verpflichtung, ohne Prüfungsordnung, ohne Lernzielkontrolle, ohne feste Orte und Zeiten eher nebenher geschieht: beim Lesen, beim Surfen im Internet, beim Gespräch in der Familie oder beim Spiel mit Freunden, im Urlaub und auf Reisen, im Hobbyraum, im Verein oder im Nebenjob.
- Zum anderen wirft der Begriff der Alltagsbildung aber den Blick auch auf das, was der Sozialphilosoph Jürgen Habermas (1981) einmal als die „nicht-hintergehbare Rationalität lebensweltlichen Handelns“ bezeichnet hat und von einer systemischen Effizienz zu unterscheiden ist. Alltagsbildung steht hierbei in einem lebensweltlichen Horizont, in der es um die je individuelle Bildung jedes einzelnen jun-

gen Menschen geht. Während Schule und Unterricht sich auf Themen und Fächer spezialisieren, während Bildungsinstanzen für einzelne Lebensabschnitte und Bildungssegmente zuständig sind – und daher alles andere auch mehr oder weniger konsequent ausblenden –, lässt sich die Alltagsbildung als das unhintergehbare Gesamtbildungsprojekt jeder einzelnen Person verstehen, das von vorneherein kein Thema ausblendet, keine Gelegenheit auslässt und keinen Ort ausschließt.

Um die diffuse Vielfalt der Alltagsbildung wenigstens ansatzweise zu konturieren, sollen die drei ineinander verwobenen Dimensionen des Ortes (1), der Modalitäten und Formen (2) sowie der Inhalte (3) analytisch getrennt betrachtet werden.

(1) Bei der anderen Seite der Bildung geht es zum einen um die Frage nach den anderen Bildungsorten, also um jene Lern- und Bildungssettings, die in den (Selbst-)Beschreibungen des Bildungssystems üblicherweise gar nicht vorkommen. Sie werden diesem nicht zugerechnet, obgleich in ihnen unübersehbar gelernt wird, diese unter Umständen sogar einen gesetzlichen Bildungsauftrag haben, aber dennoch aus der offiziellen Bildungspolitik ausgeblendet werden, wie dies ansatzweise bei der Kinder- und Jugendarbeit der Fall ist (vgl. BMFSFJ 2005, S. 234ff.). Terminologisch bietet sich in dieser Hinsicht an, zwischen non-formalen Bildungsorte und informellen Lernwelten zu unterscheiden, je nach dem Grad der Standardisierung und des expliziten Bildungsauftrags. Das Spektrum reicht hierbei von der Familie über den Kindergarten, die Kinder- und Jugendarbeit, die Cliques, die Vereine bis hin zu den Medien sowie einem unspezifischen Alltagsleben.

(2) Bei der Alltagsbildung geht es zum anderen um die Frage nach den anderen Modalitäten des Lernens, d.h. um die Wege der Kompetenzaneignung jenseits curricular gestalteter, standardisierter Lehr-Lernprozesse, um Fragen also, ob es sich um explizite oder implizite Formen des Lernens handelt, ob die Aneignungsprozesse direkt oder indirekt ablaufen, ob sie zufällig oder geplant zustande kommen. In ihren beiden Polen kommen die unterschiedlichen Modalitäten des Lernens dadurch zum Ausdruck, dass am einen Ende das curricular gestaltete, hoch standardisierte Lernen steht, während sich am anderen Ende das Lernen im handelnden Vollzug, also durch konkretes Handeln unter Realbedingungen vollzieht („learning by doing“). Insofern kann in dieser Dimension zwischen impliziten und expliziten, zwischen formellen und informellen Bildungsprozessen unterschieden werden.

(3) Bei der Alltagsbildung geht es schließlich – und das wird meist übersehen – auch um die Frage nach den anderen Inhalten der Bildung, also um jene Dimensionen, die in den offiziellen Plänen des Bildungswesens nicht vorkommen oder zumindest an die Ränder, in die Präambeln oder auf die hinteren Seiten verbannt werden. Ohne diese anderen Lernwelten mit ihren anderen Themen und Inhalten, ohne die nicht oder nur schwach geplante Alltagsbildung des täglichen Lebens würden viele individuelle, lebenswichtige Fähigkei-

ten und berufsrelevante Kompetenzen gar nicht zum Tragen kommen, sich nicht entfalten können. Dabei werden mit dieser Dimension meist Themen verbunden, bei denen es allein um die Frage der sozialen oder personalen Kompetenzen geht, bei der so etwas wie politische Bildung, Verantwortungsübernahme oder Selbstständigkeit im Mittelpunkt steht. Das trifft aber nur einen Teil der Alltagsbildung. Angemessener scheint es zu sein, wenn man davon ausgeht, dass es hierbei zunächst einmal um alles geht, was ungeregt lebensweltlich zum Thema wird, was nicht in den Lehrplänen der Schule steht, zumindest nicht in den Kernfächern vorkommt. Das sind zweifellos auch persönlichkeitsbezogene und soziale Themen – vielleicht, weil diesen in der Schule eher weniger Raum zugestanden wird –, das sind aber auch alle anderen lebensrelevanten Themen, die nicht unbedingt integraler Bestandteil des schulischen Curriculums sind wie beispielsweise Computer und neue Medien, Gesundheit, Ökonomie, Recht, Pädagogik und Psychologie, um nur einige Beispiele zu nennen.

Mit dieser einfachen Unterteilung der Alltagsbildung in Orte, Modalitäten und Inhalte werden ganz unterschiedliche Dimensionen angesprochen, die jedoch als die anderen Seiten der Bildung oft bis zur Unkenntlichkeit miteinander vermengt werden, was dazu führt, dass der Alltagsbildung eine gewisse Beliebigkeit und Nicht-Fassbarkeit zugeschrieben wird, ohne sie einer eingehenden Analyse zu unterziehen.

Folgt man dieser Figur der Alltagsbildung als Konstrukt für die anderen Orte, Gelegenheiten, Modalitäten und Inhalte der Bildung, dann stellen sich drei Herausforderungen mit Blick auf die Zukunftschancen der heranwachsenden Generation, die in ihren Folgen auch für die Kinder- und Jugendarbeit von Bedeutung sind:

- Alltagsbildung verliert in der heutigen Zeit ihre Selbstverständlichkeit und Erwartbarkeit. Während in der Vergangenheit eine Menge an Wissen, Können und Kompetenzen, an Fähigkeiten und Fertigkeiten gewissermaßen als integraler Bestandteil der Aufwachsens in der Familie, auf der Straße, im Gemeinwesen, in Vereinen oder an anderen lebensweltlichen Orten ungeplant, nebenher und vergleichsweise selbstverständlich vermittelt worden ist, droht dieser implizite Vermittlungsmechanismus zu erodieren und seine Selbstverständlichkeit einzubüßen. Alltagskompetenzen werden auf vielen Ebenen ungewiss, sei es bei Fragen des Kochens oder der Kindererziehung, dem Umgang mit Krankheit und Leid, sei es bei den Anforderungen an die Bewegungsfähigkeit oder die Feinmotorik von Heranwachsenden. Zunehmend ungeklärt erscheint, wo, wie, wann und durch wen diese in früheren Zeiten gewöhnlichen Kompetenzen der Lebensführung vermittelt werden. Hinzu kommt die ungeklärte Frage, welche Kompetenzen Menschen benötigen, um in einer Gesellschaft des 21. Jahrhunderts die Fähigkeit zu einer eigenständigen, verantwortlichen und solidarischen Lebensführung entfalten zu können. Und schließlich stellt sich auch die Frage, ob die für die alltägliche Lebensführung sowie für die Teilhabe an einer demokratischen Zivilgesellschaft erforderlichen Kompeten-

zen, Kenntnisse und Fähigkeiten im Rahmen der hochfragilen und unbestimmten Alltagsbildung normalerweise vermittelt werden.

- Des weiteren sieht sich die Alltagsbildung mit einer immer größeren Menge an ortlosen, unregelmäßigen Bildungsinhalten konfrontiert, die zwar zu festen Bestandteilen des heimlichen Lehrplans des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen geworden sind, ohne dass jedoch auch nur im Ansatz geklärt wäre, wie und wo diese Vermittlungs- und Aneignungsprozesse in Gang gesetzt werden sollen, wer dafür verantwortlich ist. Wo lernen beispielsweise junge Menschen, mit Geld umzugehen, einen Computer zu bedienen, Verantwortung zu übernehmen, auf ihre Gesundheit zu achten oder mit ihren eigenen Ängsten und Enttäuschungen zurechtzukommen? Mit anderen Worten: Die Summe der Bildungserwartungen an junge Menschen wächst, ohne dass die formalen Bildungsinstanzen wie die Schule diesem Wachstum von der Menge oder von der Dynamik her auch nur annähernd gerecht werden können. Und damit steigen die Ungewissheiten und Risiken der ungenutzten Chancen in Sachen Bildung.
- Diese genannten Entwicklungen legen den Schluss nahe, dass Alltagsbildung in ihrer engen Verknüpfung mit der sozialen Herkunft und den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen im Elternhaus weit mehr über die Zukunftschancen der jungen Menschen entscheidet, als dies bislang bewusst ist (vgl. Bourdieu 1983). Mehr noch: Die ungleich verteilten Potenziale der Alltagsbildung werden zur eigentlichen Weichenstellung in der Bildungsbiografie junger Menschen, sie wird zu einer sehr viel einflussreicheren sozialen Selektionsinstanz mit Blick auf die Bildung als bislang angenommen. Zugespielt formuliert: Während die Möglichkeiten der Schule in dieser Hinsicht vielleicht eher etwas überschätzt werden, werden die Nebenwirkungen ungleich verteilter Alltagsbildung zugleich völlig unterschätzt. Ihre Wirkung entfaltet die Alltagsbildung insbesondere deshalb, weil sie unbeachtet und unkontrolliert, unformatiert und unlimitiert, fernab von allen öffentlichen Bildungsdebatten zur Geltung kommen kann, indem sie den sozial, ökonomisch und kulturell Privilegierten ungeahnte Möglichkeiten der Kompetenzerweiterung eröffnet, während die jungen Menschen aus sozial benachteiligten und prekären Lebensverhältnissen zunehmend von den Möglichkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung durch Formen der unregelmäßigen Alltagsbildung abgekoppelt werden. Während ein Teil der jungen Menschen seine Kompetenzen und Potenziale auf diese Weise weitgehend entfalten und optimieren kann, wird der andere Teil in dieser Hinsicht in den lebensweltlichen alltäglichen Kontexten kaum oder gar nicht gefördert.

Dies alles wirft die Frage auf, ob die Alltagsbildung, ob die informellen Lerngelegenheiten nicht doch sehr viel wichtiger sind und als erklärende Variablen für erfolgreiche Bildungsprozesse auf der einen bzw. der Entstehung sozialer Differenz auf der anderen Seite herangezogen werden müssen. Zumindest fällt es auf, dass alle empirischen Befunde zei-

gen, dass außerschulische Bildungsaktivitäten in der Regel die ohnehin bildungsbeflissenen, von Hause aus vielfältig geförderten Kinder und Jugendlichen zusätzlich unterstützen und stabilisieren (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006; Dux u.a. 2008), auch wenn diese anderen Orte und Aktivitäten oft mit dem Anspruch der Kompensation schulischer Bildungsbenachteiligung auftreten.

Vieles, was der Schule zugerechnet wird – Positives wie Negatives, Erfolge wie Niederlagen –, ist keineswegs ausschließlich oder auch nur überwiegend auf diese zurückzuführen. Dies haben die PISA-Befunde mehr als deutlich gemacht, dass Qualität und Ausmaß des sozialen und kulturellen Kapitals, welches Kinder aus ihren Familien mitbringen, die entscheidenden Voraussetzungen für den schulischen Lernerfolg darstellen. Insoweit tragen Migration und soziale Herkunft zur Erklärung der aufgetretenen Kompetenzunterschiede bei den Schülerinnen und Schülern vielfach mehr bei als die jeweilige Schulform.

Damit weist PISA auf einen Umstand hin, der zwar lautstark beklagt, in seinen bildungspolitischen Konsequenzen bislang jedoch wenig erörtert worden ist: dass die soziale Herkunft den stärksten Einfluss auf die gemessenen Kompetenzen der Heranwachsenden hat. Zugespitzt kann man diesen Befund demnach auch so lesen: dass schulexterne Einflüsse, dass Bildungsprozesse jenseits der Schule, dass Alltagsbildung auf den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen eine größere Wirkung hat als bislang angenommen.

Insgesamt besteht bei der Alltagsbildung – insbesondere deshalb, weil sie nicht zwingend, nicht standardisiert ist und nicht überall vorkommt – mehr als bei allen Spielarten der formalisierten Bildung die Gefahr, dass durch sie soziale Ungleichheit produziert und reproduziert wird. Während ein Teil der Kinder auf diese Weise Dinge lernt, die wie selbstverständlich in ihren Alltag eingebaut sind, diese mit zahlreichen Lernsettings, die in keinem Lehrplan stehen, zu denen niemand verpflichtet ist, in Berührung kommen, fehlen bei einem anderen Teil der Heranwachsenden diese lebensweltgebundenen Bildungsimpulse, werden außerschulische Lernprozesse nicht angeregt oder entsprechend unterstützt.

Ein Teil jener Probleme, die Heranwachsende heute mit und in der Schule haben – insbesondere bei jenen, die massive Schulschwierigkeiten haben –, sind demnach vielfach nicht so sehr schulimmanent, sondern Ausdruck davon, dass die bisher stillschweigend unterstellten Integrationsleistungen der Alltagsbildung in der Familie, in der Clique, im Verein oder im Gemeinwesen nicht mehr selbstverständlich bereitgestellt werden, dass also die Schule von den stabilisierenden und homogenisierenden Zusatzleistungen der Alltagsbildung an den anderen Bildungsorten nicht mehr gleicher Weise regelhaft profitieren kann wie dies früher der Fall war.

Hierin liegt eine zentrale bildungspolitische Herausforderung. Während die Schule sich durch zunehmende Formalisierung und Verrechtlichung zu einer abgeschotteten Bildungs-

welt eigener Art entwickelt hat – und in vielen Reformprojekten guter Schulen um eine Wiedergewinnung dieser lebensweltlichen Seite ringt –, wurde übersehen, dass die schulische Bildung stabilisierenden Geländer der Alltagsbildung brüchig geworden sind, dass gewissermaßen die Voraussetzungen des Funktionierens schulischer Bildung nicht mehr ohne weiteres gegeben sind. Somit werden diese Formen der zeitlich vorgelagerten bzw. der schulergänzenden Alltagsbildung zu einem zentralen Schlüssel- und Zukunftsproblem in Sachen Bildung. Insbesondere deshalb, weil die Alltagsbildung bislang implizit, ungeregelt, naturwüchsig, unbeachtet und unthematisiert geblieben ist, weil sie als eine selbstverständliche Leistung der Lebenswelt betrachtet wurde.

Nicht die formale Bildung, sondern ganz überwiegend die bislang nur wenig beachtete Alltagsbildung scheint daher die Kluft zwischen den Privilegierten und den sozial Benachteiligten, d.h. zwischen den Bildungsgewinnern und den Bildungsverlierern zu erzeugen. Und in der Konsequenz bedeutet das, dass nicht so sehr die formale, schulische Bildung aus sich heraus und für sich genommen die wachsenden sozialen Unterschiede erklärbar macht, sondern sehr viel stärker die sie umgebende, ungleich verteilte und ungleich wirkende, meist verborgen bleibende Alltagsbildung.

Die wachsende Distanz zwischen den eher zunehmenden Erfordernissen und den zugleich immer weniger selbstverständlich werdenden Anlässen und Gelegenheiten einer lebensweltbasierten Alltagsbildung, markiert infolgedessen ein Schlüsselproblem. Von diesen Überlegungen ausgehend, käme es künftig entscheidend darauf an, diese andere Seite der Bildung, die Alltagsbildung einerseits sichtbar zu machen, andererseits angemessener zur Geltung zu bringen bzw. ersatzweise ein wirkungsvolles Surrogat in Form öffentlicher Bildungsangebote bereitzustellen. Nur so wäre es möglich, die wachsende soziale Diskrepanz zwischen Gewinnern und Verlierern, zwischen Privilegierten und Benachteiligten zu reduzieren, die durch die eminent ungleich vorhandene, genutzte und wirkende Alltagsbildung zustande kommt.

Insofern wird Bildung mehr denn je zu einer grundlegenden Gemeinschaftsaufgabe, indem allen jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihrer schulischen Laufbahn Gelegenheiten, Räume und Chancen eröffnet werden müssen, sich die Welt in allen ihren Facetten und Dimensionen anzueignen, ihre Anlagen und Potenziale umfassend zu entfalten, an der Gesellschaft und ihren Entwicklungen teilzuhaben. Hierbei könnte die Kinder- und Jugendarbeit, nicht zuletzt aufgrund ihrer vielfältigen und langjährigen Erfahrung mit Alltagsbildung, Aktivierung, Partizipation und Befähigung junger Menschen, eine wichtiger werdende Rolle spielen. Dabei könnte sie gezielt auch jene sozial benachteiligten und bildungsfernen jungen Menschen, die sonst nur schwer erreichbar sind, ansprechen und fördern sowie mit Blick auf ihre gesellschaftliche und kulturelle Partizipation unterstützen. Kinder aus benachteiligten Milieus könnten auf diese Weise auf freiwilliger Basis vieles lernen, was sie sonst weder in der Schule noch zu Hause lernen.

Die Kinder- und Jugendarbeit wäre demnach jener Bildungsort, in dem das bildungsbezogene Potenzial schlummert, einen Teil jener Kompetenzen zu vermitteln, die ansonsten in der Regel nirgends systematisch gelernt werden, weder in der Schule, noch in der Familie noch an anderen Lernorten. Darauf verweisen auch die Befunde der Engagementstudie (vgl. Dux u.a. 2008). Demzufolge bieten die Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit besondere Chancen und Freiräume für die Entwicklung vielfältiger Kenntnisse und Fähigkeiten, die für eine eigenständige und sozial verantwortliche Lebensführung sowie die Beteiligung an demokratischen Verfahren, aber auch für die Übernahme von Leitungs- und Organisationsaufgaben wichtig sind, die aber in der Regelschule meist zu wenig vorkommen.

Kinder- und Jugendarbeit bietet vielfältige Gelegenheiten und Anregungen, um praktische Erfahrungen in vielen Tätigkeitsbereichen zu erwerben. Neben sozialen und persönlichkeitsbildenden Kompetenzen können der Engagementstudie zufolge auch vielfältige andere Kompetenzen erworben werden. Jugendliche können demnach in der Kinder- und Jugendarbeit alternative, ergänzende, aber auch andernorts nicht zu vermittelnde Lernerfahrungen machen. Bestimmte Kenntnisse und Fähigkeiten wie etwa Gremienkompetenz, das Organisieren großer Veranstaltungen, die Übernahme von Leitungsaufgaben, aber auch die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen oder Kompetenzen der Lebensretung und des Umgangs mit schwerem technischen Gerät lassen sich im Jugendalter an anderen Orten sonst kaum erwerben.

Nach Dux u.a. (2008) ermöglichen und unterstützen die Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendarbeit vielfältige Lern- und Bildungsprozesse. Diese förderlichen Rahmenbedingungen und Gelegenheitsstrukturen, die die Kinder- und Jugendarbeit bietet, unterscheiden sich von anderen Lernorten, insbesondere der Schule. Insbesondere die Merkmale Freiwilligkeit (1), Gemeinschaft in der Gleichaltrigengruppe (2), Frei- und Experimentierräume (3) sowie das Lernen durch Ausprobieren und Handeln unter Realbedingungen („learning by doing“) (4) scheinen Aneignungsprozesse und Kompetenzentwicklung Heranwachsender zu fördern.

(1) Freiwilligkeit: Der größte Unterschied zum verpflichtenden Lernen in der Schule liegt den Befunden der Engagementstudie folgend (vgl. Dux u.a. 2008) in der Freiwilligkeit des Mitmachens und Lernens in der Kinder- und Jugendarbeit. Für die Lernmotivation der Kinder und Jugendlichen spielen Mitbestimmungsmöglichkeiten, eigenes Interesse und Praxisbezug eine wesentliche Rolle. Entsprechend scheinen die hier stattfindenden Lernprozesse dem Bedürfnis junger Menschen nach Selbstbestimmung und Autonomie entgegenzukommen (vgl. Deci/Ryan 1993).

(2) Lernen in der Gleichaltrigengruppe: Auch die in den Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit übliche Gruppenarbeit scheint Lernprozesse zu unterstützen. Die durchge-

fürten Interviews der Engagementstudie stützen die Annahme, dass die Gleichaltrigen-Gruppe in vielen Fällen eine wichtige Rolle für die Lernmotivation sowie für die Bereitschaft spielt, Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen. Das gemeinsame Lernen und Handeln scheint das Erleben von Zusammengehörigkeit und Gemeinschaft zu unterstützen.

(3) *Freiräume zum Ausprobieren und Experimentieren*: Die von den Jugendlichen beschriebenen Räume und Anregungen zum Ausprobieren, aber auch zum Mitbestimmen und Selbst-Organisieren bieten vielfältige Gelegenheiten für Lern- und Bildungsprozesse Heranwachsender.

(4) *Learning by doing*: Es zeigte sich in der Engagementstudie, dass in der Kinder- und Jugendarbeit – anders als in der Schule – überwiegend durch Handeln in Ernst- und Echtsituationen gelernt wird, ganz im Sinne von „learning by doing“ (vgl. Dewey 1993). Im Unterschied zu schulischen Lernsituationen, in denen Lernen vor allem in „Als-ob-Formen“ geschieht, d.h. mit Blick auf mögliche spätere Anwendungsfälle fast ausschließlich im Rahmen des Übens, sind die Lernprozesse Jugendlicher in der Kinder- und Jugendarbeit häufig dadurch gekennzeichnet, dass in ihnen Lernen (als Übung) und Handeln (als Ernstfall) inhaltlich und zeitlich enger verknüpft sind oder gar ganz zusammenfallen, so dass Bildungsprozesse weitaus stärker unter Handlungsdruck ablaufen. Gegenüber den schulischen Anforderungen, die sich ohne unmittelbaren Handlungsdruck vorrangig auf die Bewältigung intellektuell-kognitiver Aufgaben beziehen, bietet die Kinder- und Jugendarbeit für die Heranwachsenden häufig die erste Gelegenheit und Herausforderung, sich handelnd auch gegenüber Dritten zu erfahren und zu bewähren.

Die Befunde der Studie geben somit Hinweise, dass in diesen Fällen des Lernens und der Bildungsprozesse weniger Zwang, Wettbewerb, Konkurrenz, Leistungsdruck und Benotung die Kinder und Jugendlichen zum Lernen anspornen, sondern Freiwilligkeit, eigenes Interesse, die emotionale Bindung an die Gruppe, gemeinsamer Spaß, Möglichkeiten und Freiräume zur Mitbestimmung und Mitgestaltung, Unterstützung durch erwachsene Bezugspersonen sowie das Bewusstsein, Verantwortung für Dritte bzw. für wichtige Aufgaben zu tragen. Die fehlenden Sanktionsmöglichkeiten der Jugendorganisationen scheinen angstfreies Lernen zu ermöglichen, das keinem Lehrplan, keiner Prüfungsordnung und keiner Leistungszertifizierung unterliegt. Wenig bekannt ist in diesem Zusammenhang über die unterschiedlichen Effekte dieser beiden Lernformen.

Ein zukunftsfähiges, Chancengerechtigkeit anstrebendes Gesamtbildungskonzept müsste so gestaltet werden, dass beide Seiten eines umfassenderen Bildungsverständnisses nicht nur ermöglicht, sondern in Teilen auch zusammengebracht werden: auf der einen Seite die formale Bildung, die im Wesentlichen durch den Unterricht vermittelt wird, sowie auf der

anderen Seite wesentliche Elemente einer lebensweltorientierten Alltagsbildung, zu der Kinder- und Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag leisten kann (vgl. Rauschenbach 2009).

Wenn in einer demokratischen Gesellschaft das Ziel des Aufwachsens eigenverantwortliche und gemeinschaftsfähige (vgl. SGB VIII, § 1, Abs. 1) sowie informierte, kompetente Bürger/innen sind, die sich aktiv an der „Gestaltung der gemeinschaftlichen Lebensgrundlagen“ beteiligen (Fend 2003, S. 388), kann Bildung der Zukunft nicht mehr die alleinige Aufgabe einzelner Institutionen sein, müssen andere Gelegenheiten, Orte, Inhalte, Modalitäten und Potenziale eingebunden werden. Hier könnte die Kinder- und Jugendarbeit im Lichte der hier skizzierten Defizite künftig als ein wichtiger Akteur und Vermittler der Alltagsbildung mehr denn je gefragt sein.

11 Die Verantwortungspotenziale

Ohne die Bereitschaft von Menschen, sich aus freien Stücken und ohne Entgelt zu engagieren, verantwortungsvolle Aufgaben im Gemeinwesen oder in gemeinnützigen Organisationen zu übernehmen, wären die Kommunen, die Vereinslandschaft und auch die Jugendverbände in Deutschland als wichtige Bausteine der Zivilgesellschaft nicht denkbar. Verantwortungsübernahme ist geradezu konstitutiv für eine lebendige Demokratie, für die Existenzfähigkeit gemeinnütziger Organisationen wie beispielsweise Jugendverbände. Untrügliches und alternativloses Kennzeichen einer dynamischen Zivilgesellschaft ist die Fähigkeit und Bereitschaft der einzelnen Bürgerinnen und Bürger, für sich, für andere und für das Gemeinwesen aktiv Verantwortung zu übernehmen. Auf diese Ressource kann auch eine moderne Gesellschaft nicht folgenlos verzichten. Vielmehr muss es ein Grundanliegen jedweder politisch-sozialen Gesellungsform sein, dass Menschen sich mit ihr identifizieren und sich in ihr freiwillig engagieren.

Diese gesellschaftliche Seite der Verantwortungsübernahme ist eine wesentliche Zielperspektive eines freiwilligen Engagements von Heranwachsenden in den jugendgemäßen Settings der Kinder- und Jugendarbeit. Hierin liegen wichtige Potenziale und Chancen des Erwerbs einer Kompetenzdimension, die unter den Begriffen der politischen Bildung oder der sozialen Kompetenz bisweilen zwar mitschwingen, aber nicht unbedingt so klar und deutlich zum Ausdruck kommen. Diese Dimension ist aber nur die eine Seite des Verantwortungspotenzials der Kinder- und Jugendarbeit.

Die andere Seite liegt unterdessen in dem pädagogischen Motiv des Erwachsenwerdens von jungen Menschen im Sinne einer Befähigung, das eigene Leben selbst kompetent und verantwortlich in die Hand zu nehmen. Diese Kompetenz zur Lebensführung (vgl. Rauschenbach 2009) umfasst auch die keineswegs triviale Herausforderung, nicht nur Verantwortung für den eigenen Lebensunterhalt zu übernehmen, sondern ggf. auch für eine Familie und für eigene Kinder. Diese Dimension ist im Generationenbezug eine mindestens ebenso anspruchsvolle Herausforderung wie die Führung eines Lebens in ökonomischer Unabhängigkeit und Eigenregie.

Das Verantwortungspotenzial in der Kinder- und Jugendarbeit hat somit zwei Seiten, eine, die sich vorzugsweise auf das Gemeinwesen, den sozialen Kontext und die Gesellschaft bezieht und eine, die sich zuallererst auf die Person selbst und ihre Befähigung zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung bezieht. Wie entwicklungspsychologische Studien aus den USA wiederholt gezeigt haben, kann die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung sowie gesellschaftlicher Integration und Solidarität fördern (vgl. Youniss/Yates 1997).

Durch die starke Selbstreferentialität, den curricular gesteuerten Lehr-Lern-Zusammenhang sowie den dominanten Unterrichtsbezug der Schule werden Kinder und Jugendliche in diesem Setting von sozialer und gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme weitgehend ferngehalten. Zumindest hat die Schule in Deutschland bis heute keinen systematischen Ort – abgesehen von individuellen, partiellen oder lokalen Bemühungen –, in den diese Dimension eingebunden ist. Und da für die jungen Menschen durch die insgesamt in den letzten 100 Jahren länger gewordenen Ausbildungszeiten der Beginn der Erwerbstätigkeit, die ökonomische Selbständigkeit und die Gründung einer Familie sich eher nach hinten verschoben hat, Jugendliche mithin auch finanziell länger von ihren Eltern abhängig bleiben, werden sie dadurch zugleich von der Erfahrung „konkreter Nützlichkeit“ (vgl. v. Hentig 2007), von Eigenverantwortung und Verantwortungsübernahme in sozialen Kontexten jenseits ihrer eigenen schulischen Qualifikation ausgeschlossen.

Im Unterschied dazu spielen Verantwortungsbereitschaft und Verantwortungsübernahme, Beteiligung und Mitwirkung eine wichtige Rolle in der Kinder- und Jugendarbeit. Hier können Heranwachsende durch die Übernahme von Verantwortung für sich und andere die wichtige Erfahrung konkreter Nützlichkeit sowie gesellschaftlicher Relevanz ihres Tuns machen. Formen der Beteiligung, der Selbstorganisation und der Verantwortungsübernahme sind seit jeher wesentliche und selbstverständliche Bestandteile von Konzepten der Kinder- und Jugendarbeit gewesen. Sie bietet ihren Adressaten unterschiedliche Möglichkeiten der aktiven und aktivierenden Teilnahme, der Mitgestaltung, der Teilhabe und Verwirklichung sowie der Verantwortungsübernahme. Seit jeher ist sie das klassische Einstiegsfeld für jugendliches Engagement und gesellschaftliche Verantwortungsübernahme.

Dies belegen auch die Befunde der jüngst durchgeführten Engagementstudie (vgl. Düx u.a. 2008). Auf die Frage nach dem Alter, in dem sie mit einem Engagement begonnen haben, antworten dieser Untersuchung zufolge überraschenderweise fast 13 Prozent der Engagierten mit einer Altersangabe von bis zu 11 Jahren. Weitere 36 Prozent der engagierten Befragten verorten ihren biografischen Einstieg in ein freiwilliges Engagement zwischen 11 und 14 Jahren. Das bedeutet, dass fast die Hälfte von ihnen bereits *vor* ihrem 15. Lebensjahr Aufgaben und Verantwortung in einer Jugendorganisation übernommen haben. Die Befunde der Untersuchung legen hier die Interpretation nahe, dass diese Personen schon früh an den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit teilgenommen haben und dadurch dann gewissermaßen selbstverständlich in die Verantwortungsübernahme hinein gewachsen sind.

Die Kinder- und Jugendarbeit bietet vielen Jugendlichen demnach Gelegenheiten, in einem geschützten Rahmen nach und nach auf freiwilliger Basis Verantwortung für die eigene Person sowie für andere Menschen, für bestimmte Inhalte und Aufgaben zu übernehmen. Je nachdem, in welchen Organisationen, Funktionen und Tätigkeitsfeldern die Jugendlichen beteiligt sind, tragen sie dabei für unterschiedliche Aufgaben Verantwor-

tung. Anders als in der Schule übernehmen sie Verantwortung in Ernstsituationen und zwar sowohl in alleiniger Zuständigkeit als auch gemeinsam im Team. Kinder- und Jugendverbände, aber auch die offene Arbeit, bilden somit – wie aktuelle Studien belegen – Experimentier- und Erfahrungsfelder für Beteiligung, Mitbestimmung, Verantwortung und gemeinsame Entscheidungsprozesse (vgl. etwa Richter/Jung/Riekmann 2007; Dux 2008; Fehrlen/Koss 2009).

In einigen Interviews der Engagementstudie (vgl. Dux u.a. 2008) wird berichtet, wie sich die übernommene Verantwortung sukzessiv von kleineren Aufgaben zu immer größeren Verantwortungsbereichen bis hin zur Gesamtverantwortung für komplexe Projekte, große Gruppen (Ferienfreizeiten) oder bis zur Personalverantwortung für das berufliche Personal entwickelt. Mit zunehmender Dauer des Engagements wachsen den Angaben der Befragten zufolge die Aufgaben und Anforderungen, damit zugleich aber auch Verantwortung, Wissen und Können sowie die Sicherheit im Umgang mit den Anforderungen. Dadurch wiederum scheint die Bereitschaft zu steigen, mehr Verantwortung zu übernehmen, wodurch dann weitere Lernprozesse angeregt werden können. Dabei scheint die Zunahme von Verantwortung durch die freiwillige Tätigkeit häufig auch mit einer zunehmenden Identifikation mit der Organisation des Engagements verbunden zu sein. Und umgekehrt scheint die wachsende Identifikation das Bemühen zu befördern, weitere Kompetenzen und Kenntnisse für die freiwillige Arbeit zu erwerben.

Wie sich in der qualitativen Untersuchung erkennen lässt, hält Verantwortungsübernahme im Rahmen freiwilligen Engagements unterschiedliche Formen von Erfahrungen bereit. Engagierte Jugendliche, insbesondere aus weltanschaulichen Organisationen und der Interessenvertretung, berichten, dass sie hier mit Inhalten, Normen und Werten konfrontiert werden, die ihre Reflexion über gesellschaftspolitische Bedingungen und über ihre eigene Rolle innerhalb der Gesellschaft hin zu mehr politischem und sozialem Bewusstsein angeregt haben. Zugleich können sie durch ihr freiwilliges Engagement sich selbst als Handelnde erleben, die durch ihre aktive Mitwirkung in gemeinnützigen Organisationen kleine oder größere Veränderungen herbeiführen können (vgl. Reinders/Youniss 2005).

Die freiwillige Übernahme von Verantwortung im Rahmen ihres Engagements bedeutet für Heranwachsende den Befunden der Engagementstudie zufolge (vgl. Dux u.a. 2008) soziale Erfahrung und Selbsterprobung. Wie die Studie zeigen kann, ermutigt das Zutrauen in ihre Fähigkeiten – insbesondere von Erwachsenen in den Organisationen – die jungen Menschen, sukzessive Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen. Unter solchen Bedingungen eröffnet das Engagement den Jugendlichen „ein Feld des Erfolgs und der positiven Bewährung“ (Fend 2003, S. 470), gewissermaßen einen Bereich in ihrem Leben, an dem sie selbst als Person wachsen können.

Als Trend ist in dieser Studie zudem erkennbar, dass im Engagement durch Verantwortungsübernahme für sich selbst und für andere personale Kompetenzen gewonnen werden, die den Jugendlichen helfen, sich in ihrer Lebenswelt zu orientieren, Perspektiven und Ziele für ihr zukünftiges Leben zu entwickeln sowie selbstbewusst, eigenständig und erwachsen zu werden (vgl. Dux u.a. 2008). Gegenüber den schulischen Anforderungen, die sich ohne unmittelbaren Handlungsdruck vorrangig auf die Bewältigung kognitiver Aufgaben beziehen, eröffnet Verantwortungsübernahme im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit für die Heranwachsenden häufig die erste Gelegenheit und Herausforderung, sich selbst handelnd einzubringen, zu erfahren und zu bewähren.

Verantwortungsübernahme im Rahmen der Jugendorganisationen bietet jungen Menschen darüber hinaus Möglichkeiten für erste Erfahrungen in der Arbeit gesellschaftlicher Organisationen, das Hineinwachsen in demokratische Spielregeln sowie für Teilhabe, Mitbestimmung, Selbstorganisation und Interessenvertretung. Die Übernahme von Verantwortung für andere, für Inhalte oder das engagierte Eintreten für eine Überzeugung, für eine Idee erweist sich als ein wichtiger Aspekt der sozialen Integration Heranwachsender in einer tendenziell desintegrativen Gesellschaft (vgl. Dux u.a. 2008; Enquete-Kommission 2002). Empirisch zeigt sich, dass freiwilliges Engagement Jugendlichen einen wichtigen Schritt aus dem privaten in den öffentlichen Raum und damit eine Ausweitung ihres Erfahrungshorizonts und ihrer Handlungsmöglichkeiten über Schule und Familie hinaus eröffnet (vgl. Buhl/Kuhn 2005). Neben Eltern und Freunden stellt Verantwortungsübernahme im Rahmen sozialen Engagements eine von drei Säulen dar, die zu einer erfolgreichen Entwicklung, gesellschaftlicher Partizipation und sozialer Integration Heranwachsender beitragen können (vgl. Reinders 2005).

Wie sich in der Engagementstudie zeigt, hat freiwilliges Engagement im Kindes- und Jugendalter zudem Auswirkungen auf das gesellschaftliche Engagement im Erwachsenenalter. Wer als Jugendlicher gesellschaftliche Verantwortung durch ein freiwilliges Engagement übernimmt, macht dies mit großer Wahrscheinlichkeit auch als Erwachsener (vgl. Dux u.a. 2008; Gensicke/Picot/Geiss 2006). Die ehrenamtliche Tätigkeit junger Menschen trägt somit auch erfolgreich zur Weiterentwicklung einer zivilen demokratischen Gesellschaft bei (vgl. Gängler 2004).

In Demokratien, die auf eine aktive Beteiligung ihrer Mitglieder angewiesen sind, erscheint das soziale und politische Engagement junger Menschen als ein Gradmesser für deren spätere aktive Teilhabe an der Gestaltung einer demokratischen Zivilgesellschaft. Um auch zukünftig bürgerschaftliches Engagement in gemeinnützigen Organisationen und damit die Grundlagen einer Zivilgesellschaft aufrechtzuerhalten, kommt der Einbindung von Kindern und Jugendlichen eine eigene wichtige Bedeutung zu: „Engagement und Engagementbereitschaft von Kindern und Jugendlichen stellen die Basis für die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft dar. Sollen langfristig Grundla-

gen und Voraussetzungen für die Entwicklung und Gestaltung der Bürgergesellschaft geschaffen werden, stehen und fallen diese Bemühungen mit der Gewinnung und Integration der kommenden Generation“ (Enquete-Kommission 2002, S. 202).

In dieser Hinsicht sah es in Baden-Württemberg mit seiner hohen Engagementquote junger Menschen in der Vergangenheit stets recht erfreulich aus. Allerdings ist es in Anbetracht des sozialen und des demografischen Wandels keineswegs selbstverständlich, dass diese positiven Erfahrungen ohne Weiteres in die Zukunft hinein verlängert werden können. Wichtig wird es von daher sein, das freiwillige Engagement von Kindern und Jugendlichen künftig noch gezielter zu unterstützen und zu fördern.

Bilanziert man die Befunde der Engagement-Studie (vgl. Düx u.a. 2008), so lassen sich die Jugendorganisationen als eine Lernwelt eigener Art für junge Menschen beschreiben, die durch die Verknüpfung gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme mit individuellen Lernprozessen besondere Chancen und Freiräume für die Entwicklung vielfältiger Kenntnisse und Fähigkeiten eröffnet, die für eine eigenständige und sozial verantwortliche Lebensführung sowie die Beteiligung an demokratischen Verfahren unabdingbar sind, in schulischen Settings jedoch kaum vorkommen.

Nach den Befunden der Untersuchung scheint es keinen anderen Bereich in der jugendlichen Lebenswelt zu geben, der ein derart weites und vielfältiges Spektrum an Verantwortungsbereichen sowie an Möglichkeiten der Teilhabe, Mitwirkung und Mitgestaltung bietet wie die Kinder- und Jugendarbeit. Von der cliquenzentrierten Freizeitgestaltung bis hin zur Gremienarbeit mit Personalverantwortung ergibt sich ein Kontinuum von Partizipationsmöglichkeiten und Verantwortungsfeldern, in dem sich junge Menschen in der Regel freiwillig und selbstbestimmt bewegen können.

12 Die Gemeinschaftspotenziale

Das Leben in modernen Gesellschaften erfordert neben Kompetenzen der individuellen Lebensführung und -bewältigung auch solche des sozialen Zusammenlebens und der Gemeinschaftsfähigkeit (vgl. Bundesjugendkuratorium 2001). Jugendverbände waren seit ihrer Entstehung aus der bürgerlichen Jugendbewegung stets Orte der Gesellung und Gemeinschaft Jugendlicher, die sich durch ähnliche Interessen, Einstellungen und Werte untereinander verbunden fühlen. Sie verdanken ihre Anziehungskraft dem Wunsch Heranwachsender nach Beziehungen und Austausch mit anderen, nach Freunden und dem Zusammensein mit Gleichaltrigen. Wie aktuelle Studien wiederholt gezeigt haben, kommt diesen Dimensionen für junge Menschen eine wichtige Bedeutung zu. Die verbandliche Gruppenarbeit kommt diesem Bedürfnis entgegen, aber auch in der offenen Arbeit spielen Gleichaltrigengruppen eine wichtige Rolle. Sie ermöglichen Kontakte und Freundschaften, Rückhalt und soziale Zugehörigkeit (vgl. Sturzenhecker 2002).

In der Sozialisationsforschung wird davon ausgegangen, dass für die Entwicklung einer eigenständigen, kompetenten und sozial verantwortlichen Persönlichkeit Erfahrungen sozialer Zugehörigkeit und Gemeinschaft, von Anerkennung und gesicherten Beziehungen grundlegend sind (vgl. Keupp 1999). Die Entwicklungspsychologie sieht das Bedürfnis nach sozialer Einbindung gleichrangig neben dem nach Autonomie (vgl. Deci/Ryan 1993; BMFSFJ 2005). Soziale Beziehungen der Anerkennung und Gemeinschaft beeinflussen demzufolge Selbstbild und Verhalten Jugendlicher. Nur in Beziehungen zu anderen und durch deren Anerkennung können junge Menschen sich auch selbst als Person erkennen und Selbstbewusstsein, Selbstachtung und Selbstwertgefühl entwickeln (vgl. Honneth 1992).

Wie sich in neueren Studien zur Kinder- und Jugendarbeit zeigt, ist das Hauptmotiv der Teilnehmer/innen, aber auch der Ehrenamtlichen, der Wunsch nach sozialer Zugehörigkeit, nach Geselligkeit und Gemeinschaft mit anderen (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006; Dux u.a. 2008). Einer aktuellen Jugendverbandsstudie zufolge (vgl. Fauser/Fischer-/Münchmeier 2006) spielen nicht so sehr die Inhalte und Themen, sondern die Erfahrung von Gemeinschaft die zentrale Rolle für die Teilnahme sowie für den Verbleib von Kindern und Jugendlichen in den Jugendverbänden. Demnach verbindet die Gruppe als Ort von Gemeinschaft mit anderen, von Spaß und Engagement, von Sinn und Orientierung, von Aktivitäten und sozialer Anerkennung durch andere.

Heranwachsende nutzen die Angebote der Jugendarbeit den Autoren zufolge insbesondere, um Gleichaltrigengeselligkeit zu erleben. Diese Orientierung an Gleichaltrigen ist ein zentraler Prozess der biografischen Neuorientierung, der die Ablösung vom Elternhaus und die Suche nach neuen personalen und sozialen Orientierungen unterstützt. Kinder- und Jugendarbeit bietet somit Gelegenheitsstrukturen, die Heranwachsenden dabei helfen,

spezifische Entwicklungsaufgaben ihres Lebensalters zu bewältigen. Die Gemeinschaft in Jugendgruppen ermöglicht demnach sozialen Anschluss, sozialemotionalen Halt, gemeinsames Erlebnis sowie den Aufbau und die Stabilisierung der eigenen Identität. Zugleich unterstützt sie erste Ablösungsprozesse vom Elternhaus und bietet Gelegenheiten zu Austausch, Kommunikation und Kooperation (vgl. Fauser/Fischer/Münchmeier 2006).

Nach Buhl/Kuhn (2005) ist für die Verbundenheit Heranwachsender gegenüber der Gemeinschaft oder Gruppe das Erleben von Anerkennung, Zugehörigkeit und Wertschätzung wichtig. Den Ergebnissen von Dux u.a. (2008) zufolge können Heranwachsende entsprechende Erfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit machen. Wie in den Interviews deutlich wird, ermöglicht ihr Engagement den Befragten die Erfahrung sozialer Zugehörigkeit, des Dialogs mit signifikanten Anderen und der Anerkennung ihrer Person und ihres Tuns. Diese Erfahrungen wiederum können – wie die Befunde der qualitativen Untersuchung zeigen – die Motivation Jugendlicher, längerfristig gesellschaftliche Verantwortung in den Organisationen zu übernehmen, fördern und verstärken und zugleich zu ihrer persönlichen Entwicklung beitragen. In einigen Interviews wird beschrieben, dass die Gemeinschaft in der Gruppe Halt und Anerkennung gibt und zum Teil als „zweites Zuhause“ betrachtet wird, wo sich Jugendliche angenommen und zugehörig fühlen, wie etwa ein junger Pfadfinder berichtet, der hier die Anerkennung und Zuwendung erhält, die er zu Hause vermisst und auch in der Schule nicht findet (vgl. auch Reichwein/Freund 1992). Angesichts zunehmender Individualisierungstendenzen unserer Gesellschaft bieten Jugendverbände Heranwachsenden Gelegenheiten und Räume, Erfahrungen von Gemeinschaft, sozialer Zugehörigkeit und Solidarität zu machen.

Es wird zudem beschrieben, wie in und von der Gruppe gegenseitige Motivation und Bestärkung, aber auch Kontrolle erfolgen. Den Aussagen engagierter Jugendlicher zufolge unterstützt die Gruppe das Erleben von Zusammengehörigkeit und Gemeinschaft sowie gegenseitigen Vertrauens. Indem man sich als zugehörig erlebt, scheint das Interesse an den Meinungen, Erfahrungen und Kompetenzen der anderen zu steigen. Zugleich scheint auch die Bereitschaft, eigene Kompetenzen, Erfahrungen und Kenntnisse an die anderen weiterzugeben, zu wachsen (vgl. auch Fischer 2001).

Neben der Erweiterung des Wissens und Könnens im Bereich der sozialen und personalen Kompetenzen spielt der Erwerb sozialen Kapitals, d.h. der Aufbau (neuer) persönlicher Kontakte und Beziehungen in den Jugendorganisationen eine große Rolle. Wie zahlreiche Aussagen in den Interviews nahe legen, lassen sich im Rahmen des freiwilligen Engagements Erfahrungen sozialer Zugehörigkeit machen, die weit über den sozialen Nahraum der Familie hinausgehen und den Handlungsspielraum sowie das Beziehungsnetz Heranwachsender zum Teil erheblich erweitern. Viele Jugendliche berichten von neuen Bekannten und Freunden, die sie durch ihre freiwillige Tätigkeit gewonnen haben. Neben Bildungseffekten sind in der Studie von Dux u.a. (2008) somit auch nachhaltige Effekte der

Gewinnung sozialen Kapitals und der Vernetzung feststellbar. Ehemals Engagierte verfügen demnach über eine Vielzahl von Kontakten im Gemeinwesen sowie über einen größeren Freundeskreis als Nicht-Engagierte.

Die Bedeutung von Gemeinschaft und Gleichaltrigengeselligkeit für die Jugendlichen einerseits, aber auch für das Gemeinwesen andererseits, lässt sich beispielhaft an der Arbeit der Landjugendverbände aufzeigen. Wie bereits gezeigt wurde (vgl. Kap. 9.4), nehmen Kinder und Jugendliche auf dem Land in höherem Maße als Heranwachsende in den Städten an Angeboten der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit teil. Bei den Mitgliederzahlen der Landjugendverbände hat es in den letzten Jahren keine Rückgänge gegeben.

Landjugendgruppen verdanken ihre Attraktivität jugendkulturellen Interessen und dem Wunsch nach Kontakten und Gemeinschaft mit Gleichaltrigen. Sie sind einerseits anerkannter Teil des dörflichen Lebens mit bestimmten Verpflichtungen in der Dorfgemeinschaft. Andererseits wird die Kontrolle durch Erwachsene durch die Selbstorganisation und Selbstverwaltung Jugendlicher minimiert (vgl. Faulde 2006). Von daher eröffnen die Jugendverbände einen eigenen Sozialraum für Kinder und Jugendliche. Zugleich dienen sie der Integration Jugendlicher in den ländlichen Raum. Zudem können Gruppen, die demokratisch und auf freiwilliger Basis organisiert sind und dem großen Wunsch Heranwachsender nach sozialer Zugehörigkeit und Gemeinschaft entgegenkommen, auch Schutz vor Verlockungen extremistischer und gewaltbereiter Vereinigungen bieten (vgl. Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft 2001; Ruhe/-Simon 2009). Landjugendgruppen bieten somit neben Freizeitgestaltung und Gemeinschaft in der Gleichaltrigengruppe auch ein soziales Netzwerk für Heranwachsende, das diese für ihre Lebensbewältigung nutzen können.

Eine Besonderheit der Jugendverbandsarbeit im ländlichen Raum ist dabei das sehr hohe ehrenamtliche Engagement vieler Jugendlicher und junger Erwachsener. Dieses starke ehrenamtliche Engagement von jungen Menschen auf dem Lande ist eine Ressource, der für die soziale Einbindung des Einzelnen, die Gestaltung und Attraktivität des ländlichen Raumes sowie der Weiterentwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft eine hohe Bedeutung zukommt. Um dieses ausgeprägte Engagement zu erhalten, sind jedoch Formen der kontinuierlichen Unterstützung, Förderung und Qualifizierung durch berufstätige Personen erforderlich.

Die Zukunft des ländlichen Raums ist eng mit den Lebensperspektiven junger Menschen verbunden. Einige Forscher und Demografen gehen davon aus, dass die ländlichen Räume am deutlichsten die Auswirkungen des demografischen Wandels „spüren“ werden. Als drohende Konsequenzen werden Ausdünnung der ländlichen Regionen, Abwanderung der besser Qualifizierten sowie junger Frauen, Zentralisierung der Bildungseinrichtungen, fehlende Ausbildungs- und Arbeitsplätze und ein Abbau der technischen und sozialen Infra-

struktur prognostiziert (vgl. Sammet/Ruhe 2007; Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände 2008).

Wenn junge Menschen in Dörfern und Kleinstädten persönliche Zukunftsperspektiven entwickeln können, gewinnt dieser Raum für sie an Lebensqualität. Die Kinder- und Jugendarbeit der Landjugendverbände kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, da sie einen bedeutenden Teil sozialer Infrastruktur bildet, insbesondere, wenn sie sich mit anderen Akteuren im Sozialraum im Rahmen der kommunalen Jugendhilfeplanung vernetzt (vgl. Faulde 2007). Auch wenn die beruflichen Möglichkeiten für die Entscheidung junger Menschen, am ländlichen Wohnort zu bleiben, letztendlich meist ausschlaggebend sind, können die Angebote der Freizeitgestaltung, der Gleichaltrigengesellung und Gemeinschaft, der Bildung und Orientierung, die die Landjugendverbände zur Verfügung stellen, sowie die gemeinsame Gestaltung des sozialen Nahraums, jedoch einen wichtigen zusätzlichen positiven Faktor darstellen (vgl. Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft 2001).

13 Die Integrationspotenziale

Vor allem auf der – zur Zeit noch schmalen – Basis des vorhandenen Wissens zu den Wirkungen der Angebote ist davon auszugehen, dass die Kinder- und Jugendarbeit weitaus mehr Integrationspotenziale für junge Menschen in den Sozialraum besitzt, als dies bislang wahrgenommen und der Kinder- und Jugendarbeit zugerechnet worden ist. Aus einer analytischen Perspektive heraus können in diesem Zusammenhang mindestens drei Dimensionen der Integration unterschieden werden:

- Kinder- und Jugendarbeit ist, wie oben bereits geschildert, zum einen in der Regel ein Gruppengeschehen, mit dem bestimmte Möglichkeiten verbunden sind, Freunde und Bekannte zu treffen, Freundschaften und Bekanntschaften zu stabilisieren oder neue Menschen kennen zu lernen. Durch diese Mechanismen findet Integration in soziale Netzwerke statt, mit der die Herstellung von gemeinsamen Interessen, Gewohnheiten oder Einstellungen verbunden ist. Diese „Herstellung von Zugehörigkeit“ (vgl. Cloos u.a. 2007) ist eng mit der Bildung von Sozialkapital verbunden.
- Kinder- und Jugendarbeit trägt zum anderen ebenfalls zu der gesellschaftlichen Integration der jungen Menschen bei. Einerseits setzen sich die Teilnehmer/innen und Besucher/innen der Angebote mit verbindlichen sozialen Normen und Werten auseinander und lernen diese kennen; andererseits kann die Nutzung der Angebote auch als ein Ausdruck verstanden werden, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Kinder- und Jugendarbeit dient so gewissermaßen der Justierung der eigenen Werte, Standpunkte und Alltagspraktiken (vgl. Ilg/Weingardt 2007) und stellt zugleich für einen großen Teil der jungen Menschen einen kind- bzw. jugendgemäßen Teil ihres gesellschaftlichen Lebens dar.
- Betrachtet man die Kinder- und Jugendarbeit schließlich als Institution, dann kann festgestellt werden, dass sie mit ihren spezifischen Angeboten, Kooperationen und Aktivitäten auf der Ebene des Gemeinwesens, des Sozialraums bzw. des sozialräumlichen Umfelds bestimmte Infrastrukturleistungen erbringt. Insofern ist Kinder- und Jugendarbeit als ein integraler und spezialisierter Bestandteil einer kleinräumigen Inklusionspolitik zu betrachten, der – aus der Perspektive der Teilnehmer und Teilnehmerinnen und Besucher und Besucherinnen – vielfältige Aneignungsprozesse des jeweiligen sozialräumlichen Umfelds befördert und – aus der Perspektive des Gemeinwesens – sozialräumliche kind- und jugendgemäße Ausdrucksformen in urbane Strukturen bzw. Lebensräume integriert.

Da in den vorstehenden Kapiteln bereits viele Hinweise zu den ersten beiden Dimensionen der Integrationspotenziale der Kinder- und Jugendarbeit gegeben wurden, soll im Folgenden vor allem die dritte Dimension etwas weiter ausgeführt werden. Dies geschieht vor dem Hintergrund der Feststellung, dass das, was Forschung bislang zum Wissen über die (Integrations-)Wirkung der Kinder- und Jugendarbeit beitragen kann, sich ausschließlich

auf Wirkungen bezieht, die auf der Ebene von Personen bzw. Individuen zu identifizieren sind (vgl. Liebig/Begemann 2008; Lindner 2008). Da die oben skizzierte, dritte Dimension der Integrationspotenziale jedoch die Ebene der personenbezogenen Wirkungen, der sogenannten Mikro-Ebene, verlässt und stattdessen die Makro-Ebene des Sozialraums ins Blickfeld rückt, führen diese Überlegungen in ein bislang nur sehr wenig durchdrungenes Feld.

Obwohl diese sozialräumliche Betrachtung bei der Darstellung der Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit eine wichtige ist (vgl. Liebig 2006, S. 20ff.), scheint dieser Blickwinkel von der Wissenschaft bislang kaum wahrgenommen worden zu sein. Vor allem zu den Wirkungen im sozialräumlichen Umfeld liegen keine empirischen Befunde der Forschung vor, die zu den Potenzialen und der Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen oder zu ihren Beiträgen in institutionellen Netzwerken Auskunft geben könnten. Obwohl das Denken und Handeln in Sozialräumen oder in Stadtquartieren vielfach bereits seit längerer Zeit vor allem auf der kommunalen Ebene die Entwicklungen von Konzepten und Finanzierungsmodellen beeinflusst (vgl. etwa Marquard 2005; Scherr 2003; Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf 2001), scheint diese besondere Perspektive der Jugendarbeitsforschung noch nicht im Wissenschaftsbereich angekommen zu sein.

Dies hat sicherlich nicht nur mit den spezifischen methodologischen Umsetzungshürden in empirische Forschungsdesigns und den Interessen möglicher Finanz- und Impulsgeber von Forschung zu tun, sondern scheint ebenfalls mit der eigentümlichen Position der entsprechenden Fragestellungen im Gefüge der Zuständigkeiten, der forschungsleitenden Blickwinkel und der Erkenntnisinteressen zusammenzuhängen. Möchte man die Wirkungen der Kinder- und Jugendarbeit in ihrem sozialräumlichen Umfeld erforschen, befindet man sich – mindestens – im Schnittbereich zwischen Institutionen-, Netzwerk-, Stadt- und (evtl.) Raumforschung; zwischen Lebenswelt-, Organisations-, Stadtteil- und sozial-ökologischen Analysen. Damit werden disziplinäre Überschneidungsbereiche tangiert, und es ist damit vor allem eine spezifische Zwischenzone der Datenproduktion angesprochen, die noch nicht sonderlich gut konturiert ist und zu der bislang ein überzeugender empirischer Zugang fehlt:

- Nähert man sich dieser besonderen Perspektive von der abstrakteren Ebene – gewissermaßen von oben –, dann erscheint die Kinder- und Jugendarbeit nur allzu selten als eigenständiges und identifizierbares Feld von Akteursgruppen, Angeboten und Leistungen. Daten, in die in irgendeiner Weise die Infrastrukturleistungen der Kinder- und Jugendarbeit einfließen könnten, können bislang weder von einem indikatorengestützten Monitoring der sozialen Kontextbedingungen der Stadtent-

wicklung (vgl. etwa Kersting/Strohmeier/Triesch 2008)¹³⁵ noch von Systemen der Raumbeobachtung geliefert werden.

- Ist der Ausgangspunkt für Forschung die Kinder- und Jugendarbeit selbst, dann beschränkt sich der forschende Blick bislang, wie bereits beschrieben, auf die individuell zurechenbaren Beziehungen oder Entwicklungen des Arbeitsfeldes, während das sozialräumliche Umfeld nur dann als relevante Größe wahrgenommen wird, wenn es für die Konzeptentwicklung oder für den Methodeneinsatz wichtig werden kann (vgl. u.a. Deinet/Krisch 2006). Dementsprechend hat es Forschung, die die Kategorien des sozialräumlichen Umfelds berücksichtigt, bislang vor allem zu denjenigen Arbeitsformen und Teilsegmenten gegeben, deren Selbstverständnisse bereits eine enge Verknüpfung mit ihrem sozialräumlichen Umfeld vorsehen – wie dies beispielsweise bei der Gemeinwesenarbeit der Fall ist.

Dieses Wissens- bzw. Forschungsdefizit ist auch vor allem deshalb als misslich zu umschreiben, weil damit zentral vermutete Stärken der Kinder- und Jugendarbeit bislang empirisch nicht belegt und wissenschaftlich differenziert analysiert werden können. Insofern kann zurzeit beispielsweise die tatsächliche Integrationsfunktion der Kinder- und Jugendarbeit, gewissermaßen ihr spezifischer Beitrag zu einer gelingenden Aneignung des sozialräumlichen Umfeldes oder deren Leistungen (vgl. etwa Deinet/Reutlinger 2005) – auch etwa hinsichtlich arbeitsmarkt- oder bildungspolitischen Themen, hinsichtlich kulturellen oder präventiven Fragestellungen – im Gefüge einer regionalen Infrastruktur oder einer lokalen Ökonomie nicht hinreichend beurteilt werden.¹³⁶ Obwohl die Einrichtungen bzw.

135 Nimmt man eine betriebswirtschaftliche Perspektive ein, dann gilt für den Bereich der Sozialen Arbeit insgesamt und insbesondere für das Segment der hauptberuflich gestützten Kinder- und Jugendarbeit, dass der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten (einer Einrichtung, eines Projektes etc.) vergleichsweise hoch ist. Im Umkehrschluss und unter Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Aspekte bedeutet diese Feststellung, dass mit der Kinder- und Jugendarbeit ein Feld vorliegt, in dem finanzielle Aufwendungen der öffentlichen Haushalte in direkter Weise arbeitsmarktpolitische Effekte aufweisen. Insofern wird mit der Kinder- und Jugendarbeit in vielfacher Weise ein Standortfaktor der Städte und Kreise gefördert, dessen Effekte neben zivilgesellschaftlichen, bildungsökonomischen und infrastrukturellen auch arbeitsmarktpolitische Dimensionen haben. Bislang scheinen diese Dimensionen in den fachlichen, den wissenschaftlichen und den politischen Diskursen zur Kinder- und Jugendarbeit allerdings weitgehend ausgeblendet. Auch in den sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Debatten zu den neueren Entwicklungen des städtischen bzw. urbanen Raums – wie etwa zu den Etiketten der Kreativwirtschaft oder der Wissensökonomie – scheint das (kleine) Feld der Kinder- und Jugendarbeit keine Rolle zu spielen, auch wenn in diesem Arbeitsfeld Kreativität und Bildung zentrale Kategorien darstellen. Es ist dementsprechend die Frage zu stellen, welche Rolle die Kinder- und Jugendarbeit spielt bzw. spielen kann, damit die Städte sich als „Inkubator, Entfaltungs-, Inspirations- und Produktionsraum von Kultur und Kreativität“ (Merkel 2008, S. 13) entfalten können.

136 Dennoch scheinen diese Fragen zu dem Potenzial der Kinder- und Jugendhilfe heute an Relevanz zu gewinnen – und zwar nicht nur aus der Perspektive der Kinder- und Jugendarbeit selbst, sondern auch verstärkt von eher unerwarteter Seite, auch wenn dort Kinder- und Jugendarbeit kaum als Akteur wahrgenommen wird. So wurde beispielsweise auf dem informellen Ministertreffen zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig in der so genannten „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ (2007, S. 6) formuliert: „Zentraler Ansatzpunkt zur Verbesserung der Situation in benachteiligten Stadtquartieren ist eine Verbesserung der lokalen Bildungs- bzw. Ausbildungssituation in Verbindung mit einer aktivierenden Kinder- und Jugendpolitik. In benachteiligten Stadt-

Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sicherlich einen wichtigen Baustein bzw. einen relevanten Standortfaktor einer kleinräumigen Inklusionspolitik darstellen, die insbesondere für junge Menschen – mit Blick auf Segregationsprozesse in städtischen Räumen oder Selektionsprozesse im schulischen System – notwendig erscheint, ist dieser oben grob skizzierte Themenkomplex bislang nicht in Forschungsfragen übertragen worden.¹³⁷ Hier ist Forschungsbedarf zu konstatieren.

Letztlich geht es dabei – neben einer Neujustierung des fachlichen Handelns im Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendarbeit – vor allem um eine realistische Einschätzung der Frage, welche gesellschaftlichen Funktionen die Kinder- und Jugendarbeit im kommunalen, sozialräumlichen Kontext zukommt und die zu erfüllen sie in der Lage ist.¹³⁸ Diesen Funktionen der Kinder- und Jugendarbeit, die eng mit ihren Besonderheiten verbunden sind – hohe Freiheitsgrade hinsichtlich selbstbestimmtem Handeln, große Bedeutung von selbst gewählten und inszenierten Gleichaltrigengruppen, eine spezifische Mixtur aus Konsum-, Rückzugs- und Anregungsangeboten, starke Lebensweltbezüge etc. –, ist bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden.

quartieren müssen verstärkt solche Bildungsangebote geschaffen und verbessert werden, die an die Bedürfnisse und Defizite der dort lebenden Kinder und Jugendlichen anknüpfen. Mit einer sozialraumorientierten Kinder- und Jugendpolitik müssen wir dazu beitragen, Teilhabe und Verwirklichungschancen der in diesen Gebieten lebenden Kinder und Jugendlichen zu verbessern und Chancengleichheit dauerhaft zu sichern“. Vgl. ebenso die Befunde der Hintergrundstudie zur Leipzig Charta (BMVBS/BBR 2007) oder den Beitrag von Riesling-Schärfe (2007), die Jugendpolitik als eine Querschnittsaufgabe definiert und Jugend als „Mainstream“ einer sozialen Stadt(teil)entwicklung versteht.

137 Diese Feststellung wiegt um so mehr, da unbestritten ist, dass sozialräumliche Faktoren unmittelbar mit dem Leben, dem Aufwachsen und den Bildungsprozessen der jungen Menschen zu tun haben, diese befördern und/oder beschränken: „Die Aneignung ihrer jeweiligen Lebenswelt als schöpferischer Prozess der Erweiterung ihres Handlungsspielraums, der Veränderung und Gestaltung von Räumen und Situationen – sozusagen die Bildung des Subjekts im sozialen Raum – wird heute für Kinder und Jugendliche wesentlich bestimmt (und eingeschränkt) durch die strukturellen Bedingungen in Groß-, Kleinstädten oder ländlichen Regionen und durch subjektive Dimensionen wie Ethnie, Geschlecht, familiärer Hintergrund“ (Deinet 2002, S. 285). Vor diesem Hintergrund hat sich die Kinder- und Jugendarbeit auch verstärkt als „Raumerschließer“ zu profilieren – so wird immer wieder gefordert. Das heißt, sie hat als Institution die Heranwachsenden darin zu unterstützen, sich (fremde) Sozialräume und die daran geknüpften Ressourcen anzueignen (vgl. etwa Rose/Dithmar 2004).

138 Es könnte in diesem Zusammenhang auch die Frage formuliert werden, welche Funktion der Kinder- und Jugendarbeit von den Bewohnern zugeschrieben wird, wenn diese ihr Wohn- und Wohnumfeldqualität beurteilen.

Teil D: Perspektiven

In den nachfolgenden Kapiteln soll auf der Basis der Analysen zur aktuellen Lage und den dabei sichtbar werdenden Veränderungen in den vorangegangenen Teilen der Blick auf die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg gerichtet werden. Diese Blickrichtung ist, wie alle Zukunftsbeschreibungen und Prognosen, notgedrungen mit Ungewissheiten und Unwägbarkeiten behaftet. Nachdem in den bisherigen Kapiteln des Gutachtens neben einigen allgemeinen Grundlagen vor allem die aktuelle Situation der Kinder- und Jugendarbeit und der sie beeinflussenden Kontexte in Baden-Württemberg auf der Basis empirischen Wissens dargestellt wurde, wird im Folgenden der Versuch unternommen, konzeptionelle sowie statistisch-prognostische Aussagen zur Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg zu machen. Soweit es sich dabei um empirisch fortschreibbare Befunde handelt, ist der Horizont konkret auf das Ende des neuen Jahrzehnts, also auf 2020 gerichtet. Zugleich steht die Kinder- und Jugendarbeit im Jahr 2020 aber auch als eine stellvertretende Chiffre für deren generelle Zukunft, da bei vielen Themen und Zukunftsfragen zeitlich exakte Bezugspunkte wenig Sinn machen.

Als erstes wird die demografische Entwicklung der nächsten zehn Jahre in den Blick genommen werden (vgl. Kap. 14). Hierfür werden vor allem die Ergebnisse der 11. aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung mit Blick auf die Altersgruppe der 6- bis unter 27-Jährigen in Baden-Württemberg aufbereitet. Daran anknüpfend werden die regional unterschiedlichen Entwicklungen in den Land- und Stadtkreisen dargestellt, um so die Unterschiede innerhalb von Baden-Württemberg genauer auszuleuchten. Vor diesem Hintergrund gilt es dann, die zu erwartende Entwicklung der Schüler/innenzahlen darzustellen, sind sie doch in mehrfacher Hinsicht wesentliche Referenzwerte für die Gestaltung einer Kinder- und Jugendarbeit in der Zukunft.

Die demografischen Wandlungsprozesse allein genügen jedoch nicht, um die künftige Kinder- und Jugendarbeit im Horizont des Jahres 2020 angemessen zu beschreiben. Hier spielen nicht nur die spezifischen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen eine Rolle, sondern insbesondere das sich in dieser Hinsicht neu zu verortende Selbstverständnis der Kinder- und Jugendarbeit in Anbetracht ihrer zukünftigen gesellschaftlichen Aufgabe, Verantwortung und Funktion für die junge Generation. Daher sollen – ausgehend von demografischen Veränderungen – im Kapitel 15 inhaltlich-konzeptionelle Zukunftsfragen der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Mittelpunkt stehen. Dazu wird zunächst die aktuelle Lage der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg rekapituliert. Diesem Modell der Fortschreibung der aktuellen Situation und deren Verlängerung in die Zukunft werden Entwürfe der Weiterentwicklung gegenübergestellt, die sich auf eine Neupositionierung der Kinder- und Jugendarbeit im Kontext veränderter Bildungswelten insbesondere im ländlichen Raum sowie auf ihre künftige Aufgabe einer lebensweltorientierten Alltagsbildung in der Kooperation mit Ganztagschule beziehen. Auch die Frage des Zugangs zu neuen Zielgruppen wird in diesem Kapitel aufgegriffen. Zudem wird die Neubestimmung des Ver-

hältnisses von Ehrenamtlichkeit und Professionalität unter veränderten Rahmenbedingungen als eine zukünftige Herausforderung der Arbeit ins Blickfeld gerückt.

Abgeschlossen wird dieser Teil mit einem Kapitel, in dem wenigstens ansatzweise einige empirische Sollwerte auf der Basis von Modellannahmen berechnet und vorgestellt werden (vgl. Kap. 16). Sie sollen in ihren verschiedenen Varianten erste Hinweise und Anhaltspunkte für eine fachlich fundierte Diskussion über die künftige Gestalt und Funktion einer Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im kinder- und jugendpolitischen, aber auch im bildungspolitischen Raum liefern.

Dieser Blick in eine nicht vorhersehbare Zukunft ist im Lichte der aktuell unzulänglichen Befundlage zur Kinder- und Jugendarbeit, darauf wurde mehrfach hingewiesen, nicht nur mit den üblichen Problemen von Vorausberechnungen und Prognosen behaftet, sondern darüber hinaus mit dem Problem konfrontiert, dass viele aktuelle Eckwerte und Kennziffern der Kinder- und Jugendarbeit entweder nicht bekannt oder aber keineswegs stabil sind, was die vergleichenden Länderanalysen anschaulich verdeutlicht haben. Infolgedessen sind die entsprechenden Varianten und Szenarien mit einem noch höheren Maß an Ungewissheit behaftet als dies ohnehin für Zukunftsprognosen gilt, so dass sie die nachfolgenden Überlegungen folgerichtig lediglich als mögliche Leitlinien einer politischen Richtungsentscheidung zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Kinder- und Jugendarbeit zu verstehen sind.

Um ein derartiges Vorhaben überhaupt einlösen zu können, werden wir in einem ersten Schritt der Frage nachgehen, welche Einflussfaktoren die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit voraussichtlich prägen und beeinflussen werden. Es sind somit diejenigen Faktoren herauszufiltern, die für die zukünftige zahlenmäßige Ausstattung und die konzeptionelle Ausgestaltung der Kinder- und Jugendarbeit bis zum Jahr 2020 relevant werden. Damit diese Einflussbedingungen für Zukunftsszenarien und Prognosen nutzbar gemacht werden können, müssen sie entweder von den Akteuren des Feldes oder der Jugendpolitik beeinflussbar bzw. steuerbar sein, oder es müssen bereits heute – im Sinne einer Projektion – plausible Annahmen in die Zukunft hinein gemacht werden können.

In diesem Zusammenhang sind vier Punkte zu nennen, die jeweils eine dieser beiden Bedingungen erfüllen können. Dahinter stehen verschiedene soziale bzw. gesellschaftspolitische Entwicklungen, die gewissermaßen als unabhängige Variablen in direkter Weise Einfluss auf die künftige Kinder- und Jugendarbeit nehmen:

- die demografische Entwicklung,
- die konzeptionellen und strukturell-zeitlichen Veränderungen von Schule,
- die politischen Entscheidungen über die Finanzressourcen der Jugendarbeit,
- die Funktionszuschreibungen bzw. Aufgabendefinitionen für das Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendarbeit.

Für die Beschreibung der inhaltlich-konzeptionellen Zukunftsentwürfe sollen die vier einzelnen Einflussgrößen auch in ihren Wechselbeziehungen dargestellt werden. Dies ist für Berechnungen im Rahmen der Zukunftsprognosen nicht in gleichem Maße möglich. Die diversen Faktoren werden hier aus Gründen der Komplexitätsreduzierung weitgehend als isolierte Faktoren verstanden, obwohl sie faktisch über mehrere Kanäle miteinander in Verbindung stehen. So speist sich die Debatte zu der notwendigen Finanzausstattung – etwa unter der Überschrift „demografische Rendite“ – aus den Befunden zu den Vorausberechnungen des zukünftigen Bevölkerungsaufbaus. Ebenso werden Überlegungen hinsichtlich des Wandels der Aufgabenzuschreibung der Kinder- und Jugendarbeit kaum ohne die Berücksichtigung der Veränderungen im Schulbereich sinnvoll sein.

Insofern ist zu beachten, dass durch die Konzentration auf diese vier Einflussvariablen ein in doppelter Weise vereinfachtes Modell der Prognose entsteht. Einerseits werden die Wechselverhältnisse zwischen diesen Faktoren weitgehend ausgeblendet; andererseits können hier Variablen nicht gebührend berücksichtigt werden, die eher in indirekter Weise die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit beeinflussen werden – wie beispielsweise die Frage nach der zukünftigen Lage der öffentlichen Haushalte oder bestimmte prägende Rahmenbedingungen der allgemeinen Statuspassage Jugend, etwa einer „Verdichtung der Jugendphase“ (vgl. Kap. 3.1). Vor diesem Hintergrund sollen die vier Einflussfaktoren kurz dargestellt werden.

(1) *Faktor Demografie:* Mit dem Etikett des demografischen Wandels wird eine gesellschaftliche Entwicklung auf den Begriff gebracht, die eine relevante Rahmenbedingung für die künftige Kinder- und Jugendarbeit darstellt. Mit Blick auf das Alter wird sich die Zusammensetzung der bundesdeutschen Gesellschaft dahingehend verändern, als sich die absolute Größe ebenso wie der relative Anteil der jungen Generation verringern wird. Infolgedessen ist absehbar, dass sich auch die Größenordnungen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich potenziell von der Kinder- und Jugendarbeit angesprochen fühlen, verändern und verringern werden. Damit dieser Faktor als Einflussgröße für die zukünftige Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg abschätzbar wird, ist zu fragen, wie groß und wie unterschiedlich diese Veränderungen für die einzelnen Altersgruppen und für die verschiedenen Regionen Baden-Württembergs ausfallen werden. Dementsprechende Berechnungen werden wir in Kapitel 16 auf der Basis der so genannten „Fortschreibungsvariante“ durchführen, um so die Auswirkungen des demografischen Faktors auf das Arbeitsfeld mit Blick auf verschiedene Faktoren (Einrichtungsichte, Personalressourcen, Ausgaben etc.) einschätzen zu können.

(2) *Faktor Zeit:* Nicht allein die bloße Anzahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird die künftige Nachfrage nach Kinder- und Jugendarbeit bestimmen, sondern mindestens genauso wichtig sind die Zeitkontingente der jungen Menschen. Etwas vereinfacht ausgedrückt: Für zukunftsgerichtete Aussagen zur Kinder- und Jugendarbeit

ist es notwendig, die voraussichtliche Entwicklung des schulischen Bildungswesens zu berücksichtigen. Sofern in Zukunft der politische Wille Gestalt annimmt, verstärkt die bisherigen Halbtageschulen zu Ganztagschulen aus- und umzubauen, dann hat dies beispielsweise Einfluss auf die individuell zur Verfügung stehende Zeit zur Nutzung der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit. Auf eine einfache Formel gebracht: Mehr Ganztagschule bedeutet zunächst einmal eine sinkende Nachfrage nach Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit zumindest am Nachmittag – soweit diese nicht im Rahmen der Schule stattfindet, also selbst ein Teil des Ganztageschulkonzeptes wird. Auch dieser Faktor wird bei Zukunftsentwürfen und Prognosevarianten zur Kinder- und Jugendarbeit Berücksichtigung finden müssen.

(3) *Faktor Finanzen:* Während die ersten beiden Bedingungsfaktoren Veränderungen mit sich bringen, auf die die Akteure der Jugendpolitik und der Kinder- und Jugendarbeit allenfalls indirekt Einfluss nehmen können, unterliegt die Frage der Investition in die Kinder- und Jugendarbeit weitaus stärker dem politischen Gestaltungswillen. Grundsätzlich gilt: Da die Kinder- und Jugendarbeit von der Förderung über öffentliche Haushalte abhängig ist und sich dies in absehbarer Zukunft nicht ändern wird, ist auch die künftige Gestalt des Arbeitsfelds als eine Folge dessen zu betrachten, was öffentliche Haushalte in welcher Form fördern werden. In Baden-Württemberg ist, wie in Kap. 4 beschrieben, im Jahr 2007 auf der Landesebene ein „Bündnis für die Jugend“ beschlossen worden, mit dem unter anderem auch eine bestimmte konstante Fördersumme für die Kinder- und Jugendarbeit über den Landesjugendplan für einige Jahre festgeschrieben worden ist. Würde man diesen Ansatz fortschreiben, so eröffnet sich daraus ein zweites Prognose-Modell, eine Art „Dynamisierungsvariante“, mit der die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg in die Lage versetzt würde, mit einem etwas höheren Gestaltungsspielraum auf die zu erwartenden Wandlungsprozesse und die zukünftigen Herausforderungen (in einem gewissen Rahmen) aktiv – und nicht nur reaktiv – zu antworten.

(4) *Faktor Selbstverständnis:* Der vierte und letzte Bedingungsfaktor für die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg bezieht sich sowohl auf die Entwicklung eines zukunftsfähigen, überzeugenden Selbstverständnisses der Kinder- und Jugendarbeit selbst als auch auf die gesellschaftlich anerkannte Rolle und Funktion des Arbeitsfelds im Kontext einer Bildungspolitik, Familienpolitik und nicht zuletzt einer Kinder- und Jugendpolitik des 21. Jahrhunderts. Es spricht vieles dafür, dass moderne Gegenwartsgesellschaften in Zukunft mehr denn je einer Kinder- und Jugendarbeit bedürfen, um den Herausforderungen an die Gestaltung des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen und einer wachsenden öffentlichen Verantwortung angemessen begegnen zu können. Infolgedessen geht es in dieser Hinsicht um eine Weiterentwicklung und Neuformatierung der Rolle, Funktion, aber auch des Selbstverständnisses der Kinder- und Jugendarbeit selbst.

Damit allerdings ein Passungsverhältnis zwischen den Erwartungen, Bedarfen und Interessen auf der einen und den Konzeptionen, Angeboten und Arbeitsbereichen auf der anderen Seite entstehen kann, sind von Seiten der Kinder- und Jugendarbeit ebenso wie der Rahmen setzenden Politik einige Entwicklungsentscheidungen notwendig. Neben einer Verdeutlichung und Schärfung der spezifischen Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Teil C) geht es dabei um eine mehrdimensionale Erweiterung der Angebotspalette. So steht die Kinder- und Jugendarbeit mehr denn je vor der Entscheidung, ob und in welcher Form sie sich ggf. auf die Mitgestaltung von fachlich tragfähigen Ganztagskonzepten der Schule als möglicher kongenialer Kooperationspartner einlässt, ob und in welcher Form sie bereit ist, ggf. gezielt neue, andere Zielgruppen, etwa im Hinblick auf bislang kaum angesprochene Milieus, Jugendkulturen und Migrationsgruppen, zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen und so ganz bewusst einen Beitrag zum Umgang mit Heterogenität zu leisten.

Die Kinder- und Jugendarbeit könnte dabei – im Rückgriff auf ihre Traditionen und Stärken – die Verantwortung für eine Form lebensweltnaher „Alltagsbildung“ junger Menschen übernehmen, die von den Institutionen des Schul- und Ausbildungssystems gewissermaßen vorausgesetzt und eingefordert, aber von den diversen Bildungsorten offenbar immer weniger selbstverständlich erbracht wird (vgl. Rauschenbach 2009). Sie könnte sich zudem als ein verlässlicher Partner in lokale und regionale Bildungslandschaften einbringen sowie ihre Bedeutung als Lernfeld für gemeinwohlorientiertes Engagement junger Menschen ausbauen und öffentlich sichtbar machen.

Derartige Aspekte gilt es in den folgenden Kapiteln etwas detaillierter auszuführen und zu diskutieren. Soweit möglich, werden diese Optionen auch mit Beispielrechnungen unterlegt, die allerdings auch erkennen lassen, dass die in einer weiter zu entwickelnden Kinder- und Jugendarbeit angedeuteten Chancen und Potenziale kaum mit einem „Weiter so“ realisiert werden können.

14 Kinder und Jugendliche 2020 – demografische Veränderungen

Stellt man die Frage nach der Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit, so ist es notwendig, die zu erwartenden demografischen Veränderungen im Kindes- und Jugendalter zur Kenntnis zu nehmen. Sie bilden eine zentrale Referenzgröße, um Aussagen über die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit machen zu können. So kommt man nicht an der Tatsache vorbei, dass insbesondere der sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzende Wandel des Altersaufbaus der Bevölkerung für Zukunftsszenarien der Kinder- und Jugendarbeit zur Kenntnis genommen werden muss. „Demografische Vorgänge wirken in der Regel langfristig und sind deshalb nicht mehr kurzfristig aufzuhalten oder umzukehren. (...) Die künftige Bevölkerungsentwicklung und ihre Auswirkungen sind keineswegs nur als Schicksal zu begreifen, sondern es eröffnen sich Chancen, Altgewohntes zu überdenken und mit Blick auf künftige Entwicklungen zukunftsicher neu zu gestalten“ (StaLa 2009a, S. 11).

Es ist gleichzeitig – wie einleitend bereits ausgeführt – zu konstatieren, dass die demografischen Veränderungen alleine nicht ausreichen, um brauchbare Aussagen zur Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit machen zu können. Vielmehr sind die Auswirkungen demografischer Veränderungen immer erst im Zusammenspiel mit politischen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren im Allgemeinen sowie im Falle der Kinder- und Jugendarbeit im Kontext sich verändernden Lebenslagen und -stile junger Menschen, aber auch des sich immer wieder neu formulierenden gesellschaftlichen Auftrags sowie den fachlichen Weiterentwicklungen der Kinder- und Jugendarbeit selbst zu bewerten (vgl. Kap. 15).

Im Folgenden werden zunächst die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Fokus auf die zu erwartende Entwicklung bei den 6- bis unter 27-Jährigen für das Land Baden-Württemberg insgesamt sowie im Bundesländervergleich herausgearbeitet (vgl. Kap. 14.1). Danach werden die regional ungleichen Entwicklungen in den Land- und Stadtkreisen Baden-Württembergs ins Blickfeld gerückt (vgl. Kap. 14.2). Schließlich wird der Blick auf die Vorausberechnungen zur künftigen Zahl der Schülerinnen und Schüler gelenkt (vgl. Kap. 14.3). Sie stellen allein schon deswegen eine notwendige zusätzliche Datenquelle und ein Korrektiv dar, weil Heranwachsende im Schulalter zur Kerngruppe der Kinder- und Jugendarbeit gehören und Schule darüber hinaus eine wichtige Einflussvariable auf deren Gestaltungsmöglichkeit ist.

14.1 Junge Menschen in Baden-Württemberg 2020 – Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung

Grundlage für die Darstellung der zu erwartenden demografischen Veränderungen für Baden-Württemberg sind insbesondere die Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölke-

rungsvorausberechnung der amtlichen Statistik. Zugrunde gelegt wird dabei die Variante V1-W1 „Mittlere Bevölkerung Untergrenze“. Das heißt, die Berechnungen zur zukünftigen Entwicklung der Bevölkerung basieren dabei auf mehreren Annahmen: einer annähernd konstanten Geburtenziffer (1,4 Kinder je Frau), einem Anstieg der Lebenserwartung bis 2050 um etwa 7 Jahre sowie einem jährlichen ‚Wanderungsgewinn‘ von 100.000 Personen (vgl. hierzu ausführlicher StaBa 2006). Aussagen speziell zu den zu erwartenden demografischen Veränderungen innerhalb von Baden-Württemberg und die damit verbundenen regionalen Unterschiede basieren darüber hinaus auf den Ergebnissen der Vorausberechnungen des dortigen Statistischen Landesamtes (vgl. StaLa 2006, 2007, 2009a).

In regelmäßigen Abständen veröffentlichen die Statistischen Ämter aktualisierte Bevölkerungsvorausberechnungen. Dies ist notwendig, da getroffene Annahmen zur Geburtenentwicklung, Sterblichkeit und zu Wanderungsbewegungen immer wieder überprüft und den aktuellen Veränderungen angepasst werden müssen. Im Rahmen der hier vorgelegten Expertise werden vor allem die Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung genutzt.¹³⁹ Sowohl das Statistische Bundesamt (Pressemitteilung vom 18.11.09; StaBa 2009b) als auch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg (Pressemitteilung vom 11.11.09) haben jedoch im November 2009 mit der 12. eine neue Bevölkerungsvorausberechnung vorgelegt. Beide kommen zu dem Ergebnis, dass für den jeweiligen Berechnungszeitraum bis 2060 vor allem aufgrund veränderter, ungünstigerer Annahmen zur Wanderung, aber auch angesichts einer unverändert niedrigen Fertilität sowie einer nach wie vor steigenden Lebenserwartung der Rückgang der Bevölkerung noch deutlicher sowie die Verschiebung hin zu den älteren Altersgruppen im Bevölkerungsaufbau vor allem in den nächsten Jahrzehnten noch stärker ausfallen wird. Das ist allerdings – wie noch zu sehen sein wird – nicht uneingeschränkt übertragbar auf den im Rahmen der Expertise betrachteten Prognosezeitraum bis 2020.

Eine systematische Berücksichtigung der Ergebnisse als Datengrundlage für die hier vorgelegte Expertise ist angesichts von Veröffentlichung der Ergebnisse und Abgabefristen der Auswertungen und Analysen nicht möglich. Vor diesem Hintergrund wird nicht nur cursorisch an ausgewählten Stellen auf die Ergebnisse der genannten aktuellen Bevölkerungsvorausberechnungen hingewiesen, sondern die Resultate werden zu Prüfzwecken der auf der Grundlage der ‚alten‘ Bevölkerungsvorausberechnungen durchgeführten Analysen

139 Hierzu liegen der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamts für die einzelnen Bundesländer vor. Benutzt werden diese Ergebnisse vor allem dann, wenn Entwicklungen für Deutschland insgesamt bzw. die westlichen Bundesländer oder auch Trends für Baden-Württemberg im Ländervergleich dargestellt werden. Ausführlichere Informationen zur 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2005 sowie generell zur Methodik von Bevölkerungsvorausberechnungen sind über das Statistische Bundesamt (www.destatis.de >> Bevölkerung), aber auch – insbesondere bezogen auf weitere Angaben zu regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnungen – beim Statistischen Landesamt verfügbar (www.statistik.baden-wuerttemberg.de >> Bevölkerung).

herangezogen. Eruiert wird somit, inwiefern die Mitte der 2000er-Jahre gemachten Annahmen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung von den realen Entwicklungen in den Jahren 2006 bis 2008 abweichen und inwiefern die getroffenen Annahmen noch anschlussfähig an die im November 2009 vorgelegten Annahmen der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnungen sind.¹⁴⁰

Betrachtet man mit Blick auf die Ergebnisse der vorliegenden Bevölkerungsvorausberechnungen zunächst einmal den demografischen Wandel für Westdeutschland, so ist nach den Ergebnissen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes für die nächsten Jahre von rückläufigen Zahlen an Kindern und Jugendlichen auszugehen. Zwischen Ende 2008 und 2020 ist für die 6- bis unter 12-Jährigen von einer 16-prozentigen, für die 12- bis unter 18-Jährigen sogar von einer 19-prozentigen sowie für die 18- bis unter 27-Jährigen von immerhin noch einer 10-prozentigen Abnahme auszugehen.¹⁴¹ Gehen somit, so könnte man fragen, der Kinder- und Jugendarbeit in Westdeutschland und damit möglicherweise auch in Baden-Württemberg die jungen Menschen aus?

Hintergrund dieser vielleicht etwas ‚hölzern‘ gestellten Frage ist ohne Zweifel die zukünftig veränderte Altersverteilung der Bevölkerung. Als gesicherte Erkenntnis gilt, dass die Bevölkerungsgröße in Deutschland seit 2003, und mittlerweile auch in Westdeutschland, abnimmt und immer weniger Kinder geboren werden. Dies, gepaart mit einer steigenden Lebenserwartung, führt zu einem Anstieg des durchschnittlichen Lebensalters. So wird sich langfristig das Verhältnis zwischen jungen und alten Menschen hinsichtlich der Größe ihrer Population insgesamt weiter zu Ungunsten der jungen Bevölkerung verändern (vgl. StaBa 2006).

Diese Entwicklung gilt gleichermaßen für Baden-Württemberg, auch wenn hier der skizzierte demografische Wandel etwas später einsetzt sowie in seinen Ausprägungen im Vergleich weniger dramatisch ausfällt als in vielen anderen Regionen der Bundesrepublik. Das heißt beispielsweise:

- Nachdem die Bevölkerung in Baden-Württemberg seit den 1950er-Jahren gewachsen ist, und zwar in einem Ausmaß wie in keinem anderen Bundesland, wird die Bevölkerung ab 2012 von dann etwa 10,8 Mio. bis zum Jahre 2050 auf nur noch

140 Die Ergebnisse für die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung nach Altersjahren sind für Deutschland insgesamt über das Internet verfügbar (www.destatis.de). Für die unkomplizierte und umgehende Bereitstellung der Ergebnisse der im November durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg vorgelegten Bevölkerungsvorausberechnung ist an dieser Stelle Herrn Brachat-Schwarz zu danken.

141 Nach den Ergebnissen der im November durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg vorgelegten Bevölkerungsvorausberechnung (Hauptvariante) bestätigen sich diese Ergebnisse weitgehend bzw. fallen sogar etwas günstiger aus. Für den Zeitraum 2008 bis 2020 wird demnach die Zahl der 6- bis unter 12-Jährigen um 16%, die der 12- bis unter 18-Jährigen um 18% sowie die der 18- bis unter 27-Jährigen um 8% zurückgehen.

ca. 9,7 Mio. Einwohner sinken (vgl. StaLa 2009a, S. 15). In anderen westdeutschen Bundesländern hat dieser Bevölkerungsrückgang – blickt man beispielsweise nach Hessen, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen (vgl. StaBa 2008, S. 35) – bereits gegenwärtig eingesetzt (vgl. Destatis/Gesis-ZUMA/WZB 2008, S. 12) und wird zudem für die nächsten Jahre deutlicher ausfallen als für den Südwesten Deutschlands (vgl. auch Statistische Ämter 2007, S. 21f.).

- In den 1990er-Jahren lag die Zahl der jährlichen Geburten für Baden-Württemberg noch bei über 100.000. Zuletzt ist sie aber in den 2000er-Jahren auf etwas mehr als 90.000 pro Jahr zurückgegangen, während für das Jahr 2008 knapp 92.000 Geburten ausgewiesen wurden (vgl. Kap. 5.1.4). Diese Entwicklung wird sich – geht man von einer Geburtenziffer von 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau aus (vgl. StaLa 2006, S. 4) – in den nächsten Jahren nicht umkehren. Im Gegenteil. Für die kommende Dekade ab 2010 ist ein Absinken der Geburtenzahlen auf jährlich unter 90.000 zumindest nicht auszuschließen (vgl. StaLa 2009a, S. 21ff.), obgleich – je nach getroffenen Annahmen zu den Geburtenziffern – in anderen Vorausberechnungsvarianten die Zahl der Geburten in Baden-Württemberg bis 2020 nicht unter die 90.000-Marke sinken wird (vgl. Statistische Ämter 2007, S. 11f.). Real sind die Geburtenzahlen seit 2005 schwankend. Nach einem Rückgang zwischen 2005 und 2006 (-2%), ist in 2007 deren Anzahl wieder gestiegen, um dann 2008 erneut auf die bereits genannten ca. 91.800 Geburten abzufallen (-1%). Zum Vergleich: Das Statistische Bundesamt ging in seiner Vorausberechnung für das Jahr 2008 von lediglich 90.700 unter 1-Jährigen in Baden-Württemberg aus. Somit fallen die jüngsten Meldungen über die Geburtenzahlen zumindest vorübergehend etwas positiver aus als die ‚Regelannahmen‘ der Bevölkerungsvorausberechnungen. Bei den im November vorgelegten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamts sowie des Statistischen Landesamts wird in der so genannten ‚Standardvariante V1-W1‘ (Bund) oder auch in der Hauptvariante (Land Baden-Württemberg) wiederum von einer Geburtenrate von 1,4 Kinder je Frau für den Bund sowie 1,37 Kinder je Frau für Baden-Württemberg ausgegangen.
- In keinem anderen Bundesland werden die Menschen, und zwar Männer und Frauen, so alt wie in Baden-Württemberg. Die durchschnittliche Lebenserwartung für Männer liegt derzeit bei ca. 78 Jahren (Deutschland 77 Jahren) und die für Frauen bei 83 Jahren (Deutschland 82 Jahren) (vgl. Stala 2009a, S. 38). Und die Lebenserwartung wird – wie auch in ganz Deutschland – weiter ansteigen, und zwar bis zum Jahre 2050 auf 84 bzw. 88 Jahre. In der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamts wird diese Annahme ebenfalls getroffen, auch wenn man ferner davon ausgeht, dass sich die Zunahme der Lebenserwartung in den nächsten Jahrzehnten abschwächen wird (Pressemittlung des Statistischen Landesamts vom 11.11.09).
- Die bisher beschriebenen Entwicklungen des demografischen Wandels führen zu einem Anstieg des Durchschnittsalters für die Bevölkerung Baden-Württembergs.

Lag dieses im Jahr 2007 noch bei 42 Jahren, so wird sich dies bis zum Jahre 2020 auf 45 Jahre und bis 2050 auf fast 50 Jahre erhöht haben (vgl. StaLa 2009a, S. 43f.).¹⁴² Hiermit einher geht eine Reduzierung des Anteils der unter 20-Jährigen von 21% im Jahre 2007 auf 17% im Jahre 2020 sowie 15% im Jahre 2050. Entsprechend nimmt die Zahl der 60-Jährigen und Älteren im gleichen Zeitraum von 24% auf 29% bzw. 39% zu, während die Gruppe der 20- bis unter 60-Jährigen – also vor allem die potenziellen Erwerbspersonen – von 55% auf 46% zurückgehen wird.

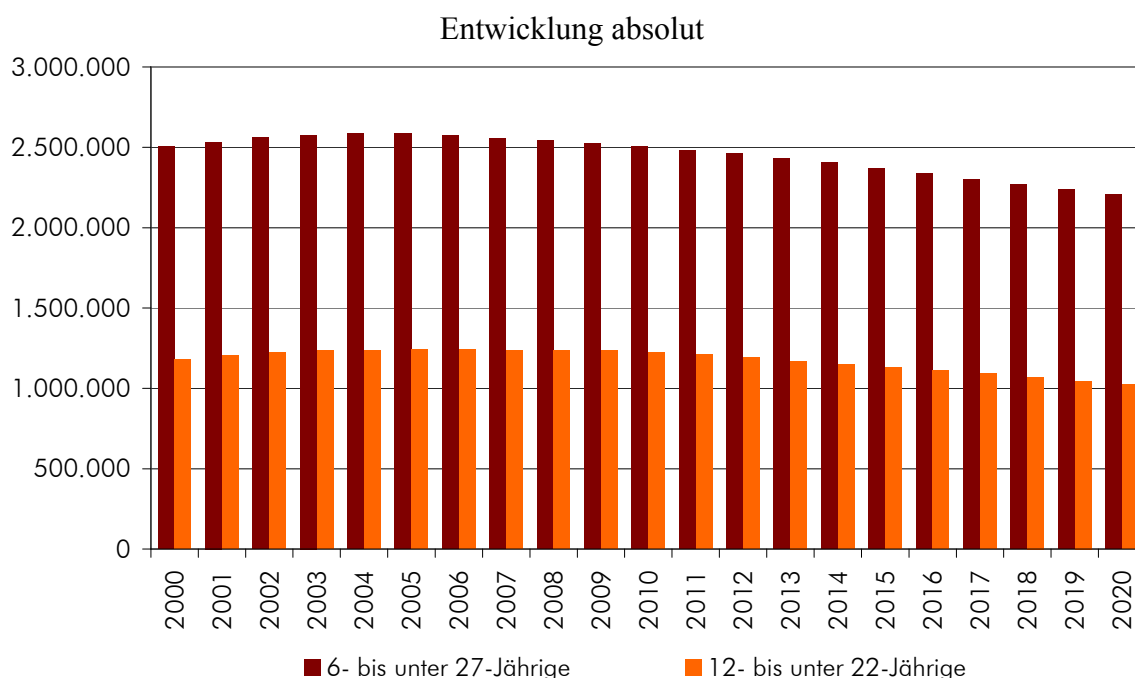
- Dass Baden-Württemberg das Bundesland mit dem größten Bevölkerungswachstum seit den 1950er-Jahren ist, geht vor allem auf die ‚Wanderungsgewinne‘ zurück. Etwa zwei Drittel der zu konstatierenden Zunahme bei den Einwohnerzahlen gehen auf die Nettozuwanderung und etwa ein Drittel auf die Geburtenüberschüsse zurück (vgl. StaLa 2009c, S. 16f.). Ein weiterer Effekt der beachtlichen Nettozuwanderung ist im Übrigen eine Verlangsamung des ‚Alterungseffekts‘, da die zugewanderten Personen in der Vergangenheit im Durchschnitt erheblich jünger waren als diejenigen, die in Baden-Württemberg gelebt haben. In den letzten Jahren ist die Nettozuwanderung allerdings deutlich zurückgegangen, und zwar von 69.000 im Jahre 2001 auf nur noch 18.000 im Jahre 2005.
- Bei der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes wird für die kommenden Jahre – ja nach Variante und Jahr – eine Nettozuwanderung pro Jahr zwischen 17.000 und 30.000 zugrunde gelegt (vgl. StaLa 2006, S. 4). Allerdings deuten die Ergebnisse für die Jahre 2006 bis 2008 darauf hin, dass diese Annahmen zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorausberechnung mit dem Basisjahr 2005 möglicherweise zu optimistisch sind. So betrugen die Wanderungsgewinne für die Jahre 2006 und 2008 jeweils weniger als 5.000 Personen; lediglich im Jahre 2007 lag dieser bei knapp 12.400.¹⁴³ Doch auch dieser Wert liegt immer noch unter den Annahmen der 11. Bevölkerungsvorausberechnung. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, so werden der Rückgang der Bevölkerung, aber auch die Verschiebungen im Altersaufbau langfristig für die nächsten Jahrzehnte deutlicher ausfallen als bislang angenommen. Dem trägt auch die im November 2009 seitens des Statisti-

142 Nach den Ergebnissen der im November 2009 vorgelegten Bevölkerungsvorausberechnung bestätigt sich für das Jahr 2020 ein Durchschnittsalter von 45 Jahren. Für das Jahr 2050 werden diesen Berechnungen zufolge 49 und nicht mehr 50 Jahre angenommen (vgl. Pressemitteilung des Statistischen Landesamts vom 11.11.09).

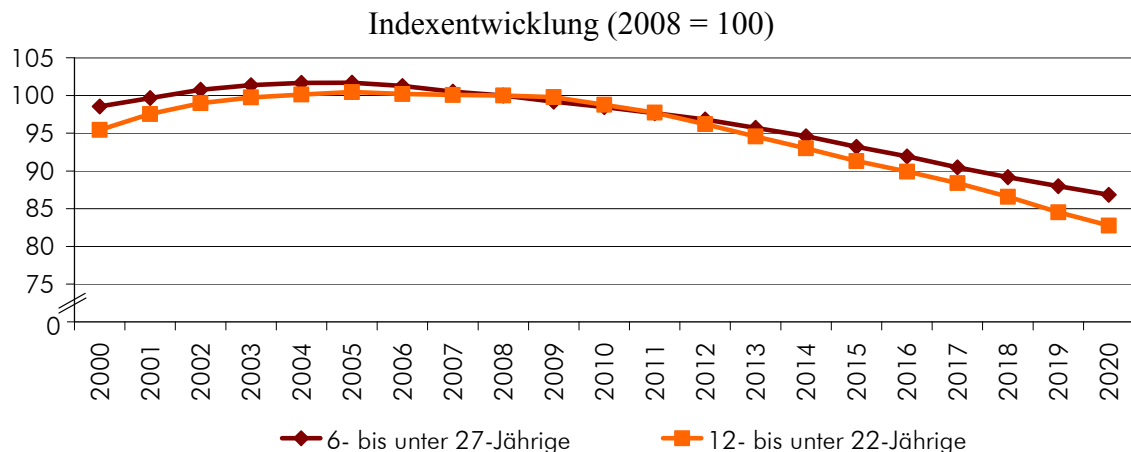
143 Diese Angaben sind auf den Seiten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg abrufbar (www.statistik.baden-wuerttemberg.de/BevoelkGebiet/Landesdaten v. 19.09.09). Gezählt werden hierbei sämtliche Wanderungsbewegungen (Gesamtwanderung). Zu berücksichtigen ist allerdings bei den Wanderungsdaten, dass ein Anstieg der Fortzugszahlen zumindest teilweise auf eine Bereinigung der kommunalen Melderegister durch die Einführung der Steuer-Identifikationsnummer zurückzuführen ist. Gleichwohl diese Bereinigungen notwendig sind, handelt es sich somit bei den ausgewiesenen Fortzügen zu einem nicht näher zu quantifizierenden Anteil auch um eine Bereinigung der Melderegister. Hierauf hat nicht zuletzt das Statistische Bundesamt in einer Pressemitteilung vom 04.11.09 verwiesen.

schen Landesamtes vorgelegte aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung Rechnung. Ausgegangen wird hier für die nächsten Jahre bis 2011 noch von Wanderungsgewinnen in einer Größenordnung von etwa 5.000 Personen pro Jahr. Ab 2012 erhöhen sich die Annahmen auf einen positiven Saldo in Höhe von etwa 10.000 Personen (vgl. Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes vom 11.11.09). Allerdings haben die Annahmen zur Wanderung für die Vorausberechnung der jüngeren Altersjahrgänge in den nächsten 10 Jahren eine weitaus geringere Relevanz als vor allem für die Altersgruppe der 20- bis unter 40-Jährigen bis 2020.

Abb. 23: Entwicklung der 6- bis unter 27-Jährigen und der 12- bis unter 22-Jährigen (Baden-Württemberg; 2000-2020¹; Ergebnisse der 11. Bevölkerungsvorausberechnung²)



– Fortsetzung nächste Seite –

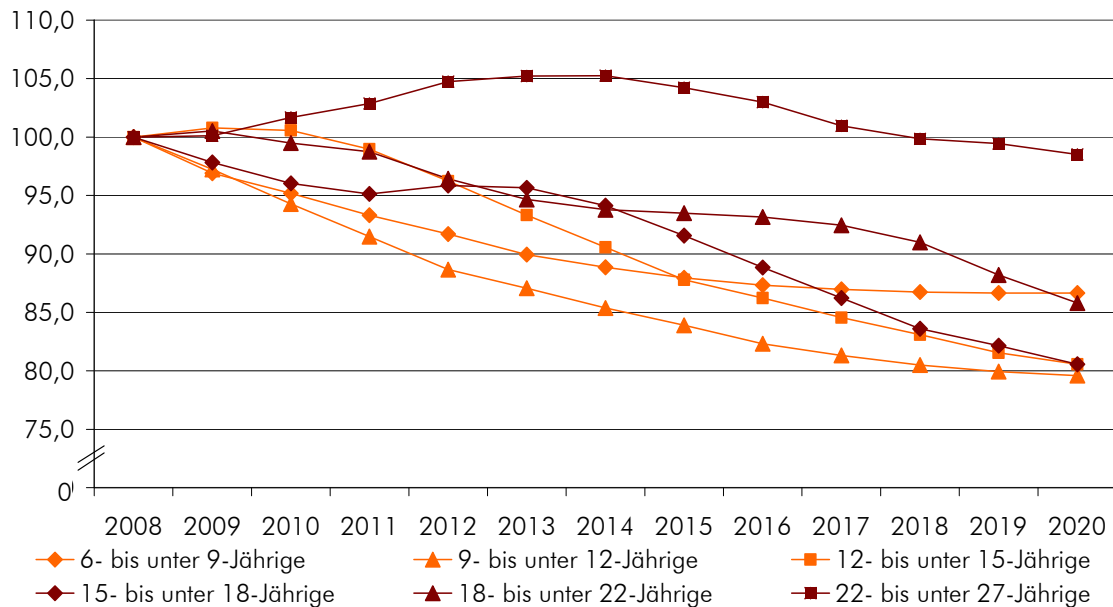


- 1 Die Ergebnisse für das Jahr 2008 sind entnommen aus der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes (siehe Anmerkung 2). Bei einem Vergleich der realen Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.2008 mit den auf der Basis der Ergebnisse des Jahres 2005 prognostizierten ergibt sich für das Jahr 2008 eine Abweichung um 0,3% für die 6- bis unter 27-Jährigen sowie von 0,5% für die 12- bis unter 22-Jährigen. Die Ergebnisse für den Zeitraum 2000 bis 2007 sind entnommen aus der Fortschreibung des Bevölkerungsbestandes.
- 2 Grundlage sind die Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes bis 2025 für Gemeinden in Baden-Württemberg ab 5.000 Einwohner. Für die aktuelle Bevölkerungsvorausrechnung war Ausgangspunkt der Bevölkerungsstand in den Kommunen gegliedert nach 100 Altersjahren und Geschlecht zum 31.12.2005. Ausführlichere Informationen hierzu sind u.a. nachzulesen bei StaLa (2006, 2009) sowie abzurufen unter: www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/BevProg/Methode.asp vom 01.08.09). Nach den Ergebnissen der im November 2009 vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Bevölkerungsvorausberechnung wird die Zahl der 6- bis unter 27-Jährigen im Jahre 2020 um etwa 0,2% sowie die der 12- bis 21-Jährigen um 0,2% höher ausfallen als hier ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

Blickt man vor dem Hintergrund dieser skizzierten allgemeinen Linien des demografischen Wandels in Baden-Württemberg auf konkrete Entwicklungen zu einzelnen Altersgruppen, und zwar insbesondere auf die 6- bis unter 27-Jährigen sowie auf die 12- bis unter 22-Jährigen als die potenziellen Alterskohorten der Kinder- und Jugendarbeit, so ist für den Zeitraum 2008 bis 2020 für den Südwesten Deutschlands von einem Rückgang in Höhe von 13% für die 6- bis unter 27-Jährigen bzw. 17% für die 12- bis unter 22-Jährigen auszugehen (vgl. Abb. 23). Werden demnach für 2008 noch etwas mehr als 2,5 Mio. 6- bis unter 27-Jährige in Baden-Württemberg gezählt, so wird sich diese Zahl bis zum Jahre 2020 auf voraussichtlich rund 2,2 Mio. verringern. Für die 12- bis unter 22-Jährigen ist im gleichen Zeitraum von einem Rückgang von derzeit etwas mehr als 1,2 Mio. auf rund 1 Mio. junge Menschen auszugehen. Damit setzt sich für beide Altersgruppen eine Entwicklung fort, die jeweils Mitte der 2000er-Jahre begonnen hat.

Abb. 24: Entwicklung ausgewählter Bevölkerungsgruppen im Alter zwischen 6 und 27 Jahren (Baden-Württemberg; 2008¹-2020; Ergebnisse der 11. Bevölkerungsvorausberechnung²)



1 Siehe Abb. 23

2 Siehe Abb. 23

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

Differenziert man diese Ergebnisse für die 6- bis unter 27-Jährigen weiter nach einzelnen Altersgruppen, so ist für den angegebenen Zeitraum von folgenden Entwicklungen für Baden-Württemberg auszugehen (vgl. Abb. 24):

- Bei den 6- bis unter 9-Jährigen, also insbesondere den Grundschulkinder bis zur dritten Klasse, ist für die nächsten 10 Jahre von einem Rückgang in Höhe von etwa 17% auszugehen.
- Für die 9- bis unter 12-Jährigen, also Kinder im Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I, fällt der zu erwartende Rückgang bis 2020 mit rund 20% sogar noch deutlicher aus.
- Die Zahl der 12- bis unter 15-Jährigen wird in den nächsten Jahren ähnlich deutlich zurückgehen. Bis 2020 ist auch für diese Altersgruppe ein Rückgang von landesweit ca. 20% zu erwarten. Dieser Trend wird vor allem ab 2011 einsetzen.
- Zu diesem Ergebnis kommt die Bevölkerungsvorausberechnung bis 2020 auch für die 15- bis unter 18-Jährigen. Zu unterscheiden ist dabei allerdings ein erster bescheidener Rückgang der Zahlen bis 2011 von einer Phase der Konsolidierung der Jahrgangsstärken bis 2014, eher bis 2020 dann eine deutliche Reduzierung der Jugendlichen dieses Alters zu erwarten ist.
- Bis 2011 wird sich die Zahl der 18- bis unter 22-Jährigen nur unwesentlich verändern. Erst in den Jahren darauf wird der rückläufige Trend deutlich. Bis 2020 ist alles in allem von einer Reduzierung um 14% bis 15% auszugehen.

- Einen anderen Verlauf als die bislang genannten Altersgruppen wird laut Bevölkerungsvorausberechnung die Altersgruppe der 22- bis unter 27-Jährigen nehmen. Bis 2014 ist sogar von einer Zunahme für diese Altersgruppe auszugehen, ehe dann in den folgenden Jahren die Jahrgangsstärken rückläufig sein werden. Gleichwohl werden 2020 nur unwesentlich weniger junge Menschen des genannten Alters in Baden-Württemberg leben als heute.

Geht man von diesen Veränderungen bei der Alterszusammensetzung junger Menschen in Baden-Württemberg insgesamt aus, so werden in den nächsten Jahren bis etwa 2015 vor allem die jüngeren Jahrgänge mengenmäßig an Bedeutung verlieren, während die Zahl der jungen Erwachsenen vorerst nur mäßig bzw. gar nicht zurückgeht. Ab 2015 werden sich allmählich die Jahrgangsstärken für die Grundschulkinder und später die Schüler der Sekundarstufe I auf dann erreichten Niveau stabilisieren, während die Zahl der Jugendlichen und jungen Volljährigen dann deutlich rückläufig sein werden.

Voraussetzung hierfür ist, dass die zugrundeliegenden Annahmen der 11. Bevölkerungsvorausberechnung eintreffen werden. Diesbezüglich ist festzuhalten, dass die jüngste Geburtenentwicklung zumindest tendenziell positiver als angenommen verläuft. Immerhin werden für die letzten Jahre mitunter steigende Geburtenzahlen ausgewiesen, während bei den Vorausberechnungsvarianten mit Basisjahr 2005 in der Regel zumindest vorerst von einem kontinuierlichen Rückgang ausgegangen wird.¹⁴⁴ Allerdings sind die zu erwartenden Effekte von dieser zurzeit noch günstigen Entwicklung auf das Gesamtvolumen und die Alterspyramide gering. Angenommen worden ist noch für die Jahre 2006 bis 2008 auf der Grundlage der 11. Bevölkerungsvorausberechnung von 274.500 Geburten. Tatsächlich sind im genannten Zeitraum zwar 276.687 Kinder geboren worden, allerdings liegt dieser Wert gerade einmal um 0,8% oder 2.187 Geburten höher als zunächst angenommen. So hat auch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg bei der Erstellung der im November 2009 vorgelegten Bevölkerungsvorausberechnung die Annahmen zur Geburtenziffer unverändert gelassen (Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes vom 11.11.09).

Keineswegs kann angesichts dessen also von Hinweisen gesprochen werden, die möglicherweise darauf hindeuten, dass die Zahl der Jugendlichen und jungen Volljährigen in einem deutlichen geringeren Ausmaße oder vielleicht sogar gar nicht zurückgehen wird. Vielmehr könnte genau das Gegenteil der Fall sein, wenn sich auch für die nächsten Jahre bewahrheitet, dass die Annahmen der hier zugrunde gelegten Bevölkerungsvorausberechnung zum Wanderungssaldo zu optimistisch waren. Zumindest für den Zeitraum 2006 bis 2008 konnte für Baden-Württemberg der in diesem Zusammenhang einkalkulierte ,Wan-

144 In der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird bei drei von vier dargestellten Szenarien von keiner Zunahme der Geburtenzahlen bzw. genauer der Geburtenhäufigkeit je Frau ausgegangen (vgl. StaBa 2006, S. 13f.).

derungsgewinn' nicht erreicht werden, sondern wurde deutlich verfehlt. Während nach den Annahmen der Statistiker zwischen 2006 und 2008 von einem positiven Wanderungssaldo in Höhe von 51.000 ausgegangen werden konnte, beträgt der tatsächliche Wanderungssaldo für den benannten Zeitraum lediglich 20.729 Personen. Während also in den letzten Jahren seit 2006 auf der einen Seite knapp 2.200 Kinder mehr Kinder als erwartet geboren worden sind, sind nicht ganz 30.300 Personen zu wenig nach Baden-Württemberg gekommen. Vor diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig, dass – wie bereits dargestellt – bei der im November 2009 vorlegten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes die Annahmen zur Wanderung erheblich nach unten korrigiert worden sind (Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes vom 11.11.09).

14.2 Der regionalisierte Blick – Unterschiede im Rückgang junger Menschen in Baden-Württemberg

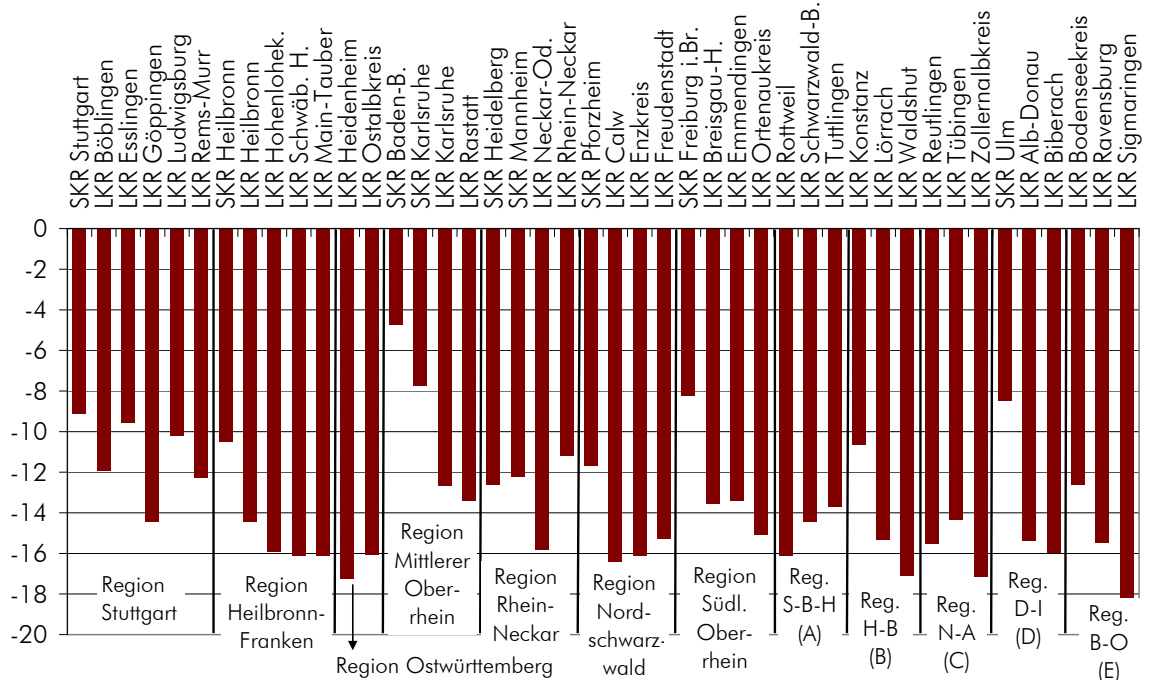
Diese für Baden-Württemberg insgesamt beschriebenen Entwicklungen werden allerdings nicht in sämtlichen Zuständigkeitsbereichen der Regionen und kommunalen Jugendamtsbezirken gleichermaßen verlaufen. Daher lohnt sich der Blick auf die zu erwartenden unterschiedlichen Ergebnisse für die Stadt- und Landkreise.¹⁴⁵

Blickt man hierzu zunächst auf die Ergebnisse für die Stadt- und Landkreise zu der zu erwartenden Entwicklung der 6- bis unter 27-Jährigen bis 2020, so zeigt sich, dass die Einzelergebnisse mitunter erheblich vom landesweit vorausberechneten 13-prozentigen Rückgang abweichen (vgl. Abb. 25):

- In keiner Region und in keinem Kreis Baden-Württembergs ist bis 2020 mit einer Zunahme der 6- bis unter 27-Jährigen zu rechnen.
- Der vorausberechnete Rückgang variiert jedoch zwischen gut 4% in Baden-Baden und mehr als 18% im Landkreis Sigmaringen.
- Generell ist zu beobachten, dass die Abnahme der in den Blick genommenen Altersgruppe in den Landkreisen höher ausfallen wird als in den Stadtkreisen. Während für die Städte der Rückgang zwischen den besagten 4% in Baden-Baden und 9% in Stuttgart variiert, liegt die zu erwartende Abnahme in den Landkreisen zwischen 10% in Esslingen und Ludwigsburg sowie 17% in Heidenheim und Waldshut bzw. die besagten 18% in Sigmaringen.
- Der durchschnittliche Rückgang der 6- bis unter 27-Jährigen schwankt in den Regionen zwischen 10% (Region Mittlerer Oberrhein) bzw. 11% (Region Stuttgart) und 16% (Region Neckar-Alb) bzw. 17% (Region Ostwürttemberg).

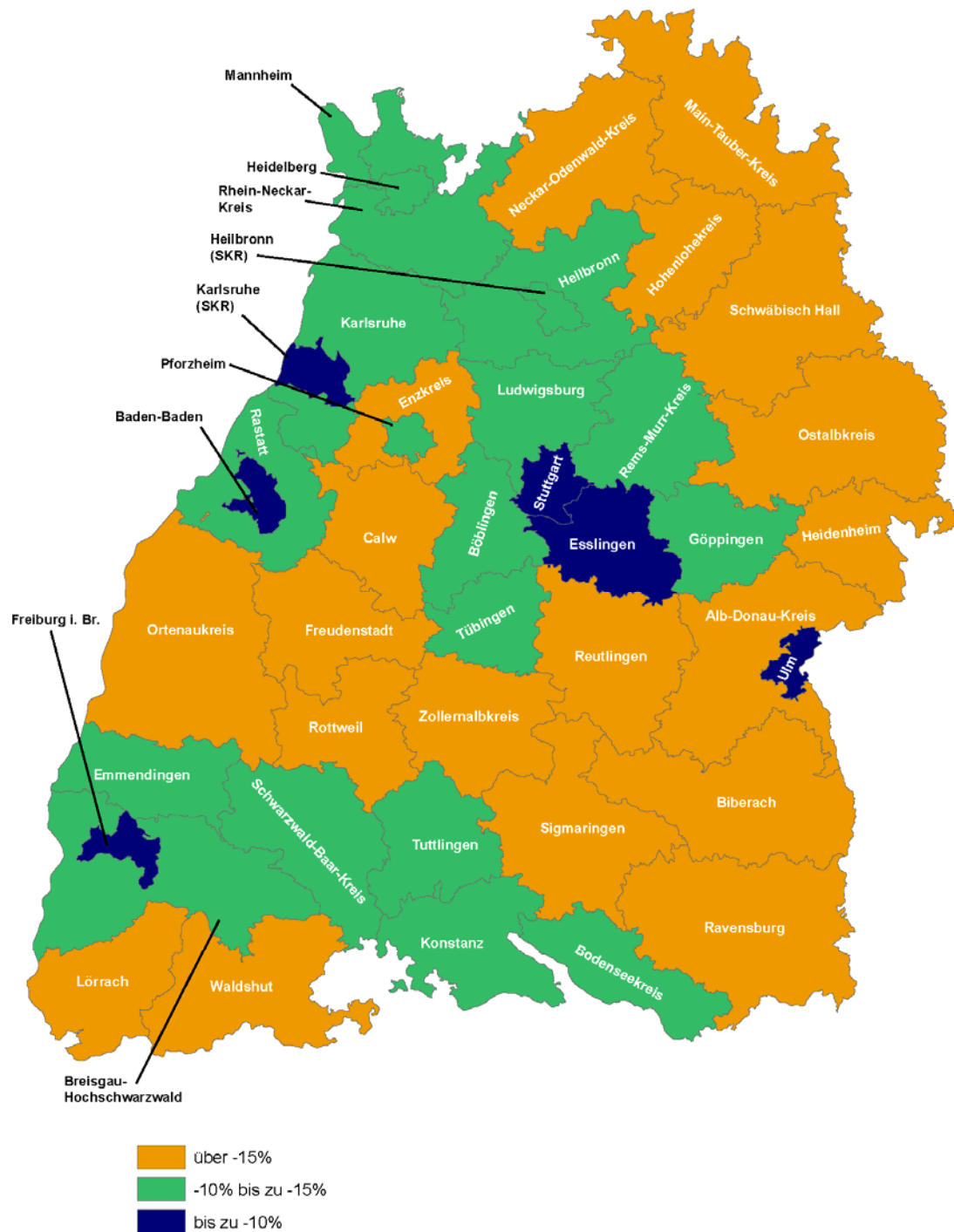
¹⁴⁵ Hierzu liegen noch keine Ergebnisse der im November 2009 vorgelegten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes mit Basisjahr 2008 vor. Die folgenden Auswertungen beziehen sich daher ausschließlich auf die Vorausberechnungen mit dem Basisjahr 2005.

Abb. 25: Entwicklung der 6- bis unter 27-Jährigen nach Regionen sowie Land- und Stadtkreisen (Baden-Württemberg; 2008¹-2020; in Prozent; Ergebnisse der 11. Bevölkerungsvorausberechnung²; Säulendiagramm, Karte)



Anmerkung zu den verwendeten Regionenabkürzungen: (A) Region Schwarzwald-Baar-Heuberg; (B) Region Hochrhein-Bodensee; (C) Region Neckar-Alb; (D) Region Donau-Iller; (E) Region Bodensee-Oberschwaben

– Fortsetzung nächste Seite –



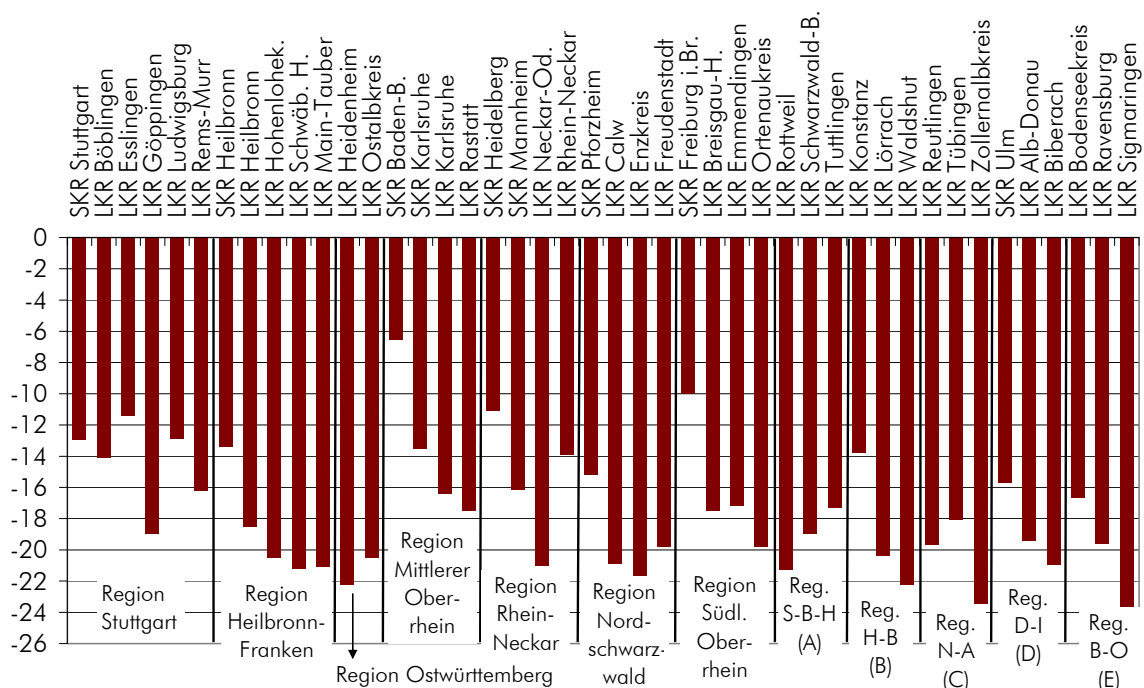
1 Die Ergebnisse für das Jahr 2008 sind entnommen aus der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes.

2 Siehe Abb. 23

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

Die Auswertungen für Baden-Württemberg haben gezeigt, dass innerhalb der 6- bis unter 27-Jährigen die Kohorte der 12- bis unter 22-Jährigen, und damit eine Altersgruppe, die zur zentralen Alterskohorte der Kinder- und Jugendarbeit gezählt werden kann, in besonderer Weise von einem Bevölkerungsrückgang betroffen ist. Während landesweit die Zahl der 6- bis unter 27-Jährigen bis 2020 um 13% zurückgehen wird, liegt dieser Wert für die 12- bis unter 22-Jährigen bei 17%. Entsprechend höher fallen bei Betrachtung dieser Altersgruppe auch die Bevölkerungsrückgänge in den Stadt- und Landkreisen aus, wobei kaum eine Region die landesweit ausgewiesene Quote erreicht.

Abb. 26: Entwicklung der 12- bis unter 22-Jährigen nach Regionen sowie Stadt- und Landkreisen (Baden-Württemberg; 2008¹-2020; in Prozent; Ergebnisse der 11. Bevölkerungsvorausberechnung²)



Anmerkung zu den verwendeten Regionenabkürzungen: (A) Region Schwarzwald-Baar-Heuberg; (B) Region Hochrhein-Bodensee; (C) Region Neckar-Alb; (D) Region Donau-Iller; (E) Region Bodensee-Oberschwaben

– Fortsetzung nächste Seite –



1 Die Ergebnisse für das Jahr 2008 sind entnommen aus der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes.

2 Siehe Abb. 23

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

Das heißt im Einzelnen (vgl. Abb. 26):

- Wie schon angesichts der Ergebnisse bei den 6- bis unter 27-Jährigen zu erwarten war, wird die Anzahl der 12- bis unter 22-Jährigen in keinem Kreis Baden-Württembergs bis 2020 zunehmen. Vielmehr wird diese Bevölkerungsgruppe um knapp 7% in Baden-Baden und bis zu 24% im Kreis Sigmaringen zurückgehen.
- Auch anhand dieser Altersgruppe zeigt sich einmal mehr, dass anteilig die Landkreise mit einem höheren Bevölkerungsschwund rechnen müssen als die Stadtkreise. Während sich in den Städten der Rückgang bis 2020 zwischen 7% und 16% bewegt, d.h. für die Stadt Mannheim mit dem höchsten Rückgang immer noch unter dem Durchschnittswert für die Landkreise insgesamt liegt –, ist für die Landkreise von Abnahmen in einer Größenordnung zwischen 11% (Landkreis Esslingen) und 24% (Landkreis Sigmaringen) auszugehen. In immerhin 18 der 35 Landkreise liegt dabei der Rückgang bei mehr als 20%.

In der Summe deuten diese regional untergliederten Daten an, dass insbesondere die ländlichen Regionen mit einem verstärkten Bevölkerungsrückgang bei den Kindern und Jugendlichen rechnen müssen – und dies bei einer ohnehin erschwerten sozialräumlichen Infrastruktur –, der dazu führen wird, dass sich vor allem dort die Frage der zukünftigen Gestalt der Kinder- und Jugendarbeit verstärkt stellen wird.

14.3 Vorausberechnung der Schüler- und Schülerinnenzahlen

Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen bilden zahlenmäßig die Hauptadressaten der Kinder- und Jugendarbeit. So gesehen ist es von besonderem Interesse, neben den Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung für zukünftige Planungen auch die Entwicklung der Anzahl der Schüler und Schülerinnen, in der sich mehr als nur die demografische Entwicklung ausdrückt, zu berücksichtigen. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg stellt für den Bildungsbericht und auch aktuell über seine öffentlich zugänglichen Datenbanken Daten zur Entwicklung und Prognose der Schüler- und Schülerinnenzahlen bereit. Entsprechend lässt sich abbilden, wie sich diese insgesamt und nach Schulformen in der jüngeren Vergangenheit entwickelt haben und wahrscheinlich in naher Zukunft entwickeln werden (vgl. Tab. 40).

Diese Daten sind einerseits ein mögliches Korrektiv für die Bevölkerungsvorausberechnungen, beinhalten aber andererseits auch mit Blick auf die Differenzierung nach Schulformen zusätzliche Informationen zur zukünftigen Zusammensetzung der Schülerschaft im Jugendalter nach deren sozialen Status. Mit Blick auf die Unterscheidung der Kinder- und Jugendarbeit in die offene und verbandliche Kinder- und Jugendarbeit können hieraus Schlussfolgerungen zur zahlenmäßigen Veränderung der potenziellen Adressatengruppen abgeleitet werden.

Vor diesem Hintergrund sind aus den Angaben zur Vorausberechnung der Schüler- und Schülerinnenzahlen an allgemeinbildenden Schulen folgende Befunde festzuhalten (vgl. Tab. 40):

- Sichtbar wird, dass zwischen 2008 und 2020 eine Netto-Abnahme von mehr als 230.000 Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen erwartet wird; das entspricht einem Rückgang um ca. 20 Prozent. Damit bestätigt sich der bereits anhand der Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnungen sichtbar gewordene Trend einer rückläufigen Anzahl junger Menschen als potenzielle Adressaten und Adressatinnen der Kinder- und Jugendarbeit. Demnach wird die Kinder- und Jugendarbeit mit ihren Angeboten und Strukturen im nächsten Jahrzehnt auf ein deutlich kleineres Reservoir an potenziellen Teilnehmerinnen und Teilnehmer treffen.¹⁴⁶
- Deutlich wird, dass sich die Realschulen und Gymnasien derzeit auf ihrem absolut höchsten Niveau befinden. Erst nach 2010 ist überall im Bereich der klassischen Schulformen der Sekundarstufe I und II, die von der klassischen Zielgruppe der Jugendarbeit (im Alter von ca. 11-19 Jahren) besucht werden, von einem Rückgang der Schülerinnen und Schülern in Höhe von etwa 123.000 bis 2020 auszugehen, was einem Rückgang von -21 Prozent entspricht. Aber auch wenn man, grob gerechnet, davon rund 20.000 Schülerinnen und Schüler dem G8-Effekt zuschreiben muss, so ist auf Landesebene unter dem Strich immer noch mit einem Rückgang der Anzahl von 100.000 Schülern und Schülerinnen auszugehen.¹⁴⁷ Angesichts der derzeitigen Zusammensetzung der Teilnehmenden an Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit wird dies für einen Großteil der Jugendverbandsarbeit nicht folgenlos bleiben (vgl. auch Kap. 7.1.4 und Kap. 15).
- Die Zahl der Schüler und Schülerinnen an Hauptschulen ist bereits in den letzten Jahren stetig zurückgegangen und wird sich bis zum Ende der nächsten Dekade weiter reduzieren. So werden bis 2020 etwa 23 Prozent weniger Hauptschüler und -schülerinnen gezählt als noch 2008. Dies wird aller Voraussicht nach Folgen insbesondere für die Offene Kinder- und Jugendarbeit haben, sofern davon auszugehen ist, dass die Besucher und Besucherinnen in den entsprechenden Einrichtungen Baden-Württembergs zu einem großen Teil diese Schulform besuchen (vgl. auch Kap. 7.2.3).

146 Nach 2020 scheinen sich die Schülerzahlen zumindest vorerst zu stabilisieren. So wird für den Zeitraum 2020 bis 2025 lediglich von einem Rückgang in Höhe von 20.000 Schülern bzw. Schülerinnen an allgemeinbildenden Schulen ausgegangen (-2%).

147 Zudem stellt sich aus der Perspektive der Kinder- und Jugendarbeit die Frage, inwieweit die früher aus der Schule ausscheidenden Schülerinnen und Schüler – die dann aber zum Teil aus Studien-/Ausbildungsgründen oder wegen Wehr- und Ersatzdienst auch ihren Lebensmittelpunkt wechseln –, noch mögliche oder tatsächliche Adressaten der Jugendarbeit bleiben (vgl. dazu Kap. 7.1).

Angesichts der zu erwartenden Entwicklung bei den Schüler- und Schülerinnenzahlen werden sich vermutlich Schließungen, verbunden mit strukturellen Reformen im Schulwesen, kaum vermeiden lassen. Es bleibt abzuwarten, inwiefern dies wiederum Auswirkungen auf eine möglich Kooperation von Jugendhilfe bzw. Jugendarbeit und Schule im Bereich der Sekundarstufe I haben wird.

Tab. 40: Entwicklung und Vorausberechnung der Schüler/innenzahlen an allgemeinbildenden Schulen für Baden-Württemberg (1995-2020; ab 2010: Prognose)

Schuljahr	Schüler/in- nen an allg. Schu- len insg.	davon ...								
		In- dex	Grund- schulen	In- dex	Haupt- schulen	In- dex	Real- schulen	In- dex	Gym- nasien	In- dex
Realentwicklung										
1995/96	1.196.738	95	461.413	110	206.505	127	199.732	81	256.979	75
2000/01	1.287.946	103	477.429	114	211.084	130	229.836	93	292.966	85
2005/06	1.301.886	104	452.015	108	194.437	120	244.798	99	328.449	96
2006/07	1.290.888	103	447.796	107	182.988	113	244.836	99	333.322	97
2007/08	1.290.072	103	435.881	104	172.972	106	244.834	99	340.191	99
2008/09	1.254.224	100	419.964	100	162.631	100	246.656	100	343.421	100
Vorausberechnete Entwicklung										
2010/11	1.221.000	97	402.500	96	155.100	95	240.900	98	342.400	100
2015/16	1.094.000	87	368.000	88	137.300	84	219.600	89	295.800	86
2020/21	1.022.000	81	359.200	86	125.900	77	200.000	81	267.600	78
Differenz '08-'20	-232.224		-60.764		-36.731		-46.656		-75.821	

1 Die Förderschulen und integrierte Schulformen wurden hier nicht berücksichtigt.

2 Der Rückgang der Schüler/innenzahlen an Gymnasien durch die Reduzierung der Schulzeit auf 12 Jahre und damit Wegfall der Jahrgangsstufe 13 ist in die Prognosen aufgenommen worden. Das Statistische Landesamt erwartet daher an Gymnasien allein zwischen 2011 und 2012 einen Rückgang von 342.000 auf 315.000 Schüler/innen.¹⁴⁸

3 Der Index wurde auf das Jahr 2006 festgesetzt, da diese Werte als Grundlage für die vorliegenden Berechnungen dienten.

Quelle: Statistisches Landesamt BW 2009

In den Regionen schwankt die durchschnittliche Bevölkerungsentwicklung der 12- bis unter 22-Jährigen bis 2020 zwischen 14% (Region Stuttgart) und 21% (Region Ostwürttemberg). Das Statistische Landesamt stellt in seiner Regionaldatenbank auch Daten der Modellrechnung für die Schüler- und Schülerinnenentwicklung in den Regierungsbezirken, Regionen und Kreisen vor.

148 Allerdings muss einschränkend berücksichtigt werden, dass die Umstellung der Gymnasien von G9 auf G8 eine eigene statistische Wirkung hat. So werden bspw. für das Jahr 2011 noch knapp 105.000 Sek-II-Schülerinnen und Schüler erwartet, während 2012 nur noch von knapp 82.000 auszugehen ist (vgl. Statistisches Landesamt 2009).

Tab. 41: Voraussichtliche Entwicklung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen (2007-2015; absolut und in Prozent)

Schuljahr	Grund- schulen	Index	Haupt- schulen	Index	Real- schulen	Index	Gym- nasien	Index
Regierungsbezirk Stuttgart								
2007/08	163.600	100	61.945	100	94.945	100	125.885	100
2008/09	159.760	98	58.960	95	94.675	100	126.800	101
2009/10	155.795	95	57.020	92	94.615	100	127.170	101
2010/11	152.140	93	55.850	90	94.125	99	126.780	101
2011/12	148.740	91	54.815	88	93.745	99	125.555	100
2012/13	146.100	89	53.530	86	92.530	97	115.265	92
2013/14	143.680	88	52.240	84	90.490	95	112.680	90
2014/15	141.400	86	51.060	82	88.435	93	111.065	88
2015/16	139.690	85	49.855	80	86.360	91	108.530	86
Differenz	-20.070		-9.105		-8.315		-18.270	
Regierungsbezirk Karlsruhe								
2007/08	105.600	100	40.510	100	54.680	100	85.525	100
2008/09	103.145	98	38.445	95	54.395	99	86.075	101
2009/10	100.420	95	37.185	92	54.285	99	86.220	101
2010/11	98.275	93	36.400	90	53.970	99	85.965	101
2011/12	96.315	91	35.700	88	53.725	98	84.970	99
2012/13	94.550	90	34.865	86	53.005	97	78.005	91
2013/14	93.015	88	33.985	84	51.815	95	76.270	89
2014/15	91.335	86	33.220	82	50.640	93	75.250	88
2015/16	90.085	85	32.465	80	49.465	90	73.660	86
Differenz	-13.060		-5.980		-4.930		-12.415	
Regierungsbezirk Freiburg								
2007/08	89.845	100	38.620	100	50.175	100	66.675	100
2008/09	87.435	97	36.645	95	49.875	99	67.010	101
2009/10	84.825	94	35.360	92	49.720	99	66.990	100
2010/11	82.435	92	34.580	90	49.405	98	66.705	100
2011/12	80.835	90	33.845	88	49.085	98	65.850	99
2012/13	79.025	88	32.965	85	48.365	96	60.365	91
2013/14	77.615	86	32.025	83	47.170	94	58.895	88
2014/15	76.295	85	31.175	81	45.940	92	57.935	87
2015/16	75.050	84	30.420	79	44.815	89	56.600	85
Differenz	-12.385		-6.225		-5.060		-10.410	
Regierungsbezirk Tübingen								
2007/08	77.050	100	31.680	100	44.380	100	60.105	100
2008/09	74.245	96	30.050	95	44.060	99	60.260	100
2009/10	71.730	93	28.960	91	43.860	99	60.115	100
2010/11	69.600	90	28.230	89	43.415	98	59.590	99
2011/12	67.545	88	27.625	87	43.100	97	58.730	98
2012/13	66.155	86	26.845	85	42.360	95	53.620	89
2013/14	64.910	84	26.065	82	41.265	93	52.170	87
2014/15	63.900	83	25.310	80	40.135	90	51.205	85
2015/16	63.225	82	24.545	77	38.965	88	49.835	83
Differenz	-11.020		-5.505		-5.095		-10.425	

Quelle: Datenbank des Statistischen Landesamts 2009/© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2009

Auf der Ebene der vier Regierungsbezirke lässt sich durch die Indexbildung ablesen, dass bis 2015 keine gravierenden landesimmanenten Unterschiede zu erwarten sind (vgl. Tab. 41), dass aber auch hier die Hauptschulen die größten Verluste zu verzeichnen haben werden.¹⁴⁹

Alle diese Entwicklungen machen deutlich, dass sich die Kinder- und Jugendarbeit im nächsten Jahrzehnt auf eine schrumpfende Zahl an jungen Menschen einstellen muss, dass dies auch zu Veränderungen im regionalen Schulangebot und den Schularten führen kann und beides in der Summe auch Rückwirkungen auf die Kinder- und Jugendarbeit haben wird. Dies müssen nicht und werden aller Voraussicht auch nicht im 1 : 1-Maßstab in der Kinder- und Jugendarbeit zum Tragen kommen, sie können aber auch nicht einfach ignoriert werden. Vereinfacht formuliert: Die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg wird sich in Anbetracht dessen auf eine neue Zukunft einstellen müssen.

149 Der Blick auf den regionalen Vergleich macht unterdessen deutlich, dass sich Unterschiede eher zwischen den Kreisen ergeben (vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung/Statistisches Landesamt für Statistik Baden-Württemberg 2007, S. 271). Hierauf wird an dieser Stelle allerdings nicht weiter eingegangen, sondern stattdessen wird auf die unterschiedlichen Entwicklungen in den Kreisen auf der Grundlage der Bevölkerungsvorausberechnungen verwiesen (vgl. Kap. 14.2).

15 Kinder- und Jugendarbeit 2020 – konzeptionelle Herausforderungen

Die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit lässt sich nicht allein empirisch umschreiben, lässt sich nicht nur aus vorliegenden oder prognostisch ausgerichteten Datensätzen ableiten. Daher soll in diesem Kapitel zunächst die konzeptionelle Seite einer zukünftigen Kinder- und Jugendarbeit im Vordergrund stehen. Auf der Basis sich aktuell abzeichnender gesellschaftlicher Entwicklungen werden mögliche Zukunftsentwürfe umschrieben sowie Herausforderungen benannt, die sich inhaltlich und konzeptionell im Zuge der Gestaltung und Weiterentwicklung einer zukunftsfähigen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg abzeichnen. Dabei sollen die beschriebenen vier Faktoren „Demografie“, „Zeit“, „Finanzen“ und „Selbstverständnis“, die die gesellschaftliche Bedeutung und Funktion der Kinder- und Jugendarbeit in der Zukunft beeinflussen werden, erneut aufgegriffen werden. Erst im Anschluss an diese konzeptionellen Überlegungen wird dann mittels quantitativer Zukunftsentwürfe geprüft, welche Antworten die Kinder- und Jugendarbeit auf die beschriebenen inhaltlichen Herausforderungen auf der Basis je unterschiedlicher finanzieller Rahmenbedingungen geben kann (vgl. Kap. 16).

Um eine Rahmung der nachfolgenden Überlegungen zu eröffnen, soll zunächst in einem ersten Schritt die aktuelle Lage der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg kurz bilanzierend rekapituliert werden. Diesem Modell der Fortschreibung der aktuellen Situation und deren Verlängerung in die Zukunft hinein sollen zukunftsfähige Entwürfe der Weiterentwicklung gegenübergestellt werden, die konzeptionelle Bausteine, Elemente und inhaltliche Herausforderungen für eine innovationsorientierte und gesellschaftlich relevante Kinder- und Jugendarbeit des 21. Jahrhunderts enthalten.

15.1 Die Fortschreibung der heutigen Kinder- und Jugendarbeit

Resümiert man die Befunde zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg, so deuten sich gegenwärtig einige Entwicklungen an, die bei einem einfachen „Weiter so“ die gesellschaftliche Bedeutung und Reichweite der Kinder- und Jugendarbeit eher schwächen als stärken. Diese Entwicklungen sollen hier zusammenfassend skizziert werden, um auf diese Weise ein Gespür dafür zu erlangen, wie sich diese Entwicklungen auf eine zukünftige Kinder- und Jugendarbeit auswirken, sofern keine gezielte konzeptionelle und finanzielle Gegensteuerung erfolgt.

Demografische Entwicklung: Wie bereits in Kapitel 5 dargestellt, muss bis zum Jahr 2020 ganz unstrittig von einer abnehmenden Zahl an Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg ausgegangen werden. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum, was unter dem Strich voraussichtlich auch zu Rückgängen bei der Inanspruchnahme der Angebote

und dem Potenzial beim ehrenamtlichen Engagement führen dürfte. Mit Blick auf die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit weist beispielsweise der sichtbare Rückgang der Taufen, der konfessionellen Bindungen und der Kirchenmitglieder in eine ähnliche Richtung (vgl. Kap. 5.3).¹⁵⁰

Finanzielle Ressourcen: Eine einfache Umrechnung der aktuell zur Verfügung gestellten Finanzmittel auf die im Jahr 2020 geringere Anzahl an Kindern und Jugendlichen würde faktisch zu deutlichen Minderausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit führen. Insbesondere für junge Menschen in ländlichen Gebieten Baden-Württembergs würde ein solches Verfahren eine weitere relative Verschlechterung mit Blick auf die lokal erreichbaren, nicht-kommerziellen Angebote mit sich bringen und in Teilen auch zu einer Bestandsgefährdung der Kinder- und Jugendarbeit in ländlichen Regionen beitragen. Für die Sportvereine kommt hinzu, dass in vielen Fällen die für den eigenen Haushalt notwendige öffentliche Förderung von der Zahl der Kinder und Jugendlichen abhängt (vgl. Breuer/Wicker 2009, S. 149).

Soziale Teilnahmeselektion: Teilnehmende und ehrenamtlich engagierte junge Menschen in den Jugendverbänden in Baden-Württemberg sind in der Regel sozial gut integriert und haben meist eine gute schulische Bildung. Hauptschüler und -schülerinnen, aber auch junge Menschen mit Migrationshintergrund, sind in den Verbänden deutlich unterrepräsentiert. Daraus folgt, dass die Kinder- und Jugendarbeit, insbesondere in ihrer ehrenamtlichen Ausprägung, eine wachsende Zahl von Heranwachsenden, insbesondere in den größeren Städten, nicht mehr ohne Weiteres erreicht. Die stabilen, traditionellen Milieus, die durch eine gewisse Einheitlichkeit von Inhalten, Werten und Stilen gekennzeichnet sind und sich darüber auch bestimmten Jugendorganisationen verbunden fühlen, nehmen ab. Mit anderen Worten: Die Homogenität von Milieus schwindet. Heute sprechen Jugendverbände nur noch Teile der jugendlichen Milieus, Szenen, Kulturen und Cliques an. Bleiben sie ihrer traditionellen Selbstergänzungslogik verhaftet, so finden beispielsweise moderne, damit nicht-korrespondierende Milieus, junge Menschen mit Migrationshintergrund oder bildungsferne bzw. sozial benachteiligte Jugendliche auch weiterhin nur in Ausnahmefällen einen Zugang zu den entsprechenden Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit. Anders sieht es in dieser Hinsicht im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg aus: Von den Einrichtungen sowie von den Angeboten der aufsuchenden

150 In beiden Kirchen macht man sich schon seit längerem auf den unterschiedlichen Ebenen Gedanken, wie die Entwicklung der Kirche angesichts der demografischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungsprozesse, aber auch der veränderten Haltungen und Wertorientierungen der Individuen, zukunftsweisend gestaltet werden kann (vgl. etwa Bischöfliches Ordinariat 2002). Beispielsweise erörtert Bischof Huber in einem Impulspapier des Rates der EKD Möglichkeiten, den o.g. Tendenzen des Rückgangs der Mitglieder entgegen zu steuern und „gegen den Trend wachsen zu wollen“ bzw. zumindest den jetzigen Anteil von 31,3 Prozent der deutschen Bevölkerung als Mitglieder der evangelischen Kirche zu erhalten (vgl. Huber 2009).

bzw. mobilen Arbeit werden insbesondere Hauptschüler/innen, aber auch Migrantenjüngliche angesprochen. Vielfach stellen dort die jungen Menschen mit Migrationshintergrund heute die Mehrheit der Besucher und Besucherinnen.¹⁵¹ Der Sport nimmt hier eine Zwischenstellung ein. Auch wenn er bis heute eine große Mehrheit von Kindern und Jugendlichen und eben auch viele Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus „bildungsferneren“ Schichten noch am ehesten erreicht, sind diese in den Sportvereinen dennoch unterrepräsentiert.

Verschiebungen im Alter der Zielgruppen: Bei den Zielgruppen der Kinder- und Jugendarbeit zeichnet sich vielerorts eine altersmäßige Verschiebung von Jugendlichen hin zu Kindern ab, während zugleich die Teilnahme junger Menschen ab dem 16. Lebensjahr deutlich zurückgeht. Diese Entwicklung lässt sich tendenziell sowohl in den Jugendverbänden (vgl. Kap. 7.1.4) als auch in der offenen Arbeit (vgl. Kap. 7.2), in der kirchlichen Jugendarbeit (vgl. Kap. 8.1.2) ebenso wie im Sport beobachten (vgl. Kap. 8.2.4). So überwiegen in den Gruppen der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit in Württemberg inzwischen die Kinder unter 13 Jahren; deutlich weniger als die Hälfte der Heranwachsenden aus den ehemaligen Kindergruppen finden den Weg in eine Jugendgruppe (ab 16 Jahren). Dies zeigt sich ähnlich auch in der katholischen Kinder- und Jugendarbeit, wo die 13- bis 16-Jährigen (mit 33% aller Gruppenteilnehmer/innen) etwas stärker vertreten sind als die jüngeren Kinder (mit 30%). Im Sport ist die absolute Zahl der 7- bis 14-Jährigen doppelt so groß wie die der 19- bis 26-Jährigen. Auch in der Offenen Arbeit nehmen immer mehr Kinder teil; so ist beispielsweise in den Mannheimer Einrichtungen mehr als die Hälfte der Besucher und Besucherinnen unter 14 Jahre alt. Die Kinder- und Jugendarbeit muss sich daher in Zukunft noch stärker auf die Arbeit mit jüngeren Altersgruppen einstellen.

Zeitverdichtung: Immer wieder wird aus der Praxis der Kinder- und Jugendarbeit berichtet, dass ehrenamtliche Jugendliche ab etwa 17 Jahren wegen Zeitmangels, insbesondere aufgrund der G8-Gymnasien sowie der verkürzten und verdichteten Bachelor-Studiengänge, sich vermehrt aus der Jugendverbandsarbeit zurückziehen. Der langsame, aber stetige Ausbau von Ganztagschulen, der vielfach auch zu einer zeitlichen Ausweitung der

151 Pfeiffer/Rabold/Baier (2008) haben mit ihrem Forschungsbericht zu Jugendgewalt und Jugenddelinquenz und der Frage, ob Freizeitzentren eigenständige Verstärkungsfaktoren der Jugendgewalt seien, eine Diskussion in Gang gesetzt, die auf Grund der empirisch unzulänglichen Datenlage noch keine endgültige Beantwortung der Frage im Sinne einer Bejahung oder Verneinung der Vorwürfe zulässt. Schon einige frühere Studien geben Hinweise, dass in Jugendfreizeitstätten eine Konzentration Jugendlicher stattfindet, die durch einen niedrigen gesellschaftlichen Status und teilweise deviantes Verhalten gekennzeichnet seien (vgl. zusammenfassend Schmidt 2009). Die Tatsache, dass in den Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit überproportional viele ökonomisch, sozial und kulturell benachteiligte, überwiegend männliche Jugendliche, Hauptschüler und -schülerinnen sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund zu finden sind (vgl. Kap. 7), weist allerdings auch darauf hin, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit weitestgehend das einzige Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe ist, dass von dieser Gruppe Heranwachsender freiwillig besucht wird. Damit besteht die Chance, einer sonst schwer zu erreichenden Klientel Räume sowie Unterstützungs- und Integrationsangebote zu offerieren.

täglichen Schulzeit bis weit in den Nachmittag hinein führt, wird es für die Kinder- und Jugendarbeit zudem schwieriger machen, Kinder und Jugendliche jenseits der Ganztagesangebote für ihre nachmittäglichen Angebote zu begeistern, da der größte Teil der teilnehmenden jungen Menschen Schüler oder Schülerinnen sind.

Inhaltliche Konkurrenz: Neben den zeitlichen Friktionen zwischen Jugendarbeit und Schule könnten sich auch inhaltliche Konkurrenzen entwickeln, da zunehmend auch die Inhalte und Methoden der Kinder- und Jugendarbeit in das Nachmittagsprogramm der Ganztagschule Einzug halten, ohne dass diese selbst dementsprechend eingebunden wird. Hier stellt sich mehr denn je die Frage nach dem Verhältnis der Kinder- und Jugendarbeit zum Ausbau der Ganztagschulen, aber auch zu deren konzeptioneller Erweiterung und Annäherung an Elemente der Kinder- und Jugendarbeit.

Nachwuchsgewinnung: Die Kinder- und Jugendarbeit ist auch in Baden-Württemberg mit Blick auf ihre Angebote heutzutage nur noch ein Anbieter unter vielen, kommerziellen wie nicht-kommerziellen. Das Angebot der Kinder- und Jugendarbeit ist weiter denn je davon entfernt, für Kinder und Jugendliche exklusiv zu sein. Im Gegenteil: Die Kinder- und Jugendarbeit muss sich allerorten, verstärkt aber in städtischen Regionen, in vielfältigen Konkurrenzen zu anderen Anbietern, aber auch zu informellen Cliquen, Szenen und Jugendkulturen, zu erheblich ausgeweiteten Medienangeboten, zu schulischen Angeboten sowie zu vielfältigen anderen konsumorientierten Möglichkeiten der Freizeitgestaltung behaupten. Dabei hat vor allem der rasante Wandel des Medienangebots das Freizeitverhalten Heranwachsender in den letzten Jahren stark verändert. Insofern wird es ganz generell schwieriger, Kinder – und das auch in einer größeren Anzahl – zu gewinnen und, mehr noch, sie als Jugendliche zu halten.

Ehrenamtlichkeit: Da die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg in den zahlreichen Vereinen und Gruppen auf lokaler Ebene überwiegend ehrenamtlich geprägt ist, ist vor allem die Zukunft der Jugendverbandsarbeit und auch der Sportvereine in zentraler Weise vom Grad des ehrenamtlichen Engagements in den örtlichen Gruppierungen abhängig. Hierbei darf ein strukturelles Dilemma nicht außer Acht gelassen werden: Sofern die Kontinuität dieser Form des Engagements vor Ort einmal unterbrochen ist, können sich – insbesondere für kleine Verbände ohne finanziell und personell starke Erwachsenenorganisationen – Schwierigkeiten der Fortsetzung und Wiederaufnahme ergeben, da hierfür dann oft kein personelles Potenzial mehr als Impulsgeber vorhanden ist – bis hin zum völligen Wegbrechen der so organisierten ehrenamtlichen Jugendarbeit vor Ort, insbesondere in ländlichen Gebieten.

Auch für die Offene Kinder- und Jugendarbeit, deren Strukturen hauptsächlich von beruflichen Fachkräften getragen werden, stellt die ehrenamtliche Arbeit vielerorts einen wichtigen ergänzenden Faktor zur Gewährleistung ihrer Angebotspalette dar. Wird es in Zu-

kunft – etwa im Zusammenhang mit der Zeitkonkurrenz zur Schule oder in Anbetracht des demografisch bedingten, zahlenmäßigen Rückgangs der älteren Jugendlichen – schwieriger, junge Menschen für ein ehrenamtliches Engagement zu begeistern, zu gewinnen, zu qualifizieren und zu binden, dann bleibt diese Entwicklung auch nicht folgenlos für die Landschaft der Offenen Arbeit.

Jugendarbeit auf dem Land: Die Kinder- und Jugendarbeit auf dem Land verfügt, gemessen an der Zahl der Kinder und Jugendlichen, über weit weniger Einrichtungen und weit weniger berufliches Personal als jene in den Städten. Auch die finanziellen Aufwendungen auf der kommunalen Ebene pro 12- bis 21-Jährigem sind in den Landkreisen deutlich geringer als in den Städten. Bei den Landjugendverbänden verfügen in der Regel nur die Verbandszentralen in den größeren Städten oder regionalen Zentren über berufstätiges Personal, etwa durch Bildungsreferentinnen oder -referenten. Dabei nehmen derzeit Kinder und Jugendliche auf dem Land in weit größerem Ausmaß als Heranwachsende in den Städten an Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit teil. Mit der Zusammenführung von Schulen, die ggf. zu verlängerten Fahrwegen für die Schüler und Schülerinnen führt, sowie der zeitlichen Ausweitung von Schule bis weit in den Nachmittag hinein (Ganztagschule), wird es für die Kinder- und Jugendarbeit zunehmend schwieriger, Kinder und Jugendliche außerhalb der schulischen Kontexte in ihre Aktivitäten einzubinden. Hinzu kommt, dass der demografische Wandel insbesondere in ländlichen Regionen zu einem deutlichen Rückgang von Kindern und Jugendlichen bis zum Jahr 2020 führen wird.

Fachlichkeit und Professionalität: Die hohe Zahl an Ehrenamtlichen ermöglicht bislang eine große Anzahl an Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Allerdings werden die vielschichtigen Aufgaben und Anforderungen einer zukunftsfähigen Kinder- und Jugendarbeit auf Dauer nicht allein auf ehrenamtlicher Basis realisiert werden können. So können beispielsweise Aufgaben der sozialen Integration und der Förderung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch von bildungsfernen und sozial benachteiligten Jugendlichen in großen Teilen nicht ohne ergänzendes berufliches Personal angemessen erbracht werden. In Anbetracht der komplexeren Rahmenbedingungen sowie der gestiegenen pädagogischen, fachlichen und organisatorischen Anforderungen benötigt Ehrenamtlichkeit in Anbetracht dessen in zunehmendem Maße eine berufliche Unterstützung, die mit den derzeitigen finanziellen und personellen Ressourcen jedoch nicht ausreichend geleistet werden kann.

Für den Erhalt flächendeckender Strukturen sowie für die Kontinuität, Zuverlässigkeit, Planbarkeit und Qualität der Kinder- und Jugendarbeit ist die derzeitige Ausstattung an beruflichem Personal, insbesondere in ländlichen Gebieten, eindeutig zu gering. Ohne eine Mindestausstattung an beruflichem Personal sind die gesamten Strukturen einer ehrenamtlich organisierten Kinder- und Jugendarbeit in ihrem Bestand, in ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Funktionalität gefährdet. Eine Herausforderung wird in Zukunft infolgedessen

darin liegen, wie es gelingt, Hauptberuflichkeit so zu dosieren, dass sie auf der einen Seite das zivilgesellschaftliche Potenzial des freiwilligen Engagements eher befördert als behindert, dass aber auf der anderen Seite neben den Ebenen von Gemeinschaft und Solidarität auch die Dimensionen des Wissens und Könnens, also der Fachlichkeit zum Tragen kommen.

Arbeitsschwerpunkte des beruflichen Personals: Bei den hauptberuflich Tätigen in den stark ehrenamtlich strukturierten Jugendorganisation zeichnet sich in den letzten Jahren eine Verschiebung der Aufgabenschwerpunkte ab: Die traditionelle pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Dagegen nehmen jene Aufgaben zu, die sich auf die Sicherung und Weiterentwicklung der politischen, strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen beziehen sowie die Aufgaben mit Blick auf die Kooperation und Vernetzung im Sozialraum. Damit die Mitarbeiter/innen diese zusätzlichen Arbeitsinhalte bewerkstelligen können, sind Fort- und Weiterbildungen erforderlich. Zugleich bleibt jedoch zu berücksichtigen, dass angesichts der veränderten, instabiler gewordenen Lebenslagen vieler Heranwachsender beruflich qualifiziertes Personal auch für die pädagogische Seite der Kinder- und Jugendarbeit unverzichtbar ist.

Altersstruktur der Fachkräfte: Der Anteil der jüngeren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen geht beim beruflichen Personal weiter zurück. Anhand der aktuellen Daten lässt sich folgern, dass die berufliche Kinder- und Jugendarbeit dementsprechend im Jahr 2020 mehrheitlich von 40- bis 60-Jährigen erbracht wird. Die bei jüngeren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen oft noch bestehende jugendkulturelle Affinität zu den Kindern und Jugendlichen ist bei einem alternden beruflichen Personal in aller Regel weitaus weniger vorhanden, so dass die Möglichkeiten generativer Gemeinsamkeiten mit Blick auf Interessen, Vorlieben, Geschmack etc. abnehmen.

Kooperation mit Schule: Es bestehen unterschiedliche Kooperationsformen und -projekte mit Schulen wie beispielsweise Schülermentoren- oder Jugendbegleiter-Programme oder Projekte mit sozialen Einrichtungen. In Bezug auf die Beteiligung an Ganztagschulen stellt sich die Situation zurzeit so dar, dass die Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit über das Land Baden-Württemberg nicht systematisch und verbindlich eingebunden werden. So verläuft die Kooperation mit Ganztagschulen über das Jugendbegleiter-Programm eher auf einer individuellen Ebene, insofern dort mehrheitlich Einzelpersonen ohne organisatorische Anbindung aktiv werden, während – sieht man einmal vom Sport ab – die Träger der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit nur marginal vertreten sind.

Fazit: Die Kinder- und Jugendarbeit bildet neben Familie und Schule immer noch ein wichtiges Sozialisationsfeld und eine wichtige Lernwelt. Dabei ist insbesondere die Jugendverbandsarbeit geprägt von Freiwilligkeit, Ehrenamtlichkeit, Partizipation und Selbstorganisation. Sie bietet in gewisser Weise einen Gegenentwurf zum formalen Bildungssy-

stem, aber auch zu den familiären Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen. Mit den traditionellen Rekrutierungsstrategien und Konzepten sowie den derzeitigen Personal- und Finanzressourcen lassen sich jedoch weder die Angebote, Aufgaben und Arbeitsfelder im erforderlichen Umfang erweitern, noch neue Zielgruppen erschließen, aber auch nicht die Kooperation und Vernetzung mit anderen Akteuren im Sozialraum entscheidend vorantreiben.

Wenn die ehrenamtlich organisierten Felder der Kinder- und Jugendarbeit ihre Eigenständigkeit bewahren wollen und sich nicht am gesellschaftlichen Großprojekt Bildung in verbindlicher Form, etwa in der Kooperation mit Schule im Rahmen der Ganztagschule beteiligen, droht ihnen auf die Dauer ein gesellschaftlicher Bedeutungsverlust und eine Abdrängung in eine Nischenexistenz, verbunden mit der Gefahr, mangels Masse sich auf kleinräumiger Ebene selbst aufzulösen. Um die Kinder- und Jugendarbeit auf die zukünftigen gesellschaftlichen Anforderungen vorzubereiten, sie also im Gefüge der anderen gesellschaftlichen Akteure, Sozialisationsfelder und Bildungsinstitutionen neu zu positionieren, erscheinen konzeptionelle Neuausrichtungen und Strategien der Kooperation notwendig. Diese zukunftsfähige Erweiterung und Veränderung des Arbeitsfeldes, der Aufgaben und Angebote, der Inhalte und Konzepte, der Zielgruppen und Kooperationspartner der Kinder- und Jugendarbeit wird jedoch nicht zum Nulltarif umzusetzen sein.

15.2 Leitlinien einer Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit

Ausgangspunkt für einen Zukunftsentwurf einer Kinder- und Jugendarbeit im Jahr 2020 in Baden-Württemberg ist die sich wandelnde Sozialstruktur Baden-Württembergs in den kommenden Jahren. Die Kernaspekte dieses Wandels wurden in Kapitel 5 dieser Expertise dargestellt und, soweit möglich, durch empirische Daten abgesichert. Aus den in den nächsten zehn Jahren zu erwartenden Veränderungen lassen sich Anfragen an eine zukünftige Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg zu mindestens drei Themenkomplexen verbinden. Diese drei Kernfragen, deren Antworten die Ausformung der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Jahr 2020 grundlegend bestimmen werden, korrespondieren mit den in Kapitel 3 benannten gesellschaftlich bedingten externen Herausforderungen sowie den strukturinternen Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Aus diesem Grund sollen diese drei Fragen in den Mittelpunkt der folgenden Überlegungen gerückt werden.

(a) *Welchen Einfluss haben demografische Entwicklungen auf die künftige Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit?* Die Beantwortung dieser Frage ist keineswegs so eindeutig oder zwangsläufig, wie es vielleicht auf den ersten Blick erscheinen mag. Richtig ist, dass die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg zurückgehen wird (vgl. Kap. 14). Allerdings würde eine bloße Umrechnung der notwendigen Infrastruktur

auf der Basis der absehbaren Anzahl an Kindern und Jugendlichen des Landes Baden-Württemberg im Jahr 2020 an der Realität vorbeigehen. Die einfache Gleichung „weniger Kinder gleich weniger Kinder- und Jugendarbeit“ ist jedenfalls so nicht richtig. Auch im Jahr 2020 wird die Infrastruktur und deren Nachfrage von bewussten politischen Entscheidungen über den generellen Stellenwert der Kinder- und Jugendarbeit, von ihrer gesellschaftlichen Funktion im Konzert der Bildungsorte und Lernwelten für junge Menschen sowie den daraus resultierenden Kontextualisierungen abhängen. Deshalb ist es so wichtig, in die nachfolgenden Zukunftsentwürfe auch andere Herausforderungen an die Kinder- und Jugendarbeit einzubeziehen (vgl. Kap. 3). Von zentraler Bedeutung wird zudem sein, welche Antworten insbesondere in den ländlichen Regionen auf den Rückgang der für die Kinder- und Jugendarbeit relevanten Altersjahrgänge gefunden werden. Diese Antworten müssen jedoch zuallererst konzeptioneller Art sein und dürfen sich nicht vorrangig an einer Mittelzuweisung ausrichten oder an sinkenden Zahlen von Kindern und Jugendlichen festmachen.

(b) Welche Herausforderungen resultieren für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg aus den ungleichen Entwicklungs- und Teilhabechancen junger Menschen?

Es besteht erheblicher Klärungsbedarf in der Beantwortung der Frage, welchen Beitrag eine Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg zukünftig leisten kann, um eine Verbesserung der Entwicklungs- und Teilhabechancen von jungen Menschen zu unterstützen, denen diese Chancen ansonsten nicht zur Verfügung stehen. Die über kulturelle, soziale und ökonomische Ressourcendefizite verwehrten Entwicklungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen lassen sich zumindest teilweise auch jenseits der ungleichen Lebenslagen und der defizitären Ressourcen wahrnehmen. In der bereits zitierten Untersuchung von Schäfer-Walkmann u.a. (2009) werden beispielsweise institutionalisierte Formen der Freizeitgestaltung, aber auch informelle Bildungsangebote neben der Schule sowie auch sozialraumorientierte Formen Sozialer Arbeit als Handlungsoptionen zur Ermöglichung von Entwicklungs- und Teilhabechancen eingefordert. Diesbezüglich könnte die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg eine Schlüsselrolle einnehmen, indem sie Teil einer neuen, modernen Form einer eigenständigen *Jugendsozialpolitik* wird. Damit hängt auch die Frage zusammen, inwieweit die Kinder- und Jugendarbeit in den kommenden Jahren jenseits der Sorge um eine sozial- oder bildungspolitische Inpflichtnahme aus freien Stücken eine Mitverantwortung für die Entwicklung und Befähigung von jungen Menschen, für das Aufwachsen und Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen übernehmen will. In diesem Zusammenhang wird dann auch das Thema der Kooperation von Jugendarbeit mit Schule zentral berührt.

(c) Welche Konsequenzen sind insbesondere für milieugebundene Formen der Kinder- und Jugendarbeit aus der Erosion traditioneller und der Entstehung neuer Milieus, aus den sich verändernden religiösen Orientierungen, aus der Verkürzung und Verdichtung der Jugendphase sowie aus einer weiter wachsenden Konkurrenz alternativer Angebote zu

ziehen? Für die Kirchen beispielsweise – analog gilt dies auch für andere Wertgemeinschaften – stellt sich angesichts des demografischen Wandels die Frage, ob sie bei den traditionellen Gewinnungs- und Bindungsstrategien bleiben wollen und ihre Angebote vor allem an denjenigen ausrichten, die auf Grund familiärer oder sozialer Bindungen eine Kirchenaffinität mitbringen oder sogar schon dazugehören, oder ob sie nicht zugleich ihre Bemühungen verstärken müssen, auch die eher kirchenfernen Jugendmilieus- und -kulturen anzusprechen (vgl. Ebertz 2009; Corsa/Freitag 2009). Da Zugänge zur kirchlichen Jugendarbeit oft über Freunde und Familie, also über persönliche Kontakte erfolgen (vgl. Fauser/Fischer/Münchmeier 2006), müssten andere Zugangswege gesucht und milieumultiple Konzepte für die Jugendarbeit entwickelt werden (vgl. Tänzer 2008; Heinzmann 2009). Hinter dieser Frage verbirgt sich die allgemeinere Frage des Zugangs zu den Kindern und Jugendlichen, also der Frage, wie die Kinder- und Jugendarbeit auf die Verdichtung der Jugendphase und die vielfältige Konkurrenz alternativer Lern- und Lebenswelten, aber auch Begegnungs- und Erlebniswelten reagiert. Alle Formen der organisierten Kinder- und Jugendarbeit müssen Wege finden, wie sie eine kulturell und sozial heterogener werdende Gruppe von jungen Menschen auch in Zukunft ansprechen und erreichen kann (vgl. Schmitz 2008).

Die Art und Weise der Beantwortung dieser drei Fragen wird die Lage der Kinder- und Jugendarbeit im Jahr 2020 maßgeblich bestimmen. Daher sollen diese drei Fragen nachfolgend aufgegriffen und in unterschiedlicher Weise beantwortet werden.

15.3 Zukunftsoptionen der Kinder- und Jugendarbeit 2020

Will die Kinder- und Jugendarbeit auch noch im Jahre 2020 zukunftsfähig sein, muss sie sich den Herausforderungen stellen, denen sie in den kommenden Jahren gegenübersteht. Dazu ist es notwendig, diese zunächst zu identifizieren und zu den einzelnen Fragen bereichs-, orts- und regionalspezifische Antworten zu finden.

In dem hier anstehenden Rahmen wird es jedoch nicht möglich sein, für ganz spezifische Bereiche und Sozialräume der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg konkrete Szenarien zu entwickeln und spezifische Empfehlungen zu geben. Zugleich dürfte die Analyse der gegenwärtigen Situation der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg deutlich gemacht haben, wie disparat sich die Situation in den unterschiedlichen Bereichen darstellt. Um beispielsweise Aussagen treffen zu können, wie sich die demografische Entwicklung auf die Zukunft der Landjugend oder der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Sigmaringen auswirken würde, müssten erweiterte regionalspezifische Studien durchgeführt werden, die weitaus stärker die konkrete lokale Situation einbeziehen. Zu fragen wäre etwa, wie viele Einrichtungen es vor Ort gibt, welche Schulen bereits konkret und wie mit der Kinder- und Jugendarbeit zusammenarbeiten, wie die Entfernungen

zwischen den einzelnen Gemeinden sind, welche öffentlichen Verkehrsmittel zu welchen Zeiten fahren und vieles anderes mehr. Aus einer solchen Regional- und Sozialraumanalyse könnte man dann vielleicht Hinweise mit Blick auf die Schließung, die Zusammenlegung von Einrichtungen oder die Ausweitung des Angebotsspektrums erhalten.

Solche konkreten, regionalisierten Empfehlungen verbieten sich jedoch aufgrund der thematischen Breite, die hier abzudecken ist. Vielmehr gilt es in den entworfenen Zukunftsentwürfen auf der Basis der landesweit zur Verfügung stehenden empirischen Daten (mit ihren regionalen Ausprägungen) Hinweise dahingehend zu formulieren, an welchen Stellen die Weichen für die zukünftige Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit zu stellen sind. Die Passgenauigkeit und Anwendung der entworfenen Zukunftsentwürfe auf einen konkreten Sozialraum muss danach im Anschluss von den beteiligten Institutionen und Personen fallorientiert geklärt werden.

15.3.1 Kinder- und Jugendarbeit zwischen Demografie und veränderten Bildungswelten

Im Folgenden soll – ausgehend von den Auswirkungen des demografischen Wandels – die Entwicklung des Bildungssystems sowie der Kinder- und Jugendarbeit insbesondere für die ländlichen Sozialräume in den Blick genommen werden (a). In einem zweiten Schritt wird versucht, mit dem *Konzept der lokalen bzw. regionalen Bildungslandschaften* eine mögliche Antwort auf die genannten Veränderungsprozesse für die Zukunft zu formulieren und in diesem Rahmen auch eine neue, veränderte Rolle und Aufgabe, die die Kinder- und Jugendarbeit hierbei übernehmen könnte, zu umschreiben (b).

Die regionale Differenzierung des Rückgangs der für die Kinder- und Jugendarbeit relevanten Altersgruppe der 12- bis unter 22-Jährigen bis zum Jahr 2020 im Kapitel 14.2 zeigt anschaulich, dass die Auswirkungen für die Kinder- und Jugendarbeit in den Stadt- und Landkreisen äußerst unterschiedlich sein werden. Zwar ist für keinen der Stadt- und Landkreise mit einer steigenden Zahl an Kindern und Jugendlichen in dieser Altersgruppe zu rechnen; mit 7 bis 16 Prozent ist der Rückgang in den Stadtkreisen allerdings vergleichsweise moderat. In den Ballungsräumen wird sich der demografische Wandel mithin gar nicht so stark auswirken. Das bedeutet aber nicht, dass die Kinder- und Jugendarbeit in den Städten einfach weiter agieren kann wie bisher, will sie auch im Jahr 2020 erfolgversprechend arbeiten. Auch sie muss sich den nachfolgenden Herausforderungen stellen und die notwendigen konzeptionellen Weiterentwicklungen umsetzen. Aufgrund des relativ moderaten Rückgangs der Jugendlichen in der relevanten Altersgruppe wird die Kinder- und Jugendarbeit in den Ballungszentren, bezogen auf die Kürzung der derzeit zur Verfügung stehenden Ressourcen, allerdings nicht einem so starken Druck ausgesetzt sein.

(a) *Entwicklungen im ländlichen Raum:* Anders sieht die Entwicklung in den Landkreisen aus. In 18 von 35 Landkreisen wird der Rückgang der 12- bis unter 22-Jährigen mehr als 20 Prozent betragen. Der Landkreis Sigmaringen wird mit 24 Prozent fast ein Viertel seiner Jugendlichen im Vergleich zu heute „verlieren“. Das bedeutet, dass sich für die ohnehin kleinräumig organisierte Kinder- und Jugendarbeit in ländlichen Regionen das Potenzial an Kindern und Jugendlichen spürbar verringern wird. Die Kinder- und Jugendarbeit in diesen Landkreisen wird deshalb in deutlich stärkerer Weise mit den Folgen des demografischen Wandels und infolgedessen evtl. auch mit dem Ruf nach Ressourcenkürzungen konfrontiert sein.

Veränderungen für die Kinder- und Jugendarbeit in ländlichen Regionen und damit nicht zuletzt auch für die Landjugendverbände ergeben sich darüber hinaus aber auch aus den sich abzeichnenden Entwicklungen des Bildungssystems, die zum Teil auch indirekte Folgen des demografischen Wandels sein werden. Dabei zeichnen sich vor allem zwei Veränderungen ab, die Rückwirkungen auf die Kinder- und Jugendarbeit haben: die Zusammenführung von Schulen einerseits sowie der weitere Ausbau der Ganztagschulen andererseits. Aufgrund der geringeren nähräumlichen Infrastruktur hat das Leben auf dem Land den Kindern und Jugendlichen seit jeher von klein auf eine höhere Mobilität abverlangt – mit Blick auf Kindergarten, Schule, Aus- und Fortbildung, aber auch den sich bietenden Freizeitmöglichkeiten (vgl. Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg 2008a; Herrenknecht 2009). Die altersmäßige Ausdünnung der ländlichen Regionen im Kindes- und Jugendalter könnte dazu beitragen, dass die Entfernungen zunehmen, die junge Menschen regelmäßig zwischen den für sie relevanten Orten zurücklegen müssen. Dies gilt insbesondere für das Pendeln zwischen Elternhaus und Bildungs- sowie Freizeiteinrichtungen.

Durch verlängerte Schulwege, aber auch durch eine zeitliche Ausdehnung von Schulen mit ganztägigen Angeboten nehmen die zeitlichen Ressourcen für eine selbstbestimmte Freizeitgestaltung sowie für Aktivitäten in Vereinen und Jugendgruppen im Dorf oder in der Kleinstadt zumindest der Tendenz nach ab (vgl. Faulde 2007). Der Ausbau der Ganztagschule dürfte für den ländlichen Raum noch umfassendere Auswirkungen haben als für Ballungszentren. Wenn immer mehr Kinder und Jugendliche täglich bis 16 oder 17 Uhr in der Schule sind und erst danach an ihren Wohnort zurückkehren, wird sich das soziale Leben im ländlichen Raum für junge Menschen nachhaltig verändern. Wenn infolgedessen die im Wohnort verbrachte Zeit sich im Wesentlichen auf die Abendstunden und das Wochenende reduziert, wird damit die Chance für Heranwachsende, im Dorf vor Ort selbst aktiv zu sein, schon aus rein zeitlichen Gründen nachhaltig eingeschränkt. Da jedoch an den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit auf dem Land mehrheitlich junge Menschen teilnehmen, die noch zur Schule gehen, wird sich diese Entwicklung spürbar auf die nachmittägliche Kinder- und Jugendarbeit auswirken (vgl. Herrenknecht 2009).

In den Städten, in denen die Schulen in der Regel unmittelbar im sozialen Nahraum liegen, könnte eine unmittelbare Kooperation der Kinder- und Jugendarbeit mit Schule die zusätzliche Möglichkeit eröffnen, mehr Kinder und Jugendliche anzusprechen und damit evtl. auch neue Zielgruppen zu gewinnen. Für die Sportvereine zeigen sich hier bereits heute dementsprechende Effekte (vgl. Breuer/Wicker 2009b, S. 203). Auf dem Land hingegen lassen sich derartige Kooperationschancen nicht so einfach realisieren, nicht nur wegen der damit verbundenen Entfernungen, sondern darüber hinaus auch wegen der überwiegend fast ausschließlich ehrenamtlichen Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit. Die Möglichkeiten der Jugendorganisationen in ländlichen Regionen, Kinder und Jugendliche mit ihren Angeboten zu erreichen und zugleich eine ausreichende Zahl an ehrenamtlich Engagierten zu finden, werden allein von der Wahrscheinlichkeit her abnehmen. John (2006) geht daher davon aus, dass die Kinder- und Jugendarbeit auf dem Land sich unter diesen Bedingungen verstärkt auf die frühen Abendstunden und vor allem auf die Wochenenden und Ferienzeiten konzentrieren müsse.

Einfache, mechanische Hochrechnungen der aktuellen Ressourcen im Lichte einer abnehmenden Zahl von Kindern und Jugendlichen legen nahe, dass eine reine Umrechnung der derzeit zur Verfügung gestellten Finanzmittel auf die dann verringerte Anzahl von Jugendlichen zu erheblichen Kürzungen führen könnten. Vor allem in ländlichen Regionen würde eine solche Vorgehensweise die Lage der Kinder- und Jugendarbeit nicht unbedingt verbessern, insbesondere wenn man dann auch noch die ungünstiger werdende Relation zur Fläche und Entfernung der bestehenden Einrichtungen einbezieht. Diese Situation verschärft sich noch in dem Augenblick, in dem die öffentliche Verkehrsinfrastruktur im regionalen Raum mit den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit abgestimmt werden muss. In der Summe betrachtet spricht mithin vieles dafür, dass eine zusätzliche Stabilisierung regionaler Jugendarbeitsangebote im ländlichen Raum erforderlich sein wird, sofern man nicht mit Blick auf eine attraktive Kinder- und Jugendarbeit die Verödung ganzer Landstriche riskieren will. Ziel muss es sein, dass auch bei einer sinkenden Anzahl von Kindern und jüngeren Jugendlichen, also den unter 16-Jährigen, die selbst keine individuellen Mobilitätschancen haben, für diese Altersgruppe gut erreichbare, nicht-kommerzielle Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in der Nähe ihres Wohnorts zur Verfügung stehen.

(b) Das Zukunftskonzept der lokalen und regionalen Bildungslandschaften: Betrachtet man die hier beschriebenen Entwicklungen im ländlichen Raum, so stellt sich angesichts des demografischen Wandels die Frage, wie zukünftig für Heranwachsende eine flächendeckende Infrastruktur an verlässlichen Bildungs- und Freizeitangeboten erhalten bzw. geschaffen werden kann. Will man ein umfassendes, ganzheitliches und breit gefächertes Bildungsangebot auch für eine abnehmende Anzahl von Kindern und Jugendlichen ermöglichen, so scheinen hierfür innovative Konzepte, nicht zuletzt auch für ländliche Regionen erforderlich. In dieser Hinsicht eröffnet das *Konzept der lokalen bzw. der regionalen Bil-*

bildungslandschaften eine Möglichkeit und Chance, die Stärken der Schule mit den Stärken der anderen außerschulischen Bildungsakteure zu verbinden (vgl. Stolz 2009).

Bereits seit Ende der 90er-Jahre wurden Ansätze einer systembezogenen regionalen Vernetzung – insbesondere der Schulen untereinander, aber auch von Schulen mit außerschulischen Partnern (vor allem aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe) – in mehreren Programmen der Bertelsmann-Stiftung in Kooperation mit dem Land Nordrhein-Westfalen und ausgewählten Modellregionen entwickelt. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff „Regionale Bildungslandschaften“ einer breiteren Fachöffentlichkeit bekannt (vgl. Stolz 2009). Ziel ist es dabei, die unterschiedlichen Akteure und Anbieter von Bildungsangeboten vor Ort so zusammenzubringen und die Bildungslandschaft so zu organisieren, dass zum einen ein breiteres, vernetztes und plurales Bildungsnetzwerk aus einer Hand, gewissermaßen aus einem Guss, wenn auch nicht unbedingt an einem Ort entstehen kann, und dass zum anderen möglichst alle Kinder und Jugendlichen dadurch individueller und besser gefördert werden.

Auf der konzeptionellen Ebene stellen lokale oder regionale Bildungslandschaften einen Beitrag zur Gestaltung, Begleitung und Förderung des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen in öffentlicher Verantwortung dar. Im Zusammenspiel der unterschiedlichen Bildungsakteure und -institutionen vor Ort sollen im Rahmen einer integrierten lokalen Bildungsplanung ganzheitliche pädagogische Konzepte entwickelt und umgesetzt werden, die sowohl den gesellschaftlichen Erfordernissen der Bildung und Befähigung der nachwachsenden Generation als auch den Bedarfen und Bedürfnissen der Kinder in ihren persönlichen, sozialen, schulischen, familiären, freizeitbezogenen und sozialräumlichen Orientierungen und Voraussetzungen gerecht werden.

Hierfür bedarf es – nicht nur, aber auch im ländlichen Sozialraum – neben der unterrichtsbasierten Schule eines übergreifenden, lokal koordinierten, systematischen und verlässlichen Angebots an Bildungs- und Freizeitaktivitäten vor, neben und nach der Schule. Dazu ist die Mitwirkung aller öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure im Bereich von Bildung, Betreuung und Erziehung vor Ort erforderlich, damit diese weiterentwickelt, inhaltlich-fachlich aufeinander abgestimmt sowie organisatorisch und konzeptionell vernetzt werden können (vgl. Mack 2008). Ein solches Gesamtkonzept mit dem Leitbild einer gemeinsamen Verantwortung für das Wohlbefinden, die Bildung und Befähigung der jungen Generation ist nur durch gezielte, ressortübergreifende Kooperationen sowie eine gemeinsame Handlungsausrichtung möglich.

Wenn sich die Kinder- und Jugendarbeit an einer derartigen lokalen und regionalen Neuausrichtung beteiligt, erwächst ihr eine neue strategische Bedeutung im Kontext des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen in öffentlicher Verantwortung. Der allgemeine soziale Wandel verstärkt in dieser Hinsicht noch deutlicher den Bedarf nach einer famili-

en- und schulergänzenden Kinder- und Jugendarbeit. Das aber hieße, dass diese zugleich ihr Selbstverständnis weiterentwickeln und ihre Rolle erneut modifizieren, sich gewissermaßen neu erfinden muss, allerdings ohne ihren Eigensinn einer partizipativen, altersgemäßen, gleichaltrigen- und lebensweltorientierten Form der Selbstgesellung aufzugeben, ohne ihren spezifischen Charakter als ein alternativer, alltagsorientierter und ko-produzierender Bildungsakteur zur Disposition zu stellen.

Nach der Erklärung von St. Martin (vgl. Deutscher Bundesjugendring 1962; Hering-/Münchmeier 2000, S. 210f.), in der sich die Jugendorganisationen selbst als dritte Sozialisationsinstanz für alle Jugendlichen positioniert und eine gesellschaftliche Erziehungs- und Bildungsaufgabe neben Schule und Familie für sich reklamiert haben, steht nunmehr die Frage im Raum, in welcher Weise die Kinder- und Jugendarbeit willens und in der Lage ist, in diesem Prozess des Aufwachsens selbst zwei Kernelementen gerecht zu werden: zum einen im Prozess des Aufwachsens als Bildungsort und Lernwelt eine Verlässlichkeit und Erwartbarkeit zu gewährleisten, die das Maß und die Möglichkeiten eines allein ehrenamtlichen Engagements aufgrund dessen Fragilität deutlich übersteigen; und zum anderen darin sich auf eine geregelte Kooperation und Partnerschaft mit den anderen Akteuren im Prozess des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen einzulassen, die notwendig ist, um auf diese Weise überhaupt personelle, inhaltliche und sozialräumliche Synergieeffekte zu erreichen.

Dabei wäre die Kinder- und Jugendarbeit gefordert, sich als ein verlässlicher Partner neben Schule und anderen Akteuren an der Bildungs- und Kompetenzförderung von Kindern und Jugendlichen vor allem in jenen Bereichen zu beteiligen, die durch Schule und durch andere Akteure der formalen Bildung in aller Regel nicht abgedeckt werden. Aufgrund der ihr innewohnenden Potenziale in Bezug auf Bildung, Gemeinschaft, Verantwortung und Integration (vgl. Teil C) sowie ihrer langjährigen Erfahrung hinsichtlich der Förderung von Partizipation und Mitbestimmung müsste der Kinder- und Jugendarbeit in dieser Hinsicht ein höherer Stellenwert mit Blick auf die Entwicklung junger Menschen zukommen.

Im Hinblick auf die organisatorische Verfasstheit der Kinder- und Jugendarbeit zeichnet sich im Verhältnis zur Schule im Lichte der gegenwärtigen Dynamiken ab, dass die Kinder- und Jugendarbeit strukturell nicht ausreichend in Kooperationsstrukturen eingebunden ist und ihr vielfach auch nicht nur annähernd die dafür notwendige Infrastruktur zur Verfügung steht. Für das Gelingen eines gemeinsamen umfassenden Bildungsangebots im Rahmen lokaler und regionaler Bildungslandschaften ist die Bündelung der infrastrukturellen und institutionellen Ressourcen eine notwendige Voraussetzung.

Bereits 2005 hat der 12. Kinder- und Jugendbericht daher vorgeschlagen, die Zusammenarbeit der unterschiedlichen lokalen und regionalen Bildungsakteure und -gelegenheiten sozialräumlich zu vernetzen und auszugestalten. Demnach soll der Aufbau einer integrier-

ten Bildungslandschaft als Infrastruktur für Kinder und Jugendliche dienen, die getragen wird von Leistungen und Einrichtungen der Schule, der Kinder- und Jugendhilfe, von kulturellen Einrichtungen, Verbänden und Vereinen, Institutionen der Gesundheitsförderung, des Sports, der Aus- und Weiterbildung sowie von privaten und gewerblichen Akteuren vor Ort (vgl. BMFSF 2005).¹⁵²

Zu einem solchen Zusammenspiel der verschiedenen Akteure gehört dann beispielsweise auch die gemeinsame Nutzung räumlicher, sächlicher, aber auch personeller Ressourcen mit den anderen lokalen bzw. regionalen Partnern, seien dies Kindertageseinrichtungen, Familienzentren, Schulen oder Sportstätten, seien dies Kirchen, Jugendverbände, Anbieter der offenen und mobilen Jugendarbeit sowie kulturelle Initiativen und Vereine, seien es Volkshochschulen und andere lokale Bildungsanbieter oder seien dies schließlich auch die anderen Akteure der Kinder- und Jugendhilfe. In der Summe können dadurch vielfältige Synergien entstehen. Organisiert werden muss aber zugleich ein umfassendes, integratives Bildungsangebot vor Ort für junge Menschen vom Kindergarten über Grundschule, Hort und weiterführende Schulen bis zur Volljährigkeit, eingebettet in generationsübergreifende Angebote.

Damit könnten lokale oder regionale Bildungslandschaften vor allem in ländlichen Regionen so etwas wie „*integrierte pädagogische Versorgungsgemeinschaften*“ bieten, die möglichst kleinräumig alle wesentlichen bildungs- und sozialisationsbezogenen Akteure und Angebote – einschließlich der unterschiedlichen Formen der Kinder- und Jugendarbeit – miteinander vernetzen. Zugleich sind die Bildungslandschaften eingebunden in die lokalen, regionalen und landesspezifischen Strukturen, aber auch in den jeweiligen bildungspolitischen Bezugsrahmen. Eine Allianz der unterschiedlichen Akteure, Einrichtungen und Institutionen im Sozialraum erfordert eine gemeinsame Strategie, ein gemeinsames Ziel, ein gemeinsames Dach und ein Gesamtkonzept, das der Unterschiedlichkeit und Pluralität der Träger und Milieus gerecht wird (vgl. Rauschenbach 2009).

Zu beachten ist hierbei jedoch, dass die Definitionsmacht und die Einheitlichkeit traditioneller Milieus mehr und mehr schwinden und dass infolgedessen mit einer wachsenden Erschöpfung der herkömmlichen Formen der Sozialintegration gerechnet werden muss. Die Herausbildung neuer, nur noch bedingt ortsgebundener Milieus – ohne erkennbare Rückbindung an organisatorisch verfasste Wertgemeinschaften – erschwert die Zusammenführung zu stabilen und homogenen Akteursgruppen. Von daher sind mit Blick auf die Sozialräume junger Menschen ohnehin neue strategische Antworten auf diese Entwicklungen erforderlich. Konstitutiv für das Gelingen einer Kooperation auf der Ebene der

152 Die Umsetzung dieser Perspektive befindet sich in Deutschland noch in den Anfängen. Als weiterführende Entwicklungsmöglichkeit sieht Mack (2008) eine integrierte Bildungsplanung, auf deren Grundlage sozialräumlichen Ungleichheiten in Bezug auf Bildungschancen begegnet werden kann.

Organisationen ist jedoch zugleich die Gewährleistung einer Pluralität der Akteure und Bündnispartner, die sich in den Konzepten der lokalen und regionalen Bildungslandschaften zur Gestaltung anregender Lern- und Lebensumgebungen zusammenfinden (vgl. Stolz 2009).

Hier stellt sich die Frage, wie es gelingen kann, gemeinsame Räume zu schaffen, in denen die unterschiedlichen Wertgemeinschaften, die unterschiedlichen Lern- und Lebenswelten ihren je eigenen Platz haben. Eine Herausforderung besteht dabei beispielsweise darin, eine gelingende Verbindung aus milieuübergreifenden und milieuspezifischen Angeboten und Räumen der Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen der lokalen Bildungslandschaften herzustellen. Mit anderen Worten: Auch im Falle der Ressourcenbündelung und der integrierten Angebote muss Raum für Pluralität gegeben sein. Hier sind konzeptionelle Entscheidungen erforderlich, die der Maxime einer größtmöglichen Kooperation bei größtmöglicher Eigenständigkeit folgen. So müssten für eine produktive Kooperation der unterschiedlichen Träger und Akteure über institutionelle Begrenzungen hinweg deren verschiedene Bildungsinhalte, Bildungsmodalitäten und Bildungsformen integriert werden, ohne dabei ihren Eigensinn und ihre jeweils eigene Identität zur Disposition zu stellen (vgl. Olk 2006; Rauschenbach 2009). Nur so besteht die Chance der Kooperation auf gleicher Augenhöhe.

Bei der Mitarbeit am Zukunftsprojekt Bildung ist es somit wichtig, dass die Kinder- und Jugendarbeit nicht selbst zur Schule oder zu Schulunterricht wird, sondern dass sie sich auf ihre Wurzeln besinnt und ihre eigenen Elemente wie Freiwilligkeit, Partizipation, Selbstorganisation, Verantwortung und Ehrenamtlichkeit einbringt. Diese Elemente sind zu erhalten, aber zugleich auch personell und fachlich abzusichern und weiterzuentwickeln, da die gemeinsame Gestaltung der lokalen bzw. regionalen Bildungslandschaften Erwartbarkeit, Qualität und Verlässlichkeit unabdingbar voraussetzt.

Soll die Kinder- und Jugendarbeit zu einem festen Kooperationspartner im Kontext der lokalen und regionalen Bildungslandschaften werden, ist jedoch eine Verstärkung ihres beruflichen Personals unabdingbar. Zugleich wären neue Wege der finanziellen Unterstützung derartiger Bildungsk Kooperationen über Zuständigkeiten, Ressortgrenzen und mehrere Anbieter hinweg zu erproben. Sofern etwa das Land Baden-Württemberg entsprechende Förderprogramme für lokale und regionale Bildungslandschaften bereitstellt, sollte über eine gezielte Förderung für bedürftige, finanzschwächere Regionen nachgedacht werden. Integrierte Bildungslandschaften können mit ihrer pädagogischen, sozialen und räumlichen Infrastruktur für Heranwachsende ein wirksames Gegenmittel gegen die Gefahr der Verödung des ländlichen Raums bereitstellen.

15.3.2 Kinder- und Jugendarbeit zwischen Bildung und Chancengerechtigkeit

Sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum wird die Kinder- und Jugendarbeit in den kommenden Jahren in einem wachsenden Maße mit einer Vielzahl an inhaltlichen und konzeptionellen Herausforderungen konfrontiert, denen sie nur mit verbesserten Ressourcen begegnen kann. Zwei zentrale Punkte fallen dabei besonders ins Auge: zum einen eine verbesserte, zielgerichtete und intensivere Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit und Schule (a), zum anderen die gezielte Öffnung gegenüber neuen Zielgruppen im Lichte wachsender Heterogenität und sinkender Stabilitäten primärer Milieus und Lebenswelten, um auf diese Weise die Kinder- und Jugendarbeit aus ihrer latenten Mittelschichtorientierung zu lösen und zugleich ihre bildungs- und sozialpolitische Aufgabe zu stärken (b). Beide Punkte sollen nachfolgend aufgegriffen werden.

(a) Das Zukunftskonzept der Alltagsbildung – zur Neupositionierung der Kinder- und Jugendarbeit in der Kooperation mit Schule: Als Voraussetzung für die Wahrung ihres eigenen Profils und ihrer Stärken, sowie zur Abwendung der Gefahr, im Rahmen moderner Bildungsansprüche – etwa im Sinne eines neuen, allumfassenden Bildungsanspruchs der Schule herkömmlicher Art – ins Abseits zu geraten, ist die Kinder- und Jugendarbeit gefordert, sich in Sachen Bildung neu zu verorten: Sie muss in organisatorischer und konzeptioneller Hinsicht eine institutionelle Form finden und ihr Angebot so transformieren, das sich dadurch konzeptionelle Anschlüsse an die Ganztagschule eröffnen. Mit dieser Neuverortung im Kontext des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen könnte die Kinder- und Jugendarbeit ihren Beitrag zur Verwirklichung von mehr Chancengerechtigkeit leisten.

Bewertet man unter diesem Gesichtspunkt den gegenwärtigen Auf- und Ausbau der Ganztagschulen in Baden-Württemberg, so spielt die Kinder- und Jugendarbeit bislang bestenfalls eine untergeordnete Nebenrolle. Die derzeitige Förderpraxis der außerunterrichtlichen Angebote an geplanten oder realisierten Ganztagschulen in Baden-Württemberg, die u.a. auf das Jugendbegleiter-Programm setzt, weist bislang nicht auf eine systematische Verschränkung von Jugendarbeit und Schule hin (vgl. Kap. 9.4). Vielmehr werden mit dem Jugendbegleiter-Programm vor allem Einzelpersonen aus dem Umfeld der Schule – insbesondere Eltern sowie ältere Schüler und -schülerinnen – in die Gestaltung des Ganztagsbetriebs eingebunden. Nur sehr begrenzt und eher zufällig kommen die Jugendbegleiter und -begleiterinnen auch aus den Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit.

Ungeachtet der damit erhofften, durchaus vielversprechenden zivilgesellschaftlichen Impulse mit Blick auf eine bessere Verzahnung von schulischer und außerschulischer Bildung darf in der Umsetzung des Modellprogramms nicht unterschätzt werden, dass mit dem konsequent dezentralen Konzept des Landes ein auf die Einzelschule zentriertes, ten-

denziell fragiles und situatives sowie jedes Schul(halb)jahr neu auszuhandelndes, unverbundenen Ganztagesangebot entsteht, das vor allem auf dem Element der freiwilligen Mitarbeit als Honorarkraft basiert. Dabei ist das Qualifikationsspektrum der Jugendbegleiter und -begleiterinnen ausgesprochen heterogen (vgl. Kap. 9.4). Und nicht zu unterschätzen ist darüber hinaus, dass diese Personen in der Regel über keine institutionelle Einbindung, über kein Backup-System verfügen, das im Bedarfsfall auch so etwas wie fachliche Unterstützung und Supervision gewährleistet.

Unübersehbar ist zudem, dass die formalen Qualifikationsanforderungen an die Jugendbegleiter und -begleiterinnen weit unter dem liegen, was beispielsweise für ein Hortangebot über das Achte Sozialgesetzbuch geregelt wird. Das Jugendbegleiter-Programm entspricht infolgedessen bei aller Vielfalt eher dem Charakter von zufälligen, personalen und kaum langfristig angelegten Kontakten in der Regie der Schule. Ihm kommt hierbei vor allem die Rolle einer auf Betreuung basierenden, freizeitbezogenen Ergänzung der bestehenden Unterrichtsschule zu, während eine konzeptionell gezielte Erweiterung der bislang ungenutzten Bildungspotenziale einer Schule mit Ganztagesangeboten für alle Kinder und Jugendlichen vorerst eher im Hintergrund bleibt. Von daher darf es nicht verwundern, wenn bisweilen auch der Vorwurf laut wird, dass es sich bei dem Jugendbegleiter-Programm unter dem Strich lediglich um eine kostengünstige Variante einer Erweiterung der Unterrichtsschule zu einem Ganztagesangebot handelt.

Ungeachtet dessen ist aber – und darin liegt unübersehbar eine nicht-intendierte Nebenwirkung zur Kinder- und Jugendarbeit – eine gewisse Parallelität bei Teilen des Angebots des Jugendbegleiter-Programms zu den traditionellen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit zu erkennen, die diese in ähnlicher Weise am Nachmittag jenseits der Schule erbringen – allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, dass letztere sehr viel häufiger und sehr viel stärker in einen größeren lebensweltlichen Zusammenhang mit einer überschaubaren Zahl von Kindern und Jugendlichen eingebunden sind. Wenn aber, was die Schulleitungen sich selbst erhoffen (vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg 2009, S. 39), die künftigen Konzepte stärker auf die jungen Menschen in ihrer gesamten Persönlichkeit ausgerichtet werden sollen, dann drängt sich – im Interesse einer Stabilisierung der Angebote und einer Erweiterung der bildungs- und sozialpolitischen Potenziale der Ganztagschulen – doch sehr deutlich die Frage in den Vordergrund, ob es in diesem Sinne nicht sehr viel weiterführender wäre, eine modernisierte Kinder- und Jugendarbeit in den nicht-unterrichtlichen Teil der Schule und in die anderen Elemente einer Alltagsbildung verstärkt einzubinden und so das gesamte Konzept der Ganztagschulen, ganz im Sinne der Intentionen des Jugendbegleiter-Programms, weiterzuentwickeln.

Um derartigen Ansprüchen gerecht zu werden, genügt die pragmatisch-zufällige Einbindung eines individuellen Engagements einzelner Personen auf Dauer nicht. Vielmehr besteht die Herausforderung darin, ein integriertes Gesamtkonzept zu entwickeln, das die

Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit zur Entfaltung bringen kann (vgl. Teil C), diese systematisch einbezieht und so den Unzulänglichkeiten und Friktionen heutiger Schulbildung besser begegnen kann. Die im Förderprogramm „Kooperation Schule und Jugendarbeit“ gewonnenen Erkenntnisse aufgreifend, wäre zu überlegen, inwieweit über die bisherigen Ansätze hinaus systematische Kooperationen zwischen Schule und Jugendarbeit im Rahmen der Ganztagsschule bzw. lokaler und regionaler Bildungslandschaften verstärkt gefördert werden können.

Für eine sukzessive Etablierung der Ganztagsschule, die in Baden-Württemberg nach Plänen der Landesregierung bis 2014 an 40 Prozent der Schulen realisiert werden soll (vgl. KM 2006), stellt sich die Frage, ob es im „Projekt Ganztagsschule“ über den Unterricht hinaus vor allem um die Organisation von Betreuung und Freizeit gehen soll, oder ob auch in den nicht-unterrichtlichen Teilen der Ganztagsschule ganz gezielt erweiterte und ergänzende Formen von Bildung, Befähigung und Erziehung und damit insgesamt eine verbesserte Förderung aller Kinder und Jugendlichen, wie es das Jugendbegleiter-Programm vorsieht, im Mittelpunkt stehen sollen.

Wenn die Ganztagsschule in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren für ein Drittel oder mehr der Schüler und Schülerinnen – und bis 2020 vermutlich für mehr als die Hälfte – große Teile des werktäglichen Alltags abdeckt und damit zusätzliche außerschulische Aktivitäten in diesem Zeitraum nur noch bedingt nutzbar werden, stellt sich zwangsläufig die Frage, inwieweit das Land die Gestaltung dieses erweiterten Zeitraums in der Verantwortung der Schule als eine inhaltliche Herausforderung im Sinne eines erweiterten Bildungsverständnisses betrachtet. Zudem muss sie im Interesse von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien die Frage beantworten, ob und in welchem Ausmaß die Ganztagsschule neben dem Unterricht auch ein systematisch entwickeltes und verlässliches, inhaltlich-konzeptionelles Angebot an außerschulischen Aktivitäten, Lern- und Bildungsangeboten sowie an Freizeitaktivitäten für die Kinder und Jugendlichen bereitstellt, wenn die bislang für Kinder und Familien frei verfügbare, disponible Zeit am Nachmittag künftig in den Verantwortungsbereich der Schule verlagert wird.

Um dies in der entsprechenden Breite und Qualität zu realisieren, spricht vieles dafür, dass dieses Angebot nicht nur von zufällig ausgewählten und unter Umständen sehr ungleich qualifizierten Einzelpersonen, sondern auch von darauf spezialisierten Organisationen, von erfahrenen Jugendbegleiter und -begleiterinnen sowie anderen, dafür ausgebildeten Fachkräften erbracht wird. In dieser Hinsicht ist das gesamte Spektrum der Kinder- und Jugendarbeit eine wichtige Akteursgruppe, die im Interesse einer umfassenden Bildung der jungen Generation dementsprechend stärker in den Aufbau und Ausbau ganztägiger Angebote diesseits und jenseits der Schule einzubeziehen wäre.

Dabei eröffnen die beschriebenen Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Teil C) für das Projekt Ganztagsschule erheblich erweiterte Möglichkeiten, sofern diese systematisch in die künftige Gestaltung des Ganztagesangebots einbezogen werden, wenn also der außerunterrichtliche Teil der Ganztagsschule nicht nur als ein schulergänzendes Freizeitangebot ohne ein dahinter liegendes pädagogisches Konzept gestaltet wird. Bei aller Zögerlichkeit – aufgrund der ambivalenten bzw. unüberschaubaren Folgen durchaus nachvollziehbar – ist die Bereitschaft der Verantwortlichen in der Kinder- und Jugendarbeit zur Kooperation mit den Schulen beim Projekt Ganztagsschule deutlich erkennbar (vgl. Landesjugendring Baden-Württemberg o.J.; Lang 2008).¹⁵³

Wenn sich die Kinder- und Jugendarbeit jedoch als eigenständiger Partner in die Kooperation mit Schule einbringt, kann es nicht genügen, lediglich Freizeit- und Erholungsangebote zu unterbreiten. In dieser Hinsicht wäre die Kinder- und Jugendarbeit in der Zukunft auch konzeptionell wesentlich stärker gefordert. Vereinfacht formuliert: Sie muss dabei ihre Potenziale so einbringen, dass sie als zusätzliche Bildungselemente zum Tragen kommen. Mehr noch: Ihr würde die Zusammenarbeit, bezogen auf die unterrichtsergänzenden Bildungsangebote sowie die Herausbildung eines neuen Selbstverständnisses, erhebliches Umdenken und zusätzliche Konzeptionsarbeit abverlangt.

Die Leitlinie könnte dabei lauten: Die Ganztagsschule der Zukunft braucht einen konzeptionell integrativen Gesamtrahmen und ein Gesamtbildungskonzept. Auf der einen Seite bedeutet das, dass die unterrichtsergänzenden Angebote nicht lediglich als additive, zeitlich ergänzende Offerten, sondern als integraler Bestandteil eines ganztägigen Konzeptes Eingang finden. Auf der anderen Seite müssen Ganztagsschulen der Zukunft so konzipiert sein, dass sie beide Seiten eines umfassenderen Bildungsverständnisses zusammenbringen: die formale Bildung, die im Wesentlichen durch den Unterricht vermittelt wird einerseits, sowie wesentliche Elemente einer *lebensweltorientierten Alltagsbildung* andererseits (vgl. Lang 2008; Rauschenbach 2009).

In diesem erweiterten Konzept läge die zentrale Zuständigkeit der Kinder- und Jugendarbeit in den Bildungsaufgaben im außerunterrichtlichen Bereich – zu der selbstverständlich auch andere Partner und Akteure hinzu kommen sollten –, also schwerpunktmäßig vor allem in der Ermöglichung und Förderung von Alltagsbildung. Diese umfasst die Förderung jener Fähigkeiten, Kenntnisse und Kompetenzen, die der Fachunterricht der Schule in der Regel nicht abdeckt, die zugleich aber für eine verantwortliche, eigenständige Lebensführung wesentlich sind.

153 So sieht die Geschäftsführerin des Landesjugendrings in Baden-Württemberg in der Kooperation mit der (Ganztags)Schule die Chance, neue Zielgruppen zu erreichen und im Sinne der Bildungsgerechtigkeit weitere, bisher kaum erreichte Gruppen von Kindern und Jugendlichen an den vielfältigen, die formale schulische Bildung ergänzenden und erweiternden Bildungsangeboten und -formen der Kinder- und Jugendarbeit partizipieren zu lassen (vgl. Lang 2008).

Für diese ebenso anspruchsvolle wie in der Zukunft noch wichtiger werdende Aufgabe muss eine zukunftsfähig werdende Kinder- und Jugendarbeit sich neu ausrichten und neue Konzepte entwickeln.

Schulische Bildungskonzepte setzen die Vermittlung dessen, was sich mit Alltagsbildung umschreiben lässt, bei Heranwachsenden vom Grundsatz her in der Regel einfach voraus (vgl. Kap. 10.3). Beim Eintritt in die Grundschule wird dies etwa unter dem Etikett der „Schulreife“ zusammengefasst; und das Verschwinden oder das gänzliche Fehlen dieser Reife bei einer wachsenden Zahl von Kindern wird von den Lehrkräften zunehmend beklagt. Und im Laufe der nachfolgenden Schulzeit wird die altersgerechte Entwicklung der Kinder und Jugendlichen jenseits des Fachunterrichts ebenfalls stillschweigend vorausgesetzt, was jedoch, wie die PISA-Befunde lehren, für einen nicht zu unterschätzenden Anteil der Schüler und Schülerinnen nicht ohne weiteres unterstellt werden kann.

Die PISA-Studien haben mehrfach gezeigt, dass herkömmliche Schulen in der Förderung von Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialprestige oder auch mit Migrationshintergrund häufig an ihre Grenzen kommen und herkunftsbedingte Entwicklungsmängel kaum ausgleichen können. Die hohe Zahl von 20 Prozent der 15-Jährigen, die kaum lesen können und im Rahmen von PISA aufgrund mangelnder Kompetenzen als „Risikokinder“ mit ungünstigen schulischen und beruflichen Prognosen gelten, weisen eindrücklich darauf hin, dass Schule in diesem Punkt an ihre Grenzen stößt (vgl. Kap. 9.5). Insbesondere die Offene Jugendarbeit hat mit dieser Klientel und deren oft prekären Schulbiografien vielfältige und langjährige Erfahrungen, die sie in die Kooperation mit Ganztagschule einbringen kann, um speziell sozial benachteiligte und bildungsferne junge Menschen anzusprechen, bestmöglich zu fördern und in Bezug auf ihre gesellschaftliche und kulturelle Partizipation zu unterstützen.

In Anbetracht der anhaltend wachsenden Menge dessen, was im Alltag, in der Familie, im Kindergarten, in der Freizeit, im Freundeskreis – also ohne curriculare Festlegungen, verbindliche Verabredungen und geregelte Zuständigkeiten – an Inhalten und Kompetenzen vermittelt werden muss, kommt diese unbestimmte Form der Bildung und des informellen Lernens an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Immer weniger kann dadurch gewährleistet werden, dass alle Kinder mit den Inhalten, Themen und Kompetenzbereichen in Berührung kommen, die in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft notwendig sind, um sich die für die alltägliche Lebensführung erforderlichen Kompetenzen aneignen zu können.

Die bisher stillschweigend unterstellten unbegrenzten Bildungsleistungen des alltäglichen Lebens in der Familie, in der Clique, im Verein oder im Gemeinwesen können aufgrund der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse nicht mehr ohne weiteres als selbstverständliche Vermittlungsleistungen unterstellt werden. Das bedeutet aber auch, dass sich Schule nicht mehr in gleicher Weise auf die stabilisierenden und schulische Arbeitsweisen stüt-

zenden Zusatzleistungen der Alltagsbildung bei allen Kindern verlassen kann. Moderne Gesellschaften müssen daher Antworten darauf finden, wie bestimmte, für die alltägliche Lebensführung notwendige, personale und soziale Kompetenzen, Inhalte, Einstellungen und Werte künftig zwischen der Familie und den anderen Lernwelten im Prozess des Aufwachsens erworben und angeeignet werden können.

In der Vermittlung von Kompetenzen, die junge Menschen für eine eigenverantwortliche Lebensführung im 21. Jahrhundert benötigen, gerät Schule notgedrungen an ihre Grenzen. Die Frage, wie und wo junge Menschen die für ein selbst bestimmtes und sozial verantwortliches Leben notwendigen Erfahrungen und Kompetenzen in einer sich beschleunigt verändernden Gesellschaft erwerben können, wird daher mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und die Möglichkeiten der Lebensgestaltung des Einzelnen zu einer Kernfrage.

Die Summe der Bildungserwartungen an junge Menschen wächst, ohne dass die formalen Bildungsinstanzen wie die Schule diesem Wachstum vom Umfang und von der Geschwindigkeit her auch nur annähernd gerecht werden können. Die Aufgabe einer zukunftsweisenden Kinder- und Jugendarbeit könnte es sein, im Verbund mit anderen außerschulischen Partnern Teile der Vermittlung dieser notwendigen, aber von der Schule nicht zu leistenden Bildungsangebote zu übernehmen und als Lerngelegenheiten für Heranwachsende somit erwartbar zu machen. Hierfür sind aus einsichtigen Gründen selbstverständlich auch gut ausgebildete Fachkräfte erforderlich, wenngleich das Potenzial qualifizierter und engagierter Jugendbegleiter/innen sowie sonstiger ehrenamtlicher Personen nicht aus dem Auge verloren werden sollte. Dieses kann eine zivilgesellschaftliche Erneuerung des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen deutlich fördern.

Sollte die Kinder- und Jugendarbeit in diesem Rahmen tatsächlich zu einem festen Kooperationspartner der Schule werden, wäre allerdings eine Verstärkung der personell-beruflichen Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit perspektivisch unabdingbar. Dass dies alles zusätzliche Ressourcen erfordert, mehr als dem Jugendbegleiter-Programm gegenwärtig zur Verfügung stehen, liegt nahe. Dieses „Mehr“ an Geld und Ressourcen müsste aber, und das wäre der Maßstab, zugleich ein ebenso deutliches „Mehr“ an Inhalten, Verlässlichkeit, Qualität und Schulentwicklung, vor allem aber ein „Mehr“ an Bildung, Kompetenz und Integration auf Seiten der Kinder und Jugendlichen mit sich bringen.

Nur durch eine umfassende Kooperation zwischen den unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Bildungsakteuren könnte ein integriertes Gesamtkonzept entstehen, das zu einer dynamischen Kooperation zwischen Schule und Jugendarbeit führt. Dabei gilt es allerdings einige Punkte zu beachten, etwa

- die Differenz zwischen einer staatlich organisierten Pflichtschule mit einem hohen Grad an Verrechtlichung und Vereinheitlichung einerseits und einer freiwilligen,

überwiegend von freien Trägern organisierten Jugendarbeit andererseits (was jedoch in puncto Verbindlichkeit keineswegs so bleiben muss);

- die quantitativ und qualitativ völlig ungleiche personelle und finanzielle Ausstattung von Schule und Jugendarbeit;
- die organisatorisch deutlich voneinander abweichend aufgebauten Strukturen eines staatlich organisierten Schulwesens sowie einer lokal und plural geregelten Kinder- und Jugendarbeit.

Damit sich die Kinder- und Jugendarbeit als eigenständiger, verbindlicher und legitimer Partner in dieser Kooperation erweisen kann, muss sie allerdings ihre Potenziale ebenso deutlich sichtbar machen wie ihre originären Lernformen und Bildungsleistungen. Nur so können diese als eine sinnvolle Ergänzung für ein integriertes und umfassendes Bildungskonzept bewertet werden. Dazu muss sich die Kinder- und Jugendarbeit gegenüber Dritten in drei Elementen bewähren: *Verlässlichkeit, Verbindlichkeit, Fachlichkeit*.

(b) *Einbindung neuer Zielgruppen in die Kinder- und Jugendarbeit*: Die Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland steckt in einem Dilemma, das es mit sich bringt, dass es für sie in Zukunft noch schwieriger wird, in den bisherigen Formen der offenen, verbandlichen und kulturellen Arbeit auf die wachsende soziale und kulturelle Heterogenität der nachwachsenden Generation zu reagieren:

- Auf der einen Seite lässt sich die *ehrenamtlich geprägte Jugendverbandsarbeit* ebenso wie die meisten Angebote der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit dadurch kennzeichnen, dass sich hier vor allem gleichgesinnte, homogene Gruppen zusammenfinden, die zumindest eine ausreichend große Schnittmenge an gemeinsam geteilten Interessen, Vorstellungen, Werthaltungen aufweisen. Vergleichbare Interessen, ähnliche Wertvorstellungen und untereinander anschlussfähige Lebensstile kennzeichnen das freiwillige Aufeinandertreffen sowie die gemeinsam geteilte Bereitschaft, sich in der Gruppe, im Verein, im Verband, in der Gemeinschaft mit anderen zu engagieren.
- Auf der anderen Seite ist die beruflich organisierte *offene Kinder- und Jugendarbeit* als Ergänzung zu dieser Form der homogenitätsbasierten Gruppenfindung vor allem dadurch geprägt, dass sie vom Anspruch her weltanschaulich und milieubezogen ungebundene Angebote für alle Kinder und Jugendlichen unterbreitet, indem sie versucht, von vornherein möglichst wenige junge Menschen auszuschließen und indem sie insbesondere jene Gruppen anzusprechen versucht, die in die etablierten Formen organisierter Kinder- und Jugendarbeit kaum oder gar nicht eingebunden sind. Durch diese offene Form kann sie allerdings auch kaum vermeiden, dass sich informell dennoch bestimmte Cliquen und Gleichaltrigengruppen so ausbreiten, dass sie die Einrichtung hegemonial dominieren und zu einem Rückzug anderer, nicht-affiner Kinder und Jugendlichen beitragen, sei es aus Gründen des

Alters, des Geschlechts, des sozialen, des religiösen oder des kulturellen Hintergrunds.

Beide Formen stehen soziologisch betrachtet in gewisser Weise in der strukturellen Gefahr, durch diese homogenisierende Schließungstendenzen für Kinder und Jugendliche, die in dieser Hinsicht keinen Anschluss finden, unattraktiv zu werden, an Reiz zu verlieren. Diese fühlen sich durch die jeweils dominierenden Gleichaltrigengruppen, durch deren Ansichten, Lebensstilen, Werthaltungen und Interessen nicht angesprochen. Bereits in der Vergangenheit hat dieses Dilemma dazu geführt, dass die Kinder- und Jugendarbeit in vielen Facetten für neue, andere und moderne, jedenfalls nicht zwanglos anschlussfähige Milieus immer weniger attraktiv wurden. Und in der Zukunft wird sich diese Herausforderung für die gesamte Kinder- und Jugendarbeit noch in dem Maße verstärken, wie sich die Lebensformen junger Menschen weiter pluralisieren, fragiler, heterogener, aber auch vorübergehender werden.

So weist beispielsweise die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg auf die künftig eher noch erhöhte Bedeutung der Migrantinnen und Migranten für die Kinder- und Jugendarbeit hin (vgl. Kap. 5.1.3). Immerhin besitzt Baden-Württemberg bei den unter 25-Jährigen mit 33% die bundesweit höchste Migrationsquote. In Anbetracht dieser Ausgangslage und der sich in dieser Frage abzeichnenden Entwicklungslinien bieten sich zwei Wege an, um die Kinder- und Jugendarbeit gegenüber jugendarbeitsfernen Kindern und Jugendlichen einerseits sowie jungen Menschen mit Migrationshintergrund andererseits konzeptionell zu öffnen und damit diese Gruppen besser zu erreichen.

Zum einen bietet sich die Möglichkeit an, die Potenziale der Selbstorganisation, sei es bei den Migrantinnen und Migranten oder auch den anderen Milieus, deutlicher zu nutzen und infolgedessen das Engagement in eigenen Organisationen nicht zu fördern, sondern diese zugleich auch in die gesamte Verbandsstruktur bzw. in die Stadt- und Kreisjugendringe zu integrieren. Zum anderen muss trotz aller Schwierigkeiten künftig noch stärker versucht werden, jene Kinder und Jugendlichen anzusprechen und zu gewinnen – nicht nur, aber vor allem auch mit Migrationshintergrund –, die sich bislang von den Angeboten nicht ausreichend genug angezogen fühlten.

Hier ist ganz unübersehbar eine fachlich qualifizierte Kinder- und Jugendarbeit gefragt, die Erfahrungen und Kompetenzen sowohl im Umgang mit Heterogenität als auch in den Arbeitsformen einer „Geh-Struktur“ anstelle einer „Komm-Struktur“ besitzt, um auf diese Weise junge Menschen aktiv anzusprechen, Barrieren und Schwellen abzubauen und zugleich neue Zugänge zu schaffen. Ein Ergebnis der vorliegenden empirischen Befunde ist, dass offensichtlich Jugendliche aus Hauptschulen und mit Migrationshintergrund durch Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eher erreicht werden. In der Konsequenz muss dies heißen, dass die offenen Angebote ausbaufähige Ansätze sein könnten, um ein

breiteres – und auch ansonsten unterrepräsentiertes – Personenspektrum zu gewinnen, da dort, wo es offene Angebote gibt, sich bereits Ansatzpunkte für eine weitere Arbeit finden. Um die Attraktivität solcher Angebote zu sichern, ist dabei auch auf die Kosten zu achten, damit diese Kinder und Jugendlichen nicht davon abgehalten werden, die Angebote zu nutzen.

15.3.3 Kinder- und Jugendarbeit zwischen modernisierter Ehrenamtlichkeit und Professionalität

In der Kinder- und Jugendarbeit besteht ein strukturelles Spannungsverhältnis zwischen der konzeptionellen Grundlage des Prinzips „Ehrenamtlichkeit“ und den zugleich zunehmenden Ansprüchen einer neuen Fachlichkeit. Bereits vor fast genau 100 Jahren, 1911, hieß es in dem damaligen ersten Jugendpflegeerlass: „Die Arbeit an der Jugendpflege ist in der Regel ehrenamtlich“. Auch wenn dieser Satz so proklamatorisch für die gesamte Jugendarbeit schon lange nicht mehr gelten kann, so lässt sich dennoch konstatieren, dass zumindest innerhalb der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit immer noch eines der größten Potenziale an altersspezifischer ehrenamtlicher und freiwilliger Arbeit zu finden ist, das in Deutschland anzutreffen ist (vgl. Kap. 7.1.5). In keinem anderen gesellschaftlichen Bereich engagieren sich vermutlich so viele Gleichaltrige aus freien Stücken wie in der Kinder- und Jugendarbeit. Diesem Potenzial an ehrenamtlichem Engagement steht aber auch eine nicht zu unterschätzende Zahl an beruflichen Fachkräften gegenüber, die im Laufe der letzten Jahrzehnte merklich gestiegen ist (vgl. Kap. 6.2).

Bilanziert man die Personalentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit, so zeigt sich, dass das freiwillige und ehrenamtliche Engagement seine überragende Stellung bzw. seine Exklusivität, die es in den 20er- und 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts zweifellos hatte, eingebüßt hat – und dies aller Wahrscheinlichkeit nach auf Dauer. Die Kinder- und Jugendarbeit ist in der Tendenz beruflicher und fachlicher geworden; sie ist inzwischen auch deutlich stärker geprägt durch fachspezifische Impulse und nicht mehr allein durch eine unverstellte lebensweltlich-milieuspezifische Nähe. Gleichwohl sind dann zwei Fragen legitim: (a) Hat Kinder- und Jugendarbeit damit an Profil verloren oder gewonnen? (b) Ist das ehrenamtliche Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit auf dem Rückzug, gewissermaßen ein Auslaufmodell?

(a) Aus einer übergeordneten Perspektive lässt sich diese erste Frage mit einem deutlichen Hinweis auf die gestiegene Fachlichkeit beantworten. Ein überwiegend oder gar ausschließlich ehrenamtliches Engagement wird es in Anbetracht einer weiterhin unter einem Verfachlichungs- und Professionalisierungsdruck stehenden Kinder- und Jugendarbeit immer weniger geben können, schon gar nicht auf überregionaler Ebene. Wenn sich die Kinder- und Jugendarbeit den sozial- und bildungspolitischen Herausforderungen stellen soll, dann geht dies nur mit einer fachlich unterfütterten Ehrenamtlichkeit. Das aber bedeutet,

dass es hierfür ausgebildeter Fachkräfte bedarf und dass diese Formen der Kinder- und Jugendarbeit künftig immer weniger zum Nulltarif geben kann. Das aktive Ehrenamtsmanagement der Jugendverbände verlangt nach einer Ergänzung durch beruflich tätige Fachkräfte, zu deren Aufgabenbereich auch die Gewinnung, Bindung und Weiterbildung der Ehrenamtlichen gehört. Hierfür benötigt die Kinder- und Jugendarbeit entsprechende Ressourcen, insbesondere auch deshalb, weil der demografisch bedingte Rückgang der jungen Menschen sich indirekt auch auf das Potenzial und die absolute Zahl an ehrenamtlich engagierten Jugendlichen auswirken wird. Ohne eine gut dosierte Hauptberuflichkeit wird die Brüchigkeit einer ehrenamtlich grundierten Kinder- und Jugendarbeit noch deutlicher zum Ausdruck kommen.

(b) So sehr die Kinder- und Jugendarbeit daher in den nächsten Jahren auf eine fachlich unterfütterte personelle Infrastruktur als stabile Grundlage ihrer Arbeit angewiesen ist, so wenig ist damit ein Abbau oder gar ein Ende des ehrenamtlichen Engagements verbunden. Verändern dürften sich allerdings die Ausdrucksformen und die Rolle des ehrenamtlichen Engagements innerhalb einer zukunftsfähigen Kinder- und Jugendarbeit.

Im Vordergrund der Kinder- und Jugendarbeit – vor allem, aber nicht nur in der verbandlichen Arbeit – muss auch weiterhin das Teilhabe- und Verantwortungspotenzial stehen. Kein anderer Akteur, keine anderer Bildungsort und keine andere Lernwelt bieten jungen Menschen so reichhaltige Gelegenheiten, Anlässe und Möglichkeiten, sich selber einzubringen, sich selber zu engagieren und Verantwortung für sich selbst, für andere und für eine Sache zu übernehmen. Wo sonst sollen und können Jugendliche in diesem Alter in einem organisierten, geschützten und doch offenen Raum so viel Verantwortung übernehmen, sich selbst in Gemeinschaft mit anderen einbringen, neue Seiten des Lebens kennenlernen und wichtige soziale Erfahrungen machen?

Kinder- und Jugendarbeit ist eine Lernwelt par excellence im Prozess des Aufwachens, um jenseits von Familie und Schule den Übergang zwischen Kindheit und Erwachsenenalter zu erproben und zu ertasten. Dies ist eine enorme Bildungsleistung, auch wenn sie nicht zertifiziert wird, nicht in Lehrplänen steht, nicht von oben verordnet wird. Dieses Potenzial gilt es auch in Zukunft zu nutzen und weiterzuentwickeln. Und vor diesem Hintergrund werden die Formen des individuellen Engagements junger Menschen als zentrales Element der Kinder- und Jugendarbeit erhalten bleiben, auch wenn dieses stärker eingeraht werden muss in die Strukturen einer fachlich qualifizierten und organisierten Kinder- und Jugendarbeit. Oder zugespitzt formuliert: Um dieses Potenzial der Verantwortungsübernahme bei jungen Menschen auch in Zukunft zur Geltung zu bringen, bedarf es einer weiterentwickelten und ausgebauten personellen Infrastruktur einer fachlichen Kinder- und Jugendarbeit.

15.4 Zukünftige Herausforderungen der Jugendverbände in Baden-Württemberg

Vor besonderen Herausforderungen stehen die mehrheitlich ehrenamtlich arbeitenden Jugendverbände. Auf der einen Seite werden sie mit den Folgen einer Pluralisierung der Milieus und Lebensstile in einem vergleichbaren Maße konfrontiert, wie dies ganz generell bei vielen gemeinnützigen Organisationen und Vereinen der Fall ist, seien dies Parteien, Gewerkschaften, Kirchen oder die gesamte Vereinslandschaft. Die langfristige Bindungsbereitschaft an diese traditionsgebundenen Formen der zivilgesellschaftlichen Organisationen des „Dritten Sektors“ jenseits von Markt und Staat bekommen auch die Jugendverbände zu spüren. Infolgedessen verlagern sich die Altersschwerpunkte der Arbeit eher nach vorne in den Altersbereich der 10- bis 16-Jährigen. Vor diesem Hintergrund sollen nachfolgend einige zukunftsbezogene Herausforderungen für diesen Teil der Kinder- und Jugendarbeit ins Blickfeld gerückt werden, und zwar zum einen die Frage der Nachwuchsgewinnung, zum anderen die künftige Bedeutung der neuen Medien für die Jugendarbeit und schließlich die konzeptionelle Ausrichtung der Jugendverbände.

15.4.1 Die Nachwuchsfrage

Anhand der Entwicklung der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit lassen sich gut exemplarisch einige künftige Herausforderungen darstellen, die auch andere betrifft, zumal dieser Bereich in den letzten Jahren empirisch relativ breit erforscht worden ist. Die dabei sichtbar werdenden Probleme und die damit verbundenen Herausforderungen in der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit lassen sich aber dem Grunde nach auch auf andere Bereiche übertragen, so dass die Darstellung an dieser Stelle beispielhaft verstanden werden kann. Vier Ebenen seien hier genannt.

(1) Auffällig ist, dass gemessen an der großen Zahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den jüngeren Altersjahrgängen, also den Kindergruppen, sich deren Zahl mit steigendem Alter in den Jugendgruppen z.T. erheblich verringert. In der Erhebung des Evangelischen Jugendwerks in Württemberg finden deutlich weniger als die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Kindergruppen den Weg in eine Jugendgruppe. Ähnliches gilt für die Jugendarbeit im Sport: Heranwachsende sind vor allem im Kindesalter in Sportvereinen aktiv, mit dem Jugendalter sinken die Teilnahmezahlen.

Diesbezüglich steht die Frage im Raum, ob diese Entwicklung weiter zunehmen wird bzw. wie man ggf. einen Ausstieg in der Übergangsphase zwischen Kindes- und Jugendalter stoppen kann, d.h. welche Alternativen die Jugendverbände Jugendlichen nach dem Herauswachsen aus der Kindergruppe in der biografisch sensiblen Phase der Pubertät bieten können. Frieß/Ilg (2008) stellen in ihrer Studie für die evangelische Kinder- und Jugend-

arbeit fest, dass sich in den letzten Jahren wöchentliche Gruppentreffen terminlich schwieriger unterbringen lassen als früher.

Dies mag nicht zuletzt an einer größeren zeitlichen Belastung der jungen Ehrenamtlichen, aber auch der Jugendlichen durch die Schule liegen, etwa wegen der Verkürzung der Schuljahre bis zum Abitur (G8). Erhöhter schulischer Druck, aber auch die Zunahme von Ganztagschulen, oder allgemeiner formuliert: eine weitere zeitliche Verdichtung des Jugendalters könnte in dieser Hinsicht zu noch stärkeren Terminbelastungen bzw. auch zur Abnahme der Teilnahme an Kinder- und Jugendgruppen führen. Damit könnte sich auch die große Zahl an Ehrenamtlichen, die noch in der schulischen Ausbildung sind, hierdurch weiter reduzieren.¹⁵⁴

(2) Der Konfirmandenunterricht, den fast alle evangelischen Jugendlichen besuchen, bietet die Chance der Einbindung Jugendlicher in die kirchliche Jugendarbeit und ins ehrenamtliche Engagement. Das ist aber bislang nachweislich vielfach nicht der Fall (vgl. Friß/Ilg 2008). Dabei sind die Konfirmanden-Camps eine der am stärksten verankerten Verbindungen zwischen dem Konfirmanden-Unterricht und der herkömmlichen Kinder- und Jugendarbeit. Infolgedessen müsste die Kooperation von Jugendarbeit und Konfirmandenarbeit verstärkt werden, um so nicht nur den Konfirmandenunterricht selbst für Jugendliche attraktiver zu machen, sondern zugleich auch den „Ausstieg“ Jugendlicher nach der Konfirmation aus dem Umfeld der kirchlichen Jugendarbeit zu verhindern. Insbesondere für die frisch Konfirmierten müssten spezifische, auf sie zugeschnittene Angebote der Jugendarbeit gemacht werden. In der Zusammenarbeit von Konfirmanden- und Jugendarbeit scheint ein großes Entwicklungspotenzial zu liegen.

Übertragen auf die anderen Jugendverbände heißt das, dass immer wieder Chancen und Potenziale ungenutzt bleiben, Kinder und Jugendliche niedrigschwellig mit den Angeboten der eigenen Organisation zwanglos vertraut zu machen, seien es Tage der Offenen Tür, seien es Freizeiten für Kinder im Grundschulalter, seien es schulergänzende Angebote neben und nach dem Unterricht. Oft werden diese Gelegenheiten nicht gezielt genutzt.

(3) Der größte Teil der engagierten, aber auch der teilnehmenden jungen Menschen, ist sozial gut integriert und hat eine vergleichsweise gute schulische Bildung. Bildungsferne und sozial benachteiligte Jugendliche sind in der kirchlichen Jugendarbeit ganz unstrittig

154 Nicht unterschätzt werden darf in dieser Hinsicht übrigens auch die generelle Verkürzung der Schulzeit. Sofern das Verlassen der allgemeinbildenden Schule eine mögliche Bruchstelle in der Engagement-Biografie von jungen Menschen in den Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit darstellt – evtl. noch verstärkt durch den zeiträumlichen Umstand, dass sie ihren Heimatort zum Zwecke eines Studiums oder einer beruflichen Ausbildung verlassen müssen –, werden das sinkende Alter bei Verlassen der Schule neben dem demografischen Rückgang der Absolutzahlen zu einer weiteren Hürde für die Jugendorganisationen.

unterrepräsentiert. Insoweit stellt sich künftig vermehrt die Herausforderung, systematische Strategien zu entwickeln, die solchen „Exklusionsprozessen“ entgegenwirken. Bisher existieren noch kaum Modelle und Strategien, ob und ggf. wie junge Menschen, die keine persönlichen Bezüge zu Kirche und kirchlicher Kinder- und Jugendarbeit haben, erreicht werden sollen und können (vgl. Corsa/Freitag 2009). Wie die von BDKJ und MISEREOR gemeinsam in Auftrag gegebene Sinus-Milieustudie herausstellt (vgl. Wippermann/Calmbach 2007), erreicht die katholische Kirche viele Jugendliche in der heutigen Gesellschaft nicht mehr. Von insgesamt sieben Milieus junger Menschen unter 27 Jahren erreicht sie nur drei.

Das sind die „traditionellen“, die „bürgerlichen“ und die „postmateriellen“ Jugendlichen. In diesen leben etwa ein Viertel aller jungen Menschen. Die Jugendlichen aus diesen Milieus haben durchweg einen höheren Bildungsabschluss und sind von hohen, oft traditionellen Wertvorstellungen geprägt. Alle drei Milieus werden aber, und darin liegt eine besondere Herausforderung, in Zukunft zahlenmäßig abnehmen. Dagegen werden die jugendlichen „Performer“ und die „Experimentalisten“ innerhalb des Jugendalters stärker zu Leitmilieus. Vermutlich lassen sich dementsprechende Befunde tendenziell nicht nur auf die evangelische Jugendarbeit, sondern auch auf die anderen, milieugebundenen Jugendorganisationen übertragen.

Unter den Vereinen und Verbänden nimmt der Sport hier eine Sonderstellung ein, da er zumindest im Kindesalter eine breite Mehrheit der Kinder erreicht. Die Aktivität in einem Sportverein gehört – quer über alle Schichten und Milieus hinweg – mehrheitlich zur Biographie von Heranwachsenden dazu. Gleichzeitig gibt es aber auch hier schicht- und herkunftsspezifische Unterschiede, so dass sich auch die Baden-Württembergische Sportjugend derzeit mit der Frage beschäftigt, wie vor allem die bisher weniger in den Sportvereinen vertretenen Kinder und Jugendlichen gewonnen werden können.

(4) Die große Mehrheit der Migrantinnen und Migranten finden – zumal große Teil von ihnen nicht-christlich geprägt sind – kaum Zugang zu kirchlichen Kontexten. Sie haben in der Regel auch keinen „Ort“ in den Kirchengemeinden. Hier stellt sich für kirchliche Organisationen die generelle Frage, wie sie durch Kooperation mit nicht-kirchlichen Einrichtungen und Migrantenorganisationen, die Bereitstellung von Ressourcen (z.B. Räumen) und gezielte Ansprache freiwilliges Engagement von dieser und für diese Zielgruppe fördern können (vgl. Grosse 2006). Mit einer gewissen Ausnahme beim Sport bzw. bei gewissen Sportarten lässt sich dieses Dilemma tendenziell auch auf andere Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit übertragen.

- Die Antworten auf diese Herausforderungen könnten ein Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit der Kinder- und Jugendarbeit insgesamt sein, zumal das in der kirchli-

chen Kinder- und Jugendarbeit traditionell wichtige ehrenamtliche Engagement vor allem mit Blick auf die Bildungserfahrungen von Kindern und Jugendlichen wesentliche Impulse geben kann. Und mehr denn je wird von dieser Seite her die Nachwuchsfrage in den Jugendverbänden vor Ort zu stellen sein, da bei einer geringer werdenden Zahl an jungen Menschen und einer darüber hinaus schwindenden Teilmenge, die den entsprechenden Milieus angehört, die Chancen auf die Gewinnung von engagementbereiten jungen Menschen zusätzlich reduziert werden. Das ehrenamtliche Engagement der Zukunft läuft insofern vor dem Hintergrund eines verdichteten Jugendalters zudem in eine demografisch-milieugebundene Falle, die für viele Jugendverbände vor Ort zu einer Existenzfrage werden könnte.

15.4.2 Die Medienfrage

Neben dem Einfluss der Familie und der Gleichaltrigen spielen die neuen Medien für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen eine immer wichtiger werdende Rolle. Durch den rasanten Wandel des Medienangebots und den ortsunabhängigen Möglichkeiten virtueller Gemeinschaften haben sich in den letzten Jahren auch die Freizeitaktivitäten Heranwachsender in wachsendem Maße verändert. Die Kommunikation junger Menschen findet heutzutage in nicht mehr zu vernachlässigenden Teilen per Handy, SMS oder in den medialen Foren im Netz statt.

Dementsprechend ist der Computer für die Altersgruppe der 12- bis 19-Jährigen mittlerweile das beliebteste Medium (vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2008). Empirisch ungeklärt ist in diesem Zusammenhang bislang allerdings die Frage, ob die mit den neuen Medien verbundenen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung zu Lasten von persönlichen Begegnungen, von realen Gemeinschaftserfahrungen, von außerhäuslichen Aktivitäten und gesellschaftlichem Engagement junger Menschen gehen oder ob durch die Medien nicht zugleich auch andere, neue Formen sozialer Beziehungen und sozialen Engagements entstehen.

Die Jugendverbände selbst nutzen das Internet inzwischen vor allem zur besseren Vernetzung sowie zur schnelleren, einfacheren und kostengünstigeren Öffentlichkeitsarbeit und Information. Plattformen wie Facebook werden zum Beispiel für die Vorbereitung von Bildungsreisen ins Ausland und die Vernetzung mit den Partnern dort genutzt. So entstehen zugleich neue Möglichkeiten des Austauschs und der Kommunikation. Kaum genutzt wird das Netz hingegen bei der Gewinnung neuer Mitglieder, wobei allerdings nicht auszuschließen ist, dass etwa durch Anzeigen in StudiVZ der eine oder die andere sich für einen Verband zu interessieren beginnt.

Begleitet und beraten werden die Kinder und Jugendlichen darüber hinaus durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendverbände mit Blick auf die Möglichkeiten und Risiken des Internets. So werden beispielsweise vielseitige Angebote und Projekte zur Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen bereitgestellt. Es deutet sich jedoch bislang nicht an, dass die klassischen Formen des Engagements im Verband durch neue Formen sozialen Engagements im Netz (Stichwort „Online-Volunteering“) ergänzt oder ersetzt werden. Das „Medium Internet“ selbst scheint von den Verbänden noch nicht als ein Ort des Austauschs und des Engagements entdeckt worden zu sein und genutzt zu werden.

Wenn Heranwachsende – wie eine aktuelle Studie zur Mediennutzung Jugendlicher zeigt (vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2008) – zunehmend über das Internet kommunizieren und damit immer mehr Zeit verbringen, müssen sich Jugendverbände auf Dauer damit auseinandersetzen, wie sie sich stärker als bisher auf Online-Foren, Online-Communities und Blogs einlassen, um auch in diesen virtuellen Welten von Heranwachsenden wahrgenommen zu werden.

Das Web 2.0, das Nutzern die aktive Gestaltung von Medieninhalten und nicht mehr nur deren Konsum ermöglicht, bietet der Jugendarbeit ein breites Spektrum an neuen kreativen Optionen. Doch anders als die Jugendlichen selbst nutzen die Jugendverbände das Potenzial des Web 2.0 bislang noch kaum. Social Network Sites können neue Möglichkeiten für eine „virtuelle Form“ der Kinder- und Jugendarbeit und des Engagements eröffnen und neue Zielgruppen erschließen. So könnten vorhandene Web-2.0-Plattformen wie YouTube oder MySpace für die Zielgruppenwerbung eingesetzt und Blog-Systeme als Alternative zu klassischen Projektwebsites genutzt werden. Jugendverbände könnten aber auch eigene Web-2.0-Plattformen aufbauen wie etwa „Netzcheckers“ oder „LizzyNet“. Zudem könnte das Netz auch als Ort der Verbände dienen, um werte- und orientierungsbezogene Debatten zu führen (wie z.B. das Themenforum der Aktion Mensch „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“). Hier scheinen noch vielfältige Entwicklungspotenziale zu liegen, die dazu beitragen können, dass in Zukunft die neuen Medien und das Internet nicht nur als Bedrohung der traditionellen Formen der Kinder- und Jugendarbeit wahrgenommen werden, sondern zugleich auch neue Optionen und Möglichkeiten eröffnen.

15.4.3 Die Konzeptionsfrage

Beobachtet man die aktuellen Diskussionen zur Kinder- und Jugendarbeit, so erfreuen sich die Themen Bildung, Kooperation mit Schule, interkulturelle Öffnung sowie Partizipation wachsender Aufmerksamkeit. Innerhalb dieser Themenbereiche sind von den Jugendverbänden in Baden-Württemberg eine Reihe von Projekten entwickelt worden, etwa die „Integrationsoffensive der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg“, das Projekt „Praxisberatung Kooperation Jugendarbeit und Schule“ oder das Partizipationsprojekt

„Gelingende Beteiligung vor Ort“ (vgl. Homepage des Landesjugendrings Baden-Württemberg). Im Lichte dieser Themen zeichnen sich auch die konzeptionellen Zukunftsfragen der Kinder- und Jugendarbeit ab, bei der vor allem die Frage des künftigen Selbstverständnisses und Profils zu einer entscheidenden Weichenstellung beitragen wird.

Partizipation: In der Kinder- und Jugendarbeit sind Formen der Selbstorganisation, Verantwortungsübernahme und Beteiligung selbstverständlicher Bestandteil der Konzepte. Um Kinder und Jugendliche zu befähigen, sich an Entscheidungen zu beteiligen und Entwicklungen mitzugestalten, die sie und ihre Lebenswelt betreffen, aber auch um einen Beitrag zur politischen Bildung junger Menschen zu leisten, müssen ihnen alters- und entwicklungsgemäße Formen der Partizipation eröffnet werden. Insofern ist die Kinder- und Jugendarbeit herausgefordert, die vorhandenen Formen der Beteiligung und Mitwirkung konsequent weiterzuentwickeln. In Bezug auf Partizipation gibt es in Baden-Württemberg inzwischen eine Vielzahl an Modellen, die sowohl im Rahmen kommunaler als auch verbandlicher Jugendarbeit durchgeführt werden.

Jugendverbände, aber auch die Formen offener Jugendarbeit sind Experimentier- und Erfahrungsfelder für Beteiligung, Mitbestimmung und gemeinsame Entscheidungsprozesse. Die Spielräume für Eigeninitiative variieren und hängen von den Zielsetzungen der Organisationen, aber auch von den konkreten örtlichen Voraussetzungen ab. Kinder und Jugendliche lernen in der offenen wie in der verbandlichen Jugendarbeit demokratische Umgangsformen und Spielregeln kennen. Die von Kindern und Jugendlichen in der verbandlichen Jugendarbeit angeeigneten demokratischen Kompetenzen, Verhaltensweisen und Beteiligungsformen kommen den Jugendlichen und dem Verband zugute (vgl. Dux u.a. 2008). Sie sind darüber hinaus auch ein wichtiger Beitrag zur allgemeinen politischen Willensbildung und zu einem grundlegenden Demokratieverständnis der jungen Generation, das in einer eher durch Politikverdrossenheit der jungen Generation gekennzeichneten Phase in den nächsten Jahren von besonderer Bedeutung sein wird.

Dabei beziehen Jugendverbände das praktisch-demokratische Handeln zunächst einmal stark auf ihre eigenen Strukturen und Mitglieder. Auch wenn diese politischen Kompetenzen und Beteiligungsformen nur zum Teil ins Gemeinwesen wirken, werden sie dennoch auf den unterschiedlichen Verbandsebenen und -strukturen sowie in die Erwachsenenorganisationen eingebracht. Zugleich finden sich zunehmend neue und offene Formen der Jugendbeteiligung, die auch im kommunalen Raum wirksam werden. Hier könnte in Zukunft evtl. eine gezieltere Kooperation mit der kommunalen Jugendarbeit und den in Baden-Württemberg inzwischen in vielen Kommunen vertretenen Jugendgemeinderäten¹⁵⁵

155 Jugendgemeinderäte sind die gewählte Interessenvertretung Jugendlicher gegenüber der kommunalen Politik. Sie sind eine insbesondere in Baden-Württemberg weit verbreitete Form der Jugendpartizipation. Es gibt zur Zeit in Baden-Württemberg in knapp 100 Kommunen Jugendgemeinderäte. Im Idealfall

zu einer Verbesserung und Weiterentwicklung der Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Gemeinwesen führen.

Bildung: Insbesondere das Thema Bildung ist ein zentrales Thema der Jugendverbände nicht nur in Baden-Württemberg geworden, das sich in der Zukunft mehr denn je stellen wird.¹⁵⁶ Hier kann die Kinder- und Jugendarbeit mit ihrem ganzheitlichen Bildungsverständnis und ihren Rahmenbedingungen der Freiwilligkeit, der Pluralität, der Wertbezogenheit und dem selbstbestimmten Lernen auf ihr großes informelles und non-formales, die schulische Kompetenzentwicklung ergänzendes Bildungspotenzial verweisen. Angebote der Kinder- und Jugendarbeit lassen sich als Soziotope außerschulischer Bildungsprozesse kennzeichnen, die Jugendlichen wichtige Anregungen und Impulse zu vielfältigen Lernprozessen eröffnen und zugleich Orientierungsangebote zur Selbstentfaltung sowie zu einer gleichermaßen eigenverantwortlichen wie solidarischen Lebensgestaltung bieten.

Einer aktuellen Studie zufolge können im Rahmen jugendlichen Engagements in Jugendorganisationen ohne Zwang oder Leistungsdruck vielfältige soziale, personale, kulturelle und instrumentelle Kompetenzen erworben sowie Formen demokratischer Beteiligung eingeübt und gestärkt werden (vgl. Dux u.a. 2008). Die Erkenntnis, dass Kinder- und Jugendarbeit zumindest potenziell vieles von dem leisten kann, was von einer ganzheitlichen Bildung erwartet wird, was die Schule aber unter den heutigen Bedingungen nur zum Teil erbringen kann, rückt seit der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie zunehmend ins öffentliche Bewusstsein. In dieser Hinsicht wird die Kinder- und Jugendarbeit in Zukunft mehr denn je gefordert sein, ihren Beitrag zu einem Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in öffentlicher Verantwortung zu leisten.

Kooperation mit Schule: Im Zusammenhang mit dem Thema Bildung wird in der offenen Jugendarbeit und in der Jugendverbandsarbeit auch das Thema einer künftig stärkeren Kooperation der Kinder- und Jugendarbeit mit Schule vor allem im Kontext der Entwicklung von Ganztagschulen diskutiert. Inzwischen scheint sich immer weniger die Frage zu stellen, ob die Kinder- und Jugendarbeit mit der Schule kooperieren soll, sondern eher, *wie* diese Zusammenarbeit gestaltet werden könnte. So bestehen bereits unterschiedliche Formen der Kooperation, etwa das „Schülermentorenprogramm“ oder das „Integrationsmen-

besitzen sie Rede- und Antragsrecht im Gemeinderat und einen eigenen Etat für Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und sonstige Projekte. Die Anzahl der Mitglieder ist von der Größe der Stadt abhängig. In fast allen Städten haben Jugendliche von 14 bis 18 Jahren das aktive und passive Wahlrecht, unabhängig davon, ob sie einen deutschen Pass haben oder nicht (vgl. www.jugendgemeinderat.de/index.php?id=21, abgerufen am 16.07.09).

156 Im Bündnis für die Jugend wird unter der Federführung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport seit November 2008 ein Gesamtbildungskonzept erarbeitet.

torenprogramm“¹⁵⁷, das „Jugendbegleiter-Programm“ oder auch gemeinsame Projekte mit Sozialeinrichtungen (vgl. Kap. 9).

In einem überwiegend ehrenamtlich geprägten Arbeitsfeld stellt sich dabei ganz ernsthaft die Frage, wie eine derartige Kooperation ohne entsprechende zusätzliche personelle Ressourcen und ohne eine lokale stabile Infrastruktur überhaupt angemessen umgesetzt werden kann, inwieweit hierzu also zusätzliche berufliche Ressourcen unerlässlich sind, und wie die Mitarbeiter/innen für eine derartige Aufgabe qualifiziert werden können (vgl. Lang 2008). Die Kooperation mit Schule im Kontext der Ganztagschulen sowie der lokalen bzw. regionalen Bildungslandschaften wird auch in den nächsten Jahren eine der zentralen Herausforderungen für die gesamte Kinder- und Jugendarbeit darstellen. Dabei gilt es vor allem ihre langjährigen Erfahrungen mit freiwilliger Beteiligung, Selbstorganisation und Verantwortungsübernahme Heranwachsender in den schulischen Raum einzubringen und so langfristig zu einem eigenständigen neuen Profil von Ganztagschulen beizutragen, bei dem Schule mehr als formale Bildung und Fachunterricht ist (vgl. BMFSFJ 2005).

Mit den beiden Entwicklungsmotoren Ganztagschule sowie lokale und regionale Bildungslandschaften werden wesentliche Eckwerte von Zukunftsentwürfen einer Kinder- und Jugendarbeit benannt, die zwangsläufig zu einer konzeptionellen und strukturellen Neugestaltung des Verhältnisses von Jugendarbeit und Schule führen und der künftigen Kinder- und Jugendarbeit eine neue mitgestaltende Rolle im Kontext der öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen junger Menschen abverlangen (vgl. Kap. 9.3).

Interkulturelle Öffnung: Seit der Jugendbewegung vor 100 Jahren bieten Jugendverbände die Möglichkeit der Gemeinschaft und Gesellung Gleicher bzw. Gleichgesinnter. Die Organisationen suchen ehrenamtlichen Nachwuchs, der sich mit den Zielen und Werten des eigenen Verbandes identifiziert und diese an Heranwachsende weiterreicht. Durch die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund kommen vor diesem Hintergrund auf die Anbieter von Kinder- und Jugendarbeit neue Herausforderungen zu. Dabei geht es auf der individuellen Ebene um die Frage, wie die Zugänge für junge Menschen mit Migrationshintergrund zu den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit verbessert werden können, da diese bislang von ihnen noch vergleichsweise selten genutzt werden. Auf der strukturellen Ebene ist unterdessen zu klären, wie zugleich junge Menschen mit Migrationshintergrund dabei unterstützt werden können, eigene Organisationsformen und Verbandsstrukturen zu entwickeln.

157 Im Schuljahr 2008/2009 ist das Integrationsmentorenprogramm (i-SMP) gestartet und befindet sich noch in der dreijährigen Modellphase. Schülerinnen und Schüler sollen dabei zu Integrationsmentoren ausgebildet werden, um auf diese Weise eine bessere Integration benachteiligter Jugendlicher in der Klassen- und Schulgemeinschaft zu erreichen und interkulturelle Begegnungen zu ermöglichen. Das klassische SMP richtet sich an Schülerinnen und Schüler ab dem Alter von 15 Jahren.

Dem Thema der interkulturellen Öffnung und der Integration ist in den letzten Jahren zwar eine erhöhte Aufmerksamkeit von Seiten der Jugendverbände entgegengebracht worden. Obgleich Jugendverbände insofern grundsätzlich für deutsche und ausländische Jugendliche offen sind, bestehen de facto doch vielfältige Zugangsbarrieren für Heranwachsende mit einem Zuwanderungshintergrund.¹⁵⁸

Infolgedessen ist die interkulturelle Öffnung in den einzelnen Organisationen unterschiedlich weit entwickelt. Entsprechend einem Positionspapier des Landeskuratoriums für außerschulische Jugendbildung Baden-Württemberg (2007) wurden Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bisher zumeist über Modellprojekte einbezogen und gehören nur in wenigen lokalen Jugendgruppen zum Alltag. Trotz zahlreicher Projekte für Jugendliche mit Migrationshintergrund und gemeinsamer Angebote für deutsche und ausländische Jugendliche konnte eine nachhaltige interkulturelle Öffnung bislang nicht erreicht werden. Für die Vertretung von Migrantinnen und Migranten in den Verbandsgremien gilt nach wie vor die Regel, dass je höher die Ebene ist, desto weniger Migrantinnen und Migranten dort vertreten sind. Das Landesjugendkuratorium geht davon aus, dass mit Ausnahme der Deutschen Sportjugend, der DGB-Jugend und der DJO – Deutsche Jugend in Europa Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in den meisten Jugendverbänden in Baden-Württemberg eher randständig eingebunden sind. Der Landesjugendring hat daher zu diesem Thema eigene Arbeitsstrukturen gebildet, mit dem Ziel, die interkulturelle Arbeit noch stärker in der Querschnittsarbeit zu verankern. Allerdings beschränken die finanziellen und personellen Ressourcen eines weitgehend ehrenamtlichen Arbeitsfeldes die Möglichkeiten der interkulturellen Öffnung. In den Jugendringen im Land sind infolgedessen bisher auch nur wenige Migranten- und Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSO) Mitglied.

Der Landesjugendring berät Migrantenorganisationen in Bezug auf außerschulische Jugendarbeit und Förderungsmöglichkeiten. In Kooperation mit der AGJF (Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V.) hat der Landesjugendring 2006 eine Integrationsoffensive gestartet, die Integrationsprojekte der Jugendarbeit im Land ermöglicht, vernetzt und qualifiziert.¹⁵⁹ Dabei geht es auch um eine stärkere Einbindung der Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSO) in die Jugendringe. Für die Verbände ist noch

158 Schwierigkeiten der Integration lassen sich etwa im Rahmen des Schülermentorenprogramms (SMP) „Soziale Verantwortung lernen“ erkennen, das einen wichtigen Beitrag zum sozialen Lernen an Schulen leistet. Wie aus den Verbänden berichtet wurde, beteiligten die kirchlichen Organisationen auch kirchenferne sowie muslimische Jugendliche. Einige von ihnen hatten durch die Schülermentorenprogramme Interesse gewonnen und versuchten, sich auch in den konfessionellen Verbänden zu engagieren. Hier tauchten Schwierigkeiten auf, etwa wenn sie als nicht der katholischen bzw. evangelischen Kirche zugehörig für Ämter kandidieren wollten oder wenn sie die kirchlichen Formen ablehnten.

159 Über das Förderprogramm „Integrationsoffensive der Kinder- und Jugendarbeit“, an dem die Jugendverbände sich beteiligen, werden im Jahr 2008 19 Projekte aus Mitteln des Kultusministeriums und Sozialministeriums gefördert.

offen, ob dies ein hilfreicher Weg zur Integration ist, oder ob so ungewollt eine Verfestigung von Parallelstrukturen unterstützt wird, indem Migrantinnen und Migranten nur in ihre eigenen Organisationen eingebunden sind.

Angesichts der zurzeit bundesweit höchsten Migrationsquote von 33 Prozent bei den unter 25-Jährigen in Baden-Württemberg sowie einer nicht absehbaren Reduzierung dieser Anteile in der nahen Zukunft, ist die Kinder- und Jugendarbeit gefordert, ihre Anstrengungen in dieser Hinsicht künftig zu verstärken und jungen Menschen mit Migrationshintergrund jenseits von Schule Wege der Partizipation und sozialen Integration zu eröffnen. Allerdings wird auch dies in vielen Teilen der Kinder- und Jugendarbeit nur mit einer verbesserten Ausstattung an beruflichem Personal zu erreichen sein.

Fazit: Die Reaktion der Kinder- und Jugendarbeit auf die hier genannten gesellschaftlich zentralen Herausforderungen – Bildung, Kooperation mit Schule, Integration und Partizipation – werden ihre zukünftige gesellschaftliche Bedeutung, aber auch die Bildungs- und Teilhabechancen von Heranwachsenden entscheidend beeinflussen. Daher ist ganz unübersehbar auch die Politik gefordert, die Weiterentwicklung einer zukunftsfähigen Kinder- und Jugendarbeit politisch und finanziell zu unterstützen bzw. überhaupt erst zu ermöglichen.

16 Kinder- und Jugendarbeit 2020 – empirische Perspektiven

Was bedeuten unterdessen die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnungen (vgl. hierzu ausführlich Kap. 14) für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg auf der einen sowie die beschriebenen zu erwartenden Herausforderungen und die anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen für die Kinder- und Jugendarbeit auf der anderen Seite? Vergleichsweise einfach zu beantworten wäre dies, wenn – abgesehen von den demografischen Veränderungen – man davon ausgehen könnte, dass sich die Rahmenbedingungen und die Koordinaten der Kinder- und Jugendarbeit selbst in den nächsten Jahren nicht verändern. Dies ist aber bei einem Arbeitsfeld wie der Kinder- und Jugendarbeit vergleichsweise unwahrscheinlich, da deren Nutzung sowohl von dem jeweils vorhandenen (lokalen) Angebot als auch den jeweiligen Rahmenbedingungen abhängig ist, aber selbstverständlich auch von der Akzeptanz und Inanspruchnahme dieser freiwilligen Leistungen durch die Kinder und Jugendlichen selbst.

Daher werden nachfolgend zur Beantwortung dieser Frage verschiedene Modellannahmen und Szenarien zugrunde gelegt. Diese Zukunftsentwürfe sind keine stabilen Vorhersagen für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im kommenden Jahrzehnt. Vielmehr basieren sie auf bestimmten Annahmen und modellhaften Annäherungen an mögliche Perspektiven, die veranschaulichen sollen, wohin sich die Kinder- und Jugendarbeit unter bestimmten Rahmenbedingungen mit Blick auf ihre Ressourcenausstattung entwickeln könnte. Dabei werden letzten Endes drei unterschiedliche Zukunftsentwürfe für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg verfolgt.

(a) In einem ersten Zukunftsentwurf, der *Fortschreibungsvariante*, wird davon ausgegangen, dass die Rahmenbedingungen für die künftige Kinder- und Jugendarbeit im Wesentlichen die gleichen sein werden wie heute – und dies vor allem hinsichtlich der Ressourcenausstattung im Verhältnis zur Zahl der altersentsprechenden Bevölkerung als der potenziellen Adressatengruppe. Die „Fortschreibungsvariante“ macht damit deutlich, wie sich die Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit verändern würde, sofern allein demografische Veränderungen diese beeinflussen würden. Die Interpolation stützt sich somit auf die zuletzt verfügbaren Ergebnisse zur Zahl der Einrichtungen, der Beschäftigten sowie der finanziellen Aufwendungen im Verhältnis zur Zahl der jungen Menschen als Nutzende der Leistungen und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Kap. 16.1)

(b) In einem zweiten Zukunftsentwurf, der *Dynamisierungsvariante*, wird davon ausgegangen, dass trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen die bisherigen Ressourcen mit Blick auf Einrichtungen, Personal und Finanzmittel der Kinder- und Jugendarbeit weiterhin zur Verfügung stehen. Hier basiert die Interpolation für eine mögliche Entwicklung der kommenden Jahre auf der zuletzt erfassten Anzahl an Einrichtungen, Personal sowie dem zu-

letzt ausgewiesenen Volumen der finanziellen Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Kap. 16.2).

Beide Varianten werden im Folgenden jeweils für die Einrichtungen, die Beschäftigten unter Berücksichtigung eines altersbedingten Ersatzbedarfes sowie die finanziellen Aufwendungen „durchgerechnet“. Bei beiden Varianten wird für die Darstellung der Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendarbeit jeweils davon ausgegangen, dass die gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf den unterschiedlichsten Ebenen in etwa gleich bleiben, z.B. die rechtlichen Grundlagen oder die Lebenslagen junger Menschen, aber auch die Einstellungen und die dementsprechenden Handlungsorientierungen. Entsprechend bleiben somit auch mögliche Veränderungen z.B. im Bildungs- und Sozialwesen mit Blick auf andere öffentlich verantwortete Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungssettings weitgehend unberücksichtigt.

(c) Die genannten rechnerischen Szenarien zu den zahlreichen denkbaren Veränderungen und den möglichen Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendarbeit geben sicherlich erste Anhaltspunkte für mögliche Entwicklungen der Ressourcenausstattung in der Kinder- und Jugendarbeit. Doch darf man dabei mit Blick auf eine zukunftsfähige Kinder- und Jugendarbeit, die ihre Potenziale mit Blick auf ein „Zukunftsprojekt Bildung“ (vgl. Rauschenbach 2009) möglicherweise noch gar nicht ausgeschöpft hat, nicht stehen bleiben. So bietet sich vor dem Hintergrund der in Kapitel 15 beschriebenen politischen Notwendigkeiten und Zielsetzungen mit der *Entwicklungsvariante* ein dritter Zukunftsentwurf an. Dieser soll in Anbetracht der zu erwartenden demografischen Veränderungen zugleich den Blick auf die Herausforderungen des absehbaren sozialen Wandels lenken, wie er in den vorigen Kapiteln skizziert worden ist, um so zumindest empirische Größenordnungen und Eckwerte einer zukunftsfähigen Kinder- und Jugendarbeit zu erhalten (vgl. Kap. 16.3).

Neben diesen drei im Folgenden vorgestellten und mit empirischen Daten unterfütterten Zukunftsentwürfen, ist im Grunde genommen noch eine weitere, vierte Variante denkbar: die Kürzung der aktuell für die Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stehenden bzw. bis 2011 festgeschriebenen finanziellen Mittel. Dies würde im Endeffekt einer Kürzung und einem Abbau der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg gleichkommen.

Wir haben diese Variante nicht eigens weiter verfolgt. Aus den vorangegangenen Ausführungen dürfte deutlich geworden sein, dass eine modernisierte Kinder- und Jugendarbeit mehr denn je einen wichtigen Beitrag zu einem gesunden und altersgerechten Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen leisten müsste. Mehr noch: In Teil D werden die Verantwortungs-, Bildungs-, Gemeinschafts- und Integrationspotenziale der Kinder- und Jugendarbeit ausführlich erläutert, die für eine gesellschaftlich erträgliche Form des Zusammenlebens unabdingbar sind. Auch wenn die Kinder- und Jugendarbeit in ihrer gegenwärtigen Form dieses Potenzial nur sehr eingeschränkt erfüllen kann, wäre eine Kürzung der aktuell

bereit gestellten Finanzmittel daher wenig sinnvoll. Zumindest müssten dann „funktionale Äquivalente“, also Angebote für Kinder und Jugendliche entwickelt werden, die in Funktion und Umfang vergleichbare Leistungen erbringen. Diese wären, etwa als marktregulierte Angebote, jedoch keinesfalls zu den bisherigen Konditionen zu realisieren. Zudem gibt es gegenwärtig auch keine Anzeichen, welche Akteure diese Funktionen künftig übernehmen könnten. Infolgedessen haben wir auf eine dezidierte Ausformulierung eines vierten Zukunftsentwurfs verzichtet.

16.1 Die Fortschreibungsvariante

Bei der Fortschreibungsvariante wird davon ausgegangen, dass die derzeitigen Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendarbeit in Zukunft in etwa die gleichen sein werden wie heute – und dies vor allem hinsichtlich der Ressourcenausstattung im Verhältnis zur Zahl der altersentsprechenden Bevölkerung als der potenziellen Adressatengruppe. Legt man diese Annahmen zugrunde, so ist es naheliegend, davon auszugehen, dass die Zahl der Einrichtungen, das Volumen des Personalressourceneinsatzes sowie die Höhe der finanziellen Aufwendungen bis 2020 analog zur Schrumpfung der altersentsprechenden Bevölkerung zurückgehen werden.

Die Zahl der Einrichtungen ist zum 31.12.2006 vom Statistischen Landesamt mit 1.571 festgestellt worden. Das entspricht einer ‚Einrichtungsdichte‘ von 127 pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen. Geht man für die ‚Fortschreibungsvariante‘ davon aus, dass sich die genannte Bevölkerungsgruppen reduzieren, während gleichzeitig die Einrichtungsdichte unverändert bleibt, so wäre für die nächsten Jahre von einem Rückgang auf knapp 1.300 Einrichtungen bis zum Jahre 2020 auszugehen, was einem Abbau um 17% entspricht (vgl. Tab. 42).

Ähnlich stellt sich in dieser Variante die Entwicklung des Personals dar. In den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit waren zum 31.12.2006 3.767 Personen auf umgerechnet 2.221 Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalente) in der Kinder- und Jugendarbeit Baden-Württembergs beruflich tätig. Pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen entspricht das 18 Vollzeitäquivalenten. Angesichts der zu erwartenden demografischen Veränderungen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Kinder- und Jugendarbeit wird sich – legt man die „Fortschreibungsvariante“ zugrunde – bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen bis zum Jahr 2020 die Zahl der Vollzeitäquivalente um rund 380 auf etwas mehr als 1.800 reduzieren (vgl. Tab. 42).

Für das Jahr 2007 hat die öffentliche Hand rund 157,4 Mio. EUR für Maßnahmen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit ausgegeben. Pro jungen Menschen im Alter von 12 bis 21 Jahren entspricht das Pro-Kopf-Aufwendungen in Höhe von 127 EUR. Geht

man davon aus, dass sich dieses Verhältnis von Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit auf einen sowie die Zahl der altersentsprechenden Bevölkerung auf der anderen Seite auch in Zukunft nicht verändern wird, so ist für die nächsten Jahre mit einem Rückgang der finanziellen Aufwendungen auf etwas mehr als 130,2 Mio. EUR zu rechnen. Das entspräche Minderausgaben bis 2020 in Höhe von etwa 27,1 Mio. EUR (vgl. Tab. 42).

Tab. 42: Fortschreibungsvariante für die Zahl der Einrichtungen (a), der Beschäftigten (b) und der Ausgaben (c) für die Kinder- und Jugendarbeit (Baden-Württemberg; 2006–2020; ab 2008 Prognose)

Indikatoren	2006/07 ¹	2008	2010	2012	2014	2016	2018	2020
(a) Einrichtungen								
Einrichtungs- dichte ²	126	127	127	127	127	127	127	127
Bevölkerung 12 bis 21 J.	1.242.947	1.237.529	1.222.219	1.190.494	1.150.747	1.112.840	1.071.410	1.024.276
Zahl der Einrichtungen	1.571	1.568	1.548	1.508	1.458	1.410	1.357	1.298
(b) Beschäftigte								
Personalres- ourcen (VZÄ) ³	18	18	18	18	18	18	18	18
Bevölkerung 12-21-J.	1.242.947	1.237.529	1.222.219	1.190.494	1.150.747	1.112.840	1.071.410	1.024.276
Vollzeitäqui- valente	2.221	2.217	2.189	2.132	2.061	1.993	1.919	1.835
(c) Ausgaben								
Pro-Kopf- Ausgaben ⁴	127	127	127	127	127	127	127	127
Bevölkerung 12-21-J.	1.241.677	1.237.529	1.222.219	1.190.494	1.150.747	1.112.840	1.071.410	1.024.276
Ausgaben- volumen ⁵	157.442	157.356	155.409	151.375	146.321	141.501	136.233	130.240

1 Die Angaben zu den Einrichtungen und den Beschäftigten beziehen sich auf die Ergebnisse des Jahres 2006, die zu den Ausgaben auf das Jahr 2007.

2 Angegeben ist die Zahl der Einrichtungen pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen. Die Ergebnisse zur Zahl der 12- bis 21-Jährigen für das Jahr 2006 sind entnommen aus der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes. Zwar weichen diese Angaben nur um 0,2% von den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.06 ab, gleichwohl ergibt sich rein rechnerisch auf dieser Datengrundlage eine Einrichtungsdichte von 126 statt 127 pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen. Für die Extrapolation wird von einer Einrichtungsdichte von 127 pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen ausgegangen.

3 Die Angaben zum Personal werden bezogen auf 10.000 der 12- bis 21-Jährigen. Die Ergebnisse zur Zahl der 12- bis 21-Jährigen für das Jahr 2006 sind entnommen aus der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes.

4 Angegeben ist die Höhe der finanziellen Aufwendungen der öffentlichen Hand für die Kinder- und Jugendarbeit pro jungen Menschen im Alter von 12 bis 21 Jahren. Die Ergebnisse zur Zahl der 12- bis 21-Jährigen für das Jahr 2007 sind entnommen aus der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes.

5 Ausgaben in 1.000 EUR. Die Angaben beziehen sich nur auf die Ausgaben der 'öffentlichen Hand'. Nicht berücksichtigt sind hier Eigenmittel freier Träger.

Quelle Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen 2006, Ausgaben und Einnahmen 2007; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

16.2 Die Dynamisierungsvariante

Bei der Dynamisierungsvariante wird davon ausgegangen, dass trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen die bisherigen Ressourcen mit Blick auf Einrichtungen, Personal und Finanzmittel der Kinder- und Jugendarbeit weiterhin zur Verfügung stehen.

Tab. 43: Dynamisierungsvariante für die Zahl der Einrichtungen (a), der Beschäftigten (b) und der Ausgaben (c) für die Kinder- und Jugendarbeit (Baden-Württemberg; 2006–2020; ab 2008 Prognose)

Indikatoren	2006/07 ¹	2008	2010	2012	2014	2016	2018	2020
(a) Einrichtungen								
Einrichtungs- dichte ²	126	127	129	132	137	141	147	153
Bevölkerung 12 bis 21 J.	1.242.947	1.237.529	1.222.219	1.190.494	1.150.747	1.112.840	1.071.410	1.024.276
Zahl der Ein- richtungen	1.571	1.571	1.571	1.571	1.571	1.571	1.571	1.571
(b) Beschäftigte								
Personalres- ourcen (VZÄ) ³	18	18	18	19	19	20	21	22
Bevölkerung 12-21-J.	1.242.947	1.237.529	1.222.219	1.190.494	1.150.747	1.112.840	1.071.410	1.024.276
Vollzeit- äquivalente	2.221	2.221	2.221	2.221	2.221	2.221	2.221	2.221
(c) Ausgaben								
Pro-Kopf- Ausgaben ⁴	127	127	129	132	137	141	147	154
Bevölkerung 12-21-J.	1.241.677	1.237.529	1.222.219	1.190.494	1.150.747	1.112.840	1.071.410	1.024.276
Ausgaben- volumen ⁵	157.442	157.442	157.442	157.442	157.442	157.442	157.442	157.442

1 Die Angaben zu den Einrichtungen und den Beschäftigten beziehen sich auf die Ergebnisse des Jahres 2006, die zu den Ausgaben auf das Jahr 2007.

2 Angegeben ist die Zahl der Einrichtungen pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen. Die Ergebnisse zur Zahl der 12- bis 21-Jährigen für das Jahr 2006 sind entnommen aus der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes. Zwar weichen diese Angaben nur um 0,2% von den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.06 ab, gleichwohl ergibt sich rein rechnerisch auf dieser Datengrundlage eine Einrichtungsdichte von 126 statt 127 pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen. Für die Extrapolation wird von einer Einrichtungsdichte von 127 pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen ausgegangen.

3 Die Angaben zum Personal werden bezogen auf 10.000 der 12- bis 21-Jährigen. Die Ergebnisse zur Zahl der 12- bis 21-Jährigen für das Jahr 2006 sind entnommen aus der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes.

4 Angegeben ist die Höhe der finanziellen Aufwendungen der öffentlichen Hand für die Kinder- und Jugendarbeit pro jungen Menschen im Alter von 12 bis 21 Jahren. Die Ergebnisse zur Zahl der 12- bis 21-Jährigen für das Jahr 2007 sind entnommen aus der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes.

5 Ausgaben in 1.000 EUR. Die Angaben beziehen sich nur auf die Ausgaben der „öffentlichen Hand“. Nicht berücksichtigt sind hier Eigenmittel freier Träger.

Quelle Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen 2006, Ausgaben und Einnahmen 2007; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

Politisch wäre also demnach in den Kommunen Baden-Württembergs etwas gelungen, was die Vereinbarung für ein Bündnis für die Jugend zwischen Land Baden-Württemberg

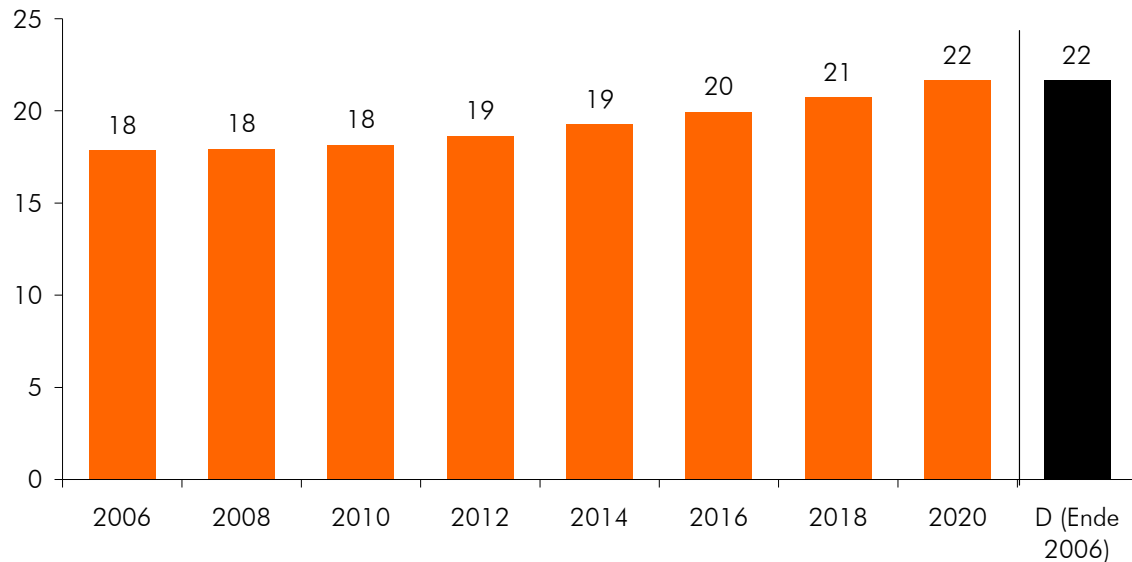
und der verbandlichen, offenen und kulturellen Kinder- und Jugendarbeit vom Juli 2007 auf Landesebene vorgemacht hat: Die gegenwärtig vorhandenen Ressourcen bleiben im System.

Geht man mithin auf der Basis der „Dynamisierungsvariante“ davon aus, dass trotz des Bevölkerungsrückgangs die Zahl der Einrichtungen nicht reduziert wird, so würde sich rein rechnerisch die Zahl der Einrichtungen pro 100.000 der altersentsprechenden Bevölkerung erhöhen. Im Jahre 2020 stünden dann nicht mehr wie zuletzt 126 Einrichtungen pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen zur Verfügung, sondern 153 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Tab. 43).

Damit hätte Baden-Württemberg dann 2020 rechnerisch in etwa die Einrichtungsdichte erreicht, die in anderen westdeutschen Bundesländern zuletzt bereits für das Jahr 2006 ausgewiesen worden sind (vgl. Kap. 6.2). Zugleich läge man im Südwesten Deutschlands jedoch immer noch unter dem Wert, der 2006 in Westdeutschland insgesamt erreicht wurde. Wollte man diesen Wert von 181 pro 100.000 der 12- bis 21-Jährigen im Jahre 2020 für Baden-Württemberg erreichen, so fehlen hierfür im Land immer noch 283 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Die Zahl der Einrichtungen müsste sich folglich in den nächsten Jahren um etwa 18% erhöhen.

Geht man ferner davon aus, dass die personellen Ressourcen von zuletzt rund 2.200 Vollzeitäquivalenten in der Dynamisierungsvariante weiterhin der Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stehen, so wird sich die Personalausstattung der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Verhältnis zur Zahl der 12- bis 21-Jährigen von 18 auf 22 Vollzeitäquivalente pro 10.000 12- bis 21-Jährigen im Jahre 2020 verbessern (vgl. Tab. 43). Damit hätte man den Personalressourceneinsatz für die Kinder- und Jugendarbeit erreicht, der Ende 2006 für das gesamte Bundesgebiet rechnerisch ausgewiesen wird (vgl. Kap. 6.2; Abb. 27).

Abb. 27: Auswirkungen einer konstanten Zahl an Vollzeitäquivalenten auf den Personalressourceneinsatz für die Kinder- und Jugendarbeit (Baden-Württemberg; 2006-2020; ab 2008 Prognose)



Quelle Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen 2006; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

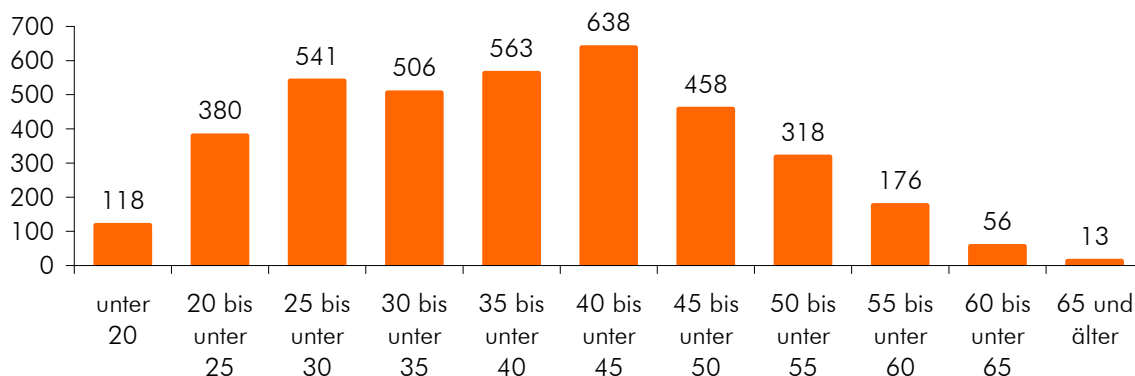
Exkurs – Ersatzbedarf an Fachkräften: Mit Blick auf den Personalressourceneinsatz ist jeweils ein Ersatzbedarf für die aus dem Teilarbeitsmarkt ausscheidenden Beschäftigten zu berücksichtigen, und zwar unabhängig davon, ob sich das Personal in den nächsten Jahren aufgrund des Bevölkerungsrückgangs reduzieren wird oder ob die bestehenden Personalressourcen der Kinder- und Jugendarbeit trotz rückläufiger demografischer Daten weiter zur Verfügung stehen. Die Gründe für das Ausscheiden sind altersbedingt, aber auch andere Faktoren wie Familienphase oder der Wechsel in ein anderes Arbeitsfeld können hierbei eine Rolle spielen. Da es an empirisch gesicherten Erkenntnissen über das Ausscheiden aus den beruflich organisierten Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit fehlt, soll an dieser Stelle nur sporadisch auf eine Abschätzung eines altersbedingten Ersatzbedarfs eingegangen werden. Gefragt wird also, wie hoch die Zahl der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit Baden-Württembergs ist, die in den nächsten Jahren aus Altersgründen aus diesem Beschäftigungsfeld ausscheiden wird. Dieser Wert ist zu berücksichtigen, wenn es sowohl in den nächsten Jahren darum gehen könnte, Personal in der Kinder- und Jugendarbeit zu reduzieren, das bestehende Beschäftigtenvolumen zu konsolidieren oder auch in die zusätzliche personelle Ressourcen zu investieren.

Da keine exakten Daten über das Ausscheideverhalten der Fachkräfte zur Verfügung stehen, wird vereinfachend angenommen, dass eine Fachkraft in der Kinder- und Jugendarbeit im Durchschnitt 25 Jahre in diesem Arbeitsfeld berufstätig ist. Ein Fünfundzwanzigstel der aktuellen Personalressourcen wäre somit der aus diesen Gründen zu kompensieren-

de Ersatzbedarf. Bei zuletzt 3.767 pädagogischen Fachkräften in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit entspräche dies für Baden-Württemberg einem Volumen von etwa 150 Personen pro Jahr.¹⁶⁰

Zu einem niedrigeren Ergebnis kommt man, wenn man ganz grob davon ausgeht, dass der Einstieg in das Berufsfeld Kinder- und Jugendarbeit berufsbiografisch – nicht zuletzt je nach Ausbildungsabschluss – in der Regel im Alter von 20 bis unter 35 Jahren erfolgt. Wenn dem so wäre, kann – ausgehend von den Ergebnissen zur Altersverteilung der am 31.12.2006 in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Personen (vgl. Abb. 28) – zwischen 1991 und 2006 retrospektiv davon ausgegangen werden, dass die hier zum 31.12.2006 erfassten 1.427 Fachkräfte im angegebenen Zeitraum in das Arbeitsfeld Kinder- und Jugendarbeit eingestiegen sind. Das entspräche für die Vergangenheit einer Zahl von Neueinsteigern und Neueinsteigerinnen in der Höhe von jährlich knapp 100 Frauen und Männern.

Abb. 28: Verteilung der Beschäftigten in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit nach Altersgruppen (Baden-Württemberg; 31.12.2006; Anzahl absolut; N = 3.767)



Quelle Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen

Fasst man die Ergebnisse der unterschiedlichen Schätzverfahren zu einem jährlichen Ersatzbedarf an Fachkräften für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg zusammen, so lässt sich begründet annehmen, dass zukünftig pro Jahr zumindest etwa 100 bis 150 Beschäftigte altersbedingt aus diesem Berufsfeld ausscheiden werden. Nicht berücksichtigt sind hierbei die Beschäftigten, die aus anderen Gründen das Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendarbeit verlassen werden. Zwar wird der Umfang dieser Gruppe hier nicht bestimmt, gleichwohl ist davon auszugehen, dass deren Anzahl niedriger ausfallen dürfte als das aus Altersgründen ausscheidende Personal.

¹⁶⁰ In ähnlicher Form wird für andere Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe der altersbedingte Ersatzbedarf abgeschätzt. Es fehlt an dieser Stelle an empirisch gesicherten Erkenntnissen über das „Ausscheideverhalten“ der Fachkräfte aus den diversen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe (vgl. auch Rauschenbach/Schilling 2009).

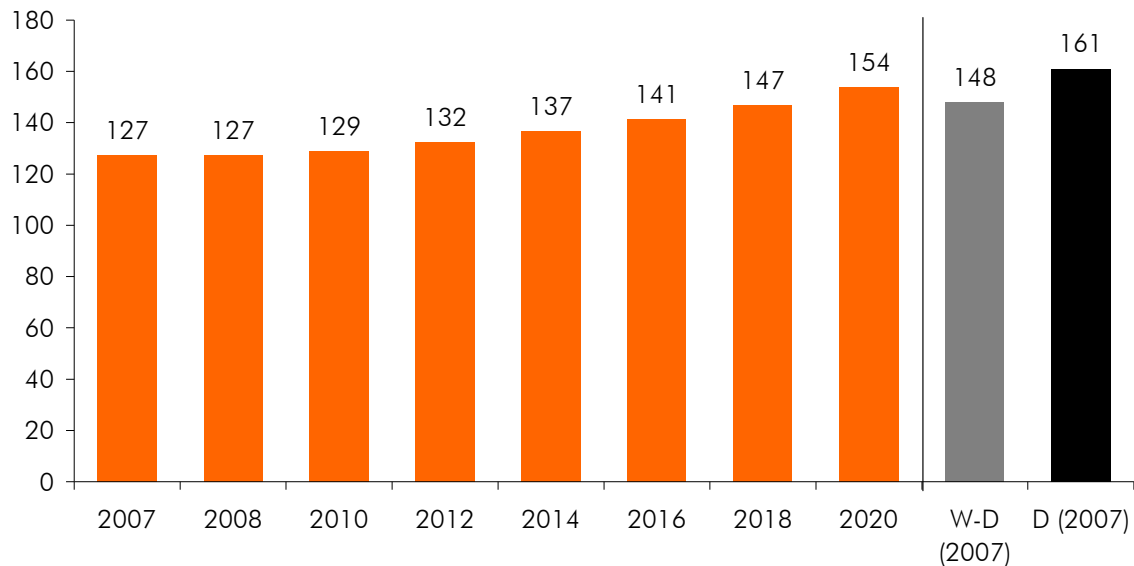
Vor diesem Hintergrund ist ein Blick auf die derzeitigen Ausbildungskapazitäten insbesondere an den Hochschulen Baden-Württembergs notwendig. Vorsichtig kann man in dieser Hinsicht die Zahl an Absolventinnen und Absolventen für Studiengänge der Sozialen Arbeit auf bis zu ca. 500 Personen pro Jahr beziffern.¹⁶¹ Diese Gruppe zumeist junger Akademiker und Akademikerinnen steht den Arbeits- und Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit insgesamt zur Verfügung. Wenn man einmal davon ausgeht, dass bis zu 20 Prozent von diesen eine Beschäftigung in der Kinder- und Jugendarbeit aufnehmen, so stünden hierüber jährlich bis zu 100 Personen zur Verfügung. Nach dieser groben und vereinfachenden Überschlagsrechnung wären somit – bezieht man die Abgänger und Abgängerinnen der Fachschulen noch mit ein – die Ausbildungskapazitäten zur Sicherung des derzeitigen Fachkräftebestands in der Kinder- und Jugendarbeit vermutlich ausreichend. Will man jedoch zusätzlich in die Kinder- und Jugendarbeit investieren und benötigt hierfür weitere Personalressourcen (vgl. Kap. 16.3), so dürfte für die Zukunft ein Mangel an ausreichend qualifizierten Fachkräften nicht mehr ausgeschlossen sein.

Geht man nach diesem Exkurs zu dem voraussichtlichen jährlichen Ersatzbedarf an Fachkräften für die Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen der „Dynamisierungsvariante“ weiterhin davon aus, dass das Finanzvolumen für die Kinder- und Jugendarbeit in den nächsten Jahren nicht gekürzt wird, sondern vielmehr die bisherigen Mittel in eine verbesserte Kinder- und Jugendarbeit investiert werden¹⁶², so könnte angesichts einer zurückgehenden Anzahl junger Menschen pro 12- bis 21-Jährigen in Zukunft seitens der öffentlichen Gebietskörperschaften mehr für die Kinder- und Jugendarbeit ausgegeben werden. Die Pro-Kopf-Ausgaben würden sich demnach von 2007 127 EUR auf 154 EUR pro 12- bis 21-Jährigen im Jahre 2020 erhöhen (vgl. Tab. 43).

161 Geht man dabei einmal von den derzeitigen Hochschulstandorten in Baden-Württemberg aus, an denen Studiengänge für Soziale Arbeit angeboten werden – mitunter in Kombination mit einem Studiengang im Bereich der Bildung und Erziehung in der Kindheit (und auch Jugend) – und bezieht weitere Standorte im Land mit ein, in denen Studiengänge zur Bildung und Erziehung im Kindes- und Jugendalter angeboten werden, so scheint eine Größenordnung von 500 Absolventen/innen nicht unangemessen, zumal wenn man noch die examinierten Studierenden der Universitäten, der Dualen Hochschulen und in Teilen auch der Fachschulen mit einbezieht.

162 Diese Annahme nimmt Bezug auf die Vereinbarung für ein Bündnis für die Jugend zwischen Land Baden-Württemberg und der verbandlichen, offenen und kulturellen Kinder- und Jugendarbeit vom Juli 2007 (www.ljrbw.de/ljr/themen/jugendpolitik) und die dort festgelegte finanzielle Planungssicherheit. Gleichwohl bezieht sich diese Vereinbarung auf die Landesförderung, während die Annahme hier sämtliche öffentlichen Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit und damit insbesondere auch die der kommunalen Ebene mit einschließt.

Abb. 29: Auswirkungen eines konstanten Ausgabenvolumens auf den finanziellen Ressourceneinsatz für die Kinder- und Jugendarbeit pro jungen Menschen (Baden-Württemberg; 2007-2020; Bestand 2007, ab 2008 Prognose; Angaben in EUR pro 12- bis 21-Jährigen)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen 2007; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

Zum Vergleich: Bundesweit wurden im Jahr 2007 pro jungem Menschen in der genannten Altersgruppe 161 EUR für die Kinder- und Jugendarbeit ausgegeben; für Westdeutschland wird für das genannte Jahr ein Wert von 148 EUR ausgewiesen. Würde man also auch in den kommenden Jahren – wie zuletzt 2007 – pro Jahr 157,4 Mio. EUR für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg ausgeben, so würde man im Jahre 2018 die Höhe der Pro-Kopf-Ausgaben Westdeutschlands des Jahres 2007 erreichen. Hingegen wäre die derzeit ausgewiesene Quote für Deutschland von insgesamt 161 EUR pro 12- bis 21-Jährigen selbst im Jahre 2020 noch nicht erreicht (vgl. Abb. 29).

Insgesamt weist die Dynamisierungsvariante somit darauf hin, dass Baden-Württemberg mit dieser Zukunftsoption die Chance hätte, in der Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit zumindest bis 2020 zumindest den westdeutschen bzw. bundesweiten Durchschnittsstandard zu erreichen. Von einer Spitzenposition, wie in vielen anderen Bereichen, wäre das „Musterland“ Baden-Württemberg immer noch deutlich entfernt.

16.3 Die Entwicklungsvariante

Die bisherigen Zukunftsentwürfe zu einer möglichen Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg gehen jeweils von den derzeit bereits vorhandenen und eingesetzten Ressourcen aus. Dabei wird in der „Fortschreibungsvariante“ angenommen,

dass sich die Relation von eingesetzten Ressourcen zur Zahl der 12- bis 21-jährigen jungen Menschen als Kernaltersgruppe der Kinder- und Jugendarbeit in den kommenden nicht verändert, während in der „Dynamisierungsvariante“ unterstellt wird, dass die gegenwärtig für die Kinder- und Jugendarbeit eingesetzten Ressourcen in den nächsten Jahren stabil bleiben und trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen für zusätzliche Infrastruktur und eine erweiterte Angebotspalette sowie für eine Qualitätsverbesserung der bestehenden Infrastruktur eingesetzt werden.

Greift man die letztgenannten Aspekte eines zusätzlichen Ausbaubedarfs sowie einer Qualitätsverbesserung der Kinder- und Jugendarbeit auf, so kommt man zu dem Schluss, dass vor allem im Lichte des sozialen Wandels mit Blick auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen sowie den Folgen der demografischen Veränderungen neben der „Fort-schreibungsvariante“ und der „Dynamisierungsvariante“ als ein dritter Zukunftsentwurf eine darüber hinausgehende „Entwicklungsvariante“ notwendig ist.

Konturiert werden soll damit kein „Wunschparadies“ der Kinder- und Jugendarbeit im Jahre 2020, einschließlich der damit verbundenen notwendigen öffentlichen Investitionssummen. Vielmehr soll anhand von zwei möglichen lohnenswerten Zukunftsprojekten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Baden-Württemberg exemplarisch auf einen damit verbundenen finanziellen Mehrbedarf für die Kinder- und Jugendarbeit hingewiesen werden. Es geht dabei im Einzelnen erstens um den Aufbau regionaler und lokaler Bildungslandschaften insbesondere in den schwächeren ländlichen Regionen des Landes (Kap. 16.3.1; vgl. Kap. 15.3.1;) sowie zweitens um eine Intensivierung der Beteiligung der Kinder- und Jugendarbeit an Schule im Rahmen des geplanten Ausbaus ganztägiger Bildungsangebote (Kap. 16.3.2; vgl. Kap. 15.3.2).

16.3.1 Aufbau regionaler Bildungslandschaften im ländlichen Raum

Es ist bereits darauf verwiesen worden, dass insbesondere die ländlichen Regionen Baden-Württembergs in den nächsten Jahren von einem Rückgang junger Menschen im Alter von 6 bis unter 27 Jahren bzw. 12 bis unter 22 Jahren betroffen sein werden (vgl. Kap. 14). Angesichts von zu erwartenden Rückgängen in Höhe von 20 und mehr Prozent für die zuletzt genannte Altersgruppe bis zum Jahre 2020 wird man sich mancherorts früher oder später nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklungen mit Forderungen nach Ressourcenkürzungen auseinandersetzen müssen. Und die Chancen, dass kommunalpolitisch diese Kürzungen durchgesetzt werden, stehen – blickt man auf die Jahre mit einer rückläufigen Anzahl von Jugendlichen in den allermeisten ostdeutschen Kommunen – keineswegs schlecht. Ganz im Gegenteil: Dies gilt erst recht, wenn sich die Kinder- und Jugendarbeit konzeptionell nicht weiterentwickelt, wenn sie nicht dazu in der Lage ist, zumindest Antworten auf die zu erwartenden Auswirkungen des demografischen Wandels

insbesondere im ländlichen Raum zumindest mit zu formulieren. Zugespitzt formuliert: Ein einfaches „Weiter so“ wird da nicht ausreichen.

Dabei spricht vieles dafür, dass unter Bedarfsgesichtspunkten eine zusätzliche Stabilisierung regionaler Jugendarbeitsangebote im ländlichen Raum erforderlich sein wird. So wird es notwendig werden, dass trotz sinkender Kinder- und Jugendlichenzahlen nicht-kommerzielle Angebote der Kinder- und Jugendarbeit weiterhin in Wohnortnähe zur Verfügung stehen. Verknüpft dies noch mit dem Auftrag, einen Beitrag zur Ausgestaltung von regionalen und lokalen Bildungslandschaften als einer der zentralen gemeinsamen Herausforderungen des Erziehungs-, Bildungs- und Sozialwesens, so kann es hierüber nicht nur gelingen, die Rahmenbedingungen des Aufwachsens für junge Menschen in ländlichen Regionen nachhaltig zu verbessern, sondern auch die Kinder- und Jugendarbeit stärker in diese Zukunftsaufgabe mit einzubeziehen (vgl. Kap. 15.3.1).

Organisiert werden muss also in den ländlichen Räumen ein umfassendes Bildungsangebot für junge Menschen, eingebettet in generationsübergreifende Angebote. Hier muss sich die Kinder- und Jugendarbeit verbindlich einbinden, sie muss sich, um es umgangssprachlich zu formulieren, aktiv einbringen, ohne dabei allerdings ihre Identität und ihren Eigensinn aufzugeben und von außen mit den an sie herangetragenen überzogenen Erwartungen überfordert zu werden.¹⁶³ Damit würde sie in Zukunft wesentlich stärker einen wichtigen Beitrag zu einem Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung auch im Jugendalter leisten. Sie wird auf diese Weise zu einem schul- und familienergänzenden Akteur der Kinder- und Jugendhilfe, dem aufgrund seiner Potenziale mit Blick auf Bildung, Gemeinschaft, Verantwortung und Integration (vgl. Teil C) eine wichtiger werdende Bedeutung für die Entwicklung junger Menschen zukäme (vgl. Kap 15).

Diese Modernisierung der Kinder- und Jugendarbeit in dieser Hinsicht, die gewissermaßen einer Neuformatierung gleicht, ist fiskalisch kein Nullsummenspiel, sondern ein gezieltes Investitionsprojekt in regionale und lokale Bildungslandschaften für in diesem Fall den ländlichen Raum. Eine genaue Bezifferung der notwendigen Investitionskosten im Allge-

163 Nur als Hinweis: Nicht zuletzt die ‚Präventionsdebatte‘ in den 1990er-Jahren hat gezeigt, dass sie dann ihre Legitimation untergräbt, wenn vorher abgegebene Wirkungsversprechen nicht eingehalten werden können. Beispielhaft lohnt sich hier ein Blick in die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugendbehörde Ende der 1990er-Jahre. Dort heißt es in einer Verlautbarung der AGOLJB aus dem Jahre 1998 im Kontext der ‚Präventionsdebatte‘: „Unbestritten ist aber, dass eine differenzierte ausgebauten Infrastruktur der Jugendhilfe insbesondere durch Angebote, die sich grundsätzlich an alle junge Menschen richten (...) präventive Wirkung im Hinblick auf Jugenddelinquenz entfaltet“ (AGOLJB 1998, S. 45). Die Kinder- und Jugendarbeit greift demnach, so auch die Analyse Münchmeiers (2000), in diesem Fall die ihr gesellschaftlich zugeschriebenen Wirkungen bezogen auf eine Vermeidung abweichenden Verhaltens ausgesprochen dankbar zu Legitimationszwecken auf, ohne dabei allerdings tatsächlich auf entsprechend abgesichertes empirisches Wissen über die Wirkungen zurückgreifen zu können. Dadurch gerät sie wiederum mittelfristig in Gefahr, ihre gesellschaftliche Legitimation zu verlieren.

meinen oder auch nur für den Beitrag der Kinder- und Jugendarbeit kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Herausgearbeitet werden soll an dieser Stelle vielmehr, dass die Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum für einen Beitrag zu den auszugestaltenden Bildungslandschaften finanzielle Spielräume benötigt.

Diese finanziellen Spielräume sind mit Blick auf die Ungleichverteilung öffentlicher Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit in den Stadt- und Landkreisen durchaus vorhanden. Bei der derzeitigen Situation der Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit in den Stadt- und Landkreisen sind die erheblichen regionalen Unterschiede auffällig. Während in den Stadtkreisen 2007 pro 12- bis 21-Jährigem 271 EUR pro Jahr aufgewendet werden, liegen die Pro-Kopf-Ausgaben in den Landkreisen bei gerade einmal 81 EUR (vgl. Kap. 6.4). Die aufgewendeten finanziellen Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit in den Städten ist somit pro jungen Mensch dreimal höher als in den Landkreisen. Da es keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass in den Städten der Bedarf an einer Jugendarbeitsinfrastruktur dreimal höher ist als in ländlichen Regionen, scheint es auch unter Gerechtigkeitsaspekten notwendig, die finanziellen Mittel für den ländlichen Raum deutlich zu erhöhen.

Tab. 44: Investitionen in die Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum in Baden-Württemberg (2007 [Bestand], 2020 [Prognose])¹

Kreis	2007 (Bestand)			2020 (Prognose)			2007-2020	
	12- bis unter 22-Jährige	Pro-Kopf-Ausgaben (in EUR)	Ausgab. absolut (in Mio. EUR)	12- bis unter 22-Jährige	Pro-Kopf-Ausgaben (in EUR)	Ausgaben absolut (in Mio. EUR)	Pro-Kopf-Ausgaben (in EUR)	Ausgab. absolut (in %)
Stadtkreise	193.268	271	52,3	166.375	314	52,3	43	0
Landkreise	1.044.937	81	84,8	857.901	160	137,3	79	62

¹ Die Ausgaben der überörtlichen Ebene sowie der Landesebene werden hier nicht berücksichtigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen 2007; eigene Berechnungen; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung 2006 bis 2025 für Regionaleinheiten ab 5.000 Einwohner (Basis: Bevölkerung am 31.12.2005); eigene Berechnungen

Es scheint mithin angezeigt, dass in den nächsten Jahren auch aus Sicht der obersten Landesjugendbehörde im Sinne des § 82 SGB VIII das Ziel verfolgt wird, die regionalen Disparitäten bezogen auf die Pro-Kopf-Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit zumindest zu minimieren. Dabei wird in diesem Szenario für die Stadtkreise angenommen, dass die derzeitigen Finanzsummen der Kinder- und Jugendarbeit trotz demografischer Rückgänge auch zukünftig bis zum Jahr 2020 den Trägern der Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stehen werden. Infolgedessen würden sich die Pro-Kopf-Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit in den Städten von derzeit 271 EUR auf 314 EUR erhöhen. Gleichzeitig wird angenommen, dass die Landkreise ihre finanziellen Aufwendungen – unter Umständen auch mithilfe des Landes – in dem Maße erhöhen, dass die Ausgaben für die Kinder-

und Jugendarbeit pro jungem Menschen 2020 immerhin halb so hoch sind wie in den Städten. Das entspräche in etwa einem Wert von 160 EUR pro jungen Menschen und bedeutet damit eine Verdoppelung der gegenwärtigen finanziellen Aufwendungen (vgl. Tab. 44).

Diese Entwicklung für die Kommunen Baden-Württembergs würde bedeuten, dass sich die Gesamtaufwendungen der Kommunen für die Kinder- und Jugendarbeit (also: ohne Fördergelder des Landes) von zuletzt 137,2 Mio. EUR auf knapp 190 Mio. EUR erhöhen würden (+52,4 Mio. EUR). Dies entspräche jährlichen Mehraufwendungen in Höhe von rund 4 Mio. EUR in den Landkreisen. Damit würde das Ausgabenvolumen 2020 um 38 Prozent höher liegen als noch 2007. Während in diesem Modell für die Stadtkreise von keinen Veränderungen beim Volumen der finanziellen Aufwendungen ausgegangen wird, werden im ländlichen Raum in Sachen Kinder- und Jugendarbeit zusätzliche Mittel bereitgestellt. Um im Jahre 2020 die angestrebten 160 EUR pro 12- bis 21-Jährigen zu erreichen, wird sich das gegenwärtige Ausgabenvolumen für die Kinder- und Jugendarbeit von 84,8 Mio. EUR (2007) auf 137,3 Mio. EUR erhöhen müssen. Dies entspricht einem Anstieg um über 60 Prozent (vgl. Tab. 44).

16.3.2 Ausbau ganztägiger Bildungsangebote

Das Land Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahre 2015 etwa 40 Prozent der allgemeinbildenden Schulen in Ganztagschulen umzuwandeln (vgl. KM 2006). Wenn man davon ausgeht, dass es in diesem ambitionierten „Projekt Ganztagschule“ über den Unterricht hinaus nicht allein um Gewährleistung von Betreuung geht, sondern um eine erweiterte und neue Form von Bildung, Betreuung und verbesserter Förderung von Kindern und Jugendlichen, steht das Land vor der Herausforderung, die Gestaltung der Schulzeit jenseits des Unterrichts so auszugestalten, dass neben dem Unterricht auch ein systematisch entwickeltes und verlässliches Angebot außerschulischen Lernens und außerschulischer Bildung sowie von Freizeitaktivitäten fachlich-inhaltlich gestaltet wird. Derzeit bildet das Jugendbegleiter-Programm für das Land Baden-Württemberg hier die zentrale Säule. Aus fachlich-professioneller Perspektive ließen sich auch Argumente dafür finden, dass hierfür Verantwortlichkeit und Fachkompetenz nicht nur von teilweise gering bzw. sehr heterogen qualifizierten Einzelpersonen, sondern auch von Organisationen eingebracht werden sollten, und zwar nicht zuletzt auch von solchen aus Reihen der Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Kap. 15). Denn immerhin haben die Träger der außerschulischen Jugendbildung eine jahrelange Erfahrung in der Freizeit- und Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen – nicht zuletzt auch mit benachteiligten Jugendlichen.

Bei der Frage nach der Höhe der Mehrkosten wird angenommen, dass das Ziel der Landesregierung Baden-Württemberg, bis zum Jahre 2015 etwa 40 Prozent der allgemeinbildenden Schulen in Ganztagschulen umzuwandeln, auch erreicht wird (vgl. Kap. 9.2.2).

Umgerechnet auf die Schüler und Schülerinnen könnte dies bedeuten, dass im Jahre 2015 möglicherweise etwa 35 Prozent der Schüler und Schülerinnen an allgemeinbildenden Schulen Ganztagschulen besuchen werden. Bei vorausberechneten knapp 1,1 Mio. Schüler und Schülerinnen an allgemeinbildenden Schulen im Jahre 2015 (vgl. Kap. 14.3) entspräche dies etwa 382.000 bis 383.000 zu erwartenden Ganztagschüler und -schülerinnen (vgl. Tab. 46).¹⁶⁴

Für eine Kostenabschätzung wird im Folgenden nach Schulformen für die Anzahl der zu erwartenden Ganztagschüler und -schülerinnen zumindest mit Blick auf die Grundschulen und die Schulen der Sekundarstufe I unterschieden. Es wird exemplarisch und vereinfachend angenommen, dass der Bedarf an ganztägigen Bildungsangeboten für alle Schulformen gleichermaßen auf die bereits benannte Teilnahmequote von 35 Prozent zunehmen wird, was im Übrigen aber für die Grundschulen eine weitaus dynamischeren Zuwachs als für die Schulen der Sekundarstufe I bedeuten würde (vgl. Tab. 45).¹⁶⁵ Für den Versuch einer Kostenschätzung wird somit hypothetisch davon ausgegangen, dass sich die Inanspruchnahme von Ganztagsschulangeboten in den Grundschulen anteilig von 8 auf 35 Prozent erhöhen wird. Für den Bereich der hier berücksichtigten Schulen der Sekundarstufe I (Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien) wird von einer Verdopplung der Teilnahmequote an den Ganztagsschulangeboten ausgegangen.

164 Bei diesen Berechnungen werden die Schülerinnen und Schüler von Gesamtschulen, Waldorfschulen sowie die aus den wenigen Orientierungsstufen genauso wenig berücksichtigt wie die Förderschulen. Es ist an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die hier vorgenommene Schätzung zu einem Ausbau der Ganztagsschulangebote auf zum Teil empirisch für Baden-Württemberg nicht abgesicherten Annahmen basieren musste. Wichtige Basisdaten beispielsweise zur Finanzausstattung, aber auch zur Personalausstattung der Ganztagschulen fehlen für Baden-Württemberg. Nur zu einem Teil kann dies durch das Hinzuziehen anderer Daten kompensiert werden. Wünschenswert wäre beispielsweise in Anlehnung an Verlautbarungen des Rechnungshofes Baden-Württemberg eine verbesserte Evaluation und damit auch eine bessere Datengrundlage zum Ausbau der Ganztagschulen in Baden-Württemberg (vgl. Rechnungshof Baden-Württemberg 2008a, 2008b). Hiervon würden vermutlich auch die Zukunftsentwürfe zu den Perspektiven ganztätiger Bildungsangebote profitieren können.

165 Für den hier vorgenommenen Zukunftsentwurf wird auf eine weitere Differenzierung verzichtet. Für die Gestaltung und Konkretisierung eines Ausbaus müssten allein angesichts der aktuellen Unterschiede bei der Inanspruchnahme und möglicherweise auch aufgrund von Prioritätensetzungen je nach Schulart unterschiedliche Quoten der Inanspruchnahme zugrunde gelegt werden, zumal je nach Angebotsform (offener, teilgebundener oder gebundener Ganztagsbetrieb) auch von einer unterschiedlichen Inanspruchnahme auszugehen ist. So ist – entsprechend der Förderrichtlinien des Landes – davon auszugehen, dass in den Hauptschulen, die stärker als gebundene Ganztagschulen organisiert werden und auch spezielle Förderpriorität genießen, der Ausbau an Angeboten und entsprechend die Zunahme der Inanspruchnahme stärker ausfällt als an Realschulen und Gymnasien. Hier ist von einer weniger starken Zunahme auszugehen.

Tab. 45: Annahmen über die Veränderungen des Bedarfs an Ganztagsschulangeboten nach allgemeinbildenden Schulformen in Baden-Württemberg (2007 [Bestand], 2015 [Prognose])¹

Schulform	2007 (Bestand)		2015 (Prognose)	
	Ganztags-schüler/innen (GTS)	Anteil der GTS an allen Schüler/innen	Ganztags-schüler/innen (GTS)	Anteil der GTS an allen Schüler/innen
Grundschule	34.235	8	128.800	35
Sekundarstufe I ¹	134.279	18	228.045	35
Insgesamt	168.514	14	357.245	35

1 Nicht mit berücksichtigt werden Förderschulen sowie integrierte Schulformen. Damit weichen die Ergebnisse hier von denen in Kap. 9.2.2 ab. Berücksichtigt werden den Resultaten für die Grundschulen die Ergebnisse für die Hauptschulen, die Realschulen sowie die Gymnasien (vgl. Kap. 14.3).

2 Bei der Berechnung des Personalschlüssels konnte auf Ergebnisse und Erfahrungen des StEG-Projektes – Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen – zurückgegriffen werden (www.projekt-steg.de). Angenommen wurde aufgrund der Mittelwerte der Schulen anderer Bundesländer ein Personalschlüssel von 1 VZÄ auf 30 Grundschüler, 1 VZÄ auf 30 Hauptschüler/innen und 1 VZÄ auf 300 Gymnasiasten/innen und Realschüler/innen.

Quelle: Sekretariat der KMK 2009; Statistisches Landesamt BW 2009

Modellhaft wurden ferner für eine Kostenabschätzung aufgrund der Befunde der StEG-Studie, die den Ausbau der Ganztagschulen in 14 Bundesländer erforscht (allerdings nicht in Baden-Württemberg; vgl. Holtappels u.a. 2007), entsprechende fiktive Kennwerte für die mögliche Entwicklung des Anteils der Ganztagschüler und -schülerinnen. So wird aufgrund empirischer Hinweise aus anderen Bundesländern bei einem Anteil von 40 Prozent Ganztagschulen an allen allgemeinbildenden Schulen von einer Teilnahmequote von 35 Prozent bei den Schülern und Schülerinnen ausgegangen. Darüber hinaus werden Annahmen zu möglichen Personalschlüsseln für die Grundschulen und die weiterführenden Schulen getroffen. Wichtig ist an dieser Stelle zu betonen: Beide der hier gesetzten Kennwerte sind stark von politischen Rahmensetzungen abhängig, die für das hier gewählte stark vereinfachende Modell nicht antizipiert werden können.

Somit ergibt sich je nach Schulform und den hier getroffenen Ausbauzielen ein divergierender Personalressourcenbedarf (vgl. Tab. 46). Insgesamt könnte sich der personelle Ressourceneinsatz in Vollzeitäquivalenten bis zum Jahre 2015 auf knapp 4.300 im Primarschulbereich sowie auf rund 760 in den weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I erhöhen. Legt man pro Vollzeitäquivalent einen Pauschalbetrag von 36.000 EUR pro Jahr zugrunde (vgl. Tab. 46), so ergeben sich bei Erreichen des Ausbauziels im Jahre 2015 Kosten für den Personalressourceneinsatz von insgesamt jährlich nicht ganz 182 Mio. EUR.

Tab. 46: Erwarteter Personalressourcenbedarf sowie die damit verbundenen Arbeitsplatzkosten für den Ausbau der Ganztagschulen in Baden-Württemberg (Modellrechnung für das Jahr 2015)

	Anteil der GTS an allen Schüler/innen	Ganztags-schüler/in-nen (GTS)	Personalschlüssel 1 Vollzeit-äquivalent (VZÄ) pro ... GTS ¹	Bedarf an VZÄ	Geschätzte Kosten pro VZÄ pro Jahr in EUR ²
Grundschule	35	128.800	30	4.293	154.560.000
Sekundarst. I ¹	35	228.045	300	761	27.413.400
Arbeitsplatzkosten insgesamt pro Jahr:					181.973.400

1 Zu den hier zugrunde gelegten Personalschlüsseln pro Ganztagschüler/in ist anzumerken, dass die Organisation und Ausgestaltung eines Ganztagsangebots in den Grundschulen nicht vergleichbar ist mit entsprechenden Angeboten der weiterführenden Schulen – siehe hierzu mit Blick auf die Konsequenzen für die Personalsituation die Analysen von Höhmann/Bergmann/Gebauer (2007) im Kontext des StEG-Projektes.

2 Als jährliche Kosten pro Jahr werden hier pro Vollzeitäquivalent 36.000 EUR veranschlagt. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass 60 Prozent des Personalressourceneinsatzs von hauptberuflichen Voll- und Teilzeitkräften erbracht wird. Hierfür werden pro Jahr an erforderlichen Mitteln 30.000 EUR für einen Arbeitsplatz kalkuliert. Diese Schätzungen stützen sich auf die Pauschalsätze der KGSt zu den Kosten eines Arbeitsplatzes für die Entgeltgruppen 8 und 9 für Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen (vgl. KGSt 2008). In diesen Kosten enthalten sind neben den Personalkosten auch die Sachkosten. Bei den noch ausstehenden 40 Prozent des Personalressourceneinsatzes wird davon ausgegangen, dass diese über Honorarkräfte mit einem Stundenlohn von im Durchschnitt zwischen 9 EUR und 10 EUR erbracht werden.

Quelle: Sekretariat der KMK 2009; Statistisches Landesamt BW 2009

Diese Berechnungen weisen somit einerseits für den Ausbau ganztägiger Bildungsangebote auf einen höheren Bedarf an finanziellen Mitteln hin als diese derzeit über das 2006 für mehrere Jahre aufgelegte Jugendbegleiter-Programm in einem Umfang von insgesamt 40 Mio. EUR sowie umgewidmeten Lehrerstunden zur Verfügung stehen.¹⁶⁶ Andererseits sind die ab dem Jahr 2015 zusätzlich ermittelten 182 Mio. EUR pro Jahr auch im Lichte der jährlichen Ausgaben für die allgemeinbildenden Schulen von insgesamt immerhin ca. 5,9 Mrd. EUR zu betrachten.¹⁶⁷ Die für das Jahr 2015 veranschlagten laufenden Kosten für den Personalressourceneinsatz im Ganztagsschulbetrieb in Höhe von 182 Mio. EUR kämen somit einer Erhöhung der jetzigen Aufwendungen für die allgemeinbildenden Schulen um etwa 3 Prozent gleich.

166 Es wird an dieser Stelle auf eine Abschätzung des Volumens der umgewidmeten Lehrerstunden sowie vor allem der damit verbundenen finanziellen Ressourcen zusammen mit den Ausgaben im Kontext des Jugendbegleiterprogramms verzichtet. Hierzu sowie vor allem zum Finanzvolumen für den erreichten Stand und den weiteren Ausbau der Ganztagschulen liegen uns keine exakten Berechnungen und Daten für das Land Baden-Württemberg vor.

167 Rechnet man zum Vergleich die vom Statistischen Bundesamt für das Jahr 2006 veröffentlichten Ausgaben für Baden-Württemberg je Schüler und Schülerin in Höhe von 4.000 EUR pro Grundschüler und -schülerin, 5.800 EUR pro Hauptschüler/in, 4.600 EUR pro Realschüler und -schülerin sowie 5.800 EUR pro Gymnasiast (vgl. Statistisches Bundesamt 2009a) hoch auf die Zahl der Schüler und Schülerinnen der jeweiligen Schulformen im Schuljahr 2006/2007 (vgl. Tab. 40), so ergeben sich für Baden-Württemberg schulbezogene Bildungsausgaben in einem Gesamtvolumen von ca. 5,9 Mrd. EUR. Die ermittelten 182 Mio. EUR benötigter Finanzmittel für die Gestaltung von Ganztagsschulangeboten pro Jahr entspräche in Relation dazu einem Anteil von ca. 3%.

16.4 Bilanzierung der Entwicklungsszenarien

Die vorangegangenen Ausführungen sollten erstens verdeutlichen, dass ein Automatismus zwischen einem demografisch bedingten Rückgang junger Menschen in den nächsten Jahren auf der einen sowie Kürzungen bei der Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit auf der anderen Seite nicht besteht. Vielmehr entscheidet nicht die Demografie über die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg, sondern mit Blick auf die konzeptionelle Weiterentwicklung des Feldes bestimmt zu einem ganz erheblichen Teil die Politik sowie die Kinder- und Jugendarbeit selbst mit über diese Zukunft.

Ganz generell ist es eben keine demografische Frage, wie es mit der Kinder- und Jugendarbeit weitergeht, sondern es wird politisch zu bewerten und zu entscheiden sein, welchen Beitrag die Kinder- und Jugendarbeit für ein Bildungs-, Erziehungs- und Sozialwesen des 21. Jahrhunderts zu leisten hat. Diese Entscheidungen werden auf der Landesebene, vor allem aber auch in den Kommunen vor Ort und hier nicht zuletzt in örtlichen Kinder- und Jugendhilfeausschüssen fallen. Die zu erwartenden demografischen Veränderungen sind dabei für die Kinder- und Jugendarbeit zu berücksichtigen, sind aber bei weitem nicht so entscheidend, als dass sich bereits hieraus zwangsläufig die Kinder- und Jugendarbeit im Jahre 2020 ableiten lässt. Dies illustrieren die Ergebnisse der dargestellten Dynamisierungs-, aber auch der Entwicklungsvariante.

Zudem haben die verschiedenen rechnerischen, hier sicherlich nur angedeuteten Szenarien gezeigt, dass die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg offen ist. Allein anhand der sehr grob gerechneten Varianten über die möglichen Ressourcenentwicklungen für die Kinder- und Jugendarbeit wird deutlich, dass der Abbau der bestehenden Infrastruktur genauso möglich erscheint wie zusätzliche Investitionen in die Handlungsfelder, wenn es beispielsweise um den Aufbau von lokalen bzw. regionalen Bildungslandschaften geht, oder wenn man auf den zu erwartenden Ausbau von ganztägigen Bildungsangeboten blickt. Das heißt im Einzelnen:

- In der berechneten „*Fortschreibungsvariante*“ zeigt sich für die Kinder- und Jugendarbeit, dass bei den gleichen Rahmenbedingungen einschließlich einer Kinder- und Jugendarbeit auf dem heutigen Stand die finanziellen Aufwendungen in den nächsten Jahren vermutlich zurückgehen werden. Waren es 2007 zuletzt noch 157,4 Mio. EUR, so könnten es demnach 2020 noch 130,2 Mio. EUR sein. Dieser Rückgang der finanziellen Aufwendungen von etwa 17 Prozent wird größtenteils das Ergebnis von Entwicklungen in den Kommunen sein. Dabei ist nach dieser Variante auch von einem Einrichtungs- und Personalsrückgang in Höhe von 17 Prozent auszugehen.
- Gelingt es verbunden mit konkreten Zukunftsaufgaben und -projekten für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg, die Ressourcen auch in den nächsten Jahren bei einer sinkenden Zahl von jungen Menschen gewissermaßen im Sys-

tem der Kinder- und Jugendarbeit zu halten – möglicherweise auf der kommunalen Ebene in ganz ähnlicher Form wie das 2007 zumindest vorerst mit den Landesfördergeldern gelungen ist –, so zeigt die „*Dynamisierungsvariante*“ auf, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen dafür eingesetzt werden können, die Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg zu verbessern. Dabei ist deutlich geworden, dass durch das Belassen der jetzigen Ressourcen die heutige Kinder- und Jugendarbeit bezogen auf ihre Ressourcenausstattung im Jahre 2020 gerade einmal das Niveau des heutigen Bundesdurchschnitts bzw. der westdeutschen Bundesländer erreicht.

- Die Möglichkeiten für die Kinder- und Jugendarbeit, einen entscheidenden Beitrag zur Mitgestaltung der Rahmenbedingungen des Aufwachsens junger Menschen zu leisten, sind zweifelsohne gegeben. Im Rahmen der „*Entwicklungsvariante*“ ist mit den Beispielen bezogen auf die Aufbau von regionalen und lokalen Bildungslandschaften sowie den Ausbau ganztägiger Bildungsangebote verdeutlicht worden, dass allein diese beiden Zukunftsprojekte trotz sinkender demografischer Daten jedoch nicht zum Nulltarif zu haben sind. Vielmehr konnte gezeigt werden, dass zur Ausgestaltung von Bildungslandschaften im ländlichen Raum insbesondere in die infrastrukturellen Perspektiven der Kinder- und Jugendarbeit in den Landkreisen investiert werden müsste. Notwendig wären hierfür zusätzliche Mittel von jährlich etwa 4 Mio. EUR bis zum Jahr 2020.

Deutlich größer sind die notwendigen Investitionen mit Blick auf die Ausgestaltung ganztägiger Bildungsangebote. Bei dem jetzt ins Auge gefassten Ausbauziel von 40 Prozent Ganztagschulen könnten ab dem Jahr 2015 rund 182 Mio. EUR pro Jahr an Mehrkosten zur Ausgestaltung der Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote jenseits des schulischen Unterrichts notwendig werden. Dies ist viel und wenig zugleich: viel, gemessen an den gegenwärtig in Baden-Württemberg jährlich aufgebrauchten Mitteln für die Kinder- und Jugendarbeit von knapp 158 Mio. EUR; wenig an den erheblich höheren Gesamtkosten für die gegenwärtigen allgemeinbildenden Schulen des Landes von immerhin 6,9 Mrd. EUR pro Jahr. Zweifelsohne wäre es jedoch eine wichtige Investition in die Bildung und Zukunft einer Jugend, der von Seiten der Politik so gerne bescheinigt wird, dass sie die Schlüsselressource Deutschlands auf dem Weg in die Zukunft ist. Eine weiterentwickelte Kinder- und Jugendarbeit kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Teil E: Empfehlungen

In den nächsten Jahren wird von allen beteiligten Akteuren zu entscheiden sein, welchen Beitrag die Kinder- und Jugendarbeit für ein Bildungs-, Erziehungs- und Sozialwesen der Zukunft leisten kann und soll, dem insgesamt neben der Familie ein wachsender Anteil an der Gestaltung des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen zukommt. Die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit wird dabei von vielen externen Faktoren abhängen, die sich gegenwärtig nur bedingt abschätzen lassen. Deutlich ist jedoch, dass die demografische Entwicklung im nächsten Jahrzehnt nur ein Faktor unter mehreren sein wird.

Die Perspektiven der Kinder- und Jugendarbeit hängen zugleich von einer Reihe von Entscheidungen und Entwicklungen ab, die durch Politik, Forschung und Wissenschaft sowie die Kinder- und Jugendarbeit selbst gezielt beeinflusst werden können. Vor dem Hintergrund der für Baden-Württemberg vorgenommenen Analysen, Bilanzierungen und Prognosen zur Kinder- und Jugendarbeit sollen nachfolgend einige Empfehlungen formuliert werden, die an unterschiedliche Ebenen und Akteure adressiert sind.

1. Die zukünftige Rolle der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg ist fachlich wie politisch zu klären. Dabei muss sich entscheiden, ob sie stärker in die sich abzeichnenden Herausforderungen der allgemeinen Gestaltungsaufgaben des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen in öffentlicher Verantwortung einbezogen werden soll oder ob sie weiterhin ein familien- und schulergänzendes, unverbundenes Angebot für eine ausgewählte Zielgruppe junger Menschen bleibt.

Im Zuge der Veränderungen der Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen rückt die wachsende öffentliche Mitverantwortung für die Gestaltung der Prozesse des Aufwachsens verstärkt in den Vordergrund. Die zunehmende Berufstätigkeit gut ausgebildeter junger Frauen und die notwendig werdende Umgestaltung des Zusammenlebens in der Familie („Vereinbarkeit von Beruf und Familie“) verändern auch die Bedingungen des Aufwachsens. Hinzu kommen in Anbetracht der wichtiger werdenden Rolle kompetenter und gut ausgebildeter junger Menschen erweiterte Anforderungen an ein zukunfts-taugliches Bildungskonzept. Der gegenwärtige nachhaltige Ausbau der Kindertageseinrichtungen zwischen einem wachsenden Betreuungsbedarf einerseits und einem verstärkten Bildungs- und Erziehungsbedarf andererseits ist hierfür ebenso ein Indiz wie der bundesweite Auf- und Ausbau der Ganztagschulen.

Neben der nach wie vor unbestritten zentralen Rolle der Familie als Zentrum der Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern, neben der auch in Zukunft alternativlosen Schlüsselrolle der Schule als Ort und Medium für eine notwendige, allgemeine Vermittlung kultureller und kognitiver Kompetenzen müssen weitere Bildungsorte und Lernwelten hinzutreten, die an der Mitgestaltung der Prozesse des Aufwachsens mitwirken. Dies zeigt sich an den Entwicklungserfordernissen der Ganztagschulen ebenso wie an der neu entstehenden Dynamik um lokale und regionale Bildungslandschaften; dies zeigt sich aber auch an

dem unübersehbaren Förderbedarf von jungen Menschen, die am Übergang von der Schule in die Ausbildung und in den Beruf erkennbare Schwierigkeiten haben.

Die Kinder- und Jugendarbeit eröffnet im Horizont ihrer Potenziale für die dabei anstehenden Aufgaben der Unterstützung und der Mitgestaltung der Prozesse des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen attraktive Perspektiven, die es zu nutzen gilt. Zu denken ist dabei an die Möglichkeiten der Ergänzung der schulisch vermittelten Kompetenzen vor allem im Bereich der sozialen, personalen und praktischen Kompetenzen, an die Möglichkeiten der altersgemäßen Einübung in die soziale Verantwortungsübernahme im Rahmen der aktiven, freiwilligen und ehrenamtlichen Mitwirkung an den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit oder an die wichtigen Gelegenheiten der selbst gewählten Gemeinschaftserfahrung jenseits der Herkunftsfamilie sowie die zunehmend wichtiger werdende Herausforderung der Vermittlung unterschiedlichster Facetten der Alltagsbildung. In all diesen Bereichen bietet eine gut ausgebaute und qualifizierte Kinder- und Jugendarbeit ein bislang vielfach unterschätztes Gestaltungs- und Unterstützungspotenzial, das im Lichte des sozialen Wandels noch erheblich an Bedeutung gewinnen dürfte.

2. Die Kinder- und Jugendarbeit muss in Anbetracht der sich neu eröffnenden Optionen mit Blick auf ihre Zukunft ihr Selbstverständnis im Kontext des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen klären und gegebenenfalls neu bestimmen. Will sie zu einem verlässlichen und selbstverständlichen Akteur im Prozess des Aufwachsens aller Kinder und Jugendlichen werden, wie dies für die Kindertageseinrichtung, die Schule oder die berufliche Ausbildung seit langem der Fall ist, dann muss sie sich dazu verhalten und neu positionieren. Sofern sie ihr Selbstverständnis auch künftig lediglich an der Förderung und Unterstützung jener jungen Menschen ausrichtet, die von sich aus den Weg in die verbandliche und offene Kinder- und Jugendarbeit finden, muss sie damit rechnen, dass von den Heranwachsenden, aber auch von der Politik andere Antworten auf die unabweislichen Herausforderungen der Neugestaltung des Aufwachsens im 21. Jahrhundert gefunden werden.

Die Kinder- und Jugendarbeit hat im Zuge ihrer Entwicklung ihre Identität und ihr Profil vor allem dadurch gefunden, dass sie Kindern und Jugendlichen Angebote unterbreitet hat, die sich von den beiden zentralen Orten des Aufwachsens, der Familie und der Schule, dadurch abgrenzen, dass sich die jungen Menschen aus freien Stücken dort einbringen, unter sich sein sowie stärker ihren eigenen Bedürfnissen und Interessen nachgehen können. Die Kinder- und Jugendarbeit war dadurch für viele junge Menschen lange Zeit eine altersgerechte, attraktive Alternative zu den anderen Orten des Aufwachsens, in der sie sich eigenständig erproben und erfahren konnten sowie einen erweiterten, aber geschützten Freiraum im Zuge des Erwachsenwerdens hatten. Kinder- und Jugendarbeit ist so gewissermaßen zu einer ersten, jugenddominierten Lernwelt für Heranwachsende geworden, in der der Einfluss der Gleichaltrigen überwiegt und in der Erwachsene eher im Hinter-

grund bleiben. In dieser Hinsicht ist die Kinder- und Jugendarbeit nach wie vor ein wichtiger Erprobungs- und Ermöglichungsraum für junge Menschen im Übergang zwischen dem Kindheits- und dem Erwachsenenalter.

Die entscheidende Frage für die Kinder- und Jugendarbeit der Zukunft wird sein, ob sie diese Elemente einer jugendgemäßen Gestaltung ihrer Angebote auch in ein für alle Heranwachsenden zugängliches Konzept einbringen kann, das als verlässliches Ergänzungsangebot etwa im Rahmen der ganztägigen Angebote der Schulen oder in verbindlicher Partnerschaft im Rahmen der lokalen und regionalen Bildungslandschaften eine wichtige Rolle erfüllt. Dabei wäre sie zuallererst gefordert, ihre Bildungs-, Verantwortungs-, Gemeinschafts- und Integrationspotenziale zur Geltung zu bringen, ohne die jugendarbeitspezifischen Elemente eines partizipativen Umgangs, eines Höchstmaßes an Selbstorganisation und einer Betonung des Prinzips der Ehrenamtlichkeit zur Disposition zu stellen.

3. Die Kinder- und Jugendarbeit sollte vor diesem Hintergrund in Baden-Württemberg in Zukunft stärker in die Mitverantwortung und Mitgestaltung der ganztägigen Angebote im Rahmen der Ganztagschulen eingebunden werden. Dazu muss sie allerdings auch organisatorisch und personell in die Lage versetzt werden.

Die Ganztagschule der Zukunft muss sich in Baden-Württemberg weitaus stärker als in der Vergangenheit der Herausforderung stellen, auch in den nicht-unterrichtlichen Teilen der Schule den Kindern und Jugendlichen attraktive Lern- und Bildungsangebote zu machen. Dies ist notwendig, um junge Menschen auf ein Leben im 21. Jahrhundert vorzubereiten, das weit mehr Kompetenzen erfordert, als dies der Fachunterricht in der Schule durchschnittlich leisten kann. Die Ganztagschule der Zukunft muss daher jene Bildungsleistungen zusammenführen und vermitteln, die bislang durch die formale Bildung in der Halbtageschule auf der einen Seite und durch die non-formale und informelle Bildung in Familie, Freundeskreis sowie in organisierten außerschulischen Bildungsangeboten als Alltagsbildung auf der anderen Seite erbracht worden sind.

Nur so wird auf Dauer zu gewährleisten sein, dass Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer sozialen Herkunft auf ein Leben vorbereitet werden, in dem längst große Teile der traditionellen Geländer der Lebensführung abgebaut worden sind, in dem junge Menschen inzwischen selbst weitaus mehr Verantwortung für ihr gegenwärtiges und künftiges Leben übernehmen müssen und in dem die Anforderungen an eine gelingende Lebensführung zwischen beruflicher Flexibilität, regionaler Mobilität und eigener Familiengründung, zwischen sozialer Teilhabe, demokratischer Verantwortung für das Gemeinwesen und einem Lebensentwurf in Eigenregie nachhaltig steigen. Nur so wird es auf Dauer gelingen, junge Menschen nicht in größerer Zahl zu Modernisierungsverlierern werden zu lassen, sie nicht sozial zu isolieren und zu desintegrieren, sie emotional, sozial und kogni-

tiv nicht zu überfordern und sie so der Gefahr einer inneren Emigration oder einer politischen Radikalisierung auszusetzen.

Die Kinder- und Jugendarbeit kann aufgrund ihrer alternativen, partizipativen Zugänge zu den Gefühlswelten, zu den altersgemäßen Themen und zu den offenen Lernwelten der Heranwachsenden hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten. Als Partner der Schule eröffnet sie bei entsprechender Ausstattung, bei einer geregelten institutionellen Einbindung sowie einem konsequent erweiterten Bildungsverständnis der Ganztagsschule, das der Kinder- und Jugendarbeit einen eigenen Bildungsauftrag und eine eigene Rolle zugesteht, neue, zukunftsweisende Perspektiven einer zukunftsfähigen Ganztagsschule.

4. Die Kinder- und Jugendarbeit sollte in den ländlichen Regionen aufgrund der demografischen Entwicklung, der veränderten Lebensbedingungen und der Erfordernisse regionaler und lokaler Bildungslandschaften ihre Beteiligung an den Bedingungen des Aufwachsens verstärken. Ihr könnte dabei mit Blick auf die Ausgestaltung einer lebenswerten, attraktiven Zukunft junger Menschen in ländlichen Regionen eine wichtiger werdende Rolle zukommen.

Die Fortschreibung der gegenwärtigen Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit in den ländlichen Regionen würde in Anbetracht der sich abzeichnenden verringerten Anzahl junger Menschen zu einer erheblichen Kürzung der zur Verfügung stehenden Kapazitäten in diesen Regionen führen. Verschärft wird diese Perspektive dadurch, dass die Kinder- und Jugendarbeit dort bislang in weit stärkerem Maße von einer vor Ort ganz überwiegend ehrenamtlich organisierten verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit geleistet wird.

Im Zuge des Rückgangs der entsprechenden Altersgruppen sowie der sich abzeichnenden Veränderungen der schulischen Situation der dort lebenden jungen Menschen – Ganztagschulen, G8-Gymnasien, regionale Schulverbünde – muss vor allem bei kleineren Vereinen und Verbänden mit einem erhöhten Aufwand bei der Rekrutierung ehrenamtlich engagierter junger Menschen gerechnet werden. Eine Gefährdung der Funktionsfähigkeit und des Fortbestehens der verbandlich organisierten Kinder- und Jugendarbeit kann dabei im nächsten Jahrzehnt in Einzelfällen vor Ort nicht ausgeschlossen werden.

Um den damit verbundenen Gefahren einer soziokulturellen Verödung der ländlichen Regionen anhand fehlender nicht-kommerzieller Angebote für Kinder und Jugendliche zielgerichtet entgegenzusteuern, wird es in den weniger dicht besiedelten Regionen darauf ankommen, durch lokale und regionale Bildungslandschaften auch in Zukunft für die dort lebenden jungen Menschen ein attraktives Angebot bereitzustellen. Hierbei muss sich die Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten als verlässlicher Partner in die lokalen und regionalen Bildungslandschaften einbringen.

Auf der konzeptionellen Ebene können lokale und regionale Bildungslandschaften einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung, Begleitung und Förderung des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen in öffentlicher Verantwortung leisten. Im Zusammenspiel der unterschiedlichen Bildungsakteure und -institutionen vor Ort bilden diese einen Rahmen einer integrierten lokalen Bildungsplanung im Horizont ganzheitlicher pädagogischer Konzepte, die sowohl den gesellschaftlichen Erfordernissen der Bildung und Befähigung der nachwachsenden Generation als auch den Bedarfen und Bedürfnissen der Kinder in ihren persönlichen, sozialen, schulischen, familiären, freizeitbezogenen und sozialräumlichen Orientierungen und Voraussetzungen gerecht werden.

Bereits 2005 hat der 12. Kinder- und Jugendbericht vorgeschlagen, die Zusammenarbeit der unterschiedlichen lokalen und regionalen Bildungsakteure und -gelegenheiten sozialräumlich zu vernetzen und auszugestalten. Demnach soll der Aufbau einer integrierten Bildungslandschaft als Infrastruktur für Kinder und Jugendliche dienen, die getragen wird von Leistungen und Einrichtungen der Schule, der Kinder- und Jugendhilfe, von kulturellen Einrichtungen, Verbänden und Vereinen, Institutionen der Gesundheitsförderung, des Sports, der Aus- und Weiterbildung sowie von privaten und gewerblichen Akteuren vor Ort.

Zu einem solchen Zusammenspiel der verschiedenen Akteure gehört auch die gemeinsame Nutzung räumlicher, sächlicher, aber auch personeller Ressourcen mit anderen lokalen bzw. regionalen Partnern, etwa Kindertageseinrichtungen, Familienzentren, Schulen oder Sportstätten, Kirchen, Jugendverbänden, Anbieter der offenen und mobilen Jugendarbeit, kulturellen Initiativen und Vereinen sowie anderen Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe. In der Summe können dadurch vielfältige Synergien erzielt werden. Damit könnten lokale oder regionale Bildungslandschaften vor allem in ländlichen Regionen so etwas wie integrierte pädagogische Versorgungsgemeinschaften bieten, die möglichst kleinräumig alle wesentlichen bildungs- und sozialisationsbezogenen Akteure und Angebote – einschließlich der unterschiedlichen Formen der Kinder- und Jugendarbeit – miteinander vernetzen. Zugleich sind die Bildungslandschaften eingebunden in die lokalen, regionalen und landesspezifischen Strukturen, aber auch in den jeweiligen bildungspolitischen Bezugsrahmen. Eine Allianz der unterschiedlichen Akteure, Einrichtungen und Institutionen im Sozialraum erfordert eine gemeinsame Strategie, ein gemeinsames Ziel, ein gemeinsames Dach und ein Gesamtkonzept, das der Unterschiedlichkeit und Pluralität der Träger und Milieus Rechnung trägt.

Dafür genügt auf Dauer die pragmatisch-zufällige Einbindung eines individuellen Engagements einzelner Personen, wie dies im Jugendbegleiter-Programm modellhaft erprobt wird, allein nicht. Vielmehr besteht die Herausforderung darin, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das die Potenziale der Kinder- und Jugendarbeit zur Entfaltung bringt, diese systematisch in die Angebotsgestaltung einbezieht und so den Unzulänglichkeiten und

Friktionen einer ausschließlich lehrer- und unterrichtszentrierten Schulbildung besser begegnen kann. Die im Förderprogramm „Kooperation Schule und Jugendarbeit“ gewonnenen Erkenntnisse aufgreifend wäre zu überlegen, inwieweit über die bisherigen Ansätze hinaus dadurch gezielt vereinbarte Kooperationen zwischen Schule und Jugendarbeit im Rahmen der Ganztagschule bzw. lokaler und regionaler Bildungslandschaften verstärkt gefördert werden können.

Insgesamt spricht vieles dafür, dass in Zukunft eine zusätzliche Stabilisierung regionaler Jugendarbeitsangebote im ländlichen Raum erforderlich sein wird, sofern man nicht mit Blick auf eine attraktive Kinder- und Jugendarbeit die Verödung ganzer Landstriche riskieren will. Ziel muss es sein, dass auch bei einer sinkenden Anzahl an Kindern und jüngeren Jugendlichen, also den unter 16-Jährigen, die selbst keine individuellen Mobilitätschancen haben, für diese gut erreichbare, nicht-kommerzielle Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in der Nähe ihres Wohnorts zur Verfügung stehen. Dazu wird auch ein schrittweiser Ausbau der beruflich organisierten Kinder- und Jugendarbeit auf regionaler Ebene notwendig sein.

Unter finanziellen Gesichtspunkten sind mit Blick auf die ungleiche Verteilung öffentlicher Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit zwischen den Stadt- und Landkreisen daher zusätzliche Investitionen empfehlenswert. Während in den Stadtkreisen Baden-Württembergs im Jahr 2007 rund 271 EUR jährlich pro 12- bis 21-Jährigem aufgewendet wurden, lagen die Pro-Kopf-Ausgaben in den Landkreisen lediglich bei 81 EUR pro Jahr. Die aufgewendeten finanziellen Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit in den Städten sind somit dreimal höher als in den Landkreisen. Hier besteht mittelfristig ein Anpassungsbedarf.

5. In Anbetracht der abnehmenden Bedeutung traditioneller, homogener Milieus und einer Zunahme heterogener soziokultureller und religiöser Milieus, stellt sich auch für die Kinder- und Jugendarbeit die Frage, wie man nicht-affine Gruppen und Milieus besser ansprechen und einbeziehen kann. Dabei könnte auch die Nutzung neuer Medien durch die Kinder- und Jugendarbeit in wachsendem Maße eine Rolle spielen.

Auf der einen Seite muss sich die Kinder- und Jugendarbeit noch stärker als bisher auf die veränderten Lebenslagen von jungen Menschen einstellen, die inzwischen vielfach mit dem Ausdruck „diversity management“ bzw. „Umgang mit Heterogenität“ umschrieben werden. Ziel muss es dabei sein, Angebotsformen und Strategien zu entwickeln, die es ermöglichen, auch jene Kinder und Jugendlichen anzusprechen und zu integrieren, die nicht von vorneherein einen Zugang zu den vorhandenen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit finden. Dies gilt in ganz besonderem Maße für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Hierbei können Angebote im Rahmen der Ganztagschule und der lokalen sowie regionalen Bildungslandschaften einen niedrigschwelligen Zugang eröffnen.

Auf der anderen Seite scheint aber auch das „Medium Internet“ selbst von den Jugendorganisationen noch nicht hinreichend als ein Ort des Zugangs, des Austauschs und des ehrenamtlichen Engagements entdeckt worden zu sein. In Anbetracht dessen, dass Heranwachsende, wie aktuelle Studien zur Mediennutzung Jugendlicher zeigen, zunehmend über das Internet kommunizieren und damit immer mehr Zeit verbringen, muss sich die Kinder- und Jugendarbeit auf Dauer noch eingehender damit auseinandersetzen, wie sie sich stärker als bisher auf Online-Foren, Online-Communities und Blogs einlassen kann. Dabei geht es darum, in diesen virtuellen Welten von Heranwachsenden wahrgenommen zu werden, aber auch darum, diese virtuellen Lebensräume als Felder des Aufwachsens und der Sozialisation mitzugestalten.

Das Web 2.0, das Nutzer/innen die aktive Gestaltung von Medieninhalten und nicht mehr nur deren Konsum ermöglicht, bietet der Kinder- und Jugendarbeit ein breites Spektrum an neuen kreativen Optionen. Doch anders als die Jugendlichen selbst, nutzt die Kinder- und Jugendarbeit das Potenzial des Web 2.0 bislang noch kaum. Social Network Sites können neue Möglichkeiten für eine „virtuelle Form“ der Kinder- und Jugendarbeit und des Engagements eröffnen und neue Zielgruppen erschließen. Dabei könnte das Netz auch als ein Ort für die Kinder- und Jugendarbeit dienen, um werte- und orientierungsbezogene Debatten selbst anzuregen und zu führen. Hier scheinen noch unausgeschöpfte Entwicklungspotenziale zu liegen, die dazu beitragen können, dass in Zukunft die neuen Medien und das Internet nicht nur als Bedrohung der traditionellen Formen der Kinder- und Jugendarbeit wahrgenommen werden, sondern zugleich auch neue Optionen und Möglichkeiten eröffnen.

6. Formen der Ehrenamtlichkeit sind als konstitutive Elemente der Kinder- und Jugendarbeit ebenso zu erhalten wie die Prinzipien der Selbstorganisation und der Partizipation. Zugleich braucht eine zukunftsorientierte Kinder- und Jugendarbeit aber auch stabile Strukturen, um als Kooperationspartner im Sozial- und Bildungswesen Erwartbarkeit und Verlässlichkeit gewährleisten zu können. Eine stabilere berufliche Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements vor Ort ist daher anzustreben.

Profil und Besonderheit der Kinder- und Jugendarbeit liegen nicht zuletzt darin begründet, dass sich jungen Menschen in diesem Rahmen unabhängig vom Elternhaus die Chance eröffnet, selbst Verantwortung zu übernehmen, sich aktiv einzubringen sowie für eine Sache oder Idee zu engagieren. Dieses Potenzial und diese Stärke gilt es auch in Zukunft zu erhalten. Dennoch müssen die Möglichkeiten und Grenzen dieser Form der Kinder- und Jugendarbeit im Lichte der sich vollziehenden sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen neu ausgelotet werden, damit am Ende die wohlmeinende Absicht der Erhaltung der bisherigen Strukturen nicht an der Wirklichkeit zerbricht. Infolgedessen muss die Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit nicht zuletzt auch in den ländlichen Regionen verbessert werden.

Dabei werden die hauptberuflich Beschäftigten in der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit in Zukunft das Augenmerk ihrer Arbeit verstärkt auf die Gewinnung, die Bindung und Ausbildung ehrenamtlich engagierter junger Menschen legen müssen. Diese Form des „Ehrenamtsmanagements“ muss jedoch weiter qualifiziert werden. Dafür ist bereits in der Ausbildung eine entsprechende Hinführung der künftigen Fachkräfte notwendig, um diese auf die Kooperation mit und die Förderung von Ehrenamtlichen vorzubereiten. Alternativ dazu wäre zu prüfen, ob hierfür nicht gezielte Berufseinstiegsprogramme für Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen von Weiterbildung angeboten werden können.

7. Will man die politische Akzeptanz der Kinder- und Jugendarbeit erhöhen, muss die Sichtbarkeit des darin liegenden Leistungsvermögens verbessert werden. Erreicht werden kann dies auf mehreren Wegen, etwa durch einen landesweiten Kinder- und Jugendarbeitsatlas, durch eine kontinuierliche indikatorengestützte Berichterstattung zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg sowie durch eine nachhaltige Verbesserung der Datenlage in der Kinder- und Jugendarbeit, insbesondere zur Jugendverbandsarbeit, zur Ehrenamtlichkeit und zur örtlichen Gruppenarbeit.

Die Kinder- und Jugendarbeit leidet bis heute im politisch-öffentlichen Raum darunter, dass sie zu wenig – und zu wenig konturiert – sichtbar ist, dass für Außenstehende zugleich zu wenig nachvollziehbar ist, was dort getan wird, welche Ressourcen dafür zur Verfügung stehen und welche Leistungen und Wirkungen damit verbunden sind. Hinzu kommt, dass dringend auch das Wissen über die Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit in den eigenen Reihen der Jugendarbeit selbst verbessert werden muss.

Einen ersten Schritt zur Abhilfe könnte hierzu die Erstellung eines landesweiten Kinder- und Jugendarbeitsatlas leisten, in dem die Infrastruktur, die Angebote und die Akteure auf der Kreisebene und/oder der kommunalen Ebene dargestellt werden. Zu einer generellen Veränderung der Rolle der Kinder- und Jugendarbeit in der Öffentlichkeit ist darüber hinaus aber mittelfristig der Aufbau einer indikatorengestützten Berichterstattung zu den Formen der Kinder- und Jugendarbeit zu empfehlen. Dabei müsste gewährleistet sein, dass regional, verbands- und einrichtungsspezifisch vergleichbare Informationen und Daten zugrunde gelegt werden, um so eine sachgerechte Information über die Lage, die Entwicklung und die Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg zu erhalten. Nur so kann das Leistungsspektrum und die Vielfalt der Kinder- und Jugendarbeit der Öffentlichkeit und Politik auf Dauer angemessen vertraut gemacht werden.

Um dieses Ziel in angemessener und für alle gleichermaßen akzeptablen Form zu erreichen, ist mit Blick auf die Kinder- und Jugendarbeit eine nachhaltige Verbesserung der entsprechenden Datenlage erforderlich. Bis heute ist das öffentliche Wissen über große Teile der ehrenamtlich organisierten Kinder- und Jugendarbeit vor Ort in den Jugendver-

bänden bestenfalls rudimentär. Gemeinsam mit den Akteuren und Verantwortlichen in der Kinder- und Jugendarbeit sollte daher ein entsprechendes Datenmonitoring entwickelt und aufgebaut werden; hierbei wären auch die Kompetenzen und Erfahrungen der einschlägigen Wissenschaft einzubeziehen. Zu prüfen wäre zudem, ob hierfür evtl. eine Datenerfassungssoftware entwickelt werden kann, die den Verantwortlichen in der Kinder- und Jugendarbeit, vor allem aber auch den Ehrenamtlichen, die Erhebung entsprechender Daten erleichtert.

Die Befunde zur Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit mit Blick auf die Einrichtungen, die Beschäftigten sowie öffentlichen Ausgaben, aber auch die Hinweise zur Personalstruktur und zu den Beschäftigungsbedingungen haben gezeigt, dass die diesbezüglich zu konstatierenden regionalen Disparitäten für Baden-Württemberg erheblich sind. Allein vom Landesergebnis her auf örtliche Gegebenheiten in der Kinder- und Jugendarbeit zu schließen, um auf diese Weise die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort weiterzuentwickeln, ist nicht hinreichend. Die Kinder- und Jugendarbeit als ein wichtiger werdender Bereich des Sozial-, Bildungs- und Erziehungswesens, der zu wesentlichen Teilen auf der örtlichen Ebene organisiert und ausgestaltet wird, benötigt eine empirische Datengrundlage, die die regionalen Disparitäten auf der örtlichen Ebene berücksichtigt und systematisch aufbereitet. Dies wäre nicht zuletzt auch eine wichtige Ergänzung für das Daten-Set einer kommunalen Jugendhilfeplanung.

8. Mit Blick auf die finanzielle Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit sollte eine transparente und leistungsgerechte, landesbezogene Förderung über den Landesjugendplan angestrebt werden. Ziel könnte eine Zusammenführung der unterschiedlichen Fördertöpfe auf Landesebene sowie die Schaffung von zusätzlichen Förderprogrammen für die Kinder- und Jugendarbeit als Partner lokaler und regionaler Bildungslandschaften in ländlichen Regionen sein.

Aus einem förderungspolitischen Blickwinkel heraus erscheint die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg nicht als eine konzeptionelle Einheit. Vor allem bezogen auf die Landesförderung wäre eine höhere Transparenz empfehlenswert; so werden im Landesjugendplan Mittel von insgesamt fünf Landesministerien ausgewiesen. Allein dieser Umstand deutet darauf hin, dass die Zuständigkeiten für die Kinder- und Jugendarbeit auf der Ebene der Landesministerien fragmentiert sind. Dies erschwert den Überblick über die Gesamtaufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg beträchtlich und stützt ein System, das eher einem traditionsgebundenen und korporatistischen Muster als einer sach- und aufgabengerechten Verteilung folgt. Zur Weiterentwicklung einer Kinder- und Jugendarbeit, die ein Angebot für alle Kinder und Jugendlichen unterbreitet, sollten daher zusätzliche Förderprogramme aufgelegt werden, die alten wie neuen Akteuren zugutekommen können.

Literatur

- [AG 78 Mannheim 2009] Arbeitsgemeinschaft Jugendarbeit nach § 78ff. SGB VIII (Hrsg.): Jugendarbeit in Mannheim. Jahresbericht 2007/2008. Mannheim 2009.
- [AGJF 1987] Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg (Hrsg.): Jugendarbeit in Baden-Württemberg in der Nachkriegszeit. Protokoll einer Tagung. Leinfelden 1987.
- [AGJF 2009] Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg (Hrsg.): Arbeitsbericht 2008-2009. Stuttgart 2009.
- [AGOLJB] Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugendbehörden für die Jugendministerkonferenz: Kinder- und Jugenddelinquenz – eine Herausforderung für die Jugendhilfepolitik, in: Kind, Jugend und Gesellschaft, 1998, Heft 2/1998, S. 44-49.
- [AKJ^{Stat}] Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (Hrsg.): Kinder- und Jugendarbeit 2004 im Bundesländervergleich. Öffentlich geförderte Maßnahmen im Spiegel der amtlichen Statistik, Dortmund 2006 (www.dbjr.de/index.php?m=13&id=233 vom 04.08.2009).
- Alt, J.A./Feldmann, R.: Landjugendstudie 2000. Porträt der Landjugend in Baden-Württemberg, (unveröffentlichtes Manuskript). Bonn 2001.
- Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg: Position „Bildung für Jugendliche im ländlichen Raum“, Stuttgart 2008a (<http://agl-bw.de/filearchive/26348d0a0bbcb17-ee5379c9219d40305.pdf> vom 30.07.2009).
- Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg: Projekte der Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände (AGL) in Umsetzung oder Planung, 2008b (Arbeitspapier, zugestellt durch die AGL am 07.04.09).
- Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg: Besonderheiten der Landjugendarbeit gegenüber anderen Jugendverbänden, o.J. (Arbeitspapier, zugestellt durch die AGL am 07.04.09).
- Arbeitskreis G 5: Das Wissen zur Kinder- und Jugendarbeit. Die empirische Forschung 1998-2008. Ein kommentierter Überblick für die Praxis. Neuss 2009.
- Arnoldt, B./Züchner, I.: Kooperationsbeziehungen an Ganztagschulen, in: Coelen, Th./Otto, H.-U. (Hrsg.): Grundbegriffe Ganztagsbildung. Das Handbuch, Wiesbaden 2008, S. 633-644.
- [BDKJ-Landesstelle 2006] Bund der Katholischen Jugend Landesstelle Baden-Württemberg (Hrsg.): Katholische Jugendarbeit 2006 in Baden-Württemberg in Zahlen. Stuttgart 2006 (Flyer).
- [BDKJ-Landesstelle 2006] Bund der Katholischen Jugend Landesstelle Baden-Württemberg (Hrsg.): Katholische Jugendarbeit im Aufwind. Kontinuierliche Unterstützung ehrenamtlichen Engagements bleibt wichtig. Pressemitteilung vom 04.10.2006 (www.bdkj.info/fileadmin/-BDKJ/Download-Dateien_Text/Pressemitteilungen/2006/061004_Jugendstatistik_2006.pdf vom 10.08.09).
- [BDKJ-Landesstelle 2006] Bund der Katholischen Jugend Landesstelle Baden-Württemberg (Hrsg.): Diözesansatzung des BDKJ in der Erzdiözese Freiburg. Beschluss der Diözesanversammlung 2004 (mit Änderungen der Diözesanversammlung 2006 und 2008). Freiburg i.B. 2008.
- Bedke, A./Großer, A./Ilg, W.: Übergänge von Freizeiten zu Jugendgruppen: Ergebnisse aus quantitativen und qualitativen Befragungen, in: Ilg, W./Weingardt, M. (Hrsg.): Übergänge in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Empirische Studien zu den Nahtstellen von Jugendarbeit, Schule und Freizeit. Weinheim/München 2007, S. 81-113.

- Beher, K./Gragert, N.: Aufgabenprofile und Qualifikationsanforderungen in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe, Dortmund/München 2004.
- Beher, K./Liebig, R./Rauschenbach, Th.: Das Ehrenamt in empirischen Studien – ein sekundäranalytischer Vergleich, hrsg. v. BMFSFJ, 3. Aufl., Stuttgart u.a. 2002.
- Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“, in: Landtag von Baden-Württemberg, 12. Wahlperiode, 1999, Drucksache 12/3570.
- Bernet, S./Dalaker, M.: Zeitgemäß und akzeptiert?. Eine Studie zur Nutzung der Angebote der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH. In: deutsche jugend, Heft 6, 2008, S. 267-273.
- Bimschas, B./Schröder, A.: Beziehungen in der Jugendarbeit. Untersuchung zum reflektierten Handeln in Profession und Ehrenamt. Leverkusen 2003.
- Bischöfliches Ordinariat, Hauptabteilung IV a – Pastorale Konzeption (Hrsg.): konzepte Nr. 5: Damit Gemeinden auch morgen lebendig sind. Leitlinien für Seelsorgeeinheiten, Rottenburg, 2002 (www.drs.de/fileadmin/HAIV/Gemeinde/KG_Konzepte_5_Leitlinien_SE.pdf vom 03.10.09)
- Bischöfliches Ordinariat Rottenburg (Hrsg.): ZEIT-ZEICHEN. Das Jahr 2007 in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Teil 2 Finanzen und Statistik. Rottenburg am Neckar 2008.
- [Bissinger u.a. 2002] Bissinger, S./Böllert, K./Liebig, R./Lüders, C./Marquard, P./Rauschenbach, Th.: Grundlagen der Kinder- und Jugendhilfe. Strukturanalysen zu fachlichen Eckwerten, Organisation, Finanzen und Personal, in: Sachverständigenkommission 11. Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.): Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe. Eine Bestandsaufnahme. München 2002, S. 9-104.
- [BITKOM 2009] Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.: Kinder und Jugendliche im Internet, Präsentation zur Pressekonferenz am 07.07.2009. Berlin 2009.
- Blanke, B. u.a.: Sozialstaat im Wandel. Herausforderungen – Risiken – Chancen – neue Verantwortung. Eine wissenschaftliche Untersuchung, in: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalens (Hrsg.), Düsseldorf 2000.
- [BMSFSFJ 2005] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule. Berlin 2005.
- [BMFSFJ 2006] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Bilden – Integrieren – Teilhaben. Die Bildungsprogramme im Kinder- und Jugendplan des Bundes, Berlin 2006.
- [BMFSFJ 2009] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): 13. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin 2009
- [BMVBS/BBR 2007] Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik für Kinder- und Jugendliche in benachteiligten Stadtquartieren. Gute Praxisbeispiele für Europa. Hintergrundstudie zur Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. BBR-Online-Publikation 14/2007.
- Böhnisch, L./Münchmeier, R.: Wozu Jugendarbeit? Orientierungen für Ausbildung, Fortbildung und Praxis. Weinheim/München 1989.
- Böhnisch, L./Winter, R.: Jugendverbände auf dem Lande, in: Böhnisch, L./Gängler, H./Rauschenbach, Th. (Hrsg.): Handbuch Jugendverbände. Eine Ortsbestimmung der Jugendverbandsarbeit in Analysen und Selbstdarstellungen, Weinheim/München 1991, S. 395-405.

- Böhnisch, L./Gängler, H./Rauschenbach, Th. (Hrsg.): Handbuch Jugendverbände. Eine Ortsbestimmung der Jugendverbandsarbeit in Analysen und Selbstdarstellungen, Weinheim/München 1991.
- Bourdieu, P.: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, R. (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Reihe Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen 1983, S. 183-220.
- Brettschneider, W.-D./Kleine, T.: Jugendarbeit im Sportverein: Anspruch und Wirklichkeit. Eine Evaluationsstudie. Schorndorf 2002.
- Breuer, C./Wicker, P.: Öffentliche Förderung des Vereinssports, in: Breuer, C. (Hrsg.): Sportentwicklungsbericht 2007/2008. Analyse zur Situation der Sportvereine in Deutschland. Köln 2009. S. 145-164 (a).
- Breuer, C./Wicker, P.: Sportvereine in Baden-Württemberg, in: Breuer, C. (Hrsg.): Sportentwicklungsbericht 2007/2008. Analyse zur Situation der Sportvereine in Deutschland. Köln 2009. S. 210-235 (b).
- Breuer, C./Wicker, P.: Sportvereine und Ganztagschulen, in: Breuer, C. (Hrsg.): Sportentwicklungsbericht 2007/2008. Analyse zur Situation der Sportvereine in Deutschland. Köln 2009. S. 193-209 (c).
- Bruner, C. F./Dannenbeck, C.: Freiwilliges Engagement bei Jugendlichen. Forschungsstudie. Eine qualitative Studie zu Erfahrungen, Motivlagen und Unterstützungsbedarf verbandsmäßig organisierter Jugendlicher in ausgewählten Jugendverbänden und Jugendgemeinschaften des Kreisjugendring München-Stadt. München 2002.
- Buhl, M./Kuhn, H.-P.: Erweiterte Handlungsräume im Jugendalter: Identitätsentwicklung im Bereich gesellschaftlichen Engagements, in: Schuster, B. H./Kuhn, H.-P./Uhlendorf, H. (Hrsg.): Entwicklung in sozialen Beziehungen – Heranwachsende in ihrer Auseinandersetzung mit Familie, Freunde und Gesellschaft. Stuttgart 2005; S. 217-237.
- Bund der Deutschen Landjugend (BDL), Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum (BAG ejl), Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) (Hrsg.): Landjugend(t)räume. Herausforderungen und Perspektiven für die Jugendarbeit im ländlichen Raum. Berlin 2007.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Berlin 2009
- Bundesjugendkuratorium (BJK): Streitschrift „Zukunftsfähigkeit sichern! – Für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe“, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bonn 2001.
- Bundesjugendkuratorium (Hrsg.): Zur Neupositionierung von Jugendpolitik. Notwendigkeit und Stolpersteine. Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums. München 2009.
- Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft: Die Landjugendstudie 2000, in: Berichte über Landwirtschaft. Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft. 214. Sonderheft. Münster 2001.
- Bürger, U./Gerstner, M.: Bericht zu Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen in Baden-Württemberg 2008 (Bericht HzE 2008), hrsg. vom Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Dezernat Jugend – Jugendamt, Stuttgart 2008.
- Bürger, U.: Stationäre Erziehungshilfen – ein Auslaufmodell der modernisierten Kinder- und Jugendhilfe? in: Sozialpädagogisches Institut im SOS Kinderdorf e.V. (Hrsg.): Wohin steuert die stationäre Erziehungshilfe? München 2007, S. 40-59.
- BWSJ: Kurzvorstellung des BWSJ, o.J. (www.lsvbw.de/cms/docs/doc6691.pdf vom 15.8.2009).

- Chang, C.: Veränderungen von Selbstschemata im Kontext der Teilnahme an internationalen Workcamps. Aachen 2006.
- [Cloos u.a. 2007] Cloos, P./Königter, S./Müller, B./Thole, W.: Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden 2007.
- Corsa, M./Freitag, M.: Lebensträume – Lebensräume, Bericht über die Lage der jungen Generation und die Evangelische Kinder- und Jugendarbeit, Hannover 2009.
- Cramer, C./Ilg, W./Schweitzer, F.: Reform von Konfirmandenunterricht – wissenschaftlich begleitet. Eine Studie der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Gütersloh 2009.
- Deci, E. L./Ryan, R. M.: Die Selbstbestimmungstheorie der Motivation und ihre Bedeutung für die Pädagogik, in: Zeitschrift für Pädagogik, 39, 1993, S. 223-238
- Deinet, U.: Die Jugendarbeit ist überaltert, in: deutsche jugend, Heft 12, 2000, S. 529-536.
- Deinet, U.: Der „sozialräumliche Blick“ der Jugendarbeit – ein Beitrag zur Sozialraumdebatte, in: Neue Praxis, Heft 3, 2002, S. 285-296.
- Deinet, U.: Zukunftsmodell Offene Kinder- und Jugendarbeit, in: deutsche jugend, Heft 1, 2005, S. 19-25.
- Deinet, U.: Verfahren und Chancen des Wirksamkeitsdialogs, in: Deinet, U./Sturzenhecker, B. (Hrsg.): Konzept- und Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit. Weinheim/München 2007, S. 184-201.
- Deinet, U./Krisch, R.: Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung. Wiesbaden 2006.
- Deinet, U./Reutlinger, C.: Aneignung, in: Kessl, F. u.a. (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden 2005, S. 295-312.
- Deinet, U./Nörber, M./Sturzenhecker, B.: Kinder- und Jugendarbeit, in: Schröer, W./Struck, N./Wolff, M. (Hrsg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim/München 2002, S. 693-713.
- [Destatis/Gesis-ZUMA/WZB] Statistisches Bundesamt/Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2008.
- Delmas, N./Reichert, J./Scherr, A.: Bildungsprozesse in der Jugendarbeit – Evaluation von Praxiseinrichtungen der Jugendarbeit. In: Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg (Hrsg.): Jugendarbeit ist Bildung! Die Offensive Jugendbildung in Baden-Württemberg 2003-2004. Materialien: Berichte, Expertisen, empirische Studien. Stuttgart 2004, S.86-107.
- [Delmas u.a. 2005] Delmas, N./Häberlein, V./Keppeler, S./Lutz, T./Reuting, M./Specht, W.: Was leistet Mobile Jugendarbeit? Ein Portrait Mobiler Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Stuttgart 2005.
- Dentler, K.-H.: Partytime. Musikmachen und Lebensbewältigung. Eine lebensgeschichtlich orientierte Fallstudie der Jugendarbeit. Opladen 2001.
- Deutscher Bundesjugendring: Selbstverständnis und Wirklichkeit der heutigen Jugendverbandsarbeit, in: deutsche jugend, 10. Jg., 1962, Heft 10, S. 449-452.
- Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000 – Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen 2001.
- Dewey, J.: Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. Weinheim/Basel 1993.
- DGB-Jugend Baden-Württemberg (Hrsg.): Geschäftsbericht DGB-Jugend Baden-Württemberg 2005 – 2009. Gute Ausbildung. Gute Arbeit. Gutes Leben. Wir sind dran! Stuttgart 2009.
- [Diözesanleitung BDKJ/BJA 2006] Diözesanleitung des Bundes der Katholischen Jugend und des Bischöflichen Jugendamtes Landesstelle Baden-Württemberg (Hrsg.): Jahresbericht 2006 des

- BDKJ-Diözesanverbands Rottenburg-Stuttgart. Chancen und Grenzen von Partizipation in der kirchlichen Jugendarbeit, Ostfildern o.J. (www.bdkj.info/fileadmin/BDKJ/Download-Dateien_Text/Jahresberichte/Jahresbericht_2006.pdf vom 19.07.09).
- [Diözesanleitung BDKJ/BJA 2007] Diözesanleitung des Bundes der Katholischen Jugend und des Bischöflichen Jugendamtes Landesstelle Baden-Württemberg (Hrsg.): Jahresbericht 2007/2008 des BDKJ-Diözesanverbands Rottenburg-Stuttgart, Jugendarbeit und Schule im Wandel?! Ostfildern o.J. Jahresbericht 2007 (www.bdkj.info/fileadmin/BDKJ/Download-Dateien_Text/Jahresberichte/DL_JB2008_Netz.pdf vom 19.07.09).
- Diözese Rottenburg-Stuttgart (Hrsg.): Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Wernau 2006.
- [Drude, A. u.a. 1995] Drude, A./Hucht, F./Klönne, A./Mette, N./Meilwes, W./Steffens, A./Schäfer, E.: Zündstoff. Kinder und Jugendliche äußern sich zu ländlichen Lebenswelten. Paderborn 1995.
- [DSJ 2009]: Deutsche Sportjugend: Sport bildet: Bildungspotenziale in der Kinder- und Jugendarbeit im Sport. Positionspapier des dsj, Berlin 2009.
- Düx, W.: Das Ehrenamt in Jugendverbänden, in: Beher, K./Liebig, R./Rauschenbach, Th. (Hrsg.): Strukturwandel des Ehrenamts. Weinheim/München 2000, S. 99-142.
- Düx, W.: Kinder- und Jugendarbeit – ein einleitende Skizze, in: Rauschenbach, Th./Düx, W./Sass, E. (Hrsg.), Kinder- und Jugendarbeit – Wege in die Zukunft. Gesellschaftliche Entwicklungen und fachliche Herausforderungen, Weinheim/München 2003, S. 9-34.
- [Düx, W. u.a. 2008] Düx, W./Prein, G./Sass, E./Tully, C. J.: Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter. Wiesbaden 2008.
- Ebertz, M.: SINUS-Milieu-Studie U27 „Wie ticken Jugendliche?“ Resonanz und Distanz: Jugendliche und ihr Verhältnis zu Politik, Bildung, Freizeit und Religion. Einige Ergebnisse der neuen Sinus-Jugendstudie (www.bdkj.de/index.php?id=sinus-downloads.pdf vom 3.10.09).
- Ebertz, M.N./Fischer, M.: Spontan, spirituell, sozial. Eine explorative Studie zur kirchlichen Jugendarbeit in der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Ostfildern 2006.
- Eicken, J./Lindemann, U.: Setzt sich der Mitgliederschwund der Kirchen fort? Statistik und Informationsmanagement Landeshauptstadt Stuttgart, Monatsheft 12/2004.
- Engelhardt, C./Formann, C.: Förderung der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit in den Bundesländern. Umsetzung der §§ 11-14 SGB VIII. Information des Parlamentarischen Beratungs- und Gutachterdienstes des Landtags NRW. 13/1090. Landtag NRW, 13. Wahlperiode. O.O. 2004.
- Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“. Deutscher Bundestag. Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Schriftenreihe, Band 4, Opladen 2002.
- [Erzbischöfliches Ordinariat 2007] Ordinariat des Erzbistums Freiburg (Hrsg.): Grundlagen der Jugendpastoral in der Erzdiözese Freiburg. Freiburg 2007 (downloads.kja-freiburg.de/1/7/1/-96126047789287753437.pdf vom 19.07.09).
- [Erzbischöfliches Ordinariat 2009] Ordinariat des Erzbistums Freiburg (Hrsg.): Geschäftsbericht zum Haushaltsplan 2008/2009. Freiburg 2009 (www.ordinariat.erzbistumfreiburg.de/fileadmin/gemeinsam/download-archiv/finanzen/Geschaeftsbericht_2008-09.pdf vom 17.07.09).
- [Erzbischöfliches Seelsorgeamt 2001] Erzbischöfliches Seelsorgeamt Freiburg im Breisgau (Hrsg.): Ehrenamt – ein Amt, das Ehre bringt? In: Freiburger Materialdienst für die Gemeindepastoral, Heft 1. Freiburg im Breisgau 2001.
- Eurostat (Hrsg.): Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2008, Luxemburg 2008.

- Evangelische Landeskirche in Württemberg (Hrsg.): Jahresbericht 2008. Daten und Fakten. Stuttgart 2008.
- Faulde, J./Hoyer, B./Schäfer, E. (Hrsg.): Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Entwicklungen, Konzepte und Perspektiven. Weinheim/München 2006.
- Faulde, J.: Aktuelle Entwicklungen in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in ländlichen Regionen, in: Bund der Deutschen Landjugend (BDL), Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum (BAG ejl), Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) (Hrsg.): Landjugend(t)räume. Herausforderungen und Perspektiven für die Jugendarbeit im ländlichen Raum. Berlin 2007, S. 10-33.
- Fausser, K./Fischer, A./Münchmeier, R.: Jugendliche als Akteure im Verband. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Evangelischen Jugend. Band 1. Opladen/Farmington Hills 2006.
- Fehrlen, B.: Geschichte der Offenen Jugendarbeit, in: Simon, T./BAG Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. u.a. (Hrsg.): Offene Jugendarbeit. Entwicklungen, Praxis, Perspektiven. Leinfelden 1999, S. 10-34.
- Fehrlen, B.: Wozu offene Jugendarbeit? in: Offene Jugendarbeit. Zeitschrift für Jugendhäuser, Jugendzentren, Spielmobile. Heft 4, 2003, S. 23-37.
- Fehrlen, B./Koss, T.: Bildung im Alltag der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Empirische Studien. Hrsg. vom der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendarbeit Baden-Württemberg. Tübingen 2009.
- Fehrlen, B./Schubert, U.: „Was wir wollen, ist eine Lösung für die gesamte deutsche Jugend.“ Die Entstehung der offenen Jugendarbeit in Baden-Württemberg: 1945-1955. Hrsg. von einer Projektgruppe (AGJF; Internationale Begegnung in Gemeinschaftsdiensten; LJR Baden-Württemberg). Leinfelden 1988.
- [Fehrlen u.a. 2008] Fehrlen, B./Koss, T./Kabs, K./Werner, E.-M.: ESF Projekt „Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“. Innovation, Praxisentwicklung und Qualitätsverbesserung in der Gestaltung ganzheitlicher Bildungsprozesse. Zusammenfassung der Ergebnisse. Stuttgart 2008.
- Fend, H.: Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Opladen 2003.
- Finanzministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Staatshaushaltsplan für 2009. Vorheft. Stuttgart o.J. (www.statistik-bw.de/shp/2009/pages/vorheft/vorheft.pdf vom 30.6.2009).
- Fischer, C.: „Das gehört jetzt irgendwie zu mir“. Mobilisierung von Jugendlichen aus den neuen Bundesländern zum Engagement in einem Umweltverband. Eine explorative Studie am Beispiel der BUNDjugend. Diss. TU Chemnitz 2001.
- Finke, R./Haun, H.: Lebenskunst Theaterspielen. Psychosoziale Wirkungen aktiven Theaterspielens bei Jugendlichen. Remscheid 2001.
- Frieß, B./Ilg, W.: Evangelische Jugendarbeit in Zahlen. Die Statistik 2007 des Evangelischen Jugendwerks in Württemberg. Stuttgart 2008.
- Gängler, H.: Jugendverbände, in: Schröer, W./Struck, N./Wolff, M. (Hrsg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim/München, 2002, S. 581-593.
- Gängler, H.: Bildung, Ganztagschule und Bürgergesellschaft. Jugendverbände – ein Zukunftsmodell?! Erstaunliche Entdeckungen beim Betrachten von Dinosauriern, in: Sozialextra, Juli/August 2004, S. 6-8.
- Gensicke, T./Geiss S.: Der Freiwilligensurvey 2004. Ergebnisse und Trends für den kirchlich-religiösen Bereich. Sonderauswertung für das sozialwissenschaftliche Institut der EKD (SI), Anhang, in: Grosse, H.-W., Hannover 2006, S. 31-47.

- Gensicke, T./Picot, S./Geiss, S.: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Wiesbaden 2006.
- [Gille u.a. 2006] Gille, M./Sardei-Biermann, S./Gaiser, W./de Rijke, J.: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger, Schriften des Deutschen Jugendinstituts. Jugendsurvey 3. Wiesbaden 2006.
- [Gragert u.a. 2006] Gragert, N./Pluto, L./van Santen, E./Seckinger, M.: Jugendringe im Visier. Befragung zu Strukturen, Funktionen und Handlungsmöglichkeiten. München 2006.
- Grosse, H.-W.: Freiwilliges Engagement in der evangelischen Kirche hat Zukunft – Ergebnisse einer neuen empirischen Studie, Sozialwissenschaftliches Institut der EKD (SI). Hannover 2006.
- Grunert, C.: Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen in außerunterrichtlichen Sozialisationsfeldern, in: Sachverständigenkommission Zwölfter Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.): Band 3. Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen im Schulalter. München 2005, S. 9-94.
- Güll, R.: Ein starkes Bundesland in der 60-jährigen Bundesrepublik, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2009, Heft 5, S. 38-43.
- Habermas, J.: Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt a.M. 1981
- Hafeneger, B./Schröder, A.: Jugendarbeit, in: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied/Kriftel 2001, S. 840-850.
- Hahn, S.: Evaluation des Förderprogramms. Kooperation Jugendarbeit und Schule im Auftrag des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V. mit Unterstützung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Manuskript Tübingen 2004 (www.ljrbw.de/ljr/service/publikationen/publikationen_download/handbuecher/kooperationjuaschule.pdf vom 30.07.09).
- Hahn, S.: Ausgewählte Ergebnisse der Evaluation des Förderprogrammes „Kooperation Jugendarbeit – Schule“ unter dem Aspekt der Bildungsleistungen der Jugendarbeit. In: Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.): Jugendarbeit ist Bildung! Die Offensive Jugendbildung in Baden-Württemberg 2003-2004. Dokumentation: Ergebnisse, Aktivitäten, Arbeitshilfen. Stuttgart 2004, S. 24-37.
- Hartung, M.: Explorative Studie zur Perspektive der potenziellen NutzerInnen in der offenen Jugendarbeit in Wolfsburg. In: Kolhoff, L. (Hrsg.): Entwicklung der offenen Jugendarbeit in Wolfsburg. Im Spannungsfeld von Nutzern, Sozialarbeit, Kommunen und Organisationsentwicklung. Wiesbaden 2005, S. 22- 47.
- Heinzmann, G.: Theologische Grundsatzfragen. Leitung des ejw. Herausforderungen in einzelnen Arbeitsbereichen. Schlusswort, in: Evangelisches Jugendwerk in Württemberg: Bericht der ehrenamtlichen und der hauptamtlichen Leitung zur Delegiertenversammlung am 16. Mai 2009, S. 9-17 (www.ejwue.de/upload/2009-ejw-dv-jahresbericht.pdf vom 10.08.09).
- Held, J./Schork, C.: Die Bedeutung der Jugendforschung für die Jugendarbeit am Beispiel der IG Metall Jugendstudie. Abschlussbericht. Tübingen 2004.
- Hellmann, W. (Hrsg.): Das Offene Kinder- und Jugendzentrum in der Lebenswelt seiner NutzerInnen. Eine Evaluationsstudie aus der Perspektive der BesucherInnen. Aachen 2002.
- Hentig, H. v.: Bewährung: Von der nützlichen Erfahrung, nützlich zu sein. Weinheim 2007.
- Hering, S./Münchmeier, R.: Geschichte der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim/München 2000.

- Herrenknecht, A.: Dörfliches Kinder- und Jugendleben zwischen Sozialraumschwund und Regionalisierungssog. Brauchen wir eine neue sozialräumliche Jugendarbeit im ländlichen Raum?, in: *deutsche jugend*, 57. Jg. 2009, Heft 9, S. 369-379.
- Hess, G./Ilg, W./Weingardt, M.: Kompetenzprofile. Was Professionelle in der Jugendarbeit können sollen und wie sie es lernen. Weinheim/München 2004.
- Hin, M.: Lebenssituation von Migranten in Baden-Württemberg, in: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 2008, Heft 7, S. 10-14.
- Hoch, H./Klie, T./Wegner, M.: Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. Landesauswertung zu den Ergebnissen des 2. Freiwilligensurvey 2004, Studie im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg. Freiburg, 2006.
- Hoch, H./Klie, T./Wegner, M.: 2. Wissenschaftlicher Landesbericht zu bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt in Baden-Württemberg in den Jahren 2004/2005/06. Freiburg 2007, S. 297-366.
- Holtappels, H.-G. u.a.: Ganztagschulen in Deutschland, Weinheim/München 2007.
- Höhmnn, K./Bergmann, K./Gebauer, M.: Das Personal, in: Holtappels, H.-G. u.a. (Hrsg.): *Ganztagschule in Deutschland*, Weinheim/München, S. 77-85.
- Honneth, A.: *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main 1992.
- Huber, H.: *Jugend im WertAll – Wertekommunikation in der außerschulischen Jugendbildung. Evaluationsbericht*. Tübingen 2007.
- Huber, W.: *Kirche der Freiheit. Perspektiven im 21. Jahrhundert. Ein Impulspapier des Rates der EKD* (www.ekd.de/download/kirche-der-freiheit.pdf vom 29.09.09)
- Ilg, W.: *Evaluation von Freizeiten und Jugendreisen. Einführung und Ergebnisse zum bundesweiten Standard-Verfahren*. Hannover 2008.
- Ilg, W./Ackermann, A.: *TeenDance – Einblicke in eine neue Form handlungsorientierter Gruppenarbeit*. In: Ilg, W./Weingardt, M.: *Übergänge in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Empirische Studien zu den Nahtstellen von Jugendarbeit, Schule und Freizeit*. Weinheim/München 2007.
- Ilg, W./Weingardt, M. (Hrsg.): *Übergänge in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Empirische Studien zu den Nahtstellen von Jugendarbeit, Schule und Freizeit*. Weinheim/München 2007.
- Ilg, W./Heinzmann, G.: *Jugendarbeit in Zahlen fassen. Methodik, Ergebnisse und Nutzen einer professionellen Verbandsstatistik am Beispiel des Evangelischen Jugendwerks in Württemberg*, in: *deutsche jugend*, 57. Jg. 2009, Heft 10, S. 415-422.
- Jakob, G.: *Zwischen Dienst und Selbstbezug*. Opladen 1993.
- [JFMK 2008] *Jugend- und Familienministerkonferenz (Hrsg.): Beschluss zur Situation der kulturellen Jugendbildung in Deutschland auf der Sitzung am 29./30.05.08 in Berlin* (schulkultur-nrw.de/cms/upload/pdf/Beschluss_kulturelle_Jugendbildung.pdf vom 26.06.09).
- John, M.: *Land braucht Leute. Demografische Entwicklungen ländlicher Räume*, in: Faulde, J./Hoyer, B./Schäfer, E. (Hrsg.): *Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Entwicklungen, Konzepte und Perspektiven*. Weinheim/München 2006, S. 17-29.
- Josties, E.: *Szeneorientierte Jugendkulturarbeit. Unkonventionelle Wege der Qualifizierung Jugendlicher und junger Erwachsener. Ergebnisse einer empirischen Studie aus Berlin*. Uckerland 2008.
- Jugendhaus/explanandum (Hrsg.): Zeitgemäß und akzeptiert? Eine Studie zur Nutzung der Angebote der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH*. Stuttgart o.J.

- Jugendpresse Baden-Württemberg e.V. Verband für junge Medienmacher. Geschäftsbericht des Vorstandes, Geschäftsjahr 2008. Sersheim 2009.
- Jugendrotkreuz Baden-Württemberg: Dokumentation der JRK-Mitgliederumfrage 2003/2004. Fakten – Ergebnisse – Tendenzen. Unveröffentlichtes Manuskript, o.J.
- Jugendstiftung Baden-Württemberg: Jugendbegleiter in Baden-Württemberg: Daten. Entwicklungen. Zusammenhänge. Dritte Evaluation von Schulen im Jugendbegleiter-Programm 2007/2008 im Auftrag des Ministeriums des Kultus des Landes. Sersheim 2008.
- Jugendstiftung Baden-Württemberg: Jugendbegleiter in Baden-Württemberg: Daten. Entwicklungen. Zusammenhänge. Dritte Evaluation von Schulen im Jugendbegleiter-Programm 2008/2009 im Auftrag des Ministeriums des Kultus des Landes. Sersheim 2009.
- Katholische Landjugendbewegung Diözesanverband Freiburg (Hrsg.): Hautnah. Jugendliche und ihre Lebenswelten auf dem Land. Dokumentation der KLJB-Studie Hautnah. Freiburg 2006.
- Kersting, V./Strohmeier, P./Triesch, M.: Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung. Indikatorengestütztes Monitoring im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms „Soziale Stadt“ in Nordrhein-Westfalen. Essen 2008.
- Keupp, H.: Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne. Hamburg 1999.
- Keupp, H.: Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden. München 2000.
- Kinder- und Jugendring Sachsen (Hrsg.): Praxisforschungsbericht „Jugendverbände, Kompetenzentwicklung und biographische Nachhaltigkeit“. Endbericht. Dresden 2006.
- Klöver, B./Straus, F.: Wie attraktiv und partizipativ sind Münchens Freizeitstätten? Zusammenfassende Ergebnisse einer (etwas anderen) Evaluationsstudie. München 2005.
- [KM 2006a] Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg: Neues Ganztagschulprogramm „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg“, Stuttgart 2006.
- [KM 2006b] Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg: Eckpunkte zum Jugendbegleiter-Programm, unter: <http://www.km-bw.de/servlet/PB/-s/149dl8p16x3aot-1uvwd0i63sajf4cku6q/show/1186023/Eckpunktetpapier%20JuBe%2018%2001%2006.pdf>, letzter Zugriff 23.12.09
- Kolvenbach, F.-J.: Die Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe. Zur Empirie eines vernachlässigten Themas, in: Rauschenbach, Th./Schilling, M. (Hrsg.): Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band 2: Analysen, Befunde und Perspektiven, Neuwied u.a. 1997, S. 367-402.
- Koss, T./Fehrlen, B.: Topographie der offenen Jugendarbeit in Baden-Württemberg. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg. Leinfelden 2003.
- Kosuch, M.: Statement auf der öffentlichen Anhörung des Landtagsausschusses für Schule, Jugend und Sport zum Thema „Außerschulische Jugendbildung“ am 20.10.04. Unveröffentlichtes Papier der LKJ 2004.
- [KGSt] Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (Hrsg.): Kosten eines Arbeitsplatzes (Stand 2008/2009). Materialien 7/2008, Köln 2008.
- Krone, Ch.: Neue Töne – alte Strukturen. Infrastrukturelle Bedingungen lokaler Jugendkulturarbeit am Beispiel der Rock- und Popmusik. Dortmund 1999.
- Küster, E.-U.: Fremdheit und Anerkennung. Ethnographie eines Jugendhauses. Weinheim 2003.
- [Kultur in Deutschland 2007] Deutscher Bundestag (Hrsg.): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Drucksache 16/7000 vom 11.12.07. Berlin 2007.

- [Kultusministerkonferenz 2007] Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (Hrsg.): Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur kulturellen Kinder- und Jugendbildung. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 1.2.2007 (www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_02_01-Empfehlung-Jugendbildung.pdf vom 30.07.09).
- [KVJS] Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (Hrsg.): Bericht zu Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen in Baden-Württemberg 2008, Stuttgart 2008.
- Landesinstitut für Schulentwicklung/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Bildung in Baden-Württemberg, Stuttgart 2007.
- Landesjugendring Baden-Württemberg: Der Jugendbegleiter in der verbandlichen Jugendarbeit. Informationsblatt der Kooperationsfachstelle. Stuttgart, o.J.
- Landesjugendring Baden-Württemberg/Ministerium für Kultus, Jugend und Sport: Dokumentation Expertenkolloquium: Ganztagsbildung – Kommunale Bildungspartnerschaft in der Kooperation von Jugendarbeit und Schule, Stuttgart 2006.
- Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.): Juleica. Eine Evaluationsstudie für Baden-Württemberg. Stuttgart 2008.
- Landesjugendring Baden-Württemberg: Vereinbarung zu den Standards der JugendleiterInnen-Ausbildung in Baden-Württemberg (zur Erlangung der Juleica) (www.ljrbw.de/ljr/news/download/juleica_standards_vereinbarung_2009.pdf, vom 06.10.09)
- Landesjugendring Niedersachsen e.V.: Jugendhilfestatistik 2000 – Freie Träger dominieren, in: Korrespondenz, 25. Jg., 2002, Heft 88/89, S. 31-36.
- Landesjugendring NRW (Hrsg.): 1. Bericht Wirksamkeitsdialog NRW e.V. Neuss 2004.
- Landesjugendring NRW (Hrsg.): 2. Bericht Wirksamkeitsdialog NRW e.V. Neuss 2005.
- Landesjugendring NRW (Hrsg.): 3. Bericht Wirksamkeitsdialog NRW e.V. Neuss 2007.
- Landeskuratorium für außerschulische Jugendbildung Baden-Württemberg: Positionspapier und Empfehlungen. Migration und Integration. Ein Thema für die außerschulische Jugendbildung. O.O. 2007.
- Lang, E. Die Jugendarbeit als Akteur in der Ganztagsbildung – aktuelle Ideen, Konzepte und ein Blick nach vorn, 2008 (www.ljrbw.de/.../koop_jugendarbeit_als_akteur_in_der_ganztagsbildung.pdf vom 30.07.09).
- Landesportal Baden-Württemberg (Hrsg.): Römisch-katholische Kirche ([www.baden-wuerttemberg.de/de/Roemisch-katholische Kirche/85847.html](http://www.baden-wuerttemberg.de/de/Roemisch-katholische%20Kirche/85847.html) vom 17.07.09).
- Landtag von Baden-Württemberg: Demokratie lernen und leben. Politische Bildung in Baden-Württemberg. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung. 2008, Drucksache 14/3780.
- Landtag von Baden-Württemberg (Hrsg.): 42. Landesjugendplan für das Haushaltsjahr 2009. Mitteilung der Landesregierung. 2008, Drucksache 14/3664.
- Lehmann, T.: Jugendverbände und der Übergang in Arbeit. Vorstellung des Praxisforschungsprojekts „Jugendverbände, Kompetenzentwicklung und biografische Nachhaltigkeit“, in: Sozialextra, Heft Juli/August, 2004, S. 32.
- Lehmann, T./Mecklenburg, K.: Jugendverbände als biographisch bedeutsame Lebensorte. Baltmannsweiler 2006.
- Leser, U./Lindner, W./Reif, V.: Wirkungen und Qualität der kommunalen Jugendarbeit in Baden-Württemberg – WuQ, in: deutsche jugend, Heft 10, 2009, S. 423-433.

- [Leipzig Charta 2007] Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Angenommen anlässlich des informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007.
- Liebig, R.: Die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen. Befunde der zweiten Strukturdatenerhebung zum Berichtsjahr 2002. Hrsg. vom Ministerium für Schule, Jugend und Kinder NRW. Düsseldorf 2004.
- Liebig, R.: Dialogstrukturen, Selbstreflexion und Fördergelder. Das Instrument des „Wirksamkeitsdialogs“ in NRW – am Beispiel der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, in: Zentralblatt für Jugendrecht, Heft 10, 2005, S. 379-389.
- Liebig, R.: Effekteforschung im Kontext der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Konzeptionelle Vorüberlegungen. Dortmund 2006a (www.fb12.uni-dortmund.de/einrichtungen/dji/... v. 30.06.09).
- Liebig, R.: Entwicklungslinien der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Befunde der dritten Strukturdatenerhebung zum Berichtsjahr 2004 in Nordrhein-Westfalen. Hrsg. vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Jugend Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2006b.
- Liebig, R.: Entwicklung und Möglichkeiten von Berichtswesenssystemen. Analysen und Folgerungen zum Beispiel der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, in: Deinet, U./Sturzenhecker, B. (Hrsg.), Konzeptentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit. Reflexionen und Arbeitshilfe für die Praxis, Weinheim/München 2007, S. 202-219.
- Liebig, R.: Jugendarbeit wirkt – aber wie? Stand und Befunde der Forschung, erscheint in: Leshwange, M./Liebig, R. (Hrsg.): Aufwachsen offensiv mitgestalten. Impulse für die Kinder- und Jugendarbeit. Essen 2009.
- Liebig, R./Begemann, M. C.: Wirkungen als Forschungsgegenstand. Ansätze der empirischen Erfassung von Wirkungen in der Kinder- und Jugendhilfe, in: Sozial Extra, Heft 9/10, 2008, S. 45-48.
- Lindner, W.: „Ich lerne zu leben“ Evaluation von Bildungswirkungen in der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen. Qualitätsanalyse im Wirksamkeitsdialog. Unna 2003.
- Lindner, W. (Hrsg.): Kinder- und Jugendarbeit wirkt. Wiesbaden 2008.
- [LKJ 2000] Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Kooperation und Vernetzung in der kulturellen Jugendbildung und der Kinder- und Jugendkulturarbeit in Baden-Württemberg (Kurzfassung). Stuttgart 2000.
- [LKJ e.V. NRW 2001] Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung e.V. NRW: Jugendkulturarbeit auf dem Prüfstand. Sind wir gut? Bericht zum Wirksamkeitsdialog in der kulturellen Jugendarbeit/Teil II. Fortschreibung 2000. Dortmund 2001.
- [LKJ e.V. NRW 2006] Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung e.V. NRW: Jugendkulturarbeit auf dem Prüfstand. Sind wir gut? Bericht zum Wirksamkeitsdialog in der kulturellen Jugendarbeit/Teil III. Dortmund 2006.
- Locher, B.: Notwendigkeit und Möglichkeit suchtpräventiver Maßnahmen im Interventionsfeld des jugendlichen Vereinssports. Heidelberg 2001.
- [lpb 2008] Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Baden-Württemberg. Eine kleine politische Landeskunde, Stuttgart 2008.
- [LWV 2004] Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern (Hrsg.): Integrierte Berichterstattung auf örtlicher Ebene (IBÖ): Zielsetzung, Organisation, Prozess- und Ergebnisdokumentation, Stuttgart 2004.

- Mack, W.: Bildungslandschaften, in: Coelen, Th./Otto, H.-U. (Hrsg.): Grundbegriffe Ganztagsbildung. Das Handbuch, Wiesbaden 2008, S. 741-749.
- [Marmier u.a. 2002] Marmier, J./Pluto, L./v. Santen, E./Seckinger, M./Zink, G.: Jugendarbeit in Deutschland – Ergebnisse einer Befragung bei Jugendverbänden und -ringen zu Strukturen und Handlungsmöglichkeiten. München 2002.
- Marquard, P.: Der Sozialraum als Steuerungsgröße. Leitziele und Managementstrategien für stadtteilbezogenes Handeln, in: Unsere Jugend, Heft 5, 2005, S. 194-204.
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.): JIM-Studie 2008. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Stuttgart 2008.
- Merkel, J.: Kreativquartiere. Urbane Milieus zwischen Inspiration und Prekarität. Berlin 2008.
- Meysen, T.: Wer bestimmt, was Jugendhilfe leistet: Bund, Länder, Kommunen? in: Recht der Jugend und des Bildungswesens, Heft 3, 2005, S. 355-374.
- [Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung 1995] Ministerien für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung; für Kultus und Sport; für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst; für Ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.): Landesjugendplan 1995/96. Jugendhilfe in Baden-Württemberg. Stuttgart 1995.
- Ministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Bildung: Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Familien in Baden-Württemberg 4/2008, Stuttgart 2008a.
- Ministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Familien in Baden-Württemberg, Stuttgart 2008b.
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Entwicklungslinien der Offenen Kinder- und Jugendarbeit – Befunde zur dritten Strukturdatenerhebung zum Berichtsjahr 2004 für Nordrhein-Westfalen. Dortmund 2006.
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg: Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport. Chancen und Möglichkeiten der Kooperation von Jugendarbeit und Schule für die Jugendbildung, Stuttgart 2004 (www.volker-schebesta.de/-initiativ/jugendarbeit.pdf vom 30.07.09).
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg: 20. Landessportplan Baden-Württemberg 2009, Landtagsdrucksache 14/3665. Stuttgart 2008.
- Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Strukturdaten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen 2001. Düsseldorf 2003.
- Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen – Befunde der zweiten Strukturdatenerhebung zum Berichtsjahr 2002. Düsseldorf 2004.
- Müller, B./Schmidt, S./Schulz, M.: Wahrnehmen können. Jugendarbeit und informelle Bildung. Freiburg im Breisgau, 2005.
- Münchmeier, R.: Was ist Offene Jugendarbeit? Eine Standortbestimmung, in: Deinet, U./Sturzenhecker, B. (Hrsg.), Handbuch Offene Jugendarbeit, 2. Aufl., Münster 2000, S. 13-23.
- Nahl, R.: Die Ganztagschule. Neues Lernen in der Schule für Kopf und Körper, mit Bewegung und Verstand, in: Schmidt, W. (Hrsg.): Zweiter Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht, Schondorf 2008, S. 319-335.
- Nörber, M.: „Und nun – was tun?“. Ein Fazit bezogen auf die Aussagemöglichkeiten zum Stand der Kinder- und Jugendarbeit in Hessen, in: Hessische Jugend, 54. Jg., 2002, Heft 3, S. 25-26.
- Olk, Th.: Vom Randthema zum Topthema: Kooperation von Jugendhilfe und Schule. in: Diskowski, D./Hammes-Di Bernardo, E./Hebenstreit-Müller, S./Speck-Hamdan, A. (Hrsg.): Übergänge gestalten. Wie Bildungsprozesse anschlussfähig werden. Weimar, Berlin 2006, S. 66-81.

- Otto, H.-U./Rauschenbach, Th. (Hrsg.): Die andere Seite der Bildung. Zum Verhältnis von formellen und informellen Bildungsprozessen. Wiesbaden 2004.
- Paritätisches Jugendwerk Baden-Württemberg (Hrsg.): „Bildungspartnerschaften“. Innovative Modelle der Zusammenarbeit von Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit Schulen. Stuttgart o.J.
- [Pfeiffer u.a. 2000] Pfeiffer, A./Reinhard, U./Heinemann, N./Fliege, T.: Kooperation und Vernetzung in der kulturellen Jugendbildung und der Kinder- und Jugendkulturarbeit in Baden-Württemberg (Abschlussbericht). Stuttgart 2000.
- Pfeiffer, C./Rabold, S./Baier, D.: Sind Freizeitzentren eigenständige Verstärkungsfaktoren der Jugendgewalt?, in: Zeitschrift für Jugendkriminalität und Jugendhilfe, Heft. 3, 19. Jg., 2008, S. 258-268.
- PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.): PISA 2003: Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland- Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs, Münster 2004.
- PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.): PISA 2006: Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie, Münster 2007.
- PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.): PISA 2006 in Deutschland: Die Kompetenzen der Jugendlichen im dritten Ländervergleich, Münster 2008.
- Pohl, A./Walther, A.: Bildungsprozesse in der Jugendarbeit im europäischen Kontext. Expertise im Rahmen der „Konzeption Bildungsbericht: vor- und außerschulische Bildung“ am Deutschen Jugendinstitut, München, Tübingen o.J.
- Pollmer, K.: Jugendfreizeitstätten in den neuen Bundesländern aus der Sicht Jugendlicher. Ein Datenreport. Potsdam 2002.
- Pothmann, J.: Der Blick über die Kirchturmspitze. Ein landesweites Berichtswesen zu den Hilfen zur Erziehung als Instrument für die kommunale Jugendhilfeplanung – eine Notiz zur Verwendung, in: Forum Jugendhilfe, 2005, Heft 3/2005, S. 50-53.
- Pothmann, J.: Drastische Einschnitte, in: Jugendpolitik, 2008a, Heft 2, S. 15-17.
- Pothmann, J.: Vergessen in der Bildungsdebatte, in: Kom^{Dat} Jugendhilfe, 2008b, Heft 1+2, S. 5-6.
- Pothmann, J./Thole, W.: Wachstum ins Ungewisse. Jugendarbeit im Spannungsfeld von öffentlicher Wahrnehmung und Empirie, in: Rauschenbach, Th./Schilling, M. (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilfereport 1. Analysen, Befunde und Perspektiven, Münster 2001, S. 73-96.
- Rätz-Heinisch, R./Schröer, W./Wolff, M.: Lehrbuch Kinder- und Jugendhilfe. Grundlagen, Handlungsfelder, Strukturen und Perspektiven. Weinheim/München 2009.
- Rau, S.: Kinder- und Jugendkulturarbeit in Baden-Württemberg. Annäherung an die kulturpädagogische Landschaft. Stuttgart 1996.
- Rauschenbach, Th.: Jugendverbände im Spiegel der Statistik, in: Böhnisch, L./Gängler, H./Rauschenbach, Th. (Hrsg.): Handbuch Jugendverbände. Eine Ortsbestimmung der Jugendverbandsarbeit in Analysen und Selbstdarstellungen, Weinheim/München 1991, S. 115-131.
- Rauschenbach, Th.: Strukturelle und personelle Entwicklungen in der Jugendarbeit, in: Institut für soziale Arbeit e.V. (Hrsg.): Jugendförderung in Nordrhein-Westfalen. Rückschau – Anforderungen – Perspektiven. 50 Jahre Landesjugendplan, Münster 2000, S. 101-113.
- Rauschenbach, Th.: Kinder- und Jugendarbeit – Wege in die Zukunft, in: Rauschenbach, Th./Düx, W./Sass, E. (Hrsg.): Kinder- und Jugendarbeit – Wege in die Zukunft. Gesellschaftliche Entwicklungen und fachliche Herausforderungen, Weinheim/München 2003, S. 35-60.
- Rauschenbach, Th.: Zukunftschance Bildung. Familie, Jugendhilfe und Schule in neuer Allianz, Weinheim/München 2009.
- Rauschenbach, Th./Schilling, M.: Suche: Motivierte Spitzenkraft – Biete: Befristete Teilzeitstelle. Zu Beschäftigungsrisiken in der Kinder- und Jugendhilfe, in: Rauschenbach, Th./Schilling, M.

- (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilfereport 1. Analysen, Befunde und Perspektiven, Münster 2001, S. 143-162.
- Rauschenbach, Th./Schilling, M.: Demografie und frühe Kindheit. Prognosen zum Platz- und Personalbedarf in der Kindertagesbetreuung, in: Zeitschrift für Pädagogik, 2009, Heft 1/2009, S. 17-36.
- [Rauschenbach u.a. 2000] Rauschenbach, Th./Düx, W./Hoffmann, H./Züchner, I.: Dortmunder Jugendarbeitsstudie 2000. Evaluation der Kinder- und Jugendarbeit in Dortmund. Dortmund 2000.
- Rauschenbach, Th. u.a.: Non-formale und informelle Bildung im Kindes- und Jugendalter. Konzeptionelle Grundlagen für einen nationalen Bildungsbericht. München 2004.
- Rechnungshof Baden-Württemberg: Ergebnisbericht 2008, Karlsruhe 2008a (www.rechnungshof.baden-wuerttemberg.de vom 09.10.09).
- Rechnungshof Baden-Württemberg: Denkschrift, Karlsruhe 2008b (www.rechnungshof.baden-wuerttemberg.de vom 09.10.09).
- Reichwein, S./Freund, Th.: Jugend im Verband: Karrieren – Action – Lebenshilfe, hrsg. von der Jugend der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG). Opladen 1992.
- Reinders, H.: Jugend. Werte. Zukunft. Wertvorstellungen, Zukunftsperspektiven und soziales Engagement im Jugendalter. Landesstiftung Baden-Württemberg (Hrsg.): Schriftenreihe der Landesstiftung Baden-Württemberg. Stuttgart 2005.
- Reinders, H./Youniss, J.: Gemeinnützige Tätigkeit und politische Partizipationsbereitschaft bei amerikanischen und deutschen Jugendlichen, in: Psychologie in Erziehung und Unterricht, 2005, Vol. 52, S. 1-19.
- Richter, H./Jung, M./Riekman, W.: Jugendverbandsarbeit in der Großstadt. Perspektiven für Mitgliedschaft und Ehrenamt am Beispiel der Jugendfeuerwehr Hamburg. Hamburg 2007.
- [Richter u.a. 2008] Richter, H./Buddeberg, K./Richter, E./Riekman, W.: Jugendverbandsarbeit auf dem Lande. Perspektiven für Mitgliedschaft und Ehrenamt am Beispiel Schleswig-Holstein. Rendsburg 2008.
- Riesling-Schärfe, H.: Aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtquartieren. Ergebnisse guter Praxisbeispiele in Europa, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8, 2007, S. 519-528.
- Ring politischer Jugend: Selbstdarstellung und Zielsetzung, 2009 (www.lpb-bw.de/partner/ring-pol.htm vom 14.08.09).
- Rose, L./Dithmar, U.: Wie leben Kinder und Jugendliche in einer Stadt? Ergebnisse einer kommunalen Sozialraumerkundung und Perspektiven für die Jugendarbeit, in: deutsche jugend, Heft 7/8, 2004, S. 308-314.
- Ruhe, D./Simon, T.: Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Befunde und Handlungsanforderungen an die Jugendverbandsarbeit, in: deutsche jugend, 57. Jg. 2009, Heft 9, S. 380-386.
- Sammet, M./Ruhe, D.: Zukunftsperspektiven junger Menschen, in: Bund der Deutschen Landjugend (BDL), Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum (BAG ejl), Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) (Hrsg.): Landjugend(t)räume. Herausforderungen und Perspektiven für die Jugendarbeit im ländlichen Raum. Berlin 2007, S. 88-95.
- Santen, E.v.: Inhalt sucht neue Form. Empirische Befunde zum ehrenamtlichen Engagement in Jugendverbänden und Jugendringen, in: deutsche jugend, Heft 3, 2000, S. 107-116.
- Santen, E.v.: Ehrenamt und Mitgliedschaften bei Kindern und Jugendlichen. Eine Übersicht repräsentativer empirischer Studien, in: Rauschenbach, Th./Schilling, M. (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilfereport II. Weinheim/München 2005, S. 175-202.

- Schäfer, K.: Offene Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen – Baustein für ein gelingendes Aufwachsen, in: Offene Jugendarbeit. Zeitschrift für Jugendhäuser, Jugendzentren, Spielmobile (Sonderheft: Offene Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen) 2000, S. 5-8.
- Schäfer-Walkmann, S./Störk-Biber, C./Rieger, G./Ross, P.-S.: Arme Kinder und ihre Familien in Baden-Württemberg – Eine sozialarbeitswissenschaftliche Studie. Stuttgart 2009.
- Schemm, B. v./Ilg, W.: TenSing: Empirische Perspektiven auf eine musisch-kulturelle Jugendarbeit mit „Do-it-yourself“-Zuschnitt, in: Ilg, W./Weingardt, M. (Hrsg.) Übergänge in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Weinheim/München 2007.
- Scherr, A.: Subjektorientierte Jugendarbeit. Eine Einführung in die Grundlagen emanzipatorischer Jugendpädagogik. Weinheim/München 1997.
- Scherr, A.: Sozialraum und Subjektbildung. Ansatzpunkte zur Überwindung einer Kontroverse, in: deutsche jugend, Heft 7/8, 2003a, S. 308-313.
- Scherr, A.: Jugendarbeit als Subjektbildung. Grundlagen und konzeptionelle Orientierungen jenseits von Prävention und Hilfe zur Lebensbewältigung, in: Lindner, W./Thole, W./Weber, J. (Hrsg.): Kinder- und Jugendarbeit als Bildungsprojekt. Opladen, 2003b, S. 87-102.
- Schilling, M.: Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik. Dissertation am Fachbereich Erziehungswissenschaften und Soziologie der Universität Dortmund, Dortmund 2003 (<http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=966542657> vom 24.02.10).
- Schmid, C.: Die Sozialisation von sozialem und politischem Engagement in Elternhaus und Gleichaltrigenwelt, in: Schuster, B./Kuhn, H.-P./Uhlendorf, H. (Hrsg.): Entwicklung in sozialen Beziehungen. Heranwachsende in ihrer Auseinandersetzung mit Familie, Freunden und Gesellschaft. Stuttgart 2005, S. 239-258.
- Schmidt, H. Gewalt im Kontext der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, in: neue praxis, Heft 3, 39. Jg., 2009, S. 280-292.
- Schmidt, W./Hartmann-Tews, I./Brettschneider, W.-D. (Hrsg.): Erster Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht. Schorndorf 2003.
- Schmidt, W. (Hrsg.): Zweiter Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht. Schwerpunkt Kindheit. Schorndorf 2008.
- Schmidt, H.: Gewalt im Kontext der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, in: neue praxis, Heft 3, 2009, S. 280-292.
- Schmitz, A.: Milieus setzen Grenzen. Die Bedeutung der Sinus-Milieu-Studie für den Jugendverband, in: BDKJ-Journal, Heft 3/4, 17. Jg. 2008, S.12.
- Schubert, U.: „Rumgammeln? – Das gab’s bei uns nicht!“ Offene Jugendarbeit 1955-1967. Hrsg. von einer Projektgruppe (AGJF; Internationale Begegnung in Gemeinschaftsdiensten; LJR Baden-Württemberg). Leinfelden o.J.
- Schüll, P.: Motive Ehrenamtlicher. Eine soziologische Studie zum freiwilligen Engagement in ausgewählten Ehrenamtsbereichen. Berlin 2004.
- Schulze-Krüdener, J./Homfeldt, H.-G.: Kommunale Sozialarbeitspolitik auf dem regionalen Prüfstand. Auswirkungen von Sparmaßnahmen auf die Kinder- und Jugendarbeit, in: deutsche jugend, 49. Jg., 2001, Heft 1, S. 22-26.
- [Schulze-Krüdener u.a. 2008] Schulze-Krüdener, J./Brümmer, J./Fehmer, K./Roos, M./Waschbüsch, C./Winter, J.: Die bunte und vielfältige Welt der Pfadfinderinnen und Pfadfinder am Beispiel der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg im Bistum Trier. Trier 2008.
- Schwab, J.: Bildungseffekte ehrenamtlicher Tätigkeit in der Jugendarbeit, in: deutsche jugend, 54. Jg. 2006, Heft 7/8, S. 320-328.

- Schwab, J./Nickolai, W.: Praxisforschungsprojekt 2004: Außerschulische Jugendbildung. In: Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg e.V. (Hrsg.): Jugendarbeit ist Bildung! Die Offensive Jugendbildung in Baden-Württemberg 2003-2004. Materialien: Berichte, Expertisen, empirische Studien. Stuttgart 2004, S. 38-61.
- Schweitzer, F.: Was mich an dieser Studie beeindruckt, in: Frieß, B./Ilg, W. (Hrsg.): Evangelische Jugendarbeit in Zahlen. Die Statistik 2007 des Evangelischen Jugendwerks in Württemberg. Stuttgart 2008, S. 128-130.
- Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2006. 15. Shell Jugendstudie. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt am Main 2006.
- Seidel, I./Irschik, M./Wolf, N.: Das Jugendbegleiter-Programm in Baden-Württemberg (Kurzbericht). Eine empirische Untersuchung der Nahtstelle zwischen Schulen mit Ganztagesbetreuung und Sportvereinen im Bereich Nordbaden, durchgeführt in Zusammenarbeit von der Forschungsstelle für den Schulsport und den Sport für Kinder und Jugendlichen und dem Badischem Sportbund. Karlsruhe 2008.
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2005 bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, NR. 182, Bonn 2007.
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Allgemein bildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland – Statistik 2003 bis 2007 –, Bonn 2009.
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.): Bildung für Berlin. Jugendfreizeitstätten in Berlin. Berlin 2005.
- Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt am Main 2006.
- Simon, T.: Ist der Ertrag am Ende nur mittelmäßig? Rahmenbedingungen für die offene Jugendarbeit, in: Simon, T./BAG Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. u.a. (Hrsg.): Offene Jugendarbeit. Entwicklungen, Praxis, Perspektiven. Leinfelden 1999, S. 35-49.
- Sozialministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Landesjugendbericht Baden-Württemberg 2000. Stuttgart 2000.
- Sozialministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Landesjugendbericht Baden-Württemberg für die 13. Legislaturperiode. Stuttgart 2004.
- Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf (Hrsg.): Sozialraumorientierung auf dem Prüfstand. München 2001.
- Stadtjugendring Sindelfingen e.V. (Hrsg.): Jugendverbände 2008. Erhebung zur Jugendverbandsarbeit in Sindelfingen. Sindelfingen 2008.
- [Strukturen der Jugendarbeit 2007] Kommunale Jugendarbeit in Baden-Württemberg (AG der Kreisjugendreferentinnen und Kreisjugendreferenten in Baden-Württemberg im Landkreistag/AG der Stadtjugendreferentinnen und Stadtjugendreferenten in Baden-Württemberg im Stadt- und Gemeindetag) (Hrsg.): Strukturen der Jugendarbeit in Baden-Württemberg. o.O. 2007.
- [StaBa] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Annahmen und Ergebnisse, Wiesbaden 2006.
- [StaBa] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2008 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2008.
- [StaBa] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildungsausgaben. Ausgaben je Schüler/in 2006, Wiesbaden 2009a (www.destatis.de vom 9.10.2009).

- [StaBa] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009b.
- [StaLa] Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Neue Bevölkerungsvorausberechnung für Baden-Württemberg, Stuttgart 2006 (www.statistik.baden-wuerttemberg.de).
- [StaLa] Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Der demografische Wandel in Baden-Württemberg (Stand 30.10.2007), Stuttgart 2007.
- [StaLa] Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich. 5. Aufl., Stuttgart 2008a.
- [StaLa] Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Statistische Berichte. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Eheschließungen, Geborene und Gestorbene in Baden-Württemberg 2007, Stuttgart 2008b.
- [StaLa] Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg, Stuttgart 2008c.
- [StaLa] Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Der demografische Wandel in Baden-Württemberg. Herausforderungen und Chancen. Reihe Statistische Analysen, 1/2009, Stuttgart 2009a.
- [StaLa] Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialentwicklung Baden-Württemberg 2008/2009, Stuttgart 2009b.
- [StaLa] Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Wanderungsverflechtungen in Baden-Württemberg, Stuttgart 2009c.
- [StaLa] Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg. Statistik Aktuell Ausgabe 2009, Stuttgart 2009d.
- [Strukturen der Jugendarbeit 2007] Kommunale Jugendarbeit in Baden-Württemberg (AG der Kreisjugendreferentinnen und Kreisjugendreferenten in Baden-Württemberg im Landkreistag/-AG der Stadtjugendreferentinnen und Stadtjugendreferenten in Baden-Württemberg im Stadt- und Gemeindetag) (Hrsg.): Strukturen der Jugendarbeit in Baden-Württemberg. o.O. 2007.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Ausgabe 2007, Wiesbaden 2007.
- Stolz, H.-J.: Lokale Bildungslandschaften, in: Arnold, B./Schneider, K./Stolz, H.-J./Wolf-Borowsky, M.: Kooperation von Jugendhilfe und Schule – Gestaltung von Vernetzung und Übergängen. Expertise des Deutschen Jugendinstituts (DJI) für die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe AGJ. München 2009, S. 20-22.
- Sturzenhecker, B. (2002): Bildung. Wiederentdeckung einer Grundkategorie der Kinder- und Jugendarbeit, in: Rauschenbach, Th./Düx, W./Züchner, I. (Hrsg.): Jugendarbeit im Aufbruch. Selbstvergewisserungen, Impulse, Perspektiven, Münster, S. 19-59.
- Tänzer, D.: Die Zukunft mitgedacht. Die Sinus-Milieustudie U27 birgt überraschende Ergebnisse und große Chancen, in: BDKJ-Journal, Heft 3/4, 17. Jg. 2008, S. 8-9.
- Thole, W.: Jugendarbeit – ein Stiefkind der Statistik, in: Rauschenbach, Th./Schilling, M. (Hrsg.): Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band 2: Analysen, Befunde und Perspektiven, Neuwied u.a. 1997, S. 279-320.
- Thole, W.: Kinder- und Jugendarbeit. Eine Einführung. Weinheim/München 2000.
- Thole, W.: Kulturarbeit, in: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied, Krefeld 2001, S. 1098-1109.

- Thole, W.: Kinder- und Jugendarbeit beobachten. Ein sozialpädagogisches Handlungsfeld im Visier der Forschung. Ein Report, in: Helsper, W./Kamp, M./Stelmaszyk, B. (Hrsg.): Schule und Jugendforschung zum 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2004, S. 262-281.
- Thole, W./Pothmann, J.: Gute Jugendarbeit ist nicht umsonst zu haben, in: Rauschenbach, Th./Schilling, M. (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilfereport 2. Analysen, Befunde und Perspektiven, Weinheim/München 2005, S. 65-84.
- Thomas, A./Abt, H./Chang, C.: Erlebnisse, die verändern. Langzeitwirkungen der Teilnahme an internationalen Jugendbegegnungen. Göttingen 2007.
- Van den Brink, H./Strasser, H.: Bühne frei! Wie Kinder sich selbst befähigen. Ergebnisse der Evaluation des Modellprojekts „Kulturarbeit mit Kindern“, in: Duisburger Beiträge zur Sozialologischen Forschung, Nr. 2/2008, Duisburg 2008.
- Vogelsang, W.: Individualisierte Lebensläufe und plurale Lebenswelten Jugendlicher in ländlichen Regionen, in: Faulde, J./Hoyer, B./Schäfer, E. (Hrsg.): Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Entwicklungen, Konzepte und Perspektiven. Weinheim/München 2006a, S. 85-98.
- Vogelsang, W.: Jugend im Stadt-Land-Vergleich – ausgewählte Handlungsfelder, in: Faulde, J./Hoyer, B./Schäfer, E. (Hrsg.): Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Entwicklungen, Konzepte und Perspektiven. Weinheim/München 2006b, S. 109-128.
- Walla, W.: Setzt sich der Mitgliederschwund in den Kirchen fort? in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2005, Heft 3, S. 46-47.
- Wendt, P.-U.: Selbstorganisation Jugendlicher und Selbstorganisationsförderung in der kommunalen Jugendarbeit. Dissertation. Göttingen 2004.
- Wensierski, H.-J.v.: Jugendarbeit, in: Chassé, K.A./Wensierski, H.-J. von (Hrsg.): Praxisfelder der sozialen Arbeit. Weinheim/München 1999, S. 33-48.
- Walter, M.: Offene Jugendarbeit auf dem Land. Eine neue (alte) Herausforderung für Evangelische Jugendarbeit, o.J. (www.bagejl.de vom 30.07.09).
- Weingardt, M.: Herausforderungen und Perspektiven für die Jugendarbeit im ländlichen Raum: In: Bund der Deutschen Landjugend (BDL), Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum (BAG ejl), Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) (Hrsg.): Landjugend(t)räume. Herausforderungen und Perspektiven für die Jugendarbeit im ländlichen Raum. Berlin 2007, S. 52-67.
- Wiesner, R./Mörsberger, T./Oberloskamp, H.: SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe, Kommentar. München 2006.
- Wipperrmann, C./Calmbach, M.: Sinus-Milieustudie U27. Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von katholischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Grundorientierung, Vergemeinschaftung, Engagement, Einstellung zu Religion/Kirche vor dem Hintergrund des Sinus-Milieus® 2007. Sozialwissenschaftliche Lebensweltanalysen von Sinus Sociovision im Auftrag vom Bund der Katholischen Jugend und MISEREOR (Hrsg.). Düsseldorf/Aachen 2008.
- Witt, K.: Leitziel: Mehr Chancen durch Kulturelle Bildung, in: politik und kultur, Heft 3, 2009, S. 39.
- Wittmann, M./Kampermann, K.: Mobile Jugendarbeit: Konzept und Verwirklichung. Eine Analyse am Beispiel der Mobilen Jugendarbeit Stuttgart, mit besonderem Blick auf die Sicht der Adressatinnen und Adressaten. Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie, Band 16. Tübingen 2008.
- Youniss, J./Yates, M.: Community Service and social responsibility in youth: Theory and policy. Chicago 1997.
- Zacharias, W.: Kulturpädagogik. Kulturelle Jugendbildung. Eine Einführung. Opladen 2001.

- [Zinnecker u.a. 2002] Zinnecker, J./Behnken, I./Maschke, S./Stecher, L.: null Zoff & voll busy. Die erste Jugendgeneration des neuen Jahrhunderts. Opladen 2002.
- Züchner, I.: Mitwirkung und Bildungseffekte in Jugendverbänden – ein empirischer Blick, in: deutsche jugend, Heft 5, 2006, S. 201-209.
- Züchner, I.: Ganztagsschule und die Freizeit von Kindern und Jugendlichen, in: Holtappels, H.-G. u.a. (Hrsg.): Ganztagsschule in Deutschland, Weinheim/München 2007, S. 333-352.

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildungen

Abb. 1:	Auszug aus der Präambel der Vereinbarung für ein Bündnis für die Jugend in Baden-Württemberg	49
Abb. 2:	Strukturskizze zu den Akteursgruppen und Gremien der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg	50
Abb. 3:	Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern	60
Abb. 4:	Entwicklung der 6- bis unter 27-Jährigen und der 12- bis unter 22-Jährigen in Baden-Württemberg	65
Abb. 5:	Religionszugehörigkeiten in Baden-Württemberg.....	74
Abb. 6:	Zahl der Einrichtungen für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Ländervergleich	86
Abb. 7:	Zahl der tätigen Personen sowie der Vollzeitäquivalente in Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Ländervergleich	89
Abb. 8:	Zahl der öffentlich geförderten Maßnahmen und der daran teilnehmenden Personen in Baden-Württemberg im Ländervergleich.....	91
Abb. 9:	Höhe der finanziellen Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Ländervergleich	92
Abb. 10:	Entwicklung der Vollzeitäquivalente in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Ländervergleich.....	100
Abb. 11:	Gegenüberstellung der Indexentwicklung der öffentlichen Ausgaben von KJH und KJA und der Pro-Kopf-Ausgaben für die KJA	103
Abb. 12:	Anteil der weiblichen Beschäftigten an allen tätigen Personen in der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Ländervergleich.....	105
Abb. 13:	Veränderungen im Altersaufbau der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg	107
Abb. 14:	Tätige Personen in der Kinder- und Jugendarbeit mit einschlägigem akademischen Abschluss (Professionalisierungsquote) im Ländervergleich ..	109
Abb. 15:	Finanzielle Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit nach Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg.....	116
Abb. 16:	Personalressourcenindex für die Kinder- und Jugendarbeit in den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg.....	119
Abb. 17:	Anteil der weiblichen Beschäftigten an allen tätigen Personen in der Kinder- und Jugendarbeit nach Land- und Stadtkreisen ¹ in Baden-Württemberg	121

Abb. 18:	Durchschnittsalter der in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Personen nach Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg.....	122
Abb. 19:	Durchschnittlicher wöchentlicher Beschäftigungsumfang der in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Personen nach Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg	124
Abb. 20:	Organisationsaufbau des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V.....	131
Abb. 21:	Personalgröße der Jugendzentren, -freizeitheime und Häuser der offenen Tür	160
Abb. 22:	Veränderung des Altersaufbaus des Personals der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg	161
Abb. 23:	Entwicklung der 6- bis unter 27-Jährigen und der 12- bis unter 22-Jährigen	276
Abb. 24:	Entwicklung ausgewählter Bevölkerungsgruppen im Alter zwischen 6 und 27 Jahren	278
Abb. 25:	Entwicklung der 6- bis unter 27-Jährigen nach Regionen sowie Land- und Stadtkreisen.....	281
Abb. 26:	Entwicklung der 12- bis unter 22-Jährigen nach Regionen sowie Stadt- und Landkreisen.....	283
Abb. 27:	Auswirkungen einer konstanten Zahl an Vollzeitäquivalenten auf den Personalressourceneinsatz für die Kinder- und Jugendarbeit	333
Abb. 28:	Verteilung der Beschäftigten in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit nach Altersgruppen.....	334
Abb. 29:	Auswirkungen eines konstanten Ausgabenvolumens auf den finanziellen Ressourceneinsatz für die Kinder- und Jugendarbeit pro jungen Menschen..	336

Tabellen

Tab. 1:	Aufteilung der Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit zwischen Landes- und Gemeindeebene für Baden-Württemberg und Deutschland im Vergleich.....	52
Tab. 2:	Verteilung der vorgesehenen LJP-Fördersummen auf die Ministerien in Baden-Württemberg	54
Tab. 3:	Die Förderbereiche des Landesjugendplans in Baden-Württemberg für die Kinder- und Jugendarbeit	55
Tab. 4:	Wanderungen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2007.....	59
Tab. 5:	Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg nach Regionen.....	61
Tab. 6:	Schulisches Bildungsniveau der 25- bis unter 35-Jährigen nach Migrationshintergrund in Baden-Württemberg	62
Tab. 7:	Zahl der Familien nach Anzahl der Kinder in Baden-Württemberg.....	64
Tab. 8:	Entwicklung der Bevölkerungszahl und des Altersaufbaus in Baden-Württemberg.....	65
Tab. 9:	Armutsgefährdung von Familien nach Alter des jüngsten Kindes in Baden-Württemberg.....	69
Tab. 10:	Sozialstrukturelle Gegebenheiten in den Land- und Stadtkreisen Baden-Württembergs	70
Tab. 11:	Lebendgeborene nach der Religionszugehörigkeit der Mutter in Baden-Württemberg	74
Tab. 12:	Eckdaten zur Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Vergleich zu Westdeutschland sowie zur Bundesrepublik insgesamt	85
Tab. 13:	Zahl der tätigen Personen sowie der umgerechneten Vollzeitstellen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg im Ländervergleich	87
Tab. 14:	Anteil der finanziellen Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit an den Jugendhilfeausgaben insgesamt in Baden-Württemberg im Ländervergleich	93
Tab. 15:	Die Entwicklung der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit durch das Ministerium für Arbeit und Soziales in Baden-Württemberg.....	95
Tab. 16:	Die Entwicklung der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit durch das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg.....	97
Tab. 17:	Entwicklung von Maßnahmen, Teilnehmer/innen, Einrichtungen und tätigen Personen für die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg.....	99
Tab. 18:	Entwicklung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Baden-Württemberg für die Kinder- und Jugendarbeit und die Kinder- und Jugendhilfe.....	101

Tab. 19:	Beschäftigte in der Kinder- und Jugendarbeit nach ausgewählten Altersgruppen im Bundesländervergleich.....	106
Tab. 20:	Entwicklung ausgewählter Berufsgruppen in der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg	110
Tab. 21:	Verteilung der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit nach wöchentlichem Beschäftigungsumfang in Baden-Württemberg	111
Tab. 22:	Beschäftigte in der Kinder- und Jugendarbeit nach deren wöchentlichem Beschäftigungsumfang in Baden-Württemberg im Vergleich zu ausgewählten Bundesländern.....	112
Tab. 23:	Eckwerte zur Ressourcenausstattung für die Kinder- und Jugendarbeit in den Regionen Baden-Württembergs	114
Tab. 24:	Aktivitäten von 9- bis 12-Jährigen in Organisationen im Vergleich ausgewählter Bundesländer	137
Tab. 25:	Aktivitäten von 13- bis 17-Jährigen in Organisationen an ausgewählten Angeboten im Vergleich ausgewählter Bundesländer	138
Tab. 26:	Entwicklungen zu den Einrichtungen und zum Personal der OKJA in Baden-Württemberg	155
Tab. 27:	Aktuelle Eckdaten zum Arbeitsfeld der OKJA in Baden-Württemberg.....	159
Tab. 28:	Mitglieder in den Vereinen des Landessportverbandes Baden-Württembergs	168
Tab. 29:	Aktivität im Sportverein in der altersentsprechenden Bevölkerung nach ausgewählten Altersgruppen und Bundesländern.....	169
Tab. 30:	Anteil der 9- bis 12-Jährigen an der altersentsprechenden Bevölkerung mit Aktivitäten in Sportvereinen nach sozialstrukturellen Merkmalen in Baden-Württemberg	170
Tab. 31:	Umfang aktiver junger Menschen (14- bis 26-Jährige) nach Bereichen und ausgewählten Bundesländern.....	171
Tab. 32:	Mitgliedschaft im Sportverein im 11-Jahres-Vergleich nach Bundesländern	172
Tab. 33:	Freiwillig engagierte junge Menschen (14- bis 26-Jährige) nach Bereichen und ausgewählten Bundesländern.....	173
Tab. 34:	Entwicklung der allgemeinbildenden Schulformen in Baden-Württemberg.....	214
Tab. 35:	Verwaltungseinheiten mit Ganztagsbetrieb in öffentlicher und privater Trägerschaft im Bundesländervergleich	220
Tab. 36:	Schulen mit Ganztagsbetrieb in öffentlicher und privater Trägerschaft nach Schulform	220
Tab. 37:	Teilnahme der Schüler/innen am Ganztagsschulbetrieb an allgemeinbildenden Schulen in öffentlicher und privater Trägerschaft im Bundesländervergleich	222

Tab. 38:	Teilnahme der Schüler/innen am Ganztagschulbetrieb an allgemeinbildenden Schulen in öffentlicher und privater Trägerschaft nach Schulformen	222
Tab. 39:	Teilnahme der Schüler/innen am Ganztagschulbetrieb an allgemeinbildenden Schulen nach Schulform im Bundesländervergleich.....	224
Tab. 40:	Entwicklung und Vorausberechnung der Schüler/innenzahlen an allgemeinbildenden Schulen für Baden-Württemberg	287
Tab. 41:	Voraussichtliche Entwicklung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen	288
Tab. 42:	Fortschreibungsvariante für die Zahl der Einrichtungen (a), der Beschäftigten (b) und der Ausgaben (c) für die Kinder- und Jugendarbeit	330
Tab. 43:	Dynamisierungsvariante für die Zahl der Einrichtungen (a), der Beschäftigten (b) und der Ausgaben (c) für die Kinder- und Jugendarbeit	331
Tab. 44:	Investitionen in die Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum in Baden-Württemberg.....	339
Tab. 45:	Annahmen über die Veränderungen des Bedarfs an Ganztagschulangeboten nach allgemeinbildenden Schulformen in Baden-Württemberg.....	342
Tab. 46:	Erwarteter Personalressourcenbedarf sowie die damit verbundenen Arbeitsplatzkosten für den Ausbau der Ganztagschulen in Baden-Württemberg.....	343

Abkürzungsverzeichnis

ADJ	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Junggärtner
AGJF	Arbeitsgemeinschaft der Jugendfreizeitstätten
AGL	Arbeitsgemeinschaft der Landjugendverbände Baden-Württemberg
AGM	Arbeitsgemeinschaft musisch-kulturelle Arbeit
AKJ ^{Stat}	Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik
ALG II	Arbeitslosengeld II
BAG ejl	Bundesarbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend im ländlichen Raum
BBL	Bund Badischer Landjugend
BDKJ	Bund der Katholischen Jugend
BdL	Bund der Deutschen Landjugend
bsj	Badische Sportjugend Freiburg
BSJ	Badische Sportjugend Nord
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BWSJ	Baden-Württembergische Sportjugend
CAJ	Christliche Arbeiterjugend
CVJM	Christlicher Verein junger Menschen
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DJ	Diakonische Jahr
DJI	Deutsches Jugendinstitut e.V.
DJK	Deutsche Jugendkraft
DPSG	Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg
EC	Deutscher Jugendverband Entschieden für Christus
EGJ	Evangelische Gemeindejugend
EJL	Evangelische Jugend auf dem Lande
ejw	Evangelisches Jugendwerk in Württemberg
FSJ	Freiwilliges Soziale Jahr
INTAKT	Integrative Arbeit mit Körperbehinderten und nicht Behinderten
JBG	Jugendbildungsgesetz
JFMK	Jugend- und Familienministerkonferenz
JJ	Johanniter Jugend
JRK	Jugendrotkreuz
JUH	Johanniter Unfallhilfe
Juleica	Jugendleitercard
KJA	Kinder- und Jugendarbeit
KJG	Katholische Junge Gemeinde
KJH	Kinder- und Jugendhilfe
KLJB	Katholische Landjugendbewegung

KSJ	Katholische Studierende Jugend
KVJS	Kommunalverband für Jugend und Soziales
LAGO	Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg
LJP	Landesjugendplan
LJR	Landesjugendring Baden-Württemberg
LKAJB	Landeskuratorium für außerschulische Jugendbildung
LKJ	Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg
LKJHG	Landesausführungsgesetz zum SGB VIII
LSV	Landessportverband Baden-Württemberg
OKJA	Offene Kinder- und Jugendarbeit
RJP	Ring politischer Jugend
SOEP	Sozio-Ökonomisches Panel
StaBu	Statistisches Bundesamt
StaLa	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
StEG	Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen
VCP	Verband christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder
WSJ	Württembergische Sportjugend

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach: Direktor und Vorstandsvorsitzender des Deutschen Jugendinstituts e.V. (DJI), München, und Professor für Sozialpädagogik an der Technischen Universität Dortmund

Prof. Dr. Stefan Borrmann: Professor für Sozialarbeitsforschung mit internationaler Perspektive an der Hochschule Landshut

Wiebken Düx: Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund

Dr. Reinhard Liebig: Wissenschaftliche Mitarbeiter im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund

Dr. Jens Pothmann: Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik an der Technischen Universität Dortmund

Dr. Ivo Züchner: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Frankfurt a.M.